



beraten.bilden.forschen.

BROSCHÜRE



Einkommensteuer

Einkommensteuerveranlagung
2023

Einkommensteuer

Einkommensteuerveranlagung 2023



Herausgeber:

Arbeitskammer des Saarlandes, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Fritz-Dobisch-Straße 6 - 8, 66111 Saarbrücken, Tel.: 0681 4005-0
Broschürenservice: Tel.: 0681 4005-444, Fax 0681 4005-411
E-Mail: info@arbeitskammer.de
Internet: www.arbeitskammer.de

Bearbeitung:

Barbara Scheidhauer, Frank Freyhofner

Redaktion:

Peter Jacob, Simone Hien, Alexander Stallmann

Satz:

MediaDesign Frank, Greimerath und Saarbrücken

Titel:

Kurt Heinemann, Völklingen

Druck:

reha, Saarbrücken

Kostenlos für Mitglieder der Arbeitskammer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Saarland. Preis für andere Besteller: 7 € zuzüglich Portokosten.

ISBN 978 – 3 – 88968 – 263 – 5

Hinweis: In dieser Broschüre wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf die gleichzeitige Verwendung männlicher, weiblicher oder diverser Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

Vorwort

Um ihre Mitglieder, saarländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, umfassend über die ihnen zustehenden steuerlichen Vergünstigungen zu informieren, gibt die Arbeitskammer des Saarlandes jährlich die Broschüre „Einkommensteuer“ heraus.

Zahlreiche Änderungen haben sich 2023 unter anderem durch das Jahressteuergesetz 2022, das Inflationsausgleichsgesetz und das Wachstumschancengesetz ergeben.

Mit dem Inflationsausgleichsgesetz sollen die Bürger und Bürgerinnen – insbesondere Familien – angesichts der erheblichen Preiserhöhungen unter anderem durch die Anhebung des Grundfreibetrags auf 10.908 € für Alleinstehende und 21.816 € für Verheiratete/eingetragene Lebenspartner, den Abbau der kalten Progression im Einkommensteuertarif sowie der Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes entlastet werden.

Durch das Jahressteuergesetz 2022 werden sowohl der Arbeitnehmer-Pauschbetrag, der Sparer-Pauschbetrag und auch der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende ab 2023 erhöht. Ebenso werden die Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit von häuslichen Arbeitszimmern und Homeofficeplätzen an die neue Realität der Arbeitswelt angepasst und neu gefasst.

Um einer möglichen Doppelbesteuerung der Renteneinkünfte entgegenzuwirken, sind die Beiträge zu Altersvorsorgeaufwendungen bereits ab dem Jahr 2023, statt wie ursprünglich vorgesehen ab dem Jahr 2025, vollständig abzugsfähig. Zudem steigt der Besteuerungsanteil der Renten ab dem Jahr 2023 jährlich nur noch um einen halben Prozentpunkt.

Wir beziehen uns im Aufbau der Broschüre auf die aktuellen Einkommensteuer-Formulare, die 2023 in einigen Bereichen neugestaltet worden sind.

Bei aller Ausführlichkeit verzichtet die Broschüre in bestimmten Bereichen auf eine ins Detail gehende Kommentierung. Zusätzliche Auskünfte erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Service-Stellen der Finanzämter, im Haus der Beratung der Arbeitskammer des Saarlandes sowie über den AK-Internet-Auftritt www.arbeitskammer.de.

Saarbrücken, im März 2024
Jörg Caspar
Vorsitzender des Vorstandes

Thomas Otto
Hauptgeschäftsführer

1. Einführung	7
2. Einkommensteuerveranlagung 2023	12
2.1 Veranlagung von Arbeitnehmern zur Einkommensteuer	12
2.1.1 Veranlagung von Amts wegen (Pflichtveranlagung)	12
2.1.2 Veranlagung auf Antrag	15
2.1.3 Härteausgleich	16
2.1.4 Wie werden die Vordrucke ausgefüllt?	16
2.1.5 Veranlagungsformen	24
2.1.6 Einkommensteuertabelle/Einkommensteuertarif	26
2.1.7 Verlustabzug	27
2.2 Sonderausgaben	30
2.2.1 Altersvorsorgeaufwendungen	30
2.2.2 Sonstige Vorsorgeaufwendungen	35
2.2.3 Vorsorgepauschale	39
2.2.4 Private Altersvorsorge („Riester-Rente“)	40
2.2.6 Betriebliche Altersversorgung	47
2.3 Übrige Sonderausgaben	49
2.3.1 Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten/Lebenspartner	50
2.3.2 Ausgleichszahlungen im Rahmen eines Versorgungsausgleichs oder zur Vermeidung des Versorgungsausgleichs	52
2.3.3 Gezahlte Kirchensteuer	53
2.3.4 Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung	53
2.3.5 Spenden, Beiträge, Zuwendungen	54
2.3.6 Steuerberatungskosten	56
2.4 Außergewöhnliche Belastungen	56
2.4.1 Außergewöhnliche Belastungen in besonderen Fällen	57
2.4.2 Außergewöhnliche Belastungen allgemeiner Art	68
2.4.3 Wichtige Einzelfälle	70
2.4.4 Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerrechnungen (§ 35a EStG)	74
2.4.5 Energetische Maßnahmen (§35c EStG)	80
2.5 Berücksichtigung von Kindern	85
2.5.1 Anlage Kind	86
2.5.2 Erwerbstätigkeit eines volljährigen Kindes	93
2.5.3 Kinderfreibetrag und Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf	96
2.5.4 Kinderbetreuungskosten	98
2.5.5 Ausbildungsfreibetrag	100
2.5.6 Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	101
2.5.7 Schulgeld	103

3. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	104
3.1 Anlage N	104
3.1.1 Elektronische Lohnsteuerbescheinigung	109
3.1.2 ELStAM-Verfahren	111
3.1.3 Solidaritätszuschlag	112
3.1.4 Progressionsvorbehalt	113
3.1.5 Vermögenswirksame Leistungen	117
3.1.6 Altersentlastungsbetrag (§ 24a EStG)	119
3.2 Werbungskostenabzug (§ 9 EStG)	122
3.2.1 Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte	122
3.2.2 Mobilitätsprämie	140
3.2.3 Beiträge zu Berufsverbänden	143
3.2.3 Aufwendungen für Arbeitsmittel	143
3.2.4 Häusliches Arbeitszimmer und Homeoffice	147
3.2.4.1 Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer	147
3.2.4.2 Tagespauschale (Homeoffice-Pauschale)	151
3.3 Weitere Werbungskosten	154
3.3.1 Fortbildungskosten	154
3.3.2 Umzugskosten	156
3.3.3 Bewerbungskosten	158
3.3.4 Telekommunikationsaufwendungen	158
3.3.5 Kontoführungsgebühren	159
3.3.6 Steuerberatungskosten	159
3.3.7 Berufsbedingte Versicherungen	160
3.4 Reisekosten – beruflich veranlasste Auswärtstätigkeit	161
3.4.1 Fahrtkosten	161
3.4.2 Mehraufwendungen für Verpflegung	163
3.4.3 Übernachtungskosten	166
3.4.4 Reisenebenkosten	167
3.5 Doppelte Haushaltsführung	168
3.5.1 Voraussetzungen	168
3.5.2 Absetzbare Werbungskosten	170
3.6 Steuerfreie Einnahmen	173
4. Einkünfte aus Kapitalvermögen	185
4.1 Abgeltungsteuer	185
4.2 Wann ist eine Anlage KAP auszufüllen?	185
4.3 Wie ist die Anlage KAP auszufüllen?	193
4.4 Weitere Anlagen KAP-BET und KAP-INV	195
4.4.1 Anlage KAP-BET	195
4.4.2 Anlage KAP-INV	195
4.5 Verluste aus Kapitalvermögen	195

4.6 Kirchensteuerpflicht durch die Abgeltungsteuer	197
4.7 Freistellungsauftrag	197
4.8 Nichtveranlagungsbescheinigung	198
4.9 Private Veräußerungsgeschäfte	199
5. Was sind Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung?	203
5.1 Mieteinnahmen	203
5.1.1 Steuerpflichtige Mieteinnahmen	203
5.1.2 Geringe Mieteinnahmen	204
5.1.3 Verbilligte Mietüberlassung, 86 und 87	204
5.1.4 Miteigentum, Anlage V-Sonstige	205
5.2 Abzugsfähige Werbungskosten	205
5.3 Verteilung von größerem Erhaltungsaufwand (§ 82b EStDV)	211
6. Sonstige Einkünfte	212
6.1 Neuerungen durch das Alterseinkünftegesetz	212
6.1.1 Besteuerung der Alterseinkünfte	212
6.1.2 Steuerfreie Renten	212
6.1.3 Besteuerung der Renten	215
6.1.4 Besteuerung von Pensionen	223
6.2 Unterhaltsleistungen	227
7. Kirchensteuer	229
7.1 Kirchensteuer im Saarland	229
7.2 Besonderes Kirchgeld	230
8. Sondervorschriften	232
8.1 Steuerfreier Pflegebonus (§ 3 Nr. 11 b EStG)	232
8.2 Inflationsausgleichsprämie (§ 3 Nr. 11 c EStG)	233
8.3 Besteuerung der Gas-/Wärmepreisbremse (§ 123 ff. EStG)	233
9. Abschließende Hinweise	234
9.1 Formulare und Bescheide	234
9.2 Einkommensteuer-Vorauszahlung	235
9.3 Rechtsweg	235
10. Einkommensteuer-Tabellen	237
10.1 Einkommensteuer-Grundtabelle 2023	237
10.2 Einkommensteuer-Splittingtabelle 2023	251

1. Einführung

Die Einkommensteuer ist eine Steuer, die auf das Einkommen natürlicher Personen erhoben wird. Die Höhe der Einkommensteuer richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen. Neben der Höhe des Einkommens sind Familienstand und Kinderzahl von Bedeutung. Bei Lohneinkünften wird die darauf entfallende Einkommensteuer (Lohnsteuer) vom Bruttoarbeitslohn nach der amtlichen Lohnsteuertabelle vom Arbeitgeber einbehalten und bei der Einkommensteuerveranlagung auf die Einkommensteuer angerechnet.

Das Einkommensteuerrecht unterscheidet zwischen beschränkter und unbeschränkter Steuerpflicht:

Die folgenden Ausführungen der vorliegenden Broschüre behandeln nur die unbeschränkte Steuerpflicht. Unbeschränkt – also mit sämtlichen Einkünften – steuerpflichtig sind alle natürlichen Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland einen **Wohnsitz** oder ihren **gewöhnlichen Aufenthalt** haben, gleichgültig ob der Einkommensbezieher Inländer oder Ausländer ist. Die Steuerpflicht beginnt mit der Geburt und endet mit dem Tod. Wer Deutschland verlässt, für den endet die unbeschränkte Steuerpflicht mit dem Tag, an dem die maßgeblichen persönlichen Beziehungen zum Inland beendet werden.

Einen **Wohnsitz** im steuerlichen Sinne hat jemand dort, wo er eine Wohnung besitzt unter Umständen, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung benutzen und beibehalten wird (z. B. Zweitwohnung, Ferienwohnung).

Den **gewöhnlichen Aufenthalt** im steuerlichen Sinne hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort nicht nur vorübergehend bleibt. Ein dauernder Aufenthalt von mehr als sechs Monaten im Inland begründet stets die unbeschränkte Steuerpflicht. Kurzaufenthalte im Ausland (auch Urlaub) werden bei der Sechs-Monats-Frist nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus gibt es die erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht für in Ausland entsandtes Personal, das in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis steht, sowie die Behandlung als unbeschränkt Steuerpflichtiger auf Antrag.

Erweitert unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind deutsche Staatsangehörige, die

- im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben,
- zu einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts in einem Dienstverhältnis stehen und dafür Arbeitslohn aus einer inländischen öffentlichen Kasse beziehen

sowie zu ihrem Haushalt gehörende Angehörige, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder keine Einkünfte oder nur solche beziehen, die ausschließlich im Inland einkommensteuerpflichtig sind. Dies gilt nur für natürliche Personen, die in dem Staat, in dem sie ihren

Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, lediglich in einem der beschränkten Einkommensteuerpflicht ähnlichen Umfang zu einer Steuer vom Einkommen herangezogen werden (Gegenseitigkeitsgrundsatz).

Auf Antrag als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig (fiktive unbeschränkte Steuerpflicht) behandelt werden können natürliche Personen, die in Deutschland weder ihren Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Es müssen inländische Einkünfte im Sinne des § 49 EStG (z. B. Arbeitslohn, Einkünfte aus Vermietung) erzielt werden;
- mindestens 90 Prozent der Einkünfte unterliegen der deutschen Einkommensteuer (relative Wesentlichkeitsgrenze) oder
- die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden übersteigen nicht den Grundfreibetrag (2023 10.908 €) nach § 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG (absolute Wesentlichkeitsgrenze).

Diese Einkünfte sind durch eine entsprechende Bescheinigung der ausländischen Steuerbehörde nachzuweisen. Dieser Betrag ist zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen notwendig und angemessen ist. Inländische Einkünfte, die nach einem Abkommen zur **Vermeidung der Doppelbesteuerung** nur der Höhe nach beschränkt besteuert werden dürfen, gelten hierbei als nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegend.

Unberücksichtigt bleiben bei der Ermittlung der Einkünfte auch die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte, die im Ausland nicht besteuert werden, soweit vergleichbare Einkünfte im Inland auch steuerfrei sind.

Dieser Personenkreis kann weitgehend vom Abzug der Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen Gebrauch machen, personen- und familienbezogene Steuerentlastungen gewährt das Finanzamt bei dieser Veranlagung jedoch nicht. So ist z. B. der Splittingtarif bei Verheirateten, deren Ehepartner/eingetragener Lebenspartner im Ausland lebt, nicht anwendbar.

Besonderheiten für Staatsangehörige aus EU-/EWR-Mitgliedstaaten

EU/EWR-Staatsangehörige, die unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind oder auf Antrag als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig zu behandeln sind (fiktive unbeschränkte Steuerpflicht), können mit ihrem Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner eine Zusammenveranlagung mit Splittingtarif beantragen, wenn die folgenden Voraussetzungen vorliegen:

- Die Summe der Einkünfte muss zu mindestens 90 % der deutschen Einkommensteuer unterliegen oder
- die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte betragen nicht mehr als der steuerliche Grundfreibetrag nach § 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG (2023 10.908 €).

Bei der Prüfung dieser Einkommensgrenzen werden die Einkünfte beider Ehegatten zusammen herangezogen und der Grundfreibetrag wird entsprechend verdoppelt (2023 21.816 €).

- Der bei der Veranlagung zu berücksichtigende Ehepartner/Lebenspartner sowie die Kinder haben ihren Wohnsitz in einem EU/EWR-Staat oder in der Schweiz.
- Die ausländischen Einkünfte müssen durch eine Bescheinigung der ausländischen Steuerbehörde nachgewiesen sein.

Weitere Voraussetzungen für diese Steuerpflicht und weitere Besonderheiten für die Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Staates, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum anwendbar ist, erfahren Sie beim zuständigen Finanzamt oder einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe.

Entsprechend der unbeschränkten Steuerpflicht ist somit nur **beschränkt einkommensteuerpflichtig**, wer im Inland weder Wohnsitz noch einen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Voraussetzung ist, dass inländische Einkünfte (im Sinne des § 49 EStG wie z. B. Arbeitslohn, Vermietungseinkünfte) erzielt wurden.

Für Arbeitnehmer, die im Inland Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielen und die aufgrund der **Doppelbesteuerungsabkommen**, z. B. mit Frankreich, Belgien, Österreich und der Schweiz, nach den entsprechenden **Grenzgängerregelungen** nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegen, gelten die vorgenannten Regelungen des § 1 Abs. 1 bis 3 EStG nicht (vgl. hierzu die Arbeitskammer-Broschüre „Ratgeber für Grenzgänger aus Deutschland und Frankreich“).

Die Angaben und Anträge mit Auslandsbezug werden in einer eigenen Anlage WA getätigt.

Der Einkommensteuer unterliegen nach § 2 Abs. 1 EStG die Einkunftsarten:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (§ 13 EStG),
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§ 15 EStG),
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18 EStG),
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG),
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 20 EStG),
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG),
7. Sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG,

die der Steuerpflichtige während seiner unbeschränkten Einkommensteuerpflicht oder als inländische Einkünfte während seiner beschränkten Einkommensteuerpflicht erzielt. Zu welcher Einkunftsart die Einkünfte im einzelnen Fall gehören, bestimmt sich nach den §§ 13 bis 24 EStG.

Vereinfachtes Schema zur Einkommensteuerberechnung

Das zu versteuernde Einkommen des Arbeitnehmers errechnet sich – vereinfacht dargestellt – wie folgt:

Bruttoarbeitslohn	_____
– Versorgungsfreibetrag zzgl. Zuschlag	_____
– Arbeitnehmer-Pauschbetrag bzw. Werbungskosten	_____
= Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	_____
+ Summe der Einkünfte aus jeder anderen Einkunftsart	_____
– ausgleichsfähige negative Summen der Einkünfte	_____
= Summe der Einkünfte	_____
– Altersentlastungsbetrag	_____
– Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	_____
= Gesamtbetrag der Einkünfte	_____
– Verlustabzug (nach § 10d EStG)	_____
– Sonderausgaben (unbeschränkt und beschränkt abziehbar)	_____
– freiwillige zusätzliche Altersvorsorge	_____
– außergewöhnliche Belastungen	_____
= Einkommen	_____
– Kinderfreibetrag *	_____
– freibleibender Betrag nach § 46 Abs. 3 EStG (Härteausgleich)	_____
= zu versteuerndes Einkommen	_____

* Der Kinderfreibetrag wird nur angesetzt, wenn die Kindergeldzahlung ungünstiger ist.

Die ersten drei Einkunftsarten gehören zu den **Gewinneinkünften**, die letzten vier zu den **Überschusseinkünften**. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Regel nur die Überschusseinkünfte von Bedeutung.

Die **steuerpflichtigen Einkünfte bei den Überschusseinkünften** werden dadurch errechnet, dass die Werbungskosten von den Einnahmen abgezogen werden.

Werbungskosten sind die Aufwendungen, die dem Erwerb, der Sicherung und Erhaltung der Einnahmen dienen. Die Aufwendungen müssen objektiv mit der Tätigkeit in Zusammenhang stehen.

Ausgaben, die bei steuerfreien Einnahmen entstehen, können nicht abgesetzt werden.

Die Einkommensteuer ist eine Jahressteuer. Die Grundlagen für ihre Festsetzung sind jeweils für ein Kalenderjahr zu ermitteln. Besteht während eines Kalenderjahres sowohl unbeschränkte als auch beschränkte Einkommensteuerpflicht, so sind die während der beschränkten Einkommensteuerpflicht erzielten inländischen Einkünfte in eine Veranlagung zur unbeschränkten Einkommensteuerpflicht einzubeziehen. Zur Errechnung der Einkommensteuerschuld muss das zu versteuernde Einkommen ermittelt werden, nach dem sich dann die tarifliche Einkommensteuer ergibt.

2. Einkommensteuerveranlagung 2023

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben das Recht, einen Antrag auf Veranlagung zur Einkommensteuer zu stellen, um sich die gezahlte Lohnsteuer auf die Einkommensteuer anrechnen zu lassen. Es gibt viele wichtige Antragsgründe, die es lohnend erscheinen lassen, beim zuständigen Finanzamt jedes Jahr einen Antrag auf Veranlagung zu stellen.

Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer wird die vom Arbeitnehmer im Laufe des Jahres gezahlte Steuer unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse und der angefallenen steuermindernden Aufwendungen auf die tatsächlich geschuldete Jahressteuer angerechnet; zu viel gezahlte Steuern werden erstattet. Der Antrag ist bei dem Finanzamt zu stellen, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Antragstellung seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

2.1 Veranlagung von Arbeitnehmern zur Einkommensteuer

2.1.1 Veranlagung von Amts wegen (Pflichtveranlagung)

In bestimmten Fällen sind Arbeitnehmer verpflichtet, nach Ablauf des Kalenderjahres unaufgefordert eine Einkommensteuererklärung abzugeben.

Die Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung (Pflichtveranlagung) besteht für Arbeitnehmer u. a. bei folgenden Gegebenheiten:

- wenn andere einkommensteuerpflichtige Einkünfte, die nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegen (z. B. Renteneinkünfte, Vermietungseinkünfte), bezogen werden und die positive Summe dieser Einkünfte mehr als 410 € beträgt;
- wenn ein Arbeitnehmer von mehreren Arbeitgebern gleichzeitig Arbeitslohn bezogen hat;
- wenn die positive Summe bestimmter Lohn- oder Entgeltersatzleistungen (z. B. Arbeitslosengeld I, Kurzarbeitergeld, Krankengeld, Elterngeld, Aufstockungsbeträge bei Alterszeit) mehr als 410 € betragen hat;
- wenn beide Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner Arbeitslohn bezogen haben und einer von ihnen für das Kalenderjahr oder für einen Teil des Kalenderjahres nach der Steuerklasse V oder VI besteuert worden ist oder bei Steuerklasse IV der Faktor eingetragen worden ist;
- wenn das Finanzamt einen Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen hat und der im Kalenderjahr insgesamt erzielte Arbeitslohn höher ist als die Summe aus dem Grundfreibetrag (2023 10.908 €), dem Arbeitnehmer-Pauschbetrag (2023 1.230 €) und dem Sonderausgaben-Pauschbetrag (2023 36 €) und bei einer Zusammenveranlagung höher ist als die Summe aus dem doppelten Grundfreibetrag (2023 21.816 €), dem Arbeitnehmer-Pauschbetrag

und dem doppelten Sonderausgaben-Pauschbetrag (2023 72 €). Die Veranlagungspflicht gilt nicht, wenn lediglich der Pauschbetrag für behinderte Menschen, der Pauschbetrag für Hinterbliebene oder die Kinderfreibetragszahl eingetragen worden ist;

- wenn bei geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Eltern oder bei den Eltern nicht-ehelicher Kinder beide Elternteile eine Aufteilung des Freibetrages zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung oder des einem Kind zustehenden Pauschbetrages für behinderte Menschen/Hinterbliebene in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte beantragen;
- wenn im Lohnsteuerabzugsverfahren Entschädigungen oder Arbeitslohn für mehrere Jahre ermäßigt besteuert worden sind;
- wenn der Arbeitgeber die Lohnsteuer von einem sonstigen Bezug berechnet hat und dabei der Arbeitslohn aus früheren Dienstverhältnissen des Kalenderjahres außer Betracht geblieben ist (Großbuchstabe S);
- wenn bei einem Arbeitnehmer die beim Lohnsteuerabzug berücksichtigten Teilbeträge der Vorsorgepauschale für die gesetzliche und private Kranken- und Pflegeversicherung höher sind als die später abziehbarer Vorsorgeaufwendungen. Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn nicht höher ist als die Summe aus dem Grundfreibetrag (2023 10.908 €), dem Arbeitnehmer-Pauschbetrag (2023 1.230 €) und dem Sonderausgaben-Pauschbetrag (2023 36 €) und bei einer Zusammenveranlagung nicht höher ist als die Summe aus dem doppelten Grundfreibetrag (2023 21.816 €), dem Arbeitnehmer-Pauschbetrag und dem doppelten Sonderausgaben-Pauschbetrag (2023 72 €), sind von dieser Veranlagungspflicht wegen einer zu hohen Vorsorgepauschale befreit.

Unbeschränkt Steuerpflichtige haben eine **jährliche Einkommensteuererklärung** für das abgelaufene Kalenderjahr auch dann abzugeben, wenn keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit vorliegen, der Gesamtbetrag der Einkünfte aber bei Alleinstehenden mehr als 10.908 € und bei Verheirateten/eingetragenen Lebenspartnern mehr als 21.816 € beträgt.

Durch das Steuermodernisierungsgesetz wurde die Abgabefrist für die Einkommensteuererklärung erstmals ab dem Veranlagungszeitraum 2018 geändert und um 2 Monate auf den 31.07. des Folgejahres verlängert.

Für Angehörige der steuerberatenden Berufe endet die Frist am 28./29. Februar des übernächsten Jahres.

Gleichzeitig haben sich aber auch die Regelungen für den Fall der verspäteten Abgabe geändert (§ 152 AO).

Die bisherige Ermessensentscheidung („**Kann-Regelung**“) des Finanzamts zur Festsetzung von Verspätungszuschlägen bleibt weiterhin bestehen. Daneben wurden aber erstmals für alle Steuererklärungen ab dem Veranlagungszeitraum 2018 eine neue obligatorische „**Muss-Regel**“ und ein **Mindest-Verspätungszuschlag** eingeführt.

- Der **Verspätungszuschlag** wird künftig automatisch festgesetzt, wenn die Steuererklärung nicht **innen 14 Monaten** nach Ablauf des Besteuerungsjahres abgegeben wurde. Dieser obligatorische Verspätungszuschlag wird nicht erhoben, wenn die Steuerklärungsfrist verlängert und die Steuererklärung innerhalb der verlängerten Frist abgegeben wurde, wenn die Steuer auf 0 € festgesetzt wird oder es zu einer Erstattung kommt.
- Der Verspätungszuschlag beträgt pro angefangenem Säumnis-Monat 0,25 Prozent der um die Vorauszahlungen und die anzurechnenden Steuerabzugsbeträge verminderten Steuer, **mindestens aber 25 € monatlich**.
- Reichen Steuerpflichtige, die keinen Berater zu Hilfe nehmen, ihre Steuererklärung nach dem 31. Juli des Folgejahres bis zum 28./29. Februar des übernächsten Jahres ein, hat das Finanzamt einen Ermessensspielraum hinsichtlich der Festsetzung des Verspätungszuschlags. Auch in den Fällen, in denen der Steuerbescheid auf 0 € lautet oder dem Steuerpflichtigen sogar eine Steuererstattung zusteht, bleibt es bei einer Ermessensentscheidung.
- Um Härtefälle zu vermeiden gibt es für Steuerpflichtige, die bisher davon ausgehen konnten, keine Steuererklärung abgeben zu müssen, und die nun vom Finanzamt dazu aufgefordert werden, eine **Billigkeitsregelung**. In diesem Fall darf der Verspätungszuschlag nur für die Monate berechnet werden, die nach dem Ablauf der in der Aufforderung bezeichneten Erklärungsfrist begonnen haben.


Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Abgabefristen für Steuererklärungen der Veranlagungszeiträume 2020 bis 2024 verlängert. Ab dem Veranlagungszeitraum 2025 gelten wieder die regulären bisherigen Fristen.

In der nachfolgenden Tabelle ist für diese Veranlagungszeiträume das jeweilige Fristende dargestellt.

Veranlagungszeitraum	Fristende (ohne Steuerberater)	Fristende (mit Steuerberater)
2020	01.11.2021 * bzw. 02.11.2021 **	31.08.2022
2021	31.10.2022	31.08.2023
2022	02.10.2023 *	31.07.2024
2023	02.09.2024 *	02.06.2025 *
2024	31.07.2025	30.04.2026
2025	31.07.2026	01.03.2027 *

*Verschiebung nach § 108 Abs. 3 AO, da das Ende der Frist auf einen Sa/So fällt.

**Verschiebung nach § 108 Abs. 3 AO, da das Ende der Frist auf einen Sa/So fällt; zusätzliche Verschiebung nach § 108 Abs. 3 AO wg. Feiertag möglich (ggf. nur in einigen Bundesländern)

 **TIPP** Wenn Sie die Abgabefrist nicht einhalten können, stellen Sie rechtzeitig schriftlich bei Ihrem zuständigen Finanzamt unter Angabe von Gründen einen Fristverlängerungsantrag.

2.1.2 Veranlagung auf Antrag

Arbeitnehmer, die nicht pflichtveranlagt sind, können die Veranlagung beantragen, insbesondere zur Anrechnung der einbehaltenen Lohnsteuer auf die Einkommensteuer.

Der Antrag auf Einkommensteuerveranlagung kann innerhalb der Festsetzungsfrist gestellt werden. Diese beträgt vier Jahre und beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, für das der Antrag auf Einkommensteuerveranlagung gestellt wird. Diese Frist ist eine Ausschlussfrist, die vom Finanzamt nicht verlängert werden kann.

Der **Antrag auf Veranlagung zur Einkommensteuer** für 2023 (ab Seite 16) ist somit bis spätestens 31. Dezember 2027 zu stellen.

Die Abgabefrist für den Antrag auf die Arbeitnehmer-Sparzulage 2023 ist ebenfalls der 31. Dezember 2027.

⇒ BEISPIEL

Die Einkommensteuererklärung 2023 wird am 10. Oktober 2027 beim Wohnsitz-Finanzamt eingereicht. Gewahrt ist in dem vorliegenden Fall die Frist, die noch bis zum 31. Dezember 2027 läuft.

Eine Antragsveranlagung lohnt sich insbesondere immer, wenn der Arbeitnehmer noch Aufwendungen geltend machen kann, die beim Lohnsteuerabzug noch nicht berücksichtigt wurden.

Ein Antrag kann sich lohnen,

- wenn nicht ununterbrochen ein Dienstverhältnis bestand,
- wenn die Höhe des Arbeitslohns im Laufe des Kalenderjahres geschwankt und der Arbeitgeber keinen Lohnsteuerjahresausgleich vorgenommen hat,
- wenn sich die Steuerklasse oder die Zahl der Kinderfreibeträge im Laufe des Kalenderjahres geändert hat und diese Auswirkung durch den Arbeitgeber über einen Lohnsteuerjahresausgleich noch nicht berücksichtigt worden ist,
- wenn Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen oder sonstige Aufwendungen, für die Minderung der Steuerschuld möglich ist, entstanden sind und noch kein Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen war.

Außerdem wird ein Antrag zur Einkommensteuererklärung z. B. durchgeführt,

- wenn negative Einkünfte aus anderen Einkunftsarten berücksichtigt werden sollen,
- wenn Verlustabzüge aus anderen Kalenderjahren berücksichtigt werden sollen,
- wenn einbehaltene Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) im Fall der Günstigerprüfung angerechnet und eventuell erstattet werden soll.

2.1.3 Härteausgleich

Bei **Arbeitnehmern** mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Betrag in Höhe der anderen einkommensteuerpflichtigen Einkünfte, die nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegen, vom Einkommen abzuziehen, wenn diese Einkünfte insgesamt nicht mehr als **410 €** betragen (§ 46 Abs. 3 EStG). Nicht dazu gehören aber Lohnersatzleistungen wie z. B. Arbeitslosengeld I, Krankengeld oder Elterngeld.

Bei Berechnung der anderen Einkünfte ist jeweils gegebenenfalls ein auf sie entfallender Altersentlastungsbetrag (gemäß § 24a EStG) abzuziehen; positive und negative Einkünfte sind dabei zu saldieren. Zu den anderen einkommensteuerpflichtigen Einkünften gehören alle Einkünfte außer denen aus nichtselbständiger Arbeit. **Seit 2014 sind jedoch auch Kapitaleinkünfte bei Arbeitnehmern von der Anwendung des Härteausgleichs ausgeschlossen.**

Ermäßigt besteuert werden Nebeneinkünfte zwischen 410 € und 820 € zum Ausgleich von Härten bei einem geringfügigen Überschreiten der Grenze von 410 € (§ 46 Abs. 5 EStG i. V. m. § 70 EStDV), wobei die Nebeneinkünfte in Höhe des Betrages steuerfrei bleiben, um den sie niedriger als 820 € sind. Im Steuerbescheid taucht der Härteausgleichsbetrag als „Betrag gemäß § 46 Abs. 3 EStG“ auf. Überschreiten die anderen Einkünfte auch die Grenze von 820 €, so erfolgt kein Härteausgleich mehr.

Bei zusammen veranlagten **Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern** beziehen sich die vorgenannten Beträge auf die Nebeneinkünfte **beider** Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner; die Beträge werden nicht verdoppelt.

⇒ BEISPIEL

Die Nebeneinkünfte eines Arbeitnehmers aus freiberuflicher Tätigkeit betragen 700 €. Bis 820 € fehlen noch 120 €. Die Nebeneinkünfte sind daher anzusetzen mit $700 \text{ €} - 120 \text{ €} = 580 \text{ €}$. Bei mehr als 820 € Nebeneinkünften sind diese in voller Höhe anzusetzen, da der Härteausgleich ab 820 € unwirksam wird.

2.1.4 Wie werden die Vordrucke ausgefüllt?

Für die Einkommensteuererklärung 2023 sind bei Arbeitnehmern die folgenden Antragsvordrucke erforderlich:

- **Hauptvordruck (Mantelbogen):** Er enthält persönliche Angaben über den Steuerpflichtigen sowie die dem Progressionsvorbehalt unterliegenden Lohnersatzleistungen (wie z. B. Arbeitslosengeld, Krankengeld, Elterngeld, Insolvenzgeld etc.).
- **Anlage Sonderausgaben:** In dieser Anlage werden die Angaben zu den Sonderausgaben eingetragen.
- **Anlage außergewöhnliche Belastungen:** Diese Anlage dient der Berücksichtigung von außergewöhnlichen Belastungen. Hierzu zählen der Behinderten-, der Hinterbliebenen- und der Pflege-Pauschbetrag sowie alle sonstigen außergewöhnlichen Belastungen.

- **Anlage haushaltsnahe Aufwendungen:** Hier werden die haushaltsnahen Aufwendungen, wie z. B. Handwerkerrechnungen, Lohnkosten für die Reinigung der Wohnung, eingetragen.
- **Anlage Sonstiges:** Alle sonstigen Angaben, die bis 2018 noch auf der Seite 4 im Mantelbogen anzugeben waren, werden nun in der Anlage Sonstiges erfasst. Hier sind in 2022 auch Angaben zur Auszahlung der Energiepreispauschale bei pauschal versteuertem Arbeitslohn zu machen.
- **Anlage Energetische Maßnahmen:** Hier werden die steuerbegünstigten Aufwendungen für energetische Maßnahmen bei zu eigenen Wohnzwecken oder unentgeltlich zu Wohnzwecken überlassen Gebäuden eingetragen.
- **Anlage Vorsorgeaufwand:** Diese Anlage dient der Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen.
- **Anlage AV:** Hier sind die Angaben zu Altersvorsorgebeiträgen (Riester-Rente) einzutragen.
- **Anlage Kinder:** Für die Berücksichtigung von Kindern ist ein besonderer Vordruck für jedes Kind zur Einkommensteuererklärung abzugeben.
- **Anlage N:** Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit den Angaben über Arbeitslohn, einbehaltene Steuerabzugsbeträge, vermögenswirksame Leistungen und Werbungskosten. Haben beide Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner Arbeitslohn bezogen, muss für jeden Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner eine Anlage N ausgefüllt werden (auch bei Bezug von Arbeitslosengeld, Elterngeld etc.).
- **Anlage N-Doppelte Haushaltsführung:** Diese Anlage wurde 2023 neu eingeführt und enthält alle Angaben zu den Aufwendungen für eine doppelte Haushaltsführung, die bisher auf Seite 4 der Anlage N aufgeführt waren.
- **Anlage N-AUS:** Ausländischer Arbeitslohn sowie Angaben zur Auslandstätigkeit und angefallene Werbungskosten sind in der Anlage N-AUS anzugeben. Haben beide Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner ausländischen Arbeitslohn bezogen, muss für jeden Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner eine Anlage N-AUS ausgefüllt werden.
- **Anlage Mobilitätsprämie:** Diese Anlage ist von Pendlern mit einem zu versteuernden Einkommen unter dem Grundfreibetrag und einer einfachen Wegstrecke zur ersten Tätigkeitsstätte von mehr als 20 Kilometer auszufüllen.
- **Anlage Unterhalt:** Für Angaben zu Unterhaltsleistungen an bedürftige Personen.
- **Anlage KAP:** Einkünfte aus Kapitalvermögen, Anrechnung von Kapitalertragsteuern. Diese Anlage muss nur noch beigefügt werden, wenn der Steuerpflichtige die Günstigerprüfung wünscht oder wenn bei Kirchensteuerpflicht keine Kirchensteuer auf Kapitalertragsteuer von der Bank einbehalten wurde.

- **Anlage KAP-BET:** In dieser Anlage werden Erträge und anrechenbare Steuern aus Beteiligungen, die gesondert und einheitlich festgestellt werden, erfasst.
- **Anlage KAP-INV:** Diese Anlage ist für die Erklärung von Investorserträgen, die nicht dem inländischen Steuerabzug unterliegen haben, vorgesehen.
- **Anlage V:** In dieser Anlage werden die Mieteinnahmen erklärt. Für jedes vermietete Objekt muss eine Anlage V ausgefüllt werden, auch wenn das Objekt den Ehegatten mit Zusammenveranlagung gemeinsam gehört.
- **Anlage V - Sonstiges:** In dieser 2023 neu eingeführten Anlage sind die Einkünfte aus Grundstücksgemeinschaften anzugeben.
- **Anlage V-FeWo:** Handelt es sich bei den Vermietungseinkünften um vermietete Ferienwohnungen oder um kurzfristige Vermietungen sind ab 2023 hier noch Ergänzungen zu den Angaben in der Anlage V vorzunehmen.
- **Anlage R:** In dieser Anlage werden nur die inländischen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Renten aus privaten Rentenversicherungen oder aus sonstigen Verpflichtungsgründen erfasst.
- **Anlage R-AV/bAV:** In dieser Anlage werden die Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen und aus der betrieblichen Altersvorsorge erfasst
- **Anlage R-AUS:** Für ausländische Renten wird seit 2020 diese neue Anlage bereitgestellt.
- **Anlage WA:** Diese Anlage beinhaltet alle Angaben und Anträge mit Auslandsbezug, wie z. B. Angaben bei nur zeitweiser unbeschränkter Steuerpflicht.

Seit dem Veranlagungszeitraum 2006 verschickt das Finanzamt keine Einkommensteuer-Vordrucke mehr. Diese liegen beim Finanzamt bereit oder können aus dem Internet unter **www.buergerdienste-saar.de** ausgedruckt werden. Die weißen Felder im Erklärungsvordruck sind deutlich und vollständig auszufüllen.



	Hauptvordruck Est 1 A	- Eingangsstempel -
1	<input checked="" type="checkbox"/> Einkommensteuererklärung	<input type="checkbox"/> Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage
2	<input type="checkbox"/> Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge	<input type="checkbox"/> Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags
3	<input type="checkbox"/> Festsetzung der Mobilitätsprämie	
4	Steuernummer <input style="width: 80%;" type="text"/>	
An das Finanzamt		
5	<input style="width: 100%;" type="text"/>	
6	Bei Wohnsitzwechsel: bisheriges Finanzamt <input style="width: 80%;" type="text"/>	
Allgemeine Angaben		
7	Telefonische Rückfragen tagsüber unter Nummer <input style="width: 150px;" type="text"/>	
Steuerpflichtige Person		
Nur bei Zusammenveranlagung: Ehemann oder Person A (Ehepartner/-in A / Lebenspartner/-in A nach dem LPartG) - Bitte Anleitung beachten.		
8	Identifikationsnummer <input style="width: 150px;" type="text"/>	Geburtsdatum <input style="width: 100px;" type="text"/>
		im Sterbefall: Sterbedatum <input style="width: 100px;" type="text"/>
9	Name <input style="width: 150px;" type="text"/>	Religionsschlüssel: Evangelisch = EV Römisch-Katholisch = RK
10	Vorname <input style="width: 150px;" type="text"/>	nicht kirchensteuerpflichtig = VD Weitere siehe Anleitung
11	Titel, akademischer Grad <input style="width: 150px;" type="text"/>	Religion <input style="width: 50px;" type="text"/>
12	Ausgeübter Beruf <input style="width: 150px;" type="text"/>	
13	Straße (derzeitige Adresse) <input style="width: 150px;" type="text"/>	
14	Hausnummer <input style="width: 50px;" type="text"/>	Hausnummerzusatz <input style="width: 50px;" type="text"/>
	Adressergänzung <input style="width: 150px;" type="text"/>	
15	Postleitzahl (Inland) <input style="width: 50px;" type="text"/>	Postleitzahl (Ausland) <input style="width: 50px;" type="text"/>
16	Wohnort <input style="width: 150px;" type="text"/>	
17	Staat (falls Anschrift im Ausland) <input style="width: 150px;" type="text"/>	
18	Verheiratet / Lebenspartnerschaft begründet seit dem <input style="width: 100px;" type="text"/>	Verwitwet seit dem <input style="width: 100px;" type="text"/>
	Geschieden / Lebenspartnerschaft aufgehoben seit dem <input style="width: 100px;" type="text"/>	Dauernd getrennt lebend seit dem <input style="width: 100px;" type="text"/>
Nur von Ehegatten / Lebenspartnern: Veranlagungsart		
19	<input type="checkbox"/> Zusammenveranlagung	<input type="checkbox"/> Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern
	<input type="checkbox"/> Wir haben Gütergemeinschaft vereinbart	
Nur bei Zusammenveranlagung: Ehefrau oder Person B (Ehepartner/-in B / Lebenspartner/-in B nach dem LPartG)		
20	Identifikationsnummer <input style="width: 150px;" type="text"/>	Geburtsdatum <input style="width: 100px;" type="text"/>
		im Sterbefall: Sterbedatum <input style="width: 100px;" type="text"/>
21	Name <input style="width: 150px;" type="text"/>	Religionsschlüssel: Evangelisch = EV Römisch-Katholisch = RK
22	Vorname <input style="width: 150px;" type="text"/>	nicht kirchensteuerpflichtig = VD Weitere siehe Anleitung
23	Titel, akademischer Grad <input style="width: 150px;" type="text"/>	Religion <input style="width: 50px;" type="text"/>
24	Ausgeübter Beruf <input style="width: 150px;" type="text"/>	Zustell-Nr.: Berater-Nr.: Mand.-Nr.:

Steuernummer, Name und Vorname

Abweichende Anschrift der Ehefrau oder Person B

Bitte füllen Sie die Zeilen 25 bis 29 nur aus, wenn die Adressangaben von den Zeilen 13 bis 17 abweichen.

25 Straße

26 Hausnummer Hausnummerzusatz Adressergänzung

27 Postleitzahl (Inland) Postleitzahl (Ausland)

28 Wohnort

29 Staat (falls Anschrift im Ausland)

Bankverbindung - Bitte stets angeben -

30 IBAN (inländisches Geldinstitut)

31 IBAN (ausländisches Geldinstitut)

32 BIC zur IBAN des ausländischen Geldinstituts

Kontoinhaber/-in

33 Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A Ehefrau / Person B oder: Name (im Fall der Abtretung bitte amtlichen Abtretungsvordruck einreichen)

Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage

34 Für alle vom Anbieter und / oder Arbeitgeber übermittelten elektronischen Vermögensbildungsbescheinigungen wird die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage beantragt.

17 1 = Ja 18 1 = Ja

Einkommensersatzleistungen

- ohne Beträge laut Zeile 23 der Anlage N -

Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A Ehefrau / Person B

35 EUR EUR

120 , - 121 , (e)

36 136 , - 137 , -

Ergänzende Angaben zur Steuererklärung

37 Über die Angaben in der Steuererklärung hinaus sind weitere oder abweichende Angaben oder Sachverhalte zu berücksichtigen. Diese ergeben sich aus der beigefügten Anlage, welche mit der Überschrift "Ergänzende Angaben zur Steuererklärung" gekennzeichnet ist.

175 1 = Ja

Hinweis: Wenn über die Angaben in der Steuererklärung hinaus weitere oder abweichende Angaben oder Sachverhalte berücksichtigt werden sollen, tragen Sie bitte eine "1" ein. Gleiches gilt, wenn bei den in der Steuererklärung erfassten Angaben bewusst eine von der Verwaltungsauffassung abweichende Rechtsauffassung zugrunde gelegt wurde. Falls Sie mit Abgabe der Steuererklärung lediglich Belege und Aufstellungen einreichen, ist keine Eintragung vorzunehmen.

Unterschrift

Datenschutzhinweis:
Die mit der Steuererklärung / dem Antrag angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 149, 150 und 181 Abs. 2 der Abgabenordnung, der §§ 25, 46 und 51a Abs. 2d des Einkommensteuergesetzes sowie des § 14 Abs. 4 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes erhoben.

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

38

30.04.2024

Datum, Unterschrift(en) Steuererklärungen sind eigenhändig -bei Ehegatten / Lebenspartnern von beiden- zu unterschreiben.

39 Die Steuererklärung wurde unter Mitwirkung einer selbständig und eigenverantwortlich tätigen und zur Hilfeleistung in Steuersachen nach den §§ 3 und 4 des Steuerberatungsgesetzes befugten Person oder Vereinigung angefertigt. 1 = Ja

40 Bei der Anfertigung dieser Steuererklärung hat mitgewirkt:



1	Name <input style="width: 95%;" type="text"/>	Anlage WA-EST
2	Vorname <input style="width: 95%;" type="text"/>	Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.
3	Steuernummer <input style="width: 95%;" type="text"/>	
Weitere Angaben und Anträge in Fällen mit Auslandsbezug		
Angaben bei zeitweiser unbeschränkter Steuerpflicht im Kalenderjahr 2023		
18		
4	Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Inland	vom <input style="width: 100px;" type="text"/> bis <input style="width: 100px;" type="text"/>
	Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A	140 <input style="width: 100px;" type="text"/> 142 <input style="width: 100px;" type="text"/>
5	Ehefrau / Person B	141 <input style="width: 100px;" type="text"/> 143 <input style="width: 100px;" type="text"/>
6	Ausländische Einkünfte, die außerhalb der in den Zeilen 4 und / oder 5 genannten Zeiträume bezogen wurden und nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegen haben	122 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
7	In Zeile 6 enthaltene außerordentliche Einkünfte i. S. d. §§ 34, 34b EStG	177 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
Bei Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht		
8	Mir gehörte im Zeitpunkt der Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht (Wegzug) eine Beteiligung i. S. d. § 17 EStG an einer in- oder ausländischen Kapitalgesellschaft / Genossenschaft (bitte den ermittelten fiktiven Veräußerungsgewinn in Zeile 55 der Anlage G eintragen).	171 <input style="width: 50px;" type="text"/> 1 = Ja 2 = Nein
9	Ich beabsichtige innerhalb von 7 Jahren nach dem Zeitpunkt der Beendigung der unbeschränkt Steuerpflicht wieder ins Inland zurückzukehren.	172 <input style="width: 50px;" type="text"/> 1 = Ja 2 = Nein
10	Im Zeitraum zwischen Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht bis zur Abgabe der Einkommensteuererklärung 2023 lag mein Wohnsitz zumindest zeitweise in einem niedrig besteuerten Gebiet i. S. d. § 2 Abs. 2 AStG.	169 <input style="width: 50px;" type="text"/> 1 = Ja 2 = Nein
Angaben zum Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 3 EStG)		
- Nur bei Personen ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland, die beantragen, als unbeschränkt steuerpflichtig behandelt zu werden -		
11	Ich beantrage für die Anwendung personen- und familienbezogener Steuervergünstigungen als unbeschränkt steuerpflichtig behandelt zu werden ("Bescheinigung EU / EWR" oder "Bescheinigung außerhalb EU / EWR" bitte einreichen).	170 <input style="width: 50px;" type="text"/> 1 = Ja 2 = Nein
12	Summe der nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte und der inländischen Einkünfte, die nach DBA nur der Höhe nach beschränkt besteuert werden dürfen (ggf. "0")	124 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
13	In Zeile 12 enthaltene Kapitalerträge, die dem besonderen Steuersatz für Kapitalerträge nach § 32d Abs. 1 EStG (Abgeltungsteuer) unterliegen oder - im Fall von ausländischen Kapitalerträgen - unterliegen würden	129 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
14	Summe der Kapitalerträge, die der deutschen Einkommensteuer unterliegen und auf die der besondere Steuersatz für Kapitalerträge nach § 32d Abs. 1 EStG anzuwenden ist (ohne Kapitalerträge, die im Inland nach DBA nur der Höhe nach beschränkt besteuert werden dürfen)	131 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
15	In Zeile 12 enthaltene außerordentliche Einkünfte i. S. d. §§ 34, 34b EStG	103 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
16	In Zeile 12 enthaltene außerordentliche Einkünfte i. S. d. §§ 34, 34b EStG	104 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
Angaben zum im EU- / EWR-Ausland oder in der Schweiz lebenden Ehegatten / Lebenspartner		
Ich beantrage als Staatsangehöriger eines EU- / EWR-Staates die Anwendung familienbezogener Steuervergünstigungen, Nachweis ist einzureichen (z. B. "Bescheinigung EU / EWR"). Die nicht der deutschen Besteuerung unterliegenden Einkünfte beider Ehegatten / Lebenspartner sind in Zeile 12 enthalten.		
Angaben bei Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland, die im dienstlichen Auftrag außerhalb der EU oder des EWR tätig sind		
17	Ich beantrage die Anwendung familienbezogener Steuervergünstigungen ("Bescheinigung EU / EWR" bitte einreichen).	

Steuernummer

Anzurechnende Steuern

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B	
		EUR	Ct	EUR	Ct
18	Steuerabzugsbeträge nach § 50a EStG (ohne Betrag in Zeile 20)	149	<input type="text"/>	146	<input type="text"/>
19	Solidaritätszuschlag zu Zeile 18	148	<input type="text"/>	145	<input type="text"/>
20	Steuerabzugsbeträge nach § 50a Abs. 7 EStG laut Rentenbezugsmitteilung	105	<input type="text"/>	107	<input type="text"/>
21	Solidaritätszuschlag zu Zeile 20	106	<input type="text"/>	108	<input type="text"/>

Wohnsitz im Ausland im Kalenderjahr 2023 (wenn abweichend von den Zeilen 13 bis 29 des Hauptvordrucks ESt 1 A)

Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A

22	Anschrift	<input type="text"/>	Staat	<input type="text"/>	vom	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
					191		192	

Ehefrau / Person B

23	Anschrift	<input type="text"/>	Staat	<input type="text"/>	vom	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
					193		194	

Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B	
24	Ich habe ein inländisches Unternehmen i. S. d. § 138a Abs. 1 AO	166	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	167	<input type="checkbox"/> 1 = Ja

Mitteilung von grenzüberschreitenden Steuergestaltungen

Ich bin / Wir sind Nutzer einer grenzüberschreitenden Steuergestaltung nach §§ 138d ff. AO, deren steuerlicher Vorteil sich erstmals im Jahr 2023 auswirken soll. Für diese wurden mir / uns folgende Registriernummer und Offenlegungsnummer zugeteilt:

25	Registriernummer	195	<input type="text"/>
26	Offenlegungsnummer	196	<input type="text"/>
27	Ich habe / Wir haben im Jahr 2023 mindestens eine grenzüberschreitende Steuergestaltung verwirklicht, für die mir / uns noch keine Registriernummer und Offenlegungsnummer vorliegt. - Erläuterungen zur Steuergestaltung nehmen Sie in einer gesonderten Anlage mit der Überschrift "Ergänzende Angaben zur Steuererklärung" vor und tragen in Zeile 37 des Hauptvordrucks ESt 1 A eine "1" ein. -	197	<input type="checkbox"/> 1 = Ja

Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID)

Die bundeseinheitliche Steueridentifikationsnummer gilt für natürliche Personen ab Geburt und ändert sich lebenslang nicht. Es ist eine elfstellige Nummer, die eine eindeutige Identifizierung eines Steuerpflichtigen jederzeit ermöglicht. Die Identifikationsnummer tragen Sie in der Zeile 8 bzw. Zeile 19 für den Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner des Mantelbogens zusätzlich zu der Einkommensteuernummer ein.

Nach einer Übergangszeit soll die Identifikationsnummer die bisherige Einkommensteuernummer ersetzen. In Deutschland steuerpflichtige Personen, die bei keiner Einwohnermeldebehörde im Inland gemeldet sind (z. B. Grenzgänger oder beschränkt Steuerpflichtige), erhalten auch eine Identifikationsnummer.

Allgemeine Angaben

Füllen Sie nur die weißen Felder der Vordrucke deutlich und vollständig aus. Textänderungen sind nicht zulässig. Auch wenn bereits ein Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen war, müssen diese Angaben in der Einkommensteuererklärung vollständig eingesetzt werden.

Reicht der dort vorgesehene Platz für die Eintragungen nicht aus, sollten Sie weitere Angaben auf einem zusätzlichen Blatt machen. Das Finanzamt verlangt bei den einzelnen Angaben in der Regel eine Aufstellung über die Kosten und unter Umständen einen Belegnachweis. In der Einkommensteuererklärung 2023 sind alle Beträge in € einzutragen.

Centbeträge werden zu Gunsten der Steuerpflichtigen auf volle Eurobeträge auf- oder abgerundet, wenn die Vordrucke nicht ausdrücklich die Eintragung der Centbeträge vorsehen. Auf der ersten Seite ist ein Kreuz bei „Einkommensteuererklärung“, eventuell auch bei „Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage“ zu setzen. Maßgebendes Finanzamt ist dort, wo sich der Wohnsitz bei Abgabe der Einkommensteuererklärung befindet. Tragen Sie ab Zeile 9 Ihren Namen und den Ihres Ehegatten/Lebenspartners sowie die derzeitige Anschrift in Druckbuchstaben ein. Die Geburtsdaten sind bei Tag/Monat jeweils zweistellig, beim Jahr vierstellig einzutragen.

Arbeitnehmer können bei der Religionszugehörigkeit die Abkürzungen verwenden, die sich aus der Lohnbescheinigung ergeben; z. B. römisch-katholisch „rk“, evangelisch „ev“. Sie wird nicht vermerkt, wenn man Mitglied einer Religionsgemeinschaft ist, die keine Kirchensteuer erhebt (z. B. neuapostolisch) oder bereits den Austritt aus der Kirche beim Amtsgericht erklärt hat. In diesen Fällen tragen sie „vd“ ein.

Der Austritt aus der Kirche im laufenden Kalenderjahr muss besonders vermerkt werden, weil die Kirchensteuer nach der Kirchengenossenschaft gezwölftelt wird. Im Feld „ausgeübter Beruf“ ist der aktuelle Beruf anzugeben. Dieser Eintrag kann sich auf die Werbungskosten oder Sonderausgaben auswirken.

Da die Einkommensteuer-Erstattungen grundsätzlich unbar geleistet werden, geben Sie unbedingt auf Seite 2 des Mantelbogens ihre Bankverbindung in den Zeilen 30 bis 33 (IBAN

und BIC) an. Bei Änderung der Kontonummer oder der Anschrift sollte dies dem Finanzamt sofort mitgeteilt werden.

Der Antrag muss vom Steuerpflichtigen und bei Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern im Fall der Zusammenveranlagung auch vom Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner unterschrieben sein (Zeile 38 des Hauptvordruckes).

Die Einkommensteuererklärung kann auch elektronisch abgegeben werden. Nähere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.elster.de.

2.1.5 Veranlagungsformen

Das Einkommensteuerrecht kennt folgende Veranlagungsformen:

I. Einzelveranlagung

Diese Grundform ist für Alleinstehende vorgeschrieben. Als alleinstehend gilt, wer ledig, geschieden, verwitwet ist oder von seinem Ehegatten dauernd getrennt lebt. Es werden nur die eigenen Einkünfte des Arbeitnehmers und die eigenen abzugsfähigen Aufwendungen (wie Werbungskosten, Sonderausgaben usw.) berücksichtigt. Das so zu versteuernde Einkommen (ggf. mit Progressionsvorbehalt) wird nach der Grundtabelle versteuert.

I. Ehegattenveranlagung/Veranlagung von eingetragenen Lebenspartnern (§ 26 EStG)

Ehegatten und eingetragene Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz können zwischen den beiden Veranlagungsformen Einzelveranlagung nach § 26a EStG und Zusammenveranlagung nach § 26b EStG wählen.

Das Wahlrecht zwischen der Zusammenveranlagung und der Einzelveranlagung steht Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern nur unter folgenden Voraussetzungen zu (§ 26 Abs. 1 EStG):

- Die Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner müssen beide unbeschränkt steuerpflichtig sein, d. h. ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und
- sie dürfen nicht dauernd getrennt leben.

Die Voraussetzungen müssen an mindestens einem Tag des Veranlagungszeitraums vorgelegen haben. Im Jahr der Trennung besteht noch ein Wahlrecht, jedoch nicht mehr im darauffolgenden Kalenderjahr, es sei denn, die Trennung wäre zwischenzeitlich beendet worden.

Ehegatten/eingetragene Lebenspartner werden einzeln veranlagt, wenn einer die Einzelveranlagung wählt. Ehegatten/eingetragene Lebenspartner werden zusammen veranlagt, wenn beide die Zusammenveranlagung wählen. Die Wahl der Veranlagungsart ist nun für den

betreffenden Veranlagungszeitraum durch Angabe in der Steuererklärung bindend. Sobald der Steuerbescheid unanfechtbar geworden ist, kann die Veranlagungsart nur noch dann geändert werden, wenn

- ein die Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner betreffender Steuerbescheid aufgehoben, geändert oder berichtigt wird und
- die Änderung der Wahl der Veranlagung beim Finanzamt bis zum Eintritt der Bestandskraft des Änderungs- oder Berichtigungsbescheids mitgeteilt wird und
- die Einkommensteuer der Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner nach Änderung der Veranlagungsart niedriger ist, als sie ohne Letzteres wäre. Die Einkommensteuer der einzeln veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner ist hierbei zusammenzurechnen.

1. Einzelveranlagung (§ 26a EStG)

Bei der Einzelveranlagung werden jedem Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner nur die von ihm bezogenen Einkünfte zugerechnet.

Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und die Steuerermäßigungen nach § 35a (Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und Handwerkerleistungen) und nach § 35 c (Steuerermäßigung für energetische Maßnahmen) werden demjenigen Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner zugerechnet, der die Aufwendungen wirtschaftlich getragen hat. Auf übereinstimmenden Antrag der Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner werden sie jeweils zur Hälfte abgezogen. In begründeten Einzelfällen reicht jedoch auch der Antrag des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners aus, welcher die Einkünfte getragen hat.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat unter dem Aktenzeichen III R 2/17 entschieden, dass auch der Behindertenpauschbetrag auf übereinstimmenden Antrag der beiden Ehegatten/Lebenspartner auch bei einer Einzelveranlagung von Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern hälftig aufgeteilt werden kann.

Die zumutbare Belastung nach § 33 EStG bei den außergewöhnlichen Belastungen wird nur nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte des einzelnen Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners berechnet. Auf das zu versteuernde Einkommen wird der Grundtarif angewandt.

Einzelveranlagung mit Witwensplitting

Bei einem verwitweten Steuerpflichtigen wird für den Veranlagungszeitraum, der dem Kalenderjahr folgt, in dem der Ehegatte/eingetragene Lebenspartner verstorben ist, der Splittingtarif angewandt, wenn der Steuerpflichtige und sein verstorbener Ehegatte/eingetragener Lebenspartner zum Zeitpunkt seines Todes die Voraussetzungen der Zusammenveranlagung erfüllt haben.

Einzelveranlagung mit Sondersplitting im Trennungsjahr

Steuerpflichtige, deren Ehe/eingetragene Lebenspartnerschaft in dem Kalenderjahr, in dem sie Einkommen bezogen haben, aufgelöst worden ist, werden auch nach dem Splittingtarif versteuert, wenn in diesem Kalenderjahr

- der Steuerpflichtige und sein bisheriger Ehegatte/eingetragener Lebenspartner die Voraussetzungen der Zusammenveranlagung erfüllt haben,
- der bisherige Ehegatte/eingetragene Lebenspartner wieder geheiratet hat und
- der bisherige Ehegatte/eingetragene Lebenspartner und dessen neuer Ehegatte ebenfalls die Voraussetzungen der Zusammenveranlagung erfüllen.

2. Zusammenveranlagung (§ 26b EStG)

Die Zusammenveranlagung ist im Regelfall die für Ehegatten/eingetragene Lebenspartner günstigste Veranlagungsform. Die Einkünfte werden zwar getrennt für jeden Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner ermittelt, anschließend aber zusammengerechnet. Danach werden alle abzugsfähigen Ausgaben wie z. B. Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen beider Ehegatten/Lebenspartner abgezogen. Die Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner werden nun wie ein Steuerpflichtiger behandelt. Auf das zu versteuernde Einkommen wird dann die **Splittingtabelle** angewandt.

Wird keine Erklärung über die Wahl der Veranlagungsart abgegeben, dann unterstellt das Finanzamt, dass die Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner die Zusammenveranlagung wählen.

2.1.6 Einkommensteuertabelle/Einkommensteuertarif

Das der Einkommensteuer zugrunde liegende Prinzip der Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit findet seinen sichtbarsten Ausdruck in der progressiven Gestaltung des Einkommensteuertarifs. Während die verschiedenen Abzugsbeträge vom Gesamtbetrag der Einkünfte die persönlichen Verhältnisse der Steuerpflichtigen nach Familienstand und nach ihren Sonderbelastungen im Einzelfall berücksichtigen, gilt der Einkommensteuertarif einheitlich für alle Steuerpflichtigen, d. h. Arbeitnehmer, gewerbliche Unternehmer und freiberuflich Tätige. Er bestimmt die Höhe der Steuerbelastung ausschließlich nach der Höhe des zu versteuernden Einkommens.

Der einheitliche und allgemeine Einkommensteuertarif gilt auch für Ehepaare/eingetragene Lebenspartner, die einzeln zur Einkommensteuer veranlagt werden. Bei der Zusammenveranlagung wird jedoch das Splitting-Verfahren angewendet. Dies bedeutet, dass das gemeinsame Einkommen der Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner zunächst halbiert wird, auch bei nur

einem Einkommen, und die sich für das halbierte Einkommen nach dem Einkommensteuertarif ergebende Einkommensteuer verdoppelt wird (§ 32a Abs. 5 EStG).

Auf das zu versteuernde Einkommen wendet das Finanzamt den Einkommensteuertarif an (§ 32a EStG).

Als Grundlage für die Steuertabellen gilt die Berechnungsformel in § 32a Abs. 1 EStG, nach der das Bundesfinanzministerium einen Programmablaufplan für die maschinelle Berechnung der Steuertabellen veröffentlicht. Somit werden auch keine amtlich berechneten Einkommensteuertabellen mehr veröffentlicht.

Als Einkommensteuertabellen kommen in Betracht:

- a) die **Grundtabelle** für Arbeitnehmer, für die während des ganzen Jahres die Steuerklasse I oder II anzuwenden war bzw. bei Einzelveranlagung auch für die Steuerklassen III, IV oder V;
- b) die **Splittingtabelle** für Arbeitnehmer, für die während des ganzen oder für einen Teil des Jahres die Steuerklassen III, IV oder V anzuwenden waren und die keine Einzelveranlagung beantragt haben. Die Splittingtabelle wird auch angewandt bei Einzelveranlagung mit Wittensplitting und beim Sondersplitting im Trennungsjahr (s. Seite 26).

Anlage Sonstiges, 7 bis 8

2.1.7 Verlustabzug

Als **Verlustausgleich** wird die Verrechnung negativer Einkünfte mit positiven Einkünften im selben Veranlagungszeitraum bezeichnet. Dieser Verlustausgleich ist für bestimmte negative Einkünfte nur eingeschränkt zulässig. Bei Arbeitnehmern trifft dies insbesondere zu für Verluste aus Kapitalvermögen (§ 20 Abs. 6 EStG einschließlich Auslandsverluste nach § 2a EStG), für Verluste aus Leistungen im Rahmen der sonstigen Einkünfte (§ 22 Nr. 3 EStG) und für Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften (§ 23 Abs. 3 EStG).

Können negative Einkünfte nicht oder nicht vollständig mit positiven Einkünften im selben Jahr verrechnet werden, kann der nicht ausgeglichene Verlustbetrag von einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte in einem anderen Jahr abgezogen werden. Das ist der **Verlustabzug** nach § 10d EStG.

Ein Verlustabzug ist nur möglich, wenn also im betreffenden Veranlagungszeitraum eine negative Summe der Einkünfte vorliegt. Im Verlustentstehungsjahr besteht ein Wahlrecht, ob und in welcher Höhe der Verlust in Vorjahre zurückgetragen (**Verlustrücktrag**) oder ins Folgejahr vorgetragen (**Verlustvortrag**) wird. Das Wahlrecht wird in der Anlage Sonstiges in der Zeile 18 ausgeübt. Wenn kein Rücktrag gewünscht wird, ist in dieser Zeile eine Eins einzutragen.

Verlustrücktrag

Verluste, die bei der Ermittlung des Gesamtbetrages der Einkünfte nicht ausgleichbar sind, werden im Wege des Verlustrücktrags bis zu einem Betrag von 10.000.000 € (bei zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern 20.000.000 €) vom Gesamtbetrag der Einkünfte des unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeitraums vorrangig vor Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und sonstigen Abzugsbeträgen abgezogen. Für Verluste und negative Einkünfte ab dem Jahr 2022 wurde der Verlustrücktrag dauerhaft auf 2 Jahre erweitert. Soweit also Verluste und negative Einkünfte ab dem Jahr 2022 nicht im vorangegangenen Veranlagungszeitraum ausgeglichen werden können, sind sie in den zweiten vorangegangenen Veranlagungszeitraum zurückzutragen. Dies bedeutet, bei Verlustentstehung im Jahr 2023 erfolgt der Rücktrag in den Veranlagungszeitraum 2022. Ist der Verlustrücktrag danach noch nicht aufgebraucht, erfolgt der weitere Rücktrag in den Veranlagungszeitraum 2021.

Auf den Verlustrücktrag konnte bis einschließlich 2021 ganz oder teilweise verzichtet werden. Ab dem Veranlagungszeitraum 2022 ist ein Verzicht nur noch ganz oder gar nicht zulässig.

Falls der Verlustrücktrag nicht gewünscht wird, ist in Zeile 18 der Anlage Sonstiges eine Eins einzutragen.

Ohne Eintrag trägt das Finanzamt automatisch Ihren Verlust bis in Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte des Vorjahres und ggf. des zweiten vorangegangenen Jahres zurück. Nach Zugang des geänderten Steuerbescheids für das Vorjahr können Sie im Wege des Einspruchs noch **nachträglich den Verlustrücktrag begrenzen**. Dies müssen Sie innerhalb der Einspruchsfrist für den neuen Steuerbescheid beantragen.

Verlustvortrag

Die nicht im Wege eines Verlustabzugs im Jahr der Veranlagung oder durch einen Verlustrücktrag ausgeglichenen Verluste können zeitlich unbegrenzt in den folgenden Veranlagungszeiträumen bis zu einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 1 Mio. € (2 Mio. € bei zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern) unbeschränkt vorrangig vor Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und sonstigen Abzugsbeträgen abgezogen werden. Für den über 1 Mio. € hinausgehenden Betrag ist ein Ausgleich bis zu 60 Prozent der Einkünfte möglich. Die Höhe des Verlustabzugs ist beim Verlustvortrag nicht antragsabhängig; beim Verlustvortrag muss der Abzug so hoch wie möglich angesetzt werden.

Kann der Verlustvortrag nicht vollständig verrechnet werden, geht er in den Verlustfeststellungsbescheid dieses Jahres ein.

Anleitung vorhanden

2023

1	Name		Anlage Sonstiges	
2	Vorname		Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.	
3	Steuernummer			
Sonstige Angaben und Anträge				
Steuerermäßigung bei Belastung mit Erbschaftsteuer				18
4	Ich beantrage eine Steuerermäßigung nach § 35b EStG, weil in dieser Steuererklärung Einkünfte erklärt worden sind, die als Erwerb von Todes wegen ab 2019 der Erbschaftsteuer unterliegen haben.			185 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
- Falls Zeile 4 mit "Ja" beantwortet wurde, füllen Sie bitte die folgenden Zeilen aus. -				
5	Einkünfte, für die eine Steuerermäßigung nach § 35b EStG beantragt wird (ohne Einkünfte, die der Abgeltungsteuer nach § 32d Abs. 1 EStG unterliegen)	187		,-
6	Insgesamt festgesetzte Erbschaftsteuer	188		,-
7	Erbschaftsteuerpflichtiger Erwerb zuzüglich der Freibeträge nach §§ 16, 17 ErbStG und des steuerfreien Betrags nach § 5 ErbStG	189		,-
8	In Zeile 5 sind Einkünfte enthalten, die bei der Einkommensteuer ermäßigt besteuert werden.			<input type="checkbox"/> 1 = Ja
Steuerbegünstigung für schutzwürdige Kulturgüter				
9	Abzugsbetrag bei Steuerbegünstigung nach § 10g EStG für schutzwürdige Kulturgüter, die weder zur Einkunftszerzielung noch zu eigenen Wohnzwecken genutzt werden			151 <input type="checkbox"/> EUR ,-
Anteile an der Steuerbegünstigung nach § 10g EStG laut gesonderter und einheitlicher Feststellung				
Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A				
10	Gemeinschaft / Gesellschaft			
11	Finanzamt		Steuernummer	
12	Gesondert und einheitlich festgestellter Betrag nach § 10g EStG			198 <input type="checkbox"/> EUR ,-
Ehefrau / Person B				
13	Gemeinschaft / Gesellschaft			
14	Finanzamt		Steuernummer	
15	Gesondert und einheitlich festgestellter Betrag nach § 10g EStG			199 <input type="checkbox"/> EUR ,-
Spendenvortrag				
16	Es wurde ein verbleibender Spendenvortrag nach § 10b EStG zum 31.12.2022 festgestellt.		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A <input type="checkbox"/> 1 = Ja	Ehefrau / Person B <input type="checkbox"/> 1 = Ja
Verlustabzug				
17	Es wurde ein verbleibender Verlustvortrag nach § 10d EStG zum 31.12.2022 festgestellt.		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A <input type="checkbox"/> 1 = Ja	Ehefrau / Person B <input type="checkbox"/> 1 = Ja
18	Ich beantrage / Wir beantragen von einem Verlustrücktrag nach § 10d EStG in die Jahre 2022 und 2021 abzusehen.			802 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
Negative Einkünfte mit Bezug zu Drittstaaten				
19	Es wurden verbleibende negative Einkünfte nach § 2a Abs. 1 Satz 5 EStG zum 31.12.2022 festgestellt.		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A <input type="checkbox"/> 1 = Ja	Ehefrau / Person B <input type="checkbox"/> 1 = Ja
Freibetrag für bestandsgeschützte Alt-Anteile an Investmentfonds				
20	Es wurde ein verbleibender Freibetrag für bestandsgeschützte Alt-Anteile an Investmentfonds nach § 56 Abs. 6 Satz 2 InvStG zum 31.12.2022 festgestellt.		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A <input type="checkbox"/> 1 = Ja	Ehefrau / Person B <input type="checkbox"/> 1 = Ja

2.2 Sonderausgaben

Bei den Sonderausgaben handelt es sich um bestimmte private Lebenshaltungskosten, die vom Gesetzgeber aus besonderen sozialen, bildungsbedingten und volkswirtschaftlichen Erwägungen vom Einkommen abgezogen werden können. Bei diesen Aufwendungen darf es sich weder um Betriebsausgaben noch um Werbungskosten handeln. Sonderausgaben im engeren Sinne sind z. B. Vorsorgeaufwendungen, Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten, Spenden usw. Dazu gehört auch der Verlustabzug (§ 10d EStG), der wie Sonderausgaben berücksichtigt wird.

Im Bereich der Vorsorgeaufwendungen wird unterschieden zwischen der Gruppe der Altersvorsorgeaufwendungen und der Gruppe der sonstigen Vorsorgeaufwendungen, innerhalb derer bestimmte Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung eine Sonderstellung einnehmen.

Vorsorgeaufwendungen sind nur absetzbar, soweit sie in keinem unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen stehen. Diese Einschränkung gilt nicht, wenn die Vorsorgeaufwendungen

- in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang mit in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem EWR-Staat oder in der Schweiz erzielten Einnahmen aus nichtselbständiger Tätigkeit stehen, wobei
- diese Einnahmen nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung im Inland steuerfrei sind und
- der Beschäftigungsstaat keinerlei steuerliche Berücksichtigung des Vorsorgeaufwands im Rahmen der Besteuerung dieser Einnahmen zulässt (Hierbei sind die einzelnen Sparten der Vorsorgeaufwendungen getrennt zu beurteilen).

Anlage Vorsorgeaufwand, 4 bis 10

2.2.1 Altersvorsorgeaufwendungen

Zu den Altersvorsorgeaufwendungen („Basisversorgung“) gehören:

- Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil),
- Beiträge zu einer landwirtschaftlichen Alterskasse,
- Beiträge zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen (z. B. Versorgungswerk der Steuerberater, Rechtsanwaltskammer, Ärztekammer etc.),
- Beiträge zu privaten Leibrentenversicherungen, bei denen die erworbenen Anwartschaften nicht beleihbar, nicht vererblich, nicht übertragbar, nicht veräußerbar und nicht kapitalisierbar sind. Eine solche Versicherung darf nicht vor Vollendung des 62. Lebensjahres (60. Lebens-

jahres für Verträge, die vor 2012 abgeschlossen wurden) und nur in Form einer lebenslangen monatlichen Rente ausgezahlt werden („Rürup-Rente“). Die Absicherung von Zusatzrisiken wie Berufs- oder Erwerbsminderungsrisiko sowie von Hinterbliebenen ist unschädlich. Hinterbliebene sind der Ehegatte beziehungsweise der eingetragene Lebenspartner und die Kinder, solange für diese ein Anspruch auf Kindergeld oder Kinderfreibetrag besteht.

- Beiträge zu einer ab 2014 abgeschlossenen privaten Berufsunfähigkeits- bzw. Erwerbsminderungsversicherung, deren Leistungen nur in Form einer monatlichen lebenslangen Rente erfolgen dürfen (Ausnahme: medizinisch begründeter Wegfall der Berufsunfähigkeit oder der verminderten Erwerbsfähigkeit). Die Ansprüche aus dem Vertrag dürfen nicht beliehbar, nicht vererblich, nicht übertragbar, nicht veräußerbar und nicht kapitalisierbar sein. Es dürfen nur Versicherungsfälle abgedeckt sein, die vor der Vollendung des 67. Lebensjahres eintreten. Bei Eintritt des Versicherungsfalls nach dem 55. Lebensjahr kann die Höhe der zugesagten Rente vom Alter abhängig gemacht werden.

Die zu den Altersvorsorgeaufwendungen zählenden privaten Verträge müssen ein Zertifizierungsverfahren durchlaufen haben, in dessen Rahmen die Voraussetzungen nach dem sogenannten Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz geprüft wurden. Entsprechende Produkte werden üblicherweise unter Hinweis auf die steuerliche Förderung am Markt beworben. Außerdem sind die Beiträge nur dann als Basisversorgung absetzbar, wenn der Steuerpflichtige gegenüber seinem Anbieter in die elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt eingewilligt hat.

Beim Abzug der aufgeführten Vorsorgeaufwendungen bestehen für die Veranlagungsjahre 2005 bis 2022 Einschränkungen, die schrittweise abgebaut wurden. So sind für 2021 lediglich 92 % steuerlich absetzbar und für 2022 ist der Abzug auf 94 % begrenzt. Der abzugsfähige Prozentsatz sollte nach dem Alterseinkünftegesetz ursprünglich von 60 % in 2005 jährlich um zwei Prozentpunkte bis zu 100 % im Jahr 2025 steigen. Mit Einführung des Jahressteuergesetzes 2022 wurde der vollständige Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen zur steuerlichen Entlastung der Bürger und zur Vermeidung einer eventuellen „Doppelbesteuerung“ künftiger Renten auf das Jahr 2023 vorgezogen, sodass die Altersvorsorgeaufwendungen bereits ab dem Veranlagungsjahr 2023 zu 100 % abziehbar sind. Die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder ähnliche, gleichgestellte steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse sind zwar bei der Ermittlung der Altersvorsorgeaufwendungen mitzurechnen. Sie sind jedoch nach Anwendung des abzugsfähigen Prozentsatzes auf die Altersvorsorgeaufwendungen vom Zwischenergebnis wieder abzuziehen. Folglich sind für Arbeitnehmer ab 2023 nur noch die Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung oder berufsständischen Versorgungseinrichtung absetzbar. Zudem sind die abzugsfähigen Beiträge auf einen Höchstbetrag begrenzt. In der vorgezogenen Endphase im Jahr 2023 beträgt er entsprechend des aktuellen Höchstbetrages zur knappschaftlichen Rentenversicherung bei Alleinstehenden 26.528 €, bei Verheirateten 53.056 €. Für die Jahre 2005 bis 2022 ist auch auf den Höchstbetrag der jeweilige nach Alterseinkünftegesetz maßgebende Prozentsatz anzuwenden. Der Höchstbetrag vermindert sich um die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder ähnliche, gleichgestellte steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse.

⇒ **BEISPIEL**

Peter Fröhlich ist alleinstehend und bezieht im Jahr 2023 einen Bruttolohn von 32.000 €. Sein anteiliger Arbeitnehmerbeitrag zur Rentenversicherung (RV) beträgt 2.976 €. Der steuerfreie Arbeitgeberanteil beträgt ebenfalls 2.976 €. Zusätzlich hat Fröhlich sich noch abgesichert über eine Zusatz-Rentenversicherung von 2.400 € im Jahr. Sie enthält eine Berufs- und Erwerbsminderungs-Risikoversicherung und wird erst nach Vollendung des 62. Lebensjahres als lebenslange monatliche Rente gezahlt.

Anzurechnende Beiträge zur Altersvorsorge (Basisversorgung):

– Arbeitnehmerbeitrag zur Rentenversicherung	2.976,00 €
– Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung	2.976,00 €
– Beiträge zur Zusatz-Rentenversicherung	2.400,00 €
= tatsächlich geleistete Beiträge insgesamt	<u>8.352,00 €</u>

hiervon abzugsfähig	
im Jahr 2023 zu 100 %	8.352,00 €
minus steuerfreier Arbeitgeberanteil zur RV	<u>– 2.976,00 €</u>
= abzugsfähige Altersvorsorgeaufwendungen	<u>5.376,00 €</u>

Höchstbetragsbeschränkung	
Höchstbetrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung zu 100%	26.528,00 €
minus steuerfreier Arbeitgeberanteil	<u>– 2.976,00 €</u>
= persönlicher Höchstbetrag	<u>23.552,00 €</u>

Der persönliche Höchstbetrag darf nicht überschritten werden. Im Beispiel von Herrn Fröhlich ist dies nicht der Fall, d. h. er kann im Rahmen der Basisversorgung 5.376 € absetzen.

Wichtig für alle Minijobber: Im Veranlagungszeitraum 2023 sieht das Formular in der Zeile 10 der Anlage Vorsorgeaufwand die Möglichkeit vor, Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung im Rahmen eines pauschal besteuerten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses bis 520 € einzutragen. Die Ausübung dieses Eintragungswahlrechts kann jedoch nur dann sinnvoll sein, wenn der Minijobber den Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung in Höhe von 15 % (bzw. in Höhe von 5 % beim Minijob im Privathaushalt) aus eigener Tasche auf den Regelbeitragsatz (2023: 18,6 %) aufstockt und den Aufstockungsbetrag in der Zeile 6 der Anlage Vorsorgeaufwand aufführt.

Werden die Rentenversicherungsbeiträge im Rahmen einer pauschal besteuerten geringfügigen Beschäftigung in die Berechnung der abzugsfähigen Basisversorgung einbezogen und ergibt sich dadurch ein niedrigerer Betrag, so ist von den Eintragungen in den Zeilen 6 und 10 abzuraten (keine Eintragungspflicht).



1	Name <input style="width: 90%;" type="text"/>	Anlage Vorsorgeaufwand <small>Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.</small>
2	Vorname <input style="width: 90%;" type="text"/>	
3	Steuernummer <input style="width: 90%;" type="text"/>	

Angaben zu Vorsorgeaufwendungen

Beiträge zur Altersvorsorge		52	
		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A	Ehefrau / Person B
		EUR	EUR
4	- Arbeitnehmeranteil laut Nr. 23 a / b der Lohnsteuerbescheinigung	300 <input style="width: 60px;" type="text"/>	400 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
Beiträge zur landwirtschaftlichen Alterskasse; zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen erbringen (abzüglich steuerfreier Zuschüsse laut Nr. 22 b der Lohnsteuerbescheinigung)			
5	- ohne Beiträge, die in Zeile 4 geltend gemacht werden -	301 <input style="width: 60px;" type="text"/>	401 <input style="width: 60px;" type="text"/>
6	Beiträge zu gesetzlichen Rentenversicherungen - ohne Beiträge, die in Zeile 4 geltend gemacht werden -	302 <input style="width: 60px;" type="text"/>	402 <input style="width: 60px;" type="text"/>
7	Erstattete Beiträge und / oder steuerfreie Zuschüsse zu den Zeilen 4 bis 6 (ohne Zuschüsse, die von den Beiträgen laut Zeile 8 abzuziehen sind und ohne Zuschüsse laut den Zeilen 9 und 10)	309 <input style="width: 60px;" type="text"/>	409 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
Beiträge zu zertifizierten Basisrentenverträgen (sog. Rürup-Verträge) mit Laufzeitbeginn nach dem 31.12.2004 (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) - ohne Altersvorsorgebeiträge, die in der Anlage AV geltend gemacht werden -			
8		303 <input style="width: 60px;" type="text"/>	403 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
9	Arbeitgeberanteil / -zuschuss laut Nr. 22 a / b der Lohnsteuerbescheinigung	304 <input style="width: 60px;" type="text"/>	404 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
10	Arbeitgeberanteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen im Rahmen einer pauschal besteuerten geringfügigen Beschäftigung	306 <input style="width: 60px;" type="text"/>	406 <input style="width: 60px;" type="text"/>
Beiträge zur inländischen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung			
		EUR	EUR
11	Arbeitnehmerbeiträge zu Krankenversicherungen laut Nr. 25 der Lohnsteuerbescheinigung	320 <input style="width: 60px;" type="text"/>	420 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
12	In Zeile 11 enthaltene Beiträge, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt	322 <input style="width: 60px;" type="text"/>	422 <input style="width: 60px;" type="text"/>
13	Arbeitnehmerbeiträge zu sozialen Pflegeversicherungen laut Nr. 26 der Lohnsteuerbescheinigung	323 <input style="width: 60px;" type="text"/>	423 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
Zu den Zeilen 11 bis 13:			
14	Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung erstattete Beiträge	324 <input style="width: 60px;" type="text"/>	424 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
15	In Zeile 14 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt, und zur sozialen Pflegeversicherung	325 <input style="width: 60px;" type="text"/>	425 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
Beiträge zu Krankenversicherungen			
		EUR	EUR
16	- ohne Beiträge, die in Zeile 11 geltend gemacht werden - (z. B. bei Rentnern; bei freiwillig gesetzlich versicherten Selbstzahlern)	326 <input style="width: 60px;" type="text"/>	426 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
17	In Zeile 16 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	328 <input style="width: 60px;" type="text"/>	428 <input style="width: 60px;" type="text"/>
Beiträge zu sozialen Pflegeversicherungen			
		EUR	EUR
18	- ohne Beiträge, die in Zeile 13 geltend gemacht werden - (z. B. bei Rentnern; bei freiwillig gesetzlich versicherten Selbstzahlern)	329 <input style="width: 60px;" type="text"/>	429 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
Zu den Zeilen 16 bis 18:			
19	Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung erstattete Beiträge	330 <input style="width: 60px;" type="text"/>	430 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
20	In Zeile 19 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	331 <input style="width: 60px;" type="text"/>	431 <input style="width: 60px;" type="text"/>
21	Zuschuss zu den Beiträgen laut den Zeilen 16 und / oder 18 - ohne Beiträge laut den Zeilen 34 und 36 - (z. B. von der Deutschen Rentenversicherung)	332 <input style="width: 60px;" type="text"/>	432 <input style="width: 60px;" type="text"/> (e)
Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen (z.B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherung) abzüglich erstatteter Beiträge			
22		338 <input style="width: 60px;" type="text"/>	438 <input style="width: 60px;" type="text"/>

Steuernummer

Beiträge zur inländischen privaten Kranken- und Pflegeversicherung

	Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B	
	EUR		EUR	
23 Beiträge zu privaten Krankenversicherungen (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	350	<input type="text"/>	450	<input type="text"/>
24 Beiträge zu Pflege-Pflichtversicherungen	351	<input type="text"/>	451	<input type="text"/>
Zu den Zeilen 23 und 24:				
25 Von der privaten Kranken- und / oder Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	352	<input type="text"/>	452	<input type="text"/>
26 Zuschuss von dritter Seite zu den Beiträgen laut den Zeilen 23 und / oder 24 (z. B. von der Deutschen Rentenversicherung)	353	<input type="text"/>	453	<input type="text"/>
27 Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen (z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherungen) und / oder zu zusätzlichen Pflegeversicherungen abzüglich erstatteter Beiträge	354	<input type="text"/>	454	<input type="text"/>

Beiträge zur ausländischen gesetzlichen oder ausländischen privaten Kranken- und Pflegeversicherung

	EUR		EUR	
28 Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse - ohne Beiträge laut Zeile 34 -) zur Krankenversicherung, die mit einer inländischen Krankenversicherung vergleichbar ist (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	333	<input type="text"/>	433	<input type="text"/>
29 In Zeile 28 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt	334	<input type="text"/>	434	<input type="text"/>
30 Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse - ohne Beiträge laut Zeile 36 -) zur sozialen Pflegeversicherung / Pflege-Pflichtversicherung, die mit einer inländischen Pflegeversicherung vergleichbar ist	335	<input type="text"/>	435	<input type="text"/>
Zu den Zeilen 28 bis 30:				
31 Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung / Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	336	<input type="text"/>	436	<input type="text"/>
32 In Zeile 31 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt, und zur sozialen Pflegeversicherung	337	<input type="text"/>	437	<input type="text"/>
33 Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen und zusätzlichen Pflegeversicherungen (z.B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherungen) abzüglich erstatteter Beiträge	339	<input type="text"/>	439	<input type="text"/>

Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse

	EUR		EUR	
34 Gesetzliche Krankenversicherung laut Nr. 24 a der Lohnsteuerbescheinigung	360	<input type="text"/>	460	<input type="text"/>
35 Private Krankenversicherung laut Nr. 24 b der Lohnsteuerbescheinigung	361	<input type="text"/>	461	<input type="text"/>
36 Gesetzliche Pflegeversicherung laut Nr. 24 c der Lohnsteuerbescheinigung	362	<input type="text"/>	462	<input type="text"/>

Als Versicherungsnehmer für andere Personen übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge

"Andere Personen" sind z. B. Kinder, für die kein Anspruch auf Kindergeld / Kinderfreibetrag besteht (bei Anspruch auf Kindergeld / Kinderfreibetrag sind die Eintragungen in den Zeilen 26 bis 37 der Anlage Kind vorzunehmen).

37 Identifikationsnummer der mitversicherten Person	600	<input type="text"/>		
38 Name, Vorname, Geburtsdatum der mitversicherten Person		<input type="text"/>		
			Steuerpflichtige Person / Ehegatten / Lebenspartner	
			EUR	
39 Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) zu privaten Krankenversicherungen (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	601	<input type="text"/>		<input type="text"/>
40 Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) zu Pflege-Pflichtversicherungen	602	<input type="text"/>		<input type="text"/>
Zu den Zeilen 39 und 40:				
41 Von der privaten Kranken- und / oder Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	603	<input type="text"/>		<input type="text"/>
42 Beiträge (abzüglich erstatteter Beiträge) zu privaten Kranken- und/oder Pflegeversicherungen (ohne Basisabsicherung, z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherungen)	604	<input type="text"/>		<input type="text"/>

Steuernummer

Weitere sonstige Vorsorgeaufwendungen

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B	
		EUR		EUR	
43	Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung laut Nr. 27 der Lohnsteuerbescheinigung	370	<input type="text"/>	470	<input type="text"/>
Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse und erstatteter Beiträge) zu					
		Steuerpflichtige Person / Ehegatten / Lebenspartner		EUR	
44	- Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit - ohne Beiträge, die in Zeile 43 geltend gemacht werden -		500		<input type="text"/>
45	- freiwilligen eigenständigen Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen		501		<input type="text"/>
46	- Unfall- und Haftpflichtversicherungen sowie Risikoversicherungen, die nur für den Todesfall eine Leistung vorsehen		502		<input type="text"/>
47	- Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht und / oder Kapitallebensversicherungen mit einer Laufzeit von mindestens 12 Jahren sowie einem Laufzeitbeginn und der ersten Beitragszahlung vor dem 1. 1. 2005		503		<input type="text"/>
48	- Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht mit Laufzeitbeginn und erster Beitragszahlung vor dem 1. 1. 2005 (auch steuerpflichtige Beiträge zu Versorgungs- und Pensionskassen) - ohne Altersvorsorgebeiträge, die in der Anlage AV geltend gemacht werden -		504		<input type="text"/>

Ergänzende Angaben zu Vorsorgeaufwendungen

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B	
49	Haben Sie zu Ihrer Krankenversicherung oder Ihren Krankheitskosten Anspruch auf steuerfreie Zuschüsse, steuerfreie Arbeitgeberbeiträge oder steuerfreie Beihilfen?	307	<input type="checkbox"/> 2 = Nein	407	<input type="checkbox"/> 2 = Nein
Es bestand 2023 keine gesetzliche Rentenversicherungspflicht aus dem aktiven Dienstverhältnis / aus der Tätigkeit					
50	- als Beamter / Beamtin	380	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	480	<input type="checkbox"/> 1 = Ja
51	- als Vorstandsmitglied / GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer/in	381	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	481	<input type="checkbox"/> 1 = Ja
52	- als (z. B. Praktikant/in, Student/in im Praktikum)	382	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	482	<input type="checkbox"/> 1 = Ja
53	Tätigkeitsbezeichnung zu Zeile 52		<input type="text"/>		<input type="text"/>
54	Aufgrund des genannten Dienstverhältnisses / der Tätigkeit bestand hingegen eine Anwartschaft auf Altersversorgung	383	<input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein	483	<input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein
Es wurde Arbeitslohn aus einem nicht aktiven Dienstverhältnis - insbesondere Betriebsrente / Werkspension - bezogen, bei dem es sich nicht um steuerbegünstigte Versorgungsbezüge (Zeile 11 bis 16 der Anlage N) handelt.					
55	Bei Altersteilzeit ist hier keine Eintragung vorzunehmen.	385	<input type="checkbox"/> 1 = Ja	485	<input type="checkbox"/> 1 = Ja

Anlage Vorsorgeaufwand, 11 bis 49

2.2.2 Sonstige Vorsorgeaufwendungen

In der Gruppe der sonstigen Vorsorgeaufwendungen sind die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zum vollen Abzug zugelassen, soweit sie dazu dienen, nach Art, Umfang und Höhe eine Grundsicherung zu gewährleisten, die sich an dem sozialhilfegleichen Versorgungsniveau entsprechend der Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch orientiert. Sofern der elektronischen Datenübermittlung nicht widersprochen wurde, melden die Krankenkassen beziehungsweise Versicherungsunternehmen diese Beiträge dem Finanzamt unter Angabe der Steueridentifikationsnummer des Versicherten.

Abzug für gesetzlich Krankenversicherte

Abzugsfähig sind die eigenen Anteile des gesetzlich Krankenversicherten zur Kranken- und Pflegeversicherung inklusive vom Versicherten getragener kassenindividueller Zusatzbeiträge nach § 242 SGB V. Nicht abzugsfähig sind Zusatzprämien für Wahltarife, für die der Versicherte allein aufkommt und die Leistungen abdecken, die über das Maß einer sozialhilfegleichen Versorgung hinausgehen. Hat der Versicherte wegen seiner Beiträge einen Anspruch auf Krankengeldzahlung im Krankheitsfall (Regelfall Arbeitnehmer), so sind die abzugsfähigen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um 4 % zu kürzen. Keine Kürzung erfolgt somit beispielsweise bei gesetzlich versicherten Rentenbeziehern. Bei den abzugsfähigen Arbeitnehmerbeiträgen zur gesetzlichen Pflegeversicherung kommt es generell zu keiner Kürzung.

Abzug für privat Krankenversicherte

Auch bei privat Krankenversicherten sind nur die Beitragsanteile abzugsfähig, die Leistungen abdecken, die eine existenznotwendige Krankenversorgung entsprechend dem Leistungskatalog einer gesetzlichen Krankenversicherung sicherstellen. Dabei sind auch die Beiträge zur Absicherung von Ehegatten, Kindern und Partnern einer eingetragenen Lebenspartnerschaft begünstigt. Werden für die nicht begünstigten Leistungen Zusatztarife berechnet, so sind diese bei der Ermittlung des abzugsfähigen Betrages nicht zu berücksichtigen.

Die Versicherungsunternehmen stellen in der Regel nach Ablauf des Kalenderjahres Bescheinigungen aus, aus denen die Versicherten entnehmen können, welche Beitragsanteile auf Basisleistungen und welche auf Zusatzleistungen entfallen.

Arbeitnehmer, deren Bruttolohn über der Versicherungspflichtgrenze liegt und die daher entweder freiwillig in einer gesetzlichen Krankenversicherung oder in einer privaten Krankenversicherung versichert sind, erhalten vom Arbeitgeber in der Regel einen steuerfreien Zuschuss. Für den Sonderfall, dass der Zuschuss die zur Basisabsicherung geleisteten Beiträge übersteigt, ist der übersteigende Anteil dem Gesamtbetrag der Einkünfte hinzuzurechnen.

Abzug von eigenen Beiträgen des Kindes zur Basisabsicherung

Soweit Eltern für ein Kind Anspruch auf einen Kinderfreibetrag oder auf Kindergeld haben, können sie als Unterhaltsverpflichtete eigene Beiträge des Kindes zur Basisabsicherung, die sie wirtschaftlich getragen haben, geltend machen. Hierbei kommt es nicht darauf an, ob die Beiträge in Form von Bar- oder Sachunterhaltsleistungen getragen wurden. Wohnt ein Kind folglich im elterlichen Haushalt, können die Eltern die Beiträge des Kindes zur eigenen Basisabsicherung beispielsweise selbst dann ansetzen, wenn die Beiträge von einem Arbeitslohn des Kindes abgeführt wurden (Anlage Kind, Zeilen 26 - 37). Die Beiträge können zwischen den Eltern und dem Kind aufgeteilt, im Ergebnis aber nur einmal – entweder bei den Eltern oder beim Kind – als Vorsorgeaufwendungen berücksichtigt werden (Grundsatz der Einmalberücksichtigung). Voraussetzung für den Abzug ist die Angabe der Steueridentifikationsnummer des Kindes in der Einkommensteuererklärung der Eltern.

Minderung der Abzugsbeträge um Beitragsrückerstattungen

Erstattet die Krankenversicherung im Laufe des Jahres Beiträge im Rahmen eines Bonusprogramms an den Versicherten zurück, sind die zuvor erläuterten Abzugsbeträge um diese Zahlungen zu kürzen. Die Kürzung unterbleibt, wenn es sich bei der Auszahlung im Rahmen des Bonusprogramms lediglich um eine teilweise oder komplette Kostenerstattung für „zusätzliche“ Gesundheitsmaßnahmen handelt, die außerhalb des üblichen Leistungskataloges des Versicherungsträgers liegen und für die der Versicherte in Vorlage getreten ist. Hierzu zählen unter anderem auch die Kosten zur Nutzung eines Fitnessstudios oder die Mitgliedsbeiträge an Sportvereine. In diesem Fall sieht die Krankenversicherung auch von der üblichen elektronischen Meldung der Bonuszahlung an das Finanzamt ab. Aus Vereinfachungsgründen führen pauschale Bonuszahlungen der Krankenkasse zur Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens bis zu 150 € pro versicherte Person nicht zur Sonderausgabenkürzung. Die Krankenkasse hat diesen Freibetrag von der festgestellten Beitragsrückerstattung abzuziehen, bevor die elektronische Meldung an das Finanzamt erfolgt.

Weitere sonstige Vorsorgeaufwendungen

Neben den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen gehören die Beiträge folgender Versicherungen zu den sonstigen Vorsorgeaufwendungen:

- Arbeitnehmeranteile zur Arbeitslosenversicherung
- Private Zusatzkrankenversicherung
- Freiwillige Pflegeversicherung
- Berufsunfähigkeitsversicherung/Erwerbsminderungsversicherung, die nicht als „Basisvorsorge-Vertrag“ zertifiziert ist
- Unfallversicherung

- Haftpflichtversicherungen (Privat-/Tierhalter-/Kfz-, ohne Kaskoanteil)
- Risikolebensversicherungen/Sterbeversicherungen
- Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht und Kapitallebensversicherungen mit mindestens 12 Jahren Laufzeit und Laufzeitbeginn und erster Beitragszahlung vor dem 1. Januar 2005 (werden jedoch nur zu 88 % in die Berechnung miteinbezogen)
- Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht mit Laufzeitbeginn und erster Beitragszahlung vor dem 1. Januar 2005 (einschließlich steuerpflichtiger Beiträge zu Versorgungs- und Pensionskassen)

Nicht begünstigt sind fondsgebundene Lebensversicherungen oder Versicherungen, aus deren Ansprüchen der Steuerpflichtige solche Darlehen sichert oder tilgt, deren Finanzierungskosten Betriebsausgaben oder Werbungskosten darstellen.

Voraussetzung für den Abzug der Beiträge als Vorsorgeaufwendungen ist,

1. dass sie nicht unmittelbar wirtschaftlich mit steuerfreien Einnahmen zusammenhängen (*Ausnahme siehe Seite 30*),
2. a) dass sie an Versicherungsunternehmen, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften haben und das Versicherungsgeschäft im Inland betreiben dürfen, oder an Versicherungsunternehmen, denen die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb im Inland erteilt ist, oder
2. b) an einen Sozialversicherungsträger oder eine berufsständische Versorgungseinrichtung geleistet werden und
3. nicht vermögenswirksame Leistungen darstellen, für die Anspruch auf eine Arbeitnehmer-Sparzulage nach dem Vermögensbildungsgesetz besteht.

Die Beiträge zu den Versicherungen kann derjenige als Sonderausgaben geltend machen, der sie als Versicherungsnehmer aufgewendet hat. Bei Ehegatten, für die der Splittingtarif gilt, ist es gleichgültig, wer von ihnen die Beiträge entrichtet hat. Keine Sonderausgaben sind die Beiträge zu Sachversicherungen, wie z. B. Hausratversicherungen, Kfz-Kaskoversicherung und Wohngebäudeversicherungen.

Der **Höchstbetrag** für die Summe der sonstigen Vorsorgeaufwendungen beträgt 2.800 €. Er gilt jedoch nur für diejenigen Steuerpflichtigen, die ihre Krankenversicherungsbeiträge in vollem Umfang allein tragen müssen. Diese Personen haben in der Zeile 49 der Anlage Vorsorgeaufwand die Kennziffer „2“ einzutragen. Für alle anderen Steuerpflichtigen (die Mehrzahl der Arbeitnehmer, Rentner und Beamten) gilt ein Höchstbetrag von jährlich 1.900 €. Die Zugehörigkeit zu diesem Personenkreis ist durch keinen gesonderten Eintrag in der Anlage Vorsorgeaufwand zu kennzeichnen. Bei zusammen veranlagten Ehe- bzw. Lebenspartnern ergibt sich der Höchstbetrag aus der Summe der jedem Ehe- bzw. Lebenspartner jeweils zustehenden Höchstbeträge.

Ist die Summe der in den sonstigen Vorsorgeaufwendungen enthaltenen Beiträge zur Basis-
 krankenversicherung und Pflegepflichtversicherung höher als die genannten Höchstbeträge,
 so ist diese Summe anstelle der Höchstbeträge abziehbar („Mindestbetrag“).

➔ BEISPIEL

Der ledige kinderlose Arbeitnehmer Peter Fröhlich bezieht wie im
 vorhergehenden Beispiel 2023 einen Jahresbruttoarbeitslohn von
 32.000 €. Neben seinen Arbeitnehmeranteilen zur gesetzlichen Sozialversicherung zahlt er
 jährlich 400 € für eine Kfz-Haftpflichtversicherung sowie 1.200 € für eine Kapitallebensver-
 sicherung, die er im Jahr 1995 abgeschlossen hatte.

Anzurechnende sonstige Vorsorgeaufwendungen:

Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Krankenversicherung (7,3 % von 32.000 €)	2.336,00 €
Arbeitnehmeranteil zum kassenindividuellen Zusatzbeitrag (im Beispiel 0,5 %)	160,00 €
Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Pflegeversicherung einschließlich Zuschlag für Kinderlose (1,875 % von 32.000 €)	600,00 €
Arbeitnehmeranteil zur Arbeitslosenversicherung (1,30 % von 32.000 €)	416,00 €
Kfz-Haftpflichtversicherung	400,00 €
Kapitallebensversicherung (88 % von 1.200 €)	<u>1.056,00 €</u>
 Gesamtaufwendungen	 4.968,00 €
maximal jedoch Höchstbetrag	<u>1.900,00 €</u>

Vergleich mit den abzugsfähigen Beiträgen zur Basis-
 krankenversicherung und Pflegepflicht-
 versicherung (Mindestbetrag):

Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Krankenversicherung inklusive Arbeitnehmeranteil zum kassenindividuellen Zusatzbeitrag (2.336 € + 160 €)	2.496,00 €
abzüglich 4 % wegen Krankengeldanspruch im Krankheitsfall	– 99,84 €
zzgl. Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Pflegeversicherung	<u>600,00 €</u>
 Gesamtaufwendungen (Mindestbetrag)	 <u>2.996,16 €</u>

Der Mindestbetrag von 2.996,16 € ist im Bereich der sonstigen Vorsorgeaufwendungen ab-
 ziehbar, da er den Höchstbetrag von 1.900 € übersteigt.

Zusammen mit den Altersvorsorgeaufwendungen des vorherigen Beispiels von 5.376,00 €
 kann Peter Fröhlich für 2023 insgesamt 8.372,16 € Vorsorgeaufwendungen einkommens-
 mindernd geltend machen.

2.2.3 Vorsorgepauschale

Bis zum Veranlagungsjahr 2009 war im Rahmen der Günstigerprüfung noch eine weitere Berechnungsvariante zu ermitteln, die sogenannte Vorsorgepauschale. Diese Möglichkeit entfiel ab 2010. Die Vorsorgepauschale ist nur noch im Lohnsteuerabzugsverfahren von Bedeutung. Sie dient der pauschalen Berücksichtigung der Vorsorgeaufwendungen im Rahmen bestimmter Höchstbeträge bereits bei der Ermittlung der Lohnsteuer. Die nachfolgenden Ausführungen haben für die Einkommensteueranmeldung keine Relevanz.

Vorsorgepauschale Rentenversicherung

Sie gilt für in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversicherte Arbeitnehmer sowie für Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer berufsständischen Versorgungseinrichtung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit sind.

Sie entspricht dem Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Rentenversicherung unter Beachtung der Beitragsbemessungsgrenze und wird in allen Steuerklassen berücksichtigt.

Vorsorgepauschalen Kranken- und Pflegeversicherung

Bei gesetzlich Versicherten entspricht die Vorsorgepauschale Krankenversicherung derzeit 7 % des gegebenenfalls auf die Beitragsbemessungsgrenze zu kürzenden Bruttoarbeitslohnes zuzüglich der Hälfte des kassenindividuellen Zusatzbeitrages.

Die Vorsorgepauschale Pflegeversicherung beträgt aktuell bei gesetzlich Versicherten 1,7 % des Bruttoarbeitslohns unter Berücksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze, gegebenenfalls zuzüglich eines Zuschlags für Kinderlose von 0,6 % oder abzüglich eines Abschlags von 0,25 % je Kind für das zweite bis fünfte Kind.

Nachdem die Vorsorgepauschalen für die Kranken- und Pflegeversicherung ermittelt wurden, kommt es noch zu einem Vergleich mit einer **Mindestvorsorgepauschale**. Sie beträgt in der Steuerklasse III 12 % des Bruttoarbeitslohns (ohne Entschädigungen wie beispielsweise Abfindungszahlungen), jedoch maximal 3.000 € und in allen anderen Steuerklassen 12 % des Bruttoarbeitslohns, jedoch maximal 1.900 €. Ist die Mindestvorsorgepauschale höher als die berechnete Summe von Vorsorgepauschale Krankenversicherung und Vorsorgepauschale Pflegeversicherung, so greift diese.

Privatversicherte sollten ihrem Arbeitgeber eine Bescheinigung der Krankenkasse über die Höhe der für die Basisversorgung zu leistenden Beiträge (inklusive der Beitragsanteile für Kinder und den nicht erwerbstätigen Ehegatten) vorlegen. Fehlt es an einer Mitteilung des Arbeitnehmers, so darf der Arbeitgeber die Mindestvorsorgepauschale berücksichtigen. Steuerfreie Zuschüsse des Arbeitgebers zur Kranken- und Pflegeversicherung mindern die Vorsorgepauschale. Aus Vereinfachungsgründen darf als Zuschuss auch ein Betrag in Höhe des Arbeitgeberanteils zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung unterstellt werden.

Die Vorsorgepauschalen Kranken- und Pflegeversicherung kommen bei gesetzlich Versicherten in allen Steuerklassen zur Anwendung, wohingegen sie bei privat Versicherten nur in den Steuerklassen I bis V berücksichtigt werden.

Anlage AV

2.2.4 Private Altersvorsorge („Riester-Rente“)

Der Gesetzgeber hat Anreize zur Anlage einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge von Arbeitnehmern geschaffen. Zu diesem Zweck besteht die Möglichkeit eines erhöhten Sonderausgabenabzugs für „zusätzliche Altersvorsorge“ und eine Altersvorsorgezulage. Steuerpflichtige erhalten jeweils die für sie günstigere Förderalternative.

Begünstigter Personenkreis:

- Rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer – einschließlich öffentlicher Dienst,
- Beamte, Richter, Soldaten,
- behinderte Menschen in Werkstätten,
- Versicherte während anerkannter Kindererziehungszeiten (höchstens für die ersten drei Jahre),
- Pflegepersonen (ab mindestens 10 Wochenstunden bei mindestens Pflegegrad 2),
- Bezieher von Lohnersatzleistungen (z. B. Krankengeld, Arbeitslosengeld),
- erwerbsfähige Bezieher von Bürgergeld, sofern sie vor der Arbeitslosigkeit zum begünstigten Personenkreis gehört haben,
- bei der Agentur für Arbeit gemeldete Arbeitsuchende ohne Leistungsbezug wegen mangelnder Bedürftigkeit,
- geringfügig Beschäftigte, die ihre Pauschalbeiträge zur Rentenversicherung aufstocken,
- auf Antrag pflichtversicherte Selbständige,
- nach Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte Versicherungspflichtige,
- Auszubildende,
- Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes und des Freiwilligen Wehrdienstes,
- Rentner wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit, sofern sie vor Rentenbeginn pflichtversichert waren,
- Pflichtmitglieder eines ausländischen gesetzlichen Alterssicherungssystems mit Versicherungsbeginn vor dem 01.01.2010 (Bestandschutz).

Nicht begünstigt sind:

- Selbständige und Freiberufler, auch wenn sie in einer berufsständischen Pflichtversicherung versichert sind,
- freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte,

- von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreite Personen für die Zeit der Befreiung,
- Bezieher einer Altersrente oder einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung,
- Studenten,
- Personen, die in berufsständischen Versorgungseinrichtungen pflichtversichert sind (z. B. Steuerberater, Rechtsanwälte),
- Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Landtage sowie des Europäischen Parlaments.

Gehört bei – nicht dauernd getrennt lebenden – Ehegatten einer der Ehepartner zum begünstigten Personenkreis, kann auch der andere Ehegatte die steuerliche Förderung erhalten, wenn ein auf seinen Namen lautender Altersvorsorgevertrag besteht („mittelbare Begünstigung“) und ein Mindestbetrag von 60 € pro Kalenderjahr entrichtet wird. Um den Arbeitnehmern die private Vorsorge zu erleichtern, hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge („Riester-Rente“) zusätzliche Vereinfachungen beschlossen.

Dauerzulageantrag: Durch die Einführung eines Dauerzulageantrags wird das Antragsverfahren vereinfacht. So können die Versicherten ihren Anbieter bevollmächtigen, für sie den Zulageantrag auf elektronischem Wege zu stellen. Sie müssen somit nicht mehr selbst jedes Jahr einen Zulageantrag stellen.

Zertifizierungskriterien: Das Riester-Produkt und dessen Anbieter müssen insgesamt neun Zertifizierungskriterien erfüllen.

Unisex-Tarife: Für Neuverträge gelten einheitliche, geschlechtsneutrale Tarife für Männer und Frauen.

Produktinformationsblatt: Zur Stärkung des Verbraucherschutzes besteht für den Anbieter die Pflicht, ein formvorgeschriebenes Produktinformationsblatt auszuhändigen, anhand dessen Kennziffern der Verbraucher Angebote besser vergleichen kann.

Anbieterwechsel: Es bestehen gesetzliche Regelungen zur Übertragung des angesparten Altersvorsorgevermögens in Verträge bei anderen Anbietern. So sind beispielsweise die Wechselkosten auf bestimmte Höchstbeträge gedeckelt.

Teilkapitalauszahlung: Die Teilauszahlung zum Renteneintrittszeitpunkt wird durch eine Einmalauszahlung von bis zu 30 % des Kapitals gesetzlich zugelassen. Dadurch gewinnen die Riester-Produkte an Flexibilität.



Anlage AV

Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.

1 Name: _____

2 Vorname: _____

3 Steuernummer: _____

Angaben zur steuerlichen Förderung von Altersvorsorgebeiträgen (sog. Riester-Verträge)

Allgemeine Angaben 39

4 Mitgliedsnummer der landwirtschaftlichen Alterskasse

Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A	Ehefrau / Person B
112 _____ 312 _____	

Für alle vom Anbieter übermittelten Altersvorsorgebeiträge wird ein zusätzlicher Sonderausgabenabzug geltend gemacht.
 - Sollten Sie den Sonderausgabenabzug für bestimmte Verträge nicht wünschen, nehmen Sie bitte die entsprechenden Eintragungen in den Zeilen 21 bis 30 vor. -

Berechnungsgrundlagen

- Bei Zusammenveranlagung: Bitte die Art der Begünstigung (unmittelbar / mittelbar) beider Ehegatten / Lebenspartner angeben. -

	Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B
5 Ich bin für das Jahr 2023 unmittelbar begünstigt. (Bitte die Zeilen 6 bis 14 ausfüllen.)	106	1 = Ja	306 1 = Ja
	EUR		EUR
6 Beitragspflichtige Einnahmen i. S. d. inländischen gesetzlichen Rentenversicherung 2022	100	_____ ,-	300 _____ ,-
7 Inländische Besoldung, Amtsbezüge und Einnahmen beurlaubter Beamter 2022 (Ein Eintrag ist nur erforderlich, wenn Sie eine Einwilligung gegenüber der zuständigen Stelle abgegeben haben.)	101	_____ ,-	301 _____ ,-
8 Entgeltersatzleistungen 2022	104	_____ ,-	304 _____ ,-
9 Tatsächliches Entgelt 2022	102	_____ ,-	302 _____ ,-
10 Jahres(brutto)betrag der Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit in der inländischen gesetzlichen Rentenversicherung 2022	109	_____ ,-	309 _____ ,-
11 Inländische Versorgungsbezüge wegen Dienstunfähigkeit 2022 (Ein Eintrag ist nur erforderlich, wenn Sie eine Einwilligung gegenüber der zuständigen Stelle abgegeben haben.)	113	_____ ,-	313 _____ ,-
12 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft 2021	103	_____ ,-	303 _____ ,-
13 Jahres(brutto)betrag der Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte 2022	111	_____ ,-	311 _____ ,-
14 Einnahmen aus einer Beschäftigung, die einer ausländischen gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterlag und / oder Jahres(brutto)betrag der Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit aus einer ausländischen gesetzlichen Rentenversicherung 2022	114	_____ ,-	314 _____ ,-
15 Ich bin für das Jahr 2023 mittelbar begünstigt.	106	2 = Ja	306 2 = Ja

(Bei Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern: Die Angaben zu den Altersvorsorgebeiträgen werden bei der Einkommensteueranmeldung des anderen Ehegatten / Lebenspartners berücksichtigt.)

Angaben zu Kindern, für die ein Anspruch auf Kinderzulage besteht

Bei Eltern, die miteinander verheiratet sind oder miteinander eine Lebenspartnerschaft führen und 2023 nicht dauernd getrennt gelebt haben:

		Geboren vor dem 1.1.2008	Geboren nach dem 31.12.2007
16 Anzahl der Kinder, für die für 2023 Kindergeld festgesetzt worden ist und - die bei Zusammenveranlagung der Mutter / Person B zugeordnet werden oder - die bei Zusammenveranlagung von Person A auf Person B übertragen wurden	305	_____	315 _____
17 - für die bei Zusammenveranlagung oder Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern die Kinderzulage von der Mutter auf den Vater / von Person B auf Person A übertragen wurde, - die bei Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern der Mutter / Person A zugeordnet werden oder - die bei Zusammenveranlagung Person A zugeordnet werden	105	_____	115 _____
18 Anzahl der bei Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern von der Mutter auf den Vater übertragenen Kinderzulagen - Eintragung nur in der Steuererklärung der übertragenden Person -	225	_____	235 _____

Altersvorsorgezulage

Die begünstigten Altersvorsorgeaufwendungen setzen sich zusammen aus

- den Altersvorsorgebeiträgen des Zulageberechtigten und
- der Altersvorsorgezulage.

Die Altersvorsorgezulage setzt sich zusammen aus

- Grundzulage und Kinderzulage.

Die **Grundzulage** beträgt 175 € im Kalenderjahr. Förderberechtigte, die zu Beginn des Beitragsjahres das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten einmalig eine um 200 € erhöhte Grundzulage (Berufseinsteigerbonus).

Die **Kinderzulage** beträgt 185 € für jedes Kind, für das dem Zulageberechtigten Kindergeld ausgezahlt wurde. Für alle ab 2008 geborenen Kinder steigt der Betrag auf 300 € im Kalenderjahr. Erhalten mehrere Zulageberechtigte für dasselbe Kind Kindergeld, steht die Kinderzulage demjenigen zu, dem für den ersten Anspruchszeitraum im Kalenderjahr Kindergeld ausgezahlt worden ist. Bei miteinander verheirateten Eltern wird die Kinderzulage der Mutter zugeordnet. Auf Antrag beider Eheleute kann die Kinderzulage auf den Vater übertragen werden.

Die Zulagen werden nur dann in vollem Umfang gewährt, wenn der Zulageberechtigte im Veranlagungsjahr seinen Mindesteigenbeitrag geleistet hat. Dieser beträgt 4 % der förderungsberechtigenden Einnahmen des Vorjahres (z. B. rentenversicherungspflichtiges Einkommen + Lohnersatzleistung), maximal 2.100 €, abzüglich der angestrebten Altersvorsorgezulage, mindestens jedoch 60 € (Sockelbetrag). Eine Sonderstellung bei dieser Berechnung hat das Elterngeld, da es zwar eine Lohnersatzleistung ist, jedoch bei den förderungsberechtigenden Einnahmen nicht miteinzubeziehen ist. Ist der Mindesteigenbeitrag nur anteilig erfüllt, wird die Altersvorsorgezulage auch nur zum entsprechenden Anteil festgesetzt. Ist ein Ehegatte nur mittelbar begünstigt, erhält dieser die Zulage nur dann in voller Höhe, wenn der unmittelbar begünstigte Ehegatte seinen Mindesteigenbeitrag unter Berücksichtigung der den Ehegatten insgesamt zustehenden Zulagen geleistet hat. Andernfalls kommt es lediglich zu einer anteiligen Zulagenfestsetzung. Für ein und dieselbe Person werden zeitgleich höchstens zwei Verträge gefördert, wobei die Zulagenhöchstbeträge jedoch nur einmal zustehen und in diesem Fall auf die beiden Verträge aufzuteilen sind.

Sonderausgabenabzug

Die Summe der geleisteten Altersvorsorgebeiträge und der dafür zustehenden Altersvorsorgezulage kann zusätzlich zu den übrigen Sonderausgaben bis zu maximal 2.100 € je Steuerpflichtigen als Sonderausgabe abgezogen werden. Voraussetzung hierfür ist, dass der Versicherte gegenüber seinem Anbieter der elektronischen Datenübermittlung an das Finanz-

amt (über die ZFA) zugestimmt hat. Dabei ist die Zustimmung spätestens bis zum Ablauf des jeweiligen Beitragsjahres zu erteilen. Der Antrag auf Sonderausgabenabzug ist mittels der Anlage AV zu stellen.

Hierbei nimmt das Finanzamt eine Günstigerprüfung vor: Ist der Steuervorteil aus dem Sonderausgabenabzug niedriger als die Vorsorgezulage, scheidet ein zusätzlicher Sonderausgabenabzug aus. Es bleibt bei der Zulage.

Ist der sich aus dem Sonderausgabenabzug ergebende Steuervorteil höher als die Vorsorgezulage, wird dieser zusätzlich gewährt, der Zulagebetrag jedoch der Einkommensteuerschuld wieder hinzugerechnet. Hierdurch wird eine Doppelförderung vermieden, da die beantragten Zulagen bereits von der ZfA unmittelbar auf den begünstigten Anlagevertrag eingezahlt werden.

Nachgelagerte Besteuerung

In der Auszahlungsphase sind die Zahlungen in voller Höhe, nicht nur in Höhe eines Ertragsanteils, als sonstige Einkünfte steuerpflichtig (*siehe Seite 222*). Wegen der umfangreichen Besonderheiten bei der privaten Altersvorsorge empfehlen wir, einen Vertreter der steuerberatenden Berufe hinzuzuziehen.

➔ BEISPIEL

Eheleute M und F gehören zum begünstigten Personenkreis. Sie haben zwei Kinder (geboren am 14.10.2007 und am 31.05.2010). Ihre beitragspflichtigen Einnahmen betragen 2022 bei M 55.000 € und bei F 25.000 €. M leistete 2.000 € an Beiträgen im Jahr 2023, F zahlte 480 €. Wie hoch ist die Förderung 2023?

Zulagenberechnung:

Berechnung des Mindesteigenbeitrags:	Ehemann	Ehefrau
Einnahmen im Vorjahr	55.000 €	25.000 €
x 4% (maximal je 2.100 €)	2.100 €	1.000 €
abzüglich Grundzulage	175 €	175 €
abzüglich Kinderzulagen (185 € + 300 €)	<u>0 €</u>	<u>485 €</u>
Mindesteigenbeitrag (maßgebend, da höher als jeweils 60 € Sockelbetrag)	<u>1.925 €</u>	<u>340 €</u>

Die Mindesteigenbeiträge wurden mit 2.000 € von M und 480 € von F somit erfüllt. Hierdurch hat M einen Zulagenanspruch von 175 € und F von 660 €.

Berechnung des Sonderausgabenabzugs:

Geleistete Eigenbeiträge	2.000 €	480 €
+ Zulagenanspruch	<u>175 €</u>	<u>660 €</u>
zu berücksichtigende Sonderausgabe	2.175 €	1.140 €
jedoch maximal abziehbar	2.100 €	1.140 €

Berücksichtigung im Rahmen der Ermittlung der Einkommensteuer:

Sonderausgabenabzug zusammen	3.240 €
daraus resultierende Einkommensteuer-Ermäßigung	990 €
abzüglich Zulagenanspruch = Einkommensteuer-Erhöhung ¹	<u>835 €</u>
Verbleibende Einkommensteuer-Ermäßigung	<u><u>155 €</u></u>

Wohn-Riester-Förderung

Der Ursprungsidee nach dienen Riester-Verträge der Schließung der „Versorgungslücke“ durch eine zusätzliche lebenslange private Rente. Doch auch wer in den eigenen vier Wänden wohnt, hat bereits für sein Alter vorgesorgt. Mit der Einführung des Eigenheimrentengesetzes im Jahr 2008 ist die Riester-Rente daher auf wohnungswirtschaftliche Verwendungen ausgeweitet worden.

Begünstigt sind der Kauf oder Bau einer Wohnimmobilie, der Erwerb von Anteilen an Wohnungsbaugenossenschaften, der Erwerb eines lebenslangen Dauerwohnrechts (z. B. in einem Alten- oder Pflegeheim) sowie die Entschuldung einer Wohnimmobilie.

Voraussetzung hierfür ist, dass die Wohnung selbst genutzt wird, sie in einem Mitgliedstaat der EU oder einem EWR-Staat als Hauptwohnsitz angemeldet ist (Bestandsschutz für bereits vor dem „Brexit“ begünstigte Wohnungen in Großbritannien und Nordirland) und auch den Lebensmittelpunkt des Förderberechtigten darstellt.

Die zur Anschaffung oder Herstellung eines Wohnobjektes aus dem Riester-Vertrag entnommenen Gelder müssen unmittelbar in die Immobilie gesteckt werden. Alternativ ist die Verwendung zur Tilgung eines Darlehens, das zur Finanzierung der Immobilie bereits zu einem früheren Zeitpunkt aufgenommen wurde, zulässig.

Die Mittel können auch aus bereits vor 2008 abgeschlossenen Riester-Verträgen entnommen werden. Es besteht keine Verpflichtung zur Rückzahlung des entnommenen Betrages. Bei Teilentnahmen muss der entnommene Betrag mindestens 3.000 € betragen und es müssen nach Entnahme mindestens 3.000 € im Vertrag verbleiben.

Seit 2014 ist die förderunschädliche Entnahme auch für den behindertengerechten Umbau und ab 2024 auch für die energetische Sanierung im Sinne des § 35c EStG (*siehe Seiten 81 ff.*) der eigenen Wohnimmobilie möglich. Hierzu muss der Zulageberechtigte gegenüber der ZfA schriftlich versichern, dass die Aufwendungen weder als Werbungskosten, noch als Sonderausgaben, noch als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden, nicht als Leistungen nach § 35a EStG oder § 35c EStG angesetzt werden und auch nicht öffentlich bezuschusst wurden. Erfolgen die Maßnahmen innerhalb der ersten drei Jahre nach Anschaffung

¹ Der Zulagenanspruch wird zur Einkommensteuer wieder hinzugerechnet, da das Finanzamt stets davon ausgeht, dass die Zulage vom Steuerpflichtigen beantragt wird. Aus diesem Grund ist der Zulageantrag in jedem Fall zu stellen, unabhängig davon, ob der Sonderausgabenabzug zu einer höheren Steuerermäßigung führt, als die Zulage selbst hoch ist.

bzw. Fertigstellung der Wohnimmobilie, müssen mindestens 6.000 €, in allen anderen Fällen mindestens 20.000 € entnommen werden, damit es bei der staatlichen Förderung bleibt.

Dem Förderberechtigten steht frei, ob er nach der Entnahme weiterhin den erforderlichen Mindesteigenbeitrag in seinen Riester-Vertrag einzahlt, um später neben der getroffenen Vorsorge durch Anschaffung von Wohneigentum eine zusätzliche Geldrente zu erhalten. Neben der Entnahme besteht auch die Möglichkeit des Abschlusses eines als Altersvorsorgevertrag zertifizierten **Darlehensvertrages**. Dieser bewirkt eine Gleichstellung der bis zum Beginn der Auszahlungsphase erbrachten Tilgungsleistungen mit geförderten Altersvorsorgebeiträgen. Die Altersvorsorgezulage fungiert in diesem Fall als Sondertilgung.

Da die entnommenen Beträge bei Einzahlung steuerfrei gewesen sind, müssen sie im Alter nachgelagert besteuert werden. Hierzu werden die nach „Wohn-Riester“ geförderten Beiträge aus der Zulage und Eigenleistung sowie etwaige geförderte Tilgungsleistungen als gefördertes Kapital auf einem vom Anbieter geführten fiktiven **„Wohnförderkonto“** erfasst. Der Stand dieses Kontos wird bis zum Auszahlungstermin mit jährlich 2 % verzinst. Der Auszahlungstermin kann mit dem Anbieter auf einen Zeitpunkt zwischen Vollendung des 60. Lebensjahres und des 68. Lebensjahres vereinbart werden. Andernfalls gilt automatisch die Vollendung des 67. Lebensjahres als Beginn der Auszahlungsphase. Für die Besteuerung des Wohnförderkontostandes kann der Sparer während der Auszahlungsphase zwischen zwei Verfahren wählen. Entweder er begleicht die Steuerschuld auf einen Schlag, wobei er nur 70 % des geförderten Kapitals seinem individuellen Steuersatz unterwerfen muss. Oder er entscheidet sich dafür, das geförderte Kapital zu versteuern, verteilt über einen Zeitraum von 17 bis 25 Jahren, jedoch höchstens bis zum 85. Lebensjahr.

Verkauf oder vermietet der Förderberechtigte die Wohnimmobilie bei kürzerer Eigennutzungsdauer als 20 Jahre, erfolgt die Besteuerung des in der Immobilie gebundenen steuerlich geförderten Kapitals („schädliche Verwendung“). Wurde die Steuerschuld mit einem Einmalbetrag beglichen und entfällt die Selbstnutzung vor Ablauf von 20 Jahren nach dem Auszahlungstermin, so ist der zuvor in Anspruch genommene 30-prozentige staatliche Rabatt nachzubesteuern. Bei Wegfall der Selbstnutzung vor Ablauf des zehnten Jahres nach Auszahlung ist sogar der 1,5-fache Wert des in Anspruch genommenen Rabattes nachzubesteuern. Dies gilt nicht, wenn nach Verkauf bzw. nach Vermietungsbeginn der Betrag des Wohnförderkontos in einen zertifizierten Altersvorsorgevertrag eingezahlt wird. Die Besteuerung unterbleibt auch, wenn der Zulageberechtigte erklärt, innerhalb von fünf Jahren nach Auszug wieder in die selbstgenutzte Immobilie einzuziehen. Ebenso bleibt die Besteuerung beim Wechsel der selbstgenutzten Wohnimmobilie aus, sofern der Steuerpflichtige mindestens einen Betrag in Höhe des Wohnförderkontos in die neue Wohnimmobilie investiert. Die Reinvestitionsfrist beträgt hierbei zwei Jahre vor und fünf Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraums, in dem die alte Wohnimmobilie letztmalig selbst genutzt wurde.

Kann die Wohnung vom Förderberechtigten wegen eines berufsbedingten Umzuges nicht mehr selbst genutzt werden, ist die Vermietung für die Fördermittel unschädlich, sofern gegenüber der zentralen Stelle nachgewiesen werden kann, dass ein Rückzug spätestens mit Vollendung des 67. Lebensjahres erfolgen wird. Bei frühzeitigem Tod des Förderberechtigten gelten Sonderregelungen, die Sie bei einem Vertreter der steuerberatenden Berufe erfragen können.

⇒ HINWEIS

Das Eigenheimrentengesetz öffnete den Riester-Markt auch für Altersvorsorgeprodukte von Bausparkassen und Wohnungsgenossenschaften, die von der Genehmigungsbehörde zertifiziert sein müssen.

2.2.6 Betriebliche Altersversorgung

Es existieren fünf Arten der betrieblichen Altersvorsorge, die bezüglich Durchführung und Besteuerung nachfolgend erläutert werden.

Direktzusage

Hierbei handelt es sich um eine unmittelbare Versorgungszusage des Arbeitgebers, der als Versorgungsträger zur Leistung verpflichtet ist und für den Arbeitnehmer Pensionsrückstellungen bildet.

Unterstützungskasse

Sie ist eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung eines oder mehrerer Unternehmen. Der Arbeitnehmer hat gegenüber seinem Arbeitgeber keinen direkten Anspruch auf Zahlung der Versorgungsleistungen.

Bei diesen beiden Arten der betrieblichen Altersversorgung können Arbeitnehmerbeiträge ohne Begrenzung steuerfrei eingezahlt werden (Entgeltumwandlung). Auch die Beiträge des Arbeitgebers stellen beim Arbeitnehmer keinen Zufluss von steuerpflichtigem Arbeitslohn dar.

Von der **Sozialversicherung** sind die Aufwendungen des Arbeitgebers freigestellt. Die Arbeitnehmerbeiträge sind dagegen maximal bis zu 4 % der Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung (2023: 3.504 €) sozialversicherungsfrei.

In der Auszahlungsphase kommt es bei Direktzusagen und Unterstützungskassen zu einer nachgelagerten Besteuerung nach § 19 EStG, d. h. die Versorgungsbezüge fließen nach Abzug eines Versorgungsfreibetrages, eines Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag und einer Werbungskostenpauschale in das zu versteuernde Einkommen des jeweiligen Auszahlungsjahres ein. Je nach Steuerklasse und Höhe des Versorgungsbezugs behält der Versorgungsträger vorab bereits Lohnsteuer ein und führt sie ab.

Pensionskasse

Sie ist eine rechtlich selbständige Versorgungseinrichtung, die ähnlich wie eine Versicherung geführt wird und oftmals auf eine spezielle Unternehmensbranche zugeschnitten ist. Man unterscheidet zwischen der kapitalgedeckten und der umlagefinanzierten Pensionskasse (z. B. VBL/ZVK).

Pensionsfonds

Er ähnelt der Pensionskasse, nutzt jedoch zusätzlich die Chancen des Kapitalmarktes durch die Anlage in Aktien. Zur Vermeidung von Risiken ist die Vereinbarung einer Mindestleistung möglich.

Direktversicherung

Sie ist eine Rentenversicherung oder Kapitallebensversicherung, die der Arbeitgeber zu Gunsten des Arbeitnehmers abschließt.

Bei der Pensionskasse, dem Pensionsfonds und der Direktversicherung ist die Summe des Arbeitgeberbeitrags und der Entgeltumwandlung des Arbeitnehmers steuerfrei bis maximal 8 % der Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung (2023: 7.008 €) und sozialversicherungsfrei bis maximal 4 % der Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung (2023: 3.504 €).

Bei der Pensionskasse und der Direktversicherung darf aus Gründen des Vertrauensschutzes bei den „Altverträgen“, die vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen wurden, die alte Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG (20 % LSt, 7 % KiSt, 5,5 % SolZ) für Beiträge bis maximal 1.752 € weiterhin angewandt werden. In diesem Fall kommt es in der Auszahlungsphase lediglich zur Ertragsanteilsbesteuerung (häufig bei den umlagefinanzierten Pensionskassen aufzufinden). Hingegen führt die Ausübung der Option zur Steuerbefreiung der Beträge zur nachgelagerten Besteuerung nach dem Alterseinkünftegesetz (*vgl. Seiten 222 ff.*). Unter der Voraussetzung, dass vor dem 01.01.2018 mindestens ein Beitrag in einen Altvertrag pauschal besteuert eingezahlt wurde, besteht das zuvor erläuterte Pauschalierungswahlrecht des Arbeitnehmers lebenslang. Dies gilt auch bei Vertragsänderungen, Arbeitgeberwechsel und Neuabschlüssen. Beiträge zu Gunsten einer nach § 40b EStG pauschal besteuerten Versorgung reduzieren den zuvor erläuterten steuerfreien Höchstbetrag.

Die nachgelagerte Besteuerung kommt auch generell bei Auszahlungen aus einem Pensionsfonds zur Anwendung.

Bei Pensionskassen, Pensionsfonds und Direktversicherungen besteht zudem auch die Möglichkeit der Riester-Förderung für Beiträge, die aus dem individuell versteuerten Entgelt entrichtet werden. Beiträge, die in Form einer Entgeltumwandlung steuerfrei oder pauschal besteuert eingezahlt werden, können somit nicht zusätzlich durch das Riester-Modell gefördert werden.

Bei allen fünf Arten der betrieblichen Altersversorgung entfallen auf die Leistungen in der Auszahlungsphase Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, die mit dem vollen Beitragssatz vom Rentenbezieher allein zu tragen sind. Hiervon ausgenommen sind seit 2018 Rentenanteile, die aus betrieblichen riestergeförderten Beiträgen hervorgehen.

Auch Entlassungsabfindungen und Wertguthaben aus Arbeitszeitkonten können in eine betriebliche Altersversorgung eingezahlt werden. Hierfür bietet der Gesetzgeber unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls Steuervergünstigungen, die mit der Einführung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes ab 2018 neu geregelt wurden.

⇒ HINWEIS

Macht der Arbeitnehmer beim Abschluss einer betrieblichen Altersversorgung von der Möglichkeit einer Entgeltumwandlung Gebrauch, so sind die entrichteten Beiträge bei der Ermittlung der Vorsorgeaufwendungen im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung nicht zu berücksichtigen, da sie bereits im Lohnsteuerabzugsverfahren steuerfrei belassen wurden.

2.3 Übrige Sonderausgaben

Aufwendungen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Einkünften stehen, also weder Werbungskosten noch Betriebsausgaben sind, sind grundsätzlich nicht abzugsfähige Kosten der privaten Lebensführung und nur in Ausnahmefällen steuermindernd abzugsfähig.

Unter folgenden Voraussetzungen sind diese Lebenshaltungskosten dennoch begünstigt. In Betracht kommen z. B.:

- auf gesetzlicher Verpflichtung beruhende Aufwendungen,
- solche, an deren freiwilliger Leistung der Staat aus volkswirtschaftlichen, politischen und ähnlichen Gründen ein Interesse hat,
- Aufwendungen für Verpflichtungen des Steuerpflichtigen, die er übernommen hat und denen er sich aus rechtlichen Gründen nicht entziehen kann.

Diese ausnahmsweise begünstigten Lebenshaltungskosten nennt man Sonderausgaben.

Für die übrigen Sonderausgaben wird **ohne Nachweis ein Pauschbetrag** von 36 € für Alleinstehende und 72 € für Ehe- bzw. Lebenspartner (im Fall der Zusammenveranlagung) gewährt, sofern die nachstehend erläuterten Sonderausgaben zusammen mit den Kinderbetreuungskosten (*siehe Seite 99f.*) und dem Schulgeld (*siehe Seite 104f.*) diese Pauschbeträge nicht überschreiten. Die in Betracht kommenden Pauschbeträge sind – mit Ausnahme der Steuerklassen V und VI – bereits in den Lohnsteuertabellen berücksichtigt.

Zu den berücksichtigungsfähigen Kosten hat der Gesetzgeber einen Katalog der anrechenbaren Ausgaben in den §§ 10 ff. EStG abgedruckt. Die gängigsten Positionen dieses Kataloges werden nachfolgend erläutert. Es können nur die im jeweiligen Kalenderjahr gezahlten Sonderausgaben berücksichtigt werden. Bei Ehegatten, die zusammen veranlagt werden, ist es gleichgültig, wer die Zahlungen geleistet hat und wer hierzu rechtlich verpflichtet ist.

Anlage Sonderausgaben, 29 bis 36

2.3.1 Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten/Lebenspartner

Bis zu einem Höchstbetrag von 13.805 € im Jahr können Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden, unbeschränkt steuerpflichtigen Ehe- bzw. Lebenspartner als Sonderausgaben abgezogen werden. Dieser Höchstbetrag erhöht sich um den Betrag, der von den Unterhaltsleistungen für die Absicherung der Basiskranken- und Pflegeversicherung der unterhaltenen Person vorgesehen ist. Der begrenzte Abzug von Unterhaltsleistungen wird auch als „Realsplitting“ bezeichnet.

Der Sonderausgabenabzug kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn der unterhaltsempfangende Ehe- bzw. Lebenspartner unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist, d. h. seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat. Weiter ist es ohne Bedeutung, ob es sich um laufende oder einmalige Leistungen handelt.

Von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der **Europäischen Union** (EU) oder eines Staates, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) anwendbar ist, die nach § 1 Abs. 1 EStG unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind oder auf Antrag nach § 1 Abs. 3 EStG als unbeschränkt einkommensteuerpflichtig zu behandeln sind, kann das begrenzte **Realsplitting** auch in Anspruch genommen werden, wenn der Empfänger in einem anderen EU/EWR-Mitgliedstaat ansässig ist und die Besteuerung der empfangenen Unterhaltszahlungen durch eine Bescheinigung der zuständigen ausländischen Steuerbehörde nachgewiesen wird.

Unterhaltsleistungen, die den oben genannten Höchstbetrag übersteigen, sind nicht abzugsfähig. Sie können auch nicht als außergewöhnliche Belastung nach § 33a EStG berücksichtigt werden.

Leistet der Steuerpflichtige Unterhalt an mehrere begünstigte Empfänger, so ist der oben genannte Höchstbetrag für jeden Empfänger einzeln anzuwenden.

Voraussetzung für den Sonderausgabenabzug ist, dass der Unterhaltsleistende einen entsprechenden Antrag (Anlage U) stellt, der der Zustimmung des Zuwendungsempfängers per Unterschrift bedarf. Zudem ist die Steueridentifikationsnummer des Unterhaltsempfängers anzugeben.

Dass Sonderausgaben anerkannt werden, ist auch im Rahmen eines Vergleichs, z. B. bei einem Scheidungsfolgeverfahren, möglich. Der Antrag gilt jeweils nur für ein Kalenderjahr und kann nicht zurückgenommen werden. Die erteilte Zustimmung gilt als erteilt, bis der Widerruf wirksam wird.

Der Widerruf ist vor Beginn des Kalenderjahres, für das die Zustimmung erstmals nicht gelten soll, dem Finanzamt zu erklären. Der geschiedene Ehe- bzw. Lebenspartner musste seine Zustimmung zur Anlage U für das Jahr 2023 bis zum 31. Dezember 2022 widerrufen. Erklärte er sie erst am 1. Januar 2023, wirkt sich der Widerruf erst für das Kalenderjahr 2024 aus.

2023

Anleitung
vorhanden

Name				Anlage Sonderausgaben	
1	Vorname				
2	Steuernummer				
Angaben zu Sonderausgaben - Ohne Versicherungsaufwendungen und Altersvorsorgebeiträge -					
Kirchensteuer					
52					
soweit diese nicht als Zuschlag zur Abgeltungsteuer einbehalten oder gezahlt wurde		2023 gezahlt EUR	103	2023 erstattet EUR	104
Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge)					
Spenden und Mitgliedsbeiträge (ohne Spenden in das zu erhaltende Vermögen einer Stiftung)					
		laut Bestätigungen EUR		laut Betriebsfinanzamt EUR	
5	- zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke an Empfänger im Inland	123		124	
6	- zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke an Empfänger im EU-/EWR-Ausland	133		134	
7	- an politische Parteien (§§ 34g, 10b EStG)	127		128	
8	- an unabhängige Wählervereinigungen (§ 34g EStG)	129		130	
Spenden in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock) einer Stiftung					
		Stipflichtige Person / Ehemann / Person A EUR		Ehefrau / Person B EUR	
9	2023 geleistete Spenden an Empfänger im Inland (laut Bestätigungen / laut Betriebsfinanzamt)	208		209	
10	2023 geleistete Spenden an Empfänger im EU-/EWR- Ausland (laut Bestätigungen / laut Betriebsfinanzamt)	224		225	
11	Von den Spenden in den Zeilen 9 und 10 sollen 2023 berücksichtigt werden	212		213	
12	2023 zu berücksichtigende Spenden aus Vorjahren in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock) einer Stiftung, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden	214		215	
Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung					
Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A					
13	Bezeichnung der Ausbildung, Art der Aufwendungen			200	
Ehefrau / Person B					
14	Bezeichnung der Ausbildung, Art der Aufwendungen			201	
Weitere Aufwendungen					
Gezahlte Versorgungsleistungen aus Renten laut Vertrag					
Angaben zur 1. empfangsberechtigten Person					
15	Rechtsgrund, Datum des Vertrags	abziehbar in %	102	tatsächlich gezahlt EUR	101
16	Name der empfangsberechtigten Person				
17	Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person	136			
Angaben zur 2. empfangsberechtigten Person					
18	Rechtsgrund, Datum des Vertrags	abziehbar in %	138	tatsächlich gezahlt EUR	137
19	Name der empfangsberechtigten Person				
20	Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person	139			

2023AnlSonderausgaben401 Steuersoft GmbH · Wallstraße 7 · 66740 Saarlouis 2023AnlSonderausgaben401

Erforderlich ist die Zustimmung des Empfängers, weil beim Empfänger die Zuwendungen in der Höhe, in der sie beim Geber als Sonderausgaben abgezogen werden, als wiederkehrende Bezüge im Sinne des § 22 Satz 3 Nr. 1a EStG zu versteuern sind (Anlage SO, Zeile 6).

Erteilt der Empfänger seine Zustimmung nicht oder wird ein entsprechender Antrag vom Unterhaltsverpflichteten nicht gestellt, kommt bei einem bedürftigen Unterhaltsempfänger statt des Sonderausgabenabzugs ein Abzug als außergewöhnliche Belastung nach § 33a Abs. 1 EStG in Betracht (siehe Seite 63 ff.). Gleiches gilt auch für Zuwendungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehe- bzw. Lebenspartner, der außerhalb eines EU/EWR-Mitgliedstaates ansässig ist. Die Unterhaltsleistungen sind in diesen Fällen beim Empfänger nicht steuerpflichtig.

Anlage Sonderausgaben, 15 bis 28

2.3.2 Ausgleichszahlungen im Rahmen eines Versorgungsausgleichs oder zur Vermeidung des Versorgungsausgleichs

Im Rahmen einer Scheidung oder bei Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft wird häufig ein Anspruch auf einen Versorgungsausgleich nach dem Versorgungsausgleichsgesetz festgestellt. Er soll die während der Ehe aufgebauten Rentenanwartschaften zwischen den Eheleuten gerecht aufteilen und wirkt sich somit regelmäßig zugunsten des Ehepartners aus, der sich wegen der Übernahme der Familienhaushaltsführung und gegebenenfalls Kinderbetreuung keine oder eine nur geringe eigene Altersvorsorge aufbauen konnte.

Der Versorgungsausgleich gilt sowohl für gesetzliche und beamtenrechtliche als auch für private, geförderte und betriebliche Versorgungsansprüche. So könnte ein Versorgungsausgleich beispielsweise auch regeln, dass ein Ehepartner 40 Prozent seiner laufenden Riester-Rente an den ehemaligen Partner zu zahlen hat. Die Ausgleichszahlungen können grundsätzlich nur mit dem Betrag als Sonderausgabe geltend gemacht werden, der dem ausgleichenden Prozentsatz angewandt auf den steuerpflichtigen Anteil der Versorgungsleistung des Ausgleichspflichtigen entspricht.

⇒ BEISPIEL

Max Muster bezieht in 2023 eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 20.000 € im Jahr, wovon er 30 % als Ausgleichszahlung an seine geschiedene Ehefrau entrichtet. Der steuerpflichtige Anteil seiner Rente beläuft sich auf 15.400 € (siehe Kapitel 6.1, Seiten 213 ff.).

Für Max ergibt sich hierdurch die Möglichkeit, 4.620 € als Sonderausgabe abzusetzen (30% von 15.400 €).

Nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Versorgungsausgleichsgesetzes besteht auch die Möglichkeit, dass der ausgleichsberechtigte Ehepartner auf seinen Anspruch verzichtet und hierfür vom Expartner eine Ausgleichszahlung zur Vermeidung des Versorgungsausgleichs erhält. In diesem Fall käme die komplette Ausgleichsleistung für einen Sonderausgabenabzug in Frage.

Die für beide Fälle maßgebenden Abzugsvoraussetzungen entsprechen im Wesentlichen den zuvor erläuterten Bedingungen für den Sonderausgabenabzug für Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten bzw. Lebenspartner. Auch hier sind die Anlage U und die Steueridentifikationsnummer des Ausgleichsberechtigten erforderlich, denn auch hier hat der Empfänger die Ausgleichszahlungen im Rahmen einer eigenen Einkommensteuererklärung in der Höhe als sonstige Einkünfte zu deklarieren, in der sie beim Geber als Sonderausgabe geltend gemacht werden. Die Höchstbetragsbeschränkung von 13.805 € kommt jedoch nicht zur Anwendung.

Anlage Sonderausgaben, 4

2.3.3 Gezahlte Kirchensteuer

Die Kirchensteuer wird in der Regel als Zuschlag zur Einkommen- bzw. Lohnsteuer erhoben. Sie beträgt je nach Bundesland 8 % bzw. 9 % der Lohnsteuer.

Hierfür gibt der Sitz des für den Arbeitgeber zuständigen Finanzamts den Ausschlag. Im Saarland beträgt der Kirchensteuersatz 9 %. Dieser wird regelmäßig in der Einkommensteuererklärung angewandt. Abzugsfähig als Sonderausgaben sind die im jeweiligen Veranlagungszeitraum tatsächlich gezahlte Kirchensteuer sowie das gegebenenfalls entrichtete Kirchgeld. Das bedeutet, dass im gleichen Jahr erstattete Kirchensteuerbeträge von der einbehaltenen Kirchensteuer abzuziehen sind. In Sonderfällen kann es vorkommen, dass die erstattete Kirchensteuer höher als die gezahlte Kirchensteuer ist. Der Erstattungsüberhang, der sich aus der Verrechnung ergibt, ist dann dem Gesamtbetrag der Einkünfte hinzuzurechnen.

Für den Ansatz der tatsächlich gezahlten Kirchensteuer ist es ohne Bedeutung, ob es sich um Vorauszahlungen oder um Abschlusszahlungen handelt oder für welchen Zeitraum der Steuerpflichtige sie entrichtet hat oder erstattet bekam. Zu der als Sonderausgabe zu berücksichtigenden Kirchensteuer gehört jedoch nicht die Kirchensteuer, die als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer einbehalten worden ist (vgl. Seite 198).

Anlage Sonderausgaben, 13 bis 14

2.3.4 Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung

Aufwendungen für eine erstmalige Berufsausbildung (ohne Ausbildungsvergütung) sowie für ein erstmaliges Studium zählen in der Regel zu den Kosten der Lebensführung, die im Rahmen der Sonderausgaben mit maximal 6.000 € pro Jahr absetzbar sind.

Zu den begünstigten Aufwendungen zählen neben den Ausbildungsgebühren (z. B. Immatrikulationsgebühr) und den Aufwendungen für Studien- bzw. Schulmaterialien auch die Kosten einer auswärtigen Unterbringung sowie die Fahrtkosten für Fahrten zwischen Wohnung und Ausbildungsstätte. Ferner können Aufwendungen für ein ausbildungsbedingtes Arbeitszimmer,

eine ausbildungsbedingte doppelte Haushaltsführung und Verpflegungsmehraufwendungen geltend gemacht werden. Es gelten jedoch die Voraussetzungen und Einschränkungen, die im Kapitel „*Werbungskostenabzug*“ auf Seite 123 erläutert werden. Zur Bemessung der Fahrtkosten sind die Regelungen zur „Entfernungspauschale“ heranzuziehen. Dabei zählt die Bildungseinrichtung als erste Tätigkeitsstätte. Bei Nutzung des privaten Pkw können pro Ausbildungstag für die ersten 20 Entfernungskilometer jeweils 0,30 € und jeweils 0,38 € ab dem 21. Entfernungskilometer angesetzt werden. Bei der Zusammenveranlagung von Ehegatten zählt der Höchstbetrag von 6.000 € für jeden Ehegatten gesondert.

Ist einem Erststudium eine abgeschlossene Berufsausbildung vorangegangen oder ist das Studium Bestandteil eines Beschäftigungsverhältnisses (z. B. Berufsakademie), so sind die Aufwendungen als unbeschränkt abzugsfähige Werbungskosten zu berücksichtigen. Weitere Einzelheiten zur steuerlichen Abgrenzung zwischen Aus- und Fortbildungskosten folgen ab Seite 155f.

HINWEIS

Da der Bundesfinanzhof entgegen der zuvor geschilderten Rechtslage der Auffassung war, dass Aufwendungen für die erstmalige Berufsausbildung für die spätere Berufstätigkeit notwendig seien und somit Werbungskosten und keine Sonderausgaben darstellen, war hierzu über längere Zeit ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Dieses wurde jedoch am 11.01.2020 negativ beschieden, weswegen es bei der Einordnung der Aufwendungen der Erstausbildung oder des Erststudiums als Sonderausgabe bleibt.

Anlage Sonderausgaben, 5 bis 12

2.3.5 Spenden, Beiträge, Zuwendungen

Spenden sind freiwillige Geld- und Sachleistungen, denen keine Gegenleistung gegenüberstehen darf.

Außerdem müssen noch zwei weitere Voraussetzungen erfüllt sein:

- Die Aufwendungen müssen zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke im Sinne der §§ 52 bis 54 der Abgabenordnung getätigt werden. Hierzu gehören gemeinnützige, kulturelle, mildtätige, wissenschaftliche, kirchliche und religiöse Zwecke, soweit sie der Allgemeinheit dienen. Begünstigt sind beispielsweise Spenden zur Förderung der Kunst und Kultur, der Religion, des Denkmalschutzes, des Wohlfahrtswesens und des Natur- und Klimaschutzes. Nicht begünstigt sind hingegen beispielsweise Mitgliedsbeiträge an Sportvereine und Spenden und Mitgliedsbeiträge an Karnevalsvereine.
- Der Empfänger der Zuwendung muss nach § 10b Abs. 1 S2 EStG begünstigt sein. Die Regelfälle der begünstigten Empfänger stellen die juristischen Personen des öffentlichen Rechts und die nach § 5 Absatz 1 Nummer 9 des Körperschaftsteuergesetzes steuerbefreiten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen dar.

Zum Nachweis der Spende bedarf es grundsätzlich einer offiziellen Spendenbescheinigung („Zuwendungsnachweis“) nach amtlichem Muster. Bei Spenden bis 300 € greift jedoch ein **erleichterter Spendennachweis**. Ein einfacher Bareinzahlungsbeleg oder eine Buchungsbestätigung reicht in diesem Fall als Nachweis. Hierbei greift die 300-€-Grenze pro Einzelspende und nicht nur auf die Summe der Spenden pro begünstigten Empfänger. Dasselbe gilt in der Regel für Spenden in Katastrophenfällen, deren Abzugsfähigkeit üblicherweise in katastrophenspezifischen Erlassen geregelt wird. Diese sogenannten „Katastrophen-Erlasse“ können aber auch noch weitreichendere Kulanzregelungen enthalten. So greift beispielweise der erleichterte Spendennachweis ohne Höchstbetragsbeschränkung für Geldspenden, die im Zeitraum 06.02.2023 bis 31.12.2023 auf ein Sonderkonto einer inländischen Organisation zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in der Türkei und Syrien geleistet wurden. Bei ausländischen Zuwendungsempfängern gestaltet sich der Nachweis schwieriger, da der Steuerpflichtige zusätzliche Nachweise vorlegen muss zur Beurteilung der Gemeinnützigkeit des Spendenempfängers (z. B. Satzung, Tätigkeitsbericht, Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Kassenbericht, Vermögensübersicht).

Die geleisteten Spenden mindern das zu versteuernde Einkommen bis zu einem Betrag von höchstens 20 % des Gesamtbetrages der Einkünfte (**Höchstbetrag**). Für die übersteigenden Beträge existiert die Möglichkeit eines zeitlich unbegrenzten Spendenvortrags.

Die Hälfte der geleisteten **Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien** im Sinne des § 2 des Parteiengesetzes mindert nach § 34g EStG direkt die tarifliche Einkommensteuerschuld. Dies gilt nur für Beiträge an Parteien, die nicht gemäß § 18 Absatz 7 des Parteiengesetzes von der staatlichen Teilfinanzierung ausgeschlossen wurden. Der Anteil der Spenden und Mitgliedsbeiträge, der durch diese sogenannte ermäßigte Besteuerung nach § 34g EStG begünstigt ist, beträgt maximal 1.650 € bei Alleinstehenden und 3.300 € bei zusammen veranlagten Ehe- bzw. Lebenspartnern. Der Anteil der Spenden und Mitgliedsbeiträge, der über diese Höchstbeträge hinausgeht, kann wiederum bis maximal 1.650 € bei Alleinstehenden und 3.300 € bei zusammen veranlagten Ehe- bzw. Lebenspartnern als Sonderausgabe berücksichtigt werden, was jedoch lediglich zu einer Minderung des zu versteuernden Einkommens führt und somit keine „direkte“ Steuerermäßigung bewirkt.

Auch Spenden und Mitgliedsbeiträge an unabhängige Wählervereinigungen führen zu der zuvor genannten Steuerermäßigung nach § 34g EStG. Der Sonderausgabenabzug für darüber hinausgehende Beträge ist hier allerdings ausgeschlossen.

⇒ BEISPIEL

Ein lediger Arbeitnehmer spendet einer anerkannten politischen Partei insgesamt 2.400 €.

Zuwendung	2.400 €
Höchstbetrag für die Steuerermäßigung	1.650 €
(Steuerabzugsbetrag 50 % von 1.650 € = 825 €)	
Verbleibender Restbetrag	<u>750 €</u>

Die Jahressteuerschuld verringert sich um 825 €, und der übersteigende Betrag in Höhe von 750 € kann sich im Rahmen der steuerbegünstigten sonstigen Spenden (nach § 10b Abs. 1 EStG) auswirken.

2.3.6 Steuerberatungskosten

Bis 2005 waren Steuerberatungskosten noch als Sonderausgabe bis zu 520 € im Kalenderjahr absetzbar. Diese Abzugsmöglichkeit ist seit 2006 entfallen.

Jedoch ist es weiter möglich, die Anteile der Steuerberatungskosten, die auf die Ermittlung der einzelnen Einkünfte und das Ausfüllen der entsprechenden Formulare entfallen, als unbeschränkte Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben der jeweiligen Einkunftsart anzusetzen, z. B.:

- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit – Anlage N, Zeile 65
- Renteneinkünfte – Anlage R, Zeile 25
- Vermietungseinkünfte – Anlage V, Zeilen 79 und 80

Hierfür ist es jedoch notwendig, dass die Kosten auf der Rechnung nach ihrer Veranlassung getrennt ausgewiesen sind. Kosten für die Erstellung der Einkommensteuererklärung, soweit diese den Mantelbogen, die Anlage AV, die Anlage KAP und die Anlage Kind betreffen, zählen zu den privat veranlassten Steuerberatungskosten und sind somit nicht abzugsfähig.

Ausnahme: Eine Aussonderung des Rechnungsanteils für privat veranlasste Steuerberatungskosten ist verzichtbar, wenn dieser 10 % des Rechnungsbetrages nicht übersteigt.

Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Lohnsteuerhilfevereinen dürfen auch ohne ausgewiesene Kostenaufteilung als Werbungskosten berücksichtigt werden. Dabei sind die im Kalenderjahr geleisteten Zahlungen bis zu 100 € komplett absetzbar. Höhere Zahlungen werden zu 50 % als Werbungskosten berücksichtigt, jedoch mindestens mit 100 €.

2.4 Außergewöhnliche Belastungen

Entstehen einem Steuerpflichtigen zwangsläufig größere Aufwendungen, als sie der überwiegenden Mehrheit mit gleichen Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnissen entstehen, kann er diese als außergewöhnliche Belastungen geltend machen. Voraussetzung ist, dass diese Aufwendungen nicht Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben darstellen.

Einem Steuerpflichtigen erwachsen zwangsläufig Aufwendungen, wenn er sich diesen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann und soweit die Aufwendungen den Umständen nach notwendig sind und einen angemessenen Betrag nicht übersteigen (z. B. bei Krankheit, Tod, Unfall, Unwetterschäden). Diese Voraussetzung wird in der Regel erfüllt sein, wenn es sich um entsprechende Aufwendungen des Steuerpflichtigen für sich oder seine Angehörigen handelt.

Des Weiteren darf es sich nicht um Vorgänge handeln, die sich auf der reinen Vermögensebene abspielen (z. B. Bezahlung von Schulden, für die der Steuerpflichtige

als Erbe haftet) oder die die Erlangung eines wirtschaftlichen Gegenwertes (z. B. erstmalige Einrichtung eines Haushalts) zum Inhalt haben.

Der Gesetzgeber unterscheidet bei den Kosten der außergewöhnlichen Belastungen solche, die zwar in tatsächlicher Höhe angesetzt werden, jedoch um einen von dem Steuerpflichtigen zu tragenden Teil (zumutbare Belastung) zu kürzen sind, und solche, die typisierend geregelt und nicht um eine zumutbare Belastung zu kürzen sind. Bei letzteren spricht man von den

- **außergewöhnlichen Belastungen in besonderen Fällen;**
- erstere sind **außergewöhnliche Belastungen in allgemeinen Fällen.**

2.4.1 Außergewöhnliche Belastungen in besonderen Fällen

In den nachstehend aufgeführten Fällen außergewöhnlicher Belastungen hat der Gesetzgeber Höchst- bzw. Pauschbeträge festgelegt. Eine Kürzung um die zumutbare Belastung erfolgt nicht.

Anlage Außergewöhnliche Belastungen, 4 bis 10

Pauschbeträge für behinderte Menschen und Hinterbliebene

Für außergewöhnliche Belastungen, die behinderten Menschen entstehen, wird auf Antrag ohne Kürzung um die zumutbare Belastung ein Pauschbetrag abgezogen, wenn nicht Aufwendungen nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden, die bei Anwendung von § 33 EStG zu einem höheren Abzugsbetrag führen.

Behinderte Menschen, denen ein Pauschbetrag zu gewähren ist, sind Personen, bei denen eine Behinderung im Sinne des **Schwerbehindertenrechts** (SGB IX) vorliegt. Zu ihnen gehören also nicht nur die durch äußere Einflüsse wie Kriegs- oder Unfallverletzungen Betroffenen, sondern auch solche Menschen, denen das Leiden angeboren ist oder bei denen aufgrund innerer Leiden eine Behinderung oder eine Pflegebedürftigkeit vorliegt, sofern die Erkrankung nicht überwiegend auf Alterserscheinungen beruht. Die Höhe des Pauschbetrages richtet sich nach dem dauernden „Grad der Behinderung“ (GdB). Zur Inanspruchnahme muss zumindest ein Grad der Behinderung in Höhe von 20 vorliegen. Weitere Voraussetzungen müssen seit 2021 nicht mehr erfüllt sein. Wurde bei einem Steuerpflichtigen infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit ein Grad für eine „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ (MdE) festgestellt, ist dieser dem Grad der Behinderung gleichzusetzen.

Bei einem Grad der Behinderung von mindestens ...	Jahresbetrag
20	384 €
30	620 €
40	860 €
50	1.140 €

Bei einem Grad der Behinderung von mindestens ...	Jahresbetrag
60	1.440 €
70	1.780 €
80	2.120 €
90	2.460 €
100	2.840 €

Für **Blinde, Taubblinde** und **Hilflose** erhöht sich der jährliche Pauschbetrag unabhängig vom festgestellten Grad der Behinderung auf **7.400 €** (Merkzeichen „Bl“, „TBl“ oder „H“ im Behindertenausweis).

Als „hilflos“ gelten Behinderte, die infolge der Behinderung nicht nur vorübergehend so hilflos sind, dass sie für eine Reihe von häufig und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen zur Sicherung ihrer persönlichen Existenz im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem Umfang fremder Hilfe dauernd bedürfen. Eine Hilflosigkeit liegt auch vor, wenn die Hilfe in Form einer Überwachung oder einer Anleitung zu den zuvor genannten Verrichtungen erforderlich ist oder wenn die Hilfe zwar nicht dauernd geleistet werden muss, jedoch eine ständige Bereitschaft zur Hilfeleistung erforderlich ist.

Dem Merkzeichen „H“ gleich steht die Einstufung als Schwerstpflegebedürftiger in die Pflegegrade 4 und 5. Dies ist durch Vorlage des entsprechenden Bescheids nachzuweisen. Der Zustand der Hilflosigkeit muss dauernd, d. h. nicht nur vorübergehend sein. In den Fällen, in denen berechtigte Zweifel bestehen, ob die Behinderung unverändert fortbesteht, müssen neue **Bescheinigungen** oder **Ausweise des Versorgungsamts** vorgelegt werden. Finanzämter sind an diese Ausweise und Bescheide gebunden.

Wird der Grad der Behinderung im Laufe des Jahres erhöht oder ermäßigt oder tritt eines der zuvor erläuterten Merkzeichen einem Behinderungsgrad hinzu oder entfällt, so ist stets der höhere Pauschbetrag für das komplette Kalenderjahr anzuwenden, da eine zeitanteilige Kürzung nicht vorzunehmen ist (Jahresbetrag).

Im Fall der Einzelveranlagung von Ehe- bzw. Lebenspartnern kann auf gemeinsamen Antrag der Behindertenpauschbetrag eines Ehe- bzw. Lebenspartners auf beide je zur Hälfte aufgeteilt werden.

Steht der Pauschbetrag für Behinderte einem Kind eines unbeschränkt Steuerpflichtigen zu, für das er einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält, ist der Pauschbetrag auf Antrag auf ihn zu übertragen, z. B. weil das Kind noch kein eigenes Einkommen hat (§ 33b Abs. 5 EStG, Anlage Kind). Voraussetzung hierfür ist die Angabe der Steueridentifikationsnummer des Kindes in der Anlage Kind.

Bei geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Eltern eines behinderten Kindes ist der Pauschbetrag grundsätzlich auf beide Elternteile je zur Hälfte aufzuteilen, es sei denn, der Kinderfreibetrag wurde auf den anderen Elternteil übertragen. Auf gemeinsamen Antrag der Eltern kann bei der Veranlagung zur Einkommensteuer der zu übertragende Pauschbetrag jedoch auch anders aufgeteilt werden.



1	Name		Anlage Außer- gewöhnliche Belastungen	
2	Vorname			
3	Steuernummer			
Außergewöhnliche Belastungen / Pauschbeträge			Diese Anlage ist bei Zusammen- veranlagung von Ehegatten / Lebens- partnern gemeinsam auszufüllen.	
Behinderten-Pauschbetrag			53	
Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A				
Ausweis / (Renten-) Bescheid / Bescheinigung - bei erstmaliger Beantragung / Änderung bitte Nachweis in Kopie einreichen -				
4	100	101	102	105
	quältig von	quältig bis	unbefristet gültig	Grad der Behinderung
			1 = Ja	
Ich bin				
5	- erheblich gehbehindert (Merkzeichen "G" / außergewöhnlich gehbehindert (Merkzeichen "aG"))			104 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
6	- blind / taubblind / ständig hilflos (Merkzeichen "Bl", "TBl" und / oder "H"), schwerstpflegebedürftig (Pflegegrad 4 oder 5)			103 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
Ehefrau / Person B				
Ausweis / (Renten-) Bescheid / Bescheinigung - bei erstmaliger Beantragung / Änderung bitte Nachweis in Kopie einreichen -				
7	150	151	152	155
	quältig von	quältig bis	unbefristet gültig	Grad der Behinderung
			1 = Ja	
Ich bin				
8	- erheblich gehbehindert (Merkzeichen "G" / außergewöhnlich gehbehindert (Merkzeichen "aG"))			154 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
9	- blind / taubblind / ständig hilflos (Merkzeichen "Bl", "TBl" und / oder "H"), schwerstpflegebedürftig (Pflegegrad 4 oder 5)			153 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
Hinterbliebenen-Pauschbetrag				
- Nur bei Hinterbliebenenbezügen nach § 33b Abs. 4 EStG; der alleinige Bezug einer Witwen- / Witwerrente ist nicht ausreichend -				
10	Ich beantrage den Hinterbliebenen-Pauschbetrag		380 <input type="checkbox"/> 1 = Ja	381 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
			Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A	Ehefrau / Person B
Pflege-Pauschbetrag				
- bei erstmaliger Beantragung / Änderung bitte Nachweis in Kopie einreichen -				
11	Die unentgeltliche persönliche Pflege einer pflegebedürftigen Person in ihrer oder in meiner Wohnung erfolgte durch		200 <input type="checkbox"/>	1 = Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A 2 = Ehefrau / Person B 3 = beide Ehegatten / Lebenspartner
12	Anzahl der weiteren an der Pflege beteiligten Personen		201 <input type="checkbox"/>	
13	Name, Anschrift und Verwandtschaftsverhältnis der pflegebedürftigen Person			
14	.			
15	Identifikationsnummer der pflegebedürftigen Person		202	
16	Für die pflegebedürftige Person wurde folgender Pflegegrad / folgendes Merkzeichen festgestellt:		203 <input type="checkbox"/>	2 = Pflegegrad 2 3 = Pflegegrad 3 4 = Pflegegrad 4 oder 5 und / oder Merkzeichen "H"
Behinderungsbedingte Fahrtkostenpauschale				
- bei erstmaliger Beantragung / Änderung bitte Nachweis in Kopie einreichen -				
Ich beantrage die Berücksichtigung der behinderungsbedingten Fahrtkostenpauschale, da ich die nachfolgenden Voraussetzungen erfülle:				
17	Ich habe einen Grad der Behinderung von mindestens 80 oder einen Grad der Behinderung von mindestens 70 und Merkzeichen "G"		250 <input type="checkbox"/> 1 = Ja	251 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
18	Ich bin außergewöhnlich gehbehindert / blind / taubblind / ständig hilflos (Merkzeichen "aG" / "Bl" / "TBl" und / oder "H"), schwerstpflegebedürftig (Pflegegrad 4 oder 5)		252 <input type="checkbox"/> 1 = Ja	253 <input type="checkbox"/> 1 = Ja

Wird der erhöhte Pauschbetrag von 7.400 € für ein ständig hilfloses, blindes oder taubblindes Kind auf die Eltern übertragen, kann daneben wegen der Kosten der Unterbringung des Kindes in einer Heil- und Pflegeanstalt keine Steuerermäßigung als außergewöhnliche Belastung allgemeiner Art gewährt werden. Die Eltern können jedoch auf den Behindertenpauschbetrag verzichten und ihre Kosten als außergewöhnliche Belastung allgemeiner Art geltend machen.

Bei **rückwirkender Feststellung des Grades der Behinderung** für Vorjahre kann auf Antrag auch noch nach Eintritt der Bestandskraft die Steuerfestsetzung hinsichtlich des Behindertenpauschbetrages geändert werden.

Mit den Pauschbeträgen für behinderte Menschen sind auch typische Krankheitskosten abgegolten, die mit der Behinderung zusammenhängen.

Nicht durch den Pauschbetrag abgegolten sind:

- **außerordentliche Krankheitskosten**, die durch einen akuten Anlass verursacht sind, z. B. die Kosten einer Operation, Kosten einer Heilkur. Die zumutbare Belastung ist abzuziehen;
- **Pflegepauschbetrag** nach § 33b Abs. 6 EStG (vgl. Seite 62 f.);
- Aufwendungen für eine **Haushaltshilfe** nach § 35a EStG (vgl. Seite 75 ff.);
- private **Kfz-Kosten bestimmter Behinderter** nach Abzug der zumutbaren Belastung (vgl. Seite 72);
- erhöhter Kilometersatz für **Fahrten** zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte (vgl. Seite 135 f.).

⇒ HINWEIS

Erwachsen dem Steuerpflichtigen Aufwendungen für die eigene **Heim- oder Pflegeunterbringung** oder die des Ehe- bzw. Lebenspartners, können diese nach Abzug der Leistungen der Pflegeversicherung und einer Haushaltsersparnis (diese ist abzuziehen, wenn der private Haushalt wegen der Heimunterbringung aufgelöst wurde/in 2023 30,30 € pro Tag) grundsätzlich als außergewöhnliche Belastung allgemeiner Art unter Anrechnung einer zumutbaren Belastung (vgl. Seite 73 ff.) **anstelle des Pauschbetrages für behinderte Menschen** berücksichtigt werden. Für den sich – wegen der zumutbaren Belastung – nicht auswirkenden Betrag kann wiederum eine Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungen/Dienstleistungen/Handwerkerleistungen nach § 35a EStG in Betracht kommen, soweit in den Gesamtkosten solche Leistungen enthalten sind und separat ausgewiesen werden.

Personen, bei denen sowohl ein Behindertenpauschbetrag als auch eine Heim- oder Pflegeunterbringung vorliegen, haben folglich ein Wahlrecht.

Entweder entscheiden sie sich für den Ansatz des Behindertenpauschbetrages und machen zusätzlich die in den Heim- oder Pflegeunterbringungskosten enthaltenen Aufwendungen, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, in vollem Umfang nach § 35a EStG geltend (hier also keine Begrenzung auf die zumutbare Eigenbelastung, dafür jedoch eine Begrenzung auf den Höchstbetrag von 20.000 € im Rahmen des § 35a EStG, vgl. Seite 75 ff.). Die in den Heim- oder Pflegeunterbringungskosten enthaltenen Pflegekosten nach § 35a EStG sind in diesem Fall nicht absetzbar.

Oder Sie wählen die zuvor erläuterte Abzugsmöglichkeit. Welche Variante steuerlich vorteilhafter ist, sollte durch eine Vergleichsberechnung durch einen Vertreter der steuerberatenden Berufe ermittelt werden.

Personen, denen laufende **Hinterbliebenenbezüge** bewilligt worden sind, erhalten auf Antrag (Anlage Außergewöhnliche Belastungen, Zeile 10) einen Pauschbetrag von jährlich 370 €, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Hierbei zählt die normale Witwen-/Witwerrente nicht zu den Hinterbliebenenbezügen. Es handelt sich vielmehr um Renten, die infolge eines Unfalls bzw. Arbeitsunfalls des verstorbenen Ehegatten gezahlt werden.

Anlage Außergewöhnliche Belastungen, 11 bis 16

Pflegepauschbetrag (§ 33b Abs. 6 EStG)

Für die persönliche Pflege einer anderen Person darf der Gesamtbetrag der Einkünfte um einen Pflegepauschbetrag gemindert werden.

Voraussetzung ist, dass

- der Steuerpflichtige die Pflege entweder in seiner Wohnung oder in der Wohnung des Pflegebedürftigen persönlich ausführt und diese Wohnung in einem EU-Mitgliedstaat oder in einem Staat belegen ist, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum anzuwenden ist;
- er eine Person pflegt, der mindestens der Pflegegrad 2 zugesprochen wurde;
- er die Steueridentifikationsnummer der gepflegten Person in seiner Einkommensteuererklärung angibt;
- er für die Pflege keine Einnahmen erhält.

Ausnahme: Nicht zu diesen Einnahmen zählt, unabhängig von der Verwendung, das von den Eltern eines behinderten Kindes für dieses Kind empfangene Pflegegeld. Auch nicht zu den Einnahmen zählt durch den Pflegebedürftigen weitergeleitetes Pflegegeld, wenn es der Pflegeperson nicht zur eigenen Verfügung steht, sondern ausschließlich zur Erstattung von Auslagen für den Pflegebedürftigen verwendet wird.

Der Pflegepauschbetrag ist vom Pflegegrad der gepflegten Person abhängig. Er ist folgendermaßen gestaffelt:

Bei Pflegegrad 2	600 €
Bei Pflegegrad 3	1.100 €
Bei Pflegegrad 4 oder 5 oder „hilflosen“ Pflegebedürftigen	1.800 €

Wenn der Pflegebedürftige von mehreren Personen gepflegt wird, wird der Pflegepauschbetrag durch die Zahl dieser Personen geteilt. Wird die pflegebedürftige Mutter mit Pflegegrad 2 z. B. von ihren drei Kindern gepflegt, so erhält jedes Kind hierfür einen anteiligen Pflegepauschbetrag von 200 €.

Der Pflegepauschbetrag ist auch dann aufzuteilen, wenn nur eine von mehreren Pflegepersonen den Pauschbetrag in Anspruch nimmt. Damit wird sichergestellt, dass der Pauschbetrag nicht mehrfach für die Pflege desselben Pflegebedürftigen in Anspruch genommen wird.

Der Pflegepauschbetrag kann auch gewährt werden, wenn ein Ehe- bzw. Lebenspartner den anderen pflegt, sofern die Pflege unentgeltlich erfolgt. Dies ist zum Beispiel regelmäßig der Fall, wenn der pflegende Ehe- bzw. Lebenspartner durch einen ambulanten Pflegedienst unterstützt wird und an diesen das komplette Pflegegeld weiterleitet.

Auch der Pflegepauschbetrag ist ein Jahresbetrag. Bei einer neuen Einstufung in Sachen Pflegebedürftigkeit im Laufe des Kalenderjahres greift ganzjährig der höhere Pauschbetrag. Der Steuerpflichtige hat die Wahlmöglichkeit zwischen dem Pflegepauschbetrag oder dem Nachweis höherer Aufwendungen nach § 33 EStG. Dabei ist jedoch zu beachten, dass im letzteren Fall die Aufwendungen um die zumutbare Belastung zu kürzen sind.

Anlage Unterhalt

Unterhalt für bedürftige Personen

Für Aufwendungen für den Unterhalt und eine etwaige Berufsausbildung einer dem Steuerpflichtigen oder seinem Ehe- bzw. Lebenspartner gegenüber gesetzlich unterhaltsberechtigten Person wird auf Antrag die Einkommensteuer ermäßigt. Es können bis zu 10.908 € der Aufwendungen vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Der Höchstbetrag erhöht sich um den Betrag, der für die Basiskranken- und Pflegeversicherung der unterhaltenen Person aufgewendet wurde. Diese Erhöhung gilt nicht, soweit die Aufwendungen bereits bei der unterstützenden Person als Sonderausgabe zu berücksichtigen sind, weil die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge als Versicherungsnehmer übernommen wurden.

Die gesetzliche Unterhaltsberechtigung richtet sich nach deutschem und nicht nach eventuell abweichendem ausländischem Recht. Unterhaltsberechtigten sind zum Beispiel Eltern, Kinder und die Kindesmutter bzw. der Kindesvater für die Dauer der ersten drei Lebensjahre des gemeinsamen Kindes. Der gesetzlich unterhaltsberechtigten Person gleichgestellt ist eine Person, soweit bei ihr zum Unterhalt bestimmte öffentliche Mittel mit Rücksicht auf die Unterhaltsleistungen des Steuerpflichtigen gekürzt oder nicht gewährt werden. Dies betrifft z. B. Partner nicht ehelicher Lebensgemeinschaften, deren Ansprüche auf Bürgergeld im Hinblick auf die Unterhaltsleistungen des anderen Partners gemindert werden bzw. entfallen. Als Nachweis hierfür dienen Kürzungs- oder Ablehnungsbescheide der Agentur für Arbeit.

Wurde in Hinsicht auf die mangelnde Erfolgsaussicht eines Unterstützungsantrags ein solcher erst gar nicht gestellt, so hat die unterstützte Person dem Finanzamt gegenüber schriftlich zu versichern,

- dass sie für den jeweiligen Veranlagungszeitraum keine zum Unterhalt bestimmten Mittel aus inländischen öffentlichen Kassen erhalten und auch keinen entsprechenden Antrag gestellt hat,

- dass im jeweiligen Veranlagungszeitraum eine sozialrechtliche Bedarfsgemeinschaft mit dem Steuerpflichtigen bestand und
- über welche anderen zum Unterhalt bestimmten Einkünfte und Bezüge sowie über welches Vermögen sie verfügt hat.

Unterstützt der Steuerpflichtige eine Person mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis nach § 23 Aufenthaltsgesetz, so können die Aufwendungen auch ohne Vorliegen einer gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung geltend gemacht werden. Voraussetzung hierfür ist, dass der Steuerpflichtige eine Verpflichtungserklärung nach § 68 Aufenthaltsgesetz abgegeben hat und sämtliche Kosten des Lebensunterhalts übernimmt.

Grundsätzliche Voraussetzung zur Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen ist,

1. dass kein Anspruch auf **Kinderfreibetrag oder Kindergeld** für die unterhaltene Person besteht (und auch nicht auf vergleichbare Familienbeihilfen nach ausländischem Recht), weder beim Steuerpflichtigen noch einer anderen Person,
2. dass die unterhaltene Person kein oder nur ein **geringes Vermögen** besitzt.

Geringes Vermögen des Unterhaltsbeziehers ist ein Vermögen mit einem Verkehrswert bis zu 15.500 € (ohne Gegenstände, die zum Hausrat gehören, ohne ein angemessenes eigen genutztes Hausgrundstück).

Betragen die eigenen Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person mehr als 624 € im Kalenderjahr (**anrechnungsfreier Betrag**), wird der Höchstbetrag von 10.908 € zuzüglich der Leistungen zur Absicherung der Basiskranken- und Pflegeversicherung gekürzt, soweit die eigenen Einkünfte und Bezüge über 624 € hinausgehen. Außerdem ist der Höchstbetrag zu kürzen um Ausbildungshilfen aus öffentlichen Mitteln oder von Fördereinrichtungen, die hierfür öffentliche Mittel (BAföG) erhalten. Darlehensweise erhaltene Leistungen werden dagegen nicht angerechnet. Die Summe der anzurechnenden Ausbildungsbeihilfen und der verbleibenden anzurechnenden Bezüge darf um eine **Kostenpauschale** von 180 € gekürzt werden, sofern kein höherer Aufwand nachgewiesen wird.

Die **Höhe der Einkünfte** ist nach den Vorschriften des EStG zu bestimmen. Deshalb sind die Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit um die abzugsfähigen tatsächlichen Werbungskosten oder um den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.230 € zu kürzen.

Bei der Unterstützung beschränkt oder unbeschränkt einkommensteuerpflichtiger Personen ist zur besseren Überprüfbarkeit der Abzugs Voraussetzungen und -beschränkungen die Angabe der **Identifikationsnummer** des Unterhaltsempfängers verpflichtend. Teilt der Unterhaltsempfänger seine Identifikationsnummer dem Unterhaltsleistenden nicht mit, hat letzterer das Recht, die Nummer beim Finanzamt zu erfragen.

Tragen mehrere abzugsberechtigte Steuerpflichtige die Aufwendungen für eine unterhaltene Person, so wird bei jedem der Teil des Höchstbetrages berücksichtigt, der seinem Anteil am Gesamtbetrag der Leistungen aller Unterstützer entspricht. Ist von den unterstützenden

Personen jemand nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig oder gehört nicht zum abzugsberechtigten Personenkreis, wird diese bei der Aufteilung des abziehbaren Betrages nicht berücksichtigt. Allerdings sind deren Unterhaltsleistungen bei der unterhaltenen Person als Bezüge zu erfassen.

Unterhält der Steuerpflichtige mehrere Personen, die gemeinsam in einem Haushalt leben, erfolgt eine Aufteilung des Unterhalts nach Köpfen, unabhängig davon, ob Teilzahlungen an einzelne Haushaltsangehörige gerichtet wurden und ob die unterhaltene Person nicht zu den zum Abzug berechtigenden Unterhaltsempfängern gehört.

Unterhaltsleistungen an den nicht dauernd getrennt lebenden, unbeschränkt steuerpflichtigen Ehe- bzw. Lebenspartner können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, da die Regelung über die Zusammenveranlagung bzw. getrennte Veranlagung von Ehe- bzw. Lebenspartnern (§§ 26a, 26b EStG) Vorrang hat.

Im Fall einer Trennung gilt dies für unbeschränkt steuerpflichtige Ehe- bzw. Lebenspartner letztmalig für das Kalenderjahr der Trennung, wenn für dieses Jahr die gesetzlichen Voraussetzungen einer Zusammenveranlagung vorliegen.

Unterhaltsleistungen an den unbeschränkt steuerpflichtigen geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehe- bzw. Lebenspartner können dann als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn der Unterhalt von dem Leistenden nicht im Rahmen des sogenannten **Realsplittings** (vgl. Seite 51 f.) als Sonderausgabe geltend gemacht wird. Anders als beim Realsplitting unterliegt der dem unbeschränkt steuerpflichtigen geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehe- bzw. Lebenspartner gewährte Unterhalt – für den Zahlenden eine „außergewöhnliche Belastung“ – beim Empfänger nicht der Einkommensteuer.

Der Nachweis von Unterstützungsleistungen erfolgt idealerweise durch monatliche Überweisungsbelege, die auf den Namen der unterstützten Person oder einer Person aus der unterstützten Haushaltsgemeinschaft lauten. Werden Aufwendungen des typischen Lebensunterhaltes des Unterhaltsempfängers (z. B. Miete, Krankenversicherungsbeiträge, Studiengebühren) vom Steuerpflichtigen direkt getragen, sind auch diese Beträge gegenüber dem Finanzamt glaubhaft nachzuweisen (z. B. mittels Vorlage des Mietvertrages des Unterhaltsempfängers und der entsprechenden Abbuchung auf dem Konto des Steuerpflichtigen).

Gehört die unterhaltsberechtigte Person zum Haushalt des Steuerpflichtigen, kann regelmäßig auch ohne Vorlage von Zahlungsbelegen davon ausgegangen werden, dass ihm dafür Unterhaltsaufwendungen in Höhe des maßgeblichen Höchstbetrages (2023: 10.908 €) zuzüglich der eigenen Beiträge zur Basiskranken- und Pflegeversicherung der unterstützten Person erwachsen. Lebt die unterhaltsberechtigte Person nur einen Teil des Jahres im Haushalt des Steuerpflichtigen, darf der anteilige Höchstbetrag für diesen Zeitraum zuzüglich der auf diesen Zeitraum entfallenden Beiträge zur Basisabsicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung als Unterstützungsleistung angesetzt werden.

Lebt die unterstützte Person nicht in der Bundesrepublik Deutschland und ist § 1a EStG nicht anwendbar (z. B. bei Angehörigen von außereuropäischen Gastarbeitern), können die Aufwendungen nur abgezogen werden, soweit sie nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates

der unterhaltenen Person notwendig und angemessen sind, höchstens jedoch der Betrag, der abzugsfähig wäre, wenn die unterhaltene Person im Inland leben würde.

Deshalb sind die Höchstbeträge der anzuerkennenden Unterhaltsaufwendungen von 10.980 € und des anrechnungsfreien Betrages von 624 € im Verhältnis der Durchschnittsstundenlöhne in der verarbeitenden Industrie des ausländischen Staates zu denen der Bundesrepublik zu kürzen (**Ländergruppeneinteilung**).

Ländergruppe 1

Hiernach gelten die Beträge in voller Höhe (**10.908 € Höchstbetrag und 624 € anrechnungsfreier Betrag**) auf den Amerikanischen Jungferninseln, in Andorra, Australien, Bahamas, Belgien, Bermuda, Britische Jungferninseln, Brunei Darussalam, Dänemark, Färöer, Finnland, Frankreich, Gibraltar, Grönland, Guam, Hongkong, Insel Man, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kaiman-Inseln, Kanada, Kanalinseln, Katar, Republik Korea, Kuwait, Liechtenstein, Luxemburg, Macau, Monaco, Neukaledonien, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Palästinensische Gebiete, San Marino, Schweden, Schweiz, Singapur, Spanien, Taiwan, Vereinigte Arabische Emirate, Vatikanstadt, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich.

Ländergruppe 2

8.181 € Höchstbetrag und 468 € anrechnungsfreier Betrag für: Antigua und Barbuda, Aruba, Bahrain, Barbados, Chile, Cookinseln, Curacao, Estland, Französisch-Polynesien, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Nördliche Marianen, Oman, Palau, Panama, Polen, Portugal, Puerto Rico, Saudi-Arabien, Seychellen, Slowakei, Slowenien, St. Kitts und Nevis, St. Martin (französischer Teil), St. Martin (niederländischer Teil), Trinidad und Tobago, Tschechien, Turks- und Caicos-Inseln, Ungarn, Uruguay, Zypern.

Ländergruppe 3

5.454 € Höchstbetrag und 312 € anrechnungsfreier Betrag für: Albanien, Amerikanisch Samoa, Äquatorialguinea, Argentinien, Bosnien und Herzegowina, Botsuana, Brasilien, Bulgarien, China, Costa Rica, Domenica, Dominikanische Republik, Ecuador, Fidschi, Gabun, Grenada, Guyana, Irak, Iran/Islamische Republik, Jamaika, Kasachstan, Kolumbien, Kuba, Libanon, Libyen, Malaysia, Malediven, Marshallinseln, Mauritius, Mexiko, Montenegro, Namibia, Nauru, Niue, Nordmazedonien, Paraguay, Peru, Rumänien, Russische Föderation, Serbien, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika, Suriname, Thailand, Türkei, Turkmenistan, Tuvalu, Bolivarische Republik Venezuela, Weißrussland/Belarus.

Ländergruppe 4

2.727 € Höchstbetrag und 156 € anrechnungsfreier Betrag für alle übrigen Länder.

Bei Überweisungen auf ein nicht auf den Namen des Unterstützten lautendes Konto sollte durch Bankbescheinigung nachgewiesen werden, dass die unterstützte Person Kontovollmacht hat und dass Abhebungen in der entsprechenden Höhe vorgenommen worden sind. Unterstützungsleistungen in ausländischer Währung sind in Euro umzurechnen. Hierfür können die jährlich vom Bundeszentralamt für Steuern im Bundessteuerblatt Teil I für Zwecke des Familienleistungsausgleichs veröffentlichten Devisenkurse zugrunde gelegt werden.

Werden Unterhaltszahlungen im Rahmen einer Auslandsreise bar geleistet, sind erhöhte Beweisanforderungen zu erfüllen. Neben einer detaillierten Empfangsbestätigung wird auch der Nachweis einer zeitnahen Bargeldabhebung des Unterstützenden (innerhalb von zwei Wochen vor Geldübergabe) in ausreichender Höhe benötigt. Außerdem müssen Nachweise zur Durchführung der Reise vorhanden sein (z. B. Fahrkarten, Flugscheine, Grenzübertrittsvermerke). Der Geldtransfer durch Mittelspersonen wird grundsätzlich nicht anerkannt. Eine Ausnahme besteht für Krisengebiete, in denen kein anderer Zahlungsweg möglich ist. In diesem Fall ist zusätzlich zu den zuvor genannten Beweisen die Identität der Mittelsperson anzugeben und deren Reiseverlauf detailliert darzustellen.

Bei im Ausland ansässigen unterhaltsberechtigten Personen in erwerbsfähigem Alter (bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze nach deutschem Recht) wird unterstellt, dass diese ihre eigene Arbeitskraft als die ihr zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts zur Verfügung stehende Quelle in ausreichendem Maße ausschöpfen (sog. Erwerbsobliegenheit). Eine Berücksichtigung von Unterstützungsleistungen an solche Personen scheidet daher mangels Zwangsläufigkeit grundsätzlich aus, es sei denn die eigene Arbeitskraft kann aus gewichtigem Grund nicht oder nicht ausreichend eingesetzt werden (z. B. Berufsausbildung, Studium, Betreuung von Kindern unter 6 Jahren, Pflege Angehöriger, eigene Krankheit oder Behinderung). Bei Unterstützung im Ausland lebender Ehegatten ist die Erwerbsobliegenheit grundsätzlich nicht zu prüfen.

Die Unterhaltsbedürftigkeit von im Ausland lebenden unterhaltenen Personen ist zwingend durch detaillierte Angaben in amtlichen Bescheinigungen der Heimatbehörden mit deutscher Übersetzung nachzuweisen.²

Die amtlichen Bescheinigungen der Heimatbehörden müssen enthalten:

- a) Namen, Alter, ausgeübten Beruf und Anschrift der unterhaltenen Person sowie deren Verwandtschaftsverhältnis zum Steuerpflichtigen,
- b) Angaben über Art und Umfang der eigenen Einnahmen im Kalenderjahr und des eigenen Vermögens der Unterhaltsempfänger,

² Insbesondere bei der Unterstützung von Personen im Ausland trifft die Beteiligten eine erhöhte Mitwirkungs- und Beweisvorsorgepflicht. Zur Erleichterung der Beweisführung hat die Finanzverwaltung das Muster einer Unterhaltserklärung veröffentlicht. Diese können Sie zweisprachig in den gängigsten Sprachen bei der Arbeitskammer des Saarlandes erhalten.

- c) Angaben darüber, ob noch andere Personen unterhaltspflichtig waren, welche Unterhaltsbeiträge sie leistet haben und ab wann und aus welchen Gründen die Unterhaltsempfänger nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen konnten.

Anrechnung der Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person

Als Einkünfte gelten nur solche im Sinne des Einkommensteuergesetzes (Gewinne bzw. Überschüsse aus den sieben Einkunftsarten); sie sind stets in vollem Umfang zu berücksichtigen, also auch soweit sie für den Unterhalt nicht zur Verfügung stehen oder die Verfügungsbefugnis beschränkt ist.

Bezüge sind alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert, die geeignet sind, den Lebensunterhalt zu bestreiten, soweit sie nicht im Rahmen der Einkünfteermittlung erfasst werden. Zu den anzurechnenden Bezügen gehören insbesondere Einnahmen aus einem pauschal besteuerten „Minijob“, Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung, steuerfreie Anteile von Renten, Lohnersatzleistungen (z. B. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Krankengeld, Mutterschaftsgeld), Arbeitnehmer-Sparzulage, Bürgergeld, Wohngeld, Leistungen zur Sicherstellung des Unterhalts nach dem SGB XII und das Elterngeld.

Der Höchstbetrag, der anrechnungsfreie Betrag und die Kostenpauschale ermäßigen sich für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Abzugsvoraussetzungen nicht vorgelegen haben, um je ein Zwölftel. Die Unterhaltsaufwendungen dürfen grundsätzlich nicht auf Monate vor ihrer Zahlung zurückbezogen werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass die einzelne Unterhaltszahlung zur Deckung des Lebensbedarfs ab dem Zahlungsmonat bis hin zum nächsten Zahlungsmonat, aber höchstens bis zum Jahresende, geleistet wird. Entsprechend sind der Unterstützungshöchstbetrag und der anrechnungsfreie Betrag um die Monate der Nicht-Unterstützung zu kürzen.

Ausnahme: Unterhaltsleistungen an Ehegatten sind stets zur Deckung des Lebensbedarfs des gesamten Kalenderjahres bestimmt.

⇒ BEISPIEL Ein Steuerpflichtiger zahlt im Laufe des Jahres 2023 monatlich 300 € an seine alleinlebende, bedürftige Mutter. Wegen dieser Zahlungen wird deren Bürgergeld von 502 € um 300 €/Monat gekürzt. Der Steuerpflichtige kann die gesamten 3.600 € Unterhaltsleistungen (12x300 €) steuerlich geltend machen, da ihm ein abzugsfähiger Höchstbetrag von 9.288 € zusteht. Berechnung:

1. Ungekürzter Höchstbetrag		10.908 €
2. eigene Bezüge der Mutter		
12 x 202 € (= 502 € – 300 €)	2.424 €	
– Kostenpauschale	– 180 €	
= Bezüge	2.244 €	
– anrechnungsfreier Betrag	– 624 €	
= anzurechnende Bezüge	1.620 €	– 1.620 €
3. gekürzter Höchstbetrag		<u>9.288 €</u>

Hat die unterstützte Person nicht monatlich regelmäßig wiederkehrende Einkünfte und Bezüge (z. B. Gewinneinkünfte, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung oder aus Kapitalvermögen), so sind diese einfach dem Unterstützungszeitraum zeitanteilig zuzurechnen, es sei denn, es erfolgt der Nachweis, dass die Einkünfte und Bezüge der unterstützten Person auf andere Zeiträume des Jahres entfallen.

Unter Berücksichtigung seiner Verhältnisse ist ein Steuerpflichtiger nur insoweit zum Abzug von Unterhaltsleistungen berechtigt, als die Unterhaltsaufwendungen in einem vernünftigen Verhältnis zur Höhe seiner Einkünfte stehen und ihm nach Abzug der Unterhaltsaufwendungen genügend Mittel zur Bestreitung des Lebensbedarfs für sich und gegebenenfalls für seinen Ehe- bzw. Lebenspartner und seine Kinder verbleiben. Daher kann es bei Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen zu einer Kürzung der abziehbaren Unterhaltsaufwendungen aufgrund der in bestimmten Fällen gesetzlich vorgeschriebenen Berücksichtigung der sogenannten „**Opfergrenze**“ kommen. Da die Höhe dieser Opfergrenze von mehreren Faktoren abhängt, sollte bei Bedarf zur individuellen Berechnung ein Vertreter der steuerberatenden Berufe hinzugezogen werden.

Anlage Außergewöhnliche Belastungen, 19 bis 36

2.4.2 Außergewöhnliche Belastungen allgemeiner Art

Aufwendungen wegen außergewöhnlicher Belastungen allgemeiner Art können auf Antrag vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden, wenn sie dem Steuerzahler zwangsläufig entstehen und seine zumutbare Eigenbelastung übersteigen. Solche Aufwendungen sind außergewöhnlich, wenn sie der überwiegenden Mehrzahl anderer Steuerzahler mit gleichem Familienstand, Einkommens- und Vermögensverhältnissen nicht entstehen.

Die zumutbare Belastung bemisst sich nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte (*vgl. Schema Seite 10*), dem Familienstand und der Anzahl der Kinder. Bei der Ermittlung des Gesamtbetrages der Einkünfte sind auch die Kapitaleinnahmen, sofern sie über 1.000 € bzw. im Fall der Zusammenveranlagung über 2.000 € liegen, zu berücksichtigen. Das gilt allerdings nicht für den Fall, dass der Steuerpflichtige sich dafür entscheidet, die Kapitaleinkünfte nicht seinem persönlichen Steuersatz zu unterwerfen, um es bei der endgültigen Belastung durch die bereits einbehaltene Abgeltungsteuer zu belassen.

Bei der Ermittlung der zumutbaren Eigenbelastung zählen als Kinder alle Kinder des Arbeitnehmers, für die er einen Kinderfreibetrag bzw. Kindergeld erhält. Steuerfreie Einnahmen und Bezüge, für die die Lohnsteuer pauschaliert worden ist, wirken sich auf den Gesamtbetrag der Einkünfte nicht aus und beeinflussen somit nicht die zumutbare Belastung.

Der so ermittelte Betrag stellt die Bemessungsgrundlage dar, aus der sich unter **stufenweiser Anwendung** der in der nachstehenden Tabelle ausgewiesenen Prozentsätze der Betrag der zumutbaren Belastung ergibt. Die Prozentsätze sind nach der Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte in drei Stufen gestaffelt. Bei der Berechnung der zumutbaren Belastung wird nur

der Teil des Gesamtbetrages der Einkünfte mit dem Prozentsatz der nächsthöheren Stufe belastet, der die jeweilige Stufe übersteigt.

	<u>Stufe 1</u>	<u>Stufe 2</u>	<u>Stufe 3</u>
Gesamtbetrag der Einkünfte	bis 15.340 €	über 15.340 € bis 51.130 €	über 51.130 €

Steuerzahler ohne Kinder

a) bei Anwendung Grundtarif	5 %	6 %	7 %
b) bei Anwendung Splittingtarif	4 %	5 %	6 %

Steuerzahler mit

a) einem Kind oder zwei Kindern	2 %	3 %	4 %
b) drei oder mehr Kindern	1 %	1 %	2 %

⇒ **BEISPIEL** Ein unverheirateter Arbeitnehmer mit zwei hälftigen Kinderfreibeträgen (Steuerklasse I/1) hat 2.100 € berücksichtigungsfähige Aufwendungen. Bemessungsgrundlage (der Gesamtbetrag der Einkünfte) 42.400 €. Die außergewöhnliche Belastung errechnet sich wie folgt:

Berücksichtigungsfähige Aufwendungen	2.100,00 €
– zumutbare Belastung:	
2 % von 15.340 €	306,80 €
3 % von (42.400 € – 15.340 €)	<u>811,80 €</u>
zu berücksichtigende außergewöhnliche Belastung	<u><u>981,40 €</u></u>

⇒ **BEISPIEL** Bei einem Ehepaar mit drei Kindern betragen die nachgewiesenen Aufwendungen 1.930 €. Bemessungsgrundlage (der Gesamtbetrag der Einkünfte) 58.200 €. Die außergewöhnliche Belastung errechnet sich wie folgt:

Berücksichtigungsfähige Aufwendungen	1.930,00 €
– zumutbare Belastung:	
1 % von 15.340 €	153,40 €
1 % von (51.130 € – 15.340 €)	357,90 €
2 % von (58.200 € – 51.130 €)	<u>141,40 €</u>
abzugsfähig als außergewöhnliche Belastung	<u><u>1.277,30 €</u></u>

Sofern in den angesetzten außergewöhnlichen Belastungen allgemeiner Art auch haushaltsnahe Dienst-, Pflege- oder Handwerkerleistungen enthalten sind, darf für den Teil der Aufwendungen, der wegen des Abzugs der zumutbaren Belastung nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden kann, die Steuerermäßigung nach § 35a EStG beantragt

werden (siehe Seite 75 ff.). Der Antrag erfolgt über die Zeilen 34 bis 36 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen.

Aufwendungen wegen außergewöhnlicher Belastungen liegen nur vor, wenn eine Belastung durch echte Ausgaben eingetreten ist. Hierzu gehören Geld- und Sachausgaben. Verbindlichkeiten werden erst zu einer außergewöhnlichen Belastung, wenn die Zahlung erfolgt. Die Aufwendungen sind in dem Kalenderjahr geltend zu machen, in dem sie tatsächlich geleistet wurden.

Nicht maßgebend ist, wann das Ereignis eintrat, das zu den Aufwendungen führte. Erhält der Steuerpflichtige für seine außergewöhnlichen Belastungen einen Ersatz von dritter Seite (z. B. von einer Versicherung), so sind die abziehbaren Aufwendungen um diesen Ersatz zu mindern. Ersatzleistungen sind auch dann abzuziehen, wenn sie erst in einem späteren Kalenderjahr zufließen, aber bereits in dem Kalenderjahr, in dem die außergewöhnliche Belastung gezahlt wurde, mit dem Ersatz gerechnet werden konnte (z. B. wegen einem Ersatzanspruch aus einem Versicherungsvertrag).

2.4.3 Wichtige Einzelfälle

Beerdigungskosten: Beerdigungskosten für Angehörige sind als außergewöhnliche Belastung abziehbar, soweit die Aufwendungen für die Beerdigung nicht aus dem Nachlass gedeckt werden können. Hierzu zählen: Kosten für die Grabstätte, für den Sarg, für Blumen und Kränze, Trauerdrucksachen, Todesanzeigen, Überführung, Aufbahrung. Aufwendungen für die Bewirtung von Trauergästen, die Fahrtkosten zur Beerdigung eines nahen Angehörigen sowie die Aufwendungen für Trauerkleidung sind keine außergewöhnliche Belastung.

Besuchsfahrten: Aufwendungen für die üblichen Besuchsfahrten zu nahen Angehörigen sind im Regelfall nicht abziehbar. Davon ausgenommen sind Aufwendungen für Besuchsfahrten, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Krankheitskosten stehen. Das trifft zu für Besuchsfahrten, die der Steuerpflichtige zu einem länger im Krankenhaus liegenden Ehe- bzw. Lebenspartner oder Kind unternimmt. Die Besuche müssen für die Gesundheit des Patienten aus ärztlicher Sicht unentbehrlich sein (Bestätigung durch Attest des behandelnden Arztes). Andere Fälle, wie z. B. der Besuch von Gräbern, der Besuch inhaftierter Ehe- bzw. Lebenspartner oder der Besuch eines in Kur weilenden Angehörigen, sind steuerlich nicht absetzbar. Ebenso werden Aufwendungen eines Elternteils für Besuche seiner bei dem anderen Elternteil lebenden Kinder nicht als außergewöhnliche Belastung anerkannt.

Krankheitskosten: Hierunter fallen die Arzt- und Heilpraktikerkosten, Krankenhauskosten und Aufwendungen für verordnete Arzneimittel sowie für Kuraufenthalte. Abziehbar sind auch die Aufwendungen für medizinische Geräte wie Bestrahlungsgeräte, Brillen und Haftschalen, Krankenfahrsstuhl, Zahnprothesen, sonstige Prothesen und Hörgeräte. Auch Aufwendungen zur Erfüllung eines Kinderwunsches können zu den begünstigten Krankheitskosten zählen, wenn die medizinische Behandlung der Überwindung einer krankheitsbedingten Empfängnisunfähigkeit der Frau oder einer krankheitsbedingten Sterilität des Mannes dient. Die angefallenen Krankheitskosten können neben den Rechnungen auch durch Vorlage der Erstattungsmitteilung

der privaten Krankenversicherung oder des Beihilfebescheids einer Behörde nachgewiesen werden. Zu den unmittelbaren Aufwendungen gehören auch die notwendigen Fahrtkosten zum behandelnden Arzt (mit 0,30 € je gefahrenen Kilometer bei Benutzung eines Pkw). Das Finanzamt kann eine vor Kauf oder Behandlungsbeginn ausgestellte ärztliche Verordnung als Nachweis über die Zwangsläufigkeit, Notwendigkeit und Angemessenheit der Aufwendungen verlangen. Ein nachträglich ausgestellter Nachweis genügt nicht. Ist die medizinische Notwendigkeit der Aufwendungen nicht offensichtlich, kann stattdessen sogar ein amtsärztliches Attest oder eine ärztliche Bescheinigung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (§ 275 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) verlangt werden. Dies ist insbesondere der Fall bei Aufwendungen für Bade-, Heil-, Vorsorge- und Klimakuren, für psychotherapeutische Behandlungen, für die medizinisch erforderliche auswärtige Unterbringung eines behinderten Kindes, für medizinische Hilfsmittel, die als allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens anzusehen sind, und für wissenschaftlich nicht anerkannte Behandlungsmethoden. Die Krankheitskosten von Kindern, für die dem Steuerpflichtigen ein Kinderfreibetrag zusteht, dürfen den eigenen Krankheitskosten hinzugerechnet werden.

Existenziell notwendige Gegenstände: Aufwendungen für die Anschaffung von Hausrat und Kleidung sind dem Grunde nach eine außergewöhnliche Belastung, wenn diese durch ein unabwendbares Ereignis wie Brand, Hochwasser, Unwetter, Kriegseinwirkung, Vertreibung, politische Verfolgung verloren gingen und wiederbeschafft werden. Es darf sich jedoch nur um eine Ersatzbeschaffung handeln. Ein etwaiger Mehrwert der Ersatzbeschaffung ist nicht zu berücksichtigen. Die Aufwendungen sind um einen nach dem Schadenseintritt vorliegenden Restwert zu kürzen. Liegt das Schadensereignis mehr als drei Jahre zurück, ist die Anschaffung nicht absetzbar. Begünstigt sind auch Aufwendungen zur Schadensbeseitigung, sofern von dem existenziell notwendigen Gegenstand eine Gesundheitsgefährdung ausgeht, die nicht auf Verschulden des Steuerpflichtigen oder seines Mieters oder auf einen Baumangel zurückzuführen ist. Hierbei muss mit der Schadensbeseitigung innerhalb von drei Jahren nach Eintritt des schädigenden Ereignisses begonnen worden sein. Erstattungen seitens eines Versicherungsträgers (z. B. Hausratversicherung oder Wohngebäudeversicherung) sind in vollem Umfang von den Aufwendungen abzuziehen.

Kraftfahrzeugkosten bei Behinderten: Seit 2021 können die durch eine Behinderung veranlassten Fahrten unter Vorlage nachfolgend erläuteter Voraussetzungen nur noch als Pauschale berücksichtigt werden. Ein Nachweis zur Glaubhaftmachung der tatsächlich durchgeführten Fahrten ist nicht mehr notwendig. Zusätzlich zur Inanspruchnahme des Behindertenpauschbetrages sind folgende behinderungsbedingten Fahrtkostenpauschalen absetzbar: Bei einem Grad der Behinderung von mindestens 80 % oder 70 % und Merkzeichen „G“ im Ausweis können 900 € angesetzt werden (Anlage Außergewöhnliche Belastungen, Zeile 17). Außergewöhnlich Gehbehinderte mit Merkzeichen „aG“ im Ausweis, Blinde mit Merkzeichen „Bl“, Taubblinde mit Merkzeichen „TBl“ und Hilflose mit Merkzeichen „H“, können eine Pauschale in Höhe von 4.500 € geltend machen (Anlage Außergewöhnliche Belastungen, Zeile 18).

Wird der Behindertenpauschbetrag eines Kindes auf die Eltern übertragen, so können auch die Eltern durch einen Eintrag in den Zeilen 58 bis 62 der Anlage Kind von diesen Regelungen profitieren.

Behindertengerechter Umbau: Besteht aufgrund einer Behinderung die medizinische Notwendigkeit zum Umbau eines eigengenutzten Wohnobjektes (z. B. barrierefreies Badezimmer, Treppenlift, Rollstuhlrampe) oder Fahrzeugs, so können die Kosten als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden. Die Zwangsläufigkeit des Umbaus zur weiteren Nutzungsmöglichkeit des Eigentums sollte durch ein Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenkasse mit der Umbauempfehlung oder mittels eines Bewilligungsbescheids des Sozialversicherungsträgers oder Sozialleistungsträgers zur Bezuschussung des Umbaus nachgewiesen werden. Auch hier sind die erhaltenen bzw. in Aussicht gestellten Zuschüsse den Aufwendungen gegenzurechnen. Die behindertengerechte Umgestaltung eines Gartens zählt mangels Zwangsläufigkeit nicht zu den außergewöhnlichen Belastungen, da die Nutzung eines Gartens nicht existenziell notwendig ist.

Prozesskosten: Diese werden seit 2013 nur für die Ausnahme anerkannt, dass der Steuerpflichtige ohne diese Aufwendungen in Gefahr liefe, seine Existenzgrundlage zu verlieren und seine lebensnotwendigen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen zu können. Dabei ist unter dem Begriff „Existenzgrundlage“ nur die materielle Lebensgrundlage zu verstehen. Somit sind insbesondere Zivilprozesskosten nur noch in absoluten Ausnahmefällen als außergewöhnliche Belastung absetzbar und auch der Ansatz von Scheidungskosten, die bis 2012 noch als außergewöhnliche Belastung anerkannt wurden, wird vom Finanzamt abgelehnt. Prozesskosten, die aus einem Rechtsstreit hervorgehen, der unmittelbar der Erhaltung oder der Erzielung von Einnahmen einer bestimmten Einkunftsart dient, sind weiterhin als Werbungskosten innerhalb der jeweiligen Einkunftsart zu berücksichtigen (z. B. Rechtsstreit mit Arbeitgeber oder mit Mieter).

Integrationskurs: Wurde der Steuerpflichtige zur Teilnahme an einem Integrationskurs, der in der Regel aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs besteht, verpflichtet, stellen die Aufwendungen eine anzuerkennende außergewöhnliche Belastung dar. Erstattungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind den Aufwendungen gegenzurechnen. Die Kosten einer freiwilligen Teilnahme an einem Integrationskurs zählen mangels des Merkmals „Zwangsläufigkeit“ ebenso wenig zu den außergewöhnlichen Belastungen wie die Aufwendungen für den Besuch eines Deutschkurses oder die Kosten einer Einbürgerung.

Pflegekosten eines nahen Angehörigen: Voraussetzung für den Ansatz von Aufwendungen ist das Vorliegen eines Pflegegrades bei dem Pflegebedürftigen sowie die zwangsläufige finanzielle Belastung des Steuerpflichtigen aus dem Umstand heraus, dass die eigenen Mittel des Pflegebedürftigen zur Deckung der Kosten nicht ausreichen. Als Nachweis der Pflegebedürftigkeit dient der Bescheid der Pflegekasse bzw. Pflegeversicherung oder der Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen „Bl“, „TBl“ oder „H“. Bei ambulanter Pflege ist die Rechnung des ambulanten Pflegedienstes vorzulegen, bei einer Heimunterbringung hat das Heim die Pflegekosten von den übrigen Kosten (z. B. Unterkunft, Verpflegung) getrennt auszuweisen. Ist das eigene Einkommen des Pflegebedürftigen sehr gering, ist in einem ersten Schritt zu prüfen, ob ein Teil der vom Steuerpflichtigen übernommenen Kosten als Unterstützungsleistung nach § 33a Abs. 1 EStG abzugsfähig ist (vgl. Seite 63 ff.). Die restlichen Kosten können als außergewöhnliche Belastung allgemeiner Art unter Berücksichtigung eines in einem zweiten Schritt zu ermittelnden Höchstbetrages angesetzt werden. Hierzu sind zunächst die gesamten Aufwendungen des Pflegebedürftigen (bei Heimunterbringung inklusive der Nicht-Pflegekosten) um erhaltene Pflegeversicherungsleistungen zu kürzen. Danach werden die eigenen Einkünfte und Bezüge des Pflegebedürftigen nach Minderung um eine Pauschale für den persönlichen

Bedarf in Höhe von 1.550 € im Jahr vom Restbetrag in Abzug gebracht. Wurde infolge einer Heimunterbringung der Haushalt des Pflegebedürftigen aufgelöst, ist jedoch mindestens die Haushaltsersparnis in Höhe von 10.908 € im Jahr vom Restbetrag abzuziehen. Wurde der Haushalt erst im Laufe des Veranlagungsjahres aufgelöst, ist die Haushaltsersparnis zeitanteilig zu ermitteln. Die Kürzung um die Haushaltsersparnis entfällt, wenn die frühere Wohnung eines Pflegebedürftigen von dessen Ehegatten weiter bewohnt wird. Der verbleibende Betrag ist der Höchstbetrag der Aufwendungen, die angesetzt werden dürfen. Liegen die verbleibenden tatsächlich übernommenen Kostenanteile (nach Abzug des im ersten Schritt ermittelten Betrages) unterhalb dieses Höchstbetrages, sind nur diese absetzbar.

⇒ BEISPIEL Ende 2022 musste Peter Fröhlich den Haushalt seines pflegebedürftigen (Pflegegrad 3), vermögenslosen Vaters auflösen, um ihn in einem Pflegeheim unterzubringen. Die Heimunterbringungskosten beliefen sich im Jahr 2023 auf 35.000 €, wovon 15.576 € von der Pflegeversicherung übernommen wurden. Der Vater zahlte aus seinem eigenen Einkommen (Jahresbruttorente 8.400 € abzüglich 940 € Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge) einen Betrag von 6.260 € auf die Heimkosten und behielt 1.200 € Taschengeld für seinen persönlichen Bedarf zurück. Die restlichen Kosten musste Peter Fröhlich übernehmen.

Heimunterbringungskosten	35.000 €
abzüglich Pflegeversicherungsleistungen	16.356 €
abzüglich von Vater selbst getragene Kosten	<u>6.260 €</u>

Von Peter Fröhlich übernommene Kosten 12.384 €

■ davon abzugsfähig nach § 33a Abs. 1 EStG (Anlage Unterhalt):

Unterstützungshöchstbetrag	10.908 €		
zuzüglich Kranken- und Pflegevers.	<u>940 €</u>	11.848 €	
abzüglich Einkünfte und Bezüge des Vaters			
Bruttorente des Vaters	8.400 €		
abzüglich Werbungskostenpauschale	102 €		
abzüglich Kostenpauschale	180 €		
abzüglich anrechnungsfreier Betrag	<u>624 €</u>	<u>7.494 €</u>	<u>4.354 €</u>

Verbleibende Aufwendungen 8.030 €

■ davon maximal abzugsfähig nach § 33 EStG (Höchstbetrag):

Heimunterbringungskosten	35.000 €		
abzüglich Pflegeversicherungsleistungen	16.356 €		
abzüglich Einkünfte und Bezüge des Vaters			
Bruttorente des Vaters	8.400 €		
abzüglich Werbungskostenpauschale	102 €		
abzüglich Pauschale für pers. Bedarf	<u>1.550 €</u>		
Anzurechnende Einkünfte und Bezüge,	<u>6.748 €</u>		
mindestens jedoch die Haushaltsersparnis			
wegen Haushaltsauflösung	<u>10.908 €</u>	<u>7.736 €</u>	

Verbleibende nicht abzugsfähige Aufwendungen 294 €

Somit kann Fröhlich 4.354 € als Unterhaltsleistung nach § 33a Abs. 1 EStG geltend machen und nochmal 7.736 € als außergewöhnliche Belastung allgemeiner Art nach § 33 EStG, wobei bei letzterer noch die zumutbare Eigenbelastung anzurechnen ist (vgl. Seite 69f.).

Bei Vorliegen der Voraussetzungen kann auch alternativ zu dem Ansatz der Pflegekosten als außergewöhnliche Belastung allgemeiner Art der Pflegepauschbetrag (siehe Seite 62f.) geltend gemacht werden. Als weitere Alternative besteht die Möglichkeit, die in den übernommenen Pflegekosten enthaltenen Pflege- und Betreuungsleistungen im Rahmen der nachfolgend erläuterten Ermäßigung nach § 35a Abs. 2 EStG anzusetzen.

Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen

2.4.4 Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerrechnungen (§ 35a EStG)

Die nachfolgend erläuterten Aufwendungen nach § 35a EStG mindern direkt die festzusetzende Einkommensteuer bis zu den nachfolgend aufgeführten, haushaltsbezogenen Höchstbeträgen. Eine Anrechnung auf das zu versteuernde Einkommen, wie sie bei den übrigen abzugsfähigen Aufwendungen üblich ist, erfolgt dagegen nicht.

- a) Für im **Haushalt geringfügig Beschäftigte** (Minijob) ermäßigt sich die tarifliche Einkommensteuer auf Antrag um 20 % der Aufwendungen, höchstens jedoch um 510 € (§ 35a Abs. 1 EStG). Bei der Beschäftigung eines Minijobbers im Privathaushalt wird regelmäßig das sogenannte Haushaltsscheckverfahren angewandt, das dem Auftraggeber die Verfahrensweise zu seiner Abgabenverpflichtung vereinfacht. Informationen hierzu erteilt als zuständige Behörde die Bundesknappschaft (www.minijob-zentrale.de).
- b) Für **sozialversicherungspflichtige haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse** oder für die Inanspruchnahme **haushaltsnaher Dienstleistungen** ermäßigt sich die tarifliche Einkommensteuer auf Antrag um 20 % der Aufwendungen, höchstens jedoch um 4.000 € (§ 35a Abs. 2 EStG). Die Steuerermäßigung kann auch beantragt werden für die Inanspruchnahme von **Pflege- und Betreuungsleistungen** sowie für Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen wegen der eigenen Unterbringung in einem Heim oder zur dauernden Pflege erwachsen, soweit darin Kosten für Dienstleistungen enthalten sind, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind. Dabei werden Pflege- und Betreuungsleistungen inhaltlich durch den Leistungskatalog der Pflegeversicherung für ambulante Leistungen definiert. Zu ihnen zählen neben körperbezogenen Pflegemaßnahmen auch Betreuungsmaßnahmen zur Gestaltung des Alltags sowie Leistungen zur hauswirtschaftlichen Versorgung (z. B. Einkaufen, Kochen, Wohnungsreinigung).
Bei zusammenveranlagten Ehe- bzw. Lebenspartnern schließt die Inanspruchnahme des Pflegepauschbetrages nach § 33b Abs. 6 EStG den Ansatz von Pflegeaufwendungen nach § 35a Abs. 2 EStG aus. Ebenso ist dieser Abzug nicht möglich, wenn die pflegebedürftige Person einen Behindertenpauschbetrag geltend macht oder der Behindertenpauschbetrag eines pflegebedürftigen Kindes auf die Eltern übertragen wird. Bei der Betreuung von Kindern hat der Sonderausgabenabzug nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG (vgl. Seite 99f.) Vorrang.

Bei den **haushaltsnahen Dienstleistungen** nach § 35a Abs. 2 EStG handelt es sich regelmäßig um in Rechnung gestellte Leistungen Dritter, die Tätigkeiten umfassen, die gewöhnlich durch Mitglieder des privaten Haushalts erledigt werden und in regelmäßigen (kürzeren) Abständen anfallen. Beispiele hierfür sind

- die Reinigung und Pflege der Wohnung und etwaiger Gartenanlagen (z. B. Fensterreinigung und Gärtnerarbeiten),
- Gehwegreinigung und Winterdienst (auch auf öffentlichen Gehwegen eines angrenzenden Grundstücks; gilt nicht für Fahrbahn),
- die Zubereitung von Mahlzeiten,
- das Waschen, Flickern und Bügeln von Kleidung und Haushaltswäsche,
- 50 % einer Au-Pair-Vergütung (sofern der Vertrag neben der Kinderbetreuung auch die Übernahme leichter Hausarbeiten beinhaltet),
- Betreuung von Haustieren im eigenen Haushalt,
- die durch eine Spedition in Rechnung gestellten Umzugskosten.

Besteht die Leistung eines Hausnotrufsystems in erster Linie darin, dass im Notfall von einer angebotenen Servicezentrale ein Kontakt zu Dritten (wie z.B. Familie, Rettungswache) hergestellt wird, sind die Aufwendungen hierfür nicht nach § 35a EStG begünstigt. Anders sieht es aus, wenn die unmittelbar durch das Hausnotrufsystem alarmierte Stelle auch selbst Soforthilfe einleitet (z.B. über Piepser des Pflegepersonals bei betreutem Wohnen).

- c) Für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ermäßigt sich die tarifliche Einkommensteuer auf Antrag um 20 % der Aufwendungen, höchstens jedoch um 1.200 € (§ 35a Abs. 3 EStG). Der haushaltsbezogene Höchstbetrag der begünstigten Aufwendungen beträgt somit 6.000 € im Kalenderjahr. Nicht begünstigt sind öffentlich geförderte Maßnahmen, für die zinsverbilligte Darlehen oder steuerfreie Zuschüsse in Anspruch genommen werden (z. B. KfW-Förderung). Handwerkliche Tätigkeiten im Rahmen von Neubaumaßnahmen sind ebenfalls nicht berücksichtigungsfähig. Hierzu zählen alle Maßnahmen zur Errichtung eines Haushalts bis zu dessen Fertigstellung. Erfolgen Maßnahmen erst während der Nutzung des bezugsfertigen Neubaus (z. B. erstmaliger Außenputz oder Außenanlage), dürfen diese hingegen angesetzt werden. Ebenso begünstigt ist die Erweiterung der Wohn- oder Nutzfläche eines bereits fertiggestellten Haushalts durch Aus- oder Anbauten.

Als Handwerkerleistungen begünstigt sind beispielsweise Aufwendungen für:

- Modernisierung der Heizungsanlage oder des Badezimmers,
- Beseitigung kleiner Schäden, die Erneuerung des Bodenbelags,
- Austausch von Fenstern und Türen,
- Renovierungsarbeiten an Dach, Fassade oder Garage,
- Renovierungsarbeiten innerhalb der Wohnung,
- Garten- und Wegebauarbeiten,
- Dachgeschossausbau (sofern nicht im Rahmen einer Neubaumaßnahme),
- Errichtung eines Wintergartens, eines Carports oder einer Terrassenüberdachung (sofern nicht im Rahmen einer Neubaumaßnahme),
- Fertigstellung von Hausanschlüssen (sofern nicht im Rahmen einer Neubaumaßnahme),

- Reparatur, Wartung und Austausch von Gas-, Wasser- und Elektroleitungen,
- Schornsteinfegerarbeiten,
- Wartung der Heizungsanlage oder anderer technischer Anlagen,
- Installation und Wartung von Photovoltaikanlagen, deren Ertrag nach § 3 Nr. 72 EStG steuerfrei ist (*siehe Seite 185*)
- Hausmeisterservice,
- Funktionsüberprüfungskosten für bevorstehende Mängelbeseitigung (z. B. Dichtheitsprüfung) oder zur Schadensvorbeugung (z. B. TÜV-Kontrolle),
- Austausch einer Einbauküche,
- Reparatur von Geräten im Haushalt
(nur solche, die in der Hausratversicherung mitversichert werden können; die Reparatur muss im Haushalt des Steuerpflichtigen erfolgen).

Nicht als Handwerkerleistung begünstigt sind Aufwendungen für:

- Entsorgung (Ausnahme bei Entsorgung als Nebenleistung, z. B. Grünschnittabfuhr bei Gartenpflege),
- Verwaltungsgebühren,
- Gutachterkosten für Wertermittlung/Erstellung eines Energiepasses in Zusammenhang mit einer Finanzierung (z. B. KfW-Förderung),
- statische Berechnungen (auch nicht, wenn sie für die Durchführung einer Handwerkerleistung erforderlich waren),
- Notarkosten und Maklerkosten

Als Bemessungsgrundlage für die zuvor genannten Steuerermäßigungen gelten

- bei den haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnissen der Bruttoarbeitslohn sowie die zu tragenden Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung bzw. die pauschalen Abgaben, die bei der Beschäftigung eines Minijobbers im Privathaushalt an die Bundesknappschaft zu entrichten sind;
- bei den haushaltsnahen Dienstleistungen, Pflege- und Betreuungsleistungen und bei den Handwerkerleistungen die in Rechnung gestellten Lohnkosten, die An- und Abfahrtskosten, die Maschinenkosten und die Entsorgungskosten, sofern diese nur eine Nebenleistung zu einer begünstigten Hauptleistung darstellen, zuzüglich der anteiligen Umsatzsteuer. Materialkosten und deren anteilige Umsatzsteuer gehen nicht in die Bemessungsgrundlage mit ein (Ausnahme: geringwertige Verbrauchsmittel, wie z. B. Schmier- oder Reinigungsmittel, die nicht gesondert in der Rechnung aufgeführt werden).

Die Aufwendungen können nur dann nach § 35a EStG berücksichtigt werden, wenn sie nicht bereits als **Werbungskosten, Betriebsausgaben, Kinderbetreuungskosten** oder als **außergewöhnliche Belastungen** berücksichtigt sind (Vorrang dieser Aufwendungen!). Wird für Handwerkerleistungen, die eine energetische Sanierung darstellen, bereits die Steuerermäßigung nach § 35c EStG in Anspruch genommen, entfällt ebenfalls die Abzugsmöglichkeit nach § 35a EStG. Hier hat der Steuerpflichtige jedoch ein Wahlrecht, das er im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung ausüben kann (*siehe Seite 81 ff.*).



Name

Vorname

Steuernummer

Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen

Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen

Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und Handwerkerleistungen

Steuerermäßigung für Aufwendungen 18

Geringfügige Beschäftigungen im Privathaushalt - sog. Minijobs -

Art der Tätigkeit Aufwendungen (abzüglich Erstattungen) EUR 202 ,-

Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse / Dienstleistungen

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen im Privathaushalt
 - haushaltsnahe Dienstleistungen, Hilfe im eigenen Haushalt
 - Pflege- und Betreuungsleistungen im Haushalt, bei eigener Heimunterbringung in den Heimkosten enthaltene Aufwendungen für Dienstleistungen, die mit denen einer Haushaltshilfe vergleichbar sind; das in Zeile 22 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen als Erstattung für häusliche Pflege- und Betreuungskosten berücksichtigte Pflegegeld (§ 37 SGB XI) / Pflegetagegeld

Art der Tätigkeit / Aufwendungen Aufwendungen (abzüglich Erstattungen) EUR 212 ,-

Handwerkerleistungen

für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im eigenen Haushalt
 (ohne Handwerkerleistungen, für die eine öffentliche Förderung durch zinsverbilligte Darlehen oder steuerfreie Zuschüsse [z. B. KfW-Bank, BAFA, landeseigener Förderbanken oder Gemeinden] oder für die eine Steuerermäßigung für energetische Maßnahmen nach § 35c EStG in Anspruch genommen wird)

Art der Aufwendungen	Rechnungsbeträge (bei Einträgen in Zeile 10 nur anteilig) EUR	darin enthaltene Lohnanteile, Maschinen- und Fahrtkosten inklusive Umsatzsteuer EUR
<input type="text"/>	<input type="text"/> ,-	<input type="text"/> ,-
<input type="text"/>	<input type="text"/> ,-	<input type="text"/> ,-
<input type="text"/>	<input type="text"/> ,-	<input type="text"/> ,-
Summe steuerlich berücksichtigungsfähiger Lohnanteile, Maschinen- und Fahrtkosten inklusive Umsatzsteuer	214 =	<input type="text"/> ,-

Nur bei Alleinstehenden und Einträgen in den Zeilen 34 bis 36 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder in den Zeilen 4 bis 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen:

Es bestand ganzjährig ein gemeinsamer Haushalt mit einer oder mehreren anderen alleinstehenden Person(en): Anzahl der weiteren Personen im Haushalt 223

Name, Vorname, Geburtsdatum

Nur bei Alleinstehenden oder Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern und Einträgen in den Zeilen 34 bis 36 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder in den Zeilen 4 bis 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen:

Laut einzureichendem gemeinsamen Antrag ist der Höchstbetrag für die Aufwendungen in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufzuteilen:

- Der bei mir zu berücksichtigende Anteil am Höchstbetrag für Aufwendungen laut Zeile 34 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder Zeile 4 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen beträgt	224 <input type="text"/> %
- Der bei mir zu berücksichtigende Anteil am Höchstbetrag für Aufwendungen laut Zeile 35 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder Zeile 5 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen beträgt	225 <input type="text"/> %
- Der bei mir zu berücksichtigende Anteil am Höchstbetrag für Aufwendungen laut Zeile 36 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder Zeile 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen beträgt	226 <input type="text"/> %

Nur in Fällen der Zusammenveranlagung oder Einzelveranlagungen von Ehegatten / Lebenspartnern und Einträgen in den Zeilen 34 bis 36 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder in den Zeilen 4 bis 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen:

Es wurde 2023 ein gemeinsamer Haushalt begründet oder aufgelöst und für einen Teil des Kalenderjahres ein Einzelhaushalt geführt

Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A 219 1 = Ja Ehefrau / Person B 220 1 = Ja

Zur Berücksichtigung der haushaltsnahen Dienstleistungen und Handwerkerleistungen ist es eine weitere zwingende Voraussetzung, dass die Aufwendungen durch Vorlage einer Rechnung und die **Zahlung auf das Konto des Erbringers der Leistung** durch Beleg des Kreditinstituts nachgewiesen werden. Da Materialkosten nicht begünstigt sind, sind diese in der Rechnung getrennt auszuweisen. Die Aufwendungen für den Minijob im Privathaushalt sind mit der Jahresbescheinigung der Minijob-Zentrale nachzuweisen.

Zu den förderberechtigten Auftraggebern zählen auch:

- Mitglieder einer Wohnungseigentümergeinschaft, sofern der Anteil der begünstigten Aufwendungen in der Abrechnung gesondert aufgeführt ist;
- Heimbewohner mit eigenständigem und abgeschlossenem Haushalt;
- Mieter im Fall der Nebenkostenumlage, sofern der Anteil der begünstigten Aufwendungen vom Vermieter bescheinigt wird (i. d. R. auch über Nebenkostenabrechnung).

Die Steuerermäßigung kann für alle Arbeiten gewährt werden, die für eine in der EU oder im Europäischen Wirtschaftsraum gelegene und zu eigenen Wohnzwecken genutzte Wohnung ausgeführt und bezahlt werden. Zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählen auch eine eigen-genutzte Zweit-, Wochenend- oder Ferienwohnung sowie eine Wohnung, die unentgeltlich an ein Kind überlassen wird, für das dem Steuerpflichtigen noch ein Kinderfreibetrag zusteht. Bei mehreren zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählenden Wohnungen darf die Steuerermäßigung für alle Wohnungen insgesamt nur einmal bis zum jeweiligen Höchstbetrag in Anspruch genommen werden. Leben mehrere Alleinstehende in einem Haushalt zusammen, können sie die Höchstbeträge nach § 35a Abs. 1 bis 3 insgesamt jeweils nur einmal in Anspruch nehmen. Der Höchstbetrag kann auf gemeinsamen Antrag der Beteiligten in einem anderen Verhältnis als gleichmäßig nach Köpfen verteilt werden.

Begünstigt sind auch Leistungen, die auf einem angrenzenden Grundstück ausgeführt werden, sofern sie dem eigenen Grundstück dienen (z. B. Winterdienst auf öffentlichen Gehwegen, nicht jedoch auf der Fahrbahn). Hiervon ausgenommen sind allerdings Maßnahmen, die auf Veranlassung der öffentlichen Hand aufgrund gesetzlicher Grundlagen erbracht und mit dem Wohnungseigentümer nach öffentlich-rechtlichen Kriterien abgerechnet werden. Unter dieses Abzugsverbot fallen daher auch die den Grundstückseigentümern in Rechnung gestellten Straßenausbaubeiträge sowie die Kostenbeteiligung am Ausbau eines allgemeinen Versorgungsnetzes. Nach Entscheidung des Bundesfinanzhofes fehlt es bei diesen Umlagen zudem an einem unmittelbaren räumlich-funktionalen Zusammenhang, soweit die Arbeiten nicht auf dem eigenen Grundstück stattfinden (z. B. Pflasterarbeiten im Bereich der Zuwegung auf dem eigenen Grundstück). Ebenso mangelt es an einem räumlichen Zusammenhang, wenn ein zum Haushalt zählender Gegenstand in einer Werkstatt hergestellt, repariert oder renoviert wird. In diesem Fall sind nur die Demontage- bzw. Montagekosten für die Arbeiten vor Ort begünstigt.

Ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen, die der Steuerpflichtige für eine andere Person trägt, sind auch dann begünstigt, wenn die Leistungen nicht im eigenen, sondern im Haus-

halt der anderen Person erfolgen. Voraussetzung hierfür ist, dass der Steuerpflichtige laut Betreuungs- bzw. Pflegevertrag auch Schuldner der Zahlung ist.

Fallen Leistungszeitpunkt und Zahlungszeitpunkt in verschiedene Kalenderjahre, sind die Aufwendungen im Jahr der Zahlung geltend zu machen. Der Zeitpunkt der Rechnungsstellung ist unerheblich. Dieses **einkommensteuerliche „Abfluss-Prinzip“** greift auch bei der Aufteilung der Zahlung einer Rechnung auf zwei Kalenderjahre.

⇒ BEISPIEL Im November 2022 wird eine Abschlagzahlung i. H. v. 6.000 € an einen Handwerkerbetrieb für die Renovierung des eigengenutzten Badezimmers überwiesen. Der Restbetrag i. H. v. 10.000 €, der aus der am 28.12.2022 ausgestellten Endabrechnung hervorgeht, wird erst im Januar 2023 überwiesen. Im Gesamtrechnungsbetrag sind Bruttolohnkosten i. H. v. 9.000 € ausgewiesen.

Ansetzbare Leistungen nach § 35a EStG:

– in 2022:	$\frac{6.000 \text{ € Anzahlungsbetrag} \times 9.000 \text{ € Bruttolohnkosten}}{16.000 \text{ € Gesamtrechnungsbetrag}}$	= 3.375 €
– in 2023:	$\frac{10.000 \text{ € Restbetrag} \times 9.000 \text{ € Bruttolohnkosten}}{16.000 \text{ € Gesamtrechnungsbetrag}}$	= 5.625 €

Wäre die Rechnung komplett in 2022 gezahlt worden, wären aufgrund der auf das Kalenderjahr bezogenen Höchstbetragsbegrenzung nur 6.000 € Bruttolohnkosten der insgesamt angefallenen 9.000 € absetzbar (unter der Annahme, dass für 2022 keine weiteren Handwerkerleistungen geltend gemacht werden).

Ausnahmen vom „Abfluss-Prinzip“:

- Werden die Aufwendungen nach § 35a EStG durch eine Jahres- oder Nebenkostenabrechnung nachgewiesen, können die Kosten auch in dem Jahr geltend gemacht werden, in dem die Abrechnung durch die Eigentümerversammlung genehmigt worden ist bzw. dem Mieter vorliegt.
- Bei der Teilnahme am **Haushaltsscheckverfahren** (für die Beschäftigung eines Minijobbers im Privathaushalt) werden die Abgaben für das im Monat Dezember erzielte Arbeitsentgelt erst am 15. Januar des Folgejahres fällig. Sie sind jedoch noch in die Aufwendungen nach § 35a EStG des Vorjahres miteinzurechnen.

Anlage Energetische Maßnahmen

2.4.5 Energetische Maßnahmen (§35c EStG)

Seit dem Jahr 2020 werden bestimmte energetische Sanierungsmaßnahmen gefördert, deren Ausführung durch Fachunternehmen unter Einhaltung spezifischer Mindestanforderungen dem Ziel der Regierung beitragen soll, die Treibhausgase bis 2030 zu verringern. Ähnlich wie die Ermäßigung nach §35a EStG (siehe Seite 75 ff.) führt die Anwendung des § 35c EStG zu einer progressionsunabhängigen direkten Steuerminderung, mit dem wesentlichen Unterschied, dass neben den Lohnkosten auch die Materialkosten begünstigt sind.

Höhe der Steuerermäßigung

Auf Antrag des Steuerpflichtigen ermäßigt sich die tarifliche Einkommensteuer folgendermaßen:

Kalenderjahr	Steuerermäßigung um	Höchstbetrag der Steuerermäßigung
Jahr der Maßnahmenfertigstellung	7% der Aufwendungen	14.000 €
Erstes Folgejahr	7% der Aufwendungen	14.000 €
Zweites Folgejahr	6% der Aufwendungen	12.000 €

Liegen sämtliche Anspruchsvoraussetzungen über alle Kalenderjahre des dreijährigen Förderzeitraums vor, werden somit Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 200.000 € oder mehr mit einer Steuerermäßigung von 40.000 € (20%) gefördert.

Zusätzlich zu der Steuerermäßigung für die eigentliche energetische Maßnahme erhält der Steuerpflichtige im Jahr der Maßnahmenfertigstellung eine Steuerermäßigung i. H. v. 50 % der Kosten für die sogenannten „gleichgestellten Maßnahmen“, die auf den objektbezogenen Förderhöchstbetrag von 40.000 € anzurechnen ist. Hierzu zählen die Aufwendungen für einen beauftragten, zugelassenen Energieberater, sowie die separat ausgewiesenen Kosten für die Ausstellung einer abzugsberechtigenden Bescheinigung nach amtlich vorgeschriebenem Muster.

Zu den begünstigten Aufwendungen nach § 35c EStG gehören sämtliche Rechnungspositionen der einzelnen begünstigten energetischen Maßnahme zuzüglich der hierauf entfallenden Umsatzsteuer.

Für den Fall, dass die Steuerermäßigung nach § 35c EStG in einem Kalenderjahr höher ausfällt als die tarifliche Einkommensteuer, auf die sie angerechnet wird, ist keine Übertragung des übersteigenden Anteils auf andere Kalenderjahre möglich.

Begünstigte energetische Maßnahmen

Folgende Maßnahmen können nach § 35c EStG begünstigt sein:

- Wärmedämmung von Wänden, Dachflächen und Geschossdecken
- Austausch von Fenstern und Außentüren
- Erneuerung oder Einbau einer Lüftungsanlage
- Erneuerung einer Heizungsanlage
- Optimierung bestehender Heizungsanlagen, sofern diese älter als zwei Jahre sind
- Einbau von digitalen Systemen zur energetischen Betriebs- und Verbrauchsoptimierung
- Aufwendungen für einen Energieberater und die Ausstellung einer Bescheinigung nach § 35c Absatz 1 Satz 7 EStG

Unter welcher Voraussetzung die einzelne Maßnahme als energetische Sanierung nach §35c EStG zählt, wird in der „Verordnung zur Bestimmung von Mindestanforderungen für energetische Maßnahmen bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden nach § 35c EStG (ESanMV)“ geregelt. Nicht nach § 35c EStG begünstigt ist der Kauf und die Installation einer Photovoltaikanlage, deren Erträge nach § 3 Nr. 72 EStG steuerfrei sind. Hier dürfen nur die Montagekosten und die späteren Wartungskosten nach § 35a EStG (*siehe Seite 75 ff.*) geltend gemacht werden.

Nur ein Fachunternehmen, zu dessen Gewerk die durchgeführte Maßnahme gehört, oder alternativ ein die Maßnahme betreuender Energieberater mit Ausstellungsberechtigung nach § 88 des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) dürfen die Einhaltung der Voraussetzungen der ESanMV beurteilen und eine entsprechende Bescheinigung nach amtlich vorgeschriebenem Muster ausstellen, die für die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung unerlässlich ist.

Damit die Maßnahme begünstigt ist, muss sie nach dem 31.12.2019 begonnen haben und vor dem 01.01.2030 abgeschlossen sein. Als Beginn zählt hierbei der Zeitpunkt des Bauantrages bzw. der Bauanzeige, bei nicht genehmigungs- und anzeigepflichtigen Vorhaben der Zeitpunkt des Beginns der Bauausführung. Die Maßnahme gilt als beendet, wenn die vom Fachunternehmen erstellte Rechnung beglichen wurde.

Begünstigte Objekte

Zur Anwendung des § 35c EStG muss das Objekt folgende Anforderungen erfüllen:

- Es muss sich um ein Gebäude oder einen selbstständigen Gebäudeteil (z. B. Eigentumswohnung) handeln, das bzw. der in Deutschland, in der EU oder einem EWR-Staat belegen ist.
- Der Steuerpflichtige muss im Zeitraum der Durchführung der Maßnahme wirtschaftlicher Eigentümer des Objektes sein (Ausnahme Erbfall).
- Das Objekt muss bei Beginn der energetischen Maßnahme älter als 10 Jahre sein. Dabei ist für die Feststellung des Beginns dieser 10-Jahres-Frist der Herstellungsbeginn des Objektes maßgebend.
- Das Objekt muss während der Kalenderjahre des Förderzeitraums selbst genutzt werden.

Stand das Objekt während der Maßnahmendurchführung leer, ist dies für die Förderung un-
schädlich, wenn der Leerstand mit der beabsichtigten Eigennutzung zusammenhängt. Dies
ist regelmäßig der Fall, wenn die Maßnahme unmittelbar vor Beginn der Nutzung zu eigenen
Wohnzwecken erfolgt (z. B. zwischen Erwerb und Einzug). Die Steuerermäßigung scheidet
für die Kalenderjahre des dreijährigen Förderzeitraumes aus, in denen das komplette Objekt
vermietet wurde. Dieser Umstand greift selbst dann, wenn das Objekt in einem Kalenderjahr
des Förderzeitraums nur zeitweise vermietet wird. Nur für den Fall, dass der Steuerpflichtige
die Nutzung zu eigenen Wohnzwecken innerhalb eines Kalenderjahres des Förderzeitraums
dauerhaft aufgibt, kann die Steuerermäßigung nach § 35c EStG noch ein letztes Mal für
dieses Kalenderjahr in Anspruch genommen werden. Dabei ist der Grund für die Beendigung
der Eigennutzung unerheblich. Somit spielt es keine Rolle, ob das Objekt im Anschluss leer
steht, unentgeltlich überlassen wird, vermietet wird oder veräußert wird.

Wird ein Teil des Wohnobjektes vermietet oder als häusliches Arbeitszimmer (*siehe Seite
148 ff.*) genutzt, sind die Aufwendungen nach § 35c EStG um die entsprechenden Anteile
zu kürzen (Aufteilung nach Nutzflächen, sofern keine direkte Zuordnung möglich). Eine Kür-
zung des Höchstbetrages von 40.000 € erfolgt hingegen nicht. Aus Vereinfachungsgründen
unterbleibt eine Aufwandskürzung, wenn Teile einer Wohnung nur vorübergehend vermietet
werden und die Einnahmen hieraus nicht höher als 520 € im Kalenderjahr sind.

Auch die nur zeitweise tatsächliche Eigennutzung des Objektes erfüllt die Anspruchsvoraus-
setzungen, sofern das Objekt in der übrigen Zeit nicht fremden Wohnzwecken dient (egal
ob Vermietung oder unentgeltliche Überlassung; einzige Ausnahme ist die unentgeltliche
Überlassung zur alleinigen Nutzung an ein Kind, für das der Steuerpflichtige noch Kindergeld
erhält). Somit werden zum Beispiel auch energetische Maßnahmen bei Ferienwohnungen
gefördert, die zwar nicht ganzjährig, aber ausschließlich eigengenutzt werden.

Im Erbfall darf der Erbe die durch den Erblasser begonnene Förderung nach § 35c EStG
für den Rest des dreijährigen Förderzeitraums fortführen, sofern er das geerbte Objekt zu
eigenen Wohnzwecken nutzt.

Weitere Anspruchsvoraussetzungen

Zur Inanspruchnahme der Förderung nach §35c EStG müssen zusätzlich zu den zuvor ge-
schilderten auch noch folgende weitere Voraussetzungen erfüllt sein:

- Es muss eine Rechnung des Fachunternehmens in deutscher Sprache ausgestellt werden,
die die förderfähige Maßnahme und die Adresse des begünstigten Objektes ausweist.
Zusätzlich ist – wie bereits erläutert – das Vorliegen der Bescheinigung zur energetischen
Maßnahme nach amtlich vorgeschriebenem Muster eine zwingende Voraussetzung.
- Die Maßnahmen müssen den Antragssteller wirtschaftlich belastet haben (Ausnahme
Erbfall).
- Die Zahlung muss unbar erbracht werden, also auf das Konto des Fachunternehmens
erfolgen.

- Die Steuerermäßigung nach § 35c EStG muss für jedes Jahr des Förderzeitraums über die jeweilige Einkommensteuererklärung erneut beantragt werden. Es erfolgt keine Fortschreibung von Amts wegen.
- Für die energetische Maßnahme darf keine öffentliche Förderung in Form von zinsverbilligten Darlehen oder steuerfreien Zuschüssen stattfinden (z. B. über KfW-Darlehen). Wurden ausschließlich die Kosten der Energieberatung bezuschusst, so ist dies zwar förderungschädlich. Der Kostenanteil selbst bleibt bei der Bemessung der Förderung dann jedoch unberücksichtigt. Auch die Zahlung von Baukindergeld schließt die Steuerermäßigung nach §35c EStG nicht aus.
- Die Maßnahme darf nicht bereits nach § 10f EStG gefördert werden (Steuerbegünstigung für zu eigenen Wohnzwecken genutzten Baudenkmale und Gebäude in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen).
- Die Steuerermäßigung darf nicht in Anspruch genommen werden, soweit die Aufwendungen Betriebsausgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen darstellen. So sind z. B. die Kosten der energetischen Maßnahme, die anteilig auf ein häusliches Arbeitszimmer im steuerlichen Sinne (*siehe Seite 148ff.*) entfallen, aus der Bemessungsgrundlage für die Steuerermäßigung herauszurechnen, da diese zu den Werbungskosten zählen.

Die Zuordnung zu den zuvor genannten Aufwandsarten hat vorrangig zu erfolgen, wohingegen die alternative Inanspruchnahme der Steuerermäßigung nach § 35a EStG (*siehe Seite 75ff.*) eine Wahlmöglichkeit darstellt. Die Option zur Anwendung des §35a EStG dürfte in den seltensten Fällen von Vorteil sein, da die Materialkosten der energetischen Sanierung hierbei nicht berücksichtigt werden. Enthält jedoch eine Maßnahme einen hohen Lohnkostenanteil und das Objekt wird beispielsweise bereits im Jahr der Fertigstellung der Maßnahme veräußert, kann die Anwendung des § 35a EStG durchaus einen höheren Steuervorteil nach sich ziehen als die Anwendung des § 35c EStG.

Im Begünstigungszeitraum können auch mehrere energetische Einzelmaßnahmen im Sinne des § 35c EStG zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführt werden und die entsprechende Steuerermäßigung in unterschiedlichen Jahren beantragt werden. Dabei mindert jede für das einzelne Kalenderjahr beantragte Steuerermäßigung den objektbezogenen Steuerermäßigungshöchstbetrag von 40.000 € und das unabhängig davon, ob die beantragte Ermäßigung sich tatsächlich in voller Höhe auswirkt. Wird das Objekt auf eine andere Person übertragen (z. B. durch Verkauf), so steht der Höchstbetrag von 40.000 € dieser Person für dieses Objekt erneut komplett zur Verfügung, da er nicht nur objektbezogen, sondern zudem auch personenbezogen ist.

Wohnen mehrere Miteigentümer zusammen in einer Wohnung, können die Aufwendungen nach § 35c EStG beim Lage-Finanzamt unter Berücksichtigung des objektbezogenen Höchstbetrages einheitlich und gesondert festgestellt werden. In diesem Fall erhält jeder Miteigentümer einen Feststellungsbescheid, den er in seiner eigenen Steuererklärung berücksichtigen kann. Bei zusammenveranlagten Ehe- oder Lebenspartnern ist die einheitliche und gesonderte Feststellung nicht notwendig. Besteht ein Gebäude aus mehreren Wohnungen, die unterschiedlichen Eigentümern gehören, so steht jedem Eigentümer, der seine Wohnung selbst

nutzt und auch die sonstigen Abzugsvoraussetzungen erfüllt, ein eigener Höchstbetrag von 40.000 € zu. Bei einer energetischen Sanierung, die in diesem Fall das gesamte Gebäude betrifft, fungiert üblicherweise eine Hausverwaltung als Auftraggeber. Die Hausverwaltung hat dann abzuklären, welche Eigentümer ihre Wohnung komplett oder zumindest teilweise selbst nutzten. Jedem dieser Eigentümer ist eine Kopie der eingeholten Bescheinigung nach amtlichem Muster im Sinne des § 35c EStG zukommen zu lassen, zusammen mit der Information, welcher Kostenanteil auf die eigene Wohnung und auf eventuelles Sondereigentum entfällt.

Beispiel zu § 35c EStG

Ein Steuerpflichtiger erbt mit Tod seines Vaters Anfang 2022 ein bereits vermietetes Einfamilienhaus, das sich über 15 Jahre im Besitz des Vaters befand. Der Steuerpflichtige kündigt den Mietern wegen Eigenbedarf und zieht nach Auszug der Mieter im August 2022 selbst in das Haus ein. Im Anschluss lässt er von einzelnen Fachunternehmen umfangreiche energetische Sanierungsmaßnahmen nach § 35c EStG durchführen, die auch entsprechend bescheinigt werden.

Nachfolgend die einzelnen begünstigten Maßnahmen mit dem Zeitpunkt der Maßnahmenbeendigung und der Gesamthöhe der Aufwendungen:

■ Erneuerung der Heizungsanlage (A)	September 2022	12.000 €
■ Austausch der Fenster (B)	Juli 2023	20.000 €
■ Wärmedämmung der Dachfläche (C)	Mai 2024	9.000 €

Im April 2024 zieht der Steuerpflichtige aus, da er das Haus verkauft hat.

Höhe der Steuerermäßigung nach § 35a EStG:

■ 2022: Keine Ermäßigung für A, da komplettes Objekt in 2022 noch teilweise vermietet		
■ 2023: A	7 % von 12.000 € =	840 €
B	7 % von 20.000 € =	1.400 €
■ 2024: A	6 % von 12.000 € =	720 €
B	7 % von 20.000 € =	1.400 €
C	7 % von 9.000 € =	630 €
■ 2025: B	6 % von 20.000 € =	1.200 €
C	7 % von 9.000 € =	630 €
Gesamte Steuerermäßigung nach § 35c EStG		<u><u>6.820 €</u></u>

(Die Summe liegt unterhalb des objektbezogenen Höchstbetrages von 40.000 €)

2.5 Berücksichtigung von Kindern

In der Übersicht sind Kinder bei der Einkommensbesteuerung von Bedeutung:

Bezeichnung	Voraussetzungen	Höhe
Kindergeld	Für jedes Kind, wenn günstiger als Kinderfreibetrag	250 €/Monat
Kinderfreibetrag	Für jedes Kind, wenn günstiger als Kindergeld	3.012 €/Jahr, 6.024 €/Jahr für zusammen veranlagte Elternteile
Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf	Für jedes Kind, wenn günstiger als Kindergeld	1.464 €/Jahr, 2.928 €/Jahr für zusammen veranlagte Elternteile
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	Bei einem nicht zusammen veranlagten Elternteil für ein bei ihm lebendes Kind	4.260 €/Jahr, zuzüglich 240 € für jedes weitere Kind
Sonderbedarf eines volljährigen Kindes	Ausbildung eines auswärtig untergebrachten, volljährigen Kindes	1.200 €/Jahr
Kinderbetreuungskosten	Betreuung eines Kindes im Alter bis 14 Jahre	Zwei Drittel der Betreuungskosten, bis max. 4.000 € pro Kind
Schulgeld	Gezahltes Schulgeld für Kind	30 % der Zahlungen, max. 5.000 €
Behindertenpauschbetrag	Auf Antrag für ein behindertes Kind	Bis max. 7.400 €/Jahr

Bezugsdauer von Kindergeld und kindbezogenen Steuerfreibeträgen: Ein Kind wird im Veranlagungsjahr 2023 stets berücksichtigt, wenn es während des Jahres geboren wurde oder zu Beginn des Kalenderjahres das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, also nach dem 1. Januar 2005 geboren ist. Bei Kindern über 18 (also vor dem 2. Januar 2005 geboren) müssen bestimmte Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sein (*siehe Seite 88 ff.*). Das Kindergeld und die kindbezogenen Steuerfreibeträge werden maximal bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres des Kindes gewährt. Für behinderte Kinder gelten Sonderregelungen, die nachfolgend noch erläutert werden. Hat ein Kind zuvor den gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienst abgeleistet, wird diese Zeit als sogenannte Verzögerungszeit an die maximale Bezugsdauer angehängt.

⇒ HINWEIS

Ein Kind beendet sein 25. Lebensjahr mit Ablauf des Tages, der seinem 25. Geburtstag unmittelbar vorangeht.

2.5.1 Anlage Kind

Für jedes steuerlich zu berücksichtigende Kind muss eine eigene Anlage Kind ausgefüllt werden.

Günstigerprüfung zwischen Kinderfreibetrag oder Kindergeld

Im Rahmen des **Familienleistungsausgleichs** wird der jeweils geltende Kinderfreibetrag (2023: 3.012 € bzw. 6.024 € für zusammen veranlagte Eltern) zusammen mit dem zustehenden Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf (2023: 1.464 € bzw. 2.928 € für zusammen veranlagte Eltern) oder alternativ das Kindergeld gewährt.

Dabei wird zunächst über die zuständige Familienkasse der örtlich zuständigen Agentur für Arbeit am Wohnsitz des Steuerpflichtigen/Berechtigten ein einkommensunabhängiges monatliches Kindergeld auf Antrag an die Eltern/Kindergeldantragsberechtigten als Steuervergütung ausgezahlt. Im Veranlagungszeitraum 2023 betrug das Kindergeld 250 € im Monat pro Kind.

Das Finanzamt prüft bei der Veranlagung zur Einkommensteuer von Amts wegen für jedes Kind, ob die steuerliche Auswirkung, die sich durch die Miteinbeziehung der Freibeträge für Kinder in die Einkommensteuerermittlung ergäbe, für den Steuerpflichtigen günstiger ist als das zustehende Kindergeld. Ist dies der Fall, so geht das Finanzamt entsprechend den im Kapitel „Kinderfreibetrag und Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf“ (siehe Seite 97 ff.) dargestellten Erläuterungen vor.

Welche Kinder werden berücksichtigt?

- **Kinder**, die mit dem Steuerpflichtigen im ersten Grad verwandt sind. Dies sind: eheliche oder für ehelich erklärte Kinder, nichteheliche Kinder und Adoptivkinder.
- **Pflegekinder**: Dies sind Personen, mit denen der Steuerpflichtige durch ein familienähnliches, auf längere Dauer berechnetes Band verbunden ist, sofern er sie nicht zu Erwerbszwecken in seinem Haushalt aufgenommen hat und das Obhuts- und Pflegeverhältnis zu den Eltern nicht mehr besteht.

Kinder unter 18 Jahren

Ein Kind wird in dem Kalendermonat, in dem es lebend geboren wurde, und in jedem folgenden Kalendermonat, zu dessen Beginn es das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, nach dem **Einkommensteuergesetz** und dem **Kindergeldrecht** berücksichtigt.

Kinder zwischen 18 und 21 Jahren

Ein Kind, das das 18. Lebensjahr, aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hat, nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und bei einer Agentur für Arbeit im Inland als **arbeit-**

suchend gemeldet ist, wird weiterhin berücksichtigt. Im Sinne dieser Vorschrift gilt als beschäftigungslos auch ein Kind, das eine geringfügige Beschäftigung nach § 8 bzw. 8a SGB IV ausübt oder einer selbständigen bzw. gewerblichen Tätigkeit nachgeht, die regelmäßig weniger als 15 Wochenstunden umfasst.

Über den entsprechenden Zeitraum über das 21. Lebensjahr hinaus wird ein arbeitsuchendes Kind berücksichtigt, das den gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet hat, maximal für die Dauer des inländischen gesetzlichen Grundwehrdienstes oder Zivildienstes.

Kinder zwischen 18 und 25 Jahren

Kinder dieser Altersgruppe werden für das Kindergeld bzw. für den Abzug des Kinderfreibetrages berücksichtigt, wenn sie

- a) für einen **Beruf ausgebildet** werden oder
- b) sich in einer **Übergangszeit von höchstens vier Monaten** befinden, die zwischen zwei Ausbildungsabschnitten oder zwischen einem Ausbildungsabschnitt und der Ableistung des freiwilligen Wehrdienstes nach § 58b des Soldatengesetzes oder der Ableistung eines freiwilligen Dienstes im Sinne des Buchstaben d liegt, oder
- c) eine **Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes** nicht beginnen oder fortsetzen können oder
- d) ein freiwilliges soziales Jahr oder ein freiwilliges ökologisches Jahr im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes oder eine Freiwilligenaktivität im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps im Sinne der Verordnung (EU) 2021/888 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Aufstellung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2018/1475 und (EU) Nr. 375/2014 oder einen anderen Dienst im Ausland im Sinne von § 5 des Bundesfreiwilligendienstgesetzes oder einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ im Sinne der Förderleitlinie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 1. Januar 2016 oder einen Freiwilligendienst aller Generationen im Sinne von § 2 Absatz 1a des Siebten Buches Sozialgesetzbuch oder einen Internationalen Jugendfreiwilligendienst im Sinne der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 4. Januar 2021 (GMBI S. 77) oder einen Bundesfreiwilligendienst im Sinne des Bundesfreiwilligendienstgesetzes leisten.

Unterbricht ein volljähriges Kind eine Berufsausbildung aufgrund einer Erkrankung oder kann eine Ausbildung krankheitsbedingt erst gar nicht begonnen werden, so bleibt der Anspruch der Eltern auf Kindergeld und die kindbezogenen Freibeträge bestehen, sofern ein Amtsarzt die Art der Erkrankung und deren voraussichtliche Dauer bescheinigt und zudem eine schriftliche Absichtserklärung des Kindes vorliegt, mit der Berufsausbildung unmittelbar nach Wegfall der Erkrankung fortzufahren beziehungsweise zu beginnen. Voraussetzung hierfür ist, dass das Ende der Erkrankung auch absehbar ist und der amtsärztlichen Bescheinigung, die nach Ablauf von 6 Monaten zu erneuern ist, entnehmbar

ist. Dasselbe gilt bei einem krankheitsbedingtem endgültigen Abbruch einer Ausbildung, vorausgesetzt das Kind kann nachweisen, dass es weiterhin ausbildungswillig ist. Auch hier wird ein Attest benötigt, aus dem hervorgeht, dass es sich nur um eine vorübergehende Erkrankung handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht länger als 6 Monate dauern wird. Bei Unterbrechung einer Ausbildung aufgrund einer Schwangerschaft bestehen die Ansprüche weiter für die Dauer der Mutterschutzfrist sowie für die Dauer eines eventuell vorangegangenen Beschäftigungsverbots, nicht jedoch für die Dauer einer anschließenden Elternzeit (es sei denn, die Berufsausbildung wird parallel fortgesetzt).

In den Fällen der Buchstaben a) und b) werden Kinder über das 25. Lebensjahr hinaus berücksichtigt, wenn sie

1. den **gesetzlichen Grundwehrdienst** oder **Zivildienst** geleistet haben oder
2. sich anstelle des gesetzlichen Grundwehrdienstes freiwillig für die Dauer von nicht mehr als drei Jahren zum Wehrdienst verpflichtet haben oder
3. eine vom gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst befreiende Tätigkeit als **Entwicklungshelfer** im Sinne des § 1 Abs. 1 des Entwicklungshelfer-Gesetzes ausgeübt haben,

und zwar für einen der Dauer dieser Dienste oder der Tätigkeit entsprechenden Zeitraum, höchstens für die festgeschriebene Dauer des inländischen gesetzlichen Grundwehrdienstes oder des inländischen gesetzlichen Zivildienstes bei Dienstbeginn.

Für die Zeiten des gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienstes oder der davon befreienden Dienstleistung bestand weder ein Anspruch auf Kindergeld noch auf einen Kinderfreibetrag. Daher verlängert sich die maximale Bezugsdauer in diesen Fällen um die genannten Zeiträume über das 25. Lebensjahr hinaus.

Ausnahme: Neben dem oben genannten Dienst wurde ein Studium ernsthaft und nachhaltig betrieben. Auch hier kommt es zur Verlängerung des maximalen Berücksichtigungszeitraums um den Verzögerungszeitraum.

Mit der 2011 beschlossenen Aussetzung der Wehrpflicht entfällt auch der gesetzliche Grundwehr- und Zivildienst bis auf Weiteres. Diese Dienste, die auf der gesetzlichen Wehrpflicht basierten, sind nicht zu verwechseln mit dem nun an ihre Stelle tretenden freiwilligen Wehrdienst und dem Bundesfreiwilligendienst, die beide keinen Verlängerungstatbestand für die maximale Bezugsdauer des Kindergeldes darstellen.

Kinder ohne altersmäßige Begrenzung

Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer **Behinderung** außer Stande sind, sich selbst zu unterhalten und bei denen die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres (bis 2006: 27. Lebensjahres) eingetreten ist, werden beim Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag ohne altersmäßige Begrenzung berücksichtigt.

Anleitung
vorhanden

1	Name			Anlage Kind	
2	Vorname			Für jedes Kind bitte eine eigene Anlage Kind abgeben.	
3	Steuernummer		Id. Nr. der Anlage	1	
Angaben zum Kind					
4	Identifikationsnummer	01			36 / 37
5	Vorname		ggf. abweichender Familienname		
6	Geburtsdatum	16	Anspruch auf Kindergeld oder vergleichbare Leistungen für 2023	15	EUR ,-
7	Für die Kindergeldfestsetzung zuständige Familienkasse				
8	Wohnsitz im Inland:	vom	bis	ggf. abweichende Adresse	
9	Wohnsitz im Ausland:	vom	bis	ggf. abweichende Adresse	Staat (Kz 14)
Kindschaftsverhältnis					
10	Kindschaftsverhältnis zur steuerpflichtigen Person / Ehemann / Person A	02	1 = leibliches Kind / Adoptivkind 2 = Pflegekind 3 = Enkelkind / Stiefkind	Kindschaftsverhältnis zur Ehefrau / Person B	1 = leibliches Kind / Adoptivkind 2 = Pflegekind 3 = Enkelkind / Stiefkind
Kindschaftsverhältnis zu einer anderen Person					
11	Name, Vorname		Geburtsdatum dieser Person	Dauer des Kindschaftsverhältnisses (Zeitraum vom - bis)	04
12	Letzte bekannte Adresse			Art des Kindschaftsverhältnisses 1 = leibliches Kind / Adoptivkind 2 = Pflegekind vom	bis
13	Der andere Elternteil lebte im Ausland im Zeitraum			37	
14	Das Kindschaftsverhältnis zum anderen Elternteil ist durch dessen Tod erloschen am			06	
15	Der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt des anderen Elternteils ist nicht zu ermitteln oder der Vater des Kindes ist amtlich nicht feststellbar			05	1 = Ja
Angaben für ein volljähriges Kind					
Das Kind - befand sich in Schul-, Hochschul- oder Berufsausbildung, - befand sich in einer Übergangszeit von höchstens vier Monaten (z. B. zwischen zwei Ausbildungsabschnitten), - konnte eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder fortsetzen und / oder - hat ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr (Jugendfreiwilligendienstgesetz), eine Freiwilligenaktivität im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps, einen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst, einen Freiwilligendienst aller Generationen (§ 2 Abs. 1a SGB VII), einen Internationalen Jugendfreiwilligendienst, Bundesfreiwilligendienst oder einen anderen Dienst im Ausland (§ 5 Bundesfreiwilligendienstgesetz) geleistet. (Folgen diese Abschnitte unmittelbar aufeinander, sind sie zu einem Zeitraum zusammenzufassen.)					
16	1. Zeitraum vom - bis	80			
17	Erläuterungen zum 1. Berücksichtigungszeitraum				
18	2. Zeitraum vom - bis	81			
19	Erläuterungen zum 2. Berücksichtigungszeitraum				
20	Das Kind war ohne Beschäftigung und bei einer Agentur für Arbeit als arbeitsuchend gemeldet (Zeitraum vom - bis)	82			
21	Das Kind war wegen einer vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetretenen Behinderung außerstande, sich selbst finanziell zu unterhalten (Zeitraum vom - bis)	83			
- Bitte Anleitung beachten. -					

Steuernummer

Angaben zur Erwerbstätigkeit eines volljährigen Kindes

(nur bei Eintragungen in Zeile 16)

22 Das Kind hat bereits eine erstmalige Berufsausbildung oder ein Erststudium abgeschlossen 84 1 = Ja
 2 = Nein

23 Falls Zeile 22 mit "Ja" beantwortet wurde: Das Kind war erwerbstätig (kein Ausbildungsverhältnis) 1 = Ja
 2 = Nein

Falls Zeile 23 mit "Ja" beantwortet wurde:

24 Das Kind übe eine / mehrere geringfügige Beschäftigung(en) i. S. d. §§ 8, 8a SGB IV (sog. Minijob) aus 1 = Ja
 2 = Nein Beschäftigungszeitraum vom - bis (Vereinbarte) regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Tätigkeit(en) in Stunden

25 Das Kind übe andere Erwerbstätigkeiten aus 1 = Ja
 2 = Nein Erwerbszeitraum vom - bis (Vereinbarte) regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Tätigkeit(en) in Stunden

Beiträge zur inländischen Kranken- und Pflegeversicherung

(Nicht in der Anlage Vorsorgeaufwand enthalten)

Aufwendungen von mir / uns als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir / uns getragen

		EUR	
26 Beiträge zu Krankenversicherungen des Kindes (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	66	<input type="text"/>	(e)
27 Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung und / oder zur privaten Pflege-Pflichtversicherung	67	<input type="text"/>	(e)
28 Von den Versicherungen laut den Zeilen 26 und / oder 27 erstattete Beträge	68	<input type="text"/>	(e)
29 Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherungen des Kindes (z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherung) abzüglich erstatteter Beträge	69	<input type="text"/>	, -
Aufwendungen vom Kind als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir / uns getragen			
30 Beiträge zu Krankenversicherungen des Kindes (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	70	<input type="text"/>	, -
31 In Zeile 30 enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	71	<input type="text"/>	, -
32 Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung und / oder zur privaten Pflege-Pflichtversicherung	72	<input type="text"/>	, -
33 Von den Versicherungen laut den Zeilen 30 und / oder 32 erstattete Beträge	73	<input type="text"/>	, -
34 In Zeile 33 enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	74	<input type="text"/>	, -
35 Zuschuss von dritter Seite zu den Beiträgen laut den Zeilen 30 und / oder 32 (z. B. nach § 13a BAFöG)	75	<input type="text"/>	, -

Beiträge zur ausländischen Kranken- und Pflegeversicherung

(Nicht in der Anlage Vorsorgeaufwand enthalten)

Aufwendungen von mir / uns / dem Kind als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir / uns getragen

Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse und / oder Erstattungen) zu ausländischen Kranken- und Pflegeversicherungen des Kindes, die mit inländischen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen vergleichbar sind (nur Basisabsicherung) - Über die Basisabsicherung hinausgehende Beträge, die von mir / uns als Versicherungsnehmer geschuldet und getragen wurden, in Zeile 29 eintragen -

36 89 , -

37 In Zeile 36 enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt 90 , -

Übertragung des Kinderfreibetrags / des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf

Ich beantrage den vollen Kinderfreibetrag und den vollen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf, weil der andere Elternteil

38 - seiner Unterhaltsverpflichtung nicht zu mindestens 75 % nachkommt oder
- mangels Leistungsfähigkeit nicht unterhaltspflichtig ist 36 1 = Ja
 bis

Falls die Frage in Zeile 38 mit "Ja" beantwortet wurde: Es wurden Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorsorgegesetz gezahlt für den Zeitraum 38

Ich beantrage den vollen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf, weil das minderjährige Kind bei dem anderen Elternteil nicht gemeldet war. 39 1 = Ja 43

Nur beim Stief-/Großelternteil: Ich beantrage / Wir beantragen die Übertragung des Kinderfreibetrags und des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf, weil ich / wir das Kind in meinem / unserem Haushalt aufgenommen habe(n) oder ich / wir als Großelternteil gegenüber dem Kind unterhaltspflichtig bin / sind. 41 1 = Ja 77

Nur beim Stief-/Großelternteil: Der Kinderfreibetrag und der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf sind laut Anlage K zu übertragen. 42 1 = Zustimmung eines Elternteils liegt vor
2 = Zustimmung beider Elternteile liegen vor

43 Nur bei den berechtigten Elternteilen: Der Übertragung des Kinderfreibetrags und des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf auf den Stief- / Großelternteil wurde laut Anlage K zugestimmt. 40 1 = Ja

Steuernummer

Entlastungsbetrag für Alleinerziehende

			vom	bis
44	Das Kind war mit mir in der gemeinsamen Wohnung gemeldet im Zeitraum	42		
45	Für das Kind wurde mir Kindergeld ausbezahlt im Zeitraum	44		
46	Außer mir war(en) in der gemeinsamen Wohnung eine / mehrere volljährige Person(en) gemeldet, für die (zeitweise) kein Anspruch auf Kindergeld oder Freibeträge für Kinder bestand.	46	1 = Ja 2 = Nein	Falls "Ja" (Zeitraum)
47	Es bestand eine Haushaltsgemeinschaft mit mindestens einer weiteren volljährigen Person, für die (zeitweise) kein Anspruch auf Kindergeld oder Freibeträge für Kinder bestand.	49	1 = Ja 2 = Nein	Falls "Ja" (Zeitraum)
48	Name, Vorname (weitere Personen bitte in einer gesonderten Aufstellung angeben)			
49	Verwandtschaftsverhältnis		Beschäftigung / Tätigkeit	

Nur bei Zusammenveranlagung im Jahr der Eheschließung, der Trennung oder des Todes eines Elternteils:

50 Der Antrag auf einen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird gestellt für 1 = Ehemann / Person A
 2 = Ehefrau / Person B

Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung eines volljährigen Kindes

	1. Zeitraum		2. Zeitraum					
	vom	bis	vom	bis				
51	Das Kind war auswärtig untergebracht im Zeitraum	85			86			
52	Anschrift(en), Staat(en) - falls im Ausland							
53	Es handelte sich zumindest zeitweise um eine auswärtige Unterbringung im Ausland						87	1 = Ja

Nur bei nicht zusammen veranlagten Eltern:

54 Laut gesondertem gemeinsamen Antrag ist der Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufzuteilen. Der bei mir zu berücksichtigende Anteil beträgt (in %) 88

Schulgeld (Privatschule oder Schule in freier Trägerschaft)

- ohne Aufwendungen für die Beherbergung, Betreuung und Verpflegung des Kindes -

65 Bezeichnung der Schule oder deren Träger 24 , =

berücksichtigungsfähige Gesamtaufwendungen der Eltern EUR

Nur bei nicht zusammen veranlagten Eltern:

56 Das von mir übernommene Schulgeld beträgt 56 , =

57 Laut gesondertem gemeinsamen Antrag ist für das Kind der Höchstbetrag für das Schulgeld in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufzuteilen. Der bei mir zu berücksichtigende Anteil beträgt (in %) 57

Übertragung des Behinderten- und / oder Hinterbliebenen-Pauschbetrags

- bei erstmaliger Beantragung / Änderung bitte Nachweis in Kopie einreichen -

Die Übertragung des Behinderten-Pauschbetrags wird beantragt:

Ausweis/(Renten-)bescheid/Bescheinigung

58 gültig von gültig bis unbefristet gültig Grad der Behinderung 25

Das Kind ist

59 - erheblich gehbehindert (Merkzeichen "G"/ außergewöhnlich gehbehindert (Merkzeichen "aG")) 1 = Ja

60 - blind / taubblind / ständig hilflos (Merkzeichen "Bl" / "TBl" und / oder "H"), schwerstpflegebedürftig (Pflegegrad 4 oder 5) 55 1 = Ja

61 Die Übertragung des Hinterbliebenen-Pauschbetrags wird beantragt: 26 1 = Ja

Nur bei nicht zusammen veranlagten Eltern:

62 Laut gesondertem gemeinsamen Antrag sind die für das Kind zu gewährenden Pauschbeträge für Behinderte / Hinterbliebene in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufzuteilen. Der bei mir zu berücksichtigende Anteil beträgt (in %) 28

Dies gilt insbesondere, wenn

- der Grad der Behinderung (GdB) mindestens 20 beträgt **und** besondere Umstände die Erwerbstätigkeit des Kindes auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einschränken, **oder**
- im Feststellungsbescheid des Versorgungsamts das Merkmal „H“ (hilflos) eingetragen ist oder eine Einstufung in den Pflegegrad 4 oder 5 vorliegt **und**
- die kindeseigenen finanziellen Mittel nicht zur Bestreitung des notwendigen Lebensbedarfs ausreichen.

Dabei setzt sich der notwendige Lebensbedarf aus dem Grundbedarf in Höhe des für das jeweilige Kalenderjahr geltenden Grundfreibetrages (2023: 10.908 €) und dem individuellen behinderungsbedingten Mehrbedarf zusammen. Letzterer bemisst sich ohne Vorlage von Einzelnachweisen nach den Behindertenpauschbeträgen nach § 33b Abs. 3 EStG (*siehe Seiten 58 ff.*). Daneben kann ein weiterer behinderungsbedingter Mehrbedarf angesetzt werden, soweit dieser nicht schon durch den Pauschbetrag erfasst ist (z. B. für Kuren, Heilbehandlungen).

Die dem notwendigen Lebensbedarf gegenüberzustellenden kindeseigenen finanziellen Mittel setzen sich aus dem verfügbaren Nettoeinkommen und den Leistungen Dritter zusammen. Bei der Ermittlung des verfügbaren Nettoeinkommens sind alle steuerpflichtigen Einkünfte der sieben Einkunftsarten nach § 2 Abs. 1 EStG, alle steuerfreien Einnahmen (z. B. Leistungen nach SGB III) sowie etwaige im Kalenderjahr zugeflossene Steuererstattungen zu berücksichtigen. Im Kalenderjahr gezahlte Steuern sowie geleistete unvermeidbare Vorsorgeaufwendungen (Beiträge zur Basiskranken- und Pflegepflichtversicherung, gesetzliche Sozialabgaben) dürfen dagegen abgezogen werden.

Die besonderen Umstände, die für behinderte Kinder ohne Merkzeichen „H“ oder Pflegegrad 4 oder 5 als „Ursächlichkeit“ für die Unfähigkeit, sich selbst zu unterhalten, aufgeführt werden, sind vom behandelnden Arzt zu bescheinigen. Zudem muss aus der Bescheinigung hervorgehen, in welchem zeitlichen Umfang dem Kind eine Erwerbstätigkeit in Anbetracht der Behinderung möglich ist. Die Ursächlichkeit ist gegeben, wenn die prognostizierte Erwerbsfähigkeit nicht mehr als 15 Stunden in der Woche beträgt. Ungeachtet hiervon ist die Ursächlichkeit grundsätzlich anzunehmen, wenn das Kind fest in einer Einrichtung für behinderte Menschen betreut wird (z. B. vollstationär, Tagesförderstätte, Behindertenwerkstatt) oder das Kind eine Rente wegen voller Erwerbsminderung bezieht.

Anlage Kind, 22 bis 25

2.5.2 Erwerbstätigkeit eines volljährigen Kindes

Bis Ende 2011 wurden das Kindergeld und die Freibeträge für Kinder nicht gewährt, wenn die vom volljährigen Kind erzielten Einkünfte und Bezüge oberhalb bestimmter Grenzen lagen. Seit 2012 ist diese Einkommensgrenze entfallen. Die Höhe der Einkünfte und Bezüge ist somit unbeachtlich. Dennoch kann eine Erwerbstätigkeit des Kindes unter den nachfolgend erläuterten Gegebenheiten zu einer Aufhebung des Kindergeldanspruchs und der damit verbundenen steuerlichen Vergünstigungen führen („schädliche“ Erwerbstätigkeit).

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit vor Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums ist generell unschädlich.

Nach Abschluss der Erstausbildung wird unterstellt, dass das Kind in der Lage ist, sich selbst zu unterhalten, was zum Wegfall der Kindergeldfestsetzung und der kindbezogenen Freibeträge führt.

Diese Vermutung kann jedoch widerlegt werden, indem der Nachweis erbracht wird, dass das Kind weiterhin eines der zum Kindergeld berechtigenden Tatbestandsmerkmale erfüllt, indem es

- für einen Beruf ausgebildet wird oder
- sich in einer Übergangszeit von höchstens vier Monaten zwischen zwei Ausbildungsabschnitten befindet oder
- eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatz nicht beginnen oder fortsetzen kann oder
- einen kindergeldberechtigenden anerkannten Freiwilligendienst leistet

und daneben

- keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, deren regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 20 Stunden übersteigt. Handelt es sich bei der Erwerbstätigkeit um ein Ausbildungsdienstverhältnis oder eine geringfügige Beschäftigung im Sinne der §§ 8 und 8a SGB IV, ist diese 20-Stunden-Grenze nicht zu beachten und die Erwerbstätigkeit folglich als „unschädlich“ einzustufen.

Es handelt sich stets um eine **erstmalige Berufsausbildung** oder ein **Erststudium**, wenn keine andere abgeschlossene Berufsausbildung bzw. kein abgeschlossenes berufsqualifizierendes Hochschulstudium vorausgegangen ist.

Hat ein Kind mit Abschluss seiner erstmaligen Berufsausbildung oder seines Erststudiums sein ursprünglich angestrebtes Berufsziel noch nicht erreicht, kann auch eine weiterführende Ausbildung noch als Teil der Erstausbildung gewertet werden (sogenannte mehraktige Ausbildung). Voraussetzung hierfür ist, dass die weiterführende Ausbildung in einem engen sachlichen Zusammenhang mit der vorhergehenden Berufsausbildung oder dem vorhergehenden Studium steht und im engen zeitlichen Zusammenhang durchgeführt wird. Ein enger

sachlicher Zusammenhang ist gegeben, wenn die einzelnen „Ausbildungsakte“ denselben fachlichen Bereich betreffen bzw. aufeinander aufbauen (z. B. Masterstudiengang nach Bachelorstudiengang). Ein enger zeitlicher Zusammenhang liegt vor, wenn die weiterführende Ausbildung zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufgenommen wird. Kommt es zu Verzögerungen mangels Ausbildungs- bzw. Studienplatz, ist ein enger zeitlicher Zusammenhang auch dann gegeben, wenn sich das Kind für die weiterführende Ausbildung zeitnah bewirbt. Ebenso unschädlich ist eine Verzögerung aufgrund einer Erkrankung des Kindes oder wegen eines Beschäftigungsverbots nach den §§ 3 und 6 Mutterschutzgesetz. Von der mehraktigen einheitlichen Erstausbildung mit zeitgleich ausgeübter Erwerbstätigkeit zu unterscheiden ist die berufsbegleitende Weiterbildung. Letztere stellt eine Zweitausbildung dar und liegt vor, wenn nach Gesamtwürdigung aller Umstände festzustellen ist, dass die Erwerbstätigkeit bereits die Haupttätigkeit darstellt, wohingegen sich die Ausbildungsmaßnahmen nur als eine auf Weiterbildung und/oder Aufstieg in dem bereits aufgenommenen Berufszweig gerichtete Nebensache darstellen. Bei den zu würdigenden Abgrenzungskriterien kommt es insbesondere darauf an,

- für welche Dauer das Beschäftigungsverhältnis vereinbart wurde und wie weit die vereinbarte Arbeitszeit die 20-Stunden-Grenze überschreitet,
- wie sich das zeitliche Verhältnis zwischen Berufstätigkeit und Ausbildungsmaßnahmen bemisst,
- ob sich die Berufstätigkeit in Hinblick auf den Zeitpunkt ihrer Durchführung gegenüber den Ausbildungsmaßnahmen als untergeordnet darstellt (z. B. bei an einen vorgegebenen Ausbildungsplan angepassten Arbeitszeiten),
- ob die ausgeübte Berufstätigkeit die durch den ersten Abschluss erlangte Qualifikation voraussetzt
- und inwieweit Berufstätigkeit und Ausbildungsmaßnahmen zeitlich sowie inhaltlich aufeinander abgestimmt sind.

Begriffserläuterungen

Eine **Berufsausbildung** setzt einen geordneten Ausbildungsgang voraus, der mit erfolgreichem Abschluss einer staatlichen oder staatlich anerkannten Prüfung zur Aufnahme einer beruflichen Betätigung berechtigt. Der Begriff „Berufsausbildung“ ist hier folglich nicht gleichzusetzen mit dem kindergeldberechtigenden Tatbestandsmerkmal „für einen Beruf ausgebildet werden“. Letzteres ist weiter gefasst und umfasst sämtliche Maßnahmen zum Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen, die der Vorbereitung auf das angestrebte Berufsziel dienen. So berechtigen beispielsweise der Besuch einer allgemeinbildenden Schule oder die Ableistung eines Volontariats bzw. eines freiwilligen Berufspraktikums zum Kindergeldbezug und zur Inanspruchnahme der damit verbundenen steuerlichen Vorteile, ohne dass zugleich der Abschluss dieser Maßnahmen zu einem „Verbrauch“ der erstmaligen Berufsausbildung führt.

Ein **Studium** kann an unterschiedlichen Hochschulformen durchgeführt werden (z. B. Universität, Fachhochschule und sonstige Einrichtungen des Bildungswesens, die nach Landesrecht als Hochschule anerkannt werden). Es ist auch unerheblich, ob es sich bei dem Studium um ein Fernstudium handelt.

Man spricht von einem **Ausbildungsdienstverhältnis**, wenn die Ausbildungsmaßnahme Gegenstand des Dienstverhältnisses ist. Neben dem üblichen Berufsausbildungsverhältnis im dualen System (teilweise schulische Ausbildung und teilweise Ausbildung im Betrieb des Arbeitgebers) zählen beispielsweise auch das Modell der Berufsakademie und das Referendariat zur Vorbereitung auf das zweite Staatsexamen zu den Ausbildungsdienstverhältnissen.

Eine **geringfügige Beschäftigung im Sinne der §§ 8 und 8a SGB IV** liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung oder – bei Vorliegen mehrerer – aus diesen Beschäftigungen in der Summe regelmäßig die Geringfügigkeitsgrenze von 520 € (ab 2024 538 €) nicht überschreitet. Eine geringfügige Beschäftigung liegt jedoch auch dann vor, wenn die Geringfügigkeitsgrenze zwar überschritten wird, die Dauer der Beschäftigung im Laufe des Kalenderjahres 2023 jedoch vorab auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage begrenzt ist (sog. „kurzfristige“ Beschäftigung), es sei denn, die Beschäftigung wird berufsmäßig ausgeübt. Bei der Beurteilung der Einhaltung dieser zeitlichen Grenzen werden die Beschäftigungszeiten mehrerer kurzfristiger Beschäftigungen zusammengerechnet.

Eine **Erwerbstätigkeit** liegt vor, wenn das Kind einer auf die Erzielung von Einkünften gerichteten Tätigkeit nachgeht, die den Einsatz der persönlichen Arbeitskraft in einem solchen Maße fordert, dass die Effizienz, mit der ein Ausbildungsziel parallel verfolgt wird, vermutlich darunter leidet. Daher führt eine nach Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums aufgenommene Erwerbstätigkeit mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 20 Stunden zum Wegfall des Kindergeldanspruchs und der kindbezogenen Freibeträge. Das gilt selbst dann, wenn das Kind weiterhin eines der kindergeldberechtigenden Tatbestandsmerkmale erfüllt (Ausnahme: Erwerbstätigkeit im Rahmen einer mehraktigen einheitlichen Erstausbildung). Eine Überschreitung der 20-Stunden-Grenze ist unschädlich, sofern es sich bei der Erwerbstätigkeit um ein Ausbildungsdienstverhältnis oder eine geringfügige Beschäftigung im Sinne der §§ 8 und 8a SGB IV handelt. Geht das Kind neben der geringfügigen Beschäftigung jedoch noch einer weiteren Erwerbstätigkeit nach, so sind bei der Prüfung der 20-Stunden-Grenze sämtliche Arbeitszeiten miteinzubeziehen.

Bei der Ermittlung der Stundenanzahl ist auf die individuell vertraglich vereinbarte Arbeitszeit abzustellen. Lautet diese auf den Monat, ist die Arbeitszeit zur Ermittlung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit durch 4,35 Wochen zu teilen. Eine nur vorübergehende (höchstens zwei Monate andauernde) Ausweitung der Beschäftigung auf mehr als 20 Stunden pro Woche ist „unschädlich“, wenn auf den gesamten Zeitraum gesehen, für den ein kindergeldberechtigendes Tatbestandsmerkmal innerhalb des Kalenderjahres besteht, die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 20 Stunden beträgt.

⇒ BEISPIEL

Ein Kind fällt nach erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung im Jahr 2021 im Sommer 2022 die Entscheidung, zum Wintersemester 2022 mit einem Studium zu beginnen. Am 01.04.2023 nimmt das Kind daneben eine Beschäftigung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden in seinem erlernten Beruf

bei einem vereinbarten Monatseinkommen von 1.700 € auf. In den Semesterferien wird die wöchentliche Arbeitszeit durch eine vertragliche Zusatzvereinbarung ab dem 01.08.2023 auf Vollzeit mit wöchentlich 40 Stunden bei doppeltem Verdienst aufgestockt, bevor das Beschäftigungsverhältnis zum 30.09.2023 endet. Seit dem 01.11.2023 arbeitet das Kind für 15 Stunden in der Woche als Aushilfe mit einem vereinbarten Monatsbruttolohn von 900 €.

Arbeitszeiten pro voller Woche:

01.04. bis 31.07.2023 = 17,43 Wochen mit 20 Stunden pro Woche

01.08. bis 30.09.2023 = 8,71 Wochen mit 40 Stunden pro Woche

01.11. bis 31.12.2023 = 8,71 Wochen mit 15 Stunden pro Woche

Das kindergeldberechtigende Tatbestandsmerkmal „Studium“ nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung bestand das ganze Jahr 2023 über (52 Wochen).

Berechnung:

$$\frac{(17,43 \text{ Wochen} \times 20 \text{ Std.}) + (8,71 \text{ Wochen} \times 40 \text{ Std.}) + (8,71 \text{ Wochen} \times 15 \text{ Std.})}{52 \text{ Wochen}} = 15,92 \text{ Std.}$$

Die Erwerbstätigkeit ist als „unschädlich“ einzustufen, da die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit mit knapp 16 Stunden unterhalb der 20-Stunden-Grenze liegt.

Wäre die Vollzeitaufstockung bereits mit Wirkung zum 01.07.2023 vereinbart worden, so wäre die Ausweitung der Erwerbstätigkeit nicht nur vorübergehend (da mehr als 2 Monate) und für den Zeitraum der Ausweitung läge eine „schädliche“ Erwerbstätigkeit vor. Das Kind wäre in der Folge für die Monate Juli bis September nicht zu berücksichtigen, und das, obwohl auch in diesem Fall die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 20 Stunden nicht überschritten würde.

Anlage Kind, 38 bis 43

2.5.3 Kinderfreibetrag und Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf

Für Kinder im Sinne des Einkommensteuergesetzes erhalten Eltern erstrangig ein monatliches Kindergeld ausgezahlt, wenn die vorstehenden steuerlichen Kriterien erfüllt sind.

Das Finanzamt prüft in der Einkommensteuererklärung 2023, ob das **Kindergeld** oder die steuerliche Auswirkung des **Kinderfreibetrages** (2023: jährlich 6.024 € bzw. hälftig 3.012 €) zusammen mit dem **„Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf“**, kurz „BEA-Freibetrag“ (2023: 2.928 € jährlich bzw. hälftig 1.464 €), günstiger ist. Hierzu werden die zustehenden Freibeträge bei der Ermittlung des zu ver-

steuernden Einkommens in Abzug gebracht und die Einkommensteuer, die sich bei dieser Berechnung ergibt, wird der Einkommensteuer, die sich ohne Abzug der zustehenden Freibeträge ergeben würde, gegenübergestellt. Ist der Steuervorteil höher als das ausgezahlte Kindergeld, so bleibt es bei der Berücksichtigung der zustehenden Freibeträge bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens. Da das Kindergeld in der Regel bereits ausgezahlt wurde bzw. mit der Unterhaltsverpflichtung verrechnet wurde, ist es zur festzusetzenden Einkommensteuer wieder hinzuzuaddieren. Somit wird gewährleistet, dass der Steuerpflichtige nur noch den steuerlichen Vorteil erhält, der sich über die Höhe des bereits ausgezahlten oder verrechneten Kindergeldes hinaus ergibt. Bei der zuvor geschilderten **Günstigerprüfung** kommt es auf das tatsächlich ausgezahlte bzw. mit einer Unterhaltsverpflichtung verrechnete Kindergeld an. Unterblieb für einen Anspruchszeitraum die Auszahlung, da die gesetzliche Antragsfrist bereits abgelaufen war (sechs Monate rückwirkend seit Antragstellung), so ist dem Finanzamt ein entsprechender Kindergeldbescheid im Rahmen der Einkommensteuererklärung vorzulegen.

Unabhängig vom Ergebnis der Günstigerprüfung sind der Kinderfreibetrag und der BEA-Freibetrag regelmäßig für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Zuschlagsteuern zur Einkommensteuer (gegebenenfalls Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag) relevant. Hier dürfen die Freibeträge selbst für den Fall, dass das Kind nicht für das komplette Jahr zu berücksichtigen ist, ohne zeitanteilige Kürzungen abgezogen werden. Bei der zuvor erläuterten Günstigerprüfung kommt es hingegen für die Monate, in denen das Kind an keinem einzigen Tag zu berücksichtigen ist, zu einer zeitanteiligen Kürzung der Freibeträge.

Voraussetzung zur Gewährung des Kinderfreibetrags und BEA-Freibetrags ist die Angabe der Steueridentifikationsnummer des Kindes in der Anlage Kind.

Bei dauernd getrennt lebenden, geschiedenen oder nicht miteinander verheirateten Eltern werden die Freibeträge grundsätzlich je zur Hälfte gewährt.

In diesen Fällen können auf Antrag eines Elternteils die Freibeträge des anderen Elternteils auf den Antragsteller übertragen werden, wenn er allein, nicht jedoch der andere Elternteil seiner Unterhaltsverpflichtung gegenüber dem Kind im Wesentlichen (zu mindestens 75 %) nachkommt oder der andere Elternteil mangels Leistungsfähigkeit nicht unterhaltspflichtig ist. Für Zeiträume, in denen Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt wurden, scheidet diese Übertragungsmöglichkeit jedoch aus. Die alleinige Übertragung des Kinderfreibetrages ist nicht möglich, da diese automatisch auch die Übertragung des BEA-Freibetrages nach sich zieht.

Einem Elternteil steht auch der volle Kinderfreibetrag und BEA-Freibetrag allein zu, wenn der andere Elternteil vor Beginn des betreffenden Kalenderjahres verstorben ist oder während des ganzen Kalenderjahres nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig war (Ausland).

Unabhängig von der Erfüllung der Unterhaltsverpflichtung durch den anderen Elternteil kann auch eine Übertragung lediglich des BEA-Freibetrages beantragt werden, sofern das minderjährige Kind im Haushalt des anderen Elternteils nicht gemeldet war. Weitere Voraussetzung ist, dass die Eltern nicht miteinander verheiratet sind oder falls doch, dass sie das komplette Jahr getrennt gelebt haben. Der Elternteil, bei dem das Kind nicht gemeldet ist, kann jedoch

dem Antrag auf Übertragung durch den anderen Elternteil widersprechen, wenn er nachweislich Kinderbetreuungskosten trägt oder das Kind regelmäßig in einem nicht unwesentlichen Umfang betreut. Dies ist gegeben, wenn er das Kind nach einem – üblicherweise für einen längeren Zeitraum im Voraus festgelegten – weitgehend gleichmäßigen Betreuungsrhythmus tatsächlich in der vereinbarten Abfolge mit einem zeitlichen Betreuungsanteil von jährlich durchschnittlich 10 % betreut (BFH 08.11.2017 III R 2/16).

Die zustehenden Freibeträge können unter Zustimmung der berechtigten Eltern über die Anlage K auch auf einen Stiefeltern- oder Großelternteil übertragen werden, wenn diese die Übertragung beantragen. Ein Widerruf der Zustimmung greift erst ab dem Folgejahr des Widerrufs. Die Zustimmung ist entbehrlich, wenn der **Stief- oder Großelternteil** das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat oder dieser einer Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind unterliegt.

Anlage Kind, 66 bis 72

2.5.4 Kinderbetreuungskosten

Steuerpflichtigen steht für die Kosten der Betreuung jedes Kindes über den BEA-Freibetrag hinaus eine weitere Abzugsmöglichkeit zu.

Voraussetzung hierfür ist, dass

- das Kind zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehört,
- das Kind im ersten Grad mit dem Steuerpflichtigen verwandt oder Pflegekind ist,
- das Kind zu Beginn des Veranlagungszeitraums das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder
- es wegen einer vor Vollendung des 25. Lebensjahres (bis 2006 des 27. Lebensjahres) eingetretenen seelischen, geistigen oder körperlichen Behinderung außer Stande ist, sich selbst zu unterhalten,
- die tatsächlich entstandenen Kosten durch Vorlage von Rechnung und Überweisungsbeleg nachweisbar sind.

Abzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten

Die Kinderbetreuungskosten sind zu zwei Drittel, maximal jedoch 4.000 € im Jahr pro Kind als Sonderausgabe abzugsfähig.

Der Höchstbetrag ist ein Jahresbetrag. Er ist selbst dann nicht zeitanteilig zu ermäßigen, wenn das Kind beispielsweise das 14. Lebensjahr im Laufe des Jahres vollendet oder die Kinderbetreuungskosten nur in einem Teil des Jahres vorgelegen haben. Bei nicht zusammen veranlagten Eltern wird der Höchstbetrag grundsätzlich bei jedem Elternteil hälftig berücksichtigt. Auf gemeinsamen Antrag der Eltern kann der Höchstbetrag jedoch auch in einem anderen Verhältnis

auf die Elternteile aufgeteilt werden. Unabhängig von der Aufteilung des Höchstbetrages kann jedoch jeder Elternteil nur die Kinderbetreuungskosten geltend machen, mit denen er tatsächlich belastet ist. Und das auch nur für die Zeiträume, in denen das Kind im Haushalt des Steuerpflichtigen lebt. Dies wird zunächst indiziell rein nach der Meldung des Kindes beurteilt. Etwaige steuerfreie Zuschüsse des Arbeitgebers auf die Kinderbetreuungskosten oder Erstattungen von dritter Seite (z. B. vom Jugendamt) mindern die zu berücksichtigenden Aufwendungen noch vor Anwendung des Zwei-Drittel-Satzes und der Höchstbetragsbeschränkung. Als Nachweise für die Kinderbetreuungskosten sind eine Rechnung auf den Namen des belasteten Elternteils sowie ein Nachweis über die Zahlung auf das Konto des Erbringers der Leistung erforderlich. Hierbei ist es unerheblich, ob die Zahlung direkt vom Konto des belasteten Elternteils oder von dem Konto eines Dritten geleistet wurde (abgekürzter Zahlungsweg).

Alternativ zur Rechnung werden auch folgende Nachweise anerkannt:

- bei einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einem Minijob der Arbeitsvertrag,
- bei der Betreuung in einem Kindergarten oder Hort ein Bescheid des Trägers der Einrichtung über die zu zahlenden Gebühren,
- bei Au-Pair-Verhältnissen der Au-Pair-Vertrag, aus dem ersichtlich sein sollte, welcher Anteil der Gesamtaufwendungen auf die Kinderbetreuung entfällt (andernfalls Berücksichtigung zu 50 % als Kinderbetreuungskosten und zu 50 % als haushaltsnahe Dienstleistung möglich, *vgl. Seite 75 ff.*).

Als Kinderbetreuungskosten kommen insbesondere Aufwendungen für die Betreuung in einem Kindergarten, Kinderhort oder einer Kindertagesstätte, Aufwendungen für eine Tagesmutter, Kinderpflegerin oder Kinderschwester, Aufwendungen für eine Ganztagspflegestelle und für die Beaufsichtigung eines Kindes bei den schulischen Hausaufgaben in Betracht („Nachmittagsbetreuung“).

Keine Kinderbetreuungskosten in diesem Sinne sind:

- Aufwendungen für Unterricht (Nachhilfe),
- Kosten für die Vermittlung besonderer Fähigkeiten (z. B. Musikunterricht),
- Aufwendungen für sportliche und andere Freizeitbetätigungen

Sofern keine der dargestellten Voraussetzungen zum Abzug als Kinderbetreuungskosten vorliegen, ist die Abzugsmöglichkeit im Rahmen des § 35a EStG (für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse bzw. haushaltsnahe Dienstleistungen) zu prüfen (*vgl. Seite 75 ff.*). Lebt das betreute Kind im Ausland, sind die genannten Höchstbeträge zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat des Kindes notwendig und angemessen ist (Ländergruppeneinteilung, *vgl. Seite 66 f.*).

Anlage Kind, 51 bis 54

2.5.5 Ausbildungsfreibetrag

Bei volljährigen Kindern, die sich in Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, wird zusätzlich zum Kindergeld oder Kinderfreibetrag mit dem Bedarfsfreibetrag ein gewisser Sonderbedarf anerkannt. Zur Abgeltung dieses Sonderbedarfs kann ein Freibetrag von 1.200 € je Kalenderjahr vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden.

Die Gewährung des Freibetrages setzt voraus, dass

- der Steuerpflichtige für das volljährige Kind Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag erhält und
- das Kind sich in Berufsausbildung oder in der maximal viermonatigen Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten befindet und
- das Kind auswärtig untergebracht ist.

Auswärtige Unterbringung

Ein Kind ist auswärtig untergebracht, wenn

1. es eine Wohnung außerhalb des elterlichen Haushalts hat,
2. es außerhalb des elterlichen Haushalts gepflegt wird und
3. diese Trennung für die Dauer der ganzen Ausbildung oder zumindest eines Ausbildungsabschnitts (z. B. für die Dauer eines Semesters) angelegt ist

Höhe des Freibetrages

Der Freibetrag beträgt für jedes Kind, das die Voraussetzungen erfüllt, 1.200 € pro Jahr. Liegt die auswärtige Unterbringung nicht während des kompletten Kalenderjahres vor, ist dieser Betrag zeitanteilig zu kürzen. Bei einer auswärtigen Unterbringung im Ausland ist der Freibetrag gegebenenfalls gemäß der Ländergruppeneinteilung (*siehe Seite 66 ff.*) zu reduzieren. Der Freibetrag zur Abgeltung des Sonderbedarfs bei auswärtiger Unterbringung kann bei einem Elternpaar in der Summe nur einmal abgezogen werden, also bei jedem Elternteil nur zur Hälfte. Auf Antrag der Eltern ist eine andere Aufteilung möglich.

Anlage Kind, 44 bis 50

2.5.6 Entlastungsbetrag für Alleinerziehende

Steuerpflichtige, die mit ihrem Kind allein in ihrem Haushalt leben (sogenannte „echte Alleinerziehende“), erhalten unter bestimmten Voraussetzungen einen „**Entlastungsbetrag für Alleinerziehende**“ (§ 24b EStG). Sie können einen Betrag von 4.260 € im Kalenderjahr (355 € monatlich) von der Summe ihrer Einkünfte abziehen. Der Freibetrag erhöht sich für jedes weitere haushaltszugehörige Kind um 240 € im Jahr (20 € monatlich).

Voraussetzungen für den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende:

- Der Steuerpflichtige muss **alleinstehend** sein. Alleinstehend im Sinne des Gesetzes ist, wer nicht die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung i. S. d. § 26 EStG erfüllt und nicht in einer Haushaltsgemeinschaft mit einer anderen Person lebt (das kann der Kindesvater oder ein weiteres volljähriges Kind, aber auch jede andere Person sein), es sei denn, für diese „andere Person“ besteht ein Anspruch auf Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag, d. h. sie wird steuerlich noch als Kind berücksichtigt.
- Die oder der Alleinstehende muss **mit mindestens einem Kind**, für das sie oder er einen Anspruch auf Kindergeld bzw. die Inanspruchnahme des Kinderfreibetrages hat, eine **Haushaltsgemeinschaft** in einer gemeinsamen Wohnung bilden. Sowohl die oder der Alleinstehende als auch das oben benannte Kind sollten in der gemeinsamen Wohnung mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldet sein. In diesem Fall greift die unwiderlegbare Vermutung des Bestehens einer Haushaltsgemeinschaft. Andernfalls hat der Steuerpflichtige die Haushaltszugehörigkeit des Kindes nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen. Sofern das Kind in den Haushalten beider Elternteile gemeldet ist, können die Eltern untereinander bestimmen, wem der Entlastungsbetrag zustehen soll, es sei denn, einer der Berechtigten hat bei seiner Veranlagung oder durch Berücksichtigung der Steuerklasse II beim Lohnsteuerabzug den Entlastungsbetrag bereits in Anspruch genommen. Wurde keine Zuordnung vereinbart und hat keiner der Elternteile den Entlastungsbetrag bereits in Anspruch genommen, steht er demjenigen zu, an den das Kindergeld ausgezahlt wurde. Ist dieser Elternteil nicht alleinstehend, darf wiederum der andere Elternteil den Entlastungsbetrag für sich beanspruchen.
- Zur Inanspruchnahme des Freibetrages nach § 24b EStG ist die Angabe der Steueridentifikationsnummer des Kindes in der Anlage Kind zwingend erforderlich.

Für jeden Kalendermonat, in dem diese Voraussetzungen an keinem einzigen Tag vorliegen, ermäßigen sich die zuvor genannten Freibeträge um ein Zwölftel.

⇒ BEISPIEL Frau Kummer, alleinstehend, hat drei Söhne im Alter von 16, 20 und 22 Jahren. Der 16-Jährige und der 22-Jährige wohnten 2023 ganzjährig im mütterlichen Haushalt. Der 20-jährige Sohn ist zum 15.03.2023 unter entsprechender Abmeldung seines bisherigen Wohnsitzes ausgezogen, um zusammen mit seiner Freundin einen eigenen Haushalt zu begründen. Die volljährigen Kinder befanden sich beide 2023

in einer Berufsausbildung, wobei die des 22-jährigen Sohnes bereits zum 30. November 2023 mit anschließender Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb endete.

Frau Kummer erhält für die Monate Januar bis November den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende, da sie mit mindestens einem Kind im steuerlichen Sinne eine Haushaltsgemeinschaft bildet. Für den minderjährigen Sohn steht Frau Kummer grundsätzlich der Kinderfreibetrag zu, für die volljährigen Söhne nur für die Dauer ihrer Berufsausbildung. Ab Dezember 2023 kann Frau Kummer keinen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende mehr beanspruchen, da sie ab diesem Zeitpunkt „mit einer anderen Person“ im Sinne des Gesetzes eine Haushaltsgemeinschaft bildet. Die steuerliche Berücksichtigung des ältesten Sohnes als Kind fällt mit Ende der Berufsausbildung weg und Frau Kummer ist zur Änderung ihrer Steuerklasse von II auf I verpflichtet. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende berechnet sich für 2023 folgendermaßen:

Entlastungsbetrag	11 Monate x 355 €/Monat	3.905 €
Erhöhungsbetrag	Januar bis März: 3 Monate x 20 €/Monat x 2 (für 2. und 3. Kind)	120 €
	April bis November: 8 Monate x 20 €/Monat (für 2. Kind im Haushalt)	160 €
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende		4.185 €

Sobald eine volljährige Person mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Wohnung des Steuerpflichtigen gemeldet ist, wird vermutet, dass diese mit dem Steuerpflichtigen gemeinsam wirtschaftet und damit eine **Haushaltsgemeinschaft** bildet. Umgekehrt ist die Meldung in der Wohnung jedoch nicht Voraussetzung für das Vorliegen einer Haushaltsgemeinschaft.

Diese Vermutung ist nicht widerlegbar, wenn der Steuerpflichtige mit der anderen Person in eheähnlicher Gemeinschaft bzw. in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt. In anderen Fällen kann die Vermutung widerlegt werden, z. B. indem die oder der Alleinerziehende und die andere Person eine gemeinsame zweifelsfreie Versicherung abgeben und entsprechende Nachweise vorlegen.

Sowohl im Jahr der Eheschließung als auch im Jahr der Trennung können zusammenveranlagte Ehegatten bzw. Lebenspartner den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zeitanteilig für sich beanspruchen, sofern die übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Dabei ist der Freibetrag im Fall der Trennung erstmalig für den Trennungsmontat zu gewähren und für den Fall der Heirat letztmalig für den Monat der Eheschließung, sofern die Ehepartner nicht bereits vor der Heirat zusammengelebt haben.

Ebenso wird verwitweten Alleinerziehenden der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende anteilig ab dem Monat des Todesfalls gewährt.

 **HINWEIS**

Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird in der Steuerklasse II bereits mit monatlich 355 € beim Lohnsteuerabzug berücksichtigt. Soll der monatliche Erhöhungsbetrag von 20 € pro Kind für das zweite haushaltszugehörige Kind und jedes weitere ebenfalls bereits im Lohnsteuerabzugsverfahren angerechnet werden, so kann der Steuerpflichtige einen entsprechenden Lohnsteuerermäßigungsantrag beim Fi-

nanzamt einreichen. Seit 2016 kann diese Ermäßigung für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren beantragt werden.

Anlage Kind, 55 bis 57

2.5.7 Schulgeld

Ein Steuerpflichtiger kann das von ihm gezahlte Schulgeld, das er für den Schulbesuch seiner Kinder zahlt, mit 30 %, jedoch maximal mit 5.000 € als Sonderausgaben geltend machen. Nur die Kosten für den reinen Schulbesuch sind abzugsfähig. Der Höchstbetrag wird für jedes Kind je Elternpaar nur einmal gewährt.

Voraussetzung hierfür ist, dass

- der Steuerpflichtige für dieses Kind **Kindergeld** oder einen **Kinderfreibetrag** erhält;
- die Schule eine **staatlich genehmigte** (bzw. zumindest eine nach Landesrecht erlaubte) Ersatzschule bzw. eine förmlich anerkannte Ergänzungsschule ist; dies gilt auch für ausländische Schulen innerhalb der EU;
- der Steuerpflichtige gegenüber dem Finanzamt einen **Nachweis** über das gezahlte Entgelt (ohne Beherbergung, Betreuung und Verpflegung) und die Genehmigung oder Erlaubnis erbringt.

Mit einem gemeinsamen Antrag können dauernd getrennt lebende oder geschiedene Eltern erreichen, dass der Höchstbetrag von 5.000 € in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufgeteilt wird.

3. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

Arbeitnehmer, die Arbeitslohn bezogen haben, müssen eine Anlage N ausfüllen. Diese ist auch auszufüllen, wenn Versorgungsbezüge wie z. B. Betriebs- oder Beamtenpensionen bezogen wurden.

Bei zusammen veranlagten Eheleuten/eingetragenen Lebenspartnern, die beide Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen haben, muss jeder Ehegatte/Lebenspartner eine eigene Anlage N ausfüllen.

Einkünfte aus einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis (Minijob), bei dem der Arbeitgeber die Pauschalabgaben abführt, sind in der Einkommensteuererklärung grundsätzlich nicht als Arbeitslohn zu erfassen. Hat der Arbeitnehmer jedoch beim Arbeitgeber für diesen Minijob eine Lohnsteuerkarte vorgelegt, so zählen seine Einkünfte dann als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und sind auf der Anlage N entsprechend einzutragen.

Zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG) gehören:

1. Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile für eine Beschäftigung im privaten oder öffentlichen Dienst;
2. Wartegelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen;
3. laufende Beiträge und laufende Zuwendungen des Arbeitgebers aus einem bestehenden Dienstverhältnis an einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder für eine Direktversicherung für eine betriebliche Altersversorgung. Zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören auch Sonderzahlungen, die der Arbeitgeber neben den laufenden Beiträgen und Zuwendungen an eine solche Versorgungseinrichtung leistet. Mögliche Ausnahmeregelungen sind zu beachten.

Es ist gleichgültig, ob es laufende oder einmalige Bezüge sind und ob ein Rechtsanspruch auf sie besteht.

3.1 Anlage N

Die Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit sind auf der Vorderseite der **Anlage N** anzugeben. Einzutragen sind alle wesentlichen Daten wie Bruttoarbeitslohn, Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer und eventuell gezahlte Lohnersatzleistungen, wie z. B. Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld und Aufstockungsbeträge bei Altersteilzeit. Diese Daten sind der elektronischen Lohnbescheinigung zu entnehmen.



1	Name <input style="width:95%;" type="text"/>	Anlage N Jeder Ehegatte / Lebenspartner mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit hat eine eigene Anlage N abzugeben.	
2	Vorname <input style="width:95%;" type="text"/>	<input checked="" type="checkbox"/> Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A <input type="checkbox"/> Ehefrau / Person B	
3	Steuernummer <input style="width:75%;" type="text"/>		
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
Angaben zum Arbeitslohn 47 / 48			
		Summe Lohnsteuerbescheinigung(en) Steuerklasse 1 - 5	Summe Lohnsteuerbescheinigung(en) Steuerklasse 6 oder einer Urlaubskasse
4	Steuerklasse 168 <input style="width:20px;" type="text"/>		
		EUR Ct	EUR Ct
5	Bruttoarbeitslohn 110 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	111 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)
6	Lohnsteuer 140 <input style="width:100px;" type="text"/>	141 <input style="width:100px;" type="text"/>	(e)
7	Solidaritätszuschlag 150 <input style="width:100px;" type="text"/>	151 <input style="width:100px;" type="text"/>	(e)
8	Kirchensteuer des Arbeitnehmers 142 <input style="width:100px;" type="text"/>	143 <input style="width:100px;" type="text"/>	(e)
<i>Nur bei Konfessionsverschiedenheit:</i>			
9	Kirchensteuer für den Ehegatten / Lebenspartner 144 <input style="width:100px;" type="text"/>	145 <input style="width:100px;" type="text"/>	(e)
10	In Zeile 5 wurde ein von der Lohnsteuerbescheinigung abweichender Bruttoarbeitslohn wegen einer Korrektur der Firmenwagenbesteuerung erklärt. 197	1 = Ja	
		1. Versorgungsbezug	2. Versorgungsbezug
		EUR	EUR
11	Steuerbegünstigte Versorgungsbezüge (im Bruttoarbeitslohn laut Zeile 5 enthalten) 200 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	210 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)
12	Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag laut Nr. 29 der Lohnsteuerbescheinigung 201 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	211 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)
13	Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns laut Nr. 30 der Lohnsteuerbescheinigung 206 <input style="width:100px;" type="text"/>	216 <input style="width:100px;" type="text"/>	(e)
<i>Bei unterjähriger Zahlung: Erster und letzter Monat, für den Versorgungsbezüge gezahlt wurden, laut Nr. 31 der Lohnsteuerbescheinigung</i>			
14	202 <input style="width:20px;" type="text"/> <input style="width:20px;" type="text"/> 203 <input style="width:20px;" type="text"/> <input style="width:20px;" type="text"/>	212 <input style="width:20px;" type="text"/> <input style="width:20px;" type="text"/> 213 <input style="width:20px;" type="text"/> <input style="width:20px;" type="text"/>	(e)
<i>Sterbegeld, Kapitalauszahlungen / Abfindungen und Nachzahlungen von Versorgungsbezügen laut Nr. 32 der Lohnsteuerbescheinigung (in den Zeilen 5 und 11 enthalten)</i>			
15	204 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	214 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)
<i>Ermäßigt zu steuernde Versorgungsbezüge für mehrere Jahre laut Nr. 9 der Lohnsteuerbescheinigung</i>			
16	205 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	215 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)
17	Ermäßigt besteuerte Entschädigungen / Arbeitslohn für mehrere Jahre laut Nr. 10 der Lohnsteuerbescheinigung	166 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)
18	Entschädigungen / Arbeitslohn für mehrere Jahre - ggf. laut Nr. 19 der Lohnsteuerbescheinigung vom Arbeitgeber nicht ermäßigt besteuert	165 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)
Steuerabzugsbeträge zu ermäßigt zu steuernden Bezügen / Entschädigungen / Arbeitslohn für mehrere Jahre laut Zeile 16 und 17			
		EUR Ct	EUR Ct
19	Lohnsteuer 146 <input style="width:100px;" type="text"/>	Solidaritätszuschlag 152 <input style="width:100px;" type="text"/>	(e)
20	Kirchensteuer Arbeitnehmer 148 <input style="width:100px;" type="text"/>	Kirchensteuer Ehegatte / Lebenspartner 149 <input style="width:100px;" type="text"/>	(e)
<i>Steuerpflichtiger Arbeitslohn, von dem kein Steuerabzug vorgenommen worden ist (soweit nicht in der Lohnsteuerbescheinigung enthalten)</i>			
21		115 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	
<i>Steuerfrei Aufwandsentschädigungen / Einnahmen aus der Tätigkeit als</i>			
22	<input style="width:95%;" type="text"/>	118 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	
<i>Kurzarbeitergeld einschließlich Zuschuss des Arbeitgebers, Zuschuss zum Mutterchaftsgeld, Verdienstausfallentschädigung (Infektionsschutzgesetz), Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz, Altersteilzeitzuschläge nach Besoldungsgesetzen (laut Nr. 15 der Lohnsteuerbescheinigung)</i>			
23		119 <input style="width:100px;" type="text"/> ,-	(e)

	<input type="text" value="Steuernummer"/>	
Steuerfreier Arbeitslohn / steuerfreie Einkünfte laut Anlage(n) N-AUS		
	EUR	
24	Steuerfreier Arbeitslohn nach Doppelbesteuerungsabkommen / sonstigen zwischenstaatlichen Übereinkommen (Summe aus den Zeilen 47, 56 und / oder 63 aller Anlagen N-AUS)	139 <input type="text"/>
25	Steuerfreier Arbeitslohn nach Auslandstätigkeitserlass (Summe aus den Zeilen 52 aller Anlagen N-AUS)	136 <input type="text"/>
26	Steuerfreie Einkünfte (Besondere Lohnbestandteile) nach Doppelbesteuerungsabkommen / sonstigen zwischenstaatlichen Übereinkommen / Auslandstätigkeitserlass (Summe aus den Zeilen 62 aller Anlagen N-AUS)	178 <input type="text"/>
27	Anzahl der beigefügten Anlagen N-AUS	<input type="text"/>
Ansässigkeit in Belgien (gemäß Artikel 4 des Doppelbesteuerungsabkommens mit Belgien)		
	EUR	
28	Adresse in Belgien <input type="text"/> Arbeitslohn 127 <input type="text"/>	3,-
Angaben zu Grenzgängern		
	2 = Frankreich 3 = Schweiz, Arbeitslohn in CHF gezahlt 0 = Schweiz, Arbeitslohn in EUR gezahlt 4 = Österreich	
29	Grenzgänger nach <input type="text"/> 117 <input type="text"/> 116 <input type="text"/> 135 <input type="text"/>	3,-
Werbungskosten		
87 / 88		
- ohne Beträge laut Zeile 81 bis 84 -		
Hinweis: Mehraufwendungen für eine doppelte Haushaltsführung erklären Sie bitte in der Anlage N-Doppelte Haushaltsführung.		
Entfernungspauschale		
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte / Sammelpunkt / weiträumigem Tätigkeitsgebiet (1. Angabe)		
	PLZ, Ort und Straße <input type="text"/>	vom <input type="text"/> bis <input type="text"/>
30	<input type="text"/> 1 = erste Tätigkeitsstätte <input type="text"/> 2 = Sammelpunkt / weiträumiges Tätigkeitsgebiet	
31	Arbeitsstage je Woche <input type="text"/> Urlaubs-, Krankheits-, Heimarbeits- und Dienstreisetage <input type="text"/> Behinderungsgrad mindestens 70 oder mindestens 50 und Merkzeichen "G"	115 <input type="text"/> 1 = Ja
32	aufgesucht an Tagen	110 <input type="text"/>
33	einfache Entfernung in Kilometern (auf volle Kilometer abgerundet)	111 <input type="text"/> km
34	davon mit eigenem oder zur Nutzung überlassenem PKW zurückgelegt	112 <input type="text"/> km
35	davon mit Sammelbeförderung des Arbeitgebers zurückgelegt	113 <input type="text"/> km
36	davon mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Motorrad, Fahrrad oder Ähnlichem, als Fußgänger und / oder als Mitfahrer einer Fahrgesellschaft zurückgelegt	<input type="text"/> km
37	Aufwendungen für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ohne Fahr- und Flugkosten)	114 <input type="text"/> EUR 3,-
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte / Sammelpunkt / weiträumigem Tätigkeitsgebiet (2. Angabe)		
	PLZ, Ort und Straße <input type="text"/>	vom <input type="text"/> bis <input type="text"/>
38	<input type="text"/> 1 = erste Tätigkeitsstätte <input type="text"/> 2 = Sammelpunkt / weiträumiges Tätigkeitsgebiet	
39	Arbeitsstage je Woche <input type="text"/> Urlaubs-, Krankheits-, Heimarbeits- und Dienstreisetage <input type="text"/> Behinderungsgrad mindestens 70 oder mindestens 50 und Merkzeichen "G"	135 <input type="text"/> 1 = Ja
40	aufgesucht an Tagen	130 <input type="text"/>
41	einfache Entfernung in Kilometern (auf volle Kilometer abgerundet)	131 <input type="text"/> km
42	davon mit eigenem oder zur Nutzung überlassenem PKW zurückgelegt	132 <input type="text"/> km
43	davon mit Sammelbeförderung des Arbeitgebers zurückgelegt	133 <input type="text"/> km
44	davon mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Motorrad, Fahrrad oder Ähnlichem, als Fußgänger und / oder als Mitfahrer einer Fahrgesellschaft zurückgelegt	<input type="text"/> km
45	Aufwendungen für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ohne Fahr- und Flugkosten)	134 <input type="text"/> EUR 3,-

Steuernummer

Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte / Sammelpunkt / weiträumigem Tätigkeitsgebiet (3. Angabe)					
	1 = erste Tätigkeitsstätte 2 = Sammelpunkt / weiträumiges Tätigkeitsgebiet	PLZ, Ort und Straße	vom	bis	
46					
47	Arbeitstage je Woche	Urlaubs-, Krankheits-, Heimarbeits- und Dienstreisetage	Behinderungsgrad mindestens 70 oder mindestens 50 und Merkzeichen "G"	155	1 = Ja
48	aufgesucht an Tagen			150	
49	einfache Entfernung in Kilometern (auf volle Kilometer abgerundet)			151	km
50	davon mit eigenem oder zur Nutzung überlassenem PKW zurückgelegt			152	km
51	davon mit Sammelbeförderung des Arbeitgebers zurückgelegt			153	km
52	davon mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Motorrad, Fahrrad oder Ähnlichem, als Fußgänger und / oder als Mitfahrer einer Fahrgesellschaft zurückgelegt				km
53	Aufwendungen für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ohne Fahr- und Flugkosten)			154	,-
Arbeitgeberleistungen / Fahrtkostenzuschüsse					
54	Arbeitgeberleistungen laut Nr. 17 der Lohnsteuerbescheinigung (steuerfrei ersetzt)	290	EUR	Arbeitgeberleistungen laut Nr. 18 der Lohnsteuerbescheinigung (pauschal besteuert)	295
55	Von der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter gezahlte Fahrtkostenzuschüsse	291	EUR		,-
Beiträge zu Berufsverbänden					
56	Bezeichnung der Verbände		EUR	310	,-
Aufwendungen für Arbeitsmittel					
- soweit nicht steuerfrei ersetzt -					
57	Art der Arbeitsmittel		EUR		,-
58			+		,-
59	Summe	320	=		,-
Häusliches Arbeitszimmer, das den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet					
- tatsächliche Aufwendungen oder - Jahrespauschale i. H. v. 1.260 € (bei nicht ganzjährig vorliegenden Voraussetzungen zeitanteilig)					
60		325	EUR		,-
Tagespauschale (bei beruflicher Tätigkeit im Homeoffice)					
- Diese wird von Ihrem Finanzamt anhand Ihrer Angaben zur Anzahl der Tage berechnet. -					
Für die berufliche Tätigkeit steht ein anderer Arbeitsplatz zu Verfügung					
Anzahl der Kalendertage, an denen die berufliche Tätigkeit ganz oder überwiegend in der häuslichen Wohnung ausgeübt und keine erste Tätigkeitsstätte aufgesucht wurde					
61	- Diese Kalendertage dürfen nicht in Zeile 62 enthalten sein. -	335			
Für die berufliche Tätigkeit steht dauerhaft kein anderer Arbeitsplatz zu Verfügung					
Anzahl der Kalendertage, an denen die berufliche Tätigkeit (auch) in der häuslichen Wohnung ausgeübt würde					
62	- Diese Kalendertage dürfen nicht in Zeile 61 enthalten sein. -	336			
Fortbildungskosten					
- soweit nicht steuerfrei ersetzt -					
63		330	EUR		,-
Weitere Werbungskosten					
- soweit nicht steuerfrei ersetzt -					
64	Fähr- und Flugkosten bei Wegen zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte/ Sammelpunkt / weiträumigem Tätigkeitsgebiet		EUR		,-
65	Sonstiges (z.B. Bewerbungskosten, Kontoführungsgebühren)		+		,-
66			+		,-
67	Summe der weiteren Werbungskosten	380	=		,-

Steuernummer		
Reisekosten bei beruflich veranlassten Auswärtstätigkeiten		
Die Fahrten wurden ganz oder teilweise mit einem Firmenwagen oder im Rahmen einer unentgeltlichen Sammelbeförderung des Arbeitgebers durchgeführt		
- Falls "Ja": Für die Fahrten mit Firmenwagen oder Sammelbeförderung dürfen mangels Aufwands keine Eintragungen zu Fahrtkosten in Zeile 69 vorgenommen werden. -		
68	Fahrtkosten	401 <input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein
69	Übernachtungskosten	EUR <input type="text"/> ,-
70	Reisenebenkosten	+ <input type="text"/> ,-
71		+ <input type="text"/> ,-
72	Gesamtsumme der Aufwendungen für Reisekosten	410 = <input type="text"/> ,-
73	Pauschbeträge für Berufskraftfahrer bei Übernachtung im Kraftfahrzeug (Anzahl der Tage)	411 <input type="text"/> EUR
74	Vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzt	420 <input type="text"/> ,-
Pauschbeträge für Mehraufwendungen für Verpflegung		
Bei einer Auswärtstätigkeit im Inland:		
75	Anzahl der Tage mit einer Abwesenheit von mehr als 8 Stunden (bei Auswärtstätigkeit ohne Übernachtung)	470 <input type="text"/>
76	Anzahl der An- und Abreisetage (bei einer mehrtägigen Auswärtstätigkeit mit Übernachtung)	471 <input type="text"/>
77	Anzahl der Tage mit einer Abwesenheit von 24 Stunden	472 <input type="text"/>
78	Kürzungsbeträge wegen Mahlzeitengestellung (eigene Zahlungen sind ggf. gegenzurechnen)	473 <input type="text"/> EUR
79	Bei einer Auswärtstätigkeit im Ausland (Berechnung bitte in einer gesonderten Aufstellung):	474 <input type="text"/> ,-
80	Vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzt	490 <input type="text"/> ,-
Werbungskosten in Sonderfällen		
- Die in den Zeilen 81 bis 84 erklärten Werbungskosten dürfen nicht in den Zeilen 30 bis 80 und in der Anlage N-Doppelte Haushaltsführung enthalten sein -		
Werbungskosten zu steuerbegünstigten Versorgungsbezügen laut Zeile 11		
81	Art der Aufwendungen	EUR <input type="text"/> ,-
82	Werbungskosten zu steuerbegünstigten Versorgungsbezügen für mehrere Jahre laut Zeile 16	659 <input type="text"/> ,-
83	Art der Aufwendungen	EUR <input type="text"/> ,-
84	Werbungskosten zu steuerfreiem Arbeitslohn laut Zeile 24 und 25 (Summe aus den Zeilen 59 und 64 aller Anlagen N-AUS)	660 <input type="text"/> ,-
85	Werbungskosten zu steuerpflichtigem Arbeitslohn, von dem kein Steuerabzug vorgenommen worden ist laut Zeile 21	657 <input type="text"/> ,-
- in den Zeilen 30 bis 80 und in der Anlage N-Doppelte Haushaltsführung enthalten -		
85	Art der Aufwendungen	EUR <input type="text"/> ,-
86	Werbungskosten zu Arbeitslohn für eine Tätigkeit im Inland, wenn die Ansässigkeit in Belgien gegeben ist - in den Zeilen 30 bis 80 und in der Anlage N-Doppelte Haushaltsführung enthalten -	675 <input type="text"/> EUR

War der Arbeitnehmer **gleichzeitig bei mehreren Arbeitgebern** beschäftigt, so werden die Angaben zum ersten Arbeitsverhältnis (Steuerklassen 1 bis 5) in die erste Spalte und die der weiteren Arbeitsverhältnisse (Steuerklasse 6) in die danebenstehende Spalte eingetragen. War der Arbeitnehmer in einem Kalenderjahr nacheinander bei verschiedenen Arbeitgebern mit der ersten Lohnsteuerkarte beschäftigt, so sind die jeweiligen Beträge zu addieren und in der ersten Spalte einzutragen.

Die zuletzt ausgewiesene Steuerklasse des ersten Arbeitsverhältnisses (Steuerklassen 1 bis 5) ist in Zeile 4 der Anlage N einzutragen. Der Bruttoarbeitslohn und die entsprechenden Steuerabzugsbeträge sind in den Zeilen 5 bis 9 zu vermerken.

Die in der Lohnsteuerbescheinigung ausgewiesenen Werte zu den Versorgungsbezügen sind in den Zeilen 11 bis 15 unbedingt zu vermerken, damit die Freibeträge für Versorgungsbezüge richtig berücksichtigt werden können.

Wurde **Arbeitslohn für mehrere Jahre** (z. B. steuerpflichtige Jubiläumszuwendungen, Abfindungen) gezahlt, muss der Arbeitgeber diesen Arbeitslohn und die davon einbehaltenen Steuerabzugsbeträge gesondert eintragen. Diese Beträge sind in die Zeilen 17 bis 20 der Anlage N zu übernehmen.

Bei Arbeitnehmern, die als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher oder Betreuer oder im gemeinnützigen, kirchlichen Bereich, künstlerisch oder in der Pflege nebenberuflich tätig sind, sind Einnahmen aus dieser Tätigkeit **bis 3.000 € jährlich steuerfrei** und in Zeile 22 der Anlage N oder in der Anlage S anzugeben (siehe § 3 Nr. 26 EStG).

Die im Steuerabzugsverfahren erhobene Einkommensteuer (Lohnsteuer bei Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit, Kapitalertragsteuer bzw. Abgeltungsteuer bei Kapitaleinkünften, Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen für bestimmte inländische Einkünfte) wird automatisch bei der Einkommensteuererklärung angerechnet.

3.1.1 Elektronische Lohnsteuerbescheinigung

2004 wurde die elektronische Lohnsteuerbescheinigung eingeführt. Der Arbeitgeber ist demnach verpflichtet, spätestens bis zum 28. Februar des Folgejahres die Jahresdaten, die bisher auf der Rückseite der Lohnsteuerkarte eingetragen wurden, der Finanzverwaltung elektronisch zu übermitteln.

Der Arbeitgeber übermittelt die Lohnsteuerbescheinigung mit der Steueridentifikationsnummer (IdNr.). Ab dem Kalenderjahr 2023 ist die Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigung nur noch mit der Identifikationsnummer zulässig und kann nicht mehr unter Verwendung der eTIN erfolgen.

Die Zuordnung der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung zu der jeweiligen Einkommensteuererklärung erfolgt über die Identifikationsnummer.

Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung für 2023

Nachstehende Daten wurden maschinell an die Finanzverwaltung übertragen.

┌

└

Korrektur/Stornierung

Datum:

Identifikationsnummer:

Personalnummer:

Geburtsdatum:

Transferticket:

Dem Lohnsteuerabzug wurden im letzten Lohnzahlungszeitraum zugrunde gelegt:

Steuerklasse/Faktor

Zahl der Kinderfreibeträge

Steuerfreier Jahresbetrag

Jahreshinzurechnungsbetrag

Kirchensteuermerkmale

Anschrift und Steuernummer des Arbeitgebers:

1. Bescheinigungszeitraum		vom - bis	
2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn		Anzahl „U“	
Großbuchstaben (S, M, F, FR)			
		EUR	Cl
3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9. und 10.			
4. Einbehaltene Lohnsteuer von 3.			
5. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 3.			
6. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.			
7. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 3. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
8. In 3. enthaltene Versorgungsbezüge			
9. Ermäßigter besteuerte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre			
10. Ermäßigter besteueter Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre (ohne 9.) und ermäßigter besteuerte Entschädigungen			
11. Einbehaltene Lohnsteuer von 9. und 10.			
12. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 9. und 10.			
13. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. und 10.			
14. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 9. und 10. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
15. (Saison-)Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Verdienstausfallentschädigung (Infektionsschutzgesetz), Aufstockungsbetrag und Altersteilzeitzuschlag			
16. Steuerfreier Arbeitslohn nach	a) Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) b) Ausländertätigkeitserrass		
17. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen, die auf die Entfernungspauschale anzurechnen sind			
18. Pauschal mit 15 % besteuerte Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
19. Steuerpflichtige Entschädigungen und Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre, die nicht ermäßigt besteuert wurden - in 3. enthalten			
20. Steuerfreie Verpflegungszuschüsse bei Auswärtstätigkeit			
21. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen bei doppelter Haushaltsführung			
22. Arbeitgeberanteil/-zuschuss	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
23. Arbeitnehmeranteil	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
24. Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse	a) zur gesetzlichen Krankenversicherung b) zur privaten Krankenversicherung c) zur gesetzlichen Pflegeversicherung		
25. Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung			
26. Arbeitnehmerbeiträge zur sozialen Pflegeversicherung			
27. Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung			
28. Beiträge zur privaten Kranken- und Pflege-Pflichtversicherung oder Mindestvorsorgepauschale			
29. Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag zu 8.			
30. Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns zu 8. und/oder 9.			
31. Zu 8. bei unterjähriger Zahlung: Erster und letzter Monat, für den Versorgungsbezüge gezahlt wurden			
32. Sterbegeld; Kapitalauszahlungen/Abfindungen und Nachzahlungen von Versorgungsbezügen - in 3. und 8. enthalten			
33. Ausgezahltes Kindergeld			---
34. Freibetrag DBA Türkei			
Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt wurde (Name und vierstellige Nr.)			

Die Lohnbescheinigung wird der Erklärung nicht beigelegt, sondern ist für die persönlichen Unterlagen bestimmt.

Der Arbeitnehmer hat einen **gesetzlichen Anspruch auf einen Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung**, damit er seine Bezüge und sonstigen Daten überprüfen kann. Neben dem Papierausdruck können Arbeitgeber den Arbeitnehmern diese Daten elektronisch übermitteln oder den Datenabruf ermöglichen, sofern beide Seiten die hierfür notwendigen Arbeitsmittel besitzen. Ausgenommen von dieser Regelung sind geringfügig Beschäftigte in Privathaushalten.

3.1.2 ELStAM-Verfahren

Die bisherige Lohnsteuerkarte wurde 2010 durch ein elektronisches Verfahren ersetzt. Die Angaben der bisherigen Vorderseite der Lohnsteuerkarte (Steuerklasse, Kinder, Freibeträge und Religionszugehörigkeit) werden in einer Datenbank der Finanzverwaltung zum elektronischen Abruf für die Arbeitgeber bereitgestellt und als **Elektronische LohnSteuerAbzugsMerkmale (ELStAM)** bezeichnet. Arbeitgeber rufen die ELStAM elektronisch ab, um den zutreffenden Lohnsteuerabzug vorzunehmen.

Folgendes ist zu beachten:

■ Fortbestehendes Arbeitsverhältnis

Der Arbeitgeber hat bereits die gültige und aktuelle ELStAM.

■ Beginn eines neuen Dienstverhältnisses

Bei Beginn einer neuen Beschäftigung müssen Arbeitnehmer ihrem neuen Arbeitgeber nur noch einmalig ihr Geburtsdatum und ihre steuerliche Identifikationsnummer (IdNr.) angeben und mitteilen, ob es sich um das Haupt- oder um ein Nebenarbeitsverhältnis handelt. Mit diesen Informationen kann der Arbeitgeber die benötigten Lohnsteuerabzugsmerkmale für den Lohnsteuerabzug elektronisch bei der Finanzverwaltung abrufen.

■ Wer ist zuständig für Änderungen?

Zuständig für die Änderung sämtlicher Lohnsteuerabzugsmerkmale (z. B. Eintragung von Kinderfreibeträgen, Steuerklassenwechsel, Eintragung von Freibeträgen) sind die Finanzämter. Für die Verwaltung der Meldedaten, z. B. Heirat, Geburt, Kirchenein- oder -austritt, sind die Gemeinden zuständig.

■ Freibetrag und Ermäßigerungsverfahren für das Kalenderjahr 2024

Die antragsgebundenen Kinderzähler (z. B. für Kinder, die zu Beginn des Kalenderjahres 2024 das 18. Lebensjahr vollendet haben oder Pflegekinder) **gelten im elektronischen Abrufverfahren grundsätzlich nicht weiter**. Folglich sind für das Kalenderjahr 2024 die antragsgebundenen Lohnsteuerabzugsmerkmale beim zuständigen Finanzamt neu zu beantragen. Diese Anträge sind ab dem 1. Oktober 2023 auf amtlichen Vordrucken zu stellen. Wurde die mehrjährige Berücksichtigung antragsgebundener Kinderzähler bereits

für das Kalenderjahr 2023 beantragt, ist eine erneute Antragstellung für das Kalenderjahr 2024 nicht erforderlich. Der Pauschbetrag für behinderte Menschen muss nur dann neu beantragt werden, wenn er nicht bereits über das Jahr 2023 hinaus gewährt wurde.

Seit dem Lohnsteuerermäßigungsverfahren 2016 können die Lohnsteuer-Freibeträge mit zweijähriger Gültigkeit beantragt werden.

Wurde von dieser Option beim Lohnsteuerermäßigungsantrag 2023 Gebrauch gemacht und die Gültigkeit für zwei Jahre beantragt, dann gilt dieser Freibetrag auch für 2024 und muss nicht neu beantragt werden. In allen anderen Fällen hat der Freibetrag 2023 in 2024 keine Gültigkeit mehr und muss nochmals neu beantragt werden.

- Der Antrag auf Lohnsteuerermäßigung besteht aus einem Hauptvordruck sowie verschiedenen Anlagen. Der Hauptvordruck ist für persönliche Angaben, das vereinfachte Antragsverfahren, die Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen und die Übertragung eines Freibetrages. Die Werbungskosten, Angaben zu Kindern sowie zu Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen sind in den entsprechenden Anlagen anzugeben.

Seit dem Jahr 2022 besteht die Möglichkeit die folgenden Lohnsteuer-Ermäßigungsanträge auch elektronisch an das Finanzamt zu übermitteln:

- Antrag auf Steuerklassenwechsel bei Ehegatten / Lebenspartnern
- Erklärung zum dauernden getrennt Leben
- Erklärung zur Wiederaufnahme der ehelichen/lebenspartnerschaftlichen Gemeinschaft
- Anträge zu den elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmalen – ELStAM
- Antrag auf Lohnsteuerermäßigung

Weitere Informationen zu den Neuerungen finden Sie u. a. im Internet unter www.elster.de.

3.1.3 Solidaritätszuschlag

Mit dem Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags wurde ab dem Jahr 2021 die Freigrenze beim Solidaritätszuschlag deutlich angehoben und dadurch ist für etwa 90 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerzahler der Solidaritätszuschlag komplett wegfallen.

Der Solidaritätszuschlag wird nur noch erhoben, wenn die festgesetzte Einkommensteuer die Freigrenze übersteigt. Die ab dem Jahr 2021 festgesetzte Freigrenze von 16.956 € bei Einzelveranlagung und 33.912 € bei Zusammenveranlagung wird für 2023 auf 17.543 € bei Einzelveranlagung und 35.086 € angehoben.

An diese Freigrenze schließt sich die neue Milderungszone an. Sie verhindert, wie bisher, dass der Solidaritätszuschlag in voller Höhe erhoben wird, wenn das Einkommen nur geringfügig über der Freigrenze liegt.

Der Solidaritätszuschlag beträgt 5,5 % der Bemessungsgrundlage (= festgesetzten Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer). Abgabepflichtig sind alle Steuerzahler, die einkommen- oder körperschaftsteuerpflichtig sind, unabhängig davon, ob sie der beschränkten oder der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen.

Sind bei der Einkommensteuerveranlagung Kinder zu berücksichtigen, ist für die Berechnung des Solidaritätszuschlags die Einkommensteuer maßgeblich, die sich aus dem um den Kinderfreibetrag (6.024 €) und den Betreuungs- und Bedarfsfreibetrag (2.928 €) verminderten zu versteuernden Einkommen ergibt (Bemessungsgrundlage für Zuschlagsteuern).

Der Solidaritätszuschlag wird 2023 nur noch erhoben, wenn die festgesetzte Einkommensteuer (Bemessungsgrundlage) 17.543 € bei Einzelveranlagung und 35.086 € bei Zusammenveranlagung übersteigt. Zur Vermeidung eines Fallbeileffekts wird bei darüberhinausgehenden Steuerbeträgen der Solidaritätszuschlag nicht direkt mit 5,5 % erhoben, sondern auf 11,9 % des Unterschiedsbetrags zwischen der sich ergebenden Steuer und der Freigrenze begrenzt.

⇒ BEISPIEL Die Eheleute Baum werden zur Einkommensteuer veranlagt. Für den Veranlagungszeitraum 2023 wird eine Einkommensteuer von 36.000 € festgesetzt. Der Solidaritätszuschlag beträgt 5,5 % der Bemessungsgrundlage 36.000 €, also 1.980 €, aber nicht mehr als 11,9 % von (36.000 € – 35.086 € = freigestellter Betrag) = 914 €, also 108,77 €. Der niedrigere Betrag ist anzusetzen.

In den Fällen der Lohnsteuerpauschalierung wird der Solidaritätszuschlag weiterhin 5,5 % der pauschalen Lohnsteuer betragen. Ausgenommen davon ist wie bisher die 2 % Pauschalsteuer bei geringfügiger Beschäftigung, da diese den Solidaritätszuschlag bereits mit abdeckt.

3.1.4 Progressionsvorbehalt

Das Einkommensteuergesetz sieht für bestimmte Einnahmen – wie z. B. bestimmte Lohnersatzleistungen oder ausländische Einkünfte – einer steuerpflichtigen Person eine Steuerbefreiung vor. Diese Einkünfte bleiben steuerbefreit, allerdings werden diese zur Berechnung des Steuersatzes herangezogen.

Die Begründung für diesen Progressionsvorbehalt bei eigentlich steuerfreien Einkünften liegt in dem Besteuerungsgrundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der bei der Einkommensteuer zur Anwendung kommt.

Bezieht beispielsweise ein Steuerpflichtiger während des Kalenderjahres steuerpflichtige Einnahmen und ein anderer Steuerpflichtiger in gleicher Höhe sowohl steuerpflichtige als auch steuerfreie Einnahmen – wie z. B. das Elterngeld –, so wäre der Steuersatz ohne Progressionsvorbehalt für beide Steuerpflichtige unterschiedlich. Um hier eine steuerliche Ungleichbehand-

lung zu vermeiden, gibt es den Progressionsvorbehalt. Im Rahmen des Progressionsvorbehalts bleiben die Lohnersatzleistungen selbst zwar steuerfrei, sie werden jedoch bei der Berechnung des Steuersatzes auf die übrigen Einkünfte, die der Steuerpflicht unterliegen, berücksichtigt. In der Folge erhöht sich der Steuersatz, der auf diese Einkünfte anzuwenden ist.

Nach § 32b EStG unterliegen dem Progressionsvorbehalt zwei Gruppen von Einkünften:

1. Lohn- und Einkommensersatzleistungen (§ 32b Abs. 1 Nr. 1 EStG)

Hierunter fallen:

- Arbeitslosengeld (ohne sog. Arbeitslosengeld II), Teilarbeitslosengeld,
- Zuschüsse zum Arbeitsentgelt, Übergangsgeld nach dem SGB III,
- Kurzarbeitergeld,
- steuerfreie Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld nach § 3 Nr. 28 a EStG für Lohnzahlungszeiträume, die nach dem 29. Februar 2020 beginnen und vor dem 1. Juli 2022 enden,
- Insolvenzgeld,
- Krankengeld, Verletztengeld, Übergangsgeld oder vergleichbare Lohnersatzleistungen nach den sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften,
- Mutterschaftsgeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz sowie der Zuschuss bei Beschäftigungsverboten für die Zeit vor oder nach einer Entbindung sowie für den Entbindungstag während einer Elternzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften,
- Arbeitslosenbeihilfe nach dem Soldatenversorgungsgesetz,
- Entschädigung für Verdienstaufschlag nach dem Infektionsschutzgesetz,
- Versorgungskrankengeld oder Übergangsgeld nach dem Bundesversorgungsgesetz,
- Aufstockungsbeträge gem. § 3 Nr. 28 EStG nach dem ATZG,
- steuerfreie Anpassungsgelder nach § 3 Nr. 60 EStG,
- Leistungen an Nichtselbständige nach § 6 des Unterhaltssicherungsgesetzes,
- Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz,
- Leistungen ausländischer Rechtsträger, die ihren Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem Staat, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum Anwendung findet oder in der Schweiz haben, wenn sie mit den vorstehenden Leistungen vergleichbar sind.

Diese Aufzählung der Lohn- und Einkommensersatzleistungen des § 32b Abs. 1 Nr. 1 EStG ist abschließend. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass **nachfolgende steuerbefreite Leistungen nicht dem Progressionsvorbehalt unterliegen**, da sie in § 32b Abs. 1 Nr. 1 EStG nicht aufgeführt sind:

- Überbrückungsbeihilfe (anders: Eingliederungshilfe),
- Erziehungsgeld,
- HIV-Hilfeleistungen,
- Krankengeld einer privaten Krankenversicherung (R 32b Abs. 1 Satz 3 EStR),
- Zusatzentgelt für „Ein-Euro-Jobs“,

- Existenzgründerzuschuss (Hartz II),
- Arbeitslosengeld II,
- Wintergeld,
- Wohngeld,
- Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse für eine Ersatzkraft im Rahmen der Haushaltshilfe an nahe Angehörige (§ 38 Abs. 4 Satz 2 SGB V),
- Streikgeld (steuerfrei nach BFH-Urteil vom 24.10.1990, X R 161/88).

2. Auslandseinkünfte

Hierunter fallen ausländische Einkünfte, die:

- aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen nicht in die inländische Bemessungsgrundlage einbezogen werden (§ 32b Abs. 1 Nr. 3 EStG). Nicht unter diesen Progressionsvorbehalt fallen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die in einem Land der EU oder EWR erzielt werden,
- nach einem sonstigen zwischenstaatlichen Übereinkommen steuerfrei sind (§ 32b Abs. 1 Nr. 4 EStG),
- als Auslandseinkünfte der Grenzpendler (Grenzgänger), der Ehegatten von EU/EWR-Ausländern und der EU/EWR-Ausländer mit wesentlichen Auslandseinkünften unberücksichtigt bleiben (§ 32b Abs. 1 Nr. 5 EStG),
- bei nur zeitweise unbeschränkter Steuerpflicht zu einer besonderen Berechnung führen (§ 32b Abs. 1 Nr. 2 EStG) oder
- von Organgesellschaften bezogen wurden (§ 32b Abs. 1a EStG).

Durch den **Progressionsvorbehalt** bleibt die Steuerfreiheit der zuvor unter Nr. 1 und Nr. 2 genannten Leistungen dem Grunde nach erhalten. Seine Anwendung bewirkt, dass diese Leistungen bei der Bestimmung des Steuersatzes, dem das tatsächlich zu versteuernde Einkommen unterliegt, zu berücksichtigen sind.

Dem zu versteuernden Einkommen werden die im gleichen Jahr bezogenen steuerfreien Lohnersatzleistungen mit dem bescheinigten Leistungsbetrag hinzugerechnet und die Höhe der Steuer aus der Einkommensteuertabelle entnommen. Die sich ergebende Steuer ist ins Verhältnis zu dem fiktiven zu versteuernden Einkommen (einschließlich der Lohnersatzleistungen) zu setzen. Der so ermittelte durchschnittliche Steuersatz wird auf das tatsächlich zu versteuernde Einkommen (ohne Lohnersatzleistungen) angewandt.

Bei vorfinanziertem Insolvenzgeld hat der BFH entschieden, dass dieses dem Arbeitnehmer bereits zu dem Zeitpunkt zufließt, in dem er das Entgelt von der Bank erhält und nicht erst zum Zeitpunkt der Zahlung der Bundesanstalt für Arbeit an die Bank.

Der bei der Ermittlung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nicht ausgeschöpfte Arbeitnehmer-Pauschbetrag ist bei der Berechnung des Progressionsvorbehalts noch von den Lohnersatzleistungen abzuziehen.

⇒ BEISPIEL

Ein verheirateter, rentenversicherungspflichtiger Arbeitnehmer hat im Kalenderjahr 2023 ein zu versteuerndes Einkommen von 30.000 €. Die Ehefrau bezog nur Arbeitslosengeld in Höhe von 9.000 €, sonstige Einkünfte aus nicht-selbständiger Arbeit bezog sie nicht.

Berechnung:

Zu versteuerndes Einkommen		30.000 €
+ Lohnersatzleistung Ehefrau	9.000 €	
– Arbeitnehmer-Pauschbetrag	<u>1.230 €</u>	<u>7.770 €</u>

für die Berechnung des Steuersatzes
maßgebendes zu versteuerndes Einkommen 37.770 €

Steuer laut Splittingtarif 2023 3.348 €
durchschnittlicher Steuersatz 8,864 %

Ergebnis:

Anwendung des durchschnittlichen Steuersatzes von 8,864 % auf das tatsächlich zu versteuernde Einkommen von 30.000 €

ergibt die Jahressteuerschuld 2.659 €

Die **Lohnersatzleistungen** sind aus den dem Arbeitnehmer zur Verfügung stehenden Unterlagen zu entnehmen. Das sind beim Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld oder Altersteilzeitaufstockungsbetrag die Lohnbescheinigung und bei Arbeitslosengeld oder Insolvenzgeld die Leistungsnachweise und Entgeltbescheinigungen, die dem Empfänger solcher Leistungen von der Agentur für Arbeit ausgehändigt wurden.

Die **Träger der Sozialleistungen** im Sinne der Nr. 1 haben die Daten über die im Kalenderjahr gewährten Leistungen sowie die Dauer des Leistungszeitraums für jeden Empfänger bis zum 28. Februar des Folgejahres durch Datenfernübertragung zu übermitteln, soweit die Leistungen nicht auf der Lohnsteuerbescheinigung auszuweisen sind. Der Empfänger der Leistung ist ebenfalls zu informieren.

Das **Übergangsgeld** der Renten- und Unfallversicherungsträger, das **Versorgungskrankengeld** und das **Krankengeld** unterliegen mit den Beträgen dem Progressionsvorbehalt, die vor Abzug der Versichertenanteile zur Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und ggf. Krankenversicherung als Leistungsbeträge festgestellt werden.

Die Lohnersatzleistungen, die aus dem Arbeitsverhältnis zufließen und in der Lohnsteuerbescheinigung (Zeile 15) ausgewiesen sind, werden in der Anlage N in Zeile 28 eingetragen. Die Lohnersatzleistungen anderer Träger, wie z. B. Arbeitslosengeld, Mutterschaftsgeld, Krankengeld oder Insolvenzgeld, werden im Hauptformular auf Seite 2 in Zeile 43 eingetragen.

Die Anwendung des **Progressionsvorbehalts** ist dem Veranlagungsverfahren vorbehalten. Um unergiebige Veranlagungen zu vermeiden, gilt eine eigene Freigrenze von 410 €, wenn sich die Veranlagungspflicht auf die Anwendung des Progressionsvorbehalts begründet.

Negativer Progressionsvorbehalt

Wenn die hinzuzurechnenden Einkünfte (z. B. Auslandseinkünfte) negativ sind, werden sie vom zu versteuernden Einkommen abgezogen (negativer Progressionsvorbehalt). Die Rückzahlung von Lohnersatzleistungen in einem späteren Jahr kann im Jahr der Rückzahlung ebenfalls im Wege eines „negativen Progressionsvorbehalts“ berücksichtigt werden. In diesem Fall tritt die umgekehrte Wirkung ein und die Rückzahlungen mindern den Steuersatz für die übrigen steuerpflichtigen Einkünfte.

3.1.5 Vermögenswirksame Leistungen

Der Antrag auf Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage ist im Rahmen der Einkommensteuererklärung zu stellen. Im Mantelbogen ist die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage in Zeile 1 und auf Seite 2 des Mantelbogens in Zeile 34 anzukreuzen. Die Anlage-Institute (z. B. Bausparkasse) übermitteln die entsprechenden Bescheinigungen mit den notwendigen Daten elektronisch an das Finanzamt, sofern der Arbeitnehmer der Datenübermittlung zugestimmt hat. Liegt keine Zustimmung vor, erfolgt keine Datenübermittlung und auch keine Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage.

Die folgenden **Anlagemöglichkeiten** gehören gemäß § 2 des fünften Vermögensbildungsgesetzes zu den vermögenswirksamen Leistungen:

- **Bausparen:** Bausparvertrag oder Darlehenstilgung eines Bausparvertrages bei einer selbstgenutzten Immobilie.
- **Beteiligungssparen:** Anlage in **Investmentfonds**, sofern mindestens 60 % des Fondsvermögens in Aktien angelegt sind. Auch Anlage im Unternehmen des Arbeitgebers (**betriebliche Beteiligung**) oder in fremden Unternehmen (**außerbetriebliche Beteiligung**), z. B. durch Erwerb von **Aktien, Wandelschuldverschreibungen, Genussscheinen**. Auch der Erwerb von Anteilen an „Mitarbeiterbeteiligungsfonds“ ist möglich.
- **Kontensparen:** Überweisung auf einen Ratensparvertrag bei einem Kreditinstitut.
- **Lebensversicherungssparen:** Anlage in einer Kapitallebensversicherung eines Versicherungsunternehmens.

Vom Staat werden aber nur das Bausparen und das Beteiligungssparen mit der Arbeitnehmer-Sparzulage gefördert. Die Formen des Kontensparens und des Versicherungssparens sind ungeförderter Anlageformen.

Die **Arbeitnehmer-Sparzulage** beträgt einheitlich 9 %, wobei maximal jährlich 470 € gefördert werden. Die Arbeitnehmer-Sparzulage für betriebliche und außerbetriebliche Beteiligungen beträgt 20 % von maximal 400 €. Das **Bausparen** und das **Beteiligungssparen** können nebeneinander genutzt werden und so die Sparzulage **zweimal** beantragt werden.

Für die Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage darf das zu versteuernde Einkommen bei Alleinstehenden 17.900 € und bei zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern 35.800 € nicht übersteigen. Für die Anlage in Beteiligungen beträgt die Einkommensgrenze 20.000 € (Alleinstehende) und 40.000 € (Verheiratete). Bei Arbeitnehmern mit Kindern erhöht sich diese Grenze um die vollen/halben Kinder- und Erziehungsfreibeträge, auch wenn kein ganzjähriger Kindergeldanspruch bestand oder das Kindergeld günstiger war (§ 2 Abs. 5 Satz 2 EStG). Die der Abgeltungsteuer unterliegenden Kapitaleinkünfte zählen bei der Ermittlung der Einkommensgrenze mit (§ 2 Abs. 5a EStG).

Der Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage entsteht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die vermögenswirksamen Leistungen angelegt worden sind. Die Sparzulage wird aber **vom Finanzamt** zunächst nur festgesetzt und erst Jahre später **nach Ablauf der Sperrfrist ausbezahlt**. Die Sperrfrist dauert insgesamt sieben Jahre, wovon sechs Jahre als Sparphase und ein Jahr als Sperrfrist bezeichnet werden. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Fälle der unschädlichen Verfügung, die in § 4 Abs. 5 des fünften Vermögensbildungsgesetzes geregelt sind.

Die Arbeitnehmer-Sparzulage wird auf den nächsten vollen Euro-Betrag aufgerundet und ist steuer- und sozialabgabenfrei.

Die Sparzulage kann jährlich beim Finanzamt im Rahmen der **Einkommensteuererklärung** bis spätestens vier Jahre nach Ablauf des Sparjahres (für 2023 also bis Ende 2027) beantragt werden. Wenn **keine Steuererklärung** abgegeben wird, kann ein gesonderter Antrag mit Mantelbogen und Anlage N gestellt werden.

Eine zusätzliche staatliche Fördermöglichkeit ergibt sich über die **Wohnungsbauprämie**, wenn unabhängig von den vermögenswirksamen Leistungen zusätzlich noch privat in einen **Bausparvertrag** eingezahlt wird. Denn grundsätzlich gilt: Für vermögenswirksame Leistungen, für die bereits eine Arbeitnehmer-Sparzulage gezahlt wird, kommt eine weitere Begünstigung durch eine Wohnungsbauprämie nicht in Betracht. Die Wohnungsbauprämie ist nicht an ein Arbeitsverhältnis gekoppelt, erhalten können sie alle ab 16 Jahren, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen unter einer bestimmten Einkommensgrenze liegt. Seit dem Jahr 2021 beträgt die Einkommensgrenze 35.000 € für Alleinstehende und 70.000 € für zusammenveranlagte Ehepaare. Der prämiengünstige Höchstbetrag der Sparleistungen wird bei Alleinstehenden von bisher 512 € auf 700 € und für zusammenveranlagte Ehepaare von 1.024 € auf 1.400 € angehoben und der Prämiensatz steigt von 8,8 % auf 10 %.

Für Bausparverträge gilt ebenfalls eine Bindungsfrist von sieben Jahren. Bei Bausparverträgen, die seit 2009 abgeschlossen wurden, ist die Gewährung der Wohnungsbauprämie dauerhaft an eine wohnwirtschaftliche Verwendung gebunden.

3.1.6 Altersentlastungsbetrag (§ 24a EStG)

Der Altersentlastungsbetrag steht Steuerpflichtigen zu, die vor Beginn des betreffenden Veranlagungszeitraums das 64. Lebensjahr vollendet haben.

Nach dem Inkrafttreten des Alterseinkünftegesetzes verringert sich der Altersentlastungsbetrag ab 2005 jährlich.

Begünstigt sind folgende Einkünfte:

- Arbeitslohn, jedoch ohne Versorgungsbezüge (gemäß § 19 Abs. 2 EStG),
- die positive Summe der übrigen Einkünfte (z. B. Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung, Einkünfte aus Kapitalvermögen – sofern nicht abgeltend mit 25 % besteuert), jedoch nicht Einkünfte aus Leibrenten oder Abgeordnetenbezüge (im Sinne der §§ 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a, § 22 Nr. 4 Satz 4 Buchstabe b, § 22 Nr. 5 Satz 1, soweit § 22 Nr. 5 Satz 11 anzuwenden ist, auch § 22 Nr. 5 Satz 2). **Begünstigt** mit dem Altersentlastungsbetrag sind dagegen nach § 22 Nr. 5 Satz 1 EStG **voll besteuerte Riester- und Betriebsrenten** (also Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen, Pensionsfonds, Pensionskassen und Direktversicherungen), deren Beiträge in der Ansparphase steuerbegünstigt waren bzw. für die es nach Übertragung der Pensionsverpflichtung auf einen Pensionsfonds keinen Versorgungsfreibetrag gibt.

Für die Berechnung von **Altersentlastungsbeträgen** bei Ehegatten ist der Freibetrag anhand der Einkünfte des jeweiligen Ehegatten zu berechnen. Es ist darauf zu achten, dass diese demjenigen zugerechnet werden, der sie erzielte.

Der Altersentlastungsbetrag verliert mit dem Übergang der Altersbezüge in die nachgelagerte Besteuerung seine Rechtfertigung. Durch das Alterseinkünftegesetz wird er seit 2005 in Stufen abgebaut. Steuerpflichtige können für das Kalenderjahr 2023 den Altersentlastungsbetrag erhalten, wenn sie vor dem 2. Januar 1959 geboren sind.

Die Höhe des Altersentlastungsbetrages in der Übergangszeit ab 2005 bestimmt sich nach dem Jahr, das auf die Vollendung des 64. Lebensjahres folgt. Der für dieses Kalenderjahr geltende Prozentsatz und Höchstbetrag wird dann auf Lebenszeit eingefroren.

Der in diesem Jahr anzuwendende Prozentsatz und der Höchstbetrag werden zeitlebens berücksichtigt. Es wird jedoch kein lebenslanger Freibetrag errechnet, nicht wie bei Renten und Versorgungsbezügen.

Die zugrunde liegenden Einkünfte können nämlich in ihrer Höhe von Jahr zu Jahr schwanken (z. B. Einkünfte aus Vermietung). Eine Festschreibung des Altersentlastungsbetrages in Höhe eines bestimmten Betrages unterhalb des Höchstbetrages hätte damit zur Folge, dass dieser bei niedrigeren Einkünften in einem der Folgejahre relativ zur Höhe der jeweiligen Einkünfte ansteigt, statt sich kontinuierlich zu verringern. Die Berechnung erfolgt von Amts wegen. **Der Altersentlastungsbetrag sollte durch das Alterseinkünftegesetz bis zum Jahr**

2040 schrittweise bis auf 0 gesenkt werden. Mit dem Wachstumschancengesetz wurde beginnend ab dem Jahr 2023 die jährliche Absenkung des anzuwendenden Prozentsatzes von bisher 0,8 % auf 0,4 % verringert, sodass der Übergangszeitraum bis zum Jahr 2058 verlängert wird. Der Höchstbetrag sinkt beginnend mit dem Jahr 2023 um jährlich 19 € anstatt bisher um 38 €.

Nachstehend wird die Entwicklung des Altersentlastungsbetrages vom Jahr 2005 an bis zu seiner endgültigen Abschaffung aufgezeigt:

Geboren vor dem 02.01....	Das Jahr nach dem 64. Geburtstag ist	Der Altersentlastungsbetrag beträgt ... % der Einkünfte	höchstens in €
1941	2005	40,0 %	1.900
1942	2006	38,4 %	1.824
1943	2007	36,8 %	1.748
1944	2008	35,2 %	1.672
1945	2009	33,6 %	1.596
1946	2010	32,0 %	1.520
1947	2011	30,4 %	1.444
1948	2012	28,8 %	1.368
1949	2013	27,2 %	1.292
1950	2014	25,6 %	1.216
1951	2015	24,0 %	1.140
1952	2016	22,4 %	1.064
1953	2017	20,8 %	988
1954	2018	19,2 %	912
1955	2019	17,6 %	836
1956	2020	16,0 %	760
1957	2021	15,2 %	722
1958	2022	14,4 %	684
1959	2023	14,0%	665
1960	2024	13,6 %	646
1961	2025	13,2 %	627
1962	2026	12,8 %	608
1963	2027	12,4 %	589
1964	2028	12,0 %	570
1965	2029	11,6 %	551
1966	2030	11,2 %	532

Geboren vor dem 02.01....	Das Jahr nach dem 64. Geburtstag ist	Der Altersentlastungsbetrag beträgt ... % der Einkünfte	höchstens in €
1967	2031	10,8 %	513
1968	2032	10,4 %	494
1969	2033	10,0 %	475
1970	2034	9,6 %	456
1971	2035	9,2 %	437
1972	2036	8,8 %	418
1973	2037	8,4 %	399
1974	2038	8,0 %	380
1975	2039	7,6 %	361
1976	2040	7,2 %	342
1977	2041	6,8 %	323
1978	2042	6,4 %	304
1979	2043	6,0 %	285
1980	2044	5,6 %	266
1981	2045	5,2 %	247
1982	2046	4,8 %	228
1983	2047	4,4 %	209
1984	2048	4,0 %	190
1985	2049	3,6 %	171
1986	2050	3,2 %	152
1987	2051	2,8 %	133
1988	2052	2,4 %	114
1989	2053	2,0 %	95
1990	2054	1,6 %	76
1991	2055	1,2 %	57
1992	2056	0,8 %	38
1993	2057	0,4 %	19
1994	2058	0,0 %	0

3.2 Werbungskostenabzug (§ 9 EStG)

Werbungskosten sind Ausgaben zum Erwerb, zur Sicherung oder Erhaltung der Einnahmen. Dazu gehören alle Aufwendungen, die durch den Beruf veranlasst sind und mit ihm im Zusammenhang stehen.

Eine berufliche Veranlassung setzt voraus, dass objektiv ein Zusammenhang mit dem Beruf besteht und in der Regel subjektiv die Aufwendungen zur Förderung des Berufes gemacht werden. Ein Zusammenhang mit dem Beruf ist gegeben, wenn die Aufwendungen in einem wirtschaftlichen Zusammenhang mit der auf Einnahmen zielenden Tätigkeit des Arbeitnehmers stehen.

Der Werbungskostenbegriff setzt nicht voraus, dass im Kalenderjahr, in dem die Aufwendungen geleistet werden, Einnahmen tatsächlich erzielt werden. Das EStG enthält im § 9 einen Katalog mit den typischen Werbungskosten eines Arbeitnehmers.

Arbeitnehmer-Pauschbetrag

Haben die Arbeitnehmer keine oder nur geringe Werbungskosten geltend gemacht, so hat das Finanzamt mindestens den **Arbeitnehmer-Pauschbetrag** zu berücksichtigen. Es kommt nicht darauf an, ob sie das ganze Kalenderjahr oder nur für einen Teil des Kalenderjahres Arbeitslohn bezogen haben. Bei der **Zusammenveranlagung** ist für jeden Arbeitnehmer, der Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit erhalten hat (auch für Lohnersatzleistungen, soweit nicht beim Arbeitslohn schon aufgebraucht), der Arbeitnehmer-Pauschbetrag zu gewähren.

Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag wird durch das Jahressteuergesetz 2022 ab dem Jahr 2023 auf 1.230 € erhöht. Zuvor wurde er durch das Steuerentlastungsgesetz 2022 von bisher 1.000 € auf 1.200 € ab dem Jahr 2022 angehoben.

Anlage N, 31 bis 40

3.2.1 Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte

2014 wurde der bisherige Begriff der regelmäßigen Arbeitsstätte durch den neuen Begriff der ersten Tätigkeitsstätte ersetzt und im § 9 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes gesetzlich genau definiert. Das Bundesfinanzministerium hat in dem Erlass zur „Steuerlichen Behandlung der Reisekosten von Arbeitnehmern“ vom 25.11.2020 die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt und den Begriff der ersten Tätigkeitsstätte überarbeitet.

Erste Tätigkeitsstätte

Arbeitnehmer können grundsätzlich nur noch eine erste Tätigkeitsstätte je Dienstverhältnis haben.

Eine **erste Tätigkeitsstätte** setzt voraus, dass der Arbeitnehmer

- **arbeitsrechtlich einer von der Wohnung getrennten ortsfesten, betrieblichen Einrichtung**
 - seines Arbeitgebers,
 - eines verbundenen Unternehmens (z. B. Tochter- oder Muttergesellschaft),
 - eines vom Arbeitgeber bestimmten Dritten (z. B. Kunde, Entleiherfirma)
- **dauerhaft zugeordnet ist und**
- **dort zumindest in geringem Umfang tätig wird.**

Ortsfeste betriebliche Einrichtungen, die eine erste Tätigkeitsstätte sein können, sind auch räumlich zusammengefasste Sachmittel, die der Tätigkeit des Arbeitgebers, eines verbundenen Unternehmens oder vom Arbeitgeber bestimmten Dritten dienen und mit dem Erdboden verbunden oder dazu bestimmt sind, überwiegend standortgebunden genutzt zu werden.

Dies bedeutet, dass auch **Baucontainer** für Büros, Aufenthaltsräume oder Sanitäreinrichtungen, die z.B. auf einer Großbaustelle längerfristig mit dem Erdreich verbunden sind, eine **ortsfeste betriebliche Einrichtung** darstellen.

Eine großräumige erste Tätigkeitsstätte liegt auch vor, wenn eine Vielzahl solcher Mittel räumlich abgrenzbar in einem organisatorischen, technischen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit der betrieblichen Tätigkeit des Arbeitgebers, eines verbundenen Unternehmens oder eines vom Arbeitgeber bestimmten Dritten stehen.

Großflächige und entsprechend infrastrukturell erschlossene Gebiete, wie beispielsweise **eine Werksanlage, ein Betriebsgelände, ein Zechengelände, ein Bahnhof oder auch ein Flughafen**, kommen demnach auch als erste Tätigkeitsstätte in Betracht.

Fahrzeuge wie z. B. Reise- oder Linienbusse, Züge, Straßenbahnen und Lkw von Fernfahrern, Flugzeuge, Schiffe oder Tätigkeitsgebiete ohne ortsfeste, betriebliche Einrichtung können jedoch nie als erste Tätigkeitsstätte eingestuft werden.

Die dauerhafte Zuordnung eines Arbeitnehmers erfolgt vorrangig durch dienst- oder arbeitsrechtliche Festlegungen. Hierzu zählen alle schriftlichen und auch mündlichen Absprachen und Weisungen, wie z. B.

- Regelungen im Arbeitsvertrag, Tarifvertrag oder Protokollnotizen;
- dienstrechtliche Verfügungen;
- Reisekostenabrechnungen;
- Organigramme mit Zuordnungen.

Die Zuordnung muss sich auf die Tätigkeit des Arbeitnehmers beziehen. Auf die Qualität kommt es dabei nicht an, auch Tätigkeiten von untergeordneter Bedeutung sind ausreichend. Auch das regelmäßige Aufsuchen dieser Tätigkeitsstätte ist nicht mehr erforderlich.

Die Zuordnung des Arbeitgebers muss dauerhaft sein. Dies ist der Fall bei

- einer unbefristeten Zuordnung des Arbeitnehmers zu einer bestimmten betrieblichen Einrichtung. Auch die Zuordnung „bis auf Weiteres“ ist eine dauerhafte Zuordnung;
- einer Zuordnung für die Dauer des gesamten (befristeten oder unbefristeten) Dienstverhältnisses;
- einer Zuordnung über einen Zeitraum von 48 Monaten hinaus. Aber eine sogenannte Kettenabordnung ist keine dauerhafte Zuordnung, wenn die einzelne Abordnung jeweils nicht mehr als 48 Monate umfasst. Wird eine Abordnung vor Ablauf verlängert und umfasst sie dann mehr als 48 Monate, entsteht ab dem Zeitpunkt der Verlängerungsentscheidung (und nicht rückwirkend) eine erste Tätigkeitsstätte.

Die Zuordnung zu einer Tätigkeitsstätte ist unbefristet, wenn die Dauer der Zuordnung nicht kalendermäßig bestimmt ist und sich auch nicht aus der Art, der Beschaffenheit oder dem Zweck der Arbeitsleistung ergibt. Der Umstand, dass der Arbeitnehmer jederzeit einer anderen Tätigkeitsstätte zugeordnet werden könnte, führt nicht zur Annahme einer befristeten Zuordnung.

Hat der Arbeitgeber keine dauerhafte Zuordnung getroffen oder ist die getroffene Zuordnung nicht eindeutig, dann erfolgt die Bestimmung der ersten Tätigkeitsstätte anhand quantitativer Zuordnungskriterien. Danach ist dies die betriebliche Einrichtung, an der der Arbeitnehmer

- typischerweise arbeitstäglich oder
- je Arbeitswoche zwei volle Tage oder
- mindestens ein Drittel seiner vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit dauerhaft tätig werden soll.

Dabei muss der Arbeitnehmer an der betrieblichen Einrichtung auch seine eigentliche berufliche Tätigkeit ausüben. Das bedeutet, dass das alleinige Aufsuchen, um z. B. Kundendienstfahrzeug, Lkw, Material, Auftragsbestätigungen oder Ähnliches abzuholen oder abzugeben, nicht zum Vorliegen einer regelmäßigen Arbeitsstätte führt.

Hat ein Arbeitnehmer bei einem Arbeitgeber **mehrere Tätigkeitsstätten** (z. B. mehrere Filialen), erfolgt die Bestimmung der ersten Tätigkeitsstätte durch den Arbeitgeber. Der zeitliche Umfang der Tätigkeit bzw. das regelmäßige Aufsuchen sind dabei nicht von Bedeutung.

Nimmt der Arbeitgeber keine Bestimmung der ersten Tätigkeitsstätte vor oder ist diese nicht eindeutig und erfüllen alle Tätigkeitsstätten die oben genannten zeitlichen Kriterien (typischerweise arbeitstäglich oder je Arbeitswoche zwei volle Tage oder mindestens ein Drittel der vereinbarten regelmäßigen Arbeitszeit), wird die Tätigkeitsstätte als erste Tätigkeitsstätte angenommen, die der Wohnung des Arbeitnehmers am nächsten liegt.

Besonderheiten bei Leiharbeitnehmern

Leiharbeitnehmer sind seit der Reisekostenreform 2014 nicht mehr automatisch auswärts tätig, sondern haben bei der Entleiherfirma, je nach der im Arbeitsvertrag festgelegten Dauer der Beschäftigung, ihre erste Tätigkeitsstätte.

Leiharbeitnehmer sind dann dauerhaft bei einem Entleiher beschäftigt und begründen dort ihre erste Tätigkeitsstätte, wenn der Einsatz von Beginn an:

- länger als 48 Monate dauern soll,
- für die gesamte Dauer eines betrieblichen Dienstverhältnisses (z. B. bei von vorneherein befristeten Projekten) dauern soll,
- mit einer Übernahmezusage verbunden ist,
- bis auf „Weiteres“ (das heißt ohne Befristung) erfolgt.

Bei Leiharbeitnehmern, die einen unbefristeten Vertrag mit der Zeitarbeitsfirma geschlossen haben, aber nur befristet bei der Entleihfirma angestellt sind, stimmt die Vertragsdauer zwischen Zeitarbeitsfirma und Entleiher nicht überein und es ist somit keine Dauerhaftigkeit gegeben und die Arbeit beim Entleiher gilt als Auswärtstätigkeit.

Entfernungspauschale für Fahrtkosten zur ersten Tätigkeitsstätte

Mit der Entfernungspauschale werden die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte abgegolten.

Die Entfernungspauschale gehört zu den Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit und kann grundsätzlich unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel zum Ansatz kommen. So können auch Arbeitnehmer, die ihren täglichen Weg zur Arbeit zu Fuß, mit dem öffentlichen Nahverkehr oder mit dem Fahrrad zurücklegen, die Entfernungspauschale als Werbungskosten ansetzen. Im Rahmen des Bundesklimaschutzgesetzes wurde die Pendlerpauschale zunächst ab 2021 für längere Wegstrecken ab dem 21. Entfernungskilometer von 0,30 € auf 0,35 € erhöht. Die für 2024 vorgesehene nächste Erhöhung der Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer wird durch das Steuerentlastungsgesetz vorgezogen. Seit 2022 beträgt die Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer 0,38 €. Für die ersten 20 Kilometer bleibt es bei den bisherigen 0,30 €. Die Anhebung ist zunächst bis Ende 2026 befristet.

Es kommt grundsätzlich nicht auf die Höhe der Aufwendungen an. Auch bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel wird die Entfernungspauschale angesetzt. Übersteigen die tatsächlichen Aufwendungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel aber die anzusetzende Entfernungspauschale, können diese tatsächlichen Aufwendungen angesetzt werden.

➔ BEISPIEL

Ein Arbeitnehmer fährt mit dem Bus zur ersten Tätigkeitsstätte. Die Monatskarte für den Bus kostet 150 €. Die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte beträgt 25 km. Im Jahr 2023 hat er an insgesamt 220 Tagen gearbeitet.

Die anzusetzende Entfernungspauschale ergibt sich wie folgt:

220 Arbeitstage x 20 km x 0,30 €	= 1.320 €
220 Arbeitstage x 5 km x 0,38 €	= 418 €
Entfernungspauschale gesamt	<u>1.738 €</u>

Die tatsächlichen Aufwendungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel betragen:

12 Monate x 150 €	= 1.800 €
-------------------	-----------

Zum Ansatz kommen die tatsächlichen höheren Aufwendungen in Höhe von 1.800 €, da sie den als Entfernungspauschale abziehbaren Betrag von 1.738 € übersteigen.

Seit dem Veranlagungsjahr 2012 wird diese Vergleichsberechnung zwischen Entfernungspauschale und tatsächlichen Kosten der öffentlichen Verkehrsmittel nur noch jahresbezogen vorgenommen.

➔ BEISPIEL

Ein Arbeitnehmer benutzt von Januar bis September 2023 an 165 Arbeitstagen für den Weg von seiner Wohnung zur 80 km entfernten ersten Tätigkeitsstätte den eigenen Pkw. Durch Umzug benutzt er ab Oktober an 55 Arbeitstagen den öffentlichen Bus. Die tatsächlichen Kosten hierfür belaufen sich auf monatlich 70 € (3 x 70 € = 210 €). Die einfache Entfernung für diese Strecke beträgt 5 km.

Folgende Fahrtkosten sind 2023 abzugsfähig:

Entfernungspauschale für Fahrstrecke von Januar – September mit Pkw	
165 Arbeitstage x 20 km x 0,30 €	= 990 €
165 Arbeitstage x 60 km x 0,38 €	= 3.762 €
Entfernungspauschale Fahrstrecke PKW	<u>4.752 €</u>

Entfernungspauschale für Fahrstrecke von Oktober – Dezember mit Bus	
55 Arbeitstage x 5 km x 0,30 €	= <u>83 €</u>

Entfernungspauschale für 2023 insgesamt	<u>4.835 €</u>
---	----------------

Tatsächliche Aufwendungen 2023 für öffentliche Verkehrsmittel 3 x 70 €	= 210 €
--	---------

Die im Kalenderjahr 2023 insgesamt abziehbare Entfernungspauschale beträgt 4.835 €. Da die Aufwendungen für den Bus in Höhe von 210 € diesen Betrag nicht übersteigen, ist insgesamt die Entfernungspauschale von 4.835 € anzusetzen.

Ausgenommen von der Entfernungspauschale sind Flugstrecken und Strecken mit steuerfreier Sammelbeförderung. Eine Sammelbeförderung ist dann gegeben, wenn Arbeitnehmer durch ihren Arbeitgeber in Fahrzeugen gemeinsam mit Arbeitskollegen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte befördert werden. Der Vorteil aus der verbilligten oder unentgeltlichen Sammelbeförderung ist steuerbefreit, wenn die Beförderung für den betrieblichen Einsatz notwendig ist (§ 3 Nr. 32 EStG). Damit die Finanzverwaltung die Fälle der steuerfreien

Sammelbeförderung erkennen kann, muss der Arbeitgeber in der Lohnsteuerbescheinigung den Großbuchstaben F bescheinigen. Die Entfernungspauschale gilt nicht bei unentgeltlicher Sammelbeförderung. Im Fall der verbilligten Sammelbeförderung sind die Aufwendungen des Arbeitnehmers jedoch nach § 9 Abs. 1 Satz 1 EStG als Werbungskosten abzugsfähig.

Durch die Entfernungspauschale sind grundsätzlich alle Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte abgezogen. Dies gilt z. B. für Parkgebühren, für das Abstellen des Pkw während der Arbeitszeit, Benzin, Kfz-Steuer, Absetzung für Abnutzung, Garagenmiete, Reparaturen, Voll- und Teilkaskoversicherung, Wagenpflege, für Finanzierungskosten sowie für die Kosten eines Austauschmotors auf einer Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte oder einer Familienheimfahrt.

Unfallkosten können als außergewöhnliche Kosten neben der Entfernungspauschale abgesetzt werden.

Bei **behinderten Menschen**, die zur Fortbewegung auf die Benutzung eines Fahrzeugs angewiesen sind, ist stets der Abzug der tatsächlichen Aufwendungen zugelassen.


Sonderfälle Entfernungspauschale ohne Vorliegen einer ersten Tätigkeitsstätte

a) Fahrtkosten zu einem Sammelpunkt

Bestimmt der Arbeitgeber durch dienst- oder arbeitsrechtliche Festlegung, dass der Arbeitnehmer sich typischerweise arbeitstäglich an einem dauerhaft festgelegten Ort, der nicht die Kriterien der ersten Tätigkeitsstätte erfüllt, einfinden soll, um von dort seine eigentliche Arbeit aufzunehmen oder von dort seine unterschiedlichen Einsatzorte aufzusuchen, werden diese Fahrten des Arbeitnehmers von seiner Wohnung zu diesem festgelegten Ort **wie Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte nur mit der Entfernungspauschale abgerechnet**. Unabhängig von der begrenzten Abzugsfähigkeit der Fahrtkosten liegt aber in diesen Fällen grundsätzlich eine berufliche Auswärtstätigkeit vor, mit der Folge, dass Verpflegungsmehraufwendungen oder Übernachtungskosten weiterhin als Werbungskosten angesetzt werden können.

Beispiele für Sammelpunkte:

- Treffpunkt für einen betrieblichen Sammeltransport
- Betriebshof
- Busdepot
- Fahrzeugdepot
- Fährhafen

 **BEISPIEL** Der Arbeitnehmer A ist bei einer Spedition als Lkw-Fahrer angestellt. Er fährt arbeitstäglich den Betriebsitz an, um dort den Lkw und den jeweiligen Fahrauftrag entgegenzunehmen. Abends stellt A den Lkw wieder auf dem Betriebshof ab und fährt nach Hause.

Der Lkw-Fahrer A hat keine erste Tätigkeitsstätte, da er seine Arbeitsleistung auf einem Fahrzeug und nicht in einer ortsfesten, betrieblichen Einrichtung des Arbeitgebers erbringt. Das Abstellen und Abholen des Lkw am Betriebshof führt nicht dazu, dass dort eine erste

Tätigkeitsstätte entsteht. Er wird deshalb im Rahmen einer beruflichen Auswärtstätigkeit tätig. Er kann Pauschalen für Verpflegungsmehraufwendungen geltend machen. Die Abwesenheitsdauer beginnt bereits ab dem Verlassen der Wohnung.

Die Fahrtkosten zum Betriebssitz (= Sammelpunkt, dauerhaft festgelegter Ort) können aber lediglich mit der Entfernungspauschale abgerechnet werden.

b) Fahrtkosten in ein weiträumiges Tätigkeitsgebiet

Arbeitnehmer, die ihre berufliche Tätigkeit in einem weiträumigen Arbeitsgebiet ausüben, können für die Fahrten von der Wohnung zu dem Tätigkeitsgebiet nur die Entfernungspauschale geltend machen. Ein weiträumiges Tätigkeitsgebiet liegt vor, wenn die vereinbarte Arbeitsleistung nicht innerhalb einer ortsfesten, betrieblichen Einrichtung, sondern auf einer festgelegten Fläche erbracht wird. Dies trifft in der Regel auf

- Zusteller,
 - Hafenarbeiter,
 - Forstarbeiter
- zu.

Nicht von dieser Regelung betroffen sind hingegen

- Bezirksleiter, Vertriebsmitarbeiter, die verschiedene Niederlassungen betreuen;
- mobile Pflegekräfte, die verschiedene Personen in ihren Wohnungen in einem festgelegten Gebiet betreuen;
- Schornsteinfeger.

Diese Arbeitnehmer sind an verschiedenen, ggf. sogar an ständig wechselnden Einsatzstellen tätig.

Wird das weiträumige Tätigkeitsgebiet von verschiedenen Zugängen aus befahren oder betreten, wird die Entfernungspauschale aus Vereinfachungsgründen nur für die kürzeste Entfernung von der Wohnung zum nächstgelegenen Zugang angesetzt. Die Fahrten innerhalb des weiträumigen Tätigkeitsgebietes sowie die zusätzlichen Kilometer bei den Fahrten zu den weiter entfernten Zugängen können als Reisekosten abgerechnet werden.

Auch hier gilt wie bei den Fahrtkosten zu einem Sammelpunkt die begrenzte Abzugsfähigkeit nur für die Fahrtkosten. Verpflegungsmehraufwendungen und ggf. Übernachtungskosten können weiterhin berücksichtigt werden, da diese Arbeitnehmer ihre Beschäftigung nicht an einer ersten Tätigkeitsstätte ausüben.

BEISPIEL

Ein Forstarbeiter fährt täglich zu seinem zu betreuenden Waldgebiet (= weiträumiges Tätigkeitsgebiet). Er fährt an 150 Tagen zu dem nächstgelegenen Zugang, der 15 km von seiner Wohnung entfernt ist und an 70 Tagen zu dem weiter entfernt liegenden Zugang in 20 km Entfernung.

Die Fahrten zu dem weiträumigen Tätigkeitsgebiet werden mit der Entfernungspauschale abgerechnet.

$$220 \text{ Tage} \times 15 \text{ km (nächstgelegener Zugang)} \times 0,30 \text{ €} = 990 \text{ €}$$

Die Fahrten zu dem weiter entfernten Zugang werden mit den übersteigenden Kilometern (morgens und abends jeweils 5 km = 10 km) als Fahrtkosten Auswärtstätigkeit abgerechnet.

$$70 \text{ Tage} \times 10 \text{ km} \times 0,30 \text{ €} = 210 \text{ €}$$

Die Fahrten innerhalb des Waldgebietes können als Fahrtkosten bei einer Auswärtstätigkeit mit 0,30 € je gefahrenen Kilometer berücksichtigt werden.

Ermittlung der Entfernungspauschale

Die anzusetzende Entfernungspauschale ist wie folgt zu berechnen:

- Zahl der Arbeitstage x 20 Entfernungskilometer x 0,30 € zuzüglich
Zahl der Arbeitstage x restliche volle Entfernungskilometer x 0,38 €

Maßgebend für die **Bestimmung der Entfernung** ist – unabhängig davon, ob und welches Verkehrsmittel genutzt wird – die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte. Eine längere, offensichtlich verkehrsgünstigere Straßenverbindung kann zu Grunde gelegt werden, wenn sie tatsächlich regelmäßig benutzt wird. Es werden nur die vollen Kilometer berücksichtigt; angefangene Kilometer bleiben unberücksichtigt.

Die Entfernungspauschale steht dem Arbeitnehmer für jeden Arbeitstag zu, an dem er die Tätigkeitsstätte aufsucht. Sollte er ausnahmsweise mehrmals pro Arbeitstag den Weg zur Tätigkeitsstätte zurücklegen, z. B. wegen eines zusätzlichen Arbeitseinsatzes außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit oder bei Schichtdienst, ist für den jeweiligen Arbeitstag nur einmal die Pauschale zu gewähren.

⇒ BEISPIEL

Der Arbeitnehmer A hat seinen Wohnsitz in B und fährt täglich nach C zu seiner ersten Tätigkeitsstätte. Die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte beträgt 35 km. A benutzt den eigenen Pkw an 220 Arbeitstagen für Fahrten zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte. Für 2023 kann A für seine Fahrten zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte folgende Entfernungspauschale geltend machen:

20 km x 0,30 €/km x 220 Arbeitstage	= 1.320 €
15 km x 0,38 €/km x 220 Arbeitstage	= 1.254 €
Entfernungspauschale gesamt	<u>2.574 €</u>

Auch für Familienheimfahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung ist die Entfernungspauschale ab 2023 für die ersten 20 Kilometer mit 0,30 € und ab dem 21. Kilometer mit 0,38 € anzusetzen.

Die Entfernungspauschale ist auf einen Höchstbetrag von 4.500 € jährlich begrenzt.

Diese Begrenzung gilt,

- wenn der Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit dem Motorrad, Motorroller, Moped, Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt wird,
- bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, wenn die tatsächlichen höheren Aufwendungen gegenüber dem Finanzamt nicht nachgewiesen werden,
- bei Benutzung eines Kfz für die Teilnehmer einer Fahrgemeinschaft für diejenigen Tage, an denen der Arbeitnehmer seinen eigenen Pkw oder zur Nutzung überlassenen Pkw nicht einsetzt,
- im Fall der Sammelbeförderung.

Diese Begrenzung gilt nicht

- bei der Benutzung eines eigenen oder zur Nutzung überlassenen Pkw. Der Steuerpflichtige muss in diesen Fällen nachweisen oder glaubhaft machen, dass er für die Fahrten das eigene oder das ihm zur Nutzung überlassene Fahrzeug benutzte;
- bei höheren tatsächlichen Aufwendungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Mehrere Dienstverhältnisse

Bei Arbeitnehmern, die in mehreren Dienstverhältnissen stehen und denen Aufwendungen für die Wege zu mehreren auseinanderliegenden ersten Tätigkeitsstätten der jeweiligen Dienstverhältnisse entstehen, ist die Entfernungspauschale für jeden Weg zur ersten Tätigkeitsstätte anzusetzen, wenn der Arbeitnehmer am Tag zwischenzeitlich in die Wohnung zurückkehrt. Die erhöhte Entfernungspauschale (0,38 €) ist in diesem Fall für jeden Weg zur ersten Tätigkeitsstätte erst ab dem 21. Entfernungskilometer zu berücksichtigen. Die Einschränkung, dass täglich nur eine Fahrt zu berücksichtigen ist, gilt nicht für mehrere erste Tätigkeitsstätten verschiedener Arbeitgeber.

⇒ BEISPIEL

Ein Arbeitnehmer fährt im Jahr 2023 mit seinem Kraftwagen an 220 Arbeitstagen vormittags von seiner Wohnung A zu ersten Tätigkeitsstätte bei B, mittags zurück zu seiner Wohnung A und nachmittags zu einer anderen ersten Tätigkeitsstätte bei C. Die Entfernungen betragen zwischen A und B 30 km und zwischen A und C 40 km.

Der Arbeitnehmer kann folgende Entfernungspauschale geltend machen:

Für die Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte bei B

$$\begin{array}{r} 220 \text{ Arbeitstage} \times 20 \text{ km} \times 0,30 \text{ €} \\ 220 \text{ Arbeitstage} \times 10 \text{ km} \times 0,38 \text{ €} \\ \text{insgesamt} \end{array} \quad \begin{array}{r} = 1.320 \text{ €} \\ = \underline{836 \text{ €}} \\ = \underline{\underline{2.156 \text{ €}}} \end{array}$$

Für die Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte bei C

$$\begin{array}{r} 220 \text{ Arbeitstage} \times 20 \text{ km} \times 0,30 \text{ €} \\ 220 \text{ Arbeitstage} \times 20 \text{ km} \times 0,38 \text{ €} \\ \text{insgesamt} \end{array} \quad \begin{array}{r} = 1.320 \text{ €} \\ = \underline{1.672 \text{ €}} \\ = \underline{\underline{2.992 \text{ €}}} \end{array}$$

Die insgesamt abzugsfähige Entfernungspauschale beträgt im Jahr 2023 (2.156 € + 2.992 €) 5.148 €.

Werden täglich mehrere erste Tätigkeitsstätten ohne Rückkehr zur Wohnung nacheinander angefahren, so ist für die Entfernungsermittlung der Weg zur zuerst aufgesuchten Tätigkeitsstätte als Umwegstrecke zur nächsten Tätigkeitsstätte zu berücksichtigen; die für die Ermittlung der Entfernungspauschale anzusetzende Entfernung darf höchstens die Hälfte der Gesamtstrecke betragen.

⇒ BEISPIEL Ein Arbeitnehmer fährt 2023 an 220 Arbeitstagen vormittags von seiner Wohnung A zur ersten Tätigkeitsstätte bei Arbeitgeber B, nachmittags weiter zur ersten Tätigkeitsstätte bei Arbeitgeber C und abends zur Wohnung in A zurück.

Die Entfernungen betragen zwischen A und B 30 km, zwischen B und C 40 km und zwischen C und A 50 km.

Die Gesamtentfernung beträgt $30 + 40 + 50 \text{ km} = 120 \text{ km}$, die Entfernung zwischen der Wohnung und den beiden ersten Tätigkeitsstätten $30 + 50 \text{ km} = 80 \text{ km}$. Da dies mehr als die Hälfte der Gesamtentfernung ($120 \text{ km} : 2 = 60 \text{ km}$) ist, sind 60 km für die Ermittlung der Entfernungspauschale anzusetzen.

Da die erhöhte Entfernungspauschale (0,38 €) für jeden Weg zur ersten Tätigkeitsstätte erst ab dem 21. Entfernungskilometer zu berücksichtigen ist, beträgt die Entfernungspauschale für die Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte in B und C

220 Arbeitstage x 20 km x 0,30 €	= 1.320 €
220 Arbeitstage x 20 km x 0,30 €	= 1.320 €
220 Arbeitstage x 20 km x 0,38 €	= 1.672 €
insgesamt	<u>4.312 €</u>

Fahrgemeinschaften

Bei Fahrgemeinschaften können der Fahrer und jeder Mitfahrer die Entfernungspauschale für sich in Anspruch nehmen. Umwegstrecken, insbesondere zum Abholen von Mitfahrern, sind jedoch nicht in die Entfernungsermittlung einzubeziehen.

Bei wechselseitigen Fahrgemeinschaften gelten die 4.500 € Höchstbetrag für die Mitfahrer der Fahrgemeinschaft an den Arbeitstagen, an denen sie ihr eigenes Fahrzeug nicht einsetzen.

Für die Berechnung der Entfernungspauschale kann der Mitfahrer zunächst für die Tage, an denen er mitgenommen wurde, die Entfernungspauschale in begrenzter Höhe ansetzen.

Anschließend ist die (unbegrenzt) anzusetzende Entfernungspauschale für die Tage zu ermitteln, an denen er sein eigenes Fahrzeug benutzt.

➔ BEISPIEL

Drei Arbeitnehmer bilden eine Fahrgemeinschaft zur 80 km entfernten ersten Tätigkeitsstätte. Für die tatsächlichen 210 Arbeitstage in 2023 nutzt jeder Arbeitnehmer sein eigenes Fahrzeug an 70 Tagen.

Die Entfernungspauschale ermittelt sich für jeden der drei Arbeitnehmer wie folgt:

1. Entfernungspauschale für Tage der Mitfahrt:	
140 Tage x 20 km x 0,30 €	= 840 €
140 Tage x 60 km x 0,38 €	= 3.192 €
abziehbar (Begrenzung 4.500 € nicht überschritten)	<u>4.032 €</u>
2. Entfernungspauschale für Fahrt mit eigenem Pkw:	
70 Tage x 20 km x 0,30 €	= 420 €
70 Tage x 60 km x 0,38 €	= 1.596 €
abziehbar (unbegrenzt)	<u>2.016 €</u>
Entfernungspauschale gesamt:	<u>6.048 €</u>

Setzt bei einer Fahrgemeinschaft nur ein Teilnehmer sein Fahrzeug ein, kann er die Entfernungspauschale ohne Begrenzung auf den Höchstbetrag von 4.500 € für seine Entfernung zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte geltend machen. Seine Umwegstrecke zum Abholen der Mitfahrer ist nicht in die Entfernungsermittlung einzubeziehen. Bei den Mitfahrern wird gleichfalls die Entfernungspauschale angesetzt, allerdings bei ihnen begrenzt auf den Höchstbetrag von 4.500 €.

Benutzung verschiedener Verkehrsmittel

Arbeitnehmer legen die Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte oftmals auf unterschiedliche Weise zurück, d. h. für eine Teilstrecke werden der Kraftwagen und für die weitere Teilstrecke öffentliche Verkehrsmittel benutzt (Park & Ride) oder es werden für einen Teil des Jahres der eigene Kraftwagen und für den anderen Teil öffentliche Verkehrsmittel benutzt. In derartigen Mischfällen ist zunächst die maßgebende Entfernung für die kürzeste Straßenverbindung zu ermitteln. Auf der Grundlage dieser Entfernung ist dann die anzusetzende Entfernungspauschale für die Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte zu berechnen.

Die Teilstrecke, die mit dem eigenen Kraftwagen zurückgelegt wird, ist in voller Höhe anzusetzen; für diese Teilstrecke kann auch die verkehrsgünstigere Strecke angesetzt werden. Der verbleibende Teil der maßgebenden Entfernung ist die Teilstrecke, die auf öffentliche Verkehrsmittel entfällt.

Die anzusetzende Entfernungspauschale ist dann für die Teilstrecke und Arbeitstage zu ermitteln, an denen der Arbeitnehmer seinen eigenen oder ihm zur Nutzung überlassenen Kraftwagen eingesetzt hat. Anschließend ist die auf 4.500 € begrenzte anzusetzende Entfernungspauschale für die Teilstrecke und Arbeitstage zu ermitteln, an denen der Arbeitnehmer öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Beide Beträge ergeben die insgesamt anzusetzende Entfernungspauschale, so dass auch in Mischfällen ein höherer Betrag als 4.500 € angesetzt werden kann.

Dabei ist in den Jahren 2021 bis 2026 (befristete Erhöhung der Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer) folgendes zu beachten:

- die erhöhte Entfernungspauschale ab dem 21. Kilometer wird vorrangig bei der Teilstrecke berücksichtigt, die mit dem eigenen oder zur Nutzung überlassenen Kraftwagen zurückgelegt wird, da für diese Teilstrecke die Höchstbetragsbegrenzung von 4.500 € nicht gilt und
- die Entfernungspauschale von 0,30 € für die ersten 20 Kilometer vorrangig bei der Teilstrecke mit öffentlichen Verkehrsmitteln berücksichtigt wird.

⇒ BEISPIEL 1

Ein Arbeitnehmer fährt an 220 Arbeitstagen im Jahr 2023 mit dem eigenen Kraftwagen 30 km zur nächsten Bahnstation und von dort 100 km mit der Bahn zur ersten Tätigkeitsstätte. Die kürzeste maßgebende Entfernung (Straßenverbindung) zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte beträgt 100 km. Die Aufwendungen für die Bahnfahrten betragen 2.160 € im Jahr (monatlich 180 € x 12).

Von der maßgebenden Entfernung von 100 km entfällt eine Teilstrecke von 30 km auf Fahrten mit dem eigenen Kraftwagen und eine Teilstrecke von 70 km auf Fahrten mit der Bahn.

Entfernungspauschale Teilstrecke Bahn (100 km – 30 km)

220 Arbeitstage x 20 km x 0,30 €	= 1.320 €
220 Arbeitstage x 50 km x 0,38 €	= 4.180 €
Summe	<u>5.500 €</u>
Maximal abzugsfähig	4.500 €

Entfernungspauschale Teilstrecke Kraftwagen

220 Arbeitstage x 30 km x 0,38 €	= <u>2.508 €</u>
----------------------------------	------------------

Insgesamt anzusetzende Entfernungspauschale

7.008 €

Die tatsächlichen Aufwendungen für die Bahnfahrten in Höhe von 2.160 € bleiben unberücksichtigt, da sie nicht höher sind als die im Kalenderjahr insgesamt anzusetzende Entfernungspauschale.

⇒ BEISPIEL 2

Ein Arbeitnehmer fährt an 220 Arbeitstagen im Jahr mit dem eigenen Fahrzeug 3 km zu einer verkehrsgünstig gelegenen Bahnstation und von dort noch 30 km mit der Bahn zur ersten Tätigkeitsstätte. Die kürzeste maßgebende Entfernung (Straßenverbindung) zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte beträgt 25 km. Die Jahreskarte für die Bahn kostet 1.750 €.

Von der maßgebenden Entfernung von 25 km entfällt eine Teilstrecke von 3 km auf Fahrten mit dem Kraftwagen und eine Teilstrecke von 22 km auf Fahrten mit der Bahn.

Entfernungspauschale Teilstrecke Bahn (25 km – 3 km)

220 Arbeitstage x 20 km x 0,30 €	= 1.320 €
220 Arbeitstage x 2 km x 0,38 €	= 167 €
Summe (begrenzt auf max. 4.500 €)	<u>1.487 €</u>

Entfernungspauschale Teilstrecke Kraftwagen

220 Arbeitstage x 3 km x 0,38 €

= 251 €

Insgesamt anzusetzende Entfernungspauschale

1.738 €

Da die tatsächlichen Aufwendungen für die Bahnfahrten in Höhe von 1.750 € höher sind als die insgesamt anzusetzende Entfernungspauschale von 1.738 €, können die tatsächlichen Aufwendungen mit insgesamt 1.750 € angesetzt werden.

Behinderte Menschen

Behinderte Menschen dürfen anstelle der Entfernungspauschale die tatsächlichen Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte geltend machen. Ohne Nachweis der tatsächlichen Aufwendungen können die Fahrtkosten bei Benutzung des eigenen oder zur Nutzung überlassenen PKWs mit **0,30 € pro gefahrenen km (wie Fahrtkosten bei Auswärtstätigkeit)** angesetzt werden.

Diese Voraussetzungen sind gegeben,

- wenn der Grad der Behinderung mit mindestens **70 %** feststeht oder
- wenn der Grad der Behinderung auf mindestens **50 %** festgestellt wurde und daneben eine Gehbehinderung – **Merkzeichen G** im Ausweis – bescheinigt ist.

Auch hier ist die kürzeste benutzbare Straßenverbindung maßgebend.

Außerdem können auch hier weiterhin Unfallkosten, die auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte entstanden sind, geltend gemacht werden.

Werden die Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte mit verschiedenen Verkehrsmitteln zurückgelegt, kann das Wahlrecht – Entfernungspauschale oder tatsächliche Kosten – für beide zurückgelegten Teilstrecken nur einheitlich ausgeübt werden.

⇒ BEISPIEL

Ein behinderter Arbeitnehmer mit einem Grad der Behinderung von 90 fährt an 220 Arbeitstagen im Jahr 2023 mit dem eigenen Kraftwagen 17 km zu einem behindertengerechten Bahnhof und von dort 82 km mit der Bahn zur ersten Tätigkeitsstätte. Die tatsächlichen Bahnkosten betragen monatlich 240 €.

A wählt das günstigste Ergebnis, dass sich aufgrund der Höchstgrenze von 4.500 € der Entfernungspauschale für die Teilstrecke mit der Bahn ergibt. Dies erreicht er mit dem Ansatz der Entfernungspauschale für 152 Tage (4.500 € Höchstbetrag: tägliche Entfernungspauschale für 82 km von 29,56 € (20 km x 0,30 € = 6 € + 62 km x 0,38 € = 23,56 €) = 152 Tage) und dem Ansatz der tatsächlichen Kosten für 68 Tage.

a) Ermittlung der Entfernungspauschale für 152 Tage (erhöhte Entfernungspauschale) vorrangig auf die Teilstrecke mit dem eigenen PKW

Entfernungspauschale für **Teilstrecke Kraftwagen**

152 Arbeitstage x 17 km x 0,38 €

= 981,92 €

Entfernungspauschale für **Teilstrecke Bahn**

152 Arbeitstage x 20 km x 0,30 €	= 912,00 €
152 Arbeitstage x 62 km x 0,38 €	= 3.581,12 €
Entfernungspauschale Teilstrecke Bahn (max. 4.500 €)	4.493,12 €
insgesamt anzusetzende Entfernungspauschale	<u>5.405,12 €</u>

b) Ermittlung der tatsächlichen Kosten für 68 Tage Teilstrecke Kraftwagen

(tatsächliche Aufwendungen ohne Einzelnachweis mit pauschalem Kilometersatz 0,30 € je gefahrenen km)

68 Arbeitstage x 17 km x 2 x 0,30 €	= 693,60 €
-------------------------------------	------------

Teilstrecke Bahn

Kosten Fahrkarte (240 € x 12 Monate : 220 Tage x 68 Tage)	= 890,18 €
insgesamt anzusetzende tatsächliche Kosten	<u>1.583,78 €</u>

A kann somit insgesamt einen Betrag von (5.405,12 € + 1.583,78 €) 6.988 € als Fahrtkosten geltend machen.

Zuschüsse des Arbeitgebers zu Fahrtkosten

■ bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel

Werden öffentliche Verkehrsmittel im Linienverkehr für die Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte genutzt, sind seit 2019 sowohl die Sachbezüge aus der Überlassung eines Jobtickets oder anderer Fahrkarten als auch Zuschüsse des Arbeitgebers zu den Fahrtkosten steuerfrei. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Leistungen des Arbeitgebers zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gezahlt werden. Eine Gehaltsumwandlung ist nicht möglich.

Die steuerfreien Arbeitgeberleistungen mindern die als Werbungskosten abzugsfähige Entfernungspauschale (§ 3 Nr. 15 EStG).

Alternativ können diese Arbeitgeberzuschüsse auch pauschal mit 25 % versteuert werden. In diesem Fall erfolgt keine Minderung der als Werbungskosten abzugsfähigen Entfernungspauschale.

Ebenfalls steuerfrei sind seit 01.01.2019 Arbeitgeberleistungen für **private Fahrten des Arbeitnehmers im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**.

Auch in diesem Fall müssen die Leistungen zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht werden.

■ bei Benutzung anderer Verkehrsmittel

Werden keine öffentlichen Verkehrsmittel im Linienverkehr genutzt, kann der Arbeitgeber die Lohnsteuer für zusätzlich zum geschuldeten Arbeitslohn gezahlte Zuschüsse zu den

Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte pauschal mit 15 % erheben, soweit sie den Betrag nicht übersteigen, den der Arbeitnehmer als Werbungskosten geltend machen kann.

Die als Werbungskosten abzugsfähige Entfernungspauschale ist um die pauschal besteuerten Fahrkostenzuschüsse zu kürzen (§ 40 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 EStG).

Besteuerung des Firmenwagens nach der Bruttolistenpreismethode

Stellt ein Arbeitgeber einem Arbeitnehmer einen Firmenwagen zur privaten Nutzung und zur Nutzung für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte zur Verfügung, entsteht ein geldwerter Vorteil, der dem Arbeitslohn zuzurechnen und zu versteuern ist.

Wird **kein Fahrtenbuch** geführt, ist der geldwerte Vorteil nach der **Bruttolistenpreismethode** wie folgt zu ermitteln:

1. Privatnutzung

1 % je Kalendermonat des auf volle hundert Euro abgerundeten inländischen Bruttolistenpreises zum Zeitpunkt der Erstzulassung.

2. Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte

Pauschalregel: 0,03 % je Kalendermonat des oben genannten Bruttolistenpreises für jeden Entfernungskilometer zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte. Dabei ist die kürzeste benutzbare Straßenverbindung maßgebend. Arbeitnehmer, die mit dem Firmenwagen durchschnittlich an weniger als 15 Tagen im Monat von der Wohnung zur Arbeitsstätte pendeln, müssen den geldwerten Vorteil nicht mehr zwingend mit 0,03 % des Listenpreises pro Monat ansetzen, sondern haben die Möglichkeit der Einzelbewertung.

Einzelbewertung: 0,002 % des oben genannten Bruttolistenpreises je Entfernungskilometer und je Fahrt zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte.

Die Einzelbewertung der tatsächlichen Fahrten ist nur bei Vorliegen der nachfolgenden Voraussetzungen zulässig:

- Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber monatlich schriftlich zu erklären, an welchen konkreten Tagen (mit Datumsangabe) er den Firmenwagen tatsächlich für Fahrten von der Wohnung zur Tätigkeitsstätte genutzt hat.
- Der Arbeitgeber hat für alle dem Arbeitnehmer überlassenen betrieblichen Kraftfahrzeuge eine jahresbezogene Begrenzung auf insgesamt 180 Fahrten vorzunehmen. Eine monatliche Begrenzung auf 15 Fahrten ist ausgeschlossen.

Beim Lohnsteuerabzug ist der Arbeitgeber nicht zur Einzelbewertung der tatsächlichen Pendelfahrten verpflichtet; er kann weiterhin die Pauschalregel als Zuschlag ansetzen. Dabei muss er die Anwendung in Abstimmung mit dem Arbeitnehmer für jedes Kalenderjahr einheitlich festlegen und darf über das Jahr nicht wechseln. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer ist der Arbeitnehmer nicht an die für das Lohnsteuerabzugsverfahren gewählte Methode gebunden und kann diese einheitlich für das gesamte Kalenderjahr wechseln.

⇒ BEISPIEL

a) Ein Arbeitnehmer nutzt seit 2022 einen gebraucht angeschafften Firmenwagen auch privat. Der Bruttolistenpreis zum Zeitpunkt der Erstzulassung 2021 hat umgerechnet 60.000 € betragen. Die Entfernung zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte beträgt 20 Kilometer. Der geldwerte Vorteil für den Monat Januar 2023 berechnet sich wie folgt:

Geldwerter Vorteil für eigentliche Privatfahrten	
1 % von 60.000 €	= 600,00 €
Zuschlag für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte	
0,03 % x 60.000 € x 20 km	= <u>360,00 €</u>
lohnsteuerpflichtiger Sachbezug	
Firmenwagen Januar 2023	<u><u>960,00 €</u></u>

b) Beispiel wie a), jedoch fährt der Arbeitnehmer nur an 4 Tagen im Monat die Strecke zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte.

Geldwerter Vorteil für eigentliche Privatfahrten	
1 % von 60.000 €	= 600,00 €
Zuschlag für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	
0,002 % x 60.000 € x 20 km x 4 Fahrten	= <u>96,00 €</u>
lohnsteuerpflichtiger Sachbezug	
Firmenwagen Januar 2023	<u><u>696,00 €</u></u>

Wird der Firmenwagen auf dem Weg zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte nur auf einer Teilstrecke eingesetzt, beschränkt sich der Ansatz der 0,03%-Monatspauschale auf diese Teilstrecke, wenn dem Arbeitnehmer für den restlichen Fahrweg eine Jahresbahnfahrkarte zur Verfügung steht. Allerdings muss der Arbeitnehmer zu Beweis Zwecken eine auf ihn ausgestellte Jahresfahrkarte vorlegen.

Sonderregelung beim Elektroauto

Bruttolistenpreis bei Pauschalwertmethode

Die Anschaffungskosten von Elektrofahrzeugen liegen deutlich über denen von Autos mit Verbrennungsmotoren, was insbesondere auf die Zusatzkosten für die teure Batterie zurückzuführen ist. Damit steigt für Firmenwagenbesitzer auch der zu versteuernde Privatanteil an. Dieser Nachteil durch den höheren Listenpreis der Elektroautos wird durch eine entsprechende Regelung im Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz dadurch ausgeglichen, dass die Kosten des Batteriesystems für die Anwendung der Ein-Prozent-Methode vom Listenpreis abgezogen werden dürfen.

Der Abzug erfolgt durch eine Pauschale, die sich nach der Batteriekapazität richtet. Bei der Anschaffung eines Elektrofahrzeugs bis Ende 2013 durfte der Bruttolistenpreis um 500 € pro Kilowattstunde, maximal aber um 10.000 € vermindert werden. Der Abschlag vom Listenpreis vermindert sich für nach 2013 angeschaffte Elektroautos jährlich um 50 € pro kWh Speicherkapazität. Der Höchstbetrag vermindert sich für in den Folgejahren angeschaffte Elektrofahr-

zeuge um jährlich 500 €. Die Minderung des Bruttolistenpreises ist nur dort zulässig, wo der Kaufpreis auch die Batterie umfasst. Modelle, bei denen die Akkumulatoren nur mietweise überlassen werden, sind von der neuen Sonderregelung nicht betroffen.

➔ BEISPIEL

Der Bruttolistenpreis eines 2020 angeschafften Elektrofahrzeugs beträgt 53.000 €, bei einer Speicherkapazität der Batterie von 40 kWh. Der steuerlich maßgebende Listenpreis errechnet sich wie folgt:

Bruttolistenpreis	53.000 €
– Pauschaler Abschlag 40 kWh x 150 € = 6.000 €, Höchstbetr. Anschaffung 2020	<u>6.500 €</u>
Bruttolistenpreis für Ermittlung geldwerter Vorteil	<u>46.500 €</u>

Fahrtenbuchmethode

Bei der Ermittlung des geldwerten Vorteils nach der Fahrtenbuchmethode ist die Bemessungsgrundlage für die Absetzung für Abnutzung (AfA) – entsprechend den vorgenannten Grundsätzen bei der Bruttolistenpreisermittlung – pauschal um die Kosten für die Batterie zu mindern. Neu geregelt wurde, dass die Stromkosten aus den Gesamtkosten herauszurechnen sind.

Neuregelung beim Elektroauto – Reduzierung der Bemessungsgrundlage

Für Elektroautos und extern aufladbare Hybridfahrzeuge, die **im Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2021** angeschafft oder geleast wurden, gab es eine besondere steuerliche Förderung durch die Halbierung der Bemessungsgrundlage.

Dies bedeutet, dass bei der Bruttolistenpreismethode nur der halbe Bruttolistenpreis und bei der Fahrtenbuchmethode nur die Hälfte der ermittelten Kosten (Absetzung für Abnutzung bzw. Leasingkosten) angesetzt wird.

Mit dem Jahressteuergesetz 2019 und dem Klimapaket 2030 wurde neben der Verlängerung der Halbierung der Bemessungsgrundlage auch eine Herabsetzung der Bemessungsgrundlage auf ein Viertel für bestimmte Fahrzeuge beschlossen.

Demnach ist die Bemessungsgrundlage nur zu einem Viertel anzusetzen bei Elektro- und Hybridfahrzeugen, die zwischen dem **01.01.2019 und dem 31.12.2030** angeschafft werden, wenn das Kraftfahrzeug keine Kohlendioxidemission je gefahrenen Kilometer hat und der Bruttolistenpreis des Kraftfahrzeugs nicht mehr als 60.000 Euro beträgt.

Für Elektro- und Hybridfahrzeuge, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen und deren Schadstoffausstoß 50 g Kohlendioxid je gefahrenen Kilometer nicht übersteigt, wird die Bemessungsgrundlage halbiert, wenn:

- die Anschaffung zwischen dem **01.01.2022 und dem 31.12.2024** erfolgt und die Reichweite des Fahrzeugs unter ausschließlicher Nutzung der elektrischen Antriebsmaschine mindestens 60 Kilometer beträgt,

- die Anschaffung zwischen dem **01.01.2025 und dem 31.12.2030 erfolgt** und die Reichweite des Fahrzeugs unter ausschließlicher Nutzung der elektrischen Antriebsmaschine mindestens 80 Kilometer beträgt.

Sonderregelung bei Fahrrädern und Elektro-Bikes

Werden vom Arbeitgeber **Fahrräder oder Elektro-Fahrräder, die verkehrsrechtlich als Fahrrad (z. B. keine Kennzeichen- und Versicherungspflicht) einzuordnen sind**, zur privaten Nutzung an Arbeitnehmer überlassen, ist hier ab 2019 kein geldwerter Vorteil mehr zu ermitteln. Die Steuerbefreiung ist bis Ende 2030 befristet. Die steuerfreie Überlassung wird auch nicht auf die Entfernungspauschale angerechnet.

Diese Vorteile sind unter der Voraussetzung steuerfrei, dass die Leistung zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht wird.

Werden die o. g. Fahrräder im Rahmen einer Gehaltsumwandlung überlassen, sind zwei Fälle zu unterscheiden:

a) erstmalige Überlassung nach dem 31.12.2018

Im **Jahr 2019** beträgt der monatliche Durchschnittswert der privaten Nutzung (einschließlich Privatfahrten, Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte sowie Fahrten zu einem Sammelpunkt und Familienheimfahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung) **1 % des auf volle 100 Euro abgerundeten halbierten Bruttolistenpreises**.

Ab **Januar 2020** beträgt er nur noch **1 % des auf volle 100 Euro abgerundeten Viertels des Bruttolistenpreises**.

b) erstmalige Überlassung bereits vor dem 01.01.2019

Für Fahrräder, die bereits vor 2019 vom Arbeitgeber einem Arbeitnehmer zur privaten Nutzung überlassen wurden, bleibt es auch bei einem Wechsel des Nutzungsberechtigten nach dem 31. Dezember 2018 für dieses Fahrrad bei den bisherigen Regelungen. Die Halbierung des Bruttolistenpreises ist in diesen Fällen nicht anzuwenden und der monatliche Durchschnittswert der privaten Nutzung **beträgt 1 % des auf volle 100 Euro abgerundeten Bruttolistenpreises**.

Für **Elektro-Fahrräder, die verkehrsrechtlich als Kraftfahrzeug (z. B. E-Bikes, deren Motor Geschwindigkeiten über 25 km/h unterstützt, Kennzeichen- und Versicherungspflicht) einzuordnen sind**, ist der geldwerte Vorteil genau wie beim Firmenwagen nach der 1%-/0,03%-Bruttolistenpreismethode zu ermitteln.

Für diese Elektro-Fahrräder, die im Zeitraum **vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2030 erstmalig überlassen** werden, gilt entsprechend der Neuregelung für Elektroautos auch hier, der geldwerte Vorteil bemisst sich im Jahr 2019 nur anhand des halben Bruttolistenpreises- und ab 2020 nur mit einem Viertel des Bruttolistenpreises.

3.2.2 Mobilitätsprämie

Geringverdiener, die mit ihrem zu versteuernden Einkommen unter dem Grundfreibetrag (2023 10.908 € Alleinstehende / 21.816 € Verheiratete) liegen, zahlen keine Steuern und profitieren somit nicht von der Erhöhung der Entfernungspauschale. Damit gerade aber auch die Geringverdiener nicht leer ausgehen, wurde die Mobilitätsprämie eingeführt. Im Gegensatz zur Pendlerpauschale handelt es sich nicht um einen Werbungskostenabzug, sondern um eine direkte Auszahlung vom Finanzamt. Die Mobilitätsprämie ist, wie die Erhöhung der Entfernungspauschale, zunächst bis Ende 2026 befristet und wird nicht nur für Fahrten zur Arbeitsstätte gezahlt, sondern auch für Familienheimfahrten im Rahmen der doppelten Haushaltsführung.

Voraussetzungen für die Mobilitätsprämie

Anspruch auf die Mobilitätsprämie haben Steuerpflichtige, bei denen das zu versteuernde Einkommen unterhalb des Grundfreibetrags (2023 10.908 € Alleinstehende / 21.816 € Verheiratete) liegt und die Entfernung zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte mindestens 21 Kilometer beträgt.

Höhe und Berechnung der Mobilitätsprämie

Die Mobilitätsprämie beträgt grundsätzlich 14 Prozent der erhöhten Entfernungspauschale (0,38 € je Entfernungskilometer ab dem 21. Entfernungskilometer). Der Berechnungsweg ist jedoch komplizierter, denn es muss ermittelt werden, wie sich die Entfernungspauschale auswirken würde, wenn man Steuern zahlen müsste. Dies bedeutet, dass auch noch das zu versteuernde Einkommen, der Grundfreibetrag und der Arbeitnehmer-Pauschbetrag in die Berechnung mit einbezogen werden.

⇒ BEISPIEL

Ein alleinstehender Arbeitnehmer hat in 2023 ein zu versteuerndes Einkommen von 9.300 €. Er ist im Jahr 2023 an insgesamt 220 Tagen zu seiner Arbeitsstätte gefahren. Die einfache Wegstrecke beträgt 40 Kilometer und neben den Fahrtkosten hatte er keine weiteren Werbungskosten.

Die Mobilitätsprämie wird in folgenden Schritten ermittelt:

1. Berechnung der Entfernungspauschale und der Werbungskosten

Entfernungspauschale	
für die ersten 20 Kilometer: 220 Tage x 20 km x 0,30 €	= 1.320 €
ab dem 21. Kilometer: 220 Tage x 20 km x 0,38 €	= 1.672 €
Entfernungspauschale insgesamt	2.992 €
Übrige Werbungskosten	0 €
Werbungskosten insgesamt	<u>2.992 €</u>

2. Berücksichtigung des Arbeitnehmer-Pauschbetrages

Jedem Arbeitnehmer steht ein Werbungskostenpauschbetrag zu, der ab 2023 von bisher 1.200 € auf 1.230 € angehoben wurde. Nur die übersteigenden Werbungskosten dürfen bei der Mobilitätsprämie berücksichtigt werden.

Werbungskosten insgesamt	2.992 €
– Arbeitnehmerpauschbetrag	<u>1.230 €</u>
= übersteigender Betrag	<u>1.762 €</u>

Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag wird in unserem Beispiel um 1.762 € überschritten. Diese Aufwendungen entfallen in Höhe von 1.672 € auf die erhöhte Entfernungspauschale ab dem 21. Kilometer und werden zur weiteren Berechnung der Mobilitätsprämie herangezogen.

3. Differenz zwischen Grundfreibetrag und zu versteuerndem Einkommen ermitteln

Grundfreibetrag 2023	10.908 €
– zu versteuerndes Einkommen	<u>9.300 €</u>
= Differenz	<u>1.608 €</u>

4. Vergleich wegen Höchstbetragsbegrenzung

Die Mobilitätsprämie ist auf einen Höchstbetrag begrenzt, deswegen müssen nun zwei Beträge miteinander verglichen werden:

Die erhöhte Entfernungspauschale (in unserem Fall 1.672 €) und die Differenz zwischen Grundfreibetrag und zu versteuerndem Einkommen (in unserem Fall 1.608 €).

Der kleinere Betrag wird für die Berechnung der Mobilitätsprämie berücksichtigt, denn nur dieser hat keine steuerliche Entlastung gebracht. In unserem Fall also 1.608 €.

5. Mobilitätsprämie berechnen

14 Prozent von 1.608 € = 225,12 €

Die Mobilitätsprämie für den Arbeitnehmer beträgt im Jahr 2023 also 14 % von 1.608 € = 225,12 €.

Antragstellung und Auszahlung

Die Mobilitätsprämie muss beantragt werden. Dies geschieht über die jährliche Einkommensteuererklärung, der die ausgefüllte Anlage Mobilitätsprämie beizufügen ist. Der Antrag ist spätestens bis zum Ablauf des vierten Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Mobilitätsprämie entsteht, zu stellen. Dies bedeutet, dass der Antrag für die Mobilitätsprämie 2023 bis spätestens 31.12.2027 einzureichen ist.

Die Mobilitätsprämie wird jedoch nicht ausgezahlt, wenn sie weniger als 10 € beträgt.

1	Name		Anlage Mobilitätsprämie
2	Vorname		<small>Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.</small>
3	Steuernummer		lfd. Nr. der Anlage 1
Angaben zum Antrag auf Mobilitätsprämie			
Antrag auf Festsetzung der Mobilitätsprämie 18			
<small>- Ein Antrag ist nur für Pendlerinnen und Pendler erforderlich, die ein zu versteuerndes Einkommen bis zur Höhe des Grundfreibetrags von 10.908 € (bei Zusammenveranlagung 21.816 €) haben und die mindestens 21 km zur ersten Tätigkeitsstätte / ersten Betriebsstätte zurücklegen. -</small>			
4	Ich beantrage / Wir beantragen die Festsetzung der Mobilitätsprämie.		240 <input type="checkbox"/> 1 = Ja
Angaben zur Mobilitätsprämie			
Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A			
5	Der Antrag auf Mobilitätsprämie bezieht sich auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.		<input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein
<small>- Falls "Ja", füllen Sie bitte die Anlage N aus. Liegen darüber hinaus weitere Einkünfte vor, füllen Sie bitte die folgenden Zeilen aus. -</small>			
6	Der Antrag auf Mobilitätsprämie bezieht sich auf andere Einkünfte (ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, siehe Einkunftsarten laut Zeile 8).		241 <input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein
<small>- Falls "Ja", füllen Sie bitte die folgenden Zeilen aus. -</small>			
7	Bezeichnung des Betriebs / der Tätigkeit / des Vermietungsobjekts / ggf. Betriebssteuer Nummer		
8	Einkunftsart	<input type="checkbox"/>	<small>1 = Land- und Forstwirtschaft 2 = Gewerbebetrieb 3 = Selbständige Arbeit 4 = Vermietung und Verpachtung 5 = sonstige Einkünfte</small>
Wege zwischen Wohnung und erster Betriebsstätte / erster Tätigkeitsstätte (Entfernungspauschale)			
<small>- sofern bei Behinderung keine tatsächlichen Fahrtkosten erklärt wurden -</small>			
9	erste Betriebsstätte / erste Tätigkeitsstätte (Postleitzahl, Ort und Straße)		
10	aufgesucht an Tagen	<input type="checkbox"/>	einfache Entfernung (auf volle Kilometer abgerundet) <input type="checkbox"/> km
Wöchentliche Familienheimfahrten bei doppelter Haushaltsführung			
<small>- sofern bei Behinderung keine tatsächlichen Fahrtkosten erklärt wurden -</small>			
11	Beschäftigungsort (Postleitzahl, Ort und Straße)		
12	Anzahl der Familienheimfahrten	<input type="checkbox"/>	einfache Entfernung (auf volle Kilometer abgerundet) <input type="checkbox"/> km

Anlage N, 41

3.2.3 Beiträge zu Berufsverbänden

Ein Berufsverband ist ein Zusammenschluss von Personen und Unternehmen, der sich die Förderung der Belange eines bestimmten Berufsstandes zum Ziel setzt. Der Berufsverband ist eine Form des Interessenverbandes.

Unter die Rubrik Beiträge zu Berufsverbänden fallen Gewerkschafts- und Arbeitskammer-Beiträge sowie Aufwendungen für Interessenverbände, soweit diese spezifisch berufliche Interessen des Arbeitnehmers vertreten. Es ist dabei gleichgültig, ob dies Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Aufwendungen für die Teilnahme an **Veranstaltungen eines Berufsverbandes**, einer Gewerkschaft und dergleichen sind nur insoweit Werbungskosten, als die Tagung oder Veranstaltung fachliche oder berufliche Fragen behandelt.

Das Gleiche gilt für Aufwendungen eines Arbeitnehmers im Zusammenhang mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit für seine Gewerkschaft oder seinen Berufsverband.

Anlage N, 42 bis 43

3.2.3 Aufwendungen für Arbeitsmittel

Arbeitsmittel sind Wirtschaftsgüter, die zur Erledigung der beruflichen Aufgaben dienen.

Die Aufwendungen für Arbeitsmittel sind nur dann absetzbar, wenn diese Gegenstände ausschließlich oder zumindest weitaus überwiegend zu beruflichen Zwecken genutzt werden. Es ist unerheblich, ob die Aufwendungen üblich, notwendig oder zweckmäßig sind. Wenn Arbeitsmittel sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich genutzt werden, sind unter bestimmten Voraussetzungen Werbungskosten absetzbar.

Arbeitsmittel sind beispielsweise:

- Berufskleidung
- Fachliteratur
- Bürobedarf (z. B. Schreibwaren, Folien, Kopien, Papier)
- Werkzeug
- Computer mitsamt Peripheriegeräten
- Aktentasche, Aktenkoffer

Zur typischen Berufskleidung gehören Kleidungsstücke, die

- als Arbeitsschutzkleidung auf eine bestimmte Berufstätigkeit zugeschnitten sind (z. B. Monteuranzüge, Schutzhelme) oder
- nach ihrer (z. B. uniformartigen) Beschaffenheit objektiv eine berufliche Funktion erfüllen (Uniformen bei Feuerwehr, Polizei, Verkehrsbetrieben, Robe bei Richtern) oder
- dank dauerhaft angebrachter Kennzeichnung durch ein Firmenemblem objektiv eine berufliche Funktion erfüllen.

Abzugsfähig sind die Ausgaben für Berufskleidung nur, wenn die private Nutzung der Kleidungsstücke so gut wie ausgeschlossen ist, wovon man bei normalen Schuhen, Unterwäsche, Socken und T-Shirts nicht ausgehen kann.

Es ist auch zu beachten, dass Ausgaben für die bürgerliche Kleidung (normaler Anzug, Kostüm der Sekretärin) nicht abzugsfähige Kosten der privaten Lebensführung sind.

Handelt es sich um typische Berufsbekleidung, sind nicht nur die Anschaffungskosten, sondern auch die Aufwendungen für das Waschen bzw. Reinigen (z. B. auch in der häuslichen Waschmaschine) und Schneidern Werbungskosten des Arbeitnehmers.

Kosten für die Beseitigung von Schäden an nicht typischer Berufskleidung, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Berufsausübung entstanden sind (z. B. Beschädigung des Zivilanzuges durch Säuren), stellen ebenfalls Werbungskosten dar.

Stellt der Arbeitgeber die Berufskleidung oder übernimmt er deren Reinigung, können insoweit keine Werbungskosten geltend gemacht werden.

Aufwendungen für **Fachbücher und Fachzeitschriften**, die ausschließlich der Berufsausübung dienen, sind Werbungskosten. Hierunter fallen Bücher und Zeitschriften, die das fachliche Wissen und Können des Arbeitnehmers in seinem ausgeübten Beruf erweitern, vertiefen und fördern. Der Arbeitnehmer muss nachweisen oder zumindest glaubhaft machen, dass diese ausschließlich beruflich genutzt werden. Eine private Mitbenutzung ist unschädlich, wenn sie von untergeordneter Bedeutung ist. Bei spezieller Fachliteratur ist der berufliche Nachweis in der Regel unproblematisch. Bei allgemeinbildender Literatur ist dies entsprechend schwieriger. Nicht anerkannt werden die Aufwendungen z. B. für: Nachschlagewerke, allgemeinbildende Bücher sowie Zeitungen und Zeitschriften mit allgemein interessierendem Inhalt. Tageszeitungen sind meist nicht abzugsfähig.

Zu den Werbungskosten gehören auch die **Aufwendungen des Arbeitnehmers** für die aus beruflichen Gründen notwendigen Anschaffungen **von sonstigen Arbeitsmitteln**, soweit diese vom Arbeitgeber nicht zur Verfügung gestellt werden. Hierzu gehören insbesondere Werkzeuge (z. B. Scheren und Kämmen bei Frisören), Musikinstrumente bei Berufsmusikern, Schreibmaschinen oder Computer oder Laptop (z. B. bei Journalisten), Lehrbücher bei Lehrern, Telefonkosten, Kosten für Faxgeräte oder Anrufbeantworter.

Neben den Anschaffungskosten gehören auch die laufenden Kosten der Unterhaltung und Pflege dieser Arbeitsmittel zu den Werbungskosten.

Die Kosten für einen **Computer** und entsprechende Peripheriegeräte sind nur dann abzugsfähig, wenn gewährleistet ist, dass der Computer nicht nur unwesentlich zu beruflichen Zwecken genutzt wird. Hierbei ist auf die Art des Computers sowie die verwendeten Programme (Software) abzustellen. Übersteigt der private Nutzungsanteil die Geringfügigkeitsgrenze von 10 %, sind die Aufwendungen in einen privaten und einen beruflichen Teil aufzuteilen. Der berufliche Teil der Aufwendungen ist als Werbungskosten berücksichtigungsfähig. Um den beruflichen Nutzungsanteil im konkreten Fall nachzuweisen, ist es ratsam, Aufzeichnungen für einen repräsentativen Zeitraum von mindestens drei Monaten zu machen oder ein **Benutzerhandbuch** zu führen. Auch eine Bescheinigung des Arbeitgebers kann im Einzelfall sachdienlich sein. Dieser sollte darin das Aufgabengebiet und die berufliche Verwendung des privat angeschafften Computers bestätigen.

Folgende Argumente könnten hilfreich sein, um den beruflichen Anteil am Computer zu bestätigen:

1. Sie arbeiten an Ihrem Arbeitsplatz mit einem PC und verwenden sowohl im häuslichen wie im beruflichen PC die gleiche berufsspezifische Software.
2. Sie erledigen nachweislich beruflich anfallende Arbeiten zu Hause und sind daher auf die Verwendung eines häuslichen PC angewiesen (Bescheinigung des Arbeitgebers vorlegen).
3. Sie haben zusammen mit dem PC eine Vielzahl rein berufsspezifischer Programme erworben.
4. Sie erstellen eigene Programme, die im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit zum Einsatz kommen.
5. Sie benötigen den Computer, um zu Hause **berufliche Projekte** vorzubereiten. Kennzeichen: Sie wenden das gleiche Betriebssystem an, wie Ihr PC am Arbeitsplatz. Ihr Arbeitgeber hat Ihnen Programme überlassen, die auch im Betrieb eingesetzt werden.
6. Sie verwenden den PC nachweisbar für Ihre **berufliche Weiterbildung**.

Die Anschaffungskosten von Arbeitsmitteln einschließlich der Umsatzsteuer können im Jahr der Anschaffung in voller Höhe als Werbungskosten abgesetzt werden, wenn die Kosten des einzelnen Wirtschaftsguts bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Dieser Grenzbetrag für die sogenannten geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG) beträgt 800 € netto und 952 € inklusive 19 Prozent Umsatzsteuer. Liegen die Anschaffungskosten eines Arbeitsmittels nicht über 952 €, können Arbeitnehmer diese Kosten im Anschaffungsjahr als Werbungskosten absetzen.

Höhere Anschaffungskosten eines Arbeitsmittels sind auf die Kalenderjahre der voraussichtlichen gesamten Nutzungsdauer des Arbeitsmittels zu verteilen und in jedem dieser Jahre anteilig als Werbungskosten zu berücksichtigen.

Überschreiten Arbeitsmittel die 800 € (952 €)-Grenze und müssen deshalb abgeschrieben werden, gilt folgende Regel:

- Für Wirtschaftsgüter, die nicht vom ersten Monat des Jahres an erworben wurden, ist für jeden angefangenen Monat der zwölfte Teil der Jahresabschreibung anzusetzen.

Diese Grenze beträgt bei **Gewinneinkünften** (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit) ab 2018 250 €. Bei Anschaffungskosten von mehr als 250 € bis 1.000 € ist ein Sammelposten zu bilden, der über fünf Jahre abzuschreiben ist (§ 6 Abs. 2, 2a EStG).

Für **Überschusseinkünfte** (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte gem. § 22 EStG) gilt die oben genannte Geringfügigkeitsgrenze von 800 €. Die Bildung eines Sammelpostens ist nicht vorgesehen.

Computerhardware und Software können ab 2021 sofort im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben werden, unabhängig von der Höhe der Anschaffungskosten.

Zur **Computerhardware** zählen praktisch sämtliche Wirtschaftsgüter einer PC-Anlage und deren Peripherie. Konkret genannt und definiert werden von der Finanzverwaltung:

- Computer,
- Desktop-Computer,
- Notebook-Computer (wie z.B. Tablet, Slate, oder mobiler Thin-Client),
- Desktop-Thin-Client,
- Workstation,
- mobile Workstation,
- Small-Scale-Server,
- Dockingstation,
- externes Netzteil,
- Peripherie-Geräte (wie z.B. Tastatur, Maus, Scanner, Kamera, Mikrofon, Headset),
- externe Speicher (Festplatte, DVD-/CD-Laufwerk, USB-Stick, Streamer),
- Ausgabegeräte (wie z.B. Beamer, Plotter, Headset, Lautsprecher, Monitor oder Display), sowie
- Drucker (Laser-, Tintenstrahl- oder Nadeldrucker).

Unter **Software** wird jegliche Betriebs- und Anwendersoftware zur Dateneingabe und -verarbeitung gefasst.

Die Vorteile der Arbeitnehmer aus einer privaten Mitbenutzung von betrieblichen Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten sind nach § 3 Nr. 45 EStG steuerfrei.

Danach fällt bei der Überlassung von

- **betrieblichen Datenverarbeitungsgeräten und Telekommunikationsgeräten** (z. B. PC, Laptop, Handy, Smartphone, Tablet, Autotelefon),

- **deren Zubehör** (z. B. Monitor, Drucker, Beamer, Scanner, Modem, Netzwerkswitch, Router, Hub, Ladegeräte, Sim-Karte, Transportbehältnisse wie Laptotasche oder Handyhülle),
- **System- und Anwendungsprogrammen** (z. B. Betriebssystem, Browser, Virens Scanner, Softwareprogramm),

zur privaten Nutzung keine Lohnsteuer an.

Die Steuerfreiheit kommt aber nur in Betracht, wenn der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern derartige Geräte – leihweise – zur privaten Nutzung überlässt und die Geräte dabei im Eigentum des Arbeitgebers verbleiben.

Überträgt der Arbeitgeber das Eigentum an den o. g. Geräten hingegen auf Dauer an seine Arbeitnehmer, kommt diese Steuerbefreiungsvorschrift nicht zum Tragen. Es handelt sich hierbei um steuerpflichtigen Arbeitslohn, der aber nach § 40 Absatz 2 Nr. 5 EStG mit einem Steuersatz von 25 % pauschal versteuert werden kann, sofern der Arbeitgeber die Geräte zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn unentgeltlich oder verbilligt übereignet.

Das Gleiche gilt auch für Zubehör und Internetzugang und für Zuschüsse des Arbeitgebers, die zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn zu den Aufwendungen des Arbeitnehmers für die Internetnutzung gezahlt werden.

Anlage N, 44

3.2.4 Häusliches Arbeitszimmer und Homeoffice

Die Arbeitswelt ist im Wandel, mobiles Arbeiten von zu Hause aus ist mittlerweile in vielen Branchen nicht mehr der Ausnahmefall, sondern Normalzustand. Mit dem Jahressteuergesetz 2022 hat der Gesetzgeber darauf reagiert und die Regelungen zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von häuslichen Arbeitszimmern und Homeofficeplätzen ab dem Jahr 2023 neu geregelt.

3.2.4.1 Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer

Die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer können ab 2023 nur unter den folgenden Voraussetzungen abgezogen werden:

- Das häusliche Arbeitszimmer bildet den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung
- Der genutzte Arbeitsraum entspricht den Vorgaben für ein häusliches Arbeitszimmer.

Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung

Ein häusliches Arbeitszimmer bildet den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung des Steuerpflichtigen, wenn dort Handlungen vorgenommen und Leistungen erbracht werden, die für die konkret ausgeübte betriebliche oder berufliche Tätigkeit wesentlich und prägend sind. Der Tätigkeitsmittelpunkt bestimmt sich nach dem inhaltlichen, also qualitativen Schwerpunkt der betrieblichen und beruflichen Betätigung. Übt der Arbeitnehmer seine Tätigkeit in qualitativer Hinsicht gleichwertig sowohl im häuslichen Arbeitszimmer als auch an einem außerhäuslichen Arbeitsort aus, so liegt der Mittelpunkt der gesamten beruflichen und betrieblichen Betätigung dann im häuslichen Arbeitszimmer, wenn der Steuerpflichtige mehr als die Hälfte der Arbeitszeit im häuslichen Arbeitszimmer tätig wird.

Beispiele, in denen das häusliche Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bilden kann:

- Bei einem Verkaufsleiter, der zur Überwachung von Mitarbeitern und zur Betreuung von Großkunden im Außendienst tätig ist, kann das häusliche Arbeitszimmer Tätigkeitsmittelpunkt sein, wenn er dort die für den Beruf wesentlichen Leistungen (z. B. Organisation der Betriebsabläufe) erbringt.
- Bei einem Ingenieur, dessen Tätigkeit durch die Erarbeitung theoretischer, komplexer Problemlösungen im häuslichen Arbeitszimmer geprägt ist, kann dieses auch dann der Mittelpunkt der beruflichen Betätigung sein, wenn die Betreuung von Kunden im Außendienst zu seinen Aufgaben gehört.
- Bei einem Praxis-Konsultant, der ärztliche Praxen in betriebswirtschaftlichen Fragen berät und betreut, kann das häusliche Arbeitszimmer auch dann den Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit bilden, wenn er einen nicht unerheblichen Teil seiner Arbeitszeit im Außendienst verbringt.

Beispiele, in denen das Arbeitszimmer nicht den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bildet:

- Ein kaufmännischer Angestellter eines Industrieunternehmens ist nebenbei als Mitarbeiter für einen Lohnsteuerhilfverein selbständig tätig und nutzt für letztere Tätigkeit sein häusliches Arbeitszimmer als „Beratungsstelle“, in dem er Steuererklärungen erstellt, Beratungsgespräche führt und Rechtsbehelfe bearbeitet. Für diese Nebentätigkeit ist das Arbeitszimmer zwar der Tätigkeitsmittelpunkt. In der Gesamtbetrachtung ist das Arbeitszimmer nicht Mittelpunkt seiner ausschließlichen betrieblichen und beruflichen Betätigung.
- Bei Lehrern befindet sich der Mittelpunkt der betrieblichen und beruflichen Betätigung regelmäßig nicht im häuslichen Arbeitszimmer, weil die berufsprägenden Merkmale eines Lehrers im Unterrichten bestehen und diese Leistungen in der Schule erbracht werden. Deshalb sind die Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer auch dann nicht abziehbar, wenn die überwiegende Arbeitszeit auf die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts verwendet und diese Tätigkeit im häuslichen Arbeitszimmer ausgeübt wird.

Begriff und Definition des häuslichen Arbeitszimmers

- Der Raum muss in die häusliche Sphäre eingegliedert sein und nahezu ausschließlich für berufliche und betriebliche Zwecke genutzt werden. Eine private Mitbenutzung unter 10 % ist zulässig.
- Es muss neben dem Arbeitsraum auch noch ausreichend Wohnraum vorhanden sein. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Grundbedürfnisse eines normalen Wohnens gedeckt sein müssen.
- Das Arbeitszimmer muss räumlich abgetrennt sein. Eine Arbeitsecke in einem sonst privat genutzten Zimmer reicht für den Abzug der Aufwendungen als Arbeitszimmer nicht aus.
- Es darf sich nicht um ein Durchgangszimmer handeln.

Wahlrecht zwischen tatsächlichem Kostenabzug und Jahrespauschale

Sind die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt, haben die Steuerpflichtigen ein Wahlrecht zwischen

- **dem Ansatz der tatsächlich angefallenen Aufwendungen in unbeschränkter Höhe** oder
- **dem Ansatz einer Jahrespauschale von 1.260 €.**

Wird die **Jahrespauschale in Höhe von 1.260 €** gewählt, müssen die tatsächlich angefallenen Kosten nicht nachgewiesen werden.

Liegen die Voraussetzungen für den Abzug der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nicht ganzjährig vor, ist die Jahrespauschale für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, um ein Zwölftel zu kürzen.

Ein Wechsel zwischen der Jahrespauschale und dem Ansatz der tatsächlichen Kosten im laufenden Jahr ist nicht zulässig. Es können also nicht im ersten Halbjahr die tatsächlichen Kosten und für das zweite Halbjahr die hälftige Jahrespauschale geltend gemacht werden.

Die Jahrespauschale ist personenbezogen. Bei Nutzung mehrerer häuslicher Arbeitszimmer ist die Jahrespauschale nur einmal anzuwenden.

Nutzen mehrere Personen, wie z. B. Ehegatten, ein häusliches Arbeitszimmer gemeinsam und erfüllen beide die Voraussetzungen für den Abzug der Kosten für ein Arbeitszimmer, können beide Ehegatten jeweils **die Jahrespauschale von 1.260 € geltend machen.**

Wird **der Ansatz der tatsächlich angefallenen Kosten** gewählt, **können insbesondere die folgenden Aufwendungen anteilig geltend gemacht werden:**

- Miete bzw. Gebäude-Abschreibung bei eigener Wohnung oder Haus,

- Schuldzinsen für Kredite, die zur Anschaffung oder Reparatur des Gebäudes oder der Eigentumswohnung aufgenommen werden,
- Energiekosten (Gas, Wasser, Strom),
- Reinigungskosten,
- Grundsteuer, Müllabfuhr- und Schornsteinfegergebühren, Gebäudeversicherungen,
- Renovierungskosten.

Die abzugsfähigen Kosten des Arbeitszimmers werden grundsätzlich nach dem Verhältnis von Wohnfläche zur Fläche des Arbeitszimmers berechnet.

Soweit möglich, kann eine **direkte Zuordnung der Kosten** vorgenommen werden, z. B. bei den Aufwendungen für die Ausstattung des Zimmers wie Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Tapeten, Lampen usw.

Nutzen mehrere Personen, wie z. B. Ehegatten, das häusliche Arbeitszimmer gemeinsam, kann jeder Nutzende, bei dem die Voraussetzungen für den Abzug der Arbeitszimmerkosten vorliegen, die Aufwendungen abziehen, die er selbst getragen hat.

Bei Zahlung von einem gemeinsamen Konto sind die grundstücksorientierten Aufwendungen (z.B. Gebäudeabschreibung, Schuldzinsen) beim Nutzenden abziehbar, wenn sie von ihm geschuldet werden. Dasselbe gilt für Mietzahlungen für eine gemeinsam gemietete Wohnung.

Die nutzungsorientierten Aufwendungen (z.B. Energiekosten, Wasser, Reinigungskosten) sind in voller Höhe zu berücksichtigen, soweit sie auf die Nutzung des Arbeitszimmers entfallen.

A und B nutzen gemeinsam zu jeweils 50 % ein häusliches Arbeitszimmer in der von B gemieteten Wohnung. Nur für A bildet das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit. Die Kosten werden vom gemeinsamen Konto bezahlt und die anteiligen Gesamtaufwendungen für das Arbeitszimmer betragen 3.000 € für Miete und 1.000 € für Strom, Gas und Wasser (nutzungsorientierte Aufwendungen).

A kann in diesem Fall nur 500 € (die Hälfte der nutzungsorientierten Aufwendungen von 1.000 €) als Werbungskosten absetzen oder alternativ die Jahrespauschale von 1.260 € geltend machen.

Die Mietzahlungen werden von B vertraglich geschuldet, da der Mietvertrag auf B läuft, und sind somit als grundstücksorientierte Aufwendungen B zuzurechnen.

Wird im vorgenannten Beispiel die Miete vom alleinigen Konto des A gezahlt, ergibt sich folgende Lösung:

Da A die Miete selbst getragen hat, kann er zu seinem Anteil an den nutzungsorientierten Aufwendungen von 500 € auch noch seinen Nutzungsanteil an den grundstücksorientierten Kosten (50 % der Miete von 3.000 €) in Höhe von 1.500 €, also insgesamt 2.000 € als Werbungskosten geltend machen.

Arbeitsmittel und Arbeitszimmer

Auch wenn das Arbeitszimmer selbst steuerlich nicht absetzbar ist, können weiterhin Aufwendungen für Einrichtungsgegenstände in der Steuererklärung abgesetzt werden, wenn diese Gegenstände so gut wie ausschließlich für berufliche Zwecke verwendet werden. Beispiele: Schreibtisch, Schreibtischstuhl, Schreibtischlampe, Bücherregal, Beistelltisch, Computertisch. Dabei ist es egal, wo sich die Gegenstände in der Wohnung befinden.

Sofort in der Steuererklärung absetzbar sind derartige Möbel und Einrichtungsgegenstände, wenn der Kaufpreis nicht mehr als 800 € plus Mehrwertsteuer ausmacht. Dies bedeutet: 952 € bei einem Mehrwertsteuersatz von 19 %.

Nicht ganzjährige Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers als Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Betätigung

Ändern sich die Nutzungsverhältnisse innerhalb eines Wirtschafts- oder Kalenderjahres, können nur die auf den Zeitraum entfallenden Aufwendungen abgezogen werden, in dem das häusliche Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bildet.

Anlage N, 45

3.2.4.2 Tagespauschale (Homeoffice-Pauschale)

Die seit 2023 neu eingeführte Tagespauschale beträgt 6 € je Kalendertag und ist auf einen Höchstbetrag von 1.260 € (210 Tage x 6 €) im Kalenderjahr begrenzt.

Ob in einem abgeschlossenen häuslichen Arbeitszimmer oder aber am Küchentisch, in einer Arbeitsecke oder einem ansonsten privat genutzten Raum gearbeitet wird, ist für den Abzug der Tagespauschale vollkommen unerheblich.

Zu unterscheiden sind die Fälle, in denen dem Arbeitnehmer ein anderer Arbeitsplatz dauerhaft zur Verfügung steht oder kein anderer Arbeitsplatz dauerhaft zur Verfügung steht.

Ein anderer Arbeitsplatz im Sinne des Einkommensteuergesetzes ist grundsätzlich jeder Arbeitsplatz, der zur Erledigung büromäßiger Arbeiten geeignet ist. Weitere Anforderungen an die Beschaffenheit des Arbeitsplatzes werden nicht gestellt. Voraussetzung ist auch nicht das Vorhandensein eines eigenen, räumlich abge-

schlossenen Arbeitsbereiches oder eines individuell zugeordneten Arbeitsplatzes, sodass auch ein Arbeitsplatz in einem Großraumbüro oder in einer Schalterhalle einer Bank ein anderer Arbeitsplatz ist.

Der andere Arbeitsplatz muss auch tatsächlich für alle Aufgabengebiete dieser Erwerbstätigkeit genutzt werden können. Muss der Steuerpflichtige einen nicht unerheblichen Teil seiner Tätigkeit im häuslichen Arbeitszimmer erledigen, ist der andere vorhandene Arbeitsplatz unschädlich.

Beispiele, in denen kein anderer Arbeitsplatz vorhanden ist:

- Ein Lehrer hat für seine Unterrichtsvorbereitung in der Schule keinen Schreibtisch. Das jeweilige Klassenzimmer oder das Lehrerzimmer stellt keinen Arbeitsplatz im Sinne der Abzugsbeschränkung dar.
- Ein angestellter Orchestermusiker hat im Konzertsaal keine Möglichkeit zu üben. Hierfür hat er ein eigenes häusliches Arbeitszimmer eingerichtet.
- Kein anderer Arbeitsplatz steht zur Verfügung, wenn der dem Steuerpflichtigen zur Verfügung gestellte Arbeitsplatz wegen Gesundheitsgefahr nicht nutzbar ist.

Beispiele, in denen der vorhandene Arbeitsplatz nicht für alle Aufgabenbereiche zur Verfügung steht:

- Ein EDV-Berater übt außerhalb seiner regulären Arbeitszeit vom häuslichen Arbeitszimmer Bereitschaftsdienst aus und kann dafür den Arbeitsplatz bei seinem Arbeitgeber tatsächlich nicht nutzen.

a) Für die Tätigkeit steht dauerhaft ein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung

Die Tagespauschale kann in diesen Fällen für jeden Kalendertag, an dem der Steuerpflichtige seine betriebliche oder berufliche Tätigkeit überwiegend in der häuslichen Wohnung ausübt und keine erste Tätigkeitsstätte außerhalb der Wohnung aufsucht, angesetzt werden. Überwiegend bedeutet, dass mehr als die Hälfte der täglichen Arbeitszeit in der häuslichen Wohnung verbracht werden muss. Ist diese Voraussetzung erfüllt, ist eine stundenweise Auswärtstätigkeit für die Gewährung der Tagespauschale unschädlich.

b) Für die Tätigkeit steht dauerhaft kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung

In diesen Fällen ist ein zeitlich überwiegendes Tätigwerden in der häuslichen Wohnung nicht erforderlich. Die Tagespauschale kann auch für die Tage geltend gemacht werden, an denen die Tätigkeit sowohl zu Hause als auch auswärts oder an der ersten Tätigkeitsstätte ausgeübt wird.

Unter diese Fallvariante fallen z.B. Lehrer, die nach der Schule zuhause den Unterricht vor- oder nachbereiten.

Abgeltungswirkung und Aufzeichnungspflichten

Mit der Tagespauschale sind alle Aufwendungen für die Nutzung der häuslichen Wohnung abgegolten.

Die Kosten jedoch für Arbeitsmittel wie z. B. Schreibtisch oder Computer bzw. die Aufwendungen für beruflich veranlasste Telefon- und Internetkosten sind nicht mit der Pauschale abgegolten, sondern können zusätzlich steuerlich abgezogen werden.

Die Tagespauschale kann nur geltend gemacht werden, wenn der Steuerpflichtige die jeweiligen Kalendertage aufzeichnet und dem Finanzamt „in geeigneter Form“ glaubhaft macht.

Es empfiehlt sich daher Arbeitsaufzeichnungen, Zeiterfassungsprotokolle, Arbeitszeitkonten oder Kalendereintragungen, die das Arbeiten von zuhause aus belegen, aufzubewahren.

Tagespauschale und doppelte Haushaltsführung

Für eine steuerlich anerkannte doppelte Haushaltsführung können die Kosten der Zweitwohnung bis zu maximal 1.000 € pro Monat als Werbungskosten abgezogen werden.

Für Homeofficetage in der Zweitwohnung im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung darf die Tagespauschale nicht abgezogen werden, sofern die Kosten dieser Wohnung bereits bei der doppelten Haushaltsführung als Werbungskosten berücksichtigt werden bzw. steuerfrei vom Arbeitgeber erstattet werden. Betragen die Unterkunftskosten für die Zweitwohnung tatsächlich mehr als 1.000 € im Monat, kann in diesem Fall auch die Tagespauschale für die Homeofficetätigkeit in der Zweitwohnung zusätzlich angesetzt werden, da hier ein nicht als Werbungskosten abziehbarer Aufwand der Zweitwohnung verbleibt.

Für die Homeofficetätigkeit am Ort des eigenen Hausstandes (Erstwohnung) hingegen kann die Tagespauschale grundsätzlich geltend gemacht werden.

Anlage N, 46 bis 49

3.3 Weitere Werbungskosten

Nachstehend sind weitere typische Fälle von Werbungskosten aufgezählt:

Anlage N, 46

3.3.1 Fortbildungskosten

Fortbildungskosten sind dann als Werbungskosten anzuerkennen, wenn dadurch die Kenntnisse und Fertigkeiten des Arbeitnehmers im ausgeübten Beruf erhalten, erweitert oder an veränderte Anforderungen angepasst werden.

Allerdings ist steuerlich zwischen **Ausbildungskosten und Fortbildungskosten** zu unterscheiden:

Ausbildungskosten sind Aufwendungen des Steuerpflichtigen für seine erstmalige Berufsausbildung und für ein Erststudium, wenn diese nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses stattfinden. Die hierdurch entstehenden Aufwendungen gehören grundsätzlich zu den Aufwendungen für die private Lebensführung und sind nur bis höchstens 6.000 € jährlich als Sonderausgaben abziehbar.

Mit Wirkung ab 01.01.2015 ist der Begriff der „erstmaligen Berufsausbildung“ neu definiert worden. Danach liegt eine Berufsausbildung als Erstausbildung nur vor, wenn eine geordnete Ausbildung mit einer Mindestdauer von 12 Monaten bei vollzeitiger Ausbildung und mit einer Abschlussprüfung durchgeführt wird. Eine geordnete Ausbildung liegt vor, wenn sie auf der Grundlage von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder internen Vorschriften eines Bildungsträgers durchgeführt wird. Ist eine Abschlussprüfung nach dem Ausbildungsplan nicht vorgesehen, gilt die Ausbildung mit der tatsächlichen planmäßigen Beendigung als abgeschlossen.

Somit fallen ab 2015 die Ausbildung zum Rettungssanitäter, Flugbegleiter oder Taxifahrer nicht mehr unter den Begriff der erstmaligen Berufsausbildung, da die Ausbildung zu diesen Berufen nur wenige Wochen dauert.

Dies hat zur Folge, dass eine im Anschluss daran absolvierte neue Berufsausbildung oder Studium keine Zweitausbildung darstellt und somit auch nicht als Werbungskosten, sondern nur als Sonderausgaben steuerlich berücksichtigt werden kann.

Fortbildungskosten sind Aufwendungen, die ein Steuerpflichtiger leistet, um seine Kenntnisse und Fertigkeiten im ausgeübten Beruf zu erhalten, zu erweitern oder den sich ändernden Anforderungen anzupassen. Fortbildungskosten und somit Werbungskosten können vorliegen, wenn die erstmalige Berufsausbildung oder das Erststudium Gegenstand eines Dienstverhältnisses (Ausbildungsdienstverhältnisses) ist. Unabhängig davon, ob ein Dienst-

verhältnis besteht, können Aufwendungen für die Fortbildung in einem bereits erlernten Beruf und für Umschulungsmaßnahmen, die einen Berufswechsel vorbereiten, als Werbungskosten abziehbar sein. Dies gilt auch für die Aufwendungen für ein weiteres Studium, wenn dieses mit späteren steuerpflichtigen Einnahmen aus der angestrebten beruflichen Tätigkeit im Zusammenhang steht. Nach der Rechtsprechung des BFH sind Aufwendungen für Bildungsmaßnahmen Werbungskosten, wenn ein Veranlassungszusammenhang mit einer, gegebenenfalls auch späteren, beruflichen Tätigkeit besteht.

Fortbildungskosten sind bei Arbeitnehmern grundsätzlich als Werbungskosten (§ 9 EStG), bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit im Jahr der Zahlung in unbegrenzter Höhe abzugsfähig.

Eine **Bildungsmaßnahme** wird steuerlich anerkannt, wenn ein inhaltlicher Bezug zum Dienstverhältnis besteht. Unmaßgeblich ist, ob sie auf Veranlassung des Arbeitgebers oder ohne dessen Kenntnis in der Freizeit erfolgt (z. B. Meister-Lehrgang im ausgeübten Beruf).

Liegen die Voraussetzungen für eine Fortbildungsmaßnahme vor, sind folgende Aufwendungen abzugsfähig:

- **Teilnehmergebühr:** belegt durch den Veranstalter;
- **Seminarunterlagen:** belegt durch Veranstalter oder Kauf von Fachliteratur;
- **Auswärtige Fortbildungsstätten:** Werden im Rahmen der Fortbildung auswärtige Lehrgänge besucht, so liegt eine vorübergehende Auswärtstätigkeit vor. Das gilt auch dann, wenn die Fortbildung in der Freizeit (z. B. am Wochenende) stattfindet. Fahrt- und Übernachtungskosten stellen unabhängig von der jeweiligen Tätigkeitsdauer am gleichbleibenden auswärtigen Einsatzort zeitlich unbefristet Reisekosten dar. Lediglich für die Verpflegungsmehraufwendungen gilt eine zeitliche Grenze von drei Monaten;
- **Fahrtkosten zur Fortbildungsstätte** können mit 0,30 € je gefahrenen Kilometer angesetzt werden (*vgl. S. Seite 162*); Bildungseinrichtungen, die außerhalb eines Dienstverhältnisses zum Zwecke eines Vollzeitstudiums oder einer vollzeitigen Bildungsmaßnahme aufgesucht werden, stellen seit 2014 eine erste Tätigkeitsstätte dar, mit der Folge, dass die Fahrtkosten nur mit der Entfernungspauschale von 0,30 € für die ersten 20 Entfernungskilometer und mit 0,38 € ab dem 21. Entfernungskilometer angesetzt werden können und nicht mit 0,30 € je gefahrenen Kilometer;
- **Fahrtkosten zu einer Lern- und Arbeitsgemeinschaft** können mit 0,30 € je gefahrenen Kilometer angesetzt werden;
- **Übernachungskosten:** bei auswärtiger Veranstaltungsstätte laut Beleg (siehe Auswärtstätigkeit);

- **Verpflegungsmehraufwand:** Bei einer Abwesenheit von mehr als acht Stunden sind Verpflegungsmehraufwendungen im Rahmen der Reisekostensätze während der ersten drei Monate ansetzbar. Wird die Bildungsstätte an nicht mehr als 2 Tagen wöchentlich aufgesucht, ist jedes Mal von einer neuen Auswärtstätigkeit auszugehen, so dass die Dreimonatsfrist nicht greift. Handelt es sich um eine Fortbildung im Anschluss an den Dienst, sind die Voraussetzungen für Verpflegungsmehraufwendungen nicht gegeben, weil die Mindestdauer von mehr als acht Stunden für die reine Fortbildung nicht gegeben ist;
- **Sonstige Lernmittel:** Dies können Taschenrechner, Computer, Laptop, Arbeitszimmer, Büromaterial, Literatur etc. sein.

Erstattungen durch den Arbeitgeber und sonstige Dritte sind zu verrechnen.

Fortbildungsveranstaltungen und Informationsreisen im Ausland werden nur ausnahmsweise unter besonderen Voraussetzungen berücksichtigt, da hier strengere Maßstäbe anzulegen sind.

Anlage N, 47 bis 49

3.3.2 Umzugskosten

Entstehen einem Arbeitnehmer Kosten durch einen beruflich veranlassten Wohnungswechsel, so sind diese Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit.

Ein Wohnungswechsel ist beruflich veranlasst,

- 1) wenn zwischen Wohnung und Arbeitsstätte die Entfernung erheblich verkürzt wird und die verbleibende Wegezeit im Berufsverkehr als normal gelten kann. Eine erhebliche Fahrzeitverkürzung ist anzunehmen, wenn sich die Dauer der täglichen Fahrzeit wenigstens zeitweise um mindestens eine Stunde ermäßigt.

Wird der Arbeitsplatz aber nicht regelmäßig bzw. täglich, sondern vergleichsweise nur selten aufgesucht, dann stellt eine einstündige Fahrzeitverkürzung pro Tag keine erhebliche Wegzeitverkürzung dar (BFH-Urteil vom 07.05.2015, VI R 73/13).

- 2) wenn er im ganz überwiegenden betrieblichen Interesse des Arbeitgebers erfolgt, insbesondere beim Beziehen oder Räumen einer Dienstwohnung, die aus betrieblichen Gründen bestimmten Arbeitnehmern vorbehalten ist, z. B. um deren jederzeitige Einsatzmöglichkeit zu gewährleisten oder
- 3) wenn er aus Anlass der erstmaligen Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit, des Wechsels des Arbeitgebers oder im Zusammenhang mit einer Versetzung durchgeführt wird oder
- 4) wenn der eigene Hausstand zur Beendigung einer doppelten Haushaltsführung an den Beschäftigungsort verlegt wird.

Als Umzugskosten können mit Nachweis folgende Aufwendungen geltend gemacht werden:

- **Kosten der Wohnungssuche:** Aufwendungen für die Suche und Besichtigung der Wohnung, z. B. Anzeigenrechnung, Maklerkosten usw.
- **Transportkosten:** Kosten für die Spedition, Lkw-Anmietung einschließlich Treibstoff, Fahrtkosten mit Pkw.
- **Mietentschädigung:** Wenn gleichzeitig für die alte und für die neue Wohnung Miete gezahlt werden muss. Abzugsfähig sind:
 - Miete für die alte Wohnung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Mietverhältnis frühestens gekündigt werden konnte, längstens jedoch für sechs Monate,
 - für die neue Wohnung, für die Zeit, während der die Wohnung noch nicht benutzt werden konnte, längstens für drei Monate.
- **Sonstige Umzugskostenauslagen:** Hierzu zählen Trinkgelder für das Umzugspersonal, Abbau- und Anschlusskosten von Öfen, Heizgeräten, Abbau und Aufbau von Einbauküchen, Anpassung von Antennen und Fernsprechan schlüssen, Ummeldegebühren, neues Kfz-Kennzeichen, Umschreibung von Ausweisen, Schönheitsreparaturen in der alten Wohnung usw. Aufwendungen für die Ausstattung der neuen Wohnung (z. B. Renovierungskosten, Kosten für neue Geräte oder Einrichtungsgegenstände) sind keine Werbungskosten.

Für **sonstige Umzugskosten** können folgende Pauschbeträge nach dem Bundesumzugsgesetz geltend gemacht werden

Umzug ab	1.3.2015	1.3.2016	1.2.2017	1.3.2018	1.4.2019	1.3.2020
a) Verheiratete/eingetragene Lebenspartner und Gleichgestellte i. S. d. § 10 Abs. 2 BUKG	1.460 €	1.493 €	1.528 €	1.573 €	1.622 €	1.639 €
b) Ledige	730 €	746 €	764 €	787 €	811 €	820 €
c) zuzüglich jeder weiteren Person	322 €	329 €	337 €	347 €	357 €	361 €
d) Unterrichtskosten Kind	1.841 €	1.882 €	1.926 €	1.984 €	2.045 €	2.066 €

Seit dem 1. Juni 2020 gelten neue Regelungen und Pauschalen bei den sonstigen Umzugskosten. Es erfolgt nun keine Unterscheidung mehr von Ledigen, Verheirateten, Geschiedenen oder Verwitweten.

Umzug ab	1.6.2020	1.4.2021	1.4.2022
Umziehende Person	860 €	870 €	886 €
Zuzüglich jeder weiteren Person (Ehepartner, Lebenspartner, Kinder)	573 €	580 €	590 €
Vor oder nach Umzug keine eigene Wohnung	172 €	174 €	174 €
Unterrichtskosten Kind	1.146 €	1.160 €	1.181 €

Kann über Einzelbeleg nachgewiesen werden, dass die tatsächlichen Aufwendungen die Umzugskostenpauschale übersteigen, so können diese geltend gemacht werden.

Der Werbungskostenabzug entfällt, soweit die Umzugskosten vom Arbeitgeber steuerfrei erstattet worden sind. Der Arbeitgeber kann die Umzugskosten pauschal oder nach ihrer Höhe erstatten.

TIPP Privat veranlasste Umzüge, die von Umzugsspeditionen durchgeführt werden, können im Rahmen der haushaltsnahen Dienstleistungen des § 35a Abs. 2 EStG abgezogen werden. Diese Steuerermäßigung setzt jedoch den Nachweis der Aufwendungen durch Vorlage einer Rechnung und die Zahlung auf das Konto des Erbringers der haushaltsnahen Dienstleistung durch Beleg des Bankinstituts voraus.

Anlage N, 46 bis 48

3.3.3 Bewerbungskosten

Berücksichtigungsfähig sind unter anderem Ausgaben für Stellenanzeigen, Fahrtkosten, Reisekosten, Telefonkosten, Aufwendungen für Porto, Fotokopien, Passfotos, soweit sie für die Arbeitsuche erwachsen und nicht ersetzt werden. Bei den Fahrtkosten mit dem Pkw zu Vorstellungsgesprächen können die Kilometersätze bei Auswärtstätigkeit (0,30 € je gefahrenen km) angesetzt werden.

Anlage N, 47 bis 49

3.3.4 Telekommunikationsaufwendungen

Aufwendungen für Telefon (auch Mobil- oder Autotelefon), Telefax oder die Internetnutzung, die der Steuerpflichtige aus beruflichen Gründen tätigt, können als Werbungskosten berücksichtigt werden. Selbst der Grundpreis der Anschlüsse oder das Nutzungsentgelt einer Telefonanlage können geltend gemacht werden.

Die Kosten hierfür sind im Verhältnis entsprechend dem beruflichen Anteil und der gesamten Verbindungsentgelte aufzuteilen und nachzuweisen. Wenn erfahrungsgemäß berufsbedingte Telekommunikationsaufwendungen anfallen, können ohne Einzelnachweis pauschal bis zu 20 % des Rechnungsbetrages, höchstens jedoch 20 € monatlich als Werbungskosten anerkannt

werden. Auch kann der monatliche Durchschnittsbetrag, der sich aus den Rechnungsbeträgen für einen repräsentativen Zeitraum von drei Monaten ergibt, für den Veranlagungszeitraum zu Grunde gelegt werden.

Erhält der Steuerpflichtige Auslagenersatz, so mindern sich die Werbungskosten um die vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzten Beträge.

Anlage N, 47 bis 49

3.3.5 Kontoführungsgebühren

Gebühren für die Gutschrift des Arbeitslohns und die beruflich veranlassten Überweisungen sind mit einem Festbetrag von 16 € jährlich anzusetzen.

Anlage N, 47 bis 49

3.3.6 Steuerberatungskosten

Steuerberatungskosten werden nur als Werbungskosten anerkannt, wenn sie bei der Ermittlung der Einkünfte anfallen. Somit sind nur die Kosten, die für die Erstellung der Anlage N anfallen, als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit abzugsfähig.

Zu den Steuerberatungskosten zählen neben den Gebühren für einen Steuerberater auch Fahrtkosten zum Steuerberater, Unfallkosten auf dem Weg zum Steuerberater, Beiträge zu Lohnsteuerhilfvereinen, Kosten für Fachliteratur und Steuerberatungssoftware.

 **TIPP** Bei Beiträgen zu Lohnsteuerhilfvereinen, Aufwendungen für Steuerfachliteratur und Software lässt das Bundesfinanzministerium folgende Vereinfachungsregel zu:

- Kosten **bis zu 100 €** dürfen ohne Aufteilung komplett bei einer Einkunftsart, z. B. Anlage N, angesetzt werden.
- Bei Kosten **von 101 € bis 200 €** dürfen 100 € einer Einkunftsart zugeordnet werden. Der Rest bleibt unberücksichtigt.
- Bei Kosten von **mehr als 200 €** dürfen 50 % dem beruflichen Teil zugeordnet werden. Die restlichen 50 % bleiben unberücksichtigt.

Anlage N, 47 bis 49

3.3.7 Berufsbedingte Versicherungen

Beiträge für Versicherungen, die ein berufliches Risiko abdecken, können als Werbungskosten geltend gemacht werden.

Werden ausschließlich oder ganz überwiegend berufliche Risiken abgedeckt, sind die Versicherungsbeiträge in vollem Umfang als Werbungskosten abzugsfähig. Werden sowohl private als auch berufliche Risiken abgedeckt, ist nur der Anteil der Versicherungsprämie abzugsfähig, der auf den beruflichen Bereich entfällt.

■ **Haftpflichtversicherung**

Beiträge zur **Berufshaftpflichtversicherung/Dienshaftpflichtversicherung** (z. B. für beratende Berufe, bei leitenden Angestellten, Ärzten, Lehrern) können als Werbungskosten angesetzt werden.

■ **Unfallversicherung**

Hier sind drei Varianten zu unterscheiden.

- Sind ausschließlich nur Berufsunfälle versichert, kann die gesamte Versicherungsprämie als Werbungskosten abgezogen werden.
- Versichert sind ausschließlich private Unfälle bzw. Unfälle von Familienmitgliedern. In diesem Fall können die Beiträge nicht als Werbungskosten geltend gemacht werden, sondern nur als Sonderausgaben abgezogen werden.
- Sind alle Unfälle, also sowohl private als auch berufliche Unfälle, versichert – und dies ist in der Praxis der häufigste Fall –, kann der Anteil der Versicherungsprämie als Werbungskosten angesetzt werden, der auf den beruflichen Teil entfällt. Dafür sind die Angaben der Versicherungsgesellschaft maßgebend, welcher Anteil des Gesamtbeitrags auf das berufliche Unfallrisiko entfällt. **Fehlen derartige Angaben, können 50 Prozent der Versicherungsbeiträge als Werbungskosten** und die anderen 50 Prozent als Sonderausgaben abgezogen werden.

■ **Arbeitsrechtsschutzversicherung**

Die Beiträge für eine Arbeitsrechtsschutzversicherung können als Werbungskosten geltend gemacht werden. Dabei kann es sich auch um eine Familienrechtsschutzversicherung oder eine kombinierte Verkehrs- und Familienrechtsschutzversicherung handeln – entscheidend ist, dass die Versicherung einen Arbeitsrechtsschutz enthält. Der auf den Arbeitsrechtsschutz entfallende Anteil ist abzugsfähig. Einige Versicherer weisen diesen Anteil auf der Rechnung aus. Ist dies nicht der Fall, lassen Sie sich von Ihrer Versicherungsgesellschaft eine schriftliche Bestätigung über den auf den Arbeitsrechtsschutz entfallenden Teil des Beitrags geben. Können Sie keine Bescheinigung vorlegen, machen Sie hilfsweise Ihre Versicherungsprämie mit einem Anteil von 35 % als Werbungskosten geltend. Dieser Anteil entspricht der Gesamtstatistik des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft für Familien-Rechtsschutzversicherungen.

Anlage N, 61 bis 72

3.4 Reisekosten – beruflich veranlasste Auswärtstätigkeit

Seit 2014 liegt eine Auswärtstätigkeit vor, wenn der Arbeitnehmer vorübergehend **außerhalb seiner Wohnung und seiner ersten Tätigkeitsstätte** beruflich tätig wird, wenn der Arbeitnehmer bei seiner individuellen beruflichen Tätigkeit typischerweise nur an ständig wechselnden Tätigkeitsstätten oder auf einem Fahrzeug tätig wird. Auch Arbeitnehmer ohne erste Tätigkeitsstätte, die außerhalb ihrer Wohnung tätig werden, üben eine Auswärtstätigkeit aus.

Die neue Reisekostendefinition ist untrennbar mit der Prüfung der ersten Tätigkeitsstätte des Arbeitnehmers verbunden. Nur wenn die tatsächliche Arbeitsstätte nicht zugleich auch die erste Tätigkeitsstätte des Arbeitnehmers darstellt, können Reisekosten gewährt werden. (Zum Begriff der ersten Tätigkeitsstätte *vgl. Seite Seite 123*).

Zu den abzugsfähigen Aufwendungen einer beruflichen Auswärtstätigkeit zählen:

- Fahrtkosten (§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a EStG),
- Verpflegungsmehraufwendungen (§ 9 Abs. 4a EStG),
- Übernachtungskosten (§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5a EStG) sowie
- Reisenebenkosten (R 9.8 LStR).

3.4.1 Fahrtkosten

Als Fahrtkosten bei einer beruflich veranlassten Auswärtstätigkeit sind die tatsächlichen Aufwendungen anzusetzen, die dem Arbeitnehmer durch die Benutzung eines Beförderungsmittels entstehen.

Bei öffentlichen Verkehrsmitteln ist dies der entrichtete Fahrpreis einschließlich etwaiger Zuschläge. Benutzt ein Arbeitnehmer sein eigenes Fahrzeug auf einer Auswärtstätigkeit, so können folgende Beträge als Werbungskosten abgezogen bzw. vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzt werden:

a) Pauschale Kilometersätze

Ohne Einzelnachweis der tatsächlichen Gesamtkosten können seit 2014 die nachstehenden pauschalen Kilometersätze je gefahrenen Kilometer angesetzt werden:

- **Bei Benutzung eines Kraftwagens, z. B. Pkw 0,30 €**
- **Für jedes andere motorbetriebene Fahrzeug 0,20 €**

Mit der Reisekostenpauschale sind alle gewöhnlichen, das heißt alle laufenden und typischen Fahrzeugkosten abgegolten: Abschreibung, Benzin, Inspektion, Kfz-Steuer, Kreditzinsen sowie Werkstattreparaturen infolge normalen Verschleißes. Zusätzlich abziehbar sind aber außergewöhnliche Autokosten wie Unfallkosten, Beschädigungen, Diebstahl und nicht auf einem normalen Verschleiß beruhende Reparaturen. Auch die tatsächlich angefallenen Parkgebühren können zusätzlich geltend gemacht werden.

Eine Prüfung der tatsächlichen Kilometerkosten ist nicht mehr erforderlich, wenn der Arbeitnehmer von dieser gesetzlichen Typisierung Gebrauch macht.

b) Tatsächliche Kosten

Benutzt der Arbeitnehmer sein eigenes oder ein zur Nutzung überlassenes Fahrzeug, so kann anstatt der pauschalen Kilometersätze der tatsächliche Kilometer-Kostensatz angesetzt werden. Dieser Kilometer-Kostensatz ist aus Vereinfachungsgründen aufgrund der für einen Zeitraum von zwölf Monaten ermittelten Gesamtkosten zu errechnen und kann dann solange angesetzt werden, bis sich die Verhältnisse wesentlich ändern (z. B. Ablauf des sechsjährigen Abschreibungszeitraums oder des Leasingzeitraums).

Anhand der Gesamtkosten und der Gesamtfahrleistung von zwölf Monaten berechnet man die tatsächlichen Fahrzeugkosten pro Kilometer (tatsächlicher Kilometer-Kostensatz):

Tatsächlicher Kilometer-Kostensatz = Gesamtkosten : Gesamtfahrleistung

Zu den **Gesamtkosten** gehören:

- die Betriebsstoffkosten,
- die Wartungs- und Reparaturkosten,
- die Kosten einer Garage am Wohnort,
- die Kraftfahrzeugsteuer,
- die Aufwendungen für die Halterhaftpflicht- und Fahrzeugversicherungen,
- die Absetzungen für Abnutzung,
- die Zinsen für ein Anschaffungsdarlehen sowie
- eine Leasingsonderzahlung bei einem geleasteten Fahrzeug.

Dagegen gehören **nicht** zu den Gesamtkosten:

- Aufwendungen infolge von Verkehrsunfällen,
- Park- und Straßenbenutzungsgebühren,
- Aufwendungen für Insassen- und Unfallversicherungen sowie
- Verwarnungs-, Ordnungs- und Bußgelder.

Diese Aufwendungen sind mit Ausnahme der Verwarnungs-, Ordnungs- und Bußgelder ggf. als Reisenebenkosten abziehbar.

Zur Berechnung der **Absetzung für Abnutzung (AfA)** eines Pkw wird eine übliche Nutzungsdauer von sechs Jahren zu Grunde gelegt. Bei einer hohen Fahrleistung kann auch eine kürzere Nutzungsdauer anerkannt werden.

Die abzugsfähigen Fahrtkosten ergeben sich wie folgt:

Abziehbare Fahrtkosten = tatsächlicher Kilometer-Kostensatz x beruflich gefahrene Kilometer

➔ BEISPIEL

Ein Arbeitnehmer hat eine Jahres-Gesamtfahrleistung von 8.500 km.
Die Jahres-Gesamtkosten betragen 3.750 €. Dienstlich wurden im Jahr insgesamt 5.000 km gefahren.

Die abziehbaren Fahrtkosten betragen: Kilometer-Kostensatz x berufliche km
3.750 € : 8.500 km = 0,44 € x 5.000 km = 2.200 €

Werbungskostenabzug bei Erstattungsleistungen durch den Arbeitgeber

Die genannten **Aufwendungen** können als Werbungskosten abgezogen werden, soweit der Arbeitgeber sie nicht steuerfrei erstattet hat. Die Fahrtkostenerstattung durch den Arbeitgeber ist nach § 3 Nr. 16 EStG steuerfrei, soweit keine höheren Beträge erstattet werden, als sie als Werbungskosten abziehbar sind.

3.4.2 Mehraufwendungen für Verpflegung

In § 9 Abs. 4a EStG ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe Arbeitnehmer anlässlich einer beruflichen Auswärtstätigkeit entstehende Mehraufwendungen für Verpflegung als Werbungskosten geltend machen oder aber vom Arbeitgeber steuerfrei ersetzt bekommen können.

Eintägige Auswärtstätigkeit im Inland ohne Übernachtung

Für eintägige auswärtige Tätigkeiten ohne Übernachtung kann ab einer **Abwesenheit von mehr als 8 Stunden von der Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte** folgende Pauschale angesetzt werden:

Abwesenheitszeit mehr als 8 Stunden 14 €

Mitternachtsregelung

Diese Verpflegungspauschale von 14 € gilt auch dann, wenn ein Arbeitnehmer seine berufliche Tätigkeit über Nacht ausübt – also an zwei Kalendertagen, aber ohne Übernachtung – und dadurch ebenfalls insgesamt mehr als 8 Stunden von der Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte abwesend ist. Die Verpflegungspauschale wird in diesem Fall für den Kalendertag berücksichtigt, an dem der Arbeitnehmer den überwiegenden Teil der insgesamt mehr als 8 Stunden abwesend ist.

⇒ BEISPIEL Ein Kurierdienstfahrer ist beruflich von Montag 17 Uhr bis Dienstag 2 Uhr von seiner Wohnung abwesend. Aufgrund seiner Fahrtätigkeit ist eine erste Tätigkeitsstätte nicht gegeben. Der Kurierdienstfahrer ist insgesamt 9 Stunden ohne Übernachtung von seiner Wohnung abwesend. Somit kann er 14 € als Pauschale für Verpflegungsmehraufwand ansetzen. Diese wird für Montag, den Tag der überwiegenden Abwesenheit, gewährt.

Mehrtägige Auswärtstätigkeit im Inland mit Übernachtung

Bei mehrtägigen Auswärtstätigkeiten können die nachfolgenden Pauschalen für Verpflegungsmehraufwendungen als Werbungskosten geltend gemacht werden:

- Abwesenheit von 24 Stunden (sogenannter Zwischentag) 28 €
- An- und Abreisetag ohne Mindestabwesenheitszeit 14 €

Für den An- und Abreisetag ist die Abwesenheitsdauer nicht von Bedeutung. Eine bestimmte Mindestabwesenheitszeit von der Wohnung und/oder der ersten Tätigkeitsstätte ist nicht erforderlich. Unbedeutend ist auch, ob die auswärtige Tätigkeit von der Wohnung, der ersten oder einer anderen Tätigkeitsstätte begonnen wird.

Unerheblich ist auch, ob für die Übernachtung tatsächlich Kosten angefallen sind (z. B. bei Schlafen im Bus, Lkw oder Lok).

Auswärtstätigkeit im Ausland

Auch für Tätigkeiten im Ausland gibt es seit 2014 nur noch zwei Pauschalen in Höhe von 120 % und 80 % der Auslandstagegelder nach dem Bundesreisekostengesetz. Die für 2023 gültigen Beträge wurden mit Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 23.11.2022 festgesetzt. Bei Reisen vom Inland in das Ausland bestimmt sich der Pauschbetrag nach dem Ort, den der Arbeitnehmer vor 24 Uhr Ortszeit erreicht hat. Für eintägige Reisen in das Ausland und für Rückreisetage aus dem Ausland in das Inland ist der Pauschbetrag des letzten Tätigkeitsortes im Ausland maßgebend.

Dreimonatsfrist

Auch nach der Neuregelung des Reisekostenrechts ist der Abzug der Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen auf die ersten drei Monate einer längerfristigen beruflichen Tätigkeit an derselben Tätigkeitsstätte beschränkt. Die berufliche Auswärtstätigkeit ist danach zwar nicht zu Ende, aber der Verpflegungsmehraufwand kann nicht mehr als Werbungskosten abgezogen oder vom Arbeitgeber steuerfrei erstattet werden.

Die Dreimonatsfrist wird nicht angewandt, wenn

- **die auswärtige Tätigkeitsstätte an nicht mehr als zwei Tagen wöchentlich aufgesucht wird**, da von einer längerfristigen beruflichen Tätigkeit an derselben Tätigkeitsstätte erst dann auszugehen ist, wenn der Arbeitnehmer dort an mindestens drei Tagen in der Woche tätig wird,
- **die berufliche Tätigkeit auf mobilen, nicht ortsfesten betrieblichen Einrichtungen wie z. B. Fahrzeugen, Flugzeugen, Schiffen ausgeübt wird.**

Die **Berechnung der Dreimonatsfrist bei Unterbrechungen** wurde seit 2014 vereinfacht. Eine Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit an ein und derselben Tätigkeitsstätte für einen Zeitraum von vier Wochen führt zu einem Neubeginn der Dreimonatsfrist. Dabei ist es unerheblich, aus welchem Grund die Tätigkeit (z. B. Krankheit, Urlaub, Tätigkeit an einer anderen Tätigkeitsstätte) unterbrochen wurde.

Verpflegungsmehraufwendungen können als Werbungskosten abgezogen werden, soweit sie nicht vom Arbeitgeber ersetzt werden. Die Erstattung durch den Arbeitgeber ist nach § 3 Nr. 13 oder Nr. 16 EStG steuerfrei, soweit keine höheren Beträge erstattet werden, als nach vorstehenden Regelungen als Werbungskosten nach § 9 Abs. 4a EStG angesetzt werden dürfen.

Soweit die Vergütungen für Verpflegungsmehraufwendungen die steuerfreien Beträge überschreiten, zählen sie grundsätzlich zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Zur Vereinfachung des Verfahrens bei der Besteuerung von Reisekostenvergütungen und Auslösungen des Arbeitgebers besteht die Möglichkeit, die Lohnsteuer für über die steuerfreien Verpflegungspauschalen hinaus gezahlte Verpflegungszuschüsse mit 25 % zu pauschalieren, soweit diese die dem Arbeitnehmer zustehenden Verpflegungspauschalen um nicht mehr als 100 Prozent übersteigen. Diese Pauschalbesteuerung kommt aber nicht in Betracht, soweit nach Ablauf der Dreimonatsfrist eine steuerfreie Erstattung von Verpflegungsmehraufwendungen nicht mehr möglich ist. Zahlt der Arbeitgeber nach Ablauf der Dreimonatsfrist weiterhin Spesen für Verpflegung, müssen diese Beträge individuell lohnversteuert werden.

Mahlzeitengestellung bei beruflich veranlasster Auswärtstätigkeit

Die Bewertung einer vom Arbeitgeber während einer beruflich veranlassten Auswärtstätigkeit zur Verfügung gestellten „üblichen“ Mahlzeit erfolgt mit dem amtlichen Sachbezugswert (2023 für Frühstück 2,00 €, Mittag- und Abendessen jeweils 3,80 €). Als üblich gilt eine Mahlzeit, deren Preis einschließlich der eingenommenen Getränke 60 € nicht übersteigt.

Zur steuerlichen Behandlung der Mahlzeitengestellung durch den Arbeitgeber sind zwei Fallgestaltungen zu unterscheiden:

■ Arbeitnehmer hat Anspruch auf Verpflegungspauschale

(innerhalb der Dreimonatsfrist und bei eintägiger Auswärtstätigkeit von mehr als 8 Stunden Abwesenheit oder bei mehrtägiger Auswärtstätigkeit)

Hier erfolgt kein Ansatz des Sachbezugswertes als Arbeitslohn, dafür werden die Verpflegungspauschalen beim Werbungskostenabzug des Arbeitnehmers bzw. bei der steuerfreien Arbeitgeber-Erstattung gekürzt, für ein

– Frühstück um 20 % = 5,60 € und

– Mittag- oder Abendessen jeweils um 40 % = 11,20 € des Betrages der Verpflegungspauschale für eine 24-stündige Abwesenheit (28 €).

Zuzahlungen des Arbeitnehmers sind jeweils vom Kürzungsbetrag derjenigen Mahlzeit abzuziehen, für die er das Entgelt zahlt.

■ Arbeitnehmer hat keinen Anspruch auf Verpflegungspauschale

(nach Ablauf der Dreimonatsfrist oder wenn die Abwesenheitszeit bei eintägigen Auswärtstätigkeiten nicht mehr als 8 Stunden beträgt)

In diesem Fall wird die Mahlzeit mit dem amtlichen Sachbezugswert (2023 für Frühstück 2,00 €, Mittag- und Abendessen jeweils 3,80 €) als Arbeitslohn versteuert. Zuzahlungen des Arbeitnehmers mindern den steuerlichen geldwerten Vorteil.

Es besteht auch die Möglichkeit, dass der Arbeitgeber diesen Sachbezugswert mit 25 % pauschal versteuert.

Bescheinigungspflicht des Arbeitgebers

Wird dem Arbeitnehmer während seiner beruflich veranlassten Auswärtstätigkeit oder im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung eine mit dem amtlichen Sachbezugswert zu bewertende Mahlzeit zur Verfügung gestellt, muss dies im Lohnkonto mit dem Großbuchstaben „M“ aufgezeichnet und in der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung bescheinigt werden. Die Anzahl der Mahlzeiten spielt dabei keine Rolle.

Arbeitnehmer sollten sich diesbezüglich Aufzeichnungen machen, damit sie im Rahmen ihrer Einkommensteuererklärung die abzugsfähigen Verpflegungspauschalen und deren etwaige Kürzung korrekt ansetzen können.

3.4.3 Übernachtungskosten

Es sind nur die notwendigen Mehraufwendungen des Arbeitnehmers für Übernachtungen bei einer beruflich veranlassten Auswärtstätigkeit steuerlich berücksichtigungsfähig.

Übernutzungskosten sind die tatsächlichen Aufwendungen, die dem Arbeitnehmer für die persönliche Inanspruchnahme einer Unterkunft zur Übernachtung entstehen. Hierzu zählen z. B. Kosten eines Hotelzimmers, Mietaufwendungen für die Nutzung eines Zimmers oder einer Wohnung sowie Nebenleistungen (z. B. Kurtaxe). Die Übernachtungskosten sind grundsätzlich im Einzelnen nachzuweisen. Arbeitnehmer können keine pauschalen Werbungskosten für Übernachtungen geltend machen.

Wird durch Zahlungsbelege nur ein **Gesamtpreis für die Unterkunft und Verpflegung** nachgewiesen und lässt sich der Preis für die Verpflegung nicht feststellen (z. B. Tagungspauschale), ist der Gesamtpreis zur Ermittlung der Übernachtungskosten wie folgt zu kürzen:

- für ein Frühstück um 20 % und
- für ein Mittag- und Abendessen um jeweils 40 %

des für den Unterkunftsort maßgebenden Pauschbetrages mit der Abwesenheitsdauer von mindestens 24 Stunden. Diese Regelung gilt für In- und Auslandsreisen.

Somit ergibt sich bei Inlandssachverhalten ein Kürzungsbetrag von 5,60 € (20 % von 28 €) für ein Frühstück und 11,20 € jeweils für Mittag- und Abendessen (40 % von 28 €).

Längerfristige Auswärtstätigkeiten

Ist der Arbeitnehmer längerfristig an derselben auswärtigen Tätigkeitsstätte beruflich eingesetzt, können nach Ablauf von 48 Monaten die tatsächlichen Unterkunftskosten höchstens noch bis zur Höhe von 1.000 € im Monat vom Arbeitnehmer als Werbungskosten abgezogen bzw. vom Arbeitgeber steuerfrei erstattet werden.

Erstattungen durch den Arbeitgeber

Ohne Einzelnachweis kann der Arbeitgeber die Übernachtungskosten im Inland mit einem Pauschbetrag von 20 € steuerfrei erstatten. Für Übernachtungen im Ausland gelten andere Sätze. Die Auslands-Pauschbeträge ab 2023 sind im Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 23.11.2022 veröffentlicht worden.

Die Pauschbeträge dürfen nicht angesetzt werden, wenn der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern eine Unterkunft unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung stellt.

Benutzt der Arbeitnehmer ein Mehrbettzimmer gemeinsam mit Personen, die zu seinem Arbeitgeber in keinem Dienstverhältnis stehen, so sind die Aufwendungen maßgebend, die bei Inanspruchnahme eines Einzelzimmers im selben Haus entstanden wären. Führt auch die weitere Person eine Dienstreise durch, so sind die tatsächlichen Unterkunftskosten gleichmäßig aufzuteilen.

3.4.4 Reisenebenkosten

Unter der Voraussetzung, dass die Reisenebenkosten so gut wie ausschließlich durch die berufliche Tätigkeit des Arbeitnehmers außerhalb seiner Wohnung und einer ortsgebundenen regelmäßigen Arbeitsstätte veranlasst sind, können die tatsächlichen Aufwendungen abzugsfähig sein für z. B.

1. Beförderung und Aufbewahrung von Gepäck,
2. Ferngespräche und Schriftverkehr wegen beruflichen Inhalts mit dem Arbeitgeber oder dessen Geschäftspartner,
3. Straßen- und Parkplatzbenutzung sowie Schadensersatzleistungen infolge von Verkehrsunfällen, wenn die jeweils damit verbundenen Fahrtkosten als Reisekosten anzusetzen sind.

Steuerfreie Erstattungen durch den Arbeitgeber (nach § 3 Nr. 13 und 16 EStG) sind anzurechnen. Der Arbeitnehmer hat seinem Arbeitgeber Unterlagen vorzulegen, aus denen die tatsächlichen Aufwendungen ersichtlich sein müssen.

Reisenebenkosten bei Berufskraftfahrern

Kraftfahrer, die in der Schlafkabine des Lkw übernachten, können folgende Reisenebenkosten geltend machen:

- Gebühren für die Benutzung der sanitären Einrichtungen (Toiletten, Dusch- oder Wascheinrichtungen) auf Raststätten;
- Aufwendungen für die Reinigung der Schlafkabinen.

Aus Vereinfachungsgründen reicht es aus, wenn der Fahrer die ihm entstandenen und regelmäßig wiederkehrenden Reisenebenkosten für einen repräsentativen Zeitraum von drei Monaten im Einzelnen durch entsprechende Aufzeichnungen glaubhaft macht. Ist dieser Nachweis erbracht, kann der tägliche Durchschnittsbetrag, der sich aus den Rechnungsbeträgen des repräsentativen Zeitraums ergeben hat, für den Werbungskostenabzug oder aber auch die steuerfreie Arbeitgebererstattung so lange zu Grunde gelegt werden, bis sich die Verhältnisse ändern.

Pauschale für Berufskraftfahrer

Seit **2020** können Berufskraftfahrer, die mehrtägig unterwegs sind und im LKW übernachten, für die o.g. Kosten auch eine **Pauschale von 8 € pro Kalendertag** für An- und Abreisetage sowie für jeden Kalendertag mit einer Abwesenheit von 24 Stunden geltend machen. Dieser Pauschbetrag kann zusätzlich zu den Verpflegungspauschalen beansprucht werden.

Anlage N, Zeile 91 bis 117

3.5 Doppelte Haushaltsführung

Aufwendungen für die Haushaltsführung wie Wohnung und Verpflegung sind grundsätzlich Kosten der Lebensführung (§ 12 EStG): Nur im Rahmen der doppelten Haushaltsführung können nachfolgende Aufwendungen steuerlich angesetzt werden.

3.5.1 Voraussetzungen

Eine **doppelte Haushaltsführung** liegt nur vor, wenn der Arbeitnehmer außerhalb des Ortes seiner ersten Tätigkeitsstätte einen eigenen Hausstand unterhält und auch am Ort der ersten Tätigkeitsstätte wohnt. Die Anzahl der Übernachtungen ist dabei unerheblich. Eine doppelte Haushaltsführung liegt nicht vor, solange die auswärtige Beschäftigung als Auswärtstätigkeit anzuerkennen ist und somit keine regelmäßige Arbeitsstätte vorliegt, z. B. bei einer befristeten Abordnung.

Wesentliche Voraussetzung für eine doppelte Haushaltsführung ist also die Aufteilung einer üblicherweise einheitlichen Haushaltsführung auf zwei verschiedene Wohnorte bzw. Haushalte, wobei sich einer davon am Beschäftigungsort oder zumindest in näherer räumlicher Entfernung befindet.

Berufliche Veranlassung

Das Beziehen einer Zweitwohnung ist regelmäßig bei einem Wechsel des Beschäftigungsortes aufgrund einer Versetzung, des Wechsels oder der erstmaligen Begründung des Dienstverhältnisses **beruflich veranlasst**.

Eine steuerlich begünstigte doppelte Haushaltsführung liegt aber auch in den sogenannten Wegverlegungsfällen vor, d. h. wenn ein Steuerpflichtiger seinen Haupthausstand aus privaten Gründen vom Beschäftigungsort wegverlegt und von einer neuen Zweit- oder der bisherigen Erstwohnung am Arbeitsort seiner bisherigen Beschäftigung weiter nachgeht.

Eigener Hausstand

Der Begriff „eigener Hausstand“ wird gesetzlich im § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 EStG geregelt. Ein eigener Hausstand setzt voraus, dass neben dem Innehaben einer Wohnung aus eigenem Recht als Eigentümer oder Mieter bzw. aus abgeleitetem Recht als Ehegatte, Lebenspartner oder Lebensgefährte auch eine **finanzielle Beteiligung an den Kosten der Lebensführung** (= laufende Kosten der Haushaltsführung) gegeben ist.

Ein eigener Hausstand liegt nicht vor, wenn der Arbeitnehmer z. B. im Haushalt der Eltern lediglich ein oder mehrere Zimmer unentgeltlich bewohnt oder dem Arbeitnehmer eine Wohnung im Haus der Eltern unentgeltlich zur Nutzung überlassen wird.

Die finanzielle Beteiligung an den Kosten der doppelten Haushaltsführung ist darzulegen.

Die Wohnung (= Haupthausstand) muss Mittelpunkt der Lebensinteressen des Arbeitnehmers sein. Dies gilt für verheiratete und alleinstehende Arbeitnehmer.

Mittelpunkt der Lebensinteressen

Der Lebensmittelpunkt eines verheirateten Arbeitnehmers/Arbeitnehmers mit eingetragener Lebenspartnerschaft befindet sich am Wohnort seiner Familie.

Bei **Alleinstehenden** befindet sich der Mittelpunkt der Lebensinteressen an dem Wohnort, zu dem enge, persönliche Beziehungen bestehen. Meist sind das Bindungen an Personen, z. B. Eltern, Verlobte, Freunde und Bekannte, zuweilen aber auch Vereinszugehörigkeiten oder ähnliche private Aktivitäten. Sucht der Arbeitnehmer diese Wohnung im Durchschnitt zweimal monatlich auf, ist davon auszugehen, dass sich dort der Mittelpunkt der Lebensinteressen befindet.

Bei größerer Entfernung zwischen der Wohnung des eigenen Hausstandes und der Zweitwohnung, insbesondere bei einer Wohnung im Ausland, reicht bereits eine Heimfahrt im Kalenderjahr aus, um diese als Lebensmittelpunkt anzuerkennen. Dazu muss allerdings in der Wohnung auch bei Abwesenheit des Arbeitnehmers hauswirtschaftliches Leben herrschen, an dem sich der Arbeitnehmer sowohl durch persönliche Mitwirkung als auch finanziell beteiligt. Das ist zum Beispiel gegeben, wenn dort die Familie lebt (R 9.11 Abs. 3 LStR 2015).

Arbeitnehmer ohne eigenen Hausstand

Arbeitnehmer ohne einen eigenen Hausstand können **keine Kosten** für doppelte Haushaltsführung geltend machen (§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 EStG).

Weitere Anforderungen

Grundsätzlich kommt als Zweitwohnung jede dem Arbeitnehmer entgeltlich oder unentgeltlich zur Verfügung stehende Wohnung in Betracht. Dies kann sein:

- Eigentumswohnung oder eigenes Haus,
- gemietete Wohnung/Haus,
- Hotelzimmer,
- möbliertes Zimmer,
- Gemeinschaftsunterkunft,
- Baustellenbaracke,
- Wohnwagen auf Campingplatz, Wohnmobil,
- Übernachtungsmöglichkeit bei Freunden oder Bekannten.

3.5.2 Absetzbare Werbungskosten

Liegen die Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung einer doppelten Haushaltsführung vor, so können folgende notwendige Mehraufwendungen als Werbungskosten abgezogen werden:

- Fahrtkosten, zu Beginn und bei Beendigung der doppelten Haushaltsführung und Familienheimfahrten,
- Kosten der Zweitwohnung am Beschäftigungsort,
- Verpflegungsmehraufwendungen für die ersten drei Monate,
- Umzugskosten,
- Sonstige Kosten.

Fahrtkosten

■ Das erste Mal hin, das letzte Mal zurück

Für die erste Hin- sowie die letzte Rückfahrt zur Beendigung der doppelten Haushaltsführung können die Fahrtkosten in tatsächlicher Höhe abgezogen werden. Bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind das die durch Fahrausweise belegten Fahrtkosten. Bei Nutzung des Pkw werden für diese Fahrten die Fahrtaufwendungen grundsätzlich nach den individuellen tatsächlichen Kfz-Kosten angesetzt. Alternativ ist je gefahrenen Kilometer auch die allgemeine Kilometerpauschale (Fahrtaufwendungen als Reisekosten) in Höhe von 0,30 € ansetzbar.

■ Familienheimfahrten – wöchentlich

Aufwendungen für die wöchentlichen Familienheimfahrten – nur für eine Fahrt je Woche – werden mit der Entfernungspauschale von 0,30 € für die ersten 20 Entfernungskilometer und 0,38 € ab dem 21. Entfernungskilometer angerechnet. **Schwerbehinderte Arbeitnehmer** können auch für die wöchentlichen Heimfahrten die allgemeinen Kilometerpauschalen 0,30 € je gefahrenen Kilometer oder die tatsächlichen Kosten ihres Fahrzeugs ansetzen.

Der Bundesfinanzhof hat in einem Urteil (18. April 2013, Az. VI R 29/12) bestätigt, dass die Entfernungspauschale für eine wöchentliche Familienheimfahrt im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung aufwandsunabhängig in Anspruch genommen werden kann. Das bedeutet, dass die Entfernungspauschale auch dann zu gewähren ist, wenn der Arbeitnehmer kostenfrei befördert wird, z. B. wenn er als Mitfahrer einer Fahrgemeinschaft keinerlei Kosten trägt. Steuerfreie Reisekostenvergütungen und Freifahrten des Arbeitgebers werden allerdings mindernd auf die Entfernungspauschale angerechnet.

Alternativ: Telefonkosten

Anstelle der Aufwendungen für die wöchentliche Heimfahrt an den Ort des eigenen Hausstandes können die Gebühren für ein Ferngespräch bis zu einer Dauer von 15 Minuten mit Angehörigen, die zum eigenen Hausstand des Steuerpflichtigen gehören, berücksichtigt werden.

Mit dem Firmenwagen

Wird ein Firmenwagen für diese Fahrten benutzt, so sind Fahrtaufwendungen nicht als Werbungskosten anzusetzen, andererseits muss auch kein Nutzungswert hierfür angesetzt bzw. versteuert werden.

■ Fahrten vom zweiten Haushalt zur Arbeitsstätte

Befindet sich die Zweitwohnung in der Nähe des Beschäftigungsortes, können die Aufwendungen für Fahrten zwischen zweitem Haushalt und Arbeitsstelle als „Fahrten zur ersten Tätigkeitsstätte“ für jeweils eine tägliche Fahrt mit der Entfernungspauschale von 0,30 € für die ersten 20 Entfernungskilometer und 0,38 € ab dem 21. Entfernungskilometer geltend gemacht werden.

Kosten der Unterkunft, Zweitwohnung

Als Unterkunftskosten für eine doppelte Haushaltsführung im Inland werden die dem Arbeitnehmer tatsächlich entstandenen Aufwendungen für die Nutzung der Wohnung oder Unterkunft **höchstens** bis zu einem nachgewiesenen Betrag von **1.000 € monatlich** anerkannt.

Zu den abzugsfähigen Aufwendungen für die Zweitwohnung gehören neben Miete, Nebenkosten, Kosten der laufenden Reinigung auch die für diese Wohnung gezahlte **Zweitwohnungssteuer**.

Aufwendungen für Einrichtungsgegenstände und Hausrat

Entgegen der gesetzlichen Regelung hat der Bundesfinanzhof (BFH) in seinem Urteil vom 04.04.2019 (VI R 18/17) entschieden, dass die Kosten für die in der Zweitwohnung benötigten – und nicht auf andere Weise (z. B. durch Mitnahme aus dem vorhandenen Hausrat) zu beschaffenden – Einrichtungsgegenstände nicht zu den Kosten der Unterkunft zählen und somit nicht unter die Höchstbetragsbegrenzung von 1.000 € fallen und daher in vollem Umfang als Werbungskosten abziehbar sind. Damit stellt sich der BFH gegen die Auffassung der Finanzverwaltung.

Dazu gehören z. B. Bett, Schrank, Tisch, Stühle, Sofa, Vorhänge, Lampen, Herd, Spüle, Kühlschrank und Waschmaschine sowie Hausrat wie Geschirr, Töpfe, Kaffeemaschine und Staubsauger. Liegen die Anschaffungskosten für die einzelnen Einrichtungsgegenstände über 800 € netto, müssen diese über den voraussichtlichen Nutzungszeitraum verteilt werden. Bei Möbeln geht das Finanzamt von einer 13-jährigen Nutzungszeit aus. Die Waschmaschine hat eine Nutzungsdauer von zehn Jahren.

Ein zweiter Haushalt kann auch ein auf Dauer auf einem Campingplatz abgestellter Wohnwagen bzw. auch ein Wohnmobil sein, wenn das Wohnmobil nicht auch noch für Familienheimfahrten am Wochenende genutzt wird (FG Rheinland-Pfalz, 23.07.2008). Als Kosten wären hier abzugsfähig die Stellplatzmiete, Heizungs-, Strom- und ähnliche Nebenkosten, Versicherung und anteilige Abschreibung bis zur Höhe einer vergleichbaren Miete.

Verpflegungsmehraufwendungen

Als notwendige Verpflegungsmehraufwendungen erkennt das Finanzamt für einen Zeitraum von maximal drei Monaten nach Einzug in die Zweitwohnung die auch bei Auswärtstätigkeiten ansetzbaren Pauschbeträge an; dabei ist allein die Dauer der Abwesenheit von der Wohnung am Lebensmittelpunkt maßgebend:

1. bei einer Abwesenheit von 24 Stunden mit 28 €,
2. bei einer Abwesenheit von mehr als 8 Stunden
sowie an An- und Abreisetagen 14 €.

Bei einer Mahlzeitengestellung durch den Arbeitgeber sind auch hier, wie bei der Auswärtstätigkeit, die Verpflegungspauschalen entsprechend zu kürzen (vgl. S. Seite 166, 2. Abschnitt).

Umzugskosten

Umzugskosten, die wegen der Begründung, Beendigung oder des Wechsels einer doppelten Haushaltsführung anfallen, sind grundsätzlich als Werbungskosten abzugsfähig. Der Nachweis der Umzugskosten ist notwendig, weil im Rahmen der doppelten Haushaltsführung die Pauschalierung nicht gilt (R 9.11 Abs. 9 LStR 2015).

Tatsächliche wöchentliche Heimfahrten

Führt der Arbeitnehmer mehr als eine wöchentliche Heimfahrt durch, kann er wählen, ob er die vorgenannten in Betracht kommenden Mehraufwendungen wegen doppelter Haushaltsführung (erste und letzte Fahrt, eine Heimfahrt wöchentlich, Kosten der Zweitwohnung, Verpflegungsmehraufwendungen, Umzugskosten) oder die Fahrtkosten für die tatsächlich durchgeführten Familienheimfahrten mit der Entfernungspauschale in Höhe von 0,30 € für die ersten 20 Entfernungskilometer und 0,38 € ab dem 21. Entfernungskilometer geltend machen will. Hat der Arbeitgeber die Zweitwohnung unentgeltlich oder teilentgeltlich zur Verfügung gestellt, sind die abziehbaren Fahrtkosten um diesen Sachbezug mit dem maßgebenden Sachbezugswert zu kürzen.

Erstattungen durch den Arbeitgeber

Die notwendigen Mehraufwendungen im Rahmen der doppelten Haushaltsführung können als Werbungskosten abgezogen werden, soweit sie nicht vom Arbeitgeber steuerfrei erstattet werden.

Die Erstattung durch den Arbeitgeber ist steuerfrei, soweit keine höheren Beträge erstattet werden, als nach den oben genannten Kriterien als Werbungskosten abgezogen werden können.

Die notwendigen Aufwendungen für die Zweitwohnung am Beschäftigungsort dürfen ohne Einzelnachweis für einen Zeitraum von drei Monaten mit einem Pauschbetrag bis zu 20 € und für die Folgezeit mit einem Pauschbetrag bis zu 5 € je Übernachtung steuerfrei erstattet werden, wenn dem Arbeitnehmer die Zweitwohnung nicht unentgeltlich oder teilentgeltlich zur Verfügung gestellt worden ist.

3.6 Steuerfreie Einnahmen

Auszug aus § 3 EStG in der für 2023 geltenden Fassung mit den entsprechenden Ziffern.

Danach sind steuerfrei:

1. a) Leistungen aus einer Krankenversicherung, aus einer Pflegeversicherung und aus der gesetzlichen Unfallversicherung;
- b) Sachleistungen und Kinderzuschüsse aus den gesetzlichen Rentenversicherungen einschließlich der Sachleistungen nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte;

- c) Übergangsgeld nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch und Geldleistungen nach den §§ 10, 36 bis 39 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte;
 - d) das Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz, der Reichsversicherungsordnung und dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte, die Sonderunterstützung für im Familienhaushalt beschäftigte Frauen, der Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz sowie der Zuschuss bei Beschäftigungsverboten für die Zeit vor oder nach einer Entbindung sowie für den Entbindungstag während einer Elternzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften;
- 2.
- a) das Arbeitslosengeld, das Teilarbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld, der Zuschuss zum Arbeitsentgelt, das Übergangsgeld, der Gründungszuschuss nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch sowie die übrigen Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und den entsprechenden Programmen des Bundes und der Länder, soweit sie Arbeitnehmern oder Arbeitsuchenden oder zur Förderung der Aus- oder Weiterbildung oder Existenzgründung der Empfänger gewährt werden;
 - b) das Insolvenzgeld, Leistungen aufgrund der in § 169 und § 175 Absatz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch genannten Ansprüche sowie Zahlungen des Arbeitgebers an einen Sozialleistungsträger aufgrund des gesetzlichen Forderungsübergangs nach § 115 Absatz 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch, wenn ein Insolvenzereignis nach § 165 Absatz 1 Satz 2 auch in Verbindung mit Satz 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch vorliegt;
 - c) die Arbeitslosenbeihilfe nach dem Soldatenversorgungsgesetz;
 - d) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur Eingliederung in Arbeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch;
 - e) mit den in den Nummern 1 bis 2 Buchstabe d und Nummer 67 Buchstabe b genannten Leistungen vergleichbare Leistungen ausländischer Rechtsträger, die ihren Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem Staat, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum Anwendung findet oder in der Schweiz haben;
- 3.
- a) Rentenabfindungen nach § 107 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, nach § 21 des Beamtenversorgungsgesetzes, nach § 9 Absatz 1 Nummer 3 des Altersgeldgesetzes oder entsprechendem Landesrecht und nach § 43 des Soldatenversorgungsgesetzes in Verbindung mit § 21 des Beamtenversorgungsgesetzes;
 - b) Beitragsersstattungen an den Versicherten nach den §§ 210 und 286d des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch sowie nach den §§ 204, 205 und 207 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, Beitragsersstattungen nach den §§ 75 und 117 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte und nach § 26 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch;

- c) Leistungen aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den Leistungen nach den Buchstaben a und b entsprechen;
 - d) Kapitalabfindungen und Ausgleichszahlungen nach § 48 des Beamten-Versorgungsgesetzes oder entsprechendem Landesrecht und nach den §§ 28 bis 35 und 38 des Soldatenversorgungsgesetzes;
10. Einnahmen einer Gastfamilie für die Aufnahme eines behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen nach § 2 Abs. 1 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch zur Pflege, Betreuung, Unterbringung und Verpflegung, die auf Leistungen eines Leistungsträgers nach dem Sozialgesetzbuch beruhen. Für Einnahmen im Sinne von Satz 1, die nicht auf Leistungen eines Leistungsträgers nach dem Sozialgesetzbuch beruhen, gilt Entsprechendes bis zur Höhe der Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch. Überschreiten die aufgrund der in Satz 1 bezeichneten Tätigkeit bezogenen Einnahmen der Gastfamilie den steuerfreien Betrag, dürfen die mit der Tätigkeit in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Ausgaben abweichend von § 3c nur insoweit als Betriebsausgaben abgezogen werden, als sie den Betrag der steuerfreien Einnahmen übersteigen;
11. a) zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber in der Zeit vom 1. März 2020 bis zum 31. März 2022 auf Grund der Corona-Krise an seine Arbeitnehmer in Form von Zuschüssen und Sachbezügen gewährte Beihilfen und Unterstützungen bis zu einem Betrag von 1.500 Euro;
- b) zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber in der Zeit vom 18. November 2021 bis zum 31. Dezember 2022 an seine Arbeitnehmer zur Anerkennung besonderer Leistungen während der Corona-Krise gewährte Leistungen bis zu einem Betrag von 4.500 Euro. Voraussetzung für die Steuerbefreiung ist, dass die Arbeitnehmer in Einrichtungen im Sinne des § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 bis 4, 8, 11 oder Nummer 12 des Infektionsschutzgesetzes oder § 36 Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 7 des Infektionsschutzgesetzes tätig sind; maßgeblich ist jeweils die am 22. Juni 2022 gültige Fassung des Infektionsschutzgesetzes. Die Steuerbefreiung gilt entsprechend für Personen, die in den in Satz 2 genannten Einrichtungen im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung oder im Rahmen eines Werk- oder Dienstleistungsvertrags eingesetzt werden. Nummer 11a findet auf die Leistungen im Sinne der Sätze 1 bis 3 keine Anwendung. Abweichend von Satz 1 gilt die Steuerbefreiung für Leistungen nach § 150c des Elften Buches Sozialgesetzbuch in der Fassung des Gesetzes zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Personengruppen vor COVID-19 vom 16. September 2022 (BGBl. I S. 1454) auch dann, wenn sie in der Zeit bis zum 31. Mai 2023 gewährt werden;11.
- c) zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber in der Zeit vom 26. Oktober 2022 bis zum 31. Dezember 2024 in Form von Zuschüssen und Sachbezügen gewährte Leistungen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise bis zu einem Betrag von 3.000 Euro;

12. aus einer Bundeskasse oder Landeskasse gezahlte Bezüge, die zum einen
 - a) in einem Bundesgesetz oder Landesgesetz,
 - b) auf Grundlage einer auf bundesgesetzlicher oder landesgesetzlicher Ermächtigung beruhenden Bestimmung oder
 - c) von der Bundesregierung oder einer Landesregierung als Aufwandsentschädigung festgesetzt sind und die zum anderen jeweils auch als Aufwandsentschädigung im Haushaltsplan ausgewiesen werden. Das Gleiche gilt für andere Bezüge, die als Aufwandsentschädigung aus öffentlichen Kassen an öffentliche Dienste leistende Personen gezahlt werden, soweit nicht festgestellt wird, dass sie für Verdienstausschlag oder Zeitverlust gewährt werden oder den Aufwand, der dem Empfänger erwächst, offenbar übersteigen (Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen);
13. die aus öffentlichen Kassen gezahlten Reisekostenvergütungen, Umzugskostenvergütungen und Trennungsgelder. Die als Reisekostenvergütungen gezahlten Vergütungen für Verpflegungen sind nur insoweit steuerfrei, als sie die Pauschbeträge nach § 9 Abs. 4a nicht übersteigen; Trennungsgelder sind nur insoweit steuerfrei, als sie die nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 und Abs. 4a abziehbaren Aufwendungen nicht übersteigen;
14. Zuschüsse eines Trägers der gesetzlichen Rentenversicherung zu den Aufwendungen eines Rentners für die Krankenversicherung und von dem gesetzlichen Rentenversicherungsträger getragene Anteile (§ 249a Fünftes Buch Sozialgesetzbuch) an den Beiträgen für die gesetzliche Krankenversicherung;
 - a) der Anteil der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der auf Grund des Zuschlags an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch geleistet wird;
15. Zuschüsse des Arbeitgebers, die zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn zu den Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Linienverkehr (ohne Luftverkehr) zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte und nach § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4a Satz 3 sowie für Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr gezahlt werden. Das Gleiche gilt für die unentgeltliche oder verbilligte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Linienverkehr (ohne Luftverkehr) für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte und nach § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4a Satz 3 sowie für Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr, die der Arbeitnehmer aufgrund seines Dienstverhältnisses zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn in Anspruch nehmen kann. Die nach den Sätzen 1 und 2 steuerfreien Leistungen mindern den nach § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4 Satz 2 abziehbaren Betrag;
16. die Vergütungen, die Arbeitnehmer außerhalb des öffentlichen Dienstes von ihrem Arbeitgeber zur Erstattung von Reisekosten, Umzugskosten oder Mehraufwendungen bei doppelter Haushaltsführung erhalten, soweit sie die nach § 9 als Werbungskosten abziehbaren Aufwendungen nicht übersteigen;
24. Leistungen, die aufgrund des Bundeskindergeldgesetzes gewährt werden;
25. Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz vom 20. Juli 2000;

26. Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbaren nebenberuflichen Tätigkeiten, aus nebenberuflichen künstlerischen Tätigkeiten oder der nebenberuflichen Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst oder im Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem Staat, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum Anwendung findet, oder in der Schweiz belegen ist, oder einer unter § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes fallenden Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke (§§ 52 bis 54 der Abgabenordnung) bis zur Höhe von insgesamt 3.000 € im Jahr. Überschreiten die Einnahmen für die in Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten den steuerfreien Betrag, dürfen die mit den nebenberuflichen Tätigkeiten in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Ausgaben abweichend von § 3c nur insoweit als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden, als sie den Betrag der steuerfreien Einnahmen übersteigen;
- a) Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten im Dienst oder Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem Staat, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum Anwendung findet, oder in der Schweiz belegen ist, oder einer unter § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes fallenden Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke (§§ 52 bis 54 der Abgabenordnung) bis zur Höhe von insgesamt 840 € im Jahr. Die Steuerbefreiung ist ausgeschlossen, wenn für die Einnahmen aus der Tätigkeit – ganz oder teilweise – eine Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 12, 26 oder 26b gewährt wird. Überschreiten die Einnahmen für die in Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten den steuerfreien Betrag, dürfen die mit den nebenberuflichen Tätigkeiten in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Ausgaben abweichend von § 3c nur insoweit als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden, als sie den Betrag der steuerfreien Einnahmen übersteigen;
- b) Aufwandspauschalen nach § 1878 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Aufwandspauschalen für ehrenamtliche rechtliche Betreuer, ehrenamtliche Vormünder und ehrenamtliche Pfleger), soweit sie zusammen mit den steuerfreien Einnahmen im Sinne der Nummer 26 den Freibetrag nach Nummer 26 Satz 1 (3.000 €/Jahr) nicht überschreiten. Nummer 26 Satz 2 gilt entsprechend;
28. die Aufstockungsbeträge im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a sowie die Beiträge und Aufwendungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b und des § 4 Abs. 2 des Altersteilzeitgesetzes, die Zuschläge, die versicherungsfrei Beschäftigte im Sinne des § 27 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zur Aufstockung der Bezüge bei Altersteilzeit nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen erhalten, sowie die Zahlungen des Arbeitgebers zur Übernahme der Beiträge im Sinne des § 187a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, soweit sie 50 vom Hundert der Beiträge nicht übersteigen;

- a) Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld und Saison-Kurzarbeitergeld, soweit sie zusammen mit dem Kurzarbeitergeld 80 Prozent des Unterschiedsbetrags zwischen dem Soll-Entgelt und dem Ist-Entgelt nach § 106 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch nicht übersteigen und sie für Lohnzahlungszeiträume, die nach dem 29. Februar 2020 beginnen und vor dem 1. Juli 2022 enden, geleistet werden;
30. Entschädigungen für die betriebliche Benutzung von Werkzeugen eines Arbeitnehmers (Werkzeuggeld), soweit sie die entsprechenden Aufwendungen des Arbeitnehmers nicht offensichtlich übersteigen;
31. die typische Berufskleidung, die der Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer unentgeltlich oder verbilligt überlässt; dasselbe gilt für eine Barablösung eines nicht nur einzelvertraglichen Anspruchs auf Gestellung von typischer Berufskleidung, wenn die Barablösung betrieblich veranlasst ist und die entsprechenden Aufwendungen des Arbeitnehmers nicht offensichtlich übersteigt;
32. die unentgeltliche oder verbilligte Sammelbeförderung eines Arbeitnehmers zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte sowie bei Fahrten nach § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4a Satz 3 mit einem vom Arbeitgeber gestellten Beförderungsmittel, soweit die Sammelbeförderung für den betrieblichen Einsatz des Arbeitnehmers notwendig ist;
33. zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbrachte Leistungen des Arbeitgebers zur Unterbringung und Betreuung von nicht schulpflichtigen Kindern der Arbeitnehmer in Kindergärten oder vergleichbaren Einrichtungen;
34. zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbrachte Leistungen des Arbeitgebers zur Verhinderung und Verminderung von Krankheitsrisiken und zur Förderung der Gesundheit in Betrieben, die hinsichtlich Qualität, Zweckbindung, Zielgerichtetheit und Zertifizierung den Anforderungen der §§ 20 und 20b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch genügen, soweit sie 600 € im Kalenderjahr nicht übersteigen;
34. a) zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbrachte Leistungen des Arbeitgebers
- a) an ein Dienstleistungsunternehmen, das den Arbeitnehmer hinsichtlich der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen berät oder hierfür Betreuungspersonen vermittelt sowie
- b) zur kurzfristigen Betreuung von Kindern im Sinne des § 32 Absatz 1, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder die wegen einer vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten oder pflegebedürftigen Angehörigen des Arbeitnehmers, wenn die Betreuung aus zwingenden und beruflich veranlassten Gründen notwendig ist, auch wenn sie im privaten Haushalt des Arbeitnehmers stattfindet, soweit die Leistungen 600 € im Kalenderjahr nicht übersteigen;

36. Einnahmen für Leistungen zu körperbezogenen Pflegemaßnahmen, pflegerischen Betreuungsmäßnahmen oder Hilfen bei der Haushaltsführung bis zur Höhe des Pflegegeldes nach § 37 des Elften Buches Sozialgesetzbuch, mindestens aber bis zur Höhe des Entlastungsbetrages nach § 45b Absatz 1 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch, wenn diese Leistungen von Angehörigen des Pflegebedürftigen oder von anderen Personen, die damit eine sittliche Pflicht im Sinne des § 33 Abs. 2 gegenüber dem Pflegebedürftigen erfüllen, erbracht werden. Entsprechendes gilt, wenn der Pflegebedürftige vergleichbare Leistungen aus privaten Versicherungsverträgen nach den Vorgaben des Elften Buches Sozialgesetzbuch oder nach den Beihilfevorschriften für häusliche Pflege erhält;
37. zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber gewährte Vorteile für die Überlassung eines betrieblichen Fahrrads, das kein Kraftfahrzeug im Sinne des § 6 Absatz 1 Nummer 4 Satz 2 ist;
38. Sachprämien, die der Steuerpflichtige für die persönliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen von Unternehmen unentgeltlich erhält, die diese zum Zwecke der Kundenbindung im allgemeinen Geschäftsverkehr in einem jedermann zugänglichen planmäßigen Verfahren gewähren, soweit der Wert der Prämien 1.080 € im Kalenderjahr nicht übersteigt;
39. der Vorteil des Arbeitnehmers im Rahmen eines gegenwärtigen Dienstverhältnisses aus der unentgeltlichen oder verbilligten Überlassung von Vermögensbeteiligungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a, b und f bis l und Abs. 2 bis 5 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1994 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. März 2009 (BGBl. I S. 451), in der jeweils geltenden Fassung, am Unternehmen des Arbeitgebers, soweit der Vorteil insgesamt 1.440 Euro im Kalenderjahr nicht übersteigt. Voraussetzung für die Steuerfreiheit ist, dass die Beteiligung mindestens allen Arbeitnehmern offensteht, die im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Angebots ein Jahr oder länger ununterbrochen in einem gegenwärtigen Dienstverhältnis zum Unternehmen stehen. Als Unternehmen des Arbeitgebers im Sinne des Satzes 1 gilt auch ein Unternehmen im Sinne des § 18 des Aktiengesetzes. Als Wert der Vermögensbeteiligung ist der gemeine Wert anzusetzen;
44. Stipendien, die aus öffentlichen Mitteln oder von zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen, denen die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied angehört, zur Förderung der Forschung oder zur Förderung der wissenschaftlichen oder künstlerischen Ausbildung oder Fortbildung gewährt werden. Das Gleiche gilt für Stipendien, die zu den in Satz 1 bezeichneten Zwecken von einer Einrichtung, die von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet ist oder verwaltet wird, oder von einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse im Sinne des § 5 Absatz 1 Nummer 9 des Körperschaftsteuergesetzes gegeben werden. Voraussetzung für die Steuerfreiheit ist, dass
 - a) die Stipendien einen für die Erfüllung der Forschungsaufgabe oder für die Bestreitung des Lebensunterhalts und die Deckung des Ausbildungsbedarfs erforderlichen Betrag nicht übersteigen und nach den von dem Geber erlassenen Richtlinien vergeben werden,

- b) der Empfänger im Zusammenhang mit dem Stipendium nicht zu einer bestimmten wissenschaftlichen oder künstlerischen Gegenleistung oder zu einer bestimmten Arbeitnehmertätigkeit verpflichtet ist;
45. die Vorteile des Arbeitnehmers aus der privaten Nutzung von betrieblichen Datenverarbeitungsgeräten und Telekommunikationsgeräten sowie deren Zubehör, aus zur privaten Nutzung überlassenen System- und Anwendungsprogrammen, die der Arbeitgeber auch in seinem Betrieb einsetzt, und aus den im Zusammenhang mit diesen Zuwendungen erbrachten Dienstleistungen. Satz 1 gilt entsprechend für Steuerpflichtige, denen die Vorteile im Rahmen einer Tätigkeit zugewendet werden, für die sie eine Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Nummer 12 erhalten;
46. zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber gewährte Vorteile für das elektrische Aufladen eines Elektrofahrzeugs oder Hybridelektrofahrzeugs im Sinne des § 6 Absatz 1 Nummer 4 Satz 2 zweiter Halbsatz an einer ortsfesten betrieblichen Einrichtung des Arbeitgebers oder eines verbundenen Unternehmens (§ 15 des Aktiengesetzes) und für die zur privaten Nutzung überlassene betriebliche Ladevorrichtung;
50. die Beträge, die der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber erhält, um sie für ihn auszugeben (durchlaufende Gelder), und die Beträge, durch die Auslagen des Arbeitnehmers für den Arbeitgeber ersetzt werden (Auslagenersatz);
51. Trinkgelder, die für eine Arbeitsleistung dem Arbeitnehmer von Dritten freiwillig und ohne dass ein Rechtsanspruch auf sie besteht, zusätzlich zu dem Betrag gegeben werden, der für diese Arbeitsleistung zu zahlen ist;
53. die Übertragung von Wertguthaben nach § 7f Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch auf die Deutsche Rentenversicherung Bund. Die Leistungen aus dem Wertguthaben durch die Deutsche Rentenversicherung Bund gehören zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit im Sinne des § 19. Von ihnen ist Lohnsteuer einzubehalten;
55. der in den Fällen des § 4 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 des Betriebsrentengesetzes vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 5. Juli 2004 (BGBl. I S. 1427) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung geleistete Übertragungswert nach § 4 Abs. 5 des Betriebsrentengesetzes, wenn die betriebliche Altersversorgung beim ehemaligen und neuen Arbeitgeber über einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder ein Unternehmen der Lebensversicherung durchgeführt wird; dies gilt auch, wenn eine Versorgungsanwartschaft aus einer betrieblichen Altersversorgung aufgrund vertraglicher Vereinbarung ohne Fristenfordernis unverfallbar ist. Satz 1 gilt auch, wenn der Übertragungswert vom ehemaligen Arbeitgeber oder von einer Unterstützungskasse an den neuen Arbeitgeber oder eine andere Unterstützungskasse geleistet wird. Die Leistungen des neuen Arbeitgebers, der Unterstützungskasse, des Pensionsfonds, der Pensionskasse oder des Unternehmens der Lebensversicherung aufgrund des Betrages nach Satz 1 und 2 gehören zu den Einkünften, zu denen die Leistungen gehören würden, wenn die Übertragung nach § 4 Abs. 2 und Nr. 2 und Abs. 3 des Betriebsrentengesetzes nicht stattgefunden hätte;

- a) die nach § 10 des Versorgungsausgleichsgesetzes vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700) in der jeweils geltenden Fassung (interne Teilung) durchgeführte Übertragung von Anrechten für die ausgleichsberechtigte Person zu Lasten von Anrechten der ausgleichspflichtigen Person. Die Leistungen aus diesen Anrechten gehören bei der ausgleichsberechtigten Person zu den Einkünften, zu denen die Leistungen bei der ausgleichspflichtigen Person gehören würden, wenn die interne Teilung nicht stattgefunden hätte;
- b) der nach § 14 des Versorgungsausgleichsgesetzes (externe Teilung) geleistete Ausgleichswert zur Begründung von Anrechten für die ausgleichsberechtigte Person zu Lasten von Anrechten der ausgleichspflichtigen Person, soweit Leistungen aus diesen Anrechten zu steuerpflichtigen Einkünften nach den §§ 19, 20 und 22 führen würden. Satz 1 gilt nicht, soweit Leistungen, die auf dem begründeten Anrecht beruhen, bei der ausgleichsberechtigten Person zu Einkünften nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 oder § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb führen würden; der Versorgungsträger der ausgleichspflichtigen Person hat den Versorgungsträger der ausgleichsberechtigten Person über die für die Besteuerung der Leistungen erforderlichen Grundlagen zu informieren. Dies gilt nicht, wenn der Versorgungsträger der ausgleichsberechtigten Person die Grundlagen bereits kennt oder aus den bei ihm vorhandenen Daten feststellen kann und dieser Umstand dem Versorgungsträger der ausgleichspflichtigen Person mitgeteilt worden ist;
- c) Übertragungen von Altersvorsorgevermögen im Sinne des § 92 auf einen anderen auf den Namen des Steuerpflichtigen lautenden Altersvorsorgevertrag (§ 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 10 Buchstabe b des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes), soweit die Leistungen zu steuerpflichtigen Einkünften nach § 22 Nummer 5 führen würden. Dies gilt entsprechend
 - a) wenn Anwartschaften aus einer betrieblichen Altersversorgung, die über einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder ein Unternehmen der Lebensversicherung (Direktversicherung) durchgeführt wird, lediglich auf einen anderen Träger einer betrieblichen Altersversorgung in Form eines Pensionsfonds, einer Pensionskasse oder eines Unternehmens der Lebensversicherung (Direktversicherung) übertragen werden, soweit keine Zahlungen unmittelbar an den Arbeitnehmer erfolgen,
 - b) wenn Anwartschaften der betrieblichen Altersversorgung abgefunden werden, soweit das Altersvorsorgevermögen zu Gunsten eines auf den Namen des Steuerpflichtigen lautenden Altersvorsorgevertrages geleistet wird,
 - c) wenn im Fall des Todes des Steuerpflichtigen das Altersvorsorgevermögen auf einen auf den Namen des Ehegatten lautenden Altersvorsorgevertrag übertragen wird, wenn die Ehegatten im Zeitpunkt des Todes des Zulageberechtigten nicht dauernd getrennt gelebt haben (§ 26 Absatz 1) und ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Staat hatten, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum anwendbar ist; dies gilt auch, wenn die Ehegatten ihren vor dem Zeitpunkt, ab dem das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland nicht mehr Mitgliedstaat der Europäischen Union ist und auch nicht wie ein solcher zu behandeln ist, begründeten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland hatten und der Vertrag vor dem 23. Juni 2016 abgeschlossen worden ist;

56. Zuwendungen des Arbeitgebers nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Satz 1 aus dem ersten Dienstverhältnis an eine Pensionskasse zum Aufbau einer nicht kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung, bei der eine Auszahlung der zugesagten Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversorgung in Form einer Rente oder eines Auszahlungsplans (§ 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes) vorgesehen ist, soweit diese Zuwendungen im Kalenderjahr 1 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung nicht übersteigen. Der in Satz 1 genannte Höchstbetrag erhöht sich ab 1. Januar 2020 auf 3 Prozent und ab 1. Januar 2025 auf 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung. Die Beträge nach den Sätzen 1 und 2 sind jeweils um die nach § 3 Nr. 63 Satz 1, 3 oder Satz 4 steuerfreien Beträge zu mindern;
58. das Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz, die sonstigen Leistungen aus öffentlichen Haushalten oder Vermögenszwecken zur Senkung der Miete oder Belastung im Sinne des § 11 Abs. 2 Nr. 4 des Wohngeldgesetzes sowie öffentliche Zuschüsse zur Deckung laufender Aufwendungen und Zinsvorteile bei Darlehen, die aus öffentlichen Haushalten gewährt werden, für eine zu eigenen Wohnzwecken genutzte Wohnung im eigenen Haus oder eine zu eigenen Wohnzwecken genutzte Eigentumswohnung, soweit die Zuschüsse und Zinsvorteile die Vorteile aus einer entsprechenden Förderung mit öffentlichen Mitteln nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz oder einem Landesgesetz zur Wohnraumförderung oder dem Wohnraumförderungsgesetz nicht überschreiten, der Zuschuss für die Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren nach den Regelungen zum Stadtumbau Ost in den Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen;
59. die Zusatzförderung nach § 88e des Zweiten Wohnungsbaugesetzes und nach § 51f des Wohnungsbaugesetzes für das Saarland und Geldleistungen, die ein Mieter zum Zwecke der Wohnkostenentlastung nach dem Wohnraumförderungsgesetz oder einem Landesgesetz zur Wohnraumförderung erhält, soweit die Einkünfte dem Mieter zuzurechnen sind, und die Vorteile aus einer mietweisen Wohnungsüberlassung im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis, soweit sie die Vorteile aus einer entsprechenden Förderung nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz, nach dem Wohnraumförderungsgesetz oder einem Landesgesetz zur Wohnraumförderung nicht überschreiten;
60. das Anpassungsgeld für Arbeitnehmer der Braunkohlekraftwerke und -tagebaue sowie Steinkohlekraftwerke, die aus Anlass einer Stilllegungsmaßnahme ihren Arbeitsplatz verloren haben. Das Anpassungsgeld an Arbeitnehmer im Steinkohlebergbau aus Anlass von Stilllegungs-, Einschränkungs-, Umstellungs- oder Rationalisierungsmaßnahmen bleibt bis zum Auslaufen dieser Mittel in 2027 weiterhin steuerfrei;
62. Ausgaben des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung des Arbeitnehmers, soweit der Arbeitgeber dazu nach sozialversicherungsrechtlichen oder anderen gesetzlichen Vorschriften oder nach einer auf gesetzlicher Ermächtigung beruhenden Bestimmung verpflichtet ist, und es sich nicht um Zuwendungen oder Beiträge des Arbeitgebers

nach den Nummern 56, 63 und 63a handelt. Den Ausgaben des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtung geleistet werden, werden gleichgestellt Zuschüsse des Arbeitgebers zu den Aufwendungen des Arbeitnehmers

- a) für eine Lebensversicherung,
- b) für die freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung,
- c) für eine öffentlich-rechtliche Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung seiner Berufsgruppe,

wenn der Arbeitnehmer von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit worden ist. Die Zuschüsse sind nur insoweit steuerfrei, als die insgesamt bei Befreiung von der Versicherungspflicht, in der allgemeinen Rentenversicherung die Hälfte und bei Befreiung von der Versicherungspflicht in der knappschaftlichen Rentenversicherung zwei Drittel der Gesamtaufwendungen des Arbeitnehmers nicht übersteigen und nicht höher sind als der Betrag, der als Arbeitgeberanteil bei Versicherungspflicht in der allgemeinen Rentenversicherung oder in der knappschaftlichen Rentenversicherung zu zahlen wäre;

63. Beiträge des Arbeitgebers aus dem ersten Dienstverhältnis an einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder für eine Direktversicherung zum Aufbau einer kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung, bei der eine Auszahlung der zugesagten Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversorgungsleistungen entsprechend § 82 Absatz 2 Satz 2 vorgesehen ist, soweit die Beiträge im Kalenderjahr 8 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung nicht übersteigen. Dies gilt nicht, soweit der Arbeitnehmer nach § 1a Abs. 3 des Betriebsrentengesetzes verlangt hat, dass die Voraussetzungen für eine Förderung nach § 10a oder Abschnitt XI erfüllt werden. Aus Anlass der Beendigung des Dienstverhältnisses geleistete Beiträge im Sinne des Satzes 1 sind steuerfrei, soweit sie 4 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung, vervielfältigt mit der Anzahl der Kalenderjahre, in denen das Dienstverhältnis des Arbeitnehmers zu dem Arbeitgeber bestanden hat, höchstens jedoch zehn Kalenderjahre, nicht übersteigen. Beiträge im Sinne des Satzes 1, die für Kalenderjahre nachgezahlt werden, in denen das erste Dienstverhältnis ruhte und vom Arbeitgeber im Inland kein steuerpflichtiger Arbeitslohn bezogen wurde, sind steuerfrei, soweit sie 8 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung, vervielfältigt mit der Anzahl dieser Kalenderjahre, höchstens jedoch zehn Kalenderjahre, nicht übersteigen;
67.
 - a) das Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz und vergleichbare Leistungen der Länder,
 - b) das Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz und vergleichbare Leistungen der Länder,
 - c) Leistungen für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 nach den §§ 294 bis 299 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch sowie
 - d) Zuschläge, die nach den §§ 50a bis 50e des Beamtenversorgungsgesetzes oder nach den §§ 70 bis 74 des Soldatenversorgungsgesetzes oder nach vergleichbaren Regelungen der Länder für ein vor dem 1. Januar 2015 geborenes Kind oder für eine vor dem 1. Januar 2015 begonnene Zeit der Pflege einer pflegebedürftigen Person zu gewähren sind; im Fall des Zusammentreffens von Zeiten für mehrere

Kinder nach § 50b des Beamtenversorgungsgesetzes oder § 71 des Soldatenversorgungsgesetzes oder nach vergleichbaren Regelungen der Länder gilt dies, wenn eines der Kinder vor dem 1. Januar 2015 geboren ist.

72. die Einnahmen und Entnahmen im Zusammenhang mit dem Betrieb
- a) von auf, an oder in Einfamilienhäusern (einschließlich Nebengebäuden) oder nicht Wohnzwecken dienenden Gebäuden vorhandenen Photovoltaikanlagen mit einer installierten Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister von bis zu 30 kW (peak) und
 - b) von auf, an oder in sonstigen Gebäuden vorhandenen Photovoltaikanlagen mit einer installierten Bruttoleistung laut Marktstammdatenregister von bis zu 15 kW (peak) je Wohn- oder Gewerbeinheit, insgesamt höchstens 100 kW (peak) pro Steuerpflichtigen oder Mitunternehmerschaft. Werden Einkünfte nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 erzielt und sind die aus dieser Tätigkeit erzielten Einnahmen insgesamt steuerfrei nach Satz 1, ist kein Gewinn zu ermitteln. In den Fällen des Satzes 2 ist § 15 Absatz 3 Nummer 1 nicht anzuwenden.

4. Einkünfte aus Kapitalvermögen

Gewinnanteile (Dividenden) und sonstige Bezüge aus Kapitalbeteiligungen (u. a. Aktien) sowie Zinsen und andere Entgelte aus Kapitaleinlagen und Kapitalforderungen jeder Art gehören nach § 20 EStG als Kapitalerträge zu den Einkünften aus Kapitalvermögen, soweit sie nicht im Rahmen anderer Einkunftsarten, wie z. B. Vermietung, anfallen. Die Anlage KAP ist für die Erklärung der Einkünfte aus Kapitalvermögen vorgesehen.

Aufgrund des Investmentsteuergesetzes, das ab dem 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist, wurde die Anlage KAP erheblich verändert und zusätzlich eine neue Anlage KAP-BET und eine neue Anlage KAP-INV eingeführt.

4.1 Abgeltungsteuer

Seit 2009 werden alle Erträge aus Kapitalanlagen mit der einheitlichen Abgeltungsteuer von 25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent und gegebenenfalls Kirchensteuer mit 8 oder 9 Prozent besteuert. Der Solidaritätszuschlag auf Kapitalerträge ist ab 2021 nicht weggefallen.

Die **Abgeltungsteuer** ist eine Quellensteuer. Das heißt, der einheitlich geltende Steuersatz von 25 % wird direkt von der Bank abgezogen und an das Finanzamt abgeführt, sofern die Kapitalerträge den **Sparerpauschbetrag** übersteigen. **Der Sparerpauschbetrag wird ab 2023 von 801 € auf 1.000 € für Ledige und von 1.602 € auf 2.000 € für Ehegatten/Lebenspartner angehoben.**

Bei zusammen veranlagten Ehegatten/Lebenspartnern kann ein bei einem Ehegatten/Lebenspartner nicht ausgenutzter Sparerpauschbetrag vom anderen Ehegatten/Lebenspartner ausgeschöpft werden.

Mit dem Sparerpauschbetrag sind auch alle Werbungskosten abgegolten. Nicht mehr möglich ist ein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten – wie z. B. Depotgebühren, Fachliteratur, Börsenzeitschriften, PC-Programme, Fahrten zur Hauptversammlung, Fremdfinanzierungskosten für den Kauf von Wertpapieren.

Der Sparerpauschbetrag kann bereits im Steuerabzugsverfahren berücksichtigt werden, dazu muss der Anleger einen Freistellungsauftrag bei seiner Bank einreichen (s. Kap. 4.7).

4.2 Wann ist eine Anlage KAP auszufüllen?

Grundsätzlich ist die Einkommensteuer auf Kapitalerträge durch die Einführung der Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % auf die Kapitalerträge abgegolten und somit die Abgabe der Anlage KAP entbehrlich geworden.



Anlage KAP

1 Name

2 Vorname

3 Steuernummer

zur Einkommensteuererklärung

zur Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge

Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A

Ehefrau / Person B

Einkünfte aus Kapitalvermögen / Anrechnung von Steuern

Anträge 54

4 Ich beantrage die Günstigerprüfung für sämtliche Kapitalerträge.
(Bei Zusammenveranlagung: Die Anlage KAP meines Ehegatten / Lebenspartners ist beigelegt.) 201/401 1 = Ja

5 Ich beantrage eine Überprüfung des Steuereinkommens für bestimmte Kapitalerträge. 202/402 1 = Ja

Erklärung zur Kirchensteuerpflicht

6 Ich bin kirchensteuerpflichtig und habe Kapitalerträge erzielt, von denen Kapitalertragsteuer, aber keine Kirchensteuer einbehalten wurde. 203/403 1 = Ja

Kapitalerträge, die dem inländischen Steuerabzug unterliegen haben

	Beträge laut Steuerbescheinigung(en) EUR		korrigierte Beträge (laut gesonderter Aufstellung) EUR	
7 Kapitalerträge	210/410	<input type="text"/>	220/420	<input type="text"/>
8 In Zeile 7 enthaltene Gewinne aus Aktienveräußerungen	212/412	<input type="text"/>	222/422	<input type="text"/>
9 In Zeile 7 enthaltene Einkünfte aus Termingeschäften	611/811	<input type="text"/>	621/821	<input type="text"/>
10 In Zeile 7 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG	219/419	<input type="text"/>	229/429	<input type="text"/>
11 In Zeile 7 enthaltene Ersatzbemessungsgrundlage	214/414	<input type="text"/>	224/424	<input type="text"/>
12 Nicht ausgeglichene Verluste ohne Verluste aus der Veräußerung von Aktien	215/415	<input type="text"/>	225/425	<input type="text"/>
13 Nicht ausgeglichene Verluste aus der Veräußerung von Aktien	216/416	<input type="text"/>	226/426	<input type="text"/>
14 Verluste aus Termingeschäften	615/815	<input type="text"/>	625/825	<input type="text"/>
15 Verluste aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung, Ausbüchung, Übertragung wertlos gewordener Wirtschaftsgüter i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG oder aus einem sonstigen Ausfall von Wirtschaftsgütern i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG	616/816	<input type="text"/>	626/826	<input type="text"/>

Sparer-Pauschbetrag

16 In Anspruch genommener Sparer-Pauschbetrag, der auf die in den Zeilen 7 bis 15, 30 und 33 erklärten Kapitalerträge entfällt (ggf. "0") 217/417 EUR

Bei Eintragungen in den Zeilen 7 bis 15, 18 bis 27, 30, 33, 50 und 52 der Anlage KAP, in den Zeilen 8 bis 30, 34 und 35 der Anlage KAP-BET sowie in der Anlage KAP-INV:

17 In Anspruch genommener Sparer-Pauschbetrag, der auf die in der Anlage KAP nicht erklärten Kapitalerträge entfällt (ggf. "0") 218/418

Steuernummer

Kapitalerträge, die nicht dem inländischen Steuerabzug unterliegen haben

- ohne Investmenterträge laut Anlage KAP-INV -

		EUR	
18	Inländische Kapitalerträge (ohne Beträge laut den Zeilen 24 bis 26)	230/430	EUR
19	Ausländische Kapitalerträge (ohne Beträge laut den Zeilen 24, 25 und 50)	234/434	EUR
20	In den Zeilen 18 und 19 enthaltene Gewinne aus Aktienveräußerungen i. S. d. § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EStG	232/432	EUR
21	In den Zeilen 18 und 19 enthaltene Einkünfte aus Stillhalterprämien und Gewinne aus Termingeschäften	631/831	EUR
22	In den Zeilen 18 und 19 enthaltene Verluste ohne Verluste aus der Veräußerung von Aktien	235/435	EUR
23	In den Zeilen 18 und 19 enthaltene Verluste aus der Veräußerung von Aktien i. S. d. § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EStG	236/436	EUR
24	Verluste aus Termingeschäften	635/835	EUR
25	Verluste aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung, Ausbuchung, Übertragung wertlos gewordener Wirtschaftsgüter i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG oder aus einem sonstigen Ausfall von Wirtschaftsgütern i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG	636/836	EUR
26	Zinsen, die vom Finanzamt für Steuererstattungen gezahlt wurden	260/460	EUR

Kapitalerträge, die der tariflichen Einkommensteuer unterliegen

(nicht in den Zeilen 7, 18 und 19 der Anlage KAP sowie in den Zeilen 8 und 16 der Anlage KAP-BET enthalten)

		EUR	
27	Hinzurechnungsbetrag nach § 10 ASiG	275/475	EUR
27a	Minderung des Hinzurechnungsbetrags nach § 10 Abs. 6 ASiG	664/864	EUR
28	Laufende Einkünfte aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, aus stiller Gesellschaft und partiarischen Darlehen (ohne Betrag laut Zeile 52)	270/470	EUR
29	Gewinn aus der Veräußerung oder Erlösung von Kapitalanlagen aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, aus stiller Gesellschaft und partiarischen Darlehen, Verluste aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit der Kapitalforderung	271/471	EUR
30	Kapitalerträge aus Lebensversicherungen i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG	268/468	EUR
31	Ich beantrage für die Einkünfte laut Zeile 32 die Anwendung der tariflichen Einkommensteuer. - bitte Anleitung beachten -		<input type="checkbox"/> 1 = Ja
32	Laufende Einkünfte aus einer unternehmerischen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft Gesellschaft, Finanzamt und Steuernummer	272/472	EUR
32a	Ich widerrufe für die unternehmerische Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft laut Zeile 32b den Antrag auf Anwendung der tariflichen Einkommensteuer.		<input type="checkbox"/> 1 = Ja
32b	Gesellschaft, Finanzamt und Steuernummer		
33	Bezüge und Einnahmen i. S. d. § 32d Abs. 2 Nr. 4 EStG (ohne Betrag laut Zeile 52) - Korrespondenzprinzip -	277/477	EUR
34	Ich habe Einkünfte aus Spezial-Investmentanteilen i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 3a EStG erzielt. (laut gesonderter Aufstellung).	209/409	<input type="checkbox"/> 1 = Ja

Kapitalerträge, für die die ermäßigte Besteuerung nach § 34 Abs. 1 EStG anzuwenden ist

		EUR	
35	In den Zeilen 7, 18, 19 und / oder 50 der Anlage KAP sowie in den Zeilen 8 und / oder 16 der Anlage KAP-BET enthaltene Erträge	265/465	EUR
36	In den Zeilen 27, 28 bis 30, 32, 33 und / oder 52 der Anlage KAP sowie in den Zeilen 30 und / oder 32 bis 35 der Anlage KAP-BET enthaltene Erträge	279/479	EUR

Steuerabzugsbeträge zu Erträgen in den Zeilen 7 bis 25 und zu Investmentanträgen laut Anlage KAP-INV

		EUR	Ct
37	Kapitalertragsteuer	280/480	
38	Solidaritätszuschlag	281/481	
39	Kirchensteuer zur Kapitalertragsteuer	282/482	
40	Angerechnete ausländische Steuern	283/483	
41	Anrechenbare noch nicht angerechnete ausländische Steuern	284/484	
42	Fiktive ausländische Quellensteuern (nicht in den Zeilen 40 und / oder 41 enthalten)	285/485	

1	Name	
2	Vorname	
3	Steuernummer	
Einkünfte aus Kapitalvermögen / Anrechnung von Steuern laut gesonderter und einheitlicher Feststellung (Beteiligungen)		<p>Anlage KAP-BET</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> zur Einkommensteuererklärung</p> <p><input type="checkbox"/> zur Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge</p> <hr/> <p><input checked="" type="checkbox"/> Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A</p> <p><input type="checkbox"/> Ehefrau / Person B</p>
Erträge		54
1. Beteiligung		
4	Gemeinschaft / Gesellschaft	
5	Finanzamt	Steuernummer
2. Beteiligung		
6	Gemeinschaft / Gesellschaft	
7	Finanzamt	Steuernummer
Erträge mit inländischem Steuerabzug		
		EUR
8	Kapitalerträge	240/440
9	In Zeile 8 enthaltene Gewinne aus Aktienveräußerungen	242/442
10	In Zeile 8 enthaltene Einkünfte aus Stillhalterprämien und Gewinne aus Termingeschäften	641/841
11	In Zeile 8 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG	249/449
12	Nicht ausgeglichene Verluste ohne Verluste aus der Veräußerung von Aktien	245/445
13	Nicht ausgeglichene Verluste aus der Veräußerung von Aktien	246/446
14	Verluste aus Termingeschäften	645/845
15	Verluste aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung, Ausbuchung, Übertragung wertlos gewordener Wirtschaftsgüter i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG oder aus einem sonstigen Ausfall von Wirtschaftsgütern i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG	646/846
Erträge ohne inländischen Steuerabzug		
		EUR
16	Kapitalerträge (ohne Beträge laut den Zeilen 22 bis 24 der Anlage KAP-BET sowie ohne Beträge der Zeile 50 der Anlage KAP)	250/450
17	In Zeile 16 enthaltene Gewinne aus Aktienveräußerungen	252/452
18	In Zeile 16 enthaltene Einkünfte aus Stillhalterprämien und Gewinne aus Termingeschäften	651/851
19	In Zeile 16 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG	259/459
20	In Zeile 16 enthaltene Verluste ohne Verluste aus der Veräußerung von Aktien	255/455
21	In Zeile 16 enthaltene Verluste aus der Veräußerung von Aktien	256/456
22	Verluste aus Termingeschäften	655/855
23	Verluste aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung, Ausbuchung, Übertragung wertlos gewordener Wirtschaftsgüter i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG oder aus einem sonstigen Ausfall von Wirtschaftsgütern i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG	656/856

Steuernummer

	Gewinn / Verlust aus der Veräußerung anteiliger Wirtschaftsgüter und / oder aus der Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Personengesellschaft	261/461		EUR	
24					,-
25	In Zeile 24 enthaltene Gewinne / Verluste aus Aktienveräußerungen	262/462			,-
26	In Zeile 24 enthaltene Einkünfte aus Stillhalterprämien und Gewinne aus Termingeschäften	661/861			,-
27	In Zeile 24 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG	263/463			,-
28	In Zeile 24 enthaltene Verluste aus Termingeschäften	662/862			,-
29	In Zeile 24 enthaltene Verluste aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung, Ausbuchung, Übertragung wertlos gewordener Wirtschaftsgüter i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG oder aus einem sonstigen Ausfall von Wirtschaftsgütern i. S. d. § 20 Abs. 1 EStG	663/863			,-
Erträge, die der tariflichen Einkommensteuer unterliegen				EUR	
30	Hinzurechnungsbetrag nach § 10 AStG	276/476			,-
31	Minderung des Hinzurechnungsbetrags nach § 10 Abs. 6 AStG	665/865			,-
32	Laufende Einkünfte aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, aus stiller Gesellschaft und partiarischen Darlehen (ohne Betrag laut Zeile 52 der Anlage KAP)	273/473			,-
33	Gewinne aus der Veräußerung oder Einlösung von Kapitalanlagen aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, aus stiller Gesellschaft und partiarischen Darlehen, Verluste aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit der Kapitalforderungen	274/474			,-
34	Kapitalerträge aus Lebensversicherungen i. S. d. § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG	269/469			,-
35	Bezüge und Einnahmen i. S. d. § 20 Abs. 2 Nr. 4 EStG (ohne Betrag laut Zeile 52 der Anlage KAP) - Korrespondenzprinzip -	266/466			,-
Steuerabzugsbeträge zu Erträgen in den Zeilen 8 bis 29				EUR	Ct
36	Kapitalertragsteuer	290/490			
37	Solidaritätszuschlag	291/491			
38	Kirchensteuer zur Kapitalertragsteuer	292/492			
39	Angerechnete ausländische Steuern	293/493			
40	Anrechenbare noch nicht angerechnete ausländische Steuern	294/494			
41	Fiktive ausländische Quellensteuern (nicht in den Zeilen 39 und / oder 40 enthalten)	295/495			
Anzurechnende Steuern zu Erträgen in den Zeilen 32 bis 35 sowie aus anderen Einkunftsarten				EUR	Ct
42	Kapitalertragsteuer	296/496			
43	Solidaritätszuschlag	297/497			
44	Kirchensteuer zur Kapitalertragsteuer	298/498			
Kürzungsbetrag bei Beteiligung an ausländischer Gesellschaft nach § 11 AStG				EUR	
45	Kürzungsbetrag zu Erträgen, die dem gesonderten Steuertarif nach § 32d Abs. 1 EStG unterliegen	668/868			,-
46	Kürzungsbetrag zu Erträgen, die der tariflichen Einkommensteuer unterliegen (siehe Zeile 20 und / oder 24 der Anlage AUS)	669/869			,-



1	Name <input style="width: 90%;" type="text"/>	Anlage KAP-INV
2	Vorname <input style="width: 90%;" type="text"/>	<input checked="" type="checkbox"/> Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A
3	Steuernummer <input style="width: 40%;" type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ehefrau / Person B
	lfd. Nr. der Anlage <input style="width: 10%; text-align: center; border: 1px solid black;" type="text" value="1"/>	
Investmenterträge, die nicht dem inländischen Steuerabzug unterlegen haben		
Laufende Erträge aus Investmentanteilen, die nicht dem inländischen Steuerabzug unterlegen haben (z. B. bei im Ausland verwahrten Investmentanteilen)		54
Ausschüttungen nach § 2 Abs. 11 InvStG (einschließlich des ausländischen Steuerabzugs auf den Kapitalertrag) aus		
		EUR
4	- Aktienfonds i. S. d. § 2 Abs. 6 InvStG (vor Teilfreistellung)	310/510 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
5	- Mischfonds i. S. d. § 2 Abs. 7 InvStG (vor Teilfreistellung)	311/511 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
6	- Immobilienfonds i. S. d. § 2 Abs. 9 Satz 1 InvStG (vor Teilfreistellung und ohne Beträge laut Zeile 7)	312/512 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
7	- Auslands-Immobilienfonds i. S. d. § 2 Abs. 9 Satz 2 InvStG (vor Teilfreistellung)	313/513 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
8	- sonstige Investmentfonds	314/514 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Investmentanteilen, die nicht dem inländischen Steuerabzug unterlegen haben (z. B. bei im Ausland verwahrten Investmentanteilen)		
- ggf. Übertrag aus Zeile 54, 55 und / oder 56 oder laut Aufstellung des ausländischen Kreditinstituts -		
		EUR
14	Aktienfonds i. S. d. § 2 Abs. 6 InvStG (vor Teilfreistellung)	330/530 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
	In Zeile 14 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG (vor Teilfreistellung)	331/531 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
16	Gewinne und Verluste aus der fiktiven Veräußerung von nicht bestandsgeschützten Alt-Anteilen i. S. d. § 56 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 InvStG (nicht in Zeile 14 enthalten)	332/532 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
		EUR
17	Mischfonds i. S. d. § 2 Abs. 7 InvStG (vor Teilfreistellung)	340/540 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
	In Zeile 17 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG (vor Teilfreistellung)	341/541 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
19	Gewinne und Verluste aus der fiktiven Veräußerung von nicht bestandsgeschützten Alt-Anteilen i. S. d. § 56 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 InvStG (nicht in Zeile 17 enthalten)	342/542 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
		EUR
20	Immobilienfonds i. S. d. § 2 Abs. 9 Satz 1 InvStG (vor Teilfreistellung und ohne Beträge laut Zeile 23)	350/550 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
	In Zeile 20 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG (vor Teilfreistellung)	351/551 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
22	Gewinne oder Verluste aus der fiktiven Veräußerung von nicht bestandsgeschützten Alt-Anteilen i. S. d. § 56 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 InvStG (nicht in Zeile 20 enthalten)	352/552 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
		EUR
23	Auslands-Immobilienfonds i. S. d. § 2 Abs. 9 Satz 2 InvStG (vor Teilfreistellung)	360/560 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
	In Zeile 23 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG (vor Teilfreistellung)	361/561 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
25	Gewinne und Verluste aus der fiktiven Veräußerung von nicht bestandsgeschützten Alt-Anteilen i. S. d. § 56 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 InvStG (nicht in Zeile 23 enthalten)	362/562 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
		EUR
26	Sonstige Investmentfonds	370/570 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
	In Zeile 26 enthaltene Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile i. S. d. § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG	371/571 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
28	Gewinne und Verluste aus der fiktiven Veräußerung von nicht bestandsgeschützten Alt-Anteilen i. S. d. § 56 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 InvStG (nicht in Zeile 26 enthalten)	372/572 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-
		EUR
Zwischengewinne nach dem Investmentsteuergesetz 2004		
	Bei Veräußerung von vor dem 1.1.2018 angeschafften Investmentanteilen: Zwischengewinne aus fiktiven Veräußerungen zum 31.12.2017 nach § 56 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 InvStG	380/580 <input style="width: 100px;" type="text"/> ,-

Steuernummer, lfd. Nr. d. Anlage 1

Ermittlung der Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Investmentanteilen zu Zeile 14 bis 28

- Investmentanteile mit unterschiedlichen Anschaffungszeitpunkten sind jeweils in einer eigenen Spalte zu erfassen. -

31 bis
45 frei

	1. Investmentfonds	2. Investmentfonds
46 ISIN (Internationale Wertpapiernummer)	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>
47 Fondsbezeichnung	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>
48 Art des Investmentfonds	<div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">1 = Aktienfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">2 = Mischfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">3 = Immobilienfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">4 = Auslands-Immobilienfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">5 = sonstiger Investmentfonds</div> <div style="font-size: 12px; margin-top: 5px;">1</div>	<div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">1 = Aktienfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">2 = Mischfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">3 = Immobilienfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">4 = Auslands-Immobilienfonds</div> <div style="font-size: 8px; margin-bottom: 2px;">5 = sonstiger Investmentfonds</div>
49 Anzahl der veräußerten Anteile (mit Nachkommastellen)	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>
50 Veräußerungspreis	EUR <input style="width: 80%;" type="text"/> ,-	EUR <input style="width: 80%;" type="text"/> ,-
51 abzgl. Anschaffungskosten (bei Anschaffung vor dem 1.1.2018; fiktive Anschaffungskosten i. S. d. § 56 Abs. 2 InvStG)	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-
52 abzüglich Veräußerungskosten	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-
53 abzüglich während Besitzzeit angesetzter Vorabpauschalen (vor Teilfreistellung)	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-
54 Veräußerungsgewinn/-verlust (Zeile 50 abzüglich Zeile 51 bis 53)	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-
Summe der Eintragungen in Zeile 54 für jede Fondsart bilden und in die Zeilen 14, 17, 20, 23 und / oder 26 der ersten Anlage KAP-INV übertragen.		
Veräußerung von vor dem 1.1.2018 angeschafften Investmentanteilen		
55 bei Anschaffung vor dem 1.1.2009: Wert laut Zeile 54	EUR <input style="width: 80%;" type="text"/> ,-	EUR <input style="width: 80%;" type="text"/> ,-
Summe der Gewinne in Zeile 55 für jede Fondsart bilden und in die Zeilen 15, 18, 21, 24 und / oder 27 der ersten Anlage KAP-INV übertragen.		
56 bei Anschaffung nach dem 31.12.2008 und vor dem 1.1.2018: fiktiver Veräußerungsgewinn zum 31.12.2017	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-	<input style="width: 80%;" type="text"/> ,-
Summe der Eintragungen in Zeile 56 für jede Fondsart bilden und in die Zeilen 16, 19, 22, 25 und / oder 28 der ersten Anlage KAP-INV übertragen.		

Die Angaben zu den Einkünften aus Kapitalvermögen sind in der Anlage KAP jedoch erforderlich, wenn

- die Kapitalerträge nicht dem Steuerabzug unterlegen haben (z. B. Zinsen aus Privatdarlehen, ausländische Kapitalerträge),
- Kirchensteuerpflicht besteht und dem automatisierten Datenabruf der Religionszugehörigkeit widersprochen und keine Kirchensteuer einbehalten wurde; in diesem Fall ist in der Zeile 6 der Anlage KAP eine 1 einzutragen,
- die abgeltende Wirkung des § 32d Abs. 2 EStG aufgrund von Ausnahmeregelungen nicht in Betracht kommt.

Sinnvoll ist es dann, eine Anlage KAP einzureichen, wenn

- der Steuereinzug dem Grunde und der Höhe nach überprüft werden sollte (z. B. wenn die Zinserträge unter 1.000 € bei Ledigen und 2.000 € bei Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern liegen, aber kein oder ein zu niedriger Freistellungsauftrag erteilt wurde und die Bank Steuern einbehalten hat oder wenn Verluste bzw. Verlustvorträge noch nicht berücksichtigt wurden oder wenn eine Teilfreistellung der Erträge aus Investmentfonds beantragt wird).

In diesen Fällen ist in der Anlage KAP in das Feld in Zeile 5 eine 1 einzutragen.

- ein Antrag auf die Günstigerprüfung gestellt wird. Liegt der persönliche Steuersatz unter 25 % und somit unter dem Abgeltungssteuersatz, können auf Antrag die Kapitalerträge im Rahmen der Einkommensteuererklärung mit dem niedrigeren persönlichen Steuersatz besteuert werden und die zu viel einbehaltene Kapitalertragsteuer wird zurückerstattet. Dieser Antrag auf Günstigerprüfung kann für das Veranlagungsjahr nur einheitlich für sämtliche Einnahmen aus Kapitalvermögen gestellt werden. Das Gute daran ist, dass man sich durch diesen Antrag nicht verschlechtern kann. Das Finanzamt führt von Amts wegen eine Günstigerprüfung durch. Bei einer Verschlechterung gegenüber der 25%igen Abgeltungsteuer gilt der Antrag als nicht gestellt, bei Verbesserung wird die einbehaltene Abgeltungsteuer auf die Einkommensteuer angerechnet.

Die Günstigerprüfung wird beantragt, indem in Zeile 4 der Anlage KAP eine 1 eingetragen wird. Bei zusammen veranlagten Ehegatten kann der Antrag nur gemeinsam für beide Ehegatten gestellt werden.

4.3 Wie ist die Anlage KAP auszufüllen?

Jeder Ehegatte/eingetragene Lebenspartner muss seine Angaben in einer eigenen Anlage KAP machen. Bei Gemeinschaftskonten von Eheleuten/eingetragenen Lebenspartnern sind die Kapitalerträge auf beide Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner aufzuteilen.

In den Zeilen 4 bis 6 ist der Grund für die Abgabe der Anlage KAP anzugeben, d. h. ob die Günstigerprüfung (Zeile 4), die Überprüfung des Steuerabzugs dem Grunde und der Höhe nach (Zeile 5) durchgeführt werden soll oder aber keine Kirchensteuer einbehalten wurde, obwohl Kirchensteuerpflicht besteht (Zeile 6).

Zu beachten ist, dass bei der Günstigerprüfung nach Zeile 4 sämtliche Kapitalerträge anzugeben sind.

Die Zeilen 7 bis 15 sind dazu bestimmt, die Kapitalerträge mit einbehaltener Kapitalertragsteuer aufzuführen.

Das seit Januar 2018 geltende Investmentsteuergesetz beendet die bislang uneinheitliche Besteuerung von deutschen und ausländischen Fonds beziehungsweise den Dividenden ausschüttenden und thesaurierenden Fonds. Seit 2018 wird die Versteuerung auf Fondsebene vorgenommen. Die Fonds müssen auf inländische Einkünfte 15 Prozent Körperschaftsteuer zahlen.

Thesaurierende Fonds werden seit 2018 über eine jährliche Vorabpauschale besteuert.

Verkaufsgewinne aus Fondsanteilen, die vor 2009 gekauft worden waren, waren bislang steuerfrei. Dieser Bestandschutz entfällt mit dem Investmentsteuergesetz ab 2018. Realisierte Gewinne aus dem Verkauf entsprechender Fondsanteile sind ab 2018 steuerpflichtig, soweit sie den Freibetrag von 100.000 € pro Person überschreiten. Der Freibetrag ist personengebunden, d. h. er wird jedem Steuerpflichtigen nur einmalig in seinem Leben gewährt.

Diese Veräußerungsgewinne sind in der Zeile 10 der Anlage KAP einzutragen. Der Freibetrag wird vom Finanzamt automatisch berücksichtigt.

Die Angaben zum **Sparerpauschbetrag** werden in den Zeilen 16 und 17 getätigt. Hier ist stets die Höhe des aufgrund von Freistellungsaufträgen bereits in Anspruch genommenen Sparerpauschbetrages für sämtliche Kapitalerträge einzutragen, ggf. mit 0.

Kapitalerträge, die der Abgeltungsteuer unterliegen, bei denen aber keine Steuer einbehalten wurde, sind in den Zeilen 18 bis 26 anzugeben. Hierzu zählen z. B. Zinsen aus privaten Darlehen sowie ausländische Kapitalerträge.

Die Einkommensteuer auf diese Kapitalerträge beträgt 25 Prozent. Dabei berücksichtigt das Finanzamt auch die anrechenbare ausländische Steuer.

In Zeile 26 sind die Zinsen für Steuererstattungen des Finanzamts einzutragen.

Kapitalerträge, die nicht der Abgeltungsteuer unterliegen, sondern mit dem persönlichen Steuersatz versteuert werden, sind auf der Seite 2 der Anlage KAP in den Zeilen 27 bis 34 zu vermerken. Hierzu zählen u. a. Zinserträge aus Darlehen an nahe Angehörige und Zinserträge aus stillen Gesellschaften.

Auch Kapitalerträge aus nach dem 31.12.2004 abgeschlossenen Lebensversicherungen sind steuerpflichtig und in Zeile 30 anzugeben. Als Kapitalertrag wird der Unterschiedsbetrag zwischen der Versicherungsleistung und der Summe der auf sie entrichteten Beiträge erfasst. Wird die Versicherungsleistung nach Vollendung des 60. Lebensjahres (bei Vertragsabschluss ab 2012 das 62. Lebensjahr) und nach Ablauf von 12 Jahren nach Vertragsabschluss ausbezahlt, unterliegen diese Erträge nur dem Halbeinkünfteverfahren, d. h. nur die Hälfte des Unterschiedsbetrages ist steuerpflichtig. Einzutragen in das Formular sind immer die gesamten Kapitalerträge; die Berücksichtigung des steuerfreien Teils erfolgt durch das Finanzamt.

Auf Seite 2 der Anlage KAP in den Zeilen 37 bis 45 werden die bereits von der Bank einbehaltene Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer sowie die angerechnete und noch nicht angerechnete ausländische Steuer eingetragen.

Die Jahres-Steuerbescheinigung

Alle für das Ausfüllen der Anlage KAP notwendigen Angaben sind in der Jahres-Steuerbescheinigung aufgeführt, wie z. B.

- Höhe und Art der Kapitalerträge,
- Höhe der anrechenbaren Kapitalertragsteuer, Zinsabschlagsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag,
- Datum der Auszahlung der Kapitalerträge,
- Name des Finanzamts, an welches die Kapitalertragsteuer abgeführt worden ist,
- Name und Anschrift des Steuerpflichtigen,
- Zeitraum, für den die Kapitalerträge gezahlt wurden,
- meist auch Angaben dazu, in welcher Zeile die Beträge in der Anlage KAP aufzuführen sind.

Die Jahres-Steuerbescheinigung wird in der Regel nur auf Verlangen des Steuerpflichtigen ausgestellt. Die Bank ist zur Ausstellung nach § 45a Abs. 2 Satz 1 EStG auf Antrag des Steuerpflichtigen verpflichtet. Seit Inkrafttreten des Steuermodernisierungsgesetzes (StModernG) am 23.07.2016 besteht auch die Möglichkeit, die Jahres-Steuerbescheinigung dem Steuerpflichtigen elektronisch zu übermitteln. Auf dessen Verlangen ist sie aber weiterhin auch in Papierform zu übermitteln.

4.4 Weitere Anlagen KAP-BET und KAP-INV

Neu eingeführt seit 2018 sind die beiden Anlagen KAP-BET und KAP-INV.

4.4.1 Anlage KAP-BET

In der Anlage KAP-BET werden alle Erträge (Zeilen 6 bis 33) aus Beteiligungen, die gesondert und einheitlich festgestellt werden, sowie die dazugehörigen Steuerabzugsbeträge (Zeilen 34 bis 42) erfasst. Dazu gehören z. B. Kapitalerträge aus einer Erbengemeinschaft. Die notwendigen Angaben dazu sind dem Feststellungsbescheid der Gemeinschaft zu entnehmen.

4.4.2 Anlage KAP-INV

Die Anlage KAP-INV ist für die Erklärung von Investmenterträgen, die nicht dem inländischen Steuerabzug unterliegen haben (z. B. im Ausland verwahrte Investmentanteile), vorgesehen. In diesen Fällen sind auch stets Angaben zum Sparerpauschbetrag in den Zeilen 16 und 17 der Anlage KAP vorzunehmen.

Die Anlage KAP-INV ist gegliedert nach laufenden Erträgen aus Ausschüttungen (Zeilen 4 bis 8) sowie nach Gewinnen und Verlusten aus der Veräußerung von Investmentanteilen (Zeilen 14 bis 28). Dabei erfolgt in den jeweiligen Bereichen noch eine Unterscheidung nach Aktien-, Misch- und Immobilienfonds, sowie Auslands-Immobilienfonds und sonstigen Investmentfonds. Diese Angaben sind der Steuerbescheinigung der Depotbank zu entnehmen.

Die Angaben zur Ermittlung der Veräußerungsgewinne erfolgen auf Seite 2 der Anlage in den Zeilen 47 bis 57.

4.5 Verluste aus Kapitalvermögen

Nicht nur Gewinne aus Wertpapiergeschäften werden besteuert, auch Verluste können geltend gemacht werden.

Verluste gehören zu den Einkünften aus Kapitalvermögen und dürfen nur mit positiven Einkünften aus Kapitalvermögen, nicht aber mit anderen Einkunftsarten (z. B. aus nichtselbständiger Arbeit oder aus Vermietung) verrechnet werden. Verluste aus Aktienverkäufen dürfen dabei nur mit Gewinnen aus Aktienverkäufen verrechnet werden, nicht aber mit den übrigen positiven Kapitalerträgen wie etwa Zinsen und Dividenden (Ausnahme Investmentfonds und Zertifikate).

Nicht ausgeglichene Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nur noch in künftige Jahre vorgetragen werden. Ein Verlustrücktrag ist nicht mehr möglich.

Eine ehегattenübergreifende Verlustverrechnung in der Einkommensteuer-Veranlagung wurde mit dem Jahressteuergesetz 2022 gesetzlich ermöglicht. Somit können nun nicht ausgeglichene Verluste des einen Ehegatten mit positiven Kapitalerträgen des anderen Ehegatten im Rahmen der Einkommensteuererklärung verrechnet werden.

■ **Die Verrechnung von Neuverlusten erfolgt durch die Banken**

Die Banken in Deutschland müssen die positiven Kapitalerträge, die der Abgeltungsteuer unterliegen (z. B. Zinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinne), mit den negativen Kapitalerträgen (z. B. gezahlte Stückzinsen, Veräußerungsverluste) verrechnen.

Weil Verluste aus Aktienverkäufen nur mit Gewinnen aus Aktienverkäufen verrechenbar sind, muss die Bank unterschiedliche Verlustverrechnungstöpfe bilden:

- einen nur für die Verluste aus dem Verkauf von Aktien
- einen nur für die übrigen negativen Kapitalerträge

- einen ab 2020 für Totalverluste aus dem wertlosen Verfall von Kapitalforderungen oder aus der Ausbuchung wertloser Aktien
- einen ab 2021 für Verluste aus Termingeschäften.

In Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit der Verlustverrechnungsbegrenzung bei Aktienverkäufen ist beim Bundesverfassungsgericht unter dem Aktenzeichen 2BvL 3/21 aktuell ein Verfahren anhängig. Die Steuerbescheide ergehen hinsichtlich dieser Frage vorläufig.

Für **Gemeinschaftskonten** und **-depots** von Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern gibt es einen eigenen Verlusttopf, gegebenenfalls zusätzlich zu den Einzelkonten/-depots der Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner.

Nicht ausgeglichene Verluste werden von der Bank automatisch ins Folgejahr vorgetragen, es sei denn, der Anleger stellt bis zum 15. Dezember des Jahres den Antrag auf Ausstellung einer Verlustbescheinigung auf den 31. Dezember des laufenden Jahres. Mit diesem Antrag schließt die Bank die Verrechnungstöpfe zum Ende des Jahres. In diesem Fall werden auf Antrag im Rahmen der Einkommensteuererklärung die positiven Kapitaleinkünfte um den bescheinigten Verlust gemindert.

Verlustbeschränkung

Ab **01.01.2020** wird die Verlustverrechnung für Verluste aus Kapitalvermögen

- aus der ganzen oder teilweisen Uneinbringlichkeit einer Kapitalforderung,
- aus der Ausbuchung, der Übertragung an Dritte oder sonstigem Ausfall wertlos gewordener Aktien und Wertpapiere (i.S. des § 20 Abs. 1 EstG)

auf **20.000 € pro Jahr** begrenzt. Höhere Verluste werden in das Folgejahr übertragen, gehen also grundsätzlich nicht verloren.

- Verluste aus Termingeschäften können ab dem Jahr 2021 nur noch mit Gewinnen aus Termingeschäften ausgeglichen werden und die Verlustverrechnung ist auf 20.000 € pro Jahr begrenzt. Diese Verluste sind in Zeile 14 der Anlage KAP einzutragen.

4.6 Kirchensteuerpflicht durch die Abgeltungsteuer

Auf die Kapitalerträge ist auch Kirchensteuer zu entrichten, wenn der Kapitalanleger kirchensteuerpflichtig ist.

Der Einbehalt und die Weiterleitung der Kirchensteuer erfolgt seit Januar 2015 automatisch durch die Kreditinstitute.

Die Kreditinstitute fragen dazu beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) jährlich zum Stichtag 31. August die Kirchensteuerpflicht der Kunden ab.

Das BZSt teilt daraufhin die Zugehörigkeit zu einer steuererhebenden Religionsgemeinschaft sowie den gültigen Kirchensteuersatz mit und die Kreditinstitute ermitteln die fällige Kirchensteuer und führen sie zusammen mit der Abgeltungsteuer ab. Besteht keine Kirchensteuerpflicht, wird ein Nullwert mitgeteilt.

Dem automatisierten Datenabruf der Religionszugehörigkeit kann aber widersprochen werden. Hierfür muss bis zum 30. Juni eines Jahres beim BZSt schriftlich dem automatisierten Datenabruf widersprochen werden. Dieser sogenannte **Sperrvermerk** erfolgt auf einem dafür vorgesehenen Formular und gilt unbefristet für alle Bankverbindungen, solange bis er wieder gelöscht wird.

Achtung: Der Sperrvermerk führt zur Abgabepflicht der Steuererklärung zwecks Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge.

Im Fall des automatisierten Verfahrens wird die Abziehbarkeit der Kirchensteuer als Sonderausgaben durch eine entsprechende Minderung der Abgeltungsteuer berücksichtigt (§ 43a Abs. 1 Satz 2 EStG). Da mit der Abgeltungsteuer alles abgegolten sein soll, kann die Kirchensteuer (auf die „abgegoltenen“ Kapitaleinkünfte) auch insoweit nicht mehr als Sonderausgabe in der Steuererklärung geltend gemacht werden.

4.7 Freistellungsauftrag

Durch den Freistellungsauftrag wird gewährleistet, dass der Sparerpauschbetrag nicht erst in der Einkommensteueranmeldung zum Tragen kommt, sondern schon vorab berücksichtigt wird.

Der Steuerpflichtige muss seinem Anlageinstitut bereits vor Auszahlung seiner Kapitalerträge den Freistellungsauftrag erteilen. Das Freistellungsvolumen kann auf mehrere auszahlende Stellen verteilt werden (z. B. Sparverträge bei verschiedenen Banken oder Bauparkassen). Der Anleger muss allerdings darauf achten, dass er den Gesamtbetrag der Freistellungen von 1.000 € (Ledige) bzw. 2.000 € (Verheiratete/eingetragene Lebenspartner) nicht überschreitet. Jeder Antrag gilt, solange er nicht widerrufen oder geändert wird.

Im **Todesfall** kann das Kreditinstitut den Freistellungsauftrag noch so lange berücksichtigen, als es sich um Kapitalerträge handelt, die noch zu Lebzeiten der betreffenden Person fällig waren. Die fällig werdenden Zinsen müssen von den Erben versteuert werden.

Freistellungsauftrag mit Steueridentifikationsnummer

Bei Einrichtung eines Freistellungsauftrags muss die persönliche **Steueridentifikationsnummer** angegeben werden. Seit Januar 2016 muss der Bank auch für bereits früher erteilte Freistellungsaufträge die Identifikationsnummer vorliegen, andernfalls ist der Auftrag unwirksam. Dies hat zur Folge, dass die Bank Abgeltungsteuer einbehält. Die Steueridentifikationsnummer wurde jedem steuerpflichtigen Bürger 2008 durch das **Bundeszentralamt für Steuern** zugestellt. Wer dieses Schreiben nicht mehr auffindet, kann sich jederzeit an das Amt wenden und die erneute Zusendung beantragen. Die Steueridentifikationsnummer ist auch im Einkommensteuerbescheid oder in der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung aufgeführt.

4.8 Nichtveranlagungsbescheinigung

Die NV-Bescheinigung (Nichtveranlagungsbescheinigung) hat durch Einführung der Abgeltungsteuer nicht an Bedeutung verloren.

Steuerpflichtige, deren zu versteuerndes Einkommen nicht den Grundfreibetrag (2023 10.908 € Ledige/21.816 € Verheiratete/eingetragene Lebenspartner) übersteigt, können beim Finanzamt eine sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung (kurz: NV-Bescheinigung) beantragen. Die Nichtveranlagungsbescheinigung wird in der Regel für drei Jahre ausgestellt und der Bank vorgelegt, worauf diese keine Abgeltungsteuer mehr einbehält.

Die Nichtveranlagungsbescheinigung ist insbesondere für Rentner und Kinder interessant, wenn sie Zinseinkünfte oberhalb des Sparerpauschbetrages von 1.000 €/2.000 € (ledig/verheiratet) haben, aber ansonsten mit den Einkünften unter dem Grundfreibetrag liegen.

⇒ BEISPIEL

Ehepaar Emsig (Ehemann geboren 10.02.1957, Ehefrau geboren 15.09.1959) hat 2023 folgende Einkünfte: Zinsen aus Sparbüchern und festverzinslichen Wertpapieren von 8.000 €. Herr Emsig bezieht eine Altersrente (Beginn 2020) von jährlich 20.000 €. Die Zinserträge ergeben sich wie folgt: Ehemann 5.000 € und Ehefrau 3.000 €, dies ist wichtig für die Ermittlung des Altersentlastungsbetrages. Die Prüfung, ob eine NV-Bescheinigung erteilt werden kann, erfolgt so:

	Ehemann	Ehefrau	Gesamt
Einnahmen aus Kapitalvermögen	5.000 €	3.000 €	
– Sparerpauschbetrag	<u>– 1.000 €</u>	<u>– 1.000 €</u>	
Einkünfte aus Kapitalvermögen	4.000 €	2.000 €	6.000 €
Altersrente	20.000 €		
– Rentenfreibetrag	– 4.000 €		
– Werbungskosten Pauschbetrag	<u>– 102 €</u>		
	15.898 €		<u>15.898 €</u>
Summe der Einkünfte			21.898 €
– Altersentlastungsbetrag			
14,4 % von 4.000 € (Kapitaleinkünfte Ehemann)			
= 576 €, höchstens 684 €			576 €
– Sonderausgaben-Pauschale			72 €
– Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge			<u>2.030 €</u>
zu versteuerndes Einkommen			19.220 €

Die Voraussetzungen für eine Nichtveranlagungsbescheinigung sind erfüllt, weil das zu versteuernde Einkommen im Veranlagungszeitraum 2023 unter dem Grundfreibetrag von 21.816 € für Verheiratete/eingetragene Lebenspartner liegt.

4.9 Private Veräußerungsgeschäfte

Gewinne oder Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften gemäß § 23 EStG gehören zu den **sonstigen Einkünften** nach § 22 Nr. 2 EStG.

Veräußerungsgewinne und -verluste werden steuerlich nur berücksichtigt, wenn die Spekulationsfrist zwischen Anschaffung und Veräußerung des Wirtschaftsguts noch nicht abgelaufen ist. Ist mehr Zeit verstrichen, sind Gewinne unabhängig von deren Höhe steuerfrei und Verluste steuerlich unbeachtlich.

Die **einjährige Spekulationsfrist**, nach deren Ablauf ein Veräußerungsgewinn steuerfrei und ein Verlust steuerlich nicht mehr relevant ist, gilt nur noch für die Veräußerung folgender beweglicher Wirtschaftsgüter (§ 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG):

- **Wertgegenstände** wie Edelmetalle (z. B. Gold- und Silberbarren), Münzen, Devisenbestände, Kunstgegenstände, Antiquitäten und Oldtimer;
- **Gebrauchsgegenstände** wie der eigene Pkw (BFH-Urteil vom 22.04.2008, IX R 29/06).

Die **Spekulationsfrist von zehn Jahren** für die Veräußerung von **Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** gilt unverändert weiter. Ausgenommen von der Besteuerung bleiben Gewinne aus der Veräußerung von Wohneigentum, wenn das Wohneigentum zwischen Anschaffung bzw. Fertigstellung und Veräußerung ausschließlich zu eigenen Wohnzwecken oder im Jahr der Veräußerung und in den beiden vorangegangenen Jahren zu eigenen Wohnzwecken genutzt worden ist.

Die steuerliche **Freigrenze für einen Gewinn** aus privaten Veräußerungsgeschäften beträgt **600 €** (§ 23 Abs. 3 Satz 5 EStG). Das heißt, der gesamte Veräußerungsgewinn bleibt steuerfrei, wenn er im Kalenderjahr weniger als 600 € beträgt. Liegt er darüber, ist er steuerpflichtig und muss auf der Rückseite der Anlage SO angegeben werden. Bei zusammen veranlagten Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern steht jedem diese Freigrenze zu, vorausgesetzt, jeder hat entsprechende Gewinne. Die nicht ausgeschöpfte Freigrenze des einen Ehegatten kann auch bei Zusammenveranlagung nicht auf den anderen übertragen werden.

Ein privates Veräußerungsgeschäft liegt nicht vor, wenn der Veräußerer den Gegenstand zuvor unentgeltlich durch Erbschaft, Vermächtnis oder Schenkung erworben hat und der entgeltliche Erwerb durch den Rechtsvorgänger länger als zehn Jahre bzw. ein Jahr zurückliegt, da dessen Besitzdauer mitgerechnet wird.

Gewinn (oder auch Verlust) aus privaten Veräußerungsgeschäften ist der Unterschied zwischen dem Veräußerungspreis abzüglich Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Veräußerungskosten.

Zu den **Anschaffungskosten** gehören alle Aufwendungen zum Erwerb des veräußerten Wirtschaftsguts, also auch die Erwerbsnebenkosten. Bei einem Gebäude sind dies z. B. Inseratskosten, Grunderwerbsteuer, Maklerkosten, Vermittlungsgebühren, Notariats- und Gerichtskosten.

Als **Veräußerungskosten** können die Aufwendungen berücksichtigt werden, die mit dem Veräußerungsgeschäft in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, wie z. B. Kosten für Verkaufsanzeigen, Beratungs- und Notariatsgebühren, Makler- und Vermittlungsprovisionen.



1	Name / Gemeinschaft / Gesellschaft	
2	Vorname	
3	Steuernummer	lfd. Nr. der Anlage 1
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung bebauter Grundstücke		
		Anlage V
		<input checked="" type="checkbox"/> zur Einkommensteuererklärung <input type="checkbox"/> zur Eeststellungserklärung
Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.		
Allgemeine Angaben		25
Lage des Grundstücks / der Eigentumswohnung		
4	Straße, Hausnummer	
5	Postleitzahl Ort	
6	Einheitswert-Aktenzeichen (ohne Sonderzeichen)	
7	Angeschafft am	Fertig gestellt am Veräußert / Übertragen am
Das in Zeile 4 bezeichnete Objekt wird ganz oder teilweise		
8	als Ferienwohnung genutzt 61 <input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein	kurzfristig vermietet 63 <input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein
an Angehörige zu Wohnzwecken vermietet 62 <input type="checkbox"/> 1 = Ja <input type="checkbox"/> 2 = Nein		
- Bei Nutzung als Ferienwohnung oder bei kurzfristiger Vermietung ist zusätzlich die Anlage V-FWo zu übermitteln. -		
9	Gesamtwohnfläche (in m ²)	54
10	in Zeile 9 enthaltener eigengenutzter oder unentgeltlich an Dritte überlassener Wohnraum (in m ²)	55
11	in Zeile 9 enthaltener als Ferienwohnung genutzter Wohnraum (in m ²)	56
Einnahmen		
(Bei ausländischen Einkünften: Anlage AUS beachten)		
Mieteinnahmen für Wohnungen (ohne Umlagen)		
12	Bezeichnung der Wohneinheit (z. B. Stockwerk, Nummer der Wohnung)	Wohnfläche (in m ²) EUR
13	Bezeichnung der Wohneinheit (z. B. Stockwerk, Nummer der Wohnung)	+ EUR
14	Bezeichnung weiterer Wohneinheiten (z. B. Stockwerk, Nummer der Wohnung)	+ EUR
15	Summe 01	= EUR
Einnahmen für andere Räume (ohne Umlagen / Umsatzsteuer)		
16	Bezeichnung der Einheit (z. B. Stockwerk, Nummer der Einheit)	Nutzfläche (in m ²) EUR
17	Bezeichnung weiterer Einheiten (z. B. Stockwerk, Nummer der Einheit)	+ EUR
18	Summe 02	= EUR
Einnahmen für an Angehörige vermietete Wohnungen (ohne Umlagen)		
19	Bezeichnung der Wohneinheit (z. B. Stockwerk, Nummer der Wohnung)	Wohnfläche (in m ²) EUR
03		
Einnahmen aus umgelegten Neben- / Betriebskosten (z. B. Wasser, Allgmeinstrom, Müllabfuhr, Zentralheizung)		
EUR		
20	auf die Zeilen 15 und 18 entfallende laufende Neben- / Betriebskosten	04 EUR
21	auf die Zeilen 15 und 18 entfallende und im Jahr 2023 erhaltene Nachzahlungen / geleistete Erstattungen (negativen Betrag mit vorangestelltem Minuszeichen eintragen)	11 EUR
22	auf Zeile 19 entfallende laufende Neben- / Betriebskosten	05 EUR
23	auf Zeile 19 entfallende und im Jahr 2023 erhaltene Nachzahlungen / geleistete Erstattungen (negativen Betrag mit vorangestelltem Minuszeichen eintragen)	12 EUR
24	Neben- / Betriebskosten wurden nicht gesondert vereinbart.	13 <input type="checkbox"/> 1 = Ja

Steuernummer, lfd. Nr. d. Anlage

Sonstige Einnahmen		EUR
25	Vereinnahmte Mieten für frühere Jahre / verrechnete Mietkautionen / auf das Kalenderjahr entfallende Mietvorauszahlungen aus Baukostenzuschüssen	06 <input type="text"/> ,-
26	Einnahmen aus Vermietung von Garagen, Werbeflächen, Grund und Boden für Kioske usw.	07 <input type="text"/> ,-
27	Vereinnahmte Umsatzsteuer	09 <input type="text"/> ,-
28	Vom Finanzamt erstattete und ggf. verrechnete Umsatzsteuer	10 <input type="text"/> ,-
Öffentliche Zuschüsse nach dem Wohnraumförderungsgesetz oder zu Erhaltungsaufwendungen, Aufwendungszuschüsse, Guthabenzinsen aus Bausparverträgen und sonstigen Einnahmen		EUR <input type="text"/> ,-
29		<input type="text"/> ,-
30	davon entfallen auf eigengenutzte oder unentgeltlich an Dritte überlassene Wohnungen laut Zeile 10	- <input type="text"/> ,-
31	Ergebnis der Zeilen 29 und 30	08 = <input type="text"/> ,-
Summe der Einnahmen aus den Zeilen 15, 18 bis 28 und 31		EUR <input type="text"/> ,-
Werbungskosten		
Bitte füllen Sie die Zeilen zu den verhältnismäßig zugeordneten Werbungskosten nur aus, wenn die Aufwendungen für das Gebäude nur teilweise Werbungskosten sind (siehe Anleitung zu den Zeilen 33 bis 83). Im Falle einer verbilligten Vermietung zu Wohnzwecken tragen Sie bitte die Aufwendungen in die Zeilen 33 bis 83 in voller Höhe ein. Hinsichtlich der vorzunehmenden Kürzung der Werbungskosten nutzen Sie bitte ausschließlich die Zeilen 86 und 87 (siehe Anleitung zu den Zeilen 33 bis 83 sowie 86 und 87).		
Absetzung für Abnutzung für Gebäude (ohne Beträge in den Zeilen 36 bis 41)		
durch direkte Zuordnung ermittelt		
33	1 = linear <input type="text"/> % 2 = degressiv <input type="text"/> % 1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	EUR <input type="text"/> ,-
durch verhältnismäßige Zuordnung ermittelt		
34	1 = linear <input type="text"/> % 2 = degressiv <input type="text"/> % 1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	Gesamtbetrag in EUR, Ct <input type="text"/> abzugsfähiger Anteil (in %) <input type="text"/> + <input type="text"/> ,-
35	Abzugsfähige Werbungskosten	30 = <input type="text"/> ,-
Sonderabschreibung für Mietwohnungsneubau nach § 7b EStG		
durch direkte Zuordnung ermittelt		
36	1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	EUR <input type="text"/> ,-
durch verhältnismäßige Zuordnung ermittelt		
37	1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	Gesamtbetrag in EUR, Ct <input type="text"/> abzugsfähiger Anteil (in %) <input type="text"/> + <input type="text"/> ,-
38	Abzugsfähige Werbungskosten	70 = <input type="text"/> ,-
Erhöhte Absetzungen nach den §§ 7h, 7i EStG und / oder nach dem Schutzbaugesetz		
durch direkte Zuordnung ermittelt		
39	1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	EUR <input type="text"/> ,-
durch verhältnismäßige Zuordnung ermittelt		
40	1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	Gesamtbetrag in EUR, Ct <input type="text"/> abzugsfähiger Anteil (in %) <input type="text"/> + <input type="text"/> ,-
41	Abzugsfähige Werbungskosten	31 = <input type="text"/> ,-
Absetzung für Abnutzung für Wirtschaftsgüter, die keine Gebäude sind (z. B. bewegliche Wirtschaftsgüter)		
durch direkte Zuordnung ermittelt		
42	1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	EUR <input type="text"/> ,-
durch verhältnismäßige Zuordnung ermittelt		
43	1 = wie Vorjahr 2 = laut Erläuterung	Gesamtbetrag in EUR, Ct <input type="text"/> abzugsfähiger Anteil (in %) <input type="text"/> + <input type="text"/> ,-
44	Abzugsfähige Werbungskosten	60 = <input type="text"/> ,-

5. Was sind Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung?

Zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung gehört vorrangig die Vermietung von inländischen Grundstücken und Gebäuden. Befindet sich das vermietete Objekt im Ausland, so muss das Doppelbesteuerungsabkommen mit dem jeweiligen Staat, in dem sich das Grundstück befindet, beachtet werden. In der Regel steht dem Belegenheitsstaat die Besteuerung zu. Die nachfolgenden Ausführungen sollen nur einen kleinen Überblick geben. Weitere Informationen erhalten Sie über die steuerberatenden Berufe, Fachliteratur, Gesetze oder über die Finanzverwaltung.

Anlage V, 12 bis 32

5.1 Mieteinnahmen

Werden Immobilien zur Nutzung überlassen, erzielt der Vermieter Mieteinnahmen. Den Mieteinnahmen gegenüber stehen alle Aufwendungen, die dem Erwerb, der Sicherung und Erhaltung der Einnahmequelle dienen. Das sind die **Werbungskosten**. Das Ergebnis dieser Überschussrechnung – Mieteinnahmen abzüglich Werbungskosten – sind die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

Bei der Vermietungstätigkeit muss die Absicht erkennbar sein, auf Dauer positive Einkünfte zu erzielen. Andernfalls kann das Finanzamt die Anerkennung eines Vermietungsverlustes ablehnen. Bei einer auf Dauer angelegten Vermietung von Wohnraum zu Wohnzwecken hat die Finanzverwaltung grundsätzlich und typisierend von einer Gewinnerzielungsabsicht auszugehen, sofern nicht besondere Umstände dagegensprechen. Einem im Steuerbescheid enthaltenen Vorläufigkeitsvermerk bezüglich der Anerkennung der Vermietungseinkünfte kann widersprochen werden, wenn diese besonderen Umstände nicht erläutert wurden. Vorläufig ergangene Steuerbescheide können auch rückwirkend zu Ungunsten des Steuerpflichtigen geändert werden.

5.1.1 Steuerpflichtige Mieteinnahmen

Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sind alle Einnahmen, die dem Vermieter oder Verpächter aus der Nutzungsüberlassung von Grundstücken, Gebäuden und Gebäudeteilen zufließen.

Hierzu gehören u. a.:

- Mieteinnahmen für Wohnungen (Eigentumswohnungen) bzw. Häuser,
- Mieteinnahmen für Räume, die nicht Wohnzwecken dienen,

- Einnahmen aus der Vermietung von Garagen, Werbeflächen u. Ä.,
- Einnahmen aus Umlagen (Wassergeld, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Zentralheizung, besondere Ausstattung),
- Abstandszahlungen für die Entlassung eines Mieters aus einem Mietverhältnis,
- bei Optionen zur Umsatzsteuerpflicht (§ 9 UStG): angerechnete bzw. erstattete Vorsteuerbeträge,
- werterhöhende Aufwendungen des Mieters, die dem Vermieter nach Vertragsende entschädigungslos überlassen werden,
- Erlöse aus der Veräußerung von Miet- und Pachtzinsforderungen,
- Guthabenzinsen aus Bausparverträgen, deren vertraglich vereinbarte Bestimmung es ist, die Vorfinanzierung des vermieteten Objektes abzulösen,
- bestimmte Zuschüsse aus öffentlichen oder privaten Mitteln.

5.1.2 Geringe Mieteinnahmen

Werden Teile einer selbstgenutzten Eigentumswohnung, eines selbstgenutzten Einfamilienhauses oder insgesamt selbstgenutzten anderen Hauses vorübergehend vermietet (z. B. an Messe- oder Kongressbesucher) und übersteigen die Einnahmen hieraus nicht 520 € im Kalenderjahr, kann im Einverständnis mit dem Steuerpflichtigen aus Vereinfachungsgründen von der Besteuerung der Einkünfte abgesehen werden.

5.1.3 Verbilligte Mietüberlassung, 86 und 87

Liegt die Miete laut Mietvertrag dauerhaft unterhalb der ortsüblichen Miete, so ist die Gewinnerzielungsabsicht des Steuerpflichtigen zu prüfen. Außerdem kann es zu einer Kürzung der Werbungskosten kommen.

- Die Absicht, Einkünfte zu erzielen, wird unterstellt, wenn die vereinbarte Warmmiete (Kaltmiete zuzüglich umgelegter Betriebskosten) mindestens 66 % der ortsüblichen Bruttomiete (Kaltmiete zuzüglich der nach der Betriebskostenverordnung umlagefähigen Kosten) beträgt. Dies hat zur Folge, dass keine Kürzung der Werbungskosten vorzunehmen ist.
- Die Werbungskosten sind stets zu kürzen, wenn die vereinbarte Warmmiete weniger als 50 % der ortsüblichen Bruttomiete beträgt. Die Aufwendungen werden dann nur im Verhältnis der vereinbarten Miete zur ortsüblichen Miete berücksichtigt. Die ortsübliche Marktmiete wird anhand von Mietspiegeln oder Gutachten ermittelt. Hier werden Mieten für Wohnungen vergleichbarer Art, Lage und Ausstattung zu Grunde gelegt.
- Bei einer vereinbarten Warmmiete zwischen 50 % und weniger als 66 % der ortsüblichen Miete ist eine Totalüberschussprognose durchzuführen. Hierbei gilt es festzustellen, ob bei der Höhe der vereinbarten Miete und den prognostizierten Ausgaben, hochgerechnet auf die nächsten 30 Jahre, unterm Strich mit einem totalen Gewinn oder einem totalen

Verlust zu rechnen ist. Fällt die Prognose positiv aus, so werden die Werbungskosten nicht gekürzt. Ist sie jedoch negativ, so werden die Werbungskosten nur im Verhältnis der vereinbarten Miete zur ortsüblichen Miete berücksichtigt.

- Tatsächliche Mietausfälle wegen Zahlungsunfähigkeit des Mieters sind bei der Überprüfung der verbilligten Mietüberlassung zu vernachlässigen.
- Stellt die Vermietung einer Wohnung unter nahen Angehörigen einen Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten dar, so wird die Vermietung steuerrechtlich nicht anerkannt.

5.1.4 Miteigentum, Anlage V-Sonstige

Gehört das vermietete Gebäude mehreren Personen, sind die Einkünfte zunächst für die Gemeinschaft insgesamt zu ermitteln.

Diese positiven oder negativen Einkünfte werden dann im Normalfall nach dem Verhältnis der zivilrechtlichen Eigentumsanteile den Miteigentümern zugerechnet. Eine abweichende Verteilung zwischen Angehörigen wird steuerlich anerkannt, wenn hierfür nachvollziehbare wirtschaftliche Gründe vorliegen und die Gestaltung und Durchführung zwischen fremden Personen üblich ist. Abschreibungen können jedoch nur dem zugerechnet werden, der die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten getragen hat.

Die Feststellungserklärung ist zusätzlich zu den Einkommensteuererklärungen der an der Grundstücksgemeinschaft beteiligten Steuerzahler beim Finanzamt einzureichen, in dessen Zuständigkeitsbereich sich die Verwaltung der Grundstücksgemeinschaft befindet. Die im Feststellungsverfahren ermittelten anteiligen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung werden den Beteiligten und deren Wohnsitz-Finanzamt mitgeteilt und in den jeweiligen Einkommensteuerbescheid übernommen.

Anlage V, 33 bis 83

5.2 Abzugsfähige Werbungskosten

Werbungskosten sind alle einmaligen oder laufenden Aufwendungen zum Erwerb, zur Sicherung und zur Erhaltung der Einnahmen. Dies sind Aufwendungen, die im unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Vermietung stehen.

Ist ein Gebäude nur teilweise vermietet, dann sind die Werbungskosten nur im Verhältnis der vermieteten Wohnfläche zur Gesamtwohnfläche ansetzbar.

⇒ BEISPIEL

Ehepaar Krause vermietet im Zweifamilienhaus eine Wohnung mit 60 qm. Sie selbst bewohnen die Wohnung mit 140 qm. Weil die Aufwendungen für die selbstgenutzte Wohnung nicht steuerrechtlich geltend gemacht werden können, muss folgende Berechnung vorgenommen werden:

Gesamtwohnfläche: 200 qm $\frac{60 \text{ qm} \times 100 \%}{200 \text{ qm}} = 30 \%$

Vermieteter Anteil: 60 qm 200 qm

Es können also nur 30 % der Aufwendungen als Werbungskosten berücksichtigt werden. Fallen für die Mietwohnung direkt zuzuordnende Aufwendungen an, dann können diese zu 100 % angerechnet werden.

Als Werbungskosten kommen insbesondere in Betracht:

- **Gezahlte Schuldzinsen** (keine Tilgungsbeträge), die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Grundstück stehen: Ein wirtschaftlicher Zusammenhang besteht, wenn die Schuld für Erwerb, Bebauung, Verbesserung oder Instandhaltung des vermieteten Grundstücks aufgenommen wird. Auch im Fall einer Umschuldung besteht dieser Veranlassungszusammenhang in der Regel fort. Solche Schuldzinsen können auch noch nach Veräußerung des Mietobjektes als nachträgliche Werbungskosten anerkannt werden, soweit der Veräußerungserlös zur Tilgung der Restschuld aus den Darlehen nicht ausreicht oder soweit der Verkaufserlös für den Erwerb eines neuen zu vermietenden Objektes eingesetzt wird. Voraussetzung hierfür ist, dass die Gewinnerzielungsabsicht nicht bereits vor der Veräußerung aufgegeben wurde.
- **Finanzierungskosten** (Geldbeschaffungskosten): Sie sind im Jahr ihrer Verausgabung abzugsfähig. Das sind zum Beispiel Kreditprovisionen, Vermittlungsgebühren, Notariats- und Grundbuchgebühren für die Eintragung einer Grundschuld, Zuteilungs- und Abschlussgebühren beim Bausparvertrag; Zinsen für einen Zwischenkredit, Schätzungsgebühren im Zusammenhang mit der Beschaffung eines Kredits.
- **Damnum/Disagio**: Sofern diesbezüglich kreditmarktübliche Vereinbarungen getroffen werden, stellen die Aufwendungen direkt abzugsfähige Werbungskosten dar. Der Allgemeinheit durch Geschäftsbanken angebotene Konditionen indizieren die Marktüblichkeit.
- **Laufende Aufwendungen, wie z. B.:** Grundsteuer, Müllabfuhr, Wasser, Strom, Heizung, Kanalgebühren, Straßenreinigung, Schornsteinfeger, Aufwendungen für Hausmeisterarbeiten, Hausreinigung und Gartenpflege, Flurbeleuchtung, Wartungskosten, Gebäudeversicherung, Feuer-, Eigentümerhaftpflicht-, Glas- und Wasserschadenversicherungen, Hausratversicherung (nur im Fall der möblierten Vermietung), Vermieterrechtsschutzversicherung sowie Beiträge zum Haus- und Grundbesitzverein.

- **Einmalige Aufwendungen, wie z. B.:** Inserierungskosten zwecks Mietersuche, Prozesskosten, die aus einem Rechtsstreit in Verbindung mit einem Mietverhältnis entstehen, Reisekosten für Fahrten (bei Nutzung Privat-Pkw 0,30 € pro gefahrenen Kilometer) zum vermieteten Objekt zur Vornahme und Überwachung von Reparaturen, zu Eigentümerversammlungen bei Hausgemeinschaften, zum Abschluss oder Änderung von Mietverträgen; die Reisekosten zum Erwerb eines Wohngebäudes gehören jedoch zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten.
- **Instandhaltungsaufwendungen** (Erhaltungsaufwand): Hierzu gehören alle Aufwendungen, die zu keiner entscheidenden Substanz- oder Wesensänderung des Gebäudes führen. Die Verwendung von besseren Materialien unter Berücksichtigung der modernen Technik steht der Behandlung als Erhaltungsaufwand nicht entgegen. Erhaltungsaufwand, der üblicherweise laufend anfällt, kann in jedem Fall sofort als Werbungskosten abgesetzt werden. Eine entscheidende Substanz- oder Wesensänderung liegt unter anderem bei einer Anhebung des Standards vor. Erhöht sich aufgrund einer Ansammlung von Renovierungsmaßnahmen der Gebrauchswert des Objektes im Bereich von mindestens drei der vier möglichen zentralen Ausstattungsmerkmale (Heizung, Sanitär, Elektro, Fenster), so liegen stets Herstellungskosten vor. Geht mit der Renovierung eine Wohnraumerweiterung einher, genügt sogar die Qualitätsanhebung zweier Ausstattungsmerkmale. Herstellungskosten dürfen nicht direkt als Werbungskosten abgezogen werden. Sie sind wie das Gebäude abzuschreiben (siehe nachfolgend Kapitel „Absetzung für Abnutzung“). Herstellungskosten, die nicht der endgültigen Fertigstellung eines neu errichteten Gebäudes dienen, dürfen auf Antrag wie Erhaltungsaufwendungen als Werbungskosten berücksichtigt werden, wenn die Aufwendungen für die einzelne Baumaßnahme 4.000 € (Rechnungsbetrag ohne Umsatzsteuer) nicht übersteigen (Vereinfachungsregelung).

Erhaltungsaufwendungen, die innerhalb von drei Jahren nach Anschaffung des Gebäudes anfallen (auf den Tag genaue Berechnung ab Übergang Besitz, Nutzen und Lasten), erhöhen als **anschaffungsnahe Herstellungskosten** die Bemessungsgrundlage für die Abschreibung des Gebäudes, wenn sie netto (Rechnungsbeträge ohne Umsatzsteuer) insgesamt mehr als 15 % der auf das Gebäude entfallenden Anschaffungskosten betragen. Aufwendungen für Erweiterungen und regelmäßig anfallende Instandhaltungsaufwendungen (z. B. Heizungs-wartung) bleiben bei der Prüfung der 15%-Grenze außen vor, Aufwendungen für Schönheits-reparaturen hingegen nicht. Größere Erhaltungsaufwendungen werden in den ersten drei Jahren üblicherweise nur mit einem Vorläufigkeitsvermerk als Werbungskosten anerkannt. Das bedeutet, dass das Finanzamt für den Fall, dass die aufaddierten Aufwendungen seit Anschaffung innerhalb der ersten drei Jahre die 15%-Grenze überschreiten, auch noch rück-wirkend Steuerbescheide ändern kann.

Absetzung für Abnutzung

Der Wert eines Gebäudes sinkt in der Regel mit zunehmendem Alter. Diese Alterswert-minderung stellt eine Aufwandsposition dar, die in der Einkommensteuererklärung als Ab-setzung für Abnutzung (AfA) in Form einer Abschreibung geltend gemacht werden kann. Ausgangspunkt für die Berechnung der Gebäudeabschreibung sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für das Gebäude. Nicht zur Bemessungsgrundlage gehören die Grund-

stückskosten, da das Grundstück keiner Alterswertminderung unterliegt. Sofern im Fall der Anschaffung Grundstücks- und Gebäudewert im Kaufvertrag nicht separat ausgewiesen sind, ist der Verkehrswert des Grundstücks zum Erwerbszeitpunkt zu ermitteln und zur Berechnung der Bemessungsgrundlage für die Abschreibung vom Kaufpreis abzuziehen.

Zur Ermittlung dieses Verkehrswertes bietet das Bundesfinanzministerium auf seinen Internetseiten eine „Arbeitshilfe zur Aufteilung eines Gesamtkaufpreises für ein bebautes Grundstück (Kaufpreisaufteilung)“ an.

Entfallen Kosten auf die Einheit von Grundstück und Gebäude, so sind die Kosten zum Zwecke der Abschreibungsermittlung im Verhältnis der jeweiligen Einzelwerte zum Gesamtwert aufzuteilen. So dürfen z. B. Grunderwerbsteuer, Maklerprovisionen, Notargebühren für den Kaufvertrag und Gebühren der Gerichtskasse für den Eigentumseintrag bzw. die Auflassungsvormerkung nur dem Gebäudewert entsprechenden Anteil in die Bemessungsgrundlage für die Abschreibung miteingerechnet werden.

Abschreibungsarten

Grundsätzlich können alle Gebäude linear abgeschrieben werden. Die degressive Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG und die Sonderabschreibung nach § 7b EStG greifen nur bei selbst erstellten Gebäuden oder bei Gebäuden, die im Jahr der Fertigstellung erworben wurden. Hinzu kommen weitere Einschränkungen, die nachfolgend erläutert werden. Eine Abschreibung ist vorzunehmen, sobald das Gebäude angeschafft (Übergangszeitpunkt Besitz, Nutzen und Lasten laut Kaufvertrag) oder fertiggestellt ist.

a) Lineare Abschreibung nach § 7 Abs. 4 EStG bei zu Wohnzwecken dienenden Gebäuden

- nach dem 31.12.1924 fertig gestellten Gebäuden jährlich 3 %,
- bei vor dem 01.01.2023 und nach dem 31.12.1924 fertig gestellten Gebäuden jährlich 2 %,
- bei vor dem 01.01.1925 fertig gestellten Gebäuden jährlich 2,5 % der Herstellungs-, Anschaffungs- und Anschaffungsnebenkosten des Gebäudes.

Ist die tatsächliche Nutzungsdauer kürzer als 40 oder 50 Jahre, können entsprechend höhere Absetzungen geltend gemacht werden.

b) Degressive Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG bei zu Wohnzwecken dienenden Gebäuden:

Sie kann alternativ zur linearen Abschreibung angesetzt werden und beträgt bei Bauantrag (im Herstellungsfall) oder bei rechtswirksamem Abschluss des obligatorischen Vertrages (im Anschaffungsfall nur bei Gebäuden, die noch im Jahr ihrer Fertigstellung angeschafft wurden)

vor dem 01.01.1995

8 Jahre je 5 %, 6 Jahre je 2,5 % und
36 Jahre je 1,25 %,

nach dem 28.02.1989 und vor dem 01.01.1996, soweit das Objekt Wohnzwecken dient,

4 Jahre je 7 %, 6 Jahre je 5 %, 6 Jahre je 2 % und 24 Jahre je 1,25 %,

nach dem 31.12.1995 und vor dem 01.01.2004, soweit das Objekt Wohnzwecken dient,

8 Jahre je 5 %, 6 Jahre je 2,5 % und 36 Jahre je 1,25 %,

nach dem 31.12.2003 und vor dem 01.01.2006, soweit das Objekt Wohnzwecken dient,

10 Jahre je 4 %, 8 Jahre je 2,5 % und 32 Jahre je 1,25 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Ein Wechsel zur linearen Abschreibung oder zur Abschreibung auf die tatsächliche Nutzungsdauer ist bei der degressiven Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG nicht möglich.

c) Degressive Abschreibung nach § 7 Abs. 5a EStG bei zu Wohnzwecken dienenden Gebäuden:

Sie kann alternativ zur linearen Abschreibung angesetzt werden und auch sie gilt nur für neu hergestellte Gebäude und Gebäude, die noch im Jahr ihrer Fertigstellung angeschafft wurden. Hierbei muss der Bauantrag im Herstellungsfall bzw. der obligatorische Vertrag im Anschaffungsfall nach dem 30.09.2023 und vor dem 01.10.2029 gestellt bzw. rechtswirksam abgeschlossen worden sein. Die degressive Abschreibung nach § 7 Absatz 5a EStG beträgt 5% der Gebäudeherstellungs- bzw. -anschaffungskosten und ist im Jahr der Fertigstellung bzw. Anschaffung nur zeitanteilig vorzunehmen. In den Folgejahren beträgt die Abschreibung immer 5% des Restbuchwertes des jeweiligen Vorjahres, weswegen sich der Abschreibungsbetrag jährlich reduziert. Ein Wechsel zur linearen Abschreibung nach § 7 Absatz 4 EStG ist zulässig.

d) Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau nach § 7b EStG:

Diese Abzugsmöglichkeit war ursprünglich zeitlich begrenzt und wurde im Jahr 2023 vom Gesetzgeber reaktiviert, woraus eine einjährige Förderpause resultiert. Zudem wurden die Anwendungseinschränkungen geändert. Die Sonderabschreibung nach § 7b EStG beträgt jeweils bis zu 5 % für das Jahr der Fertigstellung bzw. Anschaffung (begünstigt sind nur Objekte, die noch im Jahr ihrer Fertigstellung angeschafft wurden) und die folgenden 3 Jahre. Es darf aber auch ein niedrigerer Prozentsatz für die insgesamt 4 Jahre gewählt werden. Zusätzlich zum Antrag über die Anlage V ist beim Finanzamt das Datenblatt „Angaben zur Inanspruchnahme einer Sonderabschreibung nach § 7b EStG“ einzureichen. Parallel zur Sonderabschreibung ist die reguläre lineare Abschreibung nach § 7 Abs. 4 EStG in Anspruch zu nehmen.

Voraussetzungen:

- Durch die Baumaßnahmen muss neuer, d. h. bisher nicht vorhandener Wohnraum geschaffen worden sein, der nicht nur vorübergehend Wohnzwecken dient (keine Begünstigung von beispielsweise Ferienwohnungen, Bürogebäuden, Lagerhallen).

- Der Wohnraum muss in einem EU-Mitgliedsstaat gelegen sein oder in einem Staat, der sich gegenüber Deutschland zur Amtshilfe entsprechend dem EU-Amtshilfegesetz verpflichtet hat.
- Der Wohnraum muss im Jahr der Fertigstellung oder Anschaffung und in den folgenden 9 Jahren vermietet werden.

Anwendungseinschränkungen zu § 7b EStG		
Gefördert werden nur Baumaßnahmen aufgrund eines Bauantrages / einer Bauanzeige nach dem 31.08.2018 und vor dem 01.01.2022	... nach dem 31.12.2022 und vor dem 01.10.2029
Einzuhaltende Energie-spar-Vorgaben	keine	Effizienzhaus 40 mit Nachhaltigkeits-Klasse
Baukostenobergrenze	3.000 € je Quadratmeter	5.200 € je Quadratmeter
Förderhöchstgrenze	2.000 € je Quadratmeter	4.000 € je Quadratmeter
Förderzeitraum	bis zu 4 Jahre, jedoch letztmalig für 2026	bis zu 4 Jahre, jedoch letztmalig anteilig für 2034

Bei Überschreitung der Baukostenobergrenze kann die Sonderabschreibung nicht in Anspruch genommen werden, wohingegen eine Überschreitung der Förderhöchstgrenze lediglich zur Reduzierung der Bemessungsgrundlage führt.

Entfällt eine der genannten Voraussetzungen im Nachhinein, z. B. weil die Wohnung innerhalb des 10-Jahres-Zeitraums eigengenutzt wird oder weil anschaffungsnahe Herstellungskosten innerhalb der ersten drei Jahre zu einer Überschreitung der Baukostenobergrenze führen, so wird die komplette Förderung im Nachhinein versagt und die betreffenden Einkommensteuerbescheide werden rückwirkend zu Ungunsten des Steuerpflichtigen geändert.

Ist der 4-jährige Förderzeitraum bis 2026 bzw. 2034 noch nicht abgelaufen, so reduziert sich der Förderzeitraum entsprechend. Nach Beendigung der Sonderabschreibung ist die Restwertabschreibung zu ermitteln, die für die verbleibende Restnutzungsdauer der ursprünglichen 50 Jahre anzusetzen ist. Hierdurch wird der Restbuchwert des Wohnobjektes gleichmäßig auf die verbleibende Restnutzungsdauer verteilt.

Sonderfälle von Einnahmen und Werbungskosten

Instandhaltungsrücklage: Zinsen, die Beteiligte einer Wohnungseigentümergeinschaft aus der Anlage der Instandhaltungsrücklage erzielen, gehören zu den Einkünften aus Kapitalvermögen. Einzahlungen in die Instandhaltungsrücklage sind nicht abzugsfähig. Zu berücksichtigen ist der auf die vermietete Wohnung entfallende Entnahmeanteil im Entnahmezeitpunkt.

Keine Mieteinnahmen: Berücksichtigt werden Werbungskosten aus Vermietung und Verpachtung auch dann, wenn aus dem bezugsfertigen Objekt im Veranlagungszeitraum keine Einnahmen erzielt werden, zum Beispiel bei einem vorübergehend leerstehenden Gebäude. Werbungskosten gelten nur bei Gewinnerzielungsabsicht. Diese ist gegebenenfalls dem Finanzamt gegenüber nachzuweisen, z. B. durch die Vorlage von Rechnungen für Inserate. Bei längeren strukturell bedingten Leerständen wird sogar ein verstärktes Engagement des Vermieters für die weitere Berücksichtigung des Mietverlustes vorausgesetzt (Beauftragung eines Maklers, Modernisierungsmaßnahmen zur Steigerung der Attraktivität).

Anlage V, 56 bis 71

5.3 Verteilung von größerem Erhaltungsaufwand (§ 82b EStDV)

Größerer Erhaltungsaufwand darf auf zwei bis fünf Jahre gleichmäßig verteilt werden. Das gilt nur für Objekte, die zum Privatvermögen gehören und die überwiegend zu Wohnzwecken vermietet werden.

Folgende Aufwendungen sind z. B. als Erhaltungsaufwand anzusehen:

- Austausch von **Fenstern** (z. B. Holz- gegen Aluminium-Fenster, Einfach- gegen Mehrfach-Verglasung),
- Austausch bzw. Modernisierung von **Heizungen**, z. B. Ersatz einer Zentralheizung durch eine andere, Umstellung auf Erdgasheizung,
- Umdecken oder Erneuern eines **Daches**,
- Erneuern des **Außenputzes**,
- Erneuern der **Hofbefestigung**.

Der Antrag wird dadurch gestellt, dass die Aufwendungen in der Anlage V zur Einkommensteuererklärung entsprechend deklariert werden.

Die Verteilung der Aufwendungen ist beispielsweise in der Regel sinnvoll, wenn ein Teil der Aufwendungen im Ergebnis der Einkommensteueranmeldung „ins Leere laufen“ würde, sprich bereits mit einem Teil der Aufwendungen die festzusetzende Einkommensteuer bei „0“ läge.

Verstirbt der Steuerpflichtige während des zwei- bis fünfjährigen Verteilungszeitraums, so ist der noch nicht berücksichtigte Teil der Erhaltungsaufwendungen im Todesjahr als Werbungskosten anzusetzen.

6. Sonstige Einkünfte

6.1 Neuerungen durch das Alterseinkünftegesetz

6.1.1 Besteuerung der Alterseinkünfte

Es gibt eine Vielzahl an unterschiedlichen Arten von Alterseinkünften, wie etwa Renten aus den gesetzlichen Alterssicherungssystemen, Pensionen, aber auch Einkünfte aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Die Besteuerung von Alterseinkünften wurde mit dem Alterseinkünftegesetz zum 1. Januar 2005 neu geregelt. Mit diesem Gesetz wird die Besteuerung der verschiedenen Arten von Alterseinkünften schrittweise angeglichen.

Grundzüge der Neuregelung:

- Steuerliche Gleichbehandlung der Renten und Pensionen ab 2008;
- Schrittweiser Übergang zur nachgelagerten Besteuerung aller Altersbezüge;
- Aufwendungen zur Altersvorsorge sind nach einer Übergangszeit in voller Höhe, maximal bis zum Höchstbetrag in der knappschaftlichen Rentenversicherung als Vorsorgeaufwendungen abzugsfähig.

6.1.2 Steuerfreie Renten

Renten sind grundsätzlich einkommensteuerpflichtig. Nur wenige Arten von Renten sind steuerfrei:

- Renten aus einer gesetzlichen **Unfallversicherung** (z. B. Berufsgenossenschaft);
- **Renten aus öffentlichen Mitteln**, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften versorgungshalber an Wehrdienstbeschädigte und Zivilbeschädigte oder ihre Hinterbliebenen, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ihnen gleichgestellte Personen gezahlt werden, soweit es sich nicht um Bezüge handelt, die aufgrund der Dienstzeit gewährt werden (§ 3 Nr. 6 EStG);
- **Geldrenten, Kapitalschädigungen und Leistungen im Heilverfahren**, die gemäß gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gewährt werden (§ 3 Nr. 8 EStG).

Anleitung
vorhanden

1	Name	Anlage R	
2	Vorname	Jeder Ehegatte / Lebenspartner mit Renten und Leistungen hat eine eigene Anlage R abzugeben.	
3	Steuernummer	Ifd. Nr. der Anlage	1
Renten und andere Leistungen aus dem Inland - Ohne Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen und aus der betrieblichen Altersversorgung -		<input checked="" type="checkbox"/> Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A <input type="checkbox"/> Ehefrau / Person B	
Leibrenten / Leistungen aus gesetzlichen Rentenversicherungen, landwirtschaftlicher Alterskasse, berufsständischen Versorgungseinrichtungen, eigenen zertifizierten Basisrentenverträgen			71/72
		1. Rente	2. Rente
		EUR	EUR
4	Rentenbetrag (einschließlich Einmalzahlung und Leistungen)	101	151
5	Renten Anpassungsbetrag (in Zeile 4 enthalten)	102	152
6	Beginn der Rente	103	153
Vorübergehende Rente:			
7	Beginn der Rente	105	155
8	Ende der Rente	106	156
		EUR	EUR
9	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre / Kapitalauszahlung (in Zeile 4 enthalten)	111	161
10	Öffnungsklausel: Prozentsatz (laut Bescheinigung Ihres Versorgungsträgers)	112	162
11	die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	113	163
12	bei Einmalzahlung: Betrag	114	164
Leibrenten aus privaten Rentenversicherungen (auf Lebenszeit / mit zeitlich befristeter Laufzeit)			
(ohne Renten laut Zeile 4 bis 12)			
		1. Rente	2. Rente
		EUR	EUR
13	Rentenbetrag	131	181
14	Beginn der Rente	132	182
15	Geburtsdatum einer anderen Person, von deren Lebenszeit die Laufzeit der Rente (auch) abhängt; bei Garantzeitrenten das Geburtsdatum der verstorbenen versicherten Person	136	186
16	Die Rente erlischt mit dem Tod von		
17	Die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	133	183
18	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre (in Zeile 13 enthalten)	134	184

Steuernummer, Name und Vorname, lfd. Nr. der Anlage	1
---	---

Leibrenten aus sonstigen Verpflichtungsgründen (z. B. Renten aus Veräußerungsgeschäften)			
(ohne Renten laut Zeile 4 bis 18)			
		1. Rente EUR	2. Rente EUR
19 Rentenbetrag	141	<input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>	191 <input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>
20 Beginn der Rente	142	<input style="width: 100%;" type="text"/>	192 <input style="width: 100%;" type="text"/>
21 <small>Geburtsdatum einer anderen Person, von deren Lebenszeit die Laufzeit der Rente (auch) abhängt; bei Garantiezeitrenten das Geburtsdatum der verstorbenen versicherten Person</small>	146	<input style="width: 100%;" type="text"/>	196 <input style="width: 100%;" type="text"/>
22 Die Rente erlischt mit dem Tod von		<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>
23 Die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	143	<input style="width: 100%;" type="text"/>	193 <input style="width: 100%;" type="text"/>
24 <small>Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre (in Zeile 19 enthalten)</small>	144	<input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>	194 <input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>
Werbungskosten			
Die Eintragungen in den Zeilen 25 und 26 sind nur in der ersten Anlage R vorzunehmen.			
25 <small>Werbungskosten zu den Zeilen 4, 13 und 19 - ohne Werbungskosten laut Zeile 26 - Art der Aufwendungen</small>			EUR
.			800 <input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>
26 <small>Werbungskosten zu den Zeilen 9, 18 und 24 Art der Aufwendungen</small>			801 <input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>
Ansässigkeit in Belgien (gemäß Artikel 4 des Doppelbesteuerungsabkommens mit Belgien)			
27 Renteneinnahmen nach DBA Belgien (in Zeile 4 enthalten)		702	<input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>
28 Werbungskosten zu Zeile 27 (in den Zeilen 25 und 26 enthalten)		807	<input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>
Steuerstundungsmodelle			
29 <small>Einkünfte aus Gesellschaften / Gemeinschaften / ähnlichen Modellen i. S. d. § 15b EStG (laut gesonderter Aufstellung)</small>			EUR <input style="width: 100%;" type="text" value=",-"/>

6.1.3 Besteuerung der Renten

Die Einkünfte aus Renten sowie Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen waren bisher in der Anlage R einzutragen. Ab 2020 sind je nach Rentenart oder -herkunft unterschiedliche Anlagen R auszufüllen.

Die **Anlage R** ist nur noch zur Erfassung der inländischen gesetzlichen Renten, der Renten aus privaten Rentenversicherungen oder Renten aus sonstigen Verpflichtungsgründen.

Die Leistungen aus der betrieblichen Altersvorsorge und aus Altersvorsorgeverträgen sind in einer neuen **Anlage R-AV/bAV** einzutragen und nicht mehr wie bisher auf Seite 2 der alten Anlage R.

Ausländische Renten sind ab 2020 in der neuen **Anlage R-AUS** zu erfassen.

Jeder Ehegatte/Lebenspartner muss seine Angaben in einer eigenen Anlage geltend machen.

Für die Besteuerung der Renten gilt Folgendes:

a) Besteuerung der Renten aus der Basisversorgung

Renten, die zu der Basisversorgung gehören, werden seit 2005 schrittweise in die nachgelagerte Besteuerung überführt.

Nachgelagerte Besteuerung bedeutet, dass die Altersbezüge erst bei Zufluss besteuert werden, und zwar mit 100 Prozent. Die Beiträge zur Altersvorsorge können in der Erwerbsphase im Rahmen von Höchstbeträgen abgezogen werden.

Dabei handelt es sich um Renten:

- aus den **gesetzlichen Rentenversicherungen** (z. B. Altersrente, Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, Hinterbliebenenrente),
- aus **landwirtschaftlichen Alterskassen**,
- aus **berufsständischen Versorgungseinrichtungen**, wenn diese den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen anbieten, und
- aus Rentenversicherungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b EStG (Leibrenten) zum Aufbau einer kapitalgedeckten Altersversorgung in Form einer monatlich auf das Leben des Steuerpflichtigen bezogenen lebenslangen Leibrente, die nicht vor Vollendung des 62. Lebensjahres gezahlt wird, und deren Ansprüche nicht vererblich, nicht übertragbar, nicht beleihbar, nicht veräußerbar und nicht kapitalisierbar sind, wenn die Laufzeit dieser Versicherung nach dem 31. Dezember 2004 begonnen hat (**Rürup-Rente**).

Das Jahr des Rentenbeginns entscheidet grundsätzlich über die Höhe des Besteuerungsanteils. Im Jahr 2005 waren zunächst 50 Prozent der Rente steuerpflichtig, und zwar bei allen Bestandsrentnern genauso wie bei Neurentnern.

Bestandsrentner sind die Fälle, in denen die Rente vor dem 1. Januar 2005 zu laufen begonnen hat. Neurentner sind alle Fälle nach dem 1. Januar 2005.

Bei späteren Rentenneuzugängen steigt der steuerpflichtige Rentenanteil bis 2020 jährlich um zwei Prozentpunkte auf 80 Prozent und danach um einen Prozentpunkt jährlich. **Ab dem Jahr 2023 wird der Anstieg des Besteuerungsanteils für jeden neuen Renteneintrittsjahrgang auf einen halben Prozentpunkt jährlich reduziert, um einer möglichen Doppelbesteuerung entgegenzuwirken. Für den Renteneintrittsjahrgang 2023 beträgt demnach der maßgebliche Besteuerungsanteil anstatt 83 Prozent nur noch 82,5 Prozent.** Damit müssen erst Rentner, die vom Jahr 2058 an in Rente gehen, ihre Rente zu 100 Prozent versteuern und nicht schon wie bei der ursprünglichen Regelung ab dem Jahr 2040.

Die Besteuerungsanteile bestimmen sich nach der folgenden Tabelle:

Jahr des Rentenbeginns	Besteuerungsanteil	Jahr des Rentenbeginns	Besteuerungsanteil	Jahr des Rentenbeginns	Besteuerungsanteil
bis 2005	50,0 %	2023	82,5 %	2041	91,5 %
2006	52,0 %	2024	83,0 %	2042	92,0 %
2007	54,0 %	2025	83,5 %	2043	92,5 %
2008	56,0 %	2026	84,0 %	2044	93,0 %
2009	58,0 %	2027	84,5 %	2045	93,5 %
2010	60,0 %	2028	85,0 %	2046	94,0 %
2011	62,0 %	2029	85,5 %	2047	94,5 %
2012	64,0 %	2030	86,0 %	2048	95,0 %
2013	66,0 %	2031	86,5 %	2049	95,5 %
2014	68,0 %	2032	87,0 %	2050	96,0 %
2015	70,0 %	2033	87,5 %	2051	96,5 %
2016	72,0 %	2034	88,0 %	2052	97,0 %
2017	74,0 %	2035	88,5 %	2053	97,5 %
2018	76,0 %	2036	89,0 %	2054	98,0 %
2019	78,0 %	2037	89,5 %	2055	98,5 %
2020	80,0 %	2038	90,0 %	2056	99,0 %
2021	81,0 %	2039	90,5 %	2057	99,5 %
2022	82,0 %	2040	91,0 %	2058	100 %

Persönlicher Rentenfreibetrag

Alle, die vor dem Jahr 2058 erstmals Rente beziehen, erhalten einen persönlichen Rentenfreibetrag.

Dieser errechnet sich als Differenz der Bruttorente abzüglich des für das Jahr des jeweiligen Rentenbeginns maßgeblichen steuerpflichtigen Prozentsatzes. Er wird im zweiten Rentenbezugsjahr ermittelt und bleibt als fester Eurobetrag für die gesamte Dauer des Rentenbezugs erhalten. Für den Rentenzugang 2005 wird also der steuerfreie Teil erstmals im Veranlagungszeitraum 2006 ermittelt und als absoluter Betrag festgeschrieben. Für vor 2005 in Ruhestand gegangene Rentner wird der steuerfreie Anteil aus dem Kalenderjahr 2005 festgeschrieben. Bei Eheleuten/Lebenspartnern muss für jeden der Rentenfreibetrag separat ermittelt werden.

Später spielt der Besteuerungsanteil keine Rolle mehr. Das führt dazu, dass künftige Rentenerhöhungen immer in voller Höhe steuerpflichtig sind.

$$\begin{aligned} & \text{Jahresbetrag der Rente (Brutto)} \\ & \text{./. Besteuerungsanteil der Rente} \\ & = \text{steuerfreier Anteil der Rente} \\ & = \text{Rentenfreibetrag} \end{aligned}$$

Als Jahresbetrag der Rente ist immer die Bruttorente anzusetzen. Eventuell einbehaltene Beiträge zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung können bei den Sonderausgaben geltend gemacht werden.

➔ BEISPIEL

Der Arbeitnehmer ist am 1. September 2021 in Rente gegangen. Er erhält eine monatliche Bruttorente von 1.300 €, ab 1. Juli 2022 dann 1.350 € und ab 1. Juli 2023 1.400 €. Welche Beträge muss er in drei Jahren versteuern und wie hoch ist der Rentenfreibetrag?

Veranlagungszeitraum 2021

Bruttorente	9–12/2021 = 4 x 1.300 €	= 5.200 €
Besteuerungsanteil 81 % von 5.200 €		4.212 €
– Werbungskosten-Pauschbetrag		– 102 €
= zu versteuernder Betrag		<u>4.110 €</u>

Veranlagungszeitraum 2022

Bruttorente	6 x 1.300 €	= 7.800 €
	6 x 1.350 €	= 8.100 €
Summe		<u>15.900 €</u>
Besteuerungsanteil 81 % von 15.900 € = 12.879 €		
– Rentenfreibetrag (Bruttorente – Besteuerungsanteil)	15.900 € – 12.879 € = 3.021 € (wird festgeschrieben)	– 3.021 €
– Werbungskosten-Pauschbetrag		– 102 €
= zu versteuernder Betrag		<u>12.777 €</u>

Veranlagungszeitraum 2023

Bruttorente	6 x 1.350 €	= 8.100 €
	6 x 1.400 €	= 8.400 €
Summe		16.500 €
– Rentenfreibetrag		– 3.021 €
– Werbungskosten-Pauschbetrag		– 102 €
= zu versteuernder Betrag		<u>13.377 €</u>

Die Rentenerhöhung 2023 in Höhe von 600 € wird somit voll besteuert.

Neuberechnung des Rentenfreibetrages

Der **persönliche Rentenfreibetrag** ist nur dann neu zu ermitteln, wenn sich die Rentenhöhe aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen ändert. Dies ist z. B. der Fall, wenn zunächst eine Teilrente und später eine Vollrente gezahlt wird oder eine Hinterbliebenenrente durch Anrechnung eigener Einkünfte des Rentenbeziehers gekürzt wird. In diesem Fall ist der Rentenfreibetrag in dem Verhältnis anzupassen, in dem der veränderte Jahresbetrag der Rente zum Jahresbetrag der Rente steht, der der Ermittlung des steuerfreien Teils der Rente zu Grunde gelegen hat.

Berechnungsformel

Fiktiver veränderter Jahresbetrag (ohne regelmäßig erfolgte Rentenerhöhungen) x bisheriger Rentenfreibetrag
ursprünglicher Jahresbetrag der Rente

Regelmäßige Rentenanpassungen lösen keine Neuberechnung aus.

Bei einem Wechsel der Rentenart (z. B.: auf eine Erwerbsminderungsrente folgt eine Altersrente, nach dem Tod eines Versicherten im Anschluss an die Versichertenrente wird Hinterbliebenenrente gezahlt) wird für die neue Rente ein neuer Rentenfreibetrag ermittelt.

Folgen Renten aus derselben Versicherung nacheinander (z. B. Altersrente, Witwenrente oder Erwerbsunfähigkeitsrente, Altersruhegeld), richtet sich der Prozentsatz des Steuerpflichtigen der neuen Rente nach dem Jahr, das sich ergibt, wenn die Laufzeit der vorhergehenden Rente vom Jahr des Beginns der späteren Rente abgezogen wird. Dieser beträgt jedoch mindestens 50 %.

Hinterbliebenenrenten, die einer Versichertenrente folgen, werden nach dem Rentenbeginn des Versicherten versteuert. Für Fälle, in denen die Hinterbliebenenrente ohne vorhergehende Versichertenrente gezahlt wird, ist wieder der tatsächliche Rentenbeginn der Hinterbliebenenrente maßgebend. Durch die Einkommensanrechnung kann es bei Hinterbliebenenrenten zu abweichenden Werten kommen.

Wird eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit durch eine Regelaltersrente abgelöst, ist für die Besteuerung der Regelaltersrente weiterhin der Rentenbeginn der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit maßgebend. Dies gilt entsprechend auch für andere Renten, die einer vorhergehenden Rente unmittelbar folgen.

Bei Unterbrechungen im Rentenbezug ist die Laufzeit der vorhergehenden Rente zu berücksichtigen.

⇒ BEISPIEL

Der verheiratete Steuerpflichtige A bezieht seit 1. August 2012 eine Altersrente. Er verstirbt 2019.

Der Besteuerungsanteil der Altersrente mit Beginn 2012 wurde mit 64 % festgesetzt. Dieser Besteuerungsanteil von 64 % wird auch auf die Witwenrente ab dem Jahr 2019 angewandt und der Rentenfreibetrag für die Witwe wird ab dem Witwenfolgejahr 2020 endgültig festgeschrieben.

b) Ertragsanteilsbesteuerung

Anders als die Renten aus der Basisversorgung werden Renten, deren Versicherungsbeiträge aus bereits versteuertem Einkommen erbracht werden, auch ab 2005 weiterhin mit dem günstigeren Ertragsanteil besteuert.

Dazu gehören:

- Renten aus einer privaten Rentenversicherung (**Achtung: keine Riester- und auch keine Rürup-Rente**),
- Renten aus einer privaten Unfallversicherung,
- Renten aus einer privaten Berufsunfähigkeitsversicherung,
- Veräußerungsleibrenten (Kauf von Mietwohngrundstücken gegen Rentenzahlung),
- Renten aus einer betrieblichen Altersversorgung im Rahmen einer Pensionskasse, eines Pensionsfonds, umlagefinanzierte betriebliche Altersversorgung, Ansparleistungen über den Höchstbeträgen von § 3 Nr. 63 EStG oder einer Direktversicherung, soweit die Beiträge nicht steuerfrei nach § 3 Nr. 63 EStG und auch nicht durch Zulagen oder Sonderausgabenabzug gefördert waren. Die **Ertragsanteilsbesteuerung** gilt auch für Direktversicherungen, die vor dem 1. Januar 2005 (Vertrauensschutz für Altverträge) einer Pauschalbesteuerung unterlagen,
- auf Antrag die Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung aufgrund von vor dem 31. Dezember 2004 geleisteten Beiträgen, die mindestens 10 Jahre lang oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten lagen. Der Steuerpflichtige muss nachweisen, dass der Höchstbetrag mindestens zehn Jahre überschritten wurde (Öffnungsklausel).

⇒ HINWEIS

Wegen der differenzierten Besteuerung ist es erforderlich, vom Leistungsträger eine differenzierte Leistungsbescheinigung zu verlangen. Die Versorgungsleistungen sind dann in einen voll steuerpflichtigen und einen mit dem Ertragsanteil zu besteuernenden Anteil aufzuteilen. Die Höhe des Ertragsanteils bemisst sich nach dem Lebensalter, das der Rentenempfänger bei Beginn der Rente vollendet hat.

Die steuerpflichtigen Ertragsanteile wurden seit dem Jahr 2005 gesenkt und bemessen sich nach dem Lebensalter bei Rentenbeginn.

Steuerpflichtige Leistungen aus einem **Altersvorsorgevertrag** oder aus einer **betrieblichen Altersvorsorge** sind seit dem Kalenderjahr 2007 mit amtlichem Vordruck (nach § 22 Nr. 5 EStG) von dem Anbieter zu bestätigen. Diese Leistungen werden nach § 81 EStG der zentralen Stelle zur Übermittlung an die Landesfinanzbehörden (Rentenbezugsmitteilungsverfahren) über die Identifikationsnummer mitgeteilt.

⇒ BEISPIEL

Ein alleinstehender 62-jähriger Rentner erhält seit 1. Januar 2004 eine Rente aus einem Vertrag einer privaten Rentenversicherung von monatlich 1.000 €. Im Kalenderjahr 2004 betrug sein Ertragsanteil noch 32 %, dieser wurde für den Veranlagungszeitraum 2005 neu auf 21 % festgesetzt. Sein Ertragsanteil gilt lebenslang und wird auch für die folgenden Veranlagungszeiträume mit 21 % für die Berechnung angewandt.

Der neue Ertragsanteil ist aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in Prozent	Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in Prozent	Bei Beginn der Rente vollendetes Lebensjahr des Rentenberechtigten	Ertragsanteil in Prozent
0 bis 1	59	38	39	64	19
2 bis 3	58	39 bis 40	38	65 bis 66	18
4 bis 5	57	41	37	67	17
6 bis 8	56	42	36	68	16
9 bis 10	55	43 bis 44	35	69 bis 70	15
11 bis 12	54	45	34	71	14
13 bis 14	53	46 bis 47	33	72 bis 73	13
15 bis 16	52	48	32	74	12
17 bis 18	51	49	31	75	11
19 bis 20	50	50	30	76 bis 77	10
21 bis 22	49	51 bis 52	29	78 bis 79	9
23 bis 24	48	53	28	80	8
25 bis 26	47	54	27	81 bis 82	7
27	46	55 bis 56	26	83 bis 84	6
28 bis 29	45	57	25	85 bis 87	5
30 bis 31	44	58	24	88 bis 91	4
32	43	59	23	92 bis 93	3
33 bis 34	42	60 bis 61	22	94 bis 96	2
35	41	62	21	Ab 97	1
36 bis 37	40	63	20		

Abgekürzte Leibrenten: Der Ertragsanteil bleibt auch bei abgekürzten Leibrenten außerhalb der Basisversorgung weiterhin maßgebend. Auch diese Ertragsanteile wurden abgesenkt und ergeben sich nach der Tabelle des § 55 EStDV.

⇒ BEISPIEL H. Müller ist am 10. April 1960 geboren und erhält seit 1. Dezember 2010 bis zu seinem 65. Lebensjahr eine private Berufsunfähigkeitsrente von monatlich 400 €. Diese wird so lange gezahlt, wie H. Müller berufsunfähig ist, längstens bis zum 65. Lebensjahr.

Die private Berufsunfähigkeitsrente ist eine abgekürzte Leibrente, hier mit einer Laufzeit von 14 Jahren. Der Ertragsanteil nach § 55 EStDV beträgt 16 %.

Für 2023 muss folgender Betrag versteuert werden:

Bruttorente	12 x 400 €	= 4.800 €
Ertragsanteil 16 %		768 €
– Werbungskosten-Pauschbetrag		– 102 €
= zu versteuernder Betrag		<u>666 €</u>

c) Nachgelagerte Besteuerung in vollem Umfang

Die Besteuerung erfolgt in voller Höhe, wenn in der Ansparphase der **Sonderausgabenabzug** bzw. die **Zulagenförderung** in Anspruch genommen wurde und es sich gegebenenfalls um steuerfreien Arbeitslohn handelte. Die Besteuerung erfolgt nur mit dem Ertragsanteil, wenn die Arbeitgeberbeiträge zu den Altersvorsorgeverträgen der pauschalen Lohnsteuer unterworfen wurden (z. B. Direktversicherungen).

In vollem Umfang sind folgende Versorgungsleistungen steuerpflichtig:

Riester-Rente: Die nachgelagerte Besteuerung war bereits bei Vertragsabschluss Bedingung. Förderung durch Zulage nach § 10a EStG bzw. im Rahmen des Sonderausgabenabzugs.

Besonderheit: Wenn der monatliche Rentenanspruch bei einem Riester-Vertrag sehr gering ist, wird der Vertrag in der Regel mit einer Kapitalauszahlung abgefunden. Der Auszahlungsbetrag ist steuerpflichtig, wird aber seit 2018 nur noch ermäßigt besteuert (Fünftelregelung, § 34 Abs. 1 EStG).

Eine Kleinbetragsrente liegt vor, wenn bei gleichmäßiger Verteilung des zu Beginn der Auszahlungsphase zur Verfügung stehenden geförderten Kapitals über die gesamte Auszahlungsphase 1 % der monatlichen Bezugsgröße (West) nach § 18 SGB IV nicht überschritten wird. In 2023 liegt der Betrag bei 33,95 €. In diesem Fall handelt es sich auch nicht um eine sogenannte schädliche Verwendung und die Riester-Zulagen und die vorher ggf. genossenen Steuervorteile müssen nicht zurückerstattet werden.

Betriebliche Altersvorsorge: Wenn die Beiträge nach § 3 Nr. 63 EStG steuerfrei waren, z. B. Direktversicherung (Ausnahme Vertrauensschutz für Altverträge), Pensionsfonds, Pensionskasse. Zahlungen vom früheren Arbeitgeber sind in vollem Umfang steuerpflichtige Einkünfte (z. B. Beamten- und Werkspensionen). Übergangsweise wird der Versorgungsfreibetrag abgezogen.

Kapitallebensversicherungen werden, wenn sie nach dem 31. Dezember 2004 abgeschlossen wurden, künftig bei der Auszahlung voll versteuert. Es werden die Erträge versteuert, dies ist der Unterschiedsbetrag zwischen der Versicherungsleistung und den selbst eingezahlten Beträgen.

Ausnahme: Wenn der Vertrag eine Laufzeit von mindestens 12 Jahren hat und die Auszahlung erst nach Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgt bzw. bei Vertragsabschluss ab 01.01.2012 erst nach Vollendung des 62. Lebensjahres, dann kommt das Halbeinkünfteverfahren zum Tragen. Dies bedeutet, dass nur die Hälfte der Erträge mit dem persönlichen Steuersatz besteuert wird.

Rentenbezugsmitteilungen

Die Träger der Renten müssen jährlich bis zum 31. Mai des Folgejahres den Leistungsbezug an die ZfA (Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen der Deutschen Rentenversicherung Bund) auf elektronischem Wege übermitteln.

Zu den Trägern der Renten zählen folgende Institutionen:

- alle Träger der gesetzlichen Rentenversicherung,
- Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen,
- Berufsständische Versorgungseinrichtungen,
- Pensionskassen, Pensionsfonds,
- Versicherungsunternehmen,
- Anbieter von Riester-Verträgen,
- Unternehmen, die Verträge (gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 2 b EStG) abschließen, neue Lebensversicherungen.

Der Leistungsempfänger hat dem Mitteilungspflichtigen seine **Identifikationsnummer** mitzuteilen. Die Träger der Renten haben den Leistungsempfänger (Rentner) jeweils darüber zu unterrichten, dass die Leistung der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen mitgeteilt wird.

Von dort werden die Daten an die Finanzverwaltung (Wohnsitz-Finanzamt) weitergeleitet.

Das Finanzamt prüft die Steuerpflicht und kann den Steuerpflichtigen zur Abgabe der Steuererklärung auffordern oder im Einzelfall auch ein Strafverfahren einleiten.

Auslandsrentner

Deutsche **Rentenempfänger**, die ihren **Wohnsitz im Ausland** haben und in Deutschland steuerpflichtig sind, müssen ihre **Steuererklärung** beim Finanzamt Neubrandenburg abgeben. Damit vereinheitlichte die Finanzverwaltung die Zuständigkeit. Das Finanzamt Neu-

brandenburg ist ausschließlich für Auslandsrentner mit sogenannten Versorgungsbezügen aus Deutschland zuständig. Dazu gehören:

- gesetzliche Rente,
- Firmenrente,
- Zahlungen der landwirtschaftlichen Alterskassen,
- Renten der berufsständischen Versorgungseinrichtungen,
- Zahlungen eines Pensionsfonds, einer Pensionskasse oder Direktversicherung.

Voraussetzung ist außerdem, dass die Rentner in einem Staat leben, der mit Deutschland ein **Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)** geschlossen hat, laut dem Deutschland weiterhin das Besteuerungsrecht für deutsche Renten besitzt. Das trifft für die meisten Staaten – wie z. B. Österreich, Belgien, Italien, Dänemark, Holland – zu; nur wenige DBA berechtigten den Wohnsitzstaat, Renten aus Deutschland zu besteuern.

Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Frankreich wurde zum 01.01.2016 geändert, wonach ab 2016 die Renten aus der deutschen Sozialversicherung im Wohnsitzstaat Frankreich besteuert werden und nicht mehr wie bisher in Deutschland.

Wegen einer möglichen Doppelbesteuerung der Altersbezüge waren zwei Verfahren beim Bundesfinanzhof anhängig. Der Bundesfinanzhof hat mit seinen Urteilen vom 19.05.2021 (XR 33/19 und XR 20/19) die gegenwärtige Rentenbesteuerung aber als verfassungskonform bestätigt. Gegen diese Urteile ist Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt worden (Az 2BvR 1143/21 und 2 BvR 1140/21). Die Einkommensteuerbescheide erhalten nunmehr in Bezug auf die Rentenbesteuerung einen Vorläufigkeitsvermerk. Somit ist ein Einspruch zum Offenhalten der Bescheide nicht mehr notwendig.

Der Bundesfinanzhof hat in seinen Urteilen, in denen er konkrete Berechnungsparameter für die Ermittlung einer etwaigen Doppelbesteuerung festgelegt hat, festgestellt, dass die aktuelle Rentenbesteuerung zum einen verfassungskonform ist und zum anderen auch für den überwiegenden Teil der jetzigen Rentner und Rentnerinnen keine Doppelbesteuerung festzustellen ist; jedoch für zukünftige Rentnerjahrgänge die Gefahr einer Doppelbesteuerung besteht. Als Reaktion auf diese Rechtsprechung werden zum einen die Rentenversicherungsbeiträge als Sonderausgaben bereits ab dem Jahr 2023 in voller Höhe abzugsfähig sein, statt wie bisher vorgesehen erst ab 2025 und zum anderen wird ab dem Jahr 2023 der Anstieg des Besteuerungsanteils für jeden neuen Rentnereintrittsjahrgang auf einen halben Prozentpunkt jährlich reduziert

6.1.4 Besteuerung von Pensionen

Beamten- und Werkspensionen sind Leistungen des früheren Arbeitgebers und zählen im Einkommensteuergesetz zu den Versorgungsbezügen. Versorgungsbezüge sind Bezüge und Vorteile, die unmittelbar aus einem früheren Dienstverhältnis bezogen werden.

Es handelt sich dabei um

- Beamtenpensionen, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder, Unterhaltsbeiträge und gleichartige Bezüge (z. B. Direktzusagen, betriebliche Unterstützungskassen) aufgrund beamtenrechtlicher oder entsprechender Vorschriften im öffentlichen Dienst,
- Betriebsrenten, die von privaten Arbeitgebern ausgezahlt werden (in der Regel nach Vollendung des 63. Lebensjahres oder bei Schwerbehinderten nach Vollendung des 60. Lebensjahres oder wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, z. B. über eine Unterstützungskasse).

Versorgungsbezüge gehören zu den „Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit“ und sind in Zeile 6 der **Anlage N einzutragen. Um die Steuervergünstigung für Versorgungsbezüge zu erhalten, muss ein zusätzlicher Eintrag in den Zeilen 11 bis 16 erfolgen.**

Die Versorgungsbezüge sind in der Vergangenheit regelmäßig durch die Anrechnung des Versorgungsfreibetrages steuerlich begünstigt worden. Durch das Alterseinkünftegesetz wurde der Versorgungsfreibetrag seit 2005 neu geregelt.

Die Versorgungsbezüge sind um den Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag (nach § 19 Abs. 2 EStG), der ein Ausgleich für den Wegfall des Arbeitnehmer-Pauschbetrages ist, und die **Werbungskostenpauschale** in Höhe von 102 € zu kürzen.

Der Übergang zur **nachgelagerten Besteuerung von Alterseinkünften** sah die Abschmelzung des Versorgungsfreibetrages sowie des Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag bis zum Kalenderjahr 2040 vor. Durch den verlangsamten Anstieg des Besteuerungsanteils der Renten ab dem Jahr 2023, wird auch das Abschmelzen dieser Freibeträge entsprechend verlangsamt. Beginnend mit dem Jahr 2023 wird der anzuwendende Prozentwert zur Bemessung des Versorgungsfreibetrages nicht mehr in jährlichen Schritten von 0,8 Prozentpunkten, sondern nur noch in jährlichen Schritten von 0,4 Prozentpunkten verringert. Der Höchstbetrag sinkt ab dem Jahr 2023 um jährlich 30 € und der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag um jährlich 9 €.

In dieser Übergangsphase bis zum Jahr 2058 werden jedem Steuerpflichtigen diese Freibeträge als Lebensfreibetrag, also für die gesamte Laufzeit des Versorgungsbezugs, gewährt.

Für Pensionäre, die bereits vor dem 1. Januar 2005 in Pension waren, bedeutet dies, dass ihnen für ihren Versorgungsfreibetrag der Prozentsatz von 40 % zusteht, maximal jedoch 3.000 €/Jahr.

Der Versorgungsfreibetrag und der Zuschlag sind zusammen maximal so hoch wie die Versorgungsbezüge; negative Einkünfte sind also nicht möglich.

Anpassungen des Versorgungsbezugs führen nicht zu einer Neuberechnung. Tritt eine Änderung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen ein, dann muss der Freibetrag neu berechnet werden.

Im Kalenderjahr der Änderung sind der höchste Versorgungsfreibetrag und Zuschuss zum Versorgungsfreibetrag maßgebend. Für jeden vollen Kalendermonat, für den keine Versorgungsbezüge gezahlt werden, ermäßigen sich der Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag um je ein Zwölftel.

Bei **mehreren Versorgungsbezügen** mit unterschiedlichem Bezugsbeginn bestimmen sich der insgesamt berücksichtigte Höchstbetrag des Versorgungsfreibetrages und des Zuschlags zum Versorgungsfreibetrag nach dem Jahr des Beginns des ersten Versorgungsbezugs.

Bei versorgungsberechtigten **Hinterbliebenen** (Witwen und Waisen) wird der Versorgungsfreibetrag anhand des Prozentsatzes und Höchstbetrages des Verstorbenen neu berechnet.

Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag ist

- bei Versorgungsbeginn vor 2005 das Zwölfwache des Versorgungsbezugs für Januar 2005,
 - bei Versorgungsbeginn ab 2005 das Zwölfwache des Versorgungsbezugs für den ersten vollen Monat,
- jeweils zuzüglich voraussichtlicher **Sonderzahlungen** im Kalenderjahr, auf die zu diesem Zeitpunkt ein Rechtsanspruch besteht.

Der maßgebende Prozentsatz, der Höchstbetrag des Versorgungsfreibetrages und der Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr des Versorgungsbeginns	Versorgungsfreibetrag		Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag in Euro
	in % der Versorgungsbezüge	Höchstbetrag in Euro	
bis 2005	40	3.000	900
ab 2006	38,4	2.880	864
2007	36,8	2.760	828
2008	35,2	2.640	792
2009	33,6	2.520	756
2010	32	2.400	720
2011	30,4	2.280	684
2012	28,8	2.160	648
2013	27,2	2.040	612
2014	25,6	1.920	576
2015	24	1.800	540
2016	22,4	1.680	504
2017	20,8	1.560	468
2018	19,2	1.440	432

Jahr des Versorgungsbegins	Versorgungsfreibetrag		Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag in Euro
	in % der Versorgungsbezüge	Höchstbetrag in Euro	
2019	17,6	1.320	396
2020	16	1.200	360
2021	15,2	1.140	342
2022	14,4	1.080	324
2023	14	1.050	315
2024	13,6	1.020	306
2025	13,2	990	297
2026	12,8	960	288
2027	12,4	930	279
2028	12	900	270
2029	11,6	870	261
2030	11,2	840	252
2031	10,8	810	243
2032	10,4	780	234
2033	10	750	225
2034	9,6	720	216
2035	9,2	690	207
2036	8,8	660	198
2037	8,4	630	189
2038	8	600	180
2039	7,6	570	171
2040	7,2	540	162
2041	6,8	510	153
2042	6,4	480	144
2043	6	450	135
2044	5,6	420	126
2045	5,2	390	117
2046	4,8	360	108
2047	4,4	330	99
2048	4	300	90
2049	3,6	270	81
2050	3,2	240	72

Jahr des Versorgungsbegins	Versorgungsfreibetrag		Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag in Euro
	in % der Versorgungsbezüge	Höchstbetrag in Euro	
2051	2,8	210	63
2052	2,4	180	54
2053	2	150	45
2054	1,6	120	36
2055	1,2	90	27
2056	0,8	60	18
2057	0,4	30	9
2058	0	0	0

Werbungskostenabzug

Durch das Alterseinkünftegesetz wurde die Werbungskostenpauschale für Renteneinkünfte und Versorgungsbezüge einheitlich auf 102 € festgesetzt. Kann der Steuerpflichtige höhere Werbungskosten nachweisen (z. B. Steuerberatungskosten), dann müssen entsprechende Belege beigefügt werden.

6.2 Unterhaltsleistungen

Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner können als Sonderausgaben bis zu 13.805 € abzugsfähig sein.

Der **Unterhaltsempfänger** muss die Bezüge im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung – vermindert um die Werbungskostenpauschale von 102 € – als sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 Nr. 1 EStG versteuern (begrenztes Realsplitting).

Voraussetzung ist jedoch, dass

1. der Unterhaltsempfänger **unbeschränkt steuerpflichtig** ist und
2. er seine **Zustimmung** gibt. Diese erfolgt über die Anlage U.

Eine einmal erteilte Zustimmung des Unterhaltsempfängers bleibt bis zum Widerruf wirksam. Der Widerruf der Zustimmung muss vor Beginn des Kalenderjahres erklärt werden, für das er wirksam werden soll.

Die Unterhaltsleistungen sind in der Anlage SO, Zeile 6 einzutragen. Sie lösen beim Unterhaltsempfänger nicht zwingend eine Steuermehrbelastung aus. Unterhaltsleistungen an die Kinder sind nicht im Rahmen des Realsplittings steuerpflichtig.

⇒ BEISPIEL

Eine getrennt lebende, nicht berufstätige Ehefrau erzieht zwei Kinder von 13 und 19 Jahren; beide leben im Haushalt der Steuerpflichtigen und haben keine eigenen Einkünfte. Das 19-jährige Kind befindet sich während des ganzen Jahres 2023 im Studium und ist auswärtig untergebracht. Der Unterhalt für die Ehefrau beträgt 2023 15.000 €. Das zu versteuernde Einkommen der Steuerpflichtigen ermittelt sich wie folgt:

Unterhaltszahlungen	15.000 €	
– Werbungskosten	<u>– 102 €</u>	14.898 €
– Sonderausgaben		
Vorsorgeaufwendungen (unterstellt)		– 700 €
übrige Sonderausgaben (Pauschbetrag)		– 36 €
– Anteiliger Ausbildungsfreibetrag (½ von 1.200 €)		– 600 €
– Entlastungsfreibetrag für Alleinerziehende		<u>– 4.500 €</u>
= zu versteuerndes Einkommen		<u>9.062 €</u>

Nach der Grundtabelle 2023 (Grundfreibetrag 10.908 €) ergibt sich hier keine Steuerbelastung.

7. Kirchensteuer

Nach dem saarländischen Kirchensteuergesetz sind die Finanzämter zum Einzug der Kirchensteuer berechtigt. Der Steuersatz (Zuschlagsatz) beträgt für alle im Saarland steuerberechtigten Religionsgemeinschaften einheitlich 9 % der endgültig festgesetzten Einkommensteuer.

7.1 Kirchensteuer im Saarland

Der Steuersatz von 9 % ist bei im Saarland ansässigen Arbeitnehmern auch dann anzuwenden, wenn sie in einer in einem anderen Bundesland gelegenen Betriebsstätte entlohnt werden und dort ein geringerer oder höherer Steuersatz als 9 % gilt. Als Bemessungsgrundlage dient die jährliche Einkommensteuer.

Seit 2009 wird auch bei Kapitalanlagen im Rahmen der Abgeltungsteuer Kirchensteuer auf Kapitalerträge erhoben, wenn der Freistellungsauftrag nicht greift (*siehe Seite Seite 198*).

Soweit Kinder zu berücksichtigen sind, muss die Bemessungsgrundlage unter Berücksichtigung der Kinderfreibeträge und der Betreuungsfreibeträge ermittelt werden.

Als Kinderfreibeträge sind für 2023 abzuziehen:

- voller Kinderfreibetrag für ein Elternpaar **jährlich 6.024 €/mtl. 502 €**
- hälftiger Kinderfreibetrag für einen Elternteil **jährlich 3.012 €/mtl. 251 €**

Als Betreuungsfreibeträge:

- voller Betreuungsfreibetrag für ein Elternpaar **jährlich 2.928 €/mtl. 244 €**
- hälftiger Betreuungsfreibetrag für einen Elternteil **jährlich 1.464 €/mtl. 122 €**

Bei zusammen veranlagten Arbeitnehmern ist zu beachten:

- Gehören nicht dauernd getrennt lebende Ehegatten/eingetragene Lebenspartner derselben steuerberechtigten Religionsgemeinschaft an (**konfessionsgleiche Ehe**), ist die Kirchensteuer mit 9 % der Einkommensteuer beider Ehegatten/Lebenspartner einzubehalten bzw. festzusetzen.
- Gehören nicht dauernd getrennt lebende Ehegatten/eingetragene Lebenspartner (in den Steuerklassen III, IV oder V) **verschiedenen steuerberechtigten Religionsgemeinschaften** an, ist die Kirchensteuer mit je der Hälfte des Steuersatzes von 9 % von der Steuer beider Ehegatten/Lebenspartner für die steuerberechtigten Religionsgemeinschaften festzusetzen.
- Gehört dagegen nur ein Ehegatte/Lebenspartner einer steuerberechtigten Religionsgemeinschaft an (**glaubensverschiedene Ehe**), ist die Kirchensteuer mit 9 % aus der Lohnsteuer des kirchensteuerpflichtigen Ehegatten/Lebenspartners zu erheben.

Vom Arbeitslohn des keiner steuerberechtigten Religionsgemeinschaft angehörenden Ehegatten/Lebenspartner ist folglich keine Kirchensteuer zu erheben.

Beim Austritt aus einer steuerberechtigten Religionsgemeinschaft endet die Kirchensteuerpflicht des Austretenden mit Ablauf des Monats, in dem die Austrittserklärung in der vorgeschriebenen Form beim zuständigen Amtsgericht bzw. Einwohnermeldeamt eingeht.

7.2 Besonderes Kirchgeld

Das besondere Kirchgeld kann nach § 4 Absatz 1 Nr. 5 des saarländischen Kirchensteuergesetzes von Kirchensteuerpflichtigen erhoben werden, deren mit ihnen zusammen zur Einkommensteuer veranlagter Ehegatte/eingetragene Lebenspartner keiner **steuerberechtigten Kirche** angehört.

Gehört der Ehegatte/eingetragene Lebenspartner jedoch einer steuerberechtigten, aber nicht steuererhebenden Kirche – wie. z. B. der SELK, der Russisch-Orthodoxen Kirche oder der Neuapostolischen Kirche – an, ist kein besonderes Kirchgeld zu erheben.

Zu einer Festsetzung des besonderen Kirchgeldes kommt es dann, wenn das Kirchenmitglied der nicht oder wenig(er) verdienende Ehegatte/eingetragene Lebenspartner ist, während der nicht der steuerberechtigten Kirche angehörende Ehegatte/eingetragene Lebenspartner die Einkünfte entweder allein oder ganz überwiegend bezieht. Da in diesen Fällen keine oder nur eine geringe Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) anfällt, erheben die Kirchen als Ausgleich das besondere Kirchgeld. Die Einzelheiten dazu regeln die Kirchen im Rahmen des ihnen zustehenden Steuererhebungsrechts selbst in ihren eigenen Steuerordnungen und jährlichen Hebesatzbeschlüssen.

Die Verwaltung des Kirchgeldes ist in der Regel den Finanzämtern übertragen worden. Das besondere Kirchgeld wird nur im Fall der Zusammenveranlagung erhoben, sofern ein Ehegatte/Lebenspartner der Kirche und der andere Ehegatte keiner steuererhebenden Religionsgemeinschaft angehört. Es wird nicht erhoben, wenn die Ehegatten/Lebenspartner einzeln zur Einkommensteuer zu veranlagten sind.

Die nachstehende Tabelle ist seit dem Veranlagungszeitraum 2004 gültig:

Stufe	Bemessungsgrundlage (zu versteuerndes Einkommen) in €	Besonderes Kirchgeld in €
1	30.000 bis 37.499	96
2	37.500 bis 49.999	156
3	50.000 bis 62.499	276
4	62.500 bis 74.999	396
5	75.000 bis 87.499	540
6	87.500 bis 99.999	696
7	100.000 bis 124.999	840
8	125.000 bis 149.999	1.200
9	150.000 bis 174.999	1.560
10	175.000 bis 199.999	1.860
11	200.000 bis 249.999	2.220
12	250.000 bis 299.999	2.940
13	ab 300.000	3.600

8. Sondervorschriften

Aufgrund der stark steigenden Preise, insbesondere der hohen Energie- und Kraftstoffpreise, sind u. a. im Steuerentlastungsgesetz und in diversen Entlastungspaketen verschiedene Steuervergünstigungen und Maßnahmen vorgesehen, die zu einer Entlastung der Bürger und Bürgerinnen beitragen sollen. Nachfolgend sind einige Vorschriften, die auch den Einkommensteuerbereich betreffen, aufgeführt.

8.1 Steuerfreier Pflegebonus (§ 3 Nr. 11 b EStG)

Der an in Krankenhäusern tätigen Pflegekräfte gewährte Pflegebonus ist bis zu einem Betrag von 4.500 € steuerfrei. Begünstigt sind Auszahlungen vom Arbeitgeber in der Zeit vom **18.11.2021 bis 31.12.2022** an in

- Krankenhäusern,
- Einrichtungen für ambulantes Operieren,
- Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen,
- Dialyseeinrichtungen,
- Arztpraxen, Zahnarztpraxen,
- ambulanten Pflegediensten,
- Rettungsdiensten tätige Arbeitnehmer.

Die Steuerfreiheit setzt voraus, dass die Leistungen zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht werden. Bereits gezahlte steuerfreie Corona-Prämien nach § 3 Nr. 11 a (1.500 € im Zahlungszeitraum 01.03.2020 bis 31.03.2022) EStG, die in der Zeit vom **18.11.2021 bis 31.03.2022** ausgezahlt wurden, sind auf den Höchstbetrag von 4.500 € anzurechnen. Eine Addition der beiden steuerfreien Höchstbeträge erfolgt nicht. Für Corona-Prämien, die in der Zeit vom 01.03.2020 bis 17.11.2021 ausgezahlt wurden, bleibt der steuerfreie Höchstbetrag von 1.500 € zusätzlich erhalten.

Pflegekräfte in voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen und in stationären Hospizen erhalten im Zeitraum Oktober 2022 bis April 2023 steuerfreie monatliche Sonderleistungen gemäß § 150 c SGB XI. Die Steuerbefreiung für diese Leistungen gilt auch dann, wenn sie in der Zeit bis zum 31. Mai 2023 gewährt werden.

8.2 Inflationsausgleichsprämie (§ 3 Nr. 11 c EStG)

Zur Abmilderung gestiegener Verbraucherpreise können Arbeitgeber ihren Beschäftigten im Zeitraum vom **26.10.2022 bis 31.12.2024** eine steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3.000 € gewähren. Voraussetzung für die Steuerfreiheit ist, dass die Inflationsausgleichsprämie zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gezahlt wird. Eine Gehaltsumwandlung zugunsten dieser Prämie ist nicht zulässig.

Diese Steuerfreiheit gilt unabhängig davon, ob die Inflationsausgleichsprämie in Form von Barzuschüssen oder Sachbezügen (z. B. Einkaufsgutschein) gewährt wird.

Auch Teilzahlungen im Zeitraum vom 26.10.2022 bis 31.12.2024 bis insgesamt 3.000 € sind steuerfrei.

Diese steuerfreie Prämie unterliegt nicht dem Progressionsvorbehalt nach § 32 b EStG und wird auch nicht auf einkommensabhängige Sozialleistungen angerechnet.

8.3 Besteuerung der Gas-/Wärmepreisbremse (§ 123 ff. EStG)

Ursprünglich war geplant, dass ab einer bestimmten Einkommenshöhe die im Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz (EWSG) benannten Leistungen, die sogenannte Dezember-Soforthilfe, sowie die Vorteile durch die Strom- und Gaspreisbremse versteuert werden müssen. Aufgrund des erheblichen bürokratischen Aufwands wurde diese Regelung nun gestrichen.

Die entsprechende Abfrage hierzu in Zeile 17 der Anlage SO (sonstige Einkünfte) muss bei der Einkommensteuererklärung 2023 nicht ausgefüllt werden. Bei der elektronischen Steuererklärung mit „Mein Elster“ wird diese Abfrage zum 26.03.2024 komplett entfernt.

9. Abschließende Hinweise

9.1 Formulare und Bescheide

Die Erklärungsformulare werden von den Finanzämtern unentgeltlich abgegeben. Es werden keine Formulare mehr auf dem Postweg versandt.

Damit soll auch der zunehmenden Tendenz Rechnung getragen werden, die Steuererklärungsdrucke aus dem **Internet** herunterzuladen oder die Steuererklärung elektronisch über **Elster** zu übersenden. Alle in der Steuererklärung eingesetzten Aufwendungen sollten bzw. mussten bisher durch Rechnungen oder sonstige **Belege** nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens wurde **ab dem Veranlagungsjahr 2018 die Belegvorlagepflicht in eine Belegvorhaltepflcht** umgewandelt. Dies bedeutet, dass der Steuererklärung zunächst keine Belege beigefügt werden müssen, sondern der Steuerpflichtige die Belege nur aufbewahren muss. Das Finanzamt kann die Unterlagen aber bei Bedarf anfordern. Damit wird aus einer Belegvorlagepflicht eine Belegvorhaltepflcht.

Der Steuerpflichtige kann nach wie vor Belege freiwillig an das Finanzamt senden. Das kann beispielsweise dann empfehlenswert sein, wenn man ungewöhnliche bzw. ungewöhnlich hohe abzugsfähige Kosten hatte und eine Nachfrage des Finanzamts sehr wahrscheinlich ist. In diesem Fall beschleunigt ein Mitsenden der entsprechenden Belege das Verfahren und ggf. die Steuererstattung.

Es empfiehlt sich, eine **Kopie des Antrags und der eigenen Anlagen anzufertigen**, um nachprüfen zu können, ob das Finanzamt alle aufgeführten Aufwendungen berücksichtigt hat.

Nach Durchführung der Einkommensteueranlagung erteilt das Finanzamt einen mit Rechtsbehelfsbelehrung versehenen **Bescheid**.

Erght ein Einkommensteuerbescheid mit dem Vermerk „Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 AO **teilweise vorläufig**“, so ist ein Einspruch bezüglich der in der Erläuterung aufgeführten Punkte nicht mehr erforderlich. Der Vorläufigkeitsvermerk bewirkt, dass bei Rechtsänderung in den aufgeführten Sachverhalten von Amts wegen der Einkommensteuerbescheid geändert wird.

Die **vorläufige Steuerfestsetzung** nach § 165 AO soll ausdrücklich anwendbar sein in Fällen, in denen das Bundesverfassungsgericht die Unvereinbarkeit eines Steuergesetzes mit dem Grundgesetz festgestellt hat und der Gesetzgeber zu einer Neuregelung verpflichtet ist oder wenn rechtliche Unsicherheiten über die Anwendung eines Gesetzes bestehen und deshalb ein Verfahren beim Europäischen Gerichtshof, beim Bundesverfassungsgericht oder bei einem obersten Bundesgerichtshof anhängig ist.

9.2 Einkommensteuer-Vorauszahlung

Das Finanzamt setzt Vorauszahlungen durch den Vorauszahlungsbescheid für das laufende und nächste Kalenderjahr fest. Die Vorauszahlungen bemessen sich grundsätzlich nach der Einkommensteuer, die sich nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge bei der letzten Veranlagung ergeben hat.

Vorauszahlungen sind nur festzusetzen, wenn die Vorauszahlungen jährlich mindestens 400 € bzw. mindestens 100 € pro Vorauszahlungszeitpunkt betragen. Der Steuerpflichtige hat jeweils am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer zu entrichten, die er für den laufenden Veranlagungszeitraum voraussichtlich schulden wird.

9.3 Rechtsweg

Wenn Steuerpflichtige mit den Entscheidungen des Finanzamts nicht einverstanden sind, müssen sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheids beim gleichen Finanzamt Einspruch einlegen. Als Tag der Bekanntgabe legt das Finanzamt grundsätzlich den dritten Tag nach Aufgabe zur Post zu Grunde. Der Einspruch bedarf der Schriftform. Ergab der Steuerbescheid eine Steuernachzahlung, so wird dem Steuerpflichtigen empfohlen, im Einspruchsschreiben gleichzeitig die Aussetzung der Vollziehung und die Aussetzung der Vollstreckung bis zur Einspruchsentscheidung zu beantragen. Das Finanzamt prüft, ob Aussetzung der Vollziehung möglich ist.

Es ist zu beachten, dass es sich bei der Einspruchsfrist um eine Ausschlussfrist handelt, die vom Finanzamt nicht verlängert werden kann. Gegen die Einspruchsentscheidung des Finanzamts kann der Steuerpflichtige Klage erheben. Die Klage ist gegen das Finanzamt zu richten und innerhalb eines Monats bei dem zuständigen **Finanzgericht** (im Saarland: Finanzgericht des Saarlandes, 66119 Saarbrücken, Hardenbergstraße 3) schriftlich zu erheben.

Die Klageschrift, die mindestens in doppelter Ausfertigung eingereicht werden soll, muss den Kläger, den Beklagten, den Streitgegenstand und die angefochtene Entscheidung bezeichnen. Es sollen ferner die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angegeben werden.

Unterliegt ein Arbeitnehmer im Klageverfahren vor dem Finanzgericht, besteht die Möglichkeit eines Revisionsverfahrens vor dem **Bundesfinanzhof** in München. Eine Revision ist jedoch nur möglich, wenn das Finanzgericht diese wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen hat oder der Bundesfinanzhof aufgrund der Beschwerde des Arbeitnehmers gegen die Nichtzulassung (Nichtzulassungsbeschwerde) einer Revision ausdrücklich zugestimmt hat.

Im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren/Einspruch (Verfahren vor dem Finanzamt) werden keine Verfahrenskosten erhoben.

Die Einlegung von Rechtsbehelfen im gerichtlichen Verfahren (Klage beim Finanzgericht, Revision Bundesfinanzhof) ist kostenpflichtig. Die Rechtsmittelkosten setzen sich zusammen aus den Gebühren und Auslagen. Die Gebühr wird nach dem Streitwert bemessen.

Gebühren sind im Regelfall dann zu zahlen, wenn der Kläger unterliegt. Obsiegt er dagegen im Rechtsstreit in vollem Umfang, werden die Rechtsbehelfskosten dem Beklagten auferlegt. Bei teilweiseem Obsiegen werden die Kosten in der Regel anteilig den Parteien auferlegt.

Im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren beim **Finanzamt** und im Klageverfahren vor dem **Finanzgericht** besteht kein Vertretungszwang. In diesen Instanzen kann der Steuerpflichtige seinen Rechtsbehelf selbst führen.

Im Klageverfahren vor dem Finanzgericht empfiehlt es sich, einen Berater hinzuziehen.

Im Verfahren vor dem Bundesfinanzhof besteht Vertretungszwang durch einen Steuerberater oder einen Rechtsanwalt.

10. Einkommensteuer-Tabellen

10.1 Einkommensteuer-Grundtabelle 2023

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
10.900 €	0 €	12.380 €	227 €	13.860 €	498 €	15.340 €	812 €
10.940 €	4 €	12.420 €	234 €	13.900 €	506 €	15.380 €	821 €
10.980 €	10 €	12.460 €	240 €	13.940 €	514 €	15.420 €	831 €
11.020 €	15 €	12.500 €	247 €	13.980 €	522 €	15.460 €	840 €
11.060 €	21 €	12.540 €	254 €	14.020 €	530 €	15.500 €	849 €
11.100 €	27 €	12.580 €	261 €	14.060 €	538 €	15.540 €	858 €
11.140 €	33 €	12.620 €	268 €	14.100 €	546 €	15.580 €	867 €
11.180 €	38 €	12.660 €	275 €	14.140 €	554 €	15.620 €	877 €
11.220 €	44 €	12.700 €	282 €	14.180 €	562 €	15.660 €	886 €
11.260 €	50 €	12.740 €	289 €	14.220 €	571 €	15.700 €	895 €
11.300 €	56 €	12.780 €	296 €	14.260 €	579 €	15.740 €	905 €
11.340 €	62 €	12.820 €	303 €	14.300 €	587 €	15.780 €	914 €
11.380 €	68 €	12.860 €	310 €	14.340 €	595 €	15.820 €	923 €
11.420 €	74 €	12.900 €	317 €	14.380 €	604 €	15.860 €	933 €
11.460 €	80 €	12.940 €	324 €	14.420 €	612 €	15.900 €	942 €
11.500 €	86 €	12.980 €	332 €	14.460 €	620 €	15.940 €	952 €
11.540 €	92 €	13.020 €	339 €	14.500 €	629 €	15.980 €	961 €
11.580 €	98 €	13.060 €	346 €	14.540 €	637 €	16.020 €	971 €
11.620 €	104 €	13.100 €	353 €	14.580 €	646 €	16.060 €	981 €
11.660 €	110 €	13.140 €	361 €	14.620 €	654 €	16.100 €	990 €
11.700 €	117 €	13.180 €	368 €	14.660 €	663 €	16.140 €	1.000 €
11.740 €	123 €	13.220 €	376 €	14.700 €	671 €	16.180 €	1.009 €
11.780 €	129 €	13.260 €	383 €	14.740 €	680 €	16.220 €	1.019 €
11.820 €	135 €	13.300 €	390 €	14.780 €	688 €	16.260 €	1.029 €
11.860 €	142 €	13.340 €	398 €	14.820 €	697 €	16.300 €	1.038 €
11.900 €	148 €	13.380 €	405 €	14.860 €	706 €	16.340 €	1.048 €
11.940 €	154 €	13.420 €	413 €	14.900 €	714 €	16.380 €	1.058 €
11.980 €	161 €	13.460 €	421 €	14.940 €	723 €	16.420 €	1.067 €
12.020 €	167 €	13.500 €	428 €	14.980 €	732 €	16.460 €	1.077 €
12.060 €	174 €	13.540 €	436 €	15.020 €	741 €	16.500 €	1.087 €
12.100 €	180 €	13.580 €	443 €	15.060 €	750 €	16.540 €	1.096 €
12.140 €	187 €	13.620 €	451 €	15.100 €	758 €	16.580 €	1.106 €
12.180 €	193 €	13.660 €	459 €	15.140 €	767 €	16.620 €	1.116 €
12.220 €	200 €	13.700 €	467 €	15.180 €	776 €	16.660 €	1.125 €
12.260 €	207 €	13.740 €	475 €	15.220 €	785 €	16.700 €	1.135 €
12.300 €	213 €	13.780 €	482 €	15.260 €	794 €	16.740 €	1.145 €
12.340 €	220 €	13.820 €	490 €	15.300 €	803 €	16.780 €	1.154 €

Die Einkommensteuer gilt nur für den betreffenden Wert, Zwischenwerte sind zu schätzen.

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
16.820 €	1.164 €	18.460 €	1.568 €	20.100 €	1.981 €	21.740 €	2.406 €
16.860 €	1.174 €	18.500 €	1.578 €	20.140 €	1.992 €	21.780 €	2.416 €
16.900 €	1.184 €	18.540 €	1.588 €	20.180 €	2.002 €	21.820 €	2.427 €
16.940 €	1.193 €	18.580 €	1.598 €	20.220 €	2.012 €	21.860 €	2.437 €
16.980 €	1.203 €	18.620 €	1.608 €	20.260 €	2.022 €	21.900 €	2.448 €
17.020 €	1.213 €	18.660 €	1.618 €	20.300 €	2.033 €	21.940 €	2.458 €
17.060 €	1.223 €	18.700 €	1.628 €	20.340 €	2.043 €	21.980 €	2.469 €
17.100 €	1.232 €	18.740 €	1.638 €	20.380 €	2.053 €	22.020 €	2.479 €
17.140 €	1.242 €	18.780 €	1.648 €	20.420 €	2.063 €	22.060 €	2.490 €
17.180 €	1.252 €	18.820 €	1.658 €	20.460 €	2.074 €	22.100 €	2.500 €
17.220 €	1.262 €	18.860 €	1.668 €	20.500 €	2.084 €	22.140 €	2.511 €
17.260 €	1.271 €	18.900 €	1.678 €	20.540 €	2.094 €	22.180 €	2.521 €
17.300 €	1.281 €	18.940 €	1.688 €	20.580 €	2.105 €	22.220 €	2.532 €
17.340 €	1.291 €	18.980 €	1.698 €	20.620 €	2.115 €	22.260 €	2.542 €
17.380 €	1.301 €	19.020 €	1.708 €	20.660 €	2.125 €	22.300 €	2.553 €
17.420 €	1.311 €	19.060 €	1.718 €	20.700 €	2.135 €	22.340 €	2.563 €
17.460 €	1.320 €	19.100 €	1.728 €	20.740 €	2.146 €	22.380 €	2.574 €
17.500 €	1.330 €	19.140 €	1.738 €	20.780 €	2.156 €	22.420 €	2.585 €
17.540 €	1.340 €	19.180 €	1.748 €	20.820 €	2.166 €	22.460 €	2.595 €
17.580 €	1.350 €	19.220 €	1.758 €	20.860 €	2.177 €	22.500 €	2.606 €
17.620 €	1.360 €	19.260 €	1.768 €	20.900 €	2.187 €	22.540 €	2.616 €
17.660 €	1.369 €	19.300 €	1.778 €	20.940 €	2.197 €	22.580 €	2.627 €
17.700 €	1.379 €	19.340 €	1.788 €	20.980 €	2.208 €	22.620 €	2.638 €
17.740 €	1.389 €	19.380 €	1.798 €	21.020 €	2.218 €	22.660 €	2.648 €
17.780 €	1.399 €	19.420 €	1.809 €	21.060 €	2.228 €	22.700 €	2.659 €
17.820 €	1.409 €	19.460 €	1.819 €	21.100 €	2.239 €	22.740 €	2.669 €
17.860 €	1.419 €	19.500 €	1.829 €	21.140 €	2.249 €	22.780 €	2.680 €
17.900 €	1.429 €	19.540 €	1.839 €	21.180 €	2.260 €	22.820 €	2.691 €
17.940 €	1.439 €	19.580 €	1.849 €	21.220 €	2.270 €	22.860 €	2.701 €
17.980 €	1.448 €	19.620 €	1.859 €	21.260 €	2.280 €	22.900 €	2.712 €
18.020 €	1.458 €	19.660 €	1.869 €	21.300 €	2.291 €	22.940 €	2.723 €
18.060 €	1.468 €	19.700 €	1.880 €	21.340 €	2.301 €	22.980 €	2.733 €
18.100 €	1.478 €	19.740 €	1.890 €	21.380 €	2.312 €	23.020 €	2.744 €
18.140 €	1.488 €	19.780 €	1.900 €	21.420 €	2.322 €	23.060 €	2.755 €
18.180 €	1.498 €	19.820 €	1.910 €	21.460 €	2.332 €	23.100 €	2.765 €
18.220 €	1.508 €	19.860 €	1.920 €	21.500 €	2.343 €	23.140 €	2.776 €
18.260 €	1.518 €	19.900 €	1.930 €	21.540 €	2.353 €	23.180 €	2.787 €
18.300 €	1.528 €	19.940 €	1.941 €	21.580 €	2.364 €	23.220 €	2.797 €
18.340 €	1.538 €	19.980 €	1.951 €	21.620 €	2.374 €	23.260 €	2.808 €
18.380 €	1.548 €	20.020 €	1.961 €	21.660 €	2.385 €	23.300 €	2.819 €
18.420 €	1.558 €	20.060 €	1.971 €	21.700 €	2.395 €	23.340 €	2.829 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
23.380 €	2.840 €	25.020 €	3.285 €	26.660 €	3.740 €	28.300 €	4.206 €
23.420 €	2.851 €	25.060 €	3.296 €	26.700 €	3.752 €	28.340 €	4.217 €
23.460 €	2.862 €	25.100 €	3.307 €	26.740 €	3.763 €	28.380 €	4.229 €
23.500 €	2.872 €	25.140 €	3.318 €	26.780 €	3.774 €	28.420 €	4.240 €
23.540 €	2.883 €	25.180 €	3.329 €	26.820 €	3.785 €	28.460 €	4.252 €
23.580 €	2.894 €	25.220 €	3.340 €	26.860 €	3.797 €	28.500 €	4.263 €
23.620 €	2.905 €	25.260 €	3.351 €	26.900 €	3.808 €	28.540 €	4.275 €
23.660 €	2.915 €	25.300 €	3.362 €	26.940 €	3.819 €	28.580 €	4.287 €
23.700 €	2.926 €	25.340 €	3.373 €	26.980 €	3.830 €	28.620 €	4.298 €
23.740 €	2.937 €	25.380 €	3.384 €	27.020 €	3.842 €	28.660 €	4.310 €
23.780 €	2.948 €	25.420 €	3.395 €	27.060 €	3.853 €	28.700 €	4.321 €
23.820 €	2.959 €	25.460 €	3.406 €	27.100 €	3.864 €	28.740 €	4.333 €
23.860 €	2.969 €	25.500 €	3.417 €	27.140 €	3.876 €	28.780 €	4.344 €
23.900 €	2.980 €	25.540 €	3.428 €	27.180 €	3.887 €	28.820 €	4.356 €
23.940 €	2.991 €	25.580 €	3.439 €	27.220 €	3.898 €	28.860 €	4.367 €
23.980 €	3.002 €	25.620 €	3.450 €	27.260 €	3.910 €	28.900 €	4.379 €
24.020 €	3.013 €	25.660 €	3.462 €	27.300 €	3.921 €	28.940 €	4.391 €
24.060 €	3.023 €	25.700 €	3.473 €	27.340 €	3.932 €	28.980 €	4.402 €
24.100 €	3.034 €	25.740 €	3.484 €	27.380 €	3.944 €	29.020 €	4.414 €
24.140 €	3.045 €	25.780 €	3.495 €	27.420 €	3.955 €	29.060 €	4.425 €
24.180 €	3.056 €	25.820 €	3.506 €	27.460 €	3.966 €	29.100 €	4.437 €
24.220 €	3.067 €	25.860 €	3.517 €	27.500 €	3.978 €	29.140 €	4.449 €
24.260 €	3.078 €	25.900 €	3.528 €	27.540 €	3.989 €	29.180 €	4.460 €
24.300 €	3.088 €	25.940 €	3.539 €	27.580 €	4.000 €	29.220 €	4.472 €
24.340 €	3.099 €	25.980 €	3.550 €	27.620 €	4.012 €	29.260 €	4.483 €
24.380 €	3.110 €	26.020 €	3.561 €	27.660 €	4.023 €	29.300 €	4.495 €
24.420 €	3.121 €	26.060 €	3.573 €	27.700 €	4.034 €	29.340 €	4.507 €
24.460 €	3.132 €	26.100 €	3.584 €	27.740 €	4.046 €	29.380 €	4.518 €
24.500 €	3.143 €	26.140 €	3.595 €	27.780 €	4.057 €	29.420 €	4.530 €
24.540 €	3.154 €	26.180 €	3.606 €	27.820 €	4.069 €	29.460 €	4.542 €
24.580 €	3.165 €	26.220 €	3.617 €	27.860 €	4.080 €	29.500 €	4.553 €
24.620 €	3.176 €	26.260 €	3.628 €	27.900 €	4.091 €	29.540 €	4.565 €
24.660 €	3.187 €	26.300 €	3.640 €	27.940 €	4.103 €	29.580 €	4.577 €
24.700 €	3.197 €	26.340 €	3.651 €	27.980 €	4.114 €	29.620 €	4.588 €
24.740 €	3.208 €	26.380 €	3.662 €	28.020 €	4.126 €	29.660 €	4.600 €
24.780 €	3.219 €	26.420 €	3.673 €	28.060 €	4.137 €	29.700 €	4.612 €
24.820 €	3.230 €	26.460 €	3.684 €	28.100 €	4.149 €	29.740 €	4.623 €
24.860 €	3.241 €	26.500 €	3.695 €	28.140 €	4.160 €	29.780 €	4.635 €
24.900 €	3.252 €	26.540 €	3.707 €	28.180 €	4.172 €	29.820 €	4.647 €
24.940 €	3.263 €	26.580 €	3.718 €	28.220 €	4.183 €	29.860 €	4.659 €
24.980 €	3.274 €	26.620 €	3.729 €	28.260 €	4.195 €	29.900 €	4.670 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
29.940 €	4.682 €	31.580 €	5.168 €	33.220 €	5.665 €	34.860 €	6.172 €
29.980 €	4.694 €	31.620 €	5.180 €	33.260 €	5.677 €	34.900 €	6.185 €
30.020 €	4.705 €	31.660 €	5.192 €	33.300 €	5.690 €	34.940 €	6.197 €
30.060 €	4.717 €	31.700 €	5.204 €	33.340 €	5.702 €	34.980 €	6.210 €
30.100 €	4.729 €	31.740 €	5.216 €	33.380 €	5.714 €	35.020 €	6.222 €
30.140 €	4.741 €	31.780 €	5.228 €	33.420 €	5.726 €	35.060 €	6.235 €
30.180 €	4.753 €	31.820 €	5.240 €	33.460 €	5.739 €	35.100 €	6.247 €
30.220 €	4.764 €	31.860 €	5.252 €	33.500 €	5.751 €	35.140 €	6.260 €
30.260 €	4.776 €	31.900 €	5.264 €	33.540 €	5.763 €	35.180 €	6.272 €
30.300 €	4.788 €	31.940 €	5.276 €	33.580 €	5.775 €	35.220 €	6.285 €
30.340 €	4.800 €	31.980 €	5.289 €	33.620 €	5.788 €	35.260 €	6.297 €
30.380 €	4.811 €	32.020 €	5.301 €	33.660 €	5.800 €	35.300 €	6.310 €
30.420 €	4.823 €	32.060 €	5.313 €	33.700 €	5.812 €	35.340 €	6.322 €
30.460 €	4.835 €	32.100 €	5.325 €	33.740 €	5.825 €	35.380 €	6.335 €
30.500 €	4.847 €	32.140 €	5.337 €	33.780 €	5.837 €	35.420 €	6.348 €
30.540 €	4.859 €	32.180 €	5.349 €	33.820 €	5.849 €	35.460 €	6.360 €
30.580 €	4.871 €	32.220 €	5.361 €	33.860 €	5.862 €	35.500 €	6.373 €
30.620 €	4.882 €	32.260 €	5.373 €	33.900 €	5.874 €	35.540 €	6.385 €
30.660 €	4.894 €	32.300 €	5.385 €	33.940 €	5.886 €	35.580 €	6.398 €
30.700 €	4.906 €	32.340 €	5.397 €	33.980 €	5.899 €	35.620 €	6.411 €
30.740 €	4.918 €	32.380 €	5.409 €	34.020 €	5.911 €	35.660 €	6.423 €
30.780 €	4.930 €	32.420 €	5.421 €	34.060 €	5.923 €	35.700 €	6.436 €
30.820 €	4.942 €	32.460 €	5.434 €	34.100 €	5.936 €	35.740 €	6.448 €
30.860 €	4.954 €	32.500 €	5.446 €	34.140 €	5.948 €	35.780 €	6.461 €
30.900 €	4.965 €	32.540 €	5.458 €	34.180 €	5.961 €	35.820 €	6.474 €
30.940 €	4.977 €	32.580 €	5.470 €	34.220 €	5.973 €	35.860 €	6.486 €
30.980 €	4.989 €	32.620 €	5.482 €	34.260 €	5.985 €	35.900 €	6.499 €
31.020 €	5.001 €	32.660 €	5.494 €	34.300 €	5.998 €	35.940 €	6.512 €
31.060 €	5.013 €	32.700 €	5.506 €	34.340 €	6.010 €	35.980 €	6.524 €
31.100 €	5.025 €	32.740 €	5.519 €	34.380 €	6.023 €	36.020 €	6.537 €
31.140 €	5.037 €	32.780 €	5.531 €	34.420 €	6.035 €	36.060 €	6.550 €
31.180 €	5.049 €	32.820 €	5.543 €	34.460 €	6.047 €	36.100 €	6.562 €
31.220 €	5.061 €	32.860 €	5.555 €	34.500 €	6.060 €	36.140 €	6.575 €
31.260 €	5.073 €	32.900 €	5.567 €	34.540 €	6.072 €	36.180 €	6.588 €
31.300 €	5.085 €	32.940 €	5.580 €	34.580 €	6.085 €	36.220 €	6.600 €
31.340 €	5.097 €	32.980 €	5.592 €	34.620 €	6.097 €	36.260 €	6.613 €
31.380 €	5.108 €	33.020 €	5.604 €	34.660 €	6.110 €	36.300 €	6.626 €
31.420 €	5.120 €	33.060 €	5.616 €	34.700 €	6.122 €	36.340 €	6.639 €
31.460 €	5.132 €	33.100 €	5.628 €	34.740 €	6.135 €	36.380 €	6.651 €
31.500 €	5.144 €	33.140 €	5.641 €	34.780 €	6.147 €	36.420 €	6.664 €
31.540 €	5.156 €	33.180 €	5.653 €	34.820 €	6.160 €	36.460 €	6.677 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
36.500 €	6.690 €	38.140 €	7.217 €	39.780 €	7.756 €	41.420 €	8.304 €
36.540 €	6.702 €	38.180 €	7.230 €	39.820 €	7.769 €	41.460 €	8.318 €
36.580 €	6.715 €	38.220 €	7.243 €	39.860 €	7.782 €	41.500 €	8.331 €
36.620 €	6.728 €	38.260 €	7.256 €	39.900 €	7.795 €	41.540 €	8.345 €
36.660 €	6.741 €	38.300 €	7.269 €	39.940 €	7.809 €	41.580 €	8.358 €
36.700 €	6.753 €	38.340 €	7.282 €	39.980 €	7.822 €	41.620 €	8.372 €
36.740 €	6.766 €	38.380 €	7.295 €	40.020 €	7.835 €	41.660 €	8.385 €
36.780 €	6.779 €	38.420 €	7.308 €	40.060 €	7.848 €	41.700 €	8.399 €
36.820 €	6.792 €	38.460 €	7.322 €	40.100 €	7.862 €	41.740 €	8.412 €
36.860 €	6.805 €	38.500 €	7.335 €	40.140 €	7.875 €	41.780 €	8.426 €
36.900 €	6.817 €	38.540 €	7.348 €	40.180 €	7.888 €	41.820 €	8.439 €
36.940 €	6.830 €	38.580 €	7.361 €	40.220 €	7.902 €	41.860 €	8.453 €
36.980 €	6.843 €	38.620 €	7.374 €	40.260 €	7.915 €	41.900 €	8.467 €
37.020 €	6.856 €	38.660 €	7.387 €	40.300 €	7.928 €	41.940 €	8.480 €
37.060 €	6.869 €	38.700 €	7.400 €	40.340 €	7.942 €	41.980 €	8.494 €
37.100 €	6.881 €	38.740 €	7.413 €	40.380 €	7.955 €	42.020 €	8.507 €
37.140 €	6.894 €	38.780 €	7.426 €	40.420 €	7.968 €	42.060 €	8.521 €
37.180 €	6.907 €	38.820 €	7.439 €	40.460 €	7.982 €	42.100 €	8.534 €
37.220 €	6.920 €	38.860 €	7.452 €	40.500 €	7.995 €	42.140 €	8.548 €
37.260 €	6.933 €	38.900 €	7.465 €	40.540 €	8.008 €	42.180 €	8.562 €
37.300 €	6.946 €	38.940 €	7.479 €	40.580 €	8.022 €	42.220 €	8.575 €
37.340 €	6.959 €	38.980 €	7.492 €	40.620 €	8.035 €	42.260 €	8.589 €
37.380 €	6.971 €	39.020 €	7.505 €	40.660 €	8.049 €	42.300 €	8.603 €
37.420 €	6.984 €	39.060 €	7.518 €	40.700 €	8.062 €	42.340 €	8.616 €
37.460 €	6.997 €	39.100 €	7.531 €	40.740 €	8.075 €	42.380 €	8.630 €
37.500 €	7.010 €	39.140 €	7.544 €	40.780 €	8.089 €	42.420 €	8.644 €
37.540 €	7.023 €	39.180 €	7.557 €	40.820 €	8.102 €	42.460 €	8.657 €
37.580 €	7.036 €	39.220 €	7.571 €	40.860 €	8.116 €	42.500 €	8.671 €
37.620 €	7.049 €	39.260 €	7.584 €	40.900 €	8.129 €	42.540 €	8.685 €
37.660 €	7.062 €	39.300 €	7.597 €	40.940 €	8.142 €	42.580 €	8.698 €
37.700 €	7.075 €	39.340 €	7.610 €	40.980 €	8.156 €	42.620 €	8.712 €
37.740 €	7.088 €	39.380 €	7.623 €	41.020 €	8.169 €	42.660 €	8.726 €
37.780 €	7.101 €	39.420 €	7.636 €	41.060 €	8.183 €	42.700 €	8.739 €
37.820 €	7.114 €	39.460 €	7.650 €	41.100 €	8.196 €	42.740 €	8.753 €
37.860 €	7.127 €	39.500 €	7.663 €	41.140 €	8.210 €	42.780 €	8.767 €
37.900 €	7.139 €	39.540 €	7.676 €	41.180 €	8.223 €	42.820 €	8.780 €
37.940 €	7.152 €	39.580 €	7.689 €	41.220 €	8.237 €	42.860 €	8.794 €
37.980 €	7.165 €	39.620 €	7.703 €	41.260 €	8.250 €	42.900 €	8.808 €
38.020 €	7.178 €	39.660 €	7.716 €	41.300 €	8.264 €	42.940 €	8.822 €
38.060 €	7.191 €	39.700 €	7.729 €	41.340 €	8.277 €	42.980 €	8.835 €
38.100 €	7.204 €	39.740 €	7.742 €	41.380 €	8.291 €	43.020 €	8.849 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
43.060 €	8.863 €	44.700 €	9.432 €	46.340 €	10.012 €	47.980 €	10.602 €
43.100 €	8.877 €	44.740 €	9.446 €	46.380 €	10.026 €	48.020 €	10.616 €
43.140 €	8.890 €	44.780 €	9.460 €	46.420 €	10.040 €	48.060 €	10.631 €
43.180 €	8.904 €	44.820 €	9.474 €	46.460 €	10.055 €	48.100 €	10.645 €
43.220 €	8.918 €	44.860 €	9.488 €	46.500 €	10.069 €	48.140 €	10.660 €
43.260 €	8.932 €	44.900 €	9.502 €	46.540 €	10.083 €	48.180 €	10.674 €
43.300 €	8.946 €	44.940 €	9.516 €	46.580 €	10.097 €	48.220 €	10.689 €
43.340 €	8.959 €	44.980 €	9.530 €	46.620 €	10.112 €	48.260 €	10.703 €
43.380 €	8.973 €	45.020 €	9.544 €	46.660 €	10.126 €	48.300 €	10.718 €
43.420 €	8.987 €	45.060 €	9.558 €	46.700 €	10.140 €	48.340 €	10.733 €
43.460 €	9.001 €	45.100 €	9.573 €	46.740 €	10.155 €	48.380 €	10.747 €
43.500 €	9.015 €	45.140 €	9.587 €	46.780 €	10.169 €	48.420 €	10.762 €
43.540 €	9.028 €	45.180 €	9.601 €	46.820 €	10.183 €	48.460 €	10.776 €
43.580 €	9.042 €	45.220 €	9.615 €	46.860 €	10.198 €	48.500 €	10.791 €
43.620 €	9.056 €	45.260 €	9.629 €	46.900 €	10.212 €	48.540 €	10.805 €
43.660 €	9.070 €	45.300 €	9.643 €	46.940 €	10.226 €	48.580 €	10.820 €
43.700 €	9.084 €	45.340 €	9.657 €	46.980 €	10.241 €	48.620 €	10.835 €
43.740 €	9.098 €	45.380 €	9.671 €	47.020 €	10.255 €	48.660 €	10.849 €
43.780 €	9.112 €	45.420 €	9.685 €	47.060 €	10.269 €	48.700 €	10.864 €
43.820 €	9.125 €	45.460 €	9.699 €	47.100 €	10.284 €	48.740 €	10.879 €
43.860 €	9.139 €	45.500 €	9.714 €	47.140 €	10.298 €	48.780 €	10.893 €
43.900 €	9.153 €	45.540 €	9.728 €	47.180 €	10.313 €	48.820 €	10.908 €
43.940 €	9.167 €	45.580 €	9.742 €	47.220 €	10.327 €	48.860 €	10.922 €
43.980 €	9.181 €	45.620 €	9.756 €	47.260 €	10.341 €	48.900 €	10.937 €
44.020 €	9.195 €	45.660 €	9.770 €	47.300 €	10.356 €	48.940 €	10.952 €
44.060 €	9.209 €	45.700 €	9.784 €	47.340 €	10.370 €	48.980 €	10.966 €
44.100 €	9.223 €	45.740 €	9.798 €	47.380 €	10.385 €	49.020 €	10.981 €
44.140 €	9.237 €	45.780 €	9.813 €	47.420 €	10.399 €	49.060 €	10.996 €
44.180 €	9.251 €	45.820 €	9.827 €	47.460 €	10.413 €	49.100 €	11.011 €
44.220 €	9.264 €	45.860 €	9.841 €	47.500 €	10.428 €	49.140 €	11.025 €
44.260 €	9.278 €	45.900 €	9.855 €	47.540 €	10.442 €	49.180 €	11.040 €
44.300 €	9.292 €	45.940 €	9.869 €	47.580 €	10.457 €	49.220 €	11.055 €
44.340 €	9.306 €	45.980 €	9.884 €	47.620 €	10.471 €	49.260 €	11.069 €
44.380 €	9.320 €	46.020 €	9.898 €	47.660 €	10.486 €	49.300 €	11.084 €
44.420 €	9.334 €	46.060 €	9.912 €	47.700 €	10.500 €	49.340 €	11.099 €
44.460 €	9.348 €	46.100 €	9.926 €	47.740 €	10.515 €	49.380 €	11.113 €
44.500 €	9.362 €	46.140 €	9.940 €	47.780 €	10.529 €	49.420 €	11.128 €
44.540 €	9.376 €	46.180 €	9.955 €	47.820 €	10.544 €	49.460 €	11.143 €
44.580 €	9.390 €	46.220 €	9.969 €	47.860 €	10.558 €	49.500 €	11.158 €
44.620 €	9.404 €	46.260 €	9.983 €	47.900 €	10.573 €	49.540 €	11.172 €
44.660 €	9.418 €	46.300 €	9.997 €	47.940 €	10.587 €	49.580 €	11.187 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
49.620 €	11.202 €	51.260 €	11.813 €	52.900 €	12.434 €	54.540 €	13.065 €
49.660 €	11.217 €	51.300 €	11.828 €	52.940 €	12.449 €	54.580 €	13.081 €
49.700 €	11.232 €	51.340 €	11.843 €	52.980 €	12.464 €	54.620 €	13.096 €
49.740 €	11.246 €	51.380 €	11.858 €	53.020 €	12.480 €	54.660 €	13.112 €
49.780 €	11.261 €	51.420 €	11.873 €	53.060 €	12.495 €	54.700 €	13.127 €
49.820 €	11.276 €	51.460 €	11.888 €	53.100 €	12.510 €	54.740 €	13.143 €
49.860 €	11.291 €	51.500 €	11.903 €	53.140 €	12.525 €	54.780 €	13.158 €
49.900 €	11.305 €	51.540 €	11.918 €	53.180 €	12.541 €	54.820 €	13.174 €
49.940 €	11.320 €	51.580 €	11.933 €	53.220 €	12.556 €	54.860 €	13.189 €
49.980 €	11.335 €	51.620 €	11.948 €	53.260 €	12.571 €	54.900 €	13.205 €
50.020 €	11.350 €	51.660 €	11.963 €	53.300 €	12.587 €	54.940 €	13.221 €
50.060 €	11.365 €	51.700 €	11.978 €	53.340 €	12.602 €	54.980 €	13.236 €
50.100 €	11.380 €	51.740 €	11.993 €	53.380 €	12.617 €	55.020 €	13.252 €
50.140 €	11.394 €	51.780 €	12.008 €	53.420 €	12.633 €	55.060 €	13.267 €
50.180 €	11.409 €	51.820 €	12.024 €	53.460 €	12.648 €	55.100 €	13.283 €
50.220 €	11.424 €	51.860 €	12.039 €	53.500 €	12.663 €	55.140 €	13.299 €
50.260 €	11.439 €	51.900 €	12.054 €	53.540 €	12.679 €	55.180 €	13.314 €
50.300 €	11.454 €	51.940 €	12.069 €	53.580 €	12.694 €	55.220 €	13.330 €
50.340 €	11.469 €	51.980 €	12.084 €	53.620 €	12.710 €	55.260 €	13.346 €
50.380 €	11.484 €	52.020 €	12.099 €	53.660 €	12.725 €	55.300 €	13.361 €
50.420 €	11.499 €	52.060 €	12.114 €	53.700 €	12.740 €	55.340 €	13.377 €
50.460 €	11.513 €	52.100 €	12.129 €	53.740 €	12.756 €	55.380 €	13.392 €
50.500 €	11.528 €	52.140 €	12.145 €	53.780 €	12.771 €	55.420 €	13.408 €
50.540 €	11.543 €	52.180 €	12.160 €	53.820 €	12.787 €	55.460 €	13.424 €
50.580 €	11.558 €	52.220 €	12.175 €	53.860 €	12.802 €	55.500 €	13.439 €
50.620 €	11.573 €	52.260 €	12.190 €	53.900 €	12.817 €	55.540 €	13.455 €
50.660 €	11.588 €	52.300 €	12.205 €	53.940 €	12.833 €	55.580 €	13.471 €
50.700 €	11.603 €	52.340 €	12.220 €	53.980 €	12.848 €	55.620 €	13.487 €
50.740 €	11.618 €	52.380 €	12.236 €	54.020 €	12.864 €	55.660 €	13.502 €
50.780 €	11.633 €	52.420 €	12.251 €	54.060 €	12.879 €	55.700 €	13.518 €
50.820 €	11.648 €	52.460 €	12.266 €	54.100 €	12.895 €	55.740 €	13.534 €
50.860 €	11.663 €	52.500 €	12.281 €	54.140 €	12.910 €	55.780 €	13.549 €
50.900 €	11.678 €	52.540 €	12.296 €	54.180 €	12.926 €	55.820 €	13.565 €
50.940 €	11.693 €	52.580 €	12.312 €	54.220 €	12.941 €	55.860 €	13.581 €
50.980 €	11.708 €	52.620 €	12.327 €	54.260 €	12.957 €	55.900 €	13.597 €
51.020 €	11.723 €	52.660 €	12.342 €	54.300 €	12.972 €	55.940 €	13.612 €
51.060 €	11.738 €	52.700 €	12.357 €	54.340 €	12.988 €	55.980 €	13.628 €
51.100 €	11.753 €	52.740 €	12.373 €	54.380 €	13.003 €	56.020 €	13.644 €
51.140 €	11.768 €	52.780 €	12.388 €	54.420 €	13.019 €	56.060 €	13.659 €
51.180 €	11.783 €	52.820 €	12.403 €	54.460 €	13.034 €	56.100 €	13.675 €
51.220 €	11.798 €	52.860 €	12.418 €	54.500 €	13.050 €	56.140 €	13.691 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
56.180 €	13.707 €	57.820 €	14.359 €	59.460 €	15.021 €	61.100 €	15.694 €
56.220 €	13.723 €	57.860 €	14.375 €	59.500 €	15.038 €	61.140 €	15.711 €
56.260 €	13.738 €	57.900 €	14.391 €	59.540 €	15.054 €	61.180 €	15.727 €
56.300 €	13.754 €	57.940 €	14.407 €	59.580 €	15.070 €	61.220 €	15.744 €
56.340 €	13.770 €	57.980 €	14.423 €	59.620 €	15.087 €	61.260 €	15.760 €
56.380 €	13.786 €	58.020 €	14.439 €	59.660 €	15.103 €	61.300 €	15.777 €
56.420 €	13.802 €	58.060 €	14.455 €	59.700 €	15.119 €	61.340 €	15.794 €
56.460 €	13.817 €	58.100 €	14.471 €	59.740 €	15.136 €	61.380 €	15.810 €
56.500 €	13.833 €	58.140 €	14.487 €	59.780 €	15.152 €	61.420 €	15.827 €
56.540 €	13.849 €	58.180 €	14.503 €	59.820 €	15.168 €	61.460 €	15.843 €
56.580 €	13.865 €	58.220 €	14.520 €	59.860 €	15.185 €	61.500 €	15.860 €
56.620 €	13.881 €	58.260 €	14.536 €	59.900 €	15.201 €	61.540 €	15.876 €
56.660 €	13.897 €	58.300 €	14.552 €	59.940 €	15.217 €	61.580 €	15.893 €
56.700 €	13.912 €	58.340 €	14.568 €	59.980 €	15.234 €	61.620 €	15.910 €
56.740 €	13.928 €	58.380 €	14.584 €	60.020 €	15.250 €	61.660 €	15.926 €
56.780 €	13.944 €	58.420 €	14.600 €	60.060 €	15.266 €	61.700 €	15.943 €
56.820 €	13.960 €	58.460 €	14.616 €	60.100 €	15.283 €	61.740 €	15.960 €
56.860 €	13.976 €	58.500 €	14.632 €	60.140 €	15.299 €	61.780 €	15.976 €
56.900 €	13.992 €	58.540 €	14.648 €	60.180 €	15.315 €	61.820 €	15.993 €
56.940 €	14.008 €	58.580 €	14.665 €	60.220 €	15.332 €	61.860 €	16.010 €
56.980 €	14.024 €	58.620 €	14.681 €	60.260 €	15.348 €	61.900 €	16.026 €
57.020 €	14.040 €	58.660 €	14.697 €	60.300 €	15.365 €	61.940 €	16.043 €
57.060 €	14.055 €	58.700 €	14.713 €	60.340 €	15.381 €	61.980 €	16.060 €
57.100 €	14.071 €	58.740 €	14.729 €	60.380 €	15.398 €	62.020 €	16.076 €
57.140 €	14.087 €	58.780 €	14.745 €	60.420 €	15.414 €	62.060 €	16.093 €
57.180 €	14.103 €	58.820 €	14.762 €	60.460 €	15.430 €	62.100 €	16.110 €
57.220 €	14.119 €	58.860 €	14.778 €	60.500 €	15.447 €	62.140 €	16.126 €
57.260 €	14.135 €	58.900 €	14.794 €	60.540 €	15.463 €	62.180 €	16.143 €
57.300 €	14.151 €	58.940 €	14.810 €	60.580 €	15.480 €	62.220 €	16.160 €
57.340 €	14.167 €	58.980 €	14.826 €	60.620 €	15.496 €	62.260 €	16.176 €
57.380 €	14.183 €	59.020 €	14.843 €	60.660 €	15.513 €	62.300 €	16.193 €
57.420 €	14.199 €	59.060 €	14.859 €	60.700 €	15.529 €	62.340 €	16.210 €
57.460 €	14.215 €	59.100 €	14.875 €	60.740 €	15.546 €	62.380 €	16.227 €
57.500 €	14.231 €	59.140 €	14.891 €	60.780 €	15.562 €	62.420 €	16.243 €
57.540 €	14.247 €	59.180 €	14.908 €	60.820 €	15.579 €	62.460 €	16.260 €
57.580 €	14.263 €	59.220 €	14.924 €	60.860 €	15.595 €	62.500 €	16.277 €
57.620 €	14.279 €	59.260 €	14.940 €	60.900 €	15.612 €	62.540 €	16.294 €
57.660 €	14.295 €	59.300 €	14.956 €	60.940 €	15.628 €	62.580 €	16.310 €
57.700 €	14.311 €	59.340 €	14.973 €	60.980 €	15.645 €	62.620 €	16.327 €
57.740 €	14.327 €	59.380 €	14.989 €	61.020 €	15.661 €	62.660 €	16.344 €
57.780 €	14.343 €	59.420 €	15.005 €	61.060 €	15.678 €	62.700 €	16.361 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
62.740 €	16.377 €	64.380 €	17.066 €	66.020 €	17.755 €	67.660 €	18.444 €
62.780 €	16.394 €	64.420 €	17.083 €	66.060 €	17.772 €	67.700 €	18.461 €
62.820 €	16.411 €	64.460 €	17.100 €	66.100 €	17.789 €	67.740 €	18.477 €
62.860 €	16.428 €	64.500 €	17.117 €	66.140 €	17.805 €	67.780 €	18.494 €
62.900 €	16.445 €	64.540 €	17.133 €	66.180 €	17.822 €	67.820 €	18.511 €
62.940 €	16.461 €	64.580 €	17.150 €	66.220 €	17.839 €	67.860 €	18.528 €
62.980 €	16.478 €	64.620 €	17.167 €	66.260 €	17.856 €	67.900 €	18.545 €
63.020 €	16.495 €	64.660 €	17.184 €	66.300 €	17.873 €	67.940 €	18.561 €
63.060 €	16.512 €	64.700 €	17.201 €	66.340 €	17.889 €	67.980 €	18.578 €
63.100 €	16.529 €	64.740 €	17.217 €	66.380 €	17.906 €	68.020 €	18.595 €
63.140 €	16.545 €	64.780 €	17.234 €	66.420 €	17.923 €	68.060 €	18.612 €
63.180 €	16.562 €	64.820 €	17.251 €	66.460 €	17.940 €	68.100 €	18.629 €
63.220 €	16.579 €	64.860 €	17.268 €	66.500 €	17.957 €	68.140 €	18.645 €
63.260 €	16.596 €	64.900 €	17.285 €	66.540 €	17.973 €	68.180 €	18.662 €
63.300 €	16.613 €	64.940 €	17.301 €	66.580 €	17.990 €	68.220 €	18.679 €
63.340 €	16.629 €	64.980 €	17.318 €	66.620 €	18.007 €	68.260 €	18.696 €
63.380 €	16.646 €	65.020 €	17.335 €	66.660 €	18.024 €	68.300 €	18.713 €
63.420 €	16.663 €	65.060 €	17.352 €	66.700 €	18.041 €	68.340 €	18.729 €
63.460 €	16.680 €	65.100 €	17.369 €	66.740 €	18.057 €	68.380 €	18.746 €
63.500 €	16.697 €	65.140 €	17.385 €	66.780 €	18.074 €	68.420 €	18.763 €
63.540 €	16.713 €	65.180 €	17.402 €	66.820 €	18.091 €	68.460 €	18.780 €
63.580 €	16.730 €	65.220 €	17.419 €	66.860 €	18.108 €	68.500 €	18.797 €
63.620 €	16.747 €	65.260 €	17.436 €	66.900 €	18.125 €	68.540 €	18.813 €
63.660 €	16.764 €	65.300 €	17.453 €	66.940 €	18.141 €	68.580 €	18.830 €
63.700 €	16.781 €	65.340 €	17.469 €	66.980 €	18.158 €	68.620 €	18.847 €
63.740 €	16.797 €	65.380 €	17.486 €	67.020 €	18.175 €	68.660 €	18.864 €
63.780 €	16.814 €	65.420 €	17.503 €	67.060 €	18.192 €	68.700 €	18.881 €
63.820 €	16.831 €	65.460 €	17.520 €	67.100 €	18.209 €	68.740 €	18.897 €
63.860 €	16.848 €	65.500 €	17.537 €	67.140 €	18.225 €	68.780 €	18.914 €
63.900 €	16.865 €	65.540 €	17.553 €	67.180 €	18.242 €	68.820 €	18.931 €
63.940 €	16.881 €	65.580 €	17.570 €	67.220 €	18.259 €	68.860 €	18.948 €
63.980 €	16.898 €	65.620 €	17.587 €	67.260 €	18.276 €	68.900 €	18.965 €
64.020 €	16.915 €	65.660 €	17.604 €	67.300 €	18.293 €	68.940 €	18.981 €
64.060 €	16.932 €	65.700 €	17.621 €	67.340 €	18.309 €	68.980 €	18.998 €
64.100 €	16.949 €	65.740 €	17.637 €	67.380 €	18.326 €	69.020 €	19.015 €
64.140 €	16.965 €	65.780 €	17.654 €	67.420 €	18.343 €	69.060 €	19.032 €
64.180 €	16.982 €	65.820 €	17.671 €	67.460 €	18.360 €	69.100 €	19.049 €
64.220 €	16.999 €	65.860 €	17.688 €	67.500 €	18.377 €	69.140 €	19.065 €
64.260 €	17.016 €	65.900 €	17.705 €	67.540 €	18.393 €	69.180 €	19.082 €
64.300 €	17.033 €	65.940 €	17.721 €	67.580 €	18.410 €	69.220 €	19.099 €
64.340 €	17.049 €	65.980 €	17.738 €	67.620 €	18.427 €	69.260 €	19.116 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
69.300 €	19.133 €	70.940 €	19.821 €	72.580 €	20.510 €	74.220 €	21.199 €
69.340 €	19.149 €	70.980 €	19.838 €	72.620 €	20.527 €	74.260 €	21.216 €
69.380 €	19.166 €	71.020 €	19.855 €	72.660 €	20.544 €	74.300 €	21.233 €
69.420 €	19.183 €	71.060 €	19.872 €	72.700 €	20.561 €	74.340 €	21.249 €
69.460 €	19.200 €	71.100 €	19.889 €	72.740 €	20.577 €	74.380 €	21.266 €
69.500 €	19.217 €	71.140 €	19.905 €	72.780 €	20.594 €	74.420 €	21.283 €
69.540 €	19.233 €	71.180 €	19.922 €	72.820 €	20.611 €	74.460 €	21.300 €
69.580 €	19.250 €	71.220 €	19.939 €	72.860 €	20.628 €	74.500 €	21.317 €
69.620 €	19.267 €	71.260 €	19.956 €	72.900 €	20.645 €	74.540 €	21.333 €
69.660 €	19.284 €	71.300 €	19.973 €	72.940 €	20.661 €	74.580 €	21.350 €
69.700 €	19.301 €	71.340 €	19.989 €	72.980 €	20.678 €	74.620 €	21.367 €
69.740 €	19.317 €	71.380 €	20.006 €	73.020 €	20.695 €	74.660 €	21.384 €
69.780 €	19.334 €	71.420 €	20.023 €	73.060 €	20.712 €	74.700 €	21.401 €
69.820 €	19.351 €	71.460 €	20.040 €	73.100 €	20.729 €	74.740 €	21.417 €
69.860 €	19.368 €	71.500 €	20.057 €	73.140 €	20.745 €	74.780 €	21.434 €
69.900 €	19.385 €	71.540 €	20.073 €	73.180 €	20.762 €	74.820 €	21.451 €
69.940 €	19.401 €	71.580 €	20.090 €	73.220 €	20.779 €	74.860 €	21.468 €
69.980 €	19.418 €	71.620 €	20.107 €	73.260 €	20.796 €	74.900 €	21.485 €
70.020 €	19.435 €	71.660 €	20.124 €	73.300 €	20.813 €	74.940 €	21.501 €
70.060 €	19.452 €	71.700 €	20.141 €	73.340 €	20.829 €	74.980 €	21.518 €
70.100 €	19.469 €	71.740 €	20.157 €	73.380 €	20.846 €	75.020 €	21.535 €
70.140 €	19.485 €	71.780 €	20.174 €	73.420 €	20.863 €	75.060 €	21.552 €
70.180 €	19.502 €	71.820 €	20.191 €	73.460 €	20.880 €	75.100 €	21.569 €
70.220 €	19.519 €	71.860 €	20.208 €	73.500 €	20.897 €	75.140 €	21.585 €
70.260 €	19.536 €	71.900 €	20.225 €	73.540 €	20.913 €	75.180 €	21.602 €
70.300 €	19.553 €	71.940 €	20.241 €	73.580 €	20.930 €	75.220 €	21.619 €
70.340 €	19.569 €	71.980 €	20.258 €	73.620 €	20.947 €	75.260 €	21.636 €
70.380 €	19.586 €	72.020 €	20.275 €	73.660 €	20.964 €	75.300 €	21.653 €
70.420 €	19.603 €	72.060 €	20.292 €	73.700 €	20.981 €	75.340 €	21.669 €
70.460 €	19.620 €	72.100 €	20.309 €	73.740 €	20.997 €	75.380 €	21.686 €
70.500 €	19.637 €	72.140 €	20.325 €	73.780 €	21.014 €	75.420 €	21.703 €
70.540 €	19.653 €	72.180 €	20.342 €	73.820 €	21.031 €	75.460 €	21.720 €
70.580 €	19.670 €	72.220 €	20.359 €	73.860 €	21.048 €	75.500 €	21.737 €
70.620 €	19.687 €	72.260 €	20.376 €	73.900 €	21.065 €	75.540 €	21.753 €
70.660 €	19.704 €	72.300 €	20.393 €	73.940 €	21.081 €	75.580 €	21.770 €
70.700 €	19.721 €	72.340 €	20.409 €	73.980 €	21.098 €	75.620 €	21.787 €
70.740 €	19.737 €	72.380 €	20.426 €	74.020 €	21.115 €	75.660 €	21.804 €
70.780 €	19.754 €	72.420 €	20.443 €	74.060 €	21.132 €	75.700 €	21.821 €
70.820 €	19.771 €	72.460 €	20.460 €	74.100 €	21.149 €	75.740 €	21.837 €
70.860 €	19.788 €	72.500 €	20.477 €	74.140 €	21.165 €	75.780 €	21.854 €
70.900 €	19.805 €	72.540 €	20.493 €	74.180 €	21.182 €	75.820 €	21.871 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
75.860 €	21.888 €	77.500 €	22.577 €	79.140 €	23.265 €	80.780 €	23.954 €
75.900 €	21.905 €	77.540 €	22.593 €	79.180 €	23.282 €	80.820 €	23.971 €
75.940 €	21.921 €	77.580 €	22.610 €	79.220 €	23.299 €	80.860 €	23.988 €
75.980 €	21.938 €	77.620 €	22.627 €	79.260 €	23.316 €	80.900 €	24.005 €
76.020 €	21.955 €	77.660 €	22.644 €	79.300 €	23.333 €	80.940 €	24.021 €
76.060 €	21.972 €	77.700 €	22.661 €	79.340 €	23.349 €	80.980 €	24.038 €
76.100 €	21.989 €	77.740 €	22.677 €	79.380 €	23.366 €	81.020 €	24.055 €
76.140 €	22.005 €	77.780 €	22.694 €	79.420 €	23.383 €	81.060 €	24.072 €
76.180 €	22.022 €	77.820 €	22.711 €	79.460 €	23.400 €	81.100 €	24.089 €
76.220 €	22.039 €	77.860 €	22.728 €	79.500 €	23.417 €	81.140 €	24.105 €
76.260 €	22.056 €	77.900 €	22.745 €	79.540 €	23.433 €	81.180 €	24.122 €
76.300 €	22.073 €	77.940 €	22.761 €	79.580 €	23.450 €	81.220 €	24.139 €
76.340 €	22.089 €	77.980 €	22.778 €	79.620 €	23.467 €	81.260 €	24.156 €
76.380 €	22.106 €	78.020 €	22.795 €	79.660 €	23.484 €	81.300 €	24.173 €
76.420 €	22.123 €	78.060 €	22.812 €	79.700 €	23.501 €	81.340 €	24.189 €
76.460 €	22.140 €	78.100 €	22.829 €	79.740 €	23.517 €	81.380 €	24.206 €
76.500 €	22.157 €	78.140 €	22.845 €	79.780 €	23.534 €	81.420 €	24.223 €
76.540 €	22.173 €	78.180 €	22.862 €	79.820 €	23.551 €	81.460 €	24.240 €
76.580 €	22.190 €	78.220 €	22.879 €	79.860 €	23.568 €	81.500 €	24.257 €
76.620 €	22.207 €	78.260 €	22.896 €	79.900 €	23.585 €	81.540 €	24.273 €
76.660 €	22.224 €	78.300 €	22.913 €	79.940 €	23.601 €	81.580 €	24.290 €
76.700 €	22.241 €	78.340 €	22.929 €	79.980 €	23.618 €	81.620 €	24.307 €
76.740 €	22.257 €	78.380 €	22.946 €	80.020 €	23.635 €	81.660 €	24.324 €
76.780 €	22.274 €	78.420 €	22.963 €	80.060 €	23.652 €	81.700 €	24.341 €
76.820 €	22.291 €	78.460 €	22.980 €	80.100 €	23.669 €	81.740 €	24.357 €
76.860 €	22.308 €	78.500 €	22.997 €	80.140 €	23.685 €	81.780 €	24.374 €
76.900 €	22.325 €	78.540 €	23.013 €	80.180 €	23.702 €	81.820 €	24.391 €
76.940 €	22.341 €	78.580 €	23.030 €	80.220 €	23.719 €	81.860 €	24.408 €
76.980 €	22.358 €	78.620 €	23.047 €	80.260 €	23.736 €	81.900 €	24.425 €
77.020 €	22.375 €	78.660 €	23.064 €	80.300 €	23.753 €	81.940 €	24.441 €
77.060 €	22.392 €	78.700 €	23.081 €	80.340 €	23.769 €	81.980 €	24.458 €
77.100 €	22.409 €	78.740 €	23.097 €	80.380 €	23.786 €	82.020 €	24.475 €
77.140 €	22.425 €	78.780 €	23.114 €	80.420 €	23.803 €	82.060 €	24.492 €
77.180 €	22.442 €	78.820 €	23.131 €	80.460 €	23.820 €	82.100 €	24.509 €
77.220 €	22.459 €	78.860 €	23.148 €	80.500 €	23.837 €	82.140 €	24.525 €
77.260 €	22.476 €	78.900 €	23.165 €	80.540 €	23.853 €	82.180 €	24.542 €
77.300 €	22.493 €	78.940 €	23.181 €	80.580 €	23.870 €	82.220 €	24.559 €
77.340 €	22.509 €	78.980 €	23.198 €	80.620 €	23.887 €	82.260 €	24.576 €
77.380 €	22.526 €	79.020 €	23.215 €	80.660 €	23.904 €	82.300 €	24.593 €
77.420 €	22.543 €	79.060 €	23.232 €	80.700 €	23.921 €	82.340 €	24.609 €
77.460 €	22.560 €	79.100 €	23.249 €	80.740 €	23.937 €	82.380 €	24.626 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
82.420 €	24.643 €	84.060 €	25.332 €	85.700 €	26.021 €	87.340 €	26.709 €
82.460 €	24.660 €	84.100 €	25.349 €	85.740 €	26.037 €	87.380 €	26.726 €
82.500 €	24.677 €	84.140 €	25.365 €	85.780 €	26.054 €	87.420 €	26.743 €
82.540 €	24.693 €	84.180 €	25.382 €	85.820 €	26.071 €	87.460 €	26.760 €
82.580 €	24.710 €	84.220 €	25.399 €	85.860 €	26.088 €	87.500 €	26.777 €
82.620 €	24.727 €	84.260 €	25.416 €	85.900 €	26.105 €	87.540 €	26.793 €
82.660 €	24.744 €	84.300 €	25.433 €	85.940 €	26.121 €	87.580 €	26.810 €
82.700 €	24.761 €	84.340 €	25.449 €	85.980 €	26.138 €	87.620 €	26.827 €
82.740 €	24.777 €	84.380 €	25.466 €	86.020 €	26.155 €	87.660 €	26.844 €
82.780 €	24.794 €	84.420 €	25.483 €	86.060 €	26.172 €	87.700 €	26.861 €
82.820 €	24.811 €	84.460 €	25.500 €	86.100 €	26.189 €	87.740 €	26.877 €
82.860 €	24.828 €	84.500 €	25.517 €	86.140 €	26.205 €	87.780 €	26.894 €
82.900 €	24.845 €	84.540 €	25.533 €	86.180 €	26.222 €	87.820 €	26.911 €
82.940 €	24.861 €	84.580 €	25.550 €	86.220 €	26.239 €	87.860 €	26.928 €
82.980 €	24.878 €	84.620 €	25.567 €	86.260 €	26.256 €	87.900 €	26.945 €
83.020 €	24.895 €	84.660 €	25.584 €	86.300 €	26.273 €	87.940 €	26.961 €
83.060 €	24.912 €	84.700 €	25.601 €	86.340 €	26.289 €	87.980 €	26.978 €
83.100 €	24.929 €	84.740 €	25.617 €	86.380 €	26.306 €	88.020 €	26.995 €
83.140 €	24.945 €	84.780 €	25.634 €	86.420 €	26.323 €	88.060 €	27.012 €
83.180 €	24.962 €	84.820 €	25.651 €	86.460 €	26.340 €	88.100 €	27.029 €
83.220 €	24.979 €	84.860 €	25.668 €	86.500 €	26.357 €	88.140 €	27.045 €
83.260 €	24.996 €	84.900 €	25.685 €	86.540 €	26.373 €	88.180 €	27.062 €
83.300 €	25.013 €	84.940 €	25.701 €	86.580 €	26.390 €	88.220 €	27.079 €
83.340 €	25.029 €	84.980 €	25.718 €	86.620 €	26.407 €	88.260 €	27.096 €
83.380 €	25.046 €	85.020 €	25.735 €	86.660 €	26.424 €	88.300 €	27.113 €
83.420 €	25.063 €	85.060 €	25.752 €	86.700 €	26.441 €	88.340 €	27.129 €
83.460 €	25.080 €	85.100 €	25.769 €	86.740 €	26.457 €	88.380 €	27.146 €
83.500 €	25.097 €	85.140 €	25.785 €	86.780 €	26.474 €	88.420 €	27.163 €
83.540 €	25.113 €	85.180 €	25.802 €	86.820 €	26.491 €	88.460 €	27.180 €
83.580 €	25.130 €	85.220 €	25.819 €	86.860 €	26.508 €	88.500 €	27.197 €
83.620 €	25.147 €	85.260 €	25.836 €	86.900 €	26.525 €	88.540 €	27.213 €
83.660 €	25.164 €	85.300 €	25.853 €	86.940 €	26.541 €	88.580 €	27.230 €
83.700 €	25.181 €	85.340 €	25.869 €	86.980 €	26.558 €	88.620 €	27.247 €
83.740 €	25.197 €	85.380 €	25.886 €	87.020 €	26.575 €	88.660 €	27.264 €
83.780 €	25.214 €	85.420 €	25.903 €	87.060 €	26.592 €	88.700 €	27.281 €
83.820 €	25.231 €	85.460 €	25.920 €	87.100 €	26.609 €	88.740 €	27.297 €
83.860 €	25.248 €	85.500 €	25.937 €	87.140 €	26.625 €	88.780 €	27.314 €
83.900 €	25.265 €	85.540 €	25.953 €	87.180 €	26.642 €	88.820 €	27.331 €
83.940 €	25.281 €	85.580 €	25.970 €	87.220 €	26.659 €	88.860 €	27.348 €
83.980 €	25.298 €	85.620 €	25.987 €	87.260 €	26.676 €	88.900 €	27.365 €
84.020 €	25.315 €	85.660 €	26.004 €	87.300 €	26.693 €	88.940 €	27.381 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
88.980 €	27.398 €	90.620 €	28.087 €	92.260 €	28.776 €	93.900 €	29.465 €
89.020 €	27.415 €	90.660 €	28.104 €	92.300 €	28.793 €	93.940 €	29.481 €
89.060 €	27.432 €	90.700 €	28.121 €	92.340 €	28.809 €	93.980 €	29.498 €
89.100 €	27.449 €	90.740 €	28.137 €	92.380 €	28.826 €	94.020 €	29.515 €
89.140 €	27.465 €	90.780 €	28.154 €	92.420 €	28.843 €	94.060 €	29.532 €
89.180 €	27.482 €	90.820 €	28.171 €	92.460 €	28.860 €	94.100 €	29.549 €
89.220 €	27.499 €	90.860 €	28.188 €	92.500 €	28.877 €	94.140 €	29.565 €
89.260 €	27.516 €	90.900 €	28.205 €	92.540 €	28.893 €	94.180 €	29.582 €
89.300 €	27.533 €	90.940 €	28.221 €	92.580 €	28.910 €	94.220 €	29.599 €
89.340 €	27.549 €	90.980 €	28.238 €	92.620 €	28.927 €	94.260 €	29.616 €
89.380 €	27.566 €	91.020 €	28.255 €	92.660 €	28.944 €	94.300 €	29.633 €
89.420 €	27.583 €	91.060 €	28.272 €	92.700 €	28.961 €	94.340 €	29.649 €
89.460 €	27.600 €	91.100 €	28.289 €	92.740 €	28.977 €	94.380 €	29.666 €
89.500 €	27.617 €	91.140 €	28.305 €	92.780 €	28.994 €	94.420 €	29.683 €
89.540 €	27.633 €	91.180 €	28.322 €	92.820 €	29.011 €	94.460 €	29.700 €
89.580 €	27.650 €	91.220 €	28.339 €	92.860 €	29.028 €	94.500 €	29.717 €
89.620 €	27.667 €	91.260 €	28.356 €	92.900 €	29.045 €	94.540 €	29.733 €
89.660 €	27.684 €	91.300 €	28.373 €	92.940 €	29.061 €	94.580 €	29.750 €
89.700 €	27.701 €	91.340 €	28.389 €	92.980 €	29.078 €	94.620 €	29.767 €
89.740 €	27.717 €	91.380 €	28.406 €	93.020 €	29.095 €	94.660 €	29.784 €
89.780 €	27.734 €	91.420 €	28.423 €	93.060 €	29.112 €	94.700 €	29.801 €
89.820 €	27.751 €	91.460 €	28.440 €	93.100 €	29.129 €	94.740 €	29.817 €
89.860 €	27.768 €	91.500 €	28.457 €	93.140 €	29.145 €	94.780 €	29.834 €
89.900 €	27.785 €	91.540 €	28.473 €	93.180 €	29.162 €	94.820 €	29.851 €
89.940 €	27.801 €	91.580 €	28.490 €	93.220 €	29.179 €	94.860 €	29.868 €
89.980 €	27.818 €	91.620 €	28.507 €	93.260 €	29.196 €	94.900 €	29.885 €
90.020 €	27.835 €	91.660 €	28.524 €	93.300 €	29.213 €	94.940 €	29.901 €
90.060 €	27.852 €	91.700 €	28.541 €	93.340 €	29.229 €	94.980 €	29.918 €
90.100 €	27.869 €	91.740 €	28.557 €	93.380 €	29.246 €	95.020 €	29.935 €
90.140 €	27.885 €	91.780 €	28.574 €	93.420 €	29.263 €	95.060 €	29.952 €
90.180 €	27.902 €	91.820 €	28.591 €	93.460 €	29.280 €	95.100 €	29.969 €
90.220 €	27.919 €	91.860 €	28.608 €	93.500 €	29.297 €	95.140 €	29.985 €
90.260 €	27.936 €	91.900 €	28.625 €	93.540 €	29.313 €	95.180 €	30.002 €
90.300 €	27.953 €	91.940 €	28.641 €	93.580 €	29.330 €	95.220 €	30.019 €
90.340 €	27.969 €	91.980 €	28.658 €	93.620 €	29.347 €	95.260 €	30.036 €
90.380 €	27.986 €	92.020 €	28.675 €	93.660 €	29.364 €	95.300 €	30.053 €
90.420 €	28.003 €	92.060 €	28.692 €	93.700 €	29.381 €	95.340 €	30.069 €
90.460 €	28.020 €	92.100 €	28.709 €	93.740 €	29.397 €	95.380 €	30.086 €
90.500 €	28.037 €	92.140 €	28.725 €	93.780 €	29.414 €	95.420 €	30.103 €
90.540 €	28.053 €	92.180 €	28.742 €	93.820 €	29.431 €	95.460 €	30.120 €
90.580 €	28.070 €	92.220 €	28.759 €	93.860 €	29.448 €	95.500 €	30.137 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
95.540 €	30.153 €	97.180 €	30.842 €	98.820 €	31.531 €	100.460 €	32.220 €
95.580 €	30.170 €	97.220 €	30.859 €	98.860 €	31.548 €	100.500 €	32.237 €
95.620 €	30.187 €	97.260 €	30.876 €	98.900 €	31.565 €	100.540 €	32.253 €
95.660 €	30.204 €	97.300 €	30.893 €	98.940 €	31.581 €	100.580 €	32.270 €
95.700 €	30.221 €	97.340 €	30.909 €	98.980 €	31.598 €	100.620 €	32.287 €
95.740 €	30.237 €	97.380 €	30.926 €	99.020 €	31.615 €	100.660 €	32.304 €
95.780 €	30.254 €	97.420 €	30.943 €	99.060 €	31.632 €	100.700 €	32.321 €
95.820 €	30.271 €	97.460 €	30.960 €	99.100 €	31.649 €	100.740 €	32.337 €
95.860 €	30.288 €	97.500 €	30.977 €	99.140 €	31.665 €	100.780 €	32.354 €
95.900 €	30.305 €	97.540 €	30.993 €	99.180 €	31.682 €	100.820 €	32.371 €
95.940 €	30.321 €	97.580 €	31.010 €	99.220 €	31.699 €	100.860 €	32.388 €
95.980 €	30.338 €	97.620 €	31.027 €	99.260 €	31.716 €	100.900 €	32.405 €
96.020 €	30.355 €	97.660 €	31.044 €	99.300 €	31.733 €	100.940 €	32.421 €
96.060 €	30.372 €	97.700 €	31.061 €	99.340 €	31.749 €	100.980 €	32.438 €
96.100 €	30.389 €	97.740 €	31.077 €	99.380 €	31.766 €	101.020 €	32.455 €
96.140 €	30.405 €	97.780 €	31.094 €	99.420 €	31.783 €	101.060 €	32.472 €
96.180 €	30.422 €	97.820 €	31.111 €	99.460 €	31.800 €	101.100 €	32.489 €
96.220 €	30.439 €	97.860 €	31.128 €	99.500 €	31.817 €	101.140 €	32.505 €
96.260 €	30.456 €	97.900 €	31.145 €	99.540 €	31.833 €	101.180 €	32.522 €
96.300 €	30.473 €	97.940 €	31.161 €	99.580 €	31.850 €	101.220 €	32.539 €
96.340 €	30.489 €	97.980 €	31.178 €	99.620 €	31.867 €	101.260 €	32.556 €
96.380 €	30.506 €	98.020 €	31.195 €	99.660 €	31.884 €	101.300 €	32.573 €
96.420 €	30.523 €	98.060 €	31.212 €	99.700 €	31.901 €	101.340 €	32.589 €
96.460 €	30.540 €	98.100 €	31.229 €	99.740 €	31.917 €	101.380 €	32.606 €
96.500 €	30.557 €	98.140 €	31.245 €	99.780 €	31.934 €	101.420 €	32.623 €
96.540 €	30.573 €	98.180 €	31.262 €	99.820 €	31.951 €	101.460 €	32.640 €
96.580 €	30.590 €	98.220 €	31.279 €	99.860 €	31.968 €	101.500 €	32.657 €
96.620 €	30.607 €	98.260 €	31.296 €	99.900 €	31.985 €	101.540 €	32.673 €
96.660 €	30.624 €	98.300 €	31.313 €	99.940 €	32.001 €	101.580 €	32.690 €
96.700 €	30.641 €	98.340 €	31.329 €	99.980 €	32.018 €	101.620 €	32.707 €
96.740 €	30.657 €	98.380 €	31.346 €	100.020 €	32.035 €	101.660 €	32.724 €
96.780 €	30.674 €	98.420 €	31.363 €	100.060 €	32.052 €	101.700 €	32.741 €
96.820 €	30.691 €	98.460 €	31.380 €	100.100 €	32.069 €	101.740 €	32.757 €
96.860 €	30.708 €	98.500 €	31.397 €	100.140 €	32.085 €	101.780 €	32.774 €
96.900 €	30.725 €	98.540 €	31.413 €	100.180 €	32.102 €	101.820 €	32.791 €
96.940 €	30.741 €	98.580 €	31.430 €	100.220 €	32.119 €	101.860 €	32.808 €
96.980 €	30.758 €	98.620 €	31.447 €	100.260 €	32.136 €	101.900 €	32.825 €
97.020 €	30.775 €	98.660 €	31.464 €	100.300 €	32.153 €	101.940 €	32.841 €
97.060 €	30.792 €	98.700 €	31.481 €	100.340 €	32.169 €	101.980 €	32.858 €
97.100 €	30.809 €	98.740 €	31.497 €	100.380 €	32.186 €	102.020 €	32.875 €
97.140 €	30.825 €	98.780 €	31.514 €	100.420 €	32.203 €	102.060 €	32.892 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
102.100 €	32.909 €	103.300 €	33.413 €	104.500 €	33.917 €	105.700 €	34.421 €
102.140 €	32.925 €	103.340 €	33.429 €	104.540 €	33.933 €	105.740 €	34.437 €
102.180 €	32.942 €	103.380 €	33.446 €	104.580 €	33.950 €	105.780 €	34.454 €
102.220 €	32.959 €	103.420 €	33.463 €	104.620 €	33.967 €	105.820 €	34.471 €
102.260 €	32.976 €	103.460 €	33.480 €	104.660 €	33.984 €	105.860 €	34.488 €
102.300 €	32.993 €	103.500 €	33.497 €	104.700 €	34.001 €	105.900 €	34.505 €
102.340 €	33.009 €	103.540 €	33.513 €	104.740 €	34.017 €	105.940 €	34.521 €
102.380 €	33.026 €	103.580 €	33.530 €	104.780 €	34.034 €	105.980 €	34.538 €
102.420 €	33.043 €	103.620 €	33.547 €	104.820 €	34.051 €	106.020 €	34.555 €
102.460 €	33.060 €	103.660 €	33.564 €	104.860 €	34.068 €	106.060 €	34.572 €
102.500 €	33.077 €	103.700 €	33.581 €	104.900 €	34.085 €	106.100 €	34.589 €
102.540 €	33.093 €	103.740 €	33.597 €	104.940 €	34.101 €	106.140 €	34.605 €
102.580 €	33.110 €	103.780 €	33.614 €	104.980 €	34.118 €	106.180 €	34.622 €
102.620 €	33.127 €	103.820 €	33.631 €	105.020 €	34.135 €	106.220 €	34.639 €
102.660 €	33.144 €	103.860 €	33.648 €	105.060 €	34.152 €	106.260 €	34.656 €
102.700 €	33.161 €	103.900 €	33.665 €	105.100 €	34.169 €	106.300 €	34.673 €
102.740 €	33.177 €	103.940 €	33.681 €	105.140 €	34.185 €	106.340 €	34.689 €
102.780 €	33.194 €	103.980 €	33.698 €	105.180 €	34.202 €	106.380 €	34.706 €
102.820 €	33.211 €	104.020 €	33.715 €	105.220 €	34.219 €	106.420 €	34.723 €
102.860 €	33.228 €	104.060 €	33.732 €	105.260 €	34.236 €	106.460 €	34.740 €
102.900 €	33.245 €	104.100 €	33.749 €	105.300 €	34.253 €	106.500 €	34.757 €
102.940 €	33.261 €	104.140 €	33.765 €	105.340 €	34.269 €	106.540 €	34.773 €
102.980 €	33.278 €	104.180 €	33.782 €	105.380 €	34.286 €	106.580 €	34.790 €
103.020 €	33.295 €	104.220 €	33.799 €	105.420 €	34.303 €	106.620 €	34.807 €
103.060 €	33.312 €	104.260 €	33.816 €	105.460 €	34.320 €	106.660 €	34.824 €
103.100 €	33.329 €	104.300 €	33.833 €	105.500 €	34.337 €	106.700 €	34.841 €
103.140 €	33.345 €	104.340 €	33.849 €	105.540 €	34.353 €	106.740 €	34.857 €
103.180 €	33.362 €	104.380 €	33.866 €	105.580 €	34.370 €	106.780 €	34.874 €
103.220 €	33.379 €	104.420 €	33.883 €	105.620 €	34.387 €	106.820 €	34.891 €
103.260 €	33.396 €	104.460 €	33.900 €	105.660 €	34.404 €	106.860 €	34.908 €

10.2 Einkommensteuer-Splittingtabelle 2023

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
21.800 €	0 €	22.000 €	24 €	22.200 €	54 €	22.400 €	82 €
21.840 €	2 €	22.040 €	30 €	22.240 €	60 €	22.440 €	88 €
21.880 €	8 €	22.080 €	36 €	22.280 €	66 €	22.480 €	94 €
21.920 €	14 €	22.120 €	42 €	22.320 €	70 €	22.520 €	100 €
21.960 €	20 €	22.160 €	48 €	22.360 €	76 €	22.560 €	106 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
22.600 €	112 €	24.240 €	368 €	25.880 €	648 €	27.520 €	956 €
22.640 €	118 €	24.280 €	374 €	25.920 €	656 €	27.560 €	964 €
22.680 €	124 €	24.320 €	380 €	25.960 €	664 €	27.600 €	972 €
22.720 €	130 €	24.360 €	386 €	26.000 €	670 €	27.640 €	980 €
22.760 €	136 €	24.400 €	394 €	26.040 €	678 €	27.680 €	988 €
22.800 €	142 €	24.440 €	400 €	26.080 €	684 €	27.720 €	996 €
22.840 €	148 €	24.480 €	406 €	26.120 €	692 €	27.760 €	1.004 €
22.880 €	154 €	24.520 €	414 €	26.160 €	700 €	27.800 €	1.012 €
22.920 €	160 €	24.560 €	420 €	26.200 €	706 €	27.840 €	1.020 €
22.960 €	166 €	24.600 €	426 €	26.240 €	714 €	27.880 €	1.028 €
23.000 €	172 €	24.640 €	434 €	26.280 €	722 €	27.920 €	1.036 €
23.040 €	178 €	24.680 €	440 €	26.320 €	728 €	27.960 €	1.044 €
23.080 €	184 €	24.720 €	446 €	26.360 €	736 €	28.000 €	1.052 €
23.120 €	190 €	24.760 €	454 €	26.400 €	744 €	28.040 €	1.060 €
23.160 €	196 €	24.800 €	460 €	26.440 €	752 €	28.080 €	1.068 €
23.200 €	202 €	24.840 €	468 €	26.480 €	758 €	28.120 €	1.076 €
23.240 €	208 €	24.880 €	474 €	26.520 €	766 €	28.160 €	1.084 €
23.280 €	214 €	24.920 €	480 €	26.560 €	774 €	28.200 €	1.092 €
23.320 €	220 €	24.960 €	488 €	26.600 €	780 €	28.240 €	1.100 €
23.360 €	226 €	25.000 €	494 €	26.640 €	788 €	28.280 €	1.108 €
23.400 €	234 €	25.040 €	502 €	26.680 €	796 €	28.320 €	1.116 €
23.440 €	240 €	25.080 €	508 €	26.720 €	804 €	28.360 €	1.124 €
23.480 €	246 €	25.120 €	516 €	26.760 €	810 €	28.400 €	1.132 €
23.520 €	252 €	25.160 €	522 €	26.800 €	818 €	28.440 €	1.142 €
23.560 €	258 €	25.200 €	528 €	26.840 €	826 €	28.480 €	1.150 €
23.600 €	264 €	25.240 €	536 €	26.880 €	834 €	28.520 €	1.158 €
23.640 €	270 €	25.280 €	542 €	26.920 €	842 €	28.560 €	1.166 €
23.680 €	276 €	25.320 €	550 €	26.960 €	848 €	28.600 €	1.174 €
23.720 €	284 €	25.360 €	556 €	27.000 €	856 €	28.640 €	1.182 €
23.760 €	290 €	25.400 €	564 €	27.040 €	864 €	28.680 €	1.190 €
23.800 €	296 €	25.440 €	570 €	27.080 €	872 €	28.720 €	1.198 €
23.840 €	302 €	25.480 €	578 €	27.120 €	880 €	28.760 €	1.208 €
23.880 €	308 €	25.520 €	584 €	27.160 €	886 €	28.800 €	1.216 €
23.920 €	316 €	25.560 €	592 €	27.200 €	894 €	28.840 €	1.224 €
23.960 €	322 €	25.600 €	598 €	27.240 €	902 €	28.880 €	1.232 €
24.000 €	328 €	25.640 €	606 €	27.280 €	910 €	28.920 €	1.240 €
24.040 €	334 €	25.680 €	614 €	27.320 €	918 €	28.960 €	1.250 €
24.080 €	342 €	25.720 €	620 €	27.360 €	926 €	29.000 €	1.258 €
24.120 €	348 €	25.760 €	628 €	27.400 €	934 €	29.040 €	1.266 €
24.160 €	354 €	25.800 €	634 €	27.440 €	942 €	29.080 €	1.274 €
24.200 €	360 €	25.840 €	642 €	27.480 €	950 €	29.120 €	1.282 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
29.160 €	1.292 €	30.800 €	1.652 €	32.440 €	2.038 €	34.080 €	2.436 €
29.200 €	1.300 €	30.840 €	1.662 €	32.480 €	2.048 €	34.120 €	2.446 €
29.240 €	1.308 €	30.880 €	1.670 €	32.520 €	2.058 €	34.160 €	2.454 €
29.280 €	1.316 €	30.920 €	1.680 €	32.560 €	2.068 €	34.200 €	2.464 €
29.320 €	1.326 €	30.960 €	1.688 €	32.600 €	2.076 €	34.240 €	2.474 €
29.360 €	1.334 €	31.000 €	1.698 €	32.640 €	2.086 €	34.280 €	2.484 €
29.400 €	1.342 €	31.040 €	1.706 €	32.680 €	2.096 €	34.320 €	2.494 €
29.440 €	1.350 €	31.080 €	1.716 €	32.720 €	2.106 €	34.360 €	2.504 €
29.480 €	1.360 €	31.120 €	1.726 €	32.760 €	2.116 €	34.400 €	2.514 €
29.520 €	1.368 €	31.160 €	1.734 €	32.800 €	2.124 €	34.440 €	2.524 €
29.560 €	1.376 €	31.200 €	1.744 €	32.840 €	2.134 €	34.480 €	2.532 €
29.600 €	1.386 €	31.240 €	1.754 €	32.880 €	2.144 €	34.520 €	2.542 €
29.640 €	1.394 €	31.280 €	1.762 €	32.920 €	2.154 €	34.560 €	2.552 €
29.680 €	1.402 €	31.320 €	1.772 €	32.960 €	2.164 €	34.600 €	2.562 €
29.720 €	1.412 €	31.360 €	1.782 €	33.000 €	2.174 €	34.640 €	2.572 €
29.760 €	1.420 €	31.400 €	1.790 €	33.040 €	2.182 €	34.680 €	2.582 €
29.800 €	1.428 €	31.440 €	1.800 €	33.080 €	2.192 €	34.720 €	2.592 €
29.840 €	1.438 €	31.480 €	1.810 €	33.120 €	2.202 €	34.760 €	2.602 €
29.880 €	1.446 €	31.520 €	1.818 €	33.160 €	2.212 €	34.800 €	2.612 €
29.920 €	1.456 €	31.560 €	1.828 €	33.200 €	2.222 €	34.840 €	2.622 €
29.960 €	1.464 €	31.600 €	1.838 €	33.240 €	2.232 €	34.880 €	2.630 €
30.000 €	1.472 €	31.640 €	1.846 €	33.280 €	2.240 €	34.920 €	2.640 €
30.040 €	1.482 €	31.680 €	1.856 €	33.320 €	2.250 €	34.960 €	2.650 €
30.080 €	1.490 €	31.720 €	1.866 €	33.360 €	2.260 €	35.000 €	2.660 €
30.120 €	1.500 €	31.760 €	1.876 €	33.400 €	2.270 €	35.040 €	2.670 €
30.160 €	1.508 €	31.800 €	1.884 €	33.440 €	2.280 €	35.080 €	2.680 €
30.200 €	1.516 €	31.840 €	1.894 €	33.480 €	2.290 €	35.120 €	2.690 €
30.240 €	1.526 €	31.880 €	1.904 €	33.520 €	2.300 €	35.160 €	2.700 €
30.280 €	1.534 €	31.920 €	1.914 €	33.560 €	2.308 €	35.200 €	2.710 €
30.320 €	1.544 €	31.960 €	1.922 €	33.600 €	2.318 €	35.240 €	2.720 €
30.360 €	1.552 €	32.000 €	1.932 €	33.640 €	2.328 €	35.280 €	2.730 €
30.400 €	1.562 €	32.040 €	1.942 €	33.680 €	2.338 €	35.320 €	2.738 €
30.440 €	1.570 €	32.080 €	1.952 €	33.720 €	2.348 €	35.360 €	2.748 €
30.480 €	1.580 €	32.120 €	1.962 €	33.760 €	2.358 €	35.400 €	2.758 €
30.520 €	1.588 €	32.160 €	1.970 €	33.800 €	2.368 €	35.440 €	2.768 €
30.560 €	1.598 €	32.200 €	1.980 €	33.840 €	2.376 €	35.480 €	2.778 €
30.600 €	1.606 €	32.240 €	1.990 €	33.880 €	2.386 €	35.520 €	2.788 €
30.640 €	1.616 €	32.280 €	2.000 €	33.920 €	2.396 €	35.560 €	2.798 €
30.680 €	1.624 €	32.320 €	2.010 €	33.960 €	2.406 €	35.600 €	2.808 €
30.720 €	1.634 €	32.360 €	2.018 €	34.000 €	2.416 €	35.640 €	2.818 €
30.760 €	1.642 €	32.400 €	2.028 €	34.040 €	2.426 €	35.680 €	2.828 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
35.720 €	2.838 €	37.360 €	3.246 €	39.000 €	3.658 €	40.640 €	4.076 €
35.760 €	2.848 €	37.400 €	3.256 €	39.040 €	3.668 €	40.680 €	4.086 €
35.800 €	2.858 €	37.440 €	3.266 €	39.080 €	3.678 €	40.720 €	4.096 €
35.840 €	2.868 €	37.480 €	3.276 €	39.120 €	3.688 €	40.760 €	4.106 €
35.880 €	2.878 €	37.520 €	3.286 €	39.160 €	3.698 €	40.800 €	4.116 €
35.920 €	2.886 €	37.560 €	3.296 €	39.200 €	3.708 €	40.840 €	4.126 €
35.960 €	2.896 €	37.600 €	3.306 €	39.240 €	3.718 €	40.880 €	4.138 €
36.000 €	2.906 €	37.640 €	3.316 €	39.280 €	3.728 €	40.920 €	4.148 €
36.040 €	2.916 €	37.680 €	3.326 €	39.320 €	3.738 €	40.960 €	4.158 €
36.080 €	2.926 €	37.720 €	3.336 €	39.360 €	3.748 €	41.000 €	4.168 €
36.120 €	2.936 €	37.760 €	3.346 €	39.400 €	3.760 €	41.040 €	4.178 €
36.160 €	2.946 €	37.800 €	3.356 €	39.440 €	3.770 €	41.080 €	4.188 €
36.200 €	2.956 €	37.840 €	3.366 €	39.480 €	3.780 €	41.120 €	4.198 €
36.240 €	2.966 €	37.880 €	3.376 €	39.520 €	3.790 €	41.160 €	4.210 €
36.280 €	2.976 €	37.920 €	3.386 €	39.560 €	3.800 €	41.200 €	4.220 €
36.320 €	2.986 €	37.960 €	3.396 €	39.600 €	3.810 €	41.240 €	4.230 €
36.360 €	2.996 €	38.000 €	3.406 €	39.640 €	3.820 €	41.280 €	4.240 €
36.400 €	3.006 €	38.040 €	3.416 €	39.680 €	3.830 €	41.320 €	4.250 €
36.440 €	3.016 €	38.080 €	3.426 €	39.720 €	3.840 €	41.360 €	4.260 €
36.480 €	3.026 €	38.120 €	3.436 €	39.760 €	3.850 €	41.400 €	4.270 €
36.520 €	3.036 €	38.160 €	3.446 €	39.800 €	3.860 €	41.440 €	4.282 €
36.560 €	3.046 €	38.200 €	3.456 €	39.840 €	3.872 €	41.480 €	4.292 €
36.600 €	3.056 €	38.240 €	3.466 €	39.880 €	3.882 €	41.520 €	4.302 €
36.640 €	3.066 €	38.280 €	3.476 €	39.920 €	3.892 €	41.560 €	4.312 €
36.680 €	3.076 €	38.320 €	3.486 €	39.960 €	3.902 €	41.600 €	4.322 €
36.720 €	3.086 €	38.360 €	3.496 €	40.000 €	3.912 €	41.640 €	4.332 €
36.760 €	3.096 €	38.400 €	3.506 €	40.040 €	3.922 €	41.680 €	4.344 €
36.800 €	3.106 €	38.440 €	3.516 €	40.080 €	3.932 €	41.720 €	4.354 €
36.840 €	3.116 €	38.480 €	3.526 €	40.120 €	3.942 €	41.760 €	4.364 €
36.880 €	3.126 €	38.520 €	3.536 €	40.160 €	3.952 €	41.800 €	4.374 €
36.920 €	3.136 €	38.560 €	3.546 €	40.200 €	3.962 €	41.840 €	4.384 €
36.960 €	3.146 €	38.600 €	3.556 €	40.240 €	3.974 €	41.880 €	4.394 €
37.000 €	3.156 €	38.640 €	3.566 €	40.280 €	3.984 €	41.920 €	4.406 €
37.040 €	3.166 €	38.680 €	3.576 €	40.320 €	3.994 €	41.960 €	4.416 €
37.080 €	3.176 €	38.720 €	3.586 €	40.360 €	4.004 €	42.000 €	4.426 €
37.120 €	3.186 €	38.760 €	3.596 €	40.400 €	4.014 €	42.040 €	4.436 €
37.160 €	3.196 €	38.800 €	3.608 €	40.440 €	4.024 €	42.080 €	4.446 €
37.200 €	3.206 €	38.840 €	3.618 €	40.480 €	4.034 €	42.120 €	4.456 €
37.240 €	3.216 €	38.880 €	3.628 €	40.520 €	4.044 €	42.160 €	4.468 €
37.280 €	3.226 €	38.920 €	3.638 €	40.560 €	4.054 €	42.200 €	4.478 €
37.320 €	3.236 €	38.960 €	3.648 €	40.600 €	4.066 €	42.240 €	4.488 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
42.280 €	4.498 €	43.920 €	4.926 €	45.560 €	5.360 €	47.200 €	5.798 €
42.320 €	4.508 €	43.960 €	4.938 €	45.600 €	5.370 €	47.240 €	5.810 €
42.360 €	4.520 €	44.000 €	4.948 €	45.640 €	5.382 €	47.280 €	5.820 €
42.400 €	4.530 €	44.040 €	4.958 €	45.680 €	5.392 €	47.320 €	5.830 €
42.440 €	4.540 €	44.080 €	4.968 €	45.720 €	5.402 €	47.360 €	5.842 €
42.480 €	4.550 €	44.120 €	4.980 €	45.760 €	5.414 €	47.400 €	5.852 €
42.520 €	4.560 €	44.160 €	4.990 €	45.800 €	5.424 €	47.440 €	5.864 €
42.560 €	4.572 €	44.200 €	5.000 €	45.840 €	5.434 €	47.480 €	5.874 €
42.600 €	4.582 €	44.240 €	5.010 €	45.880 €	5.446 €	47.520 €	5.884 €
42.640 €	4.592 €	44.280 €	5.022 €	45.920 €	5.456 €	47.560 €	5.896 €
42.680 €	4.602 €	44.320 €	5.032 €	45.960 €	5.466 €	47.600 €	5.906 €
42.720 €	4.612 €	44.360 €	5.042 €	46.000 €	5.478 €	47.640 €	5.918 €
42.760 €	4.624 €	44.400 €	5.052 €	46.040 €	5.488 €	47.680 €	5.928 €
42.800 €	4.634 €	44.440 €	5.064 €	46.080 €	5.498 €	47.720 €	5.938 €
42.840 €	4.644 €	44.480 €	5.074 €	46.120 €	5.510 €	47.760 €	5.950 €
42.880 €	4.654 €	44.520 €	5.084 €	46.160 €	5.520 €	47.800 €	5.960 €
42.920 €	4.664 €	44.560 €	5.096 €	46.200 €	5.530 €	47.840 €	5.972 €
42.960 €	4.676 €	44.600 €	5.106 €	46.240 €	5.542 €	47.880 €	5.982 €
43.000 €	4.686 €	44.640 €	5.116 €	46.280 €	5.552 €	47.920 €	5.992 €
43.040 €	4.696 €	44.680 €	5.126 €	46.320 €	5.562 €	47.960 €	6.004 €
43.080 €	4.706 €	44.720 €	5.138 €	46.360 €	5.574 €	48.000 €	6.014 €
43.120 €	4.718 €	44.760 €	5.148 €	46.400 €	5.584 €	48.040 €	6.026 €
43.160 €	4.728 €	44.800 €	5.158 €	46.440 €	5.594 €	48.080 €	6.036 €
43.200 €	4.738 €	44.840 €	5.170 €	46.480 €	5.606 €	48.120 €	6.046 €
43.240 €	4.748 €	44.880 €	5.180 €	46.520 €	5.616 €	48.160 €	6.058 €
43.280 €	4.758 €	44.920 €	5.190 €	46.560 €	5.626 €	48.200 €	6.068 €
43.320 €	4.770 €	44.960 €	5.200 €	46.600 €	5.638 €	48.240 €	6.080 €
43.360 €	4.780 €	45.000 €	5.212 €	46.640 €	5.648 €	48.280 €	6.090 €
43.400 €	4.790 €	45.040 €	5.222 €	46.680 €	5.658 €	48.320 €	6.100 €
43.440 €	4.800 €	45.080 €	5.232 €	46.720 €	5.670 €	48.360 €	6.112 €
43.480 €	4.812 €	45.120 €	5.244 €	46.760 €	5.680 €	48.400 €	6.122 €
43.520 €	4.822 €	45.160 €	5.254 €	46.800 €	5.692 €	48.440 €	6.134 €
43.560 €	4.832 €	45.200 €	5.264 €	46.840 €	5.702 €	48.480 €	6.144 €
43.600 €	4.842 €	45.240 €	5.276 €	46.880 €	5.712 €	48.520 €	6.156 €
43.640 €	4.854 €	45.280 €	5.286 €	46.920 €	5.724 €	48.560 €	6.166 €
43.680 €	4.864 €	45.320 €	5.296 €	46.960 €	5.734 €	48.600 €	6.176 €
43.720 €	4.874 €	45.360 €	5.306 €	47.000 €	5.744 €	48.640 €	6.188 €
43.760 €	4.884 €	45.400 €	5.318 €	47.040 €	5.756 €	48.680 €	6.198 €
43.800 €	4.896 €	45.440 €	5.328 €	47.080 €	5.766 €	48.720 €	6.210 €
43.840 €	4.906 €	45.480 €	5.338 €	47.120 €	5.778 €	48.760 €	6.220 €
43.880 €	4.916 €	45.520 €	5.350 €	47.160 €	5.788 €	48.800 €	6.232 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
48.840 €	6.242 €	50.480 €	6.692 €	52.120 €	7.146 €	53.760 €	7.604 €
48.880 €	6.254 €	50.520 €	6.702 €	52.160 €	7.156 €	53.800 €	7.616 €
48.920 €	6.264 €	50.560 €	6.714 €	52.200 €	7.168 €	53.840 €	7.626 €
48.960 €	6.274 €	50.600 €	6.724 €	52.240 €	7.178 €	53.880 €	7.638 €
49.000 €	6.286 €	50.640 €	6.736 €	52.280 €	7.190 €	53.920 €	7.650 €
49.040 €	6.296 €	50.680 €	6.746 €	52.320 €	7.200 €	53.960 €	7.660 €
49.080 €	6.308 €	50.720 €	6.758 €	52.360 €	7.212 €	54.000 €	7.672 €
49.120 €	6.318 €	50.760 €	6.768 €	52.400 €	7.224 €	54.040 €	7.684 €
49.160 €	6.330 €	50.800 €	6.780 €	52.440 €	7.234 €	54.080 €	7.694 €
49.200 €	6.340 €	50.840 €	6.790 €	52.480 €	7.246 €	54.120 €	7.706 €
49.240 €	6.352 €	50.880 €	6.802 €	52.520 €	7.256 €	54.160 €	7.718 €
49.280 €	6.362 €	50.920 €	6.812 €	52.560 €	7.268 €	54.200 €	7.728 €
49.320 €	6.374 €	50.960 €	6.824 €	52.600 €	7.280 €	54.240 €	7.740 €
49.360 €	6.384 €	51.000 €	6.834 €	52.640 €	7.290 €	54.280 €	7.752 €
49.400 €	6.394 €	51.040 €	6.846 €	52.680 €	7.302 €	54.320 €	7.762 €
49.440 €	6.406 €	51.080 €	6.856 €	52.720 €	7.312 €	54.360 €	7.774 €
49.480 €	6.416 €	51.120 €	6.868 €	52.760 €	7.324 €	54.400 €	7.786 €
49.520 €	6.428 €	51.160 €	6.878 €	52.800 €	7.334 €	54.440 €	7.796 €
49.560 €	6.438 €	51.200 €	6.890 €	52.840 €	7.346 €	54.480 €	7.808 €
49.600 €	6.450 €	51.240 €	6.900 €	52.880 €	7.358 €	54.520 €	7.820 €
49.640 €	6.460 €	51.280 €	6.912 €	52.920 €	7.368 €	54.560 €	7.830 €
49.680 €	6.472 €	51.320 €	6.924 €	52.960 €	7.380 €	54.600 €	7.842 €
49.720 €	6.482 €	51.360 €	6.934 €	53.000 €	7.390 €	54.640 €	7.854 €
49.760 €	6.494 €	51.400 €	6.946 €	53.040 €	7.402 €	54.680 €	7.864 €
49.800 €	6.504 €	51.440 €	6.956 €	53.080 €	7.414 €	54.720 €	7.876 €
49.840 €	6.516 €	51.480 €	6.968 €	53.120 €	7.424 €	54.760 €	7.888 €
49.880 €	6.526 €	51.520 €	6.978 €	53.160 €	7.436 €	54.800 €	7.898 €
49.920 €	6.538 €	51.560 €	6.990 €	53.200 €	7.448 €	54.840 €	7.910 €
49.960 €	6.548 €	51.600 €	7.000 €	53.240 €	7.458 €	54.880 €	7.922 €
50.000 €	6.560 €	51.640 €	7.012 €	53.280 €	7.470 €	54.920 €	7.932 €
50.040 €	6.570 €	51.680 €	7.022 €	53.320 €	7.480 €	54.960 €	7.944 €
50.080 €	6.582 €	51.720 €	7.034 €	53.360 €	7.492 €	55.000 €	7.956 €
50.120 €	6.592 €	51.760 €	7.046 €	53.400 €	7.504 €	55.040 €	7.966 €
50.160 €	6.604 €	51.800 €	7.056 €	53.440 €	7.514 €	55.080 €	7.978 €
50.200 €	6.614 €	51.840 €	7.068 €	53.480 €	7.526 €	55.120 €	7.990 €
50.240 €	6.626 €	51.880 €	7.078 €	53.520 €	7.536 €	55.160 €	8.000 €
50.280 €	6.636 €	51.920 €	7.090 €	53.560 €	7.548 €	55.200 €	8.012 €
50.320 €	6.648 €	51.960 €	7.100 €	53.600 €	7.560 €	55.240 €	8.024 €
50.360 €	6.658 €	52.000 €	7.112 €	53.640 €	7.570 €	55.280 €	8.034 €
50.400 €	6.670 €	52.040 €	7.122 €	53.680 €	7.582 €	55.320 €	8.046 €
50.440 €	6.680 €	52.080 €	7.134 €	53.720 €	7.594 €	55.360 €	8.058 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
55.400 €	8.068 €	57.040 €	8.538 €	58.680 €	9.014 €	60.320 €	9.494 €
55.440 €	8.080 €	57.080 €	8.550 €	58.720 €	9.024 €	60.360 €	9.506 €
55.480 €	8.092 €	57.120 €	8.562 €	58.760 €	9.036 €	60.400 €	9.516 €
55.520 €	8.104 €	57.160 €	8.574 €	58.800 €	9.048 €	60.440 €	9.528 €
55.560 €	8.114 €	57.200 €	8.584 €	58.840 €	9.060 €	60.480 €	9.540 €
55.600 €	8.126 €	57.240 €	8.596 €	58.880 €	9.072 €	60.520 €	9.552 €
55.640 €	8.138 €	57.280 €	8.608 €	58.920 €	9.084 €	60.560 €	9.564 €
55.680 €	8.148 €	57.320 €	8.620 €	58.960 €	9.094 €	60.600 €	9.576 €
55.720 €	8.160 €	57.360 €	8.630 €	59.000 €	9.106 €	60.640 €	9.588 €
55.760 €	8.172 €	57.400 €	8.642 €	59.040 €	9.118 €	60.680 €	9.600 €
55.800 €	8.182 €	57.440 €	8.654 €	59.080 €	9.130 €	60.720 €	9.612 €
55.840 €	8.194 €	57.480 €	8.666 €	59.120 €	9.142 €	60.760 €	9.622 €
55.880 €	8.206 €	57.520 €	8.676 €	59.160 €	9.154 €	60.800 €	9.634 €
55.920 €	8.218 €	57.560 €	8.688 €	59.200 €	9.164 €	60.840 €	9.646 €
55.960 €	8.228 €	57.600 €	8.700 €	59.240 €	9.176 €	60.880 €	9.658 €
56.000 €	8.240 €	57.640 €	8.712 €	59.280 €	9.188 €	60.920 €	9.670 €
56.040 €	8.252 €	57.680 €	8.724 €	59.320 €	9.200 €	60.960 €	9.682 €
56.080 €	8.262 €	57.720 €	8.734 €	59.360 €	9.212 €	61.000 €	9.694 €
56.120 €	8.274 €	57.760 €	8.746 €	59.400 €	9.224 €	61.040 €	9.706 €
56.160 €	8.286 €	57.800 €	8.758 €	59.440 €	9.236 €	61.080 €	9.718 €
56.200 €	8.298 €	57.840 €	8.770 €	59.480 €	9.246 €	61.120 €	9.730 €
56.240 €	8.308 €	57.880 €	8.782 €	59.520 €	9.258 €	61.160 €	9.742 €
56.280 €	8.320 €	57.920 €	8.792 €	59.560 €	9.270 €	61.200 €	9.752 €
56.320 €	8.332 €	57.960 €	8.804 €	59.600 €	9.282 €	61.240 €	9.764 €
56.360 €	8.344 €	58.000 €	8.816 €	59.640 €	9.294 €	61.280 €	9.776 €
56.400 €	8.354 €	58.040 €	8.828 €	59.680 €	9.306 €	61.320 €	9.788 €
56.440 €	8.366 €	58.080 €	8.838 €	59.720 €	9.318 €	61.360 €	9.800 €
56.480 €	8.378 €	58.120 €	8.850 €	59.760 €	9.328 €	61.400 €	9.812 €
56.520 €	8.390 €	58.160 €	8.862 €	59.800 €	9.340 €	61.440 €	9.824 €
56.560 €	8.400 €	58.200 €	8.874 €	59.840 €	9.352 €	61.480 €	9.836 €
56.600 €	8.412 €	58.240 €	8.886 €	59.880 €	9.364 €	61.520 €	9.848 €
56.640 €	8.424 €	58.280 €	8.898 €	59.920 €	9.376 €	61.560 €	9.860 €
56.680 €	8.434 €	58.320 €	8.908 €	59.960 €	9.388 €	61.600 €	9.872 €
56.720 €	8.446 €	58.360 €	8.920 €	60.000 €	9.400 €	61.640 €	9.884 €
56.760 €	8.458 €	58.400 €	8.932 €	60.040 €	9.410 €	61.680 €	9.896 €
56.800 €	8.470 €	58.440 €	8.944 €	60.080 €	9.422 €	61.720 €	9.908 €
56.840 €	8.480 €	58.480 €	8.956 €	60.120 €	9.434 €	61.760 €	9.918 €
56.880 €	8.492 €	58.520 €	8.966 €	60.160 €	9.446 €	61.800 €	9.930 €
56.920 €	8.504 €	58.560 €	8.978 €	60.200 €	9.458 €	61.840 €	9.942 €
56.960 €	8.516 €	58.600 €	8.990 €	60.240 €	9.470 €	61.880 €	9.954 €
57.000 €	8.526 €	58.640 €	9.002 €	60.280 €	9.482 €	61.920 €	9.966 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
61.960 €	9.978 €	63.600 €	10.468 €	65.240 €	10.964 €	66.880 €	11.464 €
62.000 €	9.990 €	63.640 €	10.480 €	65.280 €	10.976 €	66.920 €	11.478 €
62.040 €	10.002 €	63.680 €	10.492 €	65.320 €	10.988 €	66.960 €	11.490 €
62.080 €	10.014 €	63.720 €	10.504 €	65.360 €	11.000 €	67.000 €	11.502 €
62.120 €	10.026 €	63.760 €	10.516 €	65.400 €	11.012 €	67.040 €	11.514 €
62.160 €	10.038 €	63.800 €	10.528 €	65.440 €	11.026 €	67.080 €	11.526 €
62.200 €	10.050 €	63.840 €	10.540 €	65.480 €	11.038 €	67.120 €	11.538 €
62.240 €	10.062 €	63.880 €	10.552 €	65.520 €	11.050 €	67.160 €	11.550 €
62.280 €	10.074 €	63.920 €	10.566 €	65.560 €	11.062 €	67.200 €	11.564 €
62.320 €	10.086 €	63.960 €	10.578 €	65.600 €	11.074 €	67.240 €	11.576 €
62.360 €	10.098 €	64.000 €	10.590 €	65.640 €	11.086 €	67.280 €	11.588 €
62.400 €	10.110 €	64.040 €	10.602 €	65.680 €	11.098 €	67.320 €	11.600 €
62.440 €	10.122 €	64.080 €	10.614 €	65.720 €	11.110 €	67.360 €	11.612 €
62.480 €	10.134 €	64.120 €	10.626 €	65.760 €	11.122 €	67.400 €	11.624 €
62.520 €	10.146 €	64.160 €	10.638 €	65.800 €	11.134 €	67.440 €	11.638 €
62.560 €	10.158 €	64.200 €	10.650 €	65.840 €	11.146 €	67.480 €	11.650 €
62.600 €	10.170 €	64.240 €	10.662 €	65.880 €	11.160 €	67.520 €	11.662 €
62.640 €	10.182 €	64.280 €	10.674 €	65.920 €	11.172 €	67.560 €	11.674 €
62.680 €	10.194 €	64.320 €	10.686 €	65.960 €	11.184 €	67.600 €	11.686 €
62.720 €	10.204 €	64.360 €	10.698 €	66.000 €	11.196 €	67.640 €	11.698 €
62.760 €	10.216 €	64.400 €	10.710 €	66.040 €	11.208 €	67.680 €	11.712 €
62.800 €	10.228 €	64.440 €	10.722 €	66.080 €	11.220 €	67.720 €	11.724 €
62.840 €	10.240 €	64.480 €	10.734 €	66.120 €	11.232 €	67.760 €	11.736 €
62.880 €	10.252 €	64.520 €	10.746 €	66.160 €	11.244 €	67.800 €	11.748 €
62.920 €	10.264 €	64.560 €	10.758 €	66.200 €	11.256 €	67.840 €	11.760 €
62.960 €	10.276 €	64.600 €	10.770 €	66.240 €	11.268 €	67.880 €	11.772 €
63.000 €	10.288 €	64.640 €	10.782 €	66.280 €	11.282 €	67.920 €	11.786 €
63.040 €	10.300 €	64.680 €	10.794 €	66.320 €	11.294 €	67.960 €	11.798 €
63.080 €	10.312 €	64.720 €	10.806 €	66.360 €	11.306 €	68.000 €	11.810 €
63.120 €	10.324 €	64.760 €	10.818 €	66.400 €	11.318 €	68.040 €	11.822 €
63.160 €	10.336 €	64.800 €	10.830 €	66.440 €	11.330 €	68.080 €	11.834 €
63.200 €	10.348 €	64.840 €	10.842 €	66.480 €	11.342 €	68.120 €	11.846 €
63.240 €	10.360 €	64.880 €	10.856 €	66.520 €	11.354 €	68.160 €	11.860 €
63.280 €	10.372 €	64.920 €	10.868 €	66.560 €	11.366 €	68.200 €	11.872 €
63.320 €	10.384 €	64.960 €	10.880 €	66.600 €	11.380 €	68.240 €	11.884 €
63.360 €	10.396 €	65.000 €	10.892 €	66.640 €	11.392 €	68.280 €	11.896 €
63.400 €	10.408 €	65.040 €	10.904 €	66.680 €	11.404 €	68.320 €	11.908 €
63.440 €	10.420 €	65.080 €	10.916 €	66.720 €	11.416 €	68.360 €	11.922 €
63.480 €	10.432 €	65.120 €	10.928 €	66.760 €	11.428 €	68.400 €	11.934 €
63.520 €	10.444 €	65.160 €	10.940 €	66.800 €	11.440 €	68.440 €	11.946 €
63.560 €	10.456 €	65.200 €	10.952 €	66.840 €	11.452 €	68.480 €	11.958 €

10.2 Einkommensteuer-Splittingtabelle 2023

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
68.520 €	11.970 €	70.160 €	12.482 €	71.800 €	12.998 €	73.440 €	13.520 €
68.560 €	11.984 €	70.200 €	12.494 €	71.840 €	13.010 €	73.480 €	13.532 €
68.600 €	11.996 €	70.240 €	12.506 €	71.880 €	13.024 €	73.520 €	13.546 €
68.640 €	12.008 €	70.280 €	12.520 €	71.920 €	13.036 €	73.560 €	13.558 €
68.680 €	12.020 €	70.320 €	12.532 €	71.960 €	13.048 €	73.600 €	13.570 €
68.720 €	12.032 €	70.360 €	12.544 €	72.000 €	13.062 €	73.640 €	13.584 €
68.760 €	12.046 €	70.400 €	12.558 €	72.040 €	13.074 €	73.680 €	13.596 €
68.800 €	12.058 €	70.440 €	12.570 €	72.080 €	13.086 €	73.720 €	13.610 €
68.840 €	12.070 €	70.480 €	12.582 €	72.120 €	13.100 €	73.760 €	13.622 €
68.880 €	12.082 €	70.520 €	12.594 €	72.160 €	13.112 €	73.800 €	13.634 €
68.920 €	12.094 €	70.560 €	12.608 €	72.200 €	13.124 €	73.840 €	13.648 €
68.960 €	12.108 €	70.600 €	12.620 €	72.240 €	13.138 €	73.880 €	13.660 €
69.000 €	12.120 €	70.640 €	12.632 €	72.280 €	13.150 €	73.920 €	13.674 €
69.040 €	12.132 €	70.680 €	12.644 €	72.320 €	13.162 €	73.960 €	13.686 €
69.080 €	12.144 €	70.720 €	12.658 €	72.360 €	13.176 €	74.000 €	13.698 €
69.120 €	12.158 €	70.760 €	12.670 €	72.400 €	13.188 €	74.040 €	13.712 €
69.160 €	12.170 €	70.800 €	12.682 €	72.440 €	13.200 €	74.080 €	13.724 €
69.200 €	12.182 €	70.840 €	12.696 €	72.480 €	13.214 €	74.120 €	13.738 €
69.240 €	12.194 €	70.880 €	12.708 €	72.520 €	13.226 €	74.160 €	13.750 €
69.280 €	12.208 €	70.920 €	12.720 €	72.560 €	13.240 €	74.200 €	13.762 €
69.320 €	12.220 €	70.960 €	12.734 €	72.600 €	13.252 €	74.240 €	13.776 €
69.360 €	12.232 €	71.000 €	12.746 €	72.640 €	13.264 €	74.280 €	13.788 €
69.400 €	12.244 €	71.040 €	12.758 €	72.680 €	13.278 €	74.320 €	13.802 €
69.440 €	12.256 €	71.080 €	12.770 €	72.720 €	13.290 €	74.360 €	13.814 €
69.480 €	12.270 €	71.120 €	12.784 €	72.760 €	13.302 €	74.400 €	13.828 €
69.520 €	12.282 €	71.160 €	12.796 €	72.800 €	13.316 €	74.440 €	13.840 €
69.560 €	12.294 €	71.200 €	12.808 €	72.840 €	13.328 €	74.480 €	13.852 €
69.600 €	12.306 €	71.240 €	12.822 €	72.880 €	13.340 €	74.520 €	13.866 €
69.640 €	12.320 €	71.280 €	12.834 €	72.920 €	13.354 €	74.560 €	13.878 €
69.680 €	12.332 €	71.320 €	12.846 €	72.960 €	13.366 €	74.600 €	13.892 €
69.720 €	12.344 €	71.360 €	12.860 €	73.000 €	13.380 €	74.640 €	13.904 €
69.760 €	12.356 €	71.400 €	12.872 €	73.040 €	13.392 €	74.680 €	13.918 €
69.800 €	12.370 €	71.440 €	12.884 €	73.080 €	13.404 €	74.720 €	13.930 €
69.840 €	12.382 €	71.480 €	12.896 €	73.120 €	13.418 €	74.760 €	13.942 €
69.880 €	12.394 €	71.520 €	12.910 €	73.160 €	13.430 €	74.800 €	13.956 €
69.920 €	12.406 €	71.560 €	12.922 €	73.200 €	13.442 €	74.840 €	13.968 €
69.960 €	12.420 €	71.600 €	12.934 €	73.240 €	13.456 €	74.880 €	13.982 €
70.000 €	12.432 €	71.640 €	12.948 €	73.280 €	13.468 €	74.920 €	13.994 €
70.040 €	12.444 €	71.680 €	12.960 €	73.320 €	13.482 €	74.960 €	14.008 €
70.080 €	12.456 €	71.720 €	12.972 €	73.360 €	13.494 €	75.000 €	14.020 €
70.120 €	12.470 €	71.760 €	12.986 €	73.400 €	13.506 €	75.040 €	14.034 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
75.080 €	14.046 €	76.720 €	14.578 €	78.360 €	15.114 €	80.000 €	15.656 €
75.120 €	14.060 €	76.760 €	14.590 €	78.400 €	15.128 €	80.040 €	15.670 €
75.160 €	14.072 €	76.800 €	14.604 €	78.440 €	15.142 €	80.080 €	15.684 €
75.200 €	14.084 €	76.840 €	14.616 €	78.480 €	15.154 €	80.120 €	15.696 €
75.240 €	14.098 €	76.880 €	14.630 €	78.520 €	15.168 €	80.160 €	15.710 €
75.280 €	14.110 €	76.920 €	14.644 €	78.560 €	15.180 €	80.200 €	15.724 €
75.320 €	14.124 €	76.960 €	14.656 €	78.600 €	15.194 €	80.240 €	15.736 €
75.360 €	14.136 €	77.000 €	14.670 €	78.640 €	15.208 €	80.280 €	15.750 €
75.400 €	14.150 €	77.040 €	14.682 €	78.680 €	15.220 €	80.320 €	15.764 €
75.440 €	14.162 €	77.080 €	14.696 €	78.720 €	15.234 €	80.360 €	15.776 €
75.480 €	14.176 €	77.120 €	14.708 €	78.760 €	15.246 €	80.400 €	15.790 €
75.520 €	14.188 €	77.160 €	14.722 €	78.800 €	15.260 €	80.440 €	15.804 €
75.560 €	14.202 €	77.200 €	14.734 €	78.840 €	15.272 €	80.480 €	15.816 €
75.600 €	14.214 €	77.240 €	14.748 €	78.880 €	15.286 €	80.520 €	15.830 €
75.640 €	14.228 €	77.280 €	14.760 €	78.920 €	15.300 €	80.560 €	15.844 €
75.680 €	14.240 €	77.320 €	14.774 €	78.960 €	15.312 €	80.600 €	15.856 €
75.720 €	14.254 €	77.360 €	14.786 €	79.000 €	15.326 €	80.640 €	15.870 €
75.760 €	14.266 €	77.400 €	14.800 €	79.040 €	15.338 €	80.680 €	15.884 €
75.800 €	14.278 €	77.440 €	14.812 €	79.080 €	15.352 €	80.720 €	15.896 €
75.840 €	14.292 €	77.480 €	14.826 €	79.120 €	15.366 €	80.760 €	15.910 €
75.880 €	14.304 €	77.520 €	14.840 €	79.160 €	15.378 €	80.800 €	15.924 €
75.920 €	14.318 €	77.560 €	14.852 €	79.200 €	15.392 €	80.840 €	15.936 €
75.960 €	14.330 €	77.600 €	14.866 €	79.240 €	15.406 €	80.880 €	15.950 €
76.000 €	14.344 €	77.640 €	14.878 €	79.280 €	15.418 €	80.920 €	15.964 €
76.040 €	14.356 €	77.680 €	14.892 €	79.320 €	15.432 €	80.960 €	15.976 €
76.080 €	14.370 €	77.720 €	14.904 €	79.360 €	15.444 €	81.000 €	15.990 €
76.120 €	14.382 €	77.760 €	14.918 €	79.400 €	15.458 €	81.040 €	16.004 €
76.160 €	14.396 €	77.800 €	14.930 €	79.440 €	15.472 €	81.080 €	16.016 €
76.200 €	14.408 €	77.840 €	14.944 €	79.480 €	15.484 €	81.120 €	16.030 €
76.240 €	14.422 €	77.880 €	14.958 €	79.520 €	15.498 €	81.160 €	16.044 €
76.280 €	14.434 €	77.920 €	14.970 €	79.560 €	15.512 €	81.200 €	16.056 €
76.320 €	14.448 €	77.960 €	14.984 €	79.600 €	15.524 €	81.240 €	16.070 €
76.360 €	14.460 €	78.000 €	14.996 €	79.640 €	15.538 €	81.280 €	16.084 €
76.400 €	14.474 €	78.040 €	15.010 €	79.680 €	15.550 €	81.320 €	16.098 €
76.440 €	14.486 €	78.080 €	15.022 €	79.720 €	15.564 €	81.360 €	16.110 €
76.480 €	14.500 €	78.120 €	15.036 €	79.760 €	15.578 €	81.400 €	16.124 €
76.520 €	14.512 €	78.160 €	15.050 €	79.800 €	15.590 €	81.440 €	16.138 €
76.560 €	14.526 €	78.200 €	15.062 €	79.840 €	15.604 €	81.480 €	16.150 €
76.600 €	14.538 €	78.240 €	15.076 €	79.880 €	15.618 €	81.520 €	16.164 €
76.640 €	14.552 €	78.280 €	15.088 €	79.920 €	15.630 €	81.560 €	16.178 €
76.680 €	14.564 €	78.320 €	15.102 €	79.960 €	15.644 €	81.600 €	16.190 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
81.640 €	16.204 €	83.280 €	16.756 €	84.920 €	17.314 €	86.560 €	17.878 €
81.680 €	16.218 €	83.320 €	16.770 €	84.960 €	17.328 €	86.600 €	17.892 €
81.720 €	16.232 €	83.360 €	16.784 €	85.000 €	17.342 €	86.640 €	17.904 €
81.760 €	16.244 €	83.400 €	16.798 €	85.040 €	17.356 €	86.680 €	17.918 €
81.800 €	16.258 €	83.440 €	16.810 €	85.080 €	17.370 €	86.720 €	17.932 €
81.840 €	16.272 €	83.480 €	16.824 €	85.120 €	17.382 €	86.760 €	17.946 €
81.880 €	16.284 €	83.520 €	16.838 €	85.160 €	17.396 €	86.800 €	17.960 €
81.920 €	16.298 €	83.560 €	16.852 €	85.200 €	17.410 €	86.840 €	17.974 €
81.960 €	16.312 €	83.600 €	16.866 €	85.240 €	17.424 €	86.880 €	17.988 €
82.000 €	16.326 €	83.640 €	16.878 €	85.280 €	17.438 €	86.920 €	18.002 €
82.040 €	16.338 €	83.680 €	16.892 €	85.320 €	17.452 €	86.960 €	18.016 €
82.080 €	16.352 €	83.720 €	16.906 €	85.360 €	17.464 €	87.000 €	18.030 €
82.120 €	16.366 €	83.760 €	16.920 €	85.400 €	17.478 €	87.040 €	18.044 €
82.160 €	16.378 €	83.800 €	16.934 €	85.440 €	17.492 €	87.080 €	18.056 €
82.200 €	16.392 €	83.840 €	16.946 €	85.480 €	17.506 €	87.120 €	18.070 €
82.240 €	16.406 €	83.880 €	16.960 €	85.520 €	17.520 €	87.160 €	18.084 €
82.280 €	16.420 €	83.920 €	16.974 €	85.560 €	17.534 €	87.200 €	18.098 €
82.320 €	16.432 €	83.960 €	16.988 €	85.600 €	17.548 €	87.240 €	18.112 €
82.360 €	16.446 €	84.000 €	17.000 €	85.640 €	17.560 €	87.280 €	18.126 €
82.400 €	16.460 €	84.040 €	17.014 €	85.680 €	17.574 €	87.320 €	18.140 €
82.440 €	16.474 €	84.080 €	17.028 €	85.720 €	17.588 €	87.360 €	18.154 €
82.480 €	16.486 €	84.120 €	17.042 €	85.760 €	17.602 €	87.400 €	18.168 €
82.520 €	16.500 €	84.160 €	17.056 €	85.800 €	17.616 €	87.440 €	18.182 €
82.560 €	16.514 €	84.200 €	17.068 €	85.840 €	17.630 €	87.480 €	18.196 €
82.600 €	16.528 €	84.240 €	17.082 €	85.880 €	17.644 €	87.520 €	18.210 €
82.640 €	16.540 €	84.280 €	17.096 €	85.920 €	17.658 €	87.560 €	18.224 €
82.680 €	16.554 €	84.320 €	17.110 €	85.960 €	17.670 €	87.600 €	18.236 €
82.720 €	16.568 €	84.360 €	17.124 €	86.000 €	17.684 €	87.640 €	18.250 €
82.760 €	16.582 €	84.400 €	17.138 €	86.040 €	17.698 €	87.680 €	18.264 €
82.800 €	16.594 €	84.440 €	17.150 €	86.080 €	17.712 €	87.720 €	18.278 €
82.840 €	16.608 €	84.480 €	17.164 €	86.120 €	17.726 €	87.760 €	18.292 €
82.880 €	16.622 €	84.520 €	17.178 €	86.160 €	17.740 €	87.800 €	18.306 €
82.920 €	16.636 €	84.560 €	17.192 €	86.200 €	17.754 €	87.840 €	18.320 €
82.960 €	16.648 €	84.600 €	17.206 €	86.240 €	17.768 €	87.880 €	18.334 €
83.000 €	16.662 €	84.640 €	17.218 €	86.280 €	17.780 €	87.920 €	18.348 €
83.040 €	16.676 €	84.680 €	17.232 €	86.320 €	17.794 €	87.960 €	18.362 €
83.080 €	16.690 €	84.720 €	17.246 €	86.360 €	17.808 €	88.000 €	18.376 €
83.120 €	16.702 €	84.760 €	17.260 €	86.400 €	17.822 €	88.040 €	18.390 €
83.160 €	16.716 €	84.800 €	17.274 €	86.440 €	17.836 €	88.080 €	18.404 €
83.200 €	16.730 €	84.840 €	17.288 €	86.480 €	17.850 €	88.120 €	18.418 €
83.240 €	16.744 €	84.880 €	17.300 €	86.520 €	17.864 €	88.160 €	18.432 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
88.200 €	18.446 €	89.840 €	19.018 €	91.480 €	19.596 €	93.120 €	20.180 €
88.240 €	18.460 €	89.880 €	19.032 €	91.520 €	19.612 €	93.160 €	20.194 €
88.280 €	18.474 €	89.920 €	19.046 €	91.560 €	19.626 €	93.200 €	20.210 €
88.320 €	18.488 €	89.960 €	19.060 €	91.600 €	19.640 €	93.240 €	20.224 €
88.360 €	18.502 €	90.000 €	19.074 €	91.640 €	19.654 €	93.280 €	20.238 €
88.400 €	18.514 €	90.040 €	19.088 €	91.680 €	19.668 €	93.320 €	20.252 €
88.440 €	18.528 €	90.080 €	19.102 €	91.720 €	19.682 €	93.360 €	20.266 €
88.480 €	18.542 €	90.120 €	19.116 €	91.760 €	19.696 €	93.400 €	20.280 €
88.520 €	18.556 €	90.160 €	19.130 €	91.800 €	19.710 €	93.440 €	20.294 €
88.560 €	18.570 €	90.200 €	19.146 €	91.840 €	19.724 €	93.480 €	20.310 €
88.600 €	18.584 €	90.240 €	19.160 €	91.880 €	19.738 €	93.520 €	20.324 €
88.640 €	18.598 €	90.280 €	19.174 €	91.920 €	19.752 €	93.560 €	20.338 €
88.680 €	18.612 €	90.320 €	19.188 €	91.960 €	19.768 €	93.600 €	20.352 €
88.720 €	18.626 €	90.360 €	19.202 €	92.000 €	19.782 €	93.640 €	20.366 €
88.760 €	18.640 €	90.400 €	19.216 €	92.040 €	19.796 €	93.680 €	20.380 €
88.800 €	18.654 €	90.440 €	19.230 €	92.080 €	19.810 €	93.720 €	20.396 €
88.840 €	18.668 €	90.480 €	19.244 €	92.120 €	19.824 €	93.760 €	20.410 €
88.880 €	18.682 €	90.520 €	19.258 €	92.160 €	19.838 €	93.800 €	20.424 €
88.920 €	18.696 €	90.560 €	19.272 €	92.200 €	19.852 €	93.840 €	20.438 €
88.960 €	18.710 €	90.600 €	19.286 €	92.240 €	19.866 €	93.880 €	20.452 €
89.000 €	18.724 €	90.640 €	19.300 €	92.280 €	19.880 €	93.920 €	20.468 €
89.040 €	18.738 €	90.680 €	19.314 €	92.320 €	19.896 €	93.960 €	20.482 €
89.080 €	18.752 €	90.720 €	19.328 €	92.360 €	19.910 €	94.000 €	20.496 €
89.120 €	18.766 €	90.760 €	19.342 €	92.400 €	19.924 €	94.040 €	20.510 €
89.160 €	18.780 €	90.800 €	19.356 €	92.440 €	19.938 €	94.080 €	20.524 €
89.200 €	18.794 €	90.840 €	19.370 €	92.480 €	19.952 €	94.120 €	20.538 €
89.240 €	18.808 €	90.880 €	19.384 €	92.520 €	19.966 €	94.160 €	20.554 €
89.280 €	18.822 €	90.920 €	19.398 €	92.560 €	19.980 €	94.200 €	20.568 €
89.320 €	18.836 €	90.960 €	19.412 €	92.600 €	19.994 €	94.240 €	20.582 €
89.360 €	18.850 €	91.000 €	19.428 €	92.640 €	20.010 €	94.280 €	20.596 €
89.400 €	18.864 €	91.040 €	19.442 €	92.680 €	20.024 €	94.320 €	20.610 €
89.440 €	18.878 €	91.080 €	19.456 €	92.720 €	20.038 €	94.360 €	20.626 €
89.480 €	18.892 €	91.120 €	19.470 €	92.760 €	20.052 €	94.400 €	20.640 €
89.520 €	18.906 €	91.160 €	19.484 €	92.800 €	20.066 €	94.440 €	20.654 €
89.560 €	18.920 €	91.200 €	19.498 €	92.840 €	20.080 €	94.480 €	20.668 €
89.600 €	18.934 €	91.240 €	19.512 €	92.880 €	20.094 €	94.520 €	20.682 €
89.640 €	18.948 €	91.280 €	19.526 €	92.920 €	20.110 €	94.560 €	20.698 €
89.680 €	18.962 €	91.320 €	19.540 €	92.960 €	20.124 €	94.600 €	20.712 €
89.720 €	18.976 €	91.360 €	19.554 €	93.000 €	20.138 €	94.640 €	20.726 €
89.760 €	18.990 €	91.400 €	19.568 €	93.040 €	20.152 €	94.680 €	20.740 €
89.800 €	19.004 €	91.440 €	19.582 €	93.080 €	20.166 €	94.720 €	20.754 €

10.2 Einkommensteuer-Splittingtabelle 2023

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
94.760 €	20.770 €	96.400 €	21.364 €	98.040 €	21.962 €	99.680 €	22.566 €
94.800 €	20.784 €	96.440 €	21.378 €	98.080 €	21.976 €	99.720 €	22.582 €
94.840 €	20.798 €	96.480 €	21.392 €	98.120 €	21.992 €	99.760 €	22.596 €
94.880 €	20.812 €	96.520 €	21.406 €	98.160 €	22.006 €	99.800 €	22.610 €
94.920 €	20.826 €	96.560 €	21.422 €	98.200 €	22.022 €	99.840 €	22.626 €
94.960 €	20.842 €	96.600 €	21.436 €	98.240 €	22.036 €	99.880 €	22.640 €
95.000 €	20.856 €	96.640 €	21.450 €	98.280 €	22.050 €	99.920 €	22.656 €
95.040 €	20.870 €	96.680 €	21.466 €	98.320 €	22.066 €	99.960 €	22.670 €
95.080 €	20.884 €	96.720 €	21.480 €	98.360 €	22.080 €	100.000 €	22.686 €
95.120 €	20.900 €	96.760 €	21.494 €	98.400 €	22.094 €	100.040 €	22.700 €
95.160 €	20.914 €	96.800 €	21.508 €	98.440 €	22.110 €	100.080 €	22.714 €
95.200 €	20.928 €	96.840 €	21.524 €	98.480 €	22.124 €	100.120 €	22.730 €
95.240 €	20.942 €	96.880 €	21.538 €	98.520 €	22.138 €	100.160 €	22.744 €
95.280 €	20.956 €	96.920 €	21.552 €	98.560 €	22.154 €	100.200 €	22.760 €
95.320 €	20.972 €	96.960 €	21.568 €	98.600 €	22.168 €	100.240 €	22.774 €
95.360 €	20.986 €	97.000 €	21.582 €	98.640 €	22.182 €	100.280 €	22.788 €
95.400 €	21.000 €	97.040 €	21.596 €	98.680 €	22.198 €	100.320 €	22.804 €
95.440 €	21.014 €	97.080 €	21.610 €	98.720 €	22.212 €	100.360 €	22.818 €
95.480 €	21.030 €	97.120 €	21.626 €	98.760 €	22.226 €	100.400 €	22.834 €
95.520 €	21.044 €	97.160 €	21.640 €	98.800 €	22.242 €	100.440 €	22.848 €
95.560 €	21.058 €	97.200 €	21.654 €	98.840 €	22.256 €	100.480 €	22.864 €
95.600 €	21.072 €	97.240 €	21.670 €	98.880 €	22.272 €	100.520 €	22.878 €
95.640 €	21.088 €	97.280 €	21.684 €	98.920 €	22.286 €	100.560 €	22.892 €
95.680 €	21.102 €	97.320 €	21.698 €	98.960 €	22.300 €	100.600 €	22.908 €
95.720 €	21.116 €	97.360 €	21.714 €	99.000 €	22.316 €	100.640 €	22.922 €
95.760 €	21.130 €	97.400 €	21.728 €	99.040 €	22.330 €	100.680 €	22.938 €
95.800 €	21.146 €	97.440 €	21.742 €	99.080 €	22.344 €	100.720 €	22.952 €
95.840 €	21.160 €	97.480 €	21.758 €	99.120 €	22.360 €	100.760 €	22.968 €
95.880 €	21.174 €	97.520 €	21.772 €	99.160 €	22.374 €	100.800 €	22.982 €
95.920 €	21.188 €	97.560 €	21.786 €	99.200 €	22.390 €	100.840 €	22.998 €
95.960 €	21.204 €	97.600 €	21.802 €	99.240 €	22.404 €	100.880 €	23.012 €
96.000 €	21.218 €	97.640 €	21.816 €	99.280 €	22.418 €	100.920 €	23.026 €
96.040 €	21.232 €	97.680 €	21.830 €	99.320 €	22.434 €	100.960 €	23.042 €
96.080 €	21.246 €	97.720 €	21.844 €	99.360 €	22.448 €	101.000 €	23.056 €
96.120 €	21.262 €	97.760 €	21.860 €	99.400 €	22.464 €	101.040 €	23.072 €
96.160 €	21.276 €	97.800 €	21.874 €	99.440 €	22.478 €	101.080 €	23.086 €
96.200 €	21.290 €	97.840 €	21.888 €	99.480 €	22.492 €	101.120 €	23.102 €
96.240 €	21.304 €	97.880 €	21.904 €	99.520 €	22.508 €	101.160 €	23.116 €
96.280 €	21.320 €	97.920 €	21.918 €	99.560 €	22.522 €	101.200 €	23.132 €
96.320 €	21.334 €	97.960 €	21.932 €	99.600 €	22.536 €	101.240 €	23.146 €
96.360 €	21.348 €	98.000 €	21.948 €	99.640 €	22.552 €	101.280 €	23.162 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
101.320 €	23.176 €	102.960 €	23.790 €	104.600 €	24.410 €	106.240 €	25.036 €
101.360 €	23.190 €	103.000 €	23.806 €	104.640 €	24.426 €	106.280 €	25.050 €
101.400 €	23.206 €	103.040 €	23.820 €	104.680 €	24.440 €	106.320 €	25.066 €
101.440 €	23.220 €	103.080 €	23.836 €	104.720 €	24.456 €	106.360 €	25.082 €
101.480 €	23.236 €	103.120 €	23.850 €	104.760 €	24.472 €	106.400 €	25.096 €
101.520 €	23.250 €	103.160 €	23.866 €	104.800 €	24.486 €	106.440 €	25.112 €
101.560 €	23.266 €	103.200 €	23.882 €	104.840 €	24.502 €	106.480 €	25.128 €
101.600 €	23.280 €	103.240 €	23.896 €	104.880 €	24.516 €	106.520 €	25.142 €
101.640 €	23.296 €	103.280 €	23.912 €	104.920 €	24.532 €	106.560 €	25.158 €
101.680 €	23.310 €	103.320 €	23.926 €	104.960 €	24.548 €	106.600 €	25.174 €
101.720 €	23.326 €	103.360 €	23.942 €	105.000 €	24.562 €	106.640 €	25.188 €
101.760 €	23.340 €	103.400 €	23.956 €	105.040 €	24.578 €	106.680 €	25.204 €
101.800 €	23.356 €	103.440 €	23.972 €	105.080 €	24.592 €	106.720 €	25.220 €
101.840 €	23.370 €	103.480 €	23.986 €	105.120 €	24.608 €	106.760 €	25.234 €
101.880 €	23.386 €	103.520 €	24.002 €	105.160 €	24.624 €	106.800 €	25.250 €
101.920 €	23.400 €	103.560 €	24.016 €	105.200 €	24.638 €	106.840 €	25.266 €
101.960 €	23.416 €	103.600 €	24.032 €	105.240 €	24.654 €	106.880 €	25.280 €
102.000 €	23.430 €	103.640 €	24.048 €	105.280 €	24.670 €	106.920 €	25.296 €
102.040 €	23.446 €	103.680 €	24.062 €	105.320 €	24.684 €	106.960 €	25.312 €
102.080 €	23.460 €	103.720 €	24.078 €	105.360 €	24.700 €	107.000 €	25.326 €
102.120 €	23.476 €	103.760 €	24.092 €	105.400 €	24.714 €	107.040 €	25.342 €
102.160 €	23.490 €	103.800 €	24.108 €	105.440 €	24.730 €	107.080 €	25.358 €
102.200 €	23.506 €	103.840 €	24.122 €	105.480 €	24.746 €	107.120 €	25.374 €
102.240 €	23.520 €	103.880 €	24.138 €	105.520 €	24.760 €	107.160 €	25.388 €
102.280 €	23.536 €	103.920 €	24.152 €	105.560 €	24.776 €	107.200 €	25.404 €
102.320 €	23.550 €	103.960 €	24.168 €	105.600 €	24.792 €	107.240 €	25.420 €
102.360 €	23.566 €	104.000 €	24.184 €	105.640 €	24.806 €	107.280 €	25.434 €
102.400 €	23.580 €	104.040 €	24.198 €	105.680 €	24.822 €	107.320 €	25.450 €
102.440 €	23.596 €	104.080 €	24.214 €	105.720 €	24.836 €	107.360 €	25.466 €
102.480 €	23.610 €	104.120 €	24.228 €	105.760 €	24.852 €	107.400 €	25.480 €
102.520 €	23.626 €	104.160 €	24.244 €	105.800 €	24.868 €	107.440 €	25.496 €
102.560 €	23.640 €	104.200 €	24.258 €	105.840 €	24.882 €	107.480 €	25.512 €
102.600 €	23.656 €	104.240 €	24.274 €	105.880 €	24.898 €	107.520 €	25.526 €
102.640 €	23.670 €	104.280 €	24.290 €	105.920 €	24.914 €	107.560 €	25.542 €
102.680 €	23.686 €	104.320 €	24.304 €	105.960 €	24.928 €	107.600 €	25.558 €
102.720 €	23.700 €	104.360 €	24.320 €	106.000 €	24.944 €	107.640 €	25.574 €
102.760 €	23.716 €	104.400 €	24.334 €	106.040 €	24.960 €	107.680 €	25.588 €
102.800 €	23.730 €	104.440 €	24.350 €	106.080 €	24.974 €	107.720 €	25.604 €
102.840 €	23.746 €	104.480 €	24.364 €	106.120 €	24.990 €	107.760 €	25.620 €
102.880 €	23.760 €	104.520 €	24.380 €	106.160 €	25.004 €	107.800 €	25.634 €
102.920 €	23.776 €	104.560 €	24.396 €	106.200 €	25.020 €	107.840 €	25.650 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
107.880 €	25.666 €	109.520 €	26.302 €	111.160 €	26.942 €	112.800 €	27.588 €
107.920 €	25.682 €	109.560 €	26.316 €	111.200 €	26.958 €	112.840 €	27.604 €
107.960 €	25.696 €	109.600 €	26.332 €	111.240 €	26.974 €	112.880 €	27.618 €
108.000 €	25.712 €	109.640 €	26.348 €	111.280 €	26.988 €	112.920 €	27.634 €
108.040 €	25.728 €	109.680 €	26.364 €	111.320 €	27.004 €	112.960 €	27.650 €
108.080 €	25.742 €	109.720 €	26.378 €	111.360 €	27.020 €	113.000 €	27.666 €
108.120 €	25.758 €	109.760 €	26.394 €	111.400 €	27.036 €	113.040 €	27.682 €
108.160 €	25.774 €	109.800 €	26.410 €	111.440 €	27.052 €	113.080 €	27.698 €
108.200 €	25.790 €	109.840 €	26.426 €	111.480 €	27.068 €	113.120 €	27.714 €
108.240 €	25.804 €	109.880 €	26.442 €	111.520 €	27.082 €	113.160 €	27.730 €
108.280 €	25.820 €	109.920 €	26.456 €	111.560 €	27.098 €	113.200 €	27.746 €
108.320 €	25.836 €	109.960 €	26.472 €	111.600 €	27.114 €	113.240 €	27.762 €
108.360 €	25.852 €	110.000 €	26.488 €	111.640 €	27.130 €	113.280 €	27.778 €
108.400 €	25.866 €	110.040 €	26.504 €	111.680 €	27.146 €	113.320 €	27.794 €
108.440 €	25.882 €	110.080 €	26.520 €	111.720 €	27.162 €	113.360 €	27.810 €
108.480 €	25.898 €	110.120 €	26.534 €	111.760 €	27.178 €	113.400 €	27.824 €
108.520 €	25.914 €	110.160 €	26.550 €	111.800 €	27.194 €	113.440 €	27.840 €
108.560 €	25.928 €	110.200 €	26.566 €	111.840 €	27.208 €	113.480 €	27.856 €
108.600 €	25.944 €	110.240 €	26.582 €	111.880 €	27.224 €	113.520 €	27.872 €
108.640 €	25.960 €	110.280 €	26.598 €	111.920 €	27.240 €	113.560 €	27.888 €
108.680 €	25.976 €	110.320 €	26.612 €	111.960 €	27.256 €	113.600 €	27.904 €
108.720 €	25.990 €	110.360 €	26.628 €	112.000 €	27.272 €	113.640 €	27.920 €
108.760 €	26.006 €	110.400 €	26.644 €	112.040 €	27.288 €	113.680 €	27.936 €
108.800 €	26.022 €	110.440 €	26.660 €	112.080 €	27.304 €	113.720 €	27.952 €
108.840 €	26.038 €	110.480 €	26.676 €	112.120 €	27.318 €	113.760 €	27.968 €
108.880 €	26.052 €	110.520 €	26.692 €	112.160 €	27.334 €	113.800 €	27.984 €
108.920 €	26.068 €	110.560 €	26.706 €	112.200 €	27.350 €	113.840 €	28.000 €
108.960 €	26.084 €	110.600 €	26.722 €	112.240 €	27.366 €	113.880 €	28.016 €
109.000 €	26.100 €	110.640 €	26.738 €	112.280 €	27.382 €	113.920 €	28.032 €
109.040 €	26.114 €	110.680 €	26.754 €	112.320 €	27.398 €	113.960 €	28.048 €
109.080 €	26.130 €	110.720 €	26.770 €	112.360 €	27.414 €	114.000 €	28.064 €
109.120 €	26.146 €	110.760 €	26.784 €	112.400 €	27.430 €	114.040 €	28.080 €
109.160 €	26.162 €	110.800 €	26.800 €	112.440 €	27.446 €	114.080 €	28.094 €
109.200 €	26.176 €	110.840 €	26.816 €	112.480 €	27.460 €	114.120 €	28.110 €
109.240 €	26.192 €	110.880 €	26.832 €	112.520 €	27.476 €	114.160 €	28.126 €
109.280 €	26.208 €	110.920 €	26.848 €	112.560 €	27.492 €	114.200 €	28.142 €
109.320 €	26.224 €	110.960 €	26.864 €	112.600 €	27.508 €	114.240 €	28.158 €
109.360 €	26.238 €	111.000 €	26.878 €	112.640 €	27.524 €	114.280 €	28.174 €
109.400 €	26.254 €	111.040 €	26.894 €	112.680 €	27.540 €	114.320 €	28.190 €
109.440 €	26.270 €	111.080 €	26.910 €	112.720 €	27.556 €	114.360 €	28.206 €
109.480 €	26.286 €	111.120 €	26.926 €	112.760 €	27.572 €	114.400 €	28.222 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
114.440 €	28.238 €	116.080 €	28.894 €	117.720 €	29.556 €	119.360 €	30.222 €
114.480 €	28.254 €	116.120 €	28.910 €	117.760 €	29.572 €	119.400 €	30.238 €
114.520 €	28.270 €	116.160 €	28.926 €	117.800 €	29.588 €	119.440 €	30.254 €
114.560 €	28.286 €	116.200 €	28.942 €	117.840 €	29.604 €	119.480 €	30.272 €
114.600 €	28.302 €	116.240 €	28.958 €	117.880 €	29.620 €	119.520 €	30.288 €
114.640 €	28.318 €	116.280 €	28.974 €	117.920 €	29.636 €	119.560 €	30.304 €
114.680 €	28.334 €	116.320 €	28.990 €	117.960 €	29.652 €	119.600 €	30.320 €
114.720 €	28.350 €	116.360 €	29.006 €	118.000 €	29.670 €	119.640 €	30.336 €
114.760 €	28.366 €	116.400 €	29.022 €	118.040 €	29.686 €	119.680 €	30.352 €
114.800 €	28.382 €	116.440 €	29.040 €	118.080 €	29.702 €	119.720 €	30.370 €
114.840 €	28.398 €	116.480 €	29.056 €	118.120 €	29.718 €	119.760 €	30.386 €
114.880 €	28.414 €	116.520 €	29.072 €	118.160 €	29.734 €	119.800 €	30.402 €
114.920 €	28.430 €	116.560 €	29.088 €	118.200 €	29.750 €	119.840 €	30.418 €
114.960 €	28.446 €	116.600 €	29.104 €	118.240 €	29.766 €	119.880 €	30.434 €
115.000 €	28.462 €	116.640 €	29.120 €	118.280 €	29.782 €	119.920 €	30.450 €
115.040 €	28.478 €	116.680 €	29.136 €	118.320 €	29.798 €	119.960 €	30.466 €
115.080 €	28.494 €	116.720 €	29.152 €	118.360 €	29.816 €	120.000 €	30.484 €
115.120 €	28.510 €	116.760 €	29.168 €	118.400 €	29.832 €	120.040 €	30.500 €
115.160 €	28.526 €	116.800 €	29.184 €	118.440 €	29.848 €	120.080 €	30.516 €
115.200 €	28.542 €	116.840 €	29.200 €	118.480 €	29.864 €	120.120 €	30.532 €
115.240 €	28.558 €	116.880 €	29.216 €	118.520 €	29.880 €	120.160 €	30.550 €
115.280 €	28.574 €	116.920 €	29.232 €	118.560 €	29.896 €	120.200 €	30.566 €
115.320 €	28.590 €	116.960 €	29.248 €	118.600 €	29.912 €	120.240 €	30.582 €
115.360 €	28.606 €	117.000 €	29.264 €	118.640 €	29.928 €	120.280 €	30.598 €
115.400 €	28.622 €	117.040 €	29.280 €	118.680 €	29.946 €	120.320 €	30.614 €
115.440 €	28.638 €	117.080 €	29.296 €	118.720 €	29.962 €	120.360 €	30.630 €
115.480 €	28.654 €	117.120 €	29.314 €	118.760 €	29.978 €	120.400 €	30.648 €
115.520 €	28.670 €	117.160 €	29.330 €	118.800 €	29.994 €	120.440 €	30.664 €
115.560 €	28.686 €	117.200 €	29.346 €	118.840 €	30.010 €	120.480 €	30.680 €
115.600 €	28.702 €	117.240 €	29.362 €	118.880 €	30.026 €	120.520 €	30.696 €
115.640 €	28.718 €	117.280 €	29.378 €	118.920 €	30.042 €	120.560 €	30.714 €
115.680 €	28.734 €	117.320 €	29.394 €	118.960 €	30.060 €	120.600 €	30.730 €
115.720 €	28.750 €	117.360 €	29.410 €	119.000 €	30.076 €	120.640 €	30.746 €
115.760 €	28.766 €	117.400 €	29.426 €	119.040 €	30.092 €	120.680 €	30.762 €
115.800 €	28.782 €	117.440 €	29.442 €	119.080 €	30.108 €	120.720 €	30.778 €
115.840 €	28.798 €	117.480 €	29.458 €	119.120 €	30.124 €	120.760 €	30.796 €
115.880 €	28.814 €	117.520 €	29.474 €	119.160 €	30.140 €	120.800 €	30.812 €
115.920 €	28.830 €	117.560 €	29.490 €	119.200 €	30.156 €	120.840 €	30.828 €
115.960 €	28.846 €	117.600 €	29.508 €	119.240 €	30.174 €	120.880 €	30.844 €
116.000 €	28.862 €	117.640 €	29.524 €	119.280 €	30.190 €	120.920 €	30.860 €
116.040 €	28.878 €	117.680 €	29.540 €	119.320 €	30.206 €	120.960 €	30.878 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
121.000 €	30.894 €	122.640 €	31.570 €	124.280 €	32.252 €	125.920 €	32.940 €
121.040 €	30.910 €	122.680 €	31.588 €	124.320 €	32.270 €	125.960 €	32.956 €
121.080 €	30.926 €	122.720 €	31.604 €	124.360 €	32.286 €	126.000 €	32.974 €
121.120 €	30.944 €	122.760 €	31.620 €	124.400 €	32.302 €	126.040 €	32.990 €
121.160 €	30.960 €	122.800 €	31.636 €	124.440 €	32.320 €	126.080 €	33.006 €
121.200 €	30.976 €	122.840 €	31.654 €	124.480 €	32.336 €	126.120 €	33.024 €
121.240 €	30.992 €	122.880 €	31.670 €	124.520 €	32.352 €	126.160 €	33.040 €
121.280 €	31.008 €	122.920 €	31.686 €	124.560 €	32.370 €	126.200 €	33.058 €
121.320 €	31.026 €	122.960 €	31.704 €	124.600 €	32.386 €	126.240 €	33.074 €
121.360 €	31.042 €	123.000 €	31.720 €	124.640 €	32.402 €	126.280 €	33.090 €
121.400 €	31.058 €	123.040 €	31.736 €	124.680 €	32.420 €	126.320 €	33.108 €
121.440 €	31.074 €	123.080 €	31.752 €	124.720 €	32.436 €	126.360 €	33.124 €
121.480 €	31.092 €	123.120 €	31.770 €	124.760 €	32.454 €	126.400 €	33.142 €
121.520 €	31.108 €	123.160 €	31.786 €	124.800 €	32.470 €	126.440 €	33.158 €
121.560 €	31.124 €	123.200 €	31.802 €	124.840 €	32.486 €	126.480 €	33.174 €
121.600 €	31.140 €	123.240 €	31.820 €	124.880 €	32.504 €	126.520 €	33.192 €
121.640 €	31.158 €	123.280 €	31.836 €	124.920 €	32.520 €	126.560 €	33.208 €
121.680 €	31.174 €	123.320 €	31.852 €	124.960 €	32.536 €	126.600 €	33.226 €
121.720 €	31.190 €	123.360 €	31.870 €	125.000 €	32.554 €	126.640 €	33.242 €
121.760 €	31.206 €	123.400 €	31.886 €	125.040 €	32.570 €	126.680 €	33.258 €
121.800 €	31.224 €	123.440 €	31.902 €	125.080 €	32.588 €	126.720 €	33.276 €
121.840 €	31.240 €	123.480 €	31.920 €	125.120 €	32.604 €	126.760 €	33.292 €
121.880 €	31.256 €	123.520 €	31.936 €	125.160 €	32.620 €	126.800 €	33.310 €
121.920 €	31.272 €	123.560 €	31.952 €	125.200 €	32.638 €	126.840 €	33.326 €
121.960 €	31.290 €	123.600 €	31.970 €	125.240 €	32.654 €	126.880 €	33.342 €
122.000 €	31.306 €	123.640 €	31.986 €	125.280 €	32.670 €	126.920 €	33.360 €
122.040 €	31.322 €	123.680 €	32.002 €	125.320 €	32.688 €	126.960 €	33.376 €
122.080 €	31.338 €	123.720 €	32.020 €	125.360 €	32.704 €	127.000 €	33.394 €
122.120 €	31.356 €	123.760 €	32.036 €	125.400 €	32.722 €	127.040 €	33.410 €
122.160 €	31.372 €	123.800 €	32.052 €	125.440 €	32.738 €	127.080 €	33.426 €
122.200 €	31.388 €	123.840 €	32.070 €	125.480 €	32.754 €	127.120 €	33.444 €
122.240 €	31.404 €	123.880 €	32.086 €	125.520 €	32.772 €	127.160 €	33.460 €
122.280 €	31.422 €	123.920 €	32.102 €	125.560 €	32.788 €	127.200 €	33.478 €
122.320 €	31.438 €	123.960 €	32.120 €	125.600 €	32.806 €	127.240 €	33.494 €
122.360 €	31.454 €	124.000 €	32.136 €	125.640 €	32.822 €	127.280 €	33.510 €
122.400 €	31.472 €	124.040 €	32.152 €	125.680 €	32.838 €	127.320 €	33.528 €
122.440 €	31.488 €	124.080 €	32.170 €	125.720 €	32.856 €	127.360 €	33.544 €
122.480 €	31.504 €	124.120 €	32.186 €	125.760 €	32.872 €	127.400 €	33.562 €
122.520 €	31.520 €	124.160 €	32.202 €	125.800 €	32.890 €	127.440 €	33.578 €
122.560 €	31.538 €	124.200 €	32.220 €	125.840 €	32.906 €	127.480 €	33.594 €
122.600 €	31.554 €	124.240 €	32.236 €	125.880 €	32.922 €	127.520 €	33.612 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
127.560 €	33.628 €	129.200 €	34.318 €	130.840 €	35.006 €	132.480 €	35.694 €
127.600 €	33.646 €	129.240 €	34.334 €	130.880 €	35.022 €	132.520 €	35.712 €
127.640 €	33.662 €	129.280 €	34.350 €	130.920 €	35.040 €	132.560 €	35.728 €
127.680 €	33.678 €	129.320 €	34.368 €	130.960 €	35.056 €	132.600 €	35.746 €
127.720 €	33.696 €	129.360 €	34.384 €	131.000 €	35.074 €	132.640 €	35.762 €
127.760 €	33.712 €	129.400 €	34.402 €	131.040 €	35.090 €	132.680 €	35.778 €
127.800 €	33.730 €	129.440 €	34.418 €	131.080 €	35.106 €	132.720 €	35.796 €
127.840 €	33.746 €	129.480 €	34.434 €	131.120 €	35.124 €	132.760 €	35.812 €
127.880 €	33.762 €	129.520 €	34.452 €	131.160 €	35.140 €	132.800 €	35.830 €
127.920 €	33.780 €	129.560 €	34.468 €	131.200 €	35.158 €	132.840 €	35.846 €
127.960 €	33.796 €	129.600 €	34.486 €	131.240 €	35.174 €	132.880 €	35.862 €
128.000 €	33.814 €	129.640 €	34.502 €	131.280 €	35.190 €	132.920 €	35.880 €
128.040 €	33.830 €	129.680 €	34.518 €	131.320 €	35.208 €	132.960 €	35.896 €
128.080 €	33.846 €	129.720 €	34.536 €	131.360 €	35.224 €	133.000 €	35.914 €
128.120 €	33.864 €	129.760 €	34.552 €	131.400 €	35.242 €	133.040 €	35.930 €
128.160 €	33.880 €	129.800 €	34.570 €	131.440 €	35.258 €	133.080 €	35.946 €
128.200 €	33.898 €	129.840 €	34.586 €	131.480 €	35.274 €	133.120 €	35.964 €
128.240 €	33.914 €	129.880 €	34.602 €	131.520 €	35.292 €	133.160 €	35.980 €
128.280 €	33.930 €	129.920 €	34.620 €	131.560 €	35.308 €	133.200 €	35.998 €
128.320 €	33.948 €	129.960 €	34.636 €	131.600 €	35.326 €	133.240 €	36.014 €
128.360 €	33.964 €	130.000 €	34.654 €	131.640 €	35.342 €	133.280 €	36.030 €
128.400 €	33.982 €	130.040 €	34.670 €	131.680 €	35.358 €	133.320 €	36.048 €
128.440 €	33.998 €	130.080 €	34.686 €	131.720 €	35.376 €	133.360 €	36.064 €
128.480 €	34.014 €	130.120 €	34.704 €	131.760 €	35.392 €	133.400 €	36.082 €
128.520 €	34.032 €	130.160 €	34.720 €	131.800 €	35.410 €	133.440 €	36.098 €
128.560 €	34.048 €	130.200 €	34.738 €	131.840 €	35.426 €	133.480 €	36.114 €
128.600 €	34.066 €	130.240 €	34.754 €	131.880 €	35.442 €	133.520 €	36.132 €
128.640 €	34.082 €	130.280 €	34.770 €	131.920 €	35.460 €	133.560 €	36.148 €
128.680 €	34.098 €	130.320 €	34.788 €	131.960 €	35.476 €	133.600 €	36.166 €
128.720 €	34.116 €	130.360 €	34.804 €	132.000 €	35.494 €	133.640 €	36.182 €
128.760 €	34.132 €	130.400 €	34.822 €	132.040 €	35.510 €	133.680 €	36.198 €
128.800 €	34.150 €	130.440 €	34.838 €	132.080 €	35.526 €	133.720 €	36.216 €
128.840 €	34.166 €	130.480 €	34.854 €	132.120 €	35.544 €	133.760 €	36.232 €
128.880 €	34.182 €	130.520 €	34.872 €	132.160 €	35.560 €	133.800 €	36.250 €
128.920 €	34.200 €	130.560 €	34.888 €	132.200 €	35.578 €	133.840 €	36.266 €
128.960 €	34.216 €	130.600 €	34.906 €	132.240 €	35.594 €	133.880 €	36.282 €
129.000 €	34.234 €	130.640 €	34.922 €	132.280 €	35.610 €	133.920 €	36.300 €
129.040 €	34.250 €	130.680 €	34.938 €	132.320 €	35.628 €	133.960 €	36.316 €
129.080 €	34.266 €	130.720 €	34.956 €	132.360 €	35.644 €	134.000 €	36.334 €
129.120 €	34.284 €	130.760 €	34.972 €	132.400 €	35.662 €	134.040 €	36.350 €
129.160 €	34.300 €	130.800 €	34.990 €	132.440 €	35.678 €	134.080 €	36.366 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
134.120 €	36.384 €	135.760 €	37.072 €	137.400 €	37.762 €	139.040 €	38.450 €
134.160 €	36.400 €	135.800 €	37.090 €	137.440 €	37.778 €	139.080 €	38.466 €
134.200 €	36.418 €	135.840 €	37.106 €	137.480 €	37.794 €	139.120 €	38.484 €
134.240 €	36.434 €	135.880 €	37.122 €	137.520 €	37.812 €	139.160 €	38.500 €
134.280 €	36.450 €	135.920 €	37.140 €	137.560 €	37.828 €	139.200 €	38.518 €
134.320 €	36.468 €	135.960 €	37.156 €	137.600 €	37.846 €	139.240 €	38.534 €
134.360 €	36.484 €	136.000 €	37.174 €	137.640 €	37.862 €	139.280 €	38.550 €
134.400 €	36.502 €	136.040 €	37.190 €	137.680 €	37.878 €	139.320 €	38.568 €
134.440 €	36.518 €	136.080 €	37.206 €	137.720 €	37.896 €	139.360 €	38.584 €
134.480 €	36.534 €	136.120 €	37.224 €	137.760 €	37.912 €	139.400 €	38.602 €
134.520 €	36.552 €	136.160 €	37.240 €	137.800 €	37.930 €	139.440 €	38.618 €
134.560 €	36.568 €	136.200 €	37.258 €	137.840 €	37.946 €	139.480 €	38.634 €
134.600 €	36.586 €	136.240 €	37.274 €	137.880 €	37.962 €	139.520 €	38.652 €
134.640 €	36.602 €	136.280 €	37.290 €	137.920 €	37.980 €	139.560 €	38.668 €
134.680 €	36.618 €	136.320 €	37.308 €	137.960 €	37.996 €	139.600 €	38.686 €
134.720 €	36.636 €	136.360 €	37.324 €	138.000 €	38.014 €	139.640 €	38.702 €
134.760 €	36.652 €	136.400 €	37.342 €	138.040 €	38.030 €	139.680 €	38.718 €
134.800 €	36.670 €	136.440 €	37.358 €	138.080 €	38.046 €	139.720 €	38.736 €
134.840 €	36.686 €	136.480 €	37.374 €	138.120 €	38.064 €	139.760 €	38.752 €
134.880 €	36.702 €	136.520 €	37.392 €	138.160 €	38.080 €	139.800 €	38.770 €
134.920 €	36.720 €	136.560 €	37.408 €	138.200 €	38.098 €	139.840 €	38.786 €
134.960 €	36.736 €	136.600 €	37.426 €	138.240 €	38.114 €	139.880 €	38.802 €
135.000 €	36.754 €	136.640 €	37.442 €	138.280 €	38.130 €	139.920 €	38.820 €
135.040 €	36.770 €	136.680 €	37.458 €	138.320 €	38.148 €	139.960 €	38.836 €
135.080 €	36.786 €	136.720 €	37.476 €	138.360 €	38.164 €	140.000 €	38.854 €
135.120 €	36.804 €	136.760 €	37.492 €	138.400 €	38.182 €	140.040 €	38.870 €
135.160 €	36.820 €	136.800 €	37.510 €	138.440 €	38.198 €	140.080 €	38.886 €
135.200 €	36.838 €	136.840 €	37.526 €	138.480 €	38.214 €	140.120 €	38.904 €
135.240 €	36.854 €	136.880 €	37.542 €	138.520 €	38.232 €	140.160 €	38.920 €
135.280 €	36.870 €	136.920 €	37.560 €	138.560 €	38.248 €	140.200 €	38.938 €
135.320 €	36.888 €	136.960 €	37.576 €	138.600 €	38.266 €	140.240 €	38.954 €
135.360 €	36.904 €	137.000 €	37.594 €	138.640 €	38.282 €	140.280 €	38.970 €
135.400 €	36.922 €	137.040 €	37.610 €	138.680 €	38.298 €	140.320 €	38.988 €
135.440 €	36.938 €	137.080 €	37.626 €	138.720 €	38.316 €	140.360 €	39.004 €
135.480 €	36.954 €	137.120 €	37.644 €	138.760 €	38.332 €	140.400 €	39.022 €
135.520 €	36.972 €	137.160 €	37.660 €	138.800 €	38.350 €	140.440 €	39.038 €
135.560 €	36.988 €	137.200 €	37.678 €	138.840 €	38.366 €	140.480 €	39.054 €
135.600 €	37.006 €	137.240 €	37.694 €	138.880 €	38.382 €	140.520 €	39.072 €
135.640 €	37.022 €	137.280 €	37.710 €	138.920 €	38.400 €	140.560 €	39.088 €
135.680 €	37.038 €	137.320 €	37.728 €	138.960 €	38.416 €	140.600 €	39.106 €
135.720 €	37.056 €	137.360 €	37.744 €	139.000 €	38.434 €	140.640 €	39.122 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
140.680 €	39.138 €	142.320 €	39.828 €	143.960 €	40.516 €	145.600 €	41.206 €
140.720 €	39.156 €	142.360 €	39.844 €	144.000 €	40.534 €	145.640 €	41.222 €
140.760 €	39.172 €	142.400 €	39.862 €	144.040 €	40.550 €	145.680 €	41.238 €
140.800 €	39.190 €	142.440 €	39.878 €	144.080 €	40.566 €	145.720 €	41.256 €
140.840 €	39.206 €	142.480 €	39.894 €	144.120 €	40.584 €	145.760 €	41.272 €
140.880 €	39.222 €	142.520 €	39.912 €	144.160 €	40.600 €	145.800 €	41.290 €
140.920 €	39.240 €	142.560 €	39.928 €	144.200 €	40.618 €	145.840 €	41.306 €
140.960 €	39.256 €	142.600 €	39.946 €	144.240 €	40.634 €	145.880 €	41.322 €
141.000 €	39.274 €	142.640 €	39.962 €	144.280 €	40.650 €	145.920 €	41.340 €
141.040 €	39.290 €	142.680 €	39.978 €	144.320 €	40.668 €	145.960 €	41.356 €
141.080 €	39.306 €	142.720 €	39.996 €	144.360 €	40.684 €	146.000 €	41.374 €
141.120 €	39.324 €	142.760 €	40.012 €	144.400 €	40.702 €	146.040 €	41.390 €
141.160 €	39.340 €	142.800 €	40.030 €	144.440 €	40.718 €	146.080 €	41.406 €
141.200 €	39.358 €	142.840 €	40.046 €	144.480 €	40.734 €	146.120 €	41.424 €
141.240 €	39.374 €	142.880 €	40.062 €	144.520 €	40.752 €	146.160 €	41.440 €
141.280 €	39.390 €	142.920 €	40.080 €	144.560 €	40.768 €	146.200 €	41.458 €
141.320 €	39.408 €	142.960 €	40.096 €	144.600 €	40.786 €	146.240 €	41.474 €
141.360 €	39.424 €	143.000 €	40.114 €	144.640 €	40.802 €	146.280 €	41.490 €
141.400 €	39.442 €	143.040 €	40.130 €	144.680 €	40.818 €	146.320 €	41.508 €
141.440 €	39.458 €	143.080 €	40.146 €	144.720 €	40.836 €	146.360 €	41.524 €
141.480 €	39.474 €	143.120 €	40.164 €	144.760 €	40.852 €	146.400 €	41.542 €
141.520 €	39.492 €	143.160 €	40.180 €	144.800 €	40.870 €	146.440 €	41.558 €
141.560 €	39.508 €	143.200 €	40.198 €	144.840 €	40.886 €	146.480 €	41.574 €
141.600 €	39.526 €	143.240 €	40.214 €	144.880 €	40.902 €	146.520 €	41.592 €
141.640 €	39.542 €	143.280 €	40.230 €	144.920 €	40.920 €	146.560 €	41.608 €
141.680 €	39.558 €	143.320 €	40.248 €	144.960 €	40.936 €	146.600 €	41.626 €
141.720 €	39.576 €	143.360 €	40.264 €	145.000 €	40.954 €	146.640 €	41.642 €
141.760 €	39.592 €	143.400 €	40.282 €	145.040 €	40.970 €	146.680 €	41.658 €
141.800 €	39.610 €	143.440 €	40.298 €	145.080 €	40.986 €	146.720 €	41.676 €
141.840 €	39.626 €	143.480 €	40.314 €	145.120 €	41.004 €	146.760 €	41.692 €
141.880 €	39.642 €	143.520 €	40.332 €	145.160 €	41.020 €	146.800 €	41.710 €
141.920 €	39.660 €	143.560 €	40.348 €	145.200 €	41.038 €	146.840 €	41.726 €
141.960 €	39.676 €	143.600 €	40.366 €	145.240 €	41.054 €	146.880 €	41.742 €
142.000 €	39.694 €	143.640 €	40.382 €	145.280 €	41.070 €	146.920 €	41.760 €
142.040 €	39.710 €	143.680 €	40.398 €	145.320 €	41.088 €	146.960 €	41.776 €
142.080 €	39.726 €	143.720 €	40.416 €	145.360 €	41.104 €	147.000 €	41.794 €
142.120 €	39.744 €	143.760 €	40.432 €	145.400 €	41.122 €	147.040 €	41.810 €
142.160 €	39.760 €	143.800 €	40.450 €	145.440 €	41.138 €	147.080 €	41.826 €
142.200 €	39.778 €	143.840 €	40.466 €	145.480 €	41.154 €	147.120 €	41.844 €
142.240 €	39.794 €	143.880 €	40.482 €	145.520 €	41.172 €	147.160 €	41.860 €
142.280 €	39.810 €	143.920 €	40.500 €	145.560 €	41.188 €	147.200 €	41.878 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
147.240 €	41.894 €	148.880 €	42.582 €	150.520 €	43.272 €	152.160 €	43.960 €
147.280 €	41.910 €	148.920 €	42.600 €	150.560 €	43.288 €	152.200 €	43.978 €
147.320 €	41.928 €	148.960 €	42.616 €	150.600 €	43.306 €	152.240 €	43.994 €
147.360 €	41.944 €	149.000 €	42.634 €	150.640 €	43.322 €	152.280 €	44.010 €
147.400 €	41.962 €	149.040 €	42.650 €	150.680 €	43.338 €	152.320 €	44.028 €
147.440 €	41.978 €	149.080 €	42.666 €	150.720 €	43.356 €	152.360 €	44.044 €
147.480 €	41.994 €	149.120 €	42.684 €	150.760 €	43.372 €	152.400 €	44.062 €
147.520 €	42.012 €	149.160 €	42.700 €	150.800 €	43.390 €	152.440 €	44.078 €
147.560 €	42.028 €	149.200 €	42.718 €	150.840 €	43.406 €	152.480 €	44.094 €
147.600 €	42.046 €	149.240 €	42.734 €	150.880 €	43.422 €	152.520 €	44.112 €
147.640 €	42.062 €	149.280 €	42.750 €	150.920 €	43.440 €	152.560 €	44.128 €
147.680 €	42.078 €	149.320 €	42.768 €	150.960 €	43.456 €	152.600 €	44.146 €
147.720 €	42.096 €	149.360 €	42.784 €	151.000 €	43.474 €	152.640 €	44.162 €
147.760 €	42.112 €	149.400 €	42.802 €	151.040 €	43.490 €	152.680 €	44.178 €
147.800 €	42.130 €	149.440 €	42.818 €	151.080 €	43.506 €	152.720 €	44.196 €
147.840 €	42.146 €	149.480 €	42.834 €	151.120 €	43.524 €	152.760 €	44.212 €
147.880 €	42.162 €	149.520 €	42.852 €	151.160 €	43.540 €	152.800 €	44.230 €
147.920 €	42.180 €	149.560 €	42.868 €	151.200 €	43.558 €	152.840 €	44.246 €
147.960 €	42.196 €	149.600 €	42.886 €	151.240 €	43.574 €	152.880 €	44.262 €
148.000 €	42.214 €	149.640 €	42.902 €	151.280 €	43.590 €	152.920 €	44.280 €
148.040 €	42.230 €	149.680 €	42.918 €	151.320 €	43.608 €	152.960 €	44.296 €
148.080 €	42.246 €	149.720 €	42.936 €	151.360 €	43.624 €	153.000 €	44.314 €
148.120 €	42.264 €	149.760 €	42.952 €	151.400 €	43.642 €	153.040 €	44.330 €
148.160 €	42.280 €	149.800 €	42.970 €	151.440 €	43.658 €	153.080 €	44.346 €
148.200 €	42.298 €	149.840 €	42.986 €	151.480 €	43.674 €	153.120 €	44.364 €
148.240 €	42.314 €	149.880 €	43.002 €	151.520 €	43.692 €	153.160 €	44.380 €
148.280 €	42.330 €	149.920 €	43.020 €	151.560 €	43.708 €	153.200 €	44.398 €
148.320 €	42.348 €	149.960 €	43.036 €	151.600 €	43.726 €	153.240 €	44.414 €
148.360 €	42.364 €	150.000 €	43.054 €	151.640 €	43.742 €	153.280 €	44.430 €
148.400 €	42.382 €	150.040 €	43.070 €	151.680 €	43.758 €	153.320 €	44.448 €
148.440 €	42.398 €	150.080 €	43.086 €	151.720 €	43.776 €	153.360 €	44.464 €
148.480 €	42.414 €	150.120 €	43.104 €	151.760 €	43.792 €	153.400 €	44.482 €
148.520 €	42.432 €	150.160 €	43.120 €	151.800 €	43.810 €	153.440 €	44.498 €
148.560 €	42.448 €	150.200 €	43.138 €	151.840 €	43.826 €	153.480 €	44.514 €
148.600 €	42.466 €	150.240 €	43.154 €	151.880 €	43.842 €	153.520 €	44.532 €
148.640 €	42.482 €	150.280 €	43.170 €	151.920 €	43.860 €	153.560 €	44.548 €
148.680 €	42.498 €	150.320 €	43.188 €	151.960 €	43.876 €	153.600 €	44.566 €
148.720 €	42.516 €	150.360 €	43.204 €	152.000 €	43.894 €	153.640 €	44.582 €
148.760 €	42.532 €	150.400 €	43.222 €	152.040 €	43.910 €	153.680 €	44.598 €
148.800 €	42.550 €	150.440 €	43.238 €	152.080 €	43.926 €	153.720 €	44.616 €
148.840 €	42.566 €	150.480 €	43.254 €	152.120 €	43.944 €	153.760 €	44.632 €

zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR	zu versteuern- des Einkommen EUR	tarifliche Ein- kommensteuer EUR
153.800 €	44.650 €	154.400 €	44.902 €	155.000 €	45.154 €	155.600 €	45.406 €
153.840 €	44.666 €	154.440 €	44.918 €	155.040 €	45.170 €	155.640 €	45.422 €
153.880 €	44.682 €	154.480 €	44.934 €	155.080 €	45.186 €	155.680 €	45.438 €
153.920 €	44.700 €	154.520 €	44.952 €	155.120 €	45.204 €	155.720 €	45.456 €
153.960 €	44.716 €	154.560 €	44.968 €	155.160 €	45.220 €	155.760 €	45.472 €
154.000 €	44.734 €	154.600 €	44.986 €	155.200 €	45.238 €	155.800 €	45.490 €
154.040 €	44.750 €	154.640 €	45.002 €	155.240 €	45.254 €	155.840 €	45.506 €
154.080 €	44.766 €	154.680 €	45.018 €	155.280 €	45.270 €	155.880 €	45.522 €
154.120 €	44.784 €	154.720 €	45.036 €	155.320 €	45.288 €	155.920 €	45.540 €
154.160 €	44.800 €	154.760 €	45.052 €	155.360 €	45.304 €	155.960 €	45.556 €
154.200 €	44.818 €	154.800 €	45.070 €	155.400 €	45.322 €	156.000 €	45.574 €
154.240 €	44.834 €	154.840 €	45.086 €	155.440 €	45.338 €	156.040 €	45.590 €
154.280 €	44.850 €	154.880 €	45.102 €	155.480 €	45.354 €	156.080 €	45.606 €
154.320 €	44.868 €	154.920 €	45.120 €	155.520 €	45.372 €	156.120 €	45.624 €
154.360 €	44.884 €	154.960 €	45.136 €	155.560 €	45.388 €	156.160 €	45.640 €

